Nordost-Archiv

Zeitschrift für Regionalgeschichte

Estland und seine Minderheiten. Esten, Deutsche und Russen im 19. und 20. Jahrhundert

Neue Folge Band IV/1995 Heft 2

Institut Nordostdeutsches Kulturwerk Lüneburg

Nordost-Archiv

Zeitschrift für Regionalgeschichte
Neue Folge

Das Nordost-Archiv beschäftigt sich mit der Geschichte des nördlichen Ostmitteleuropa. Geographisch wird dieser Raum annähernd begrenzt von der Ostsee und den Karpaten im Norden und Süden, von der Oder und Newa im Westen und Osten. Ethnisch umschließt er die Hauptsiedlungsgebiete der Polen, Litauer, Letten und Esten und beträchtliche Teile des Siedlungsgebietes der (Groß-, Weiß- und Klein-)Russen, über Jahrhunderte auch der Juden und Deutschen.

Im Vordergrund der Aufmerksamkeit stehen die Deutschen, die einst, wie sonst nur noch die Juden, in nahezu dem ganzen Raum ansässig gewesen sind und ihn zu Zeiten in erheblichem Maße geprägt haben. Allerdings können die Deutschen nicht isoliert gesehen werden. Als Nachbarn, als Eroberer oder Kolonisten, Herren oder Untertanen, Mehrheit oder Minderheit haben sie immer und überall in so enger Berührung mit den anderen ethnischen Gruppen gestanden, daß die deutsche so wenig wie die polnische oder estnische Geschichte Ostmitteleuropas zu verstehen und zu beurteilen ist, wenn man sie ausschließlich vom Blickpunkt eines einzelnen Volkes betrachtet.

Das Nordost-Archiv wird:

— die Deutschen stets als Element des Raumes sehen, den sie mit anderen geteilt haben. Den grundlegenden Bezugsrahmen bietet deshalb auf unterer Ebene die Landesgeschichte, auf höherer Ebene die Geschichte der Gesamtregion;

— dem Verhältnis zwischen den ethnischen Gruppen besondere Beachtung zuwenden. Neben den „objektiven" Beziehungen, z.B. in Handel und Kultur, sind auch „subjektive" Aspekte zu behandeln, insbesondere „das Bild vom Anderen", die Vorstellungen, die die Gruppen wechselseitig voneinander ausgebildet, tradiert und verändert haben;

— die weite und anhaltende Verbreitung der Deutschen im nördlichen Ostmitteleuropa zu historischen Vergleichen nutzen;

— Autoren aus allen Ländern des nördlichen Ostmitteleuropa zusammenführen und dazu beitragen, daß überkommene nationalhistorische Sehweisen untereinander konfrontiert, aneinander abgearbeitet und womöglich miteinander ausgeglichen werden.

Aus der Zielsetzung der Zeitschrift ergibt sich, daß ihre Schwerpunkte in Zeiten liegen, in denen der deutsche Anteil an der Geschichte des nördlichen Ostmitteleuropa besonders hoch gewesen ist: im späteren Mittelalter, der frühen Neuzeit und den späteren Jahrhunderten bis zum Ausgang des Zweiten Weltkrieges. Das Nordost-Archiv hält sich aber auch offen für Fragen der Zeitgeschichte und der Gegenwart, wenn sie die Deutschen und deren Verhältnis zu ihren Nachbarn berühren.

Die halbjährlich erscheinenden Hefte gruppieren sich jeweils um einen gemeinsamen Gegenstand. Die Themen beziehen sich auf einzelne Orte, eine Landschaft oder Sachfragen, die die Gesamtregion betreffen, und schließen grundsätzlich alle Bereiche der historischen Wirklichkeit ein.

Nordost-Archiv

Zeitschrift für Regionalgeschichte

Estland und seine Minderheiten. Esten, Deutsche und Russen im 19. und 20. Jahrhundert

Neue Folge Band IV/1995 Heft 2

Institut Nordostdeutsches Kulturwerk Lüneburg

Herausgeber:
Institut Nordostdeutsches Kulturwerk
Conventstr. 1, D-21335 Lüneburg
Postfach 2323, D-21313 Lüneburg
Telefon (04131) 37097
Telefax (04131) 391143

Redaktionskollegium:
Sabine Bamberger-Stemmann M.A. (Redaktion)
Sophia Kemlein M.A.
Dr. Konrad Maier (Redaktion)
Dipl.-Bibl. Ulrich Ribbert
Prof. Dr. Karl-Heinz Ruffmann
Dr. Joachim Tauber
Anja Wilhelmi M.A.

Verantwortlich für dieses Heft:
Dr. Konrad Maier

Gedruckt mit Unterstützung des Bundesministeriums des Innern

Bezugsbedingungen:
Nordost-Archiv erscheint halbjährlich jeweils im Juni und Dezember.
Preis pro Heft 35 DM, Jahresabonnement 60 DM zuzüglich Versandkosten.
Ein Abonnement gilt zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen des Abonnements können nur zum Ablauf eines Jahres erfolgen und müssen bis zum 15. November des laufenden Jahres beim Verlag eingegangen sein.

Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem Wege bleiben vorbehalten. Unverlangt eingesandte Rezensionsexemplare können nicht zurückgesandt werden.

Articles appearing in this journal are abstracted and indexed in HISTORICAL ABSTRACTS and AMERICA: HISTORY AND LIFE.

Gesamtherstellung: Nordlanddruck GmbH, Lüneburg

Verlag Nordostdeutsches Kulturwerk, Lüneburg ISSN 0029-1595

Das Thema des nächsten Heftes (Juni 1996):

Das Jahr 1945 und das nördliche Ostmitteleuropa. Rückblicke in die Zukunft

mit Beiträgen u.a. von:

Rex Rexheuser: Das Jahr 1945 und Ostmitteleuropa
Elena Zubkova: Rußland und das Jahr 1945
Peeter Järvelaid: Estland und das Jahr 1945
Egils Levits: Lettland und das Jahr 1945
Justas Paleckis: Litauen: Lehren des Jahres 1945 und der Nachkriegszeit auf dem Weg in das sich vereinigende Europa
Włodzimierz Borodziej: Das Jahr 1945 in der polnischen Geschichte
Karl-Heinz Ruffmann: 50 Jahre danach: 1945 als Epochenjahr für Deutschland und sein Verhältnis zum nördlichen Ostmitteleuropa

Schwerpunkte der Folgehefte:

Minderheiten in Lettland in der Zwischenkriegszeit (Dezember 1996)
Das Denkmal im Baltikum und in Polen (Juni 1997)
Pommern — Preußen — Pomorze
Konfession und Nationalismus im Baltikum

Estland und seine Minderheiten. Esten, Deutsche und Russen im 19. und 20. Jahrhundert

Konrad Maier: Editorial 379

Tiit Matsulevits: Grußwort 381

Abhandlungen

Jørgen Kühl (Dannewerk): Minderheitenforschung zum nördlichen Ostmitteleuropa in der Bundesrepublik Deutschland 383

Indrek Jürjo (Tallinn): Das nationale Erwachen der Esten im 19. Jahrhundert — ein Verdienst der deutschbaltischen Aufklärung? 409

Toomas Karjahärm (Tallinn): Das estnisch-deutsche Verhältnis und die Russische Revolution von 1905 431

Karsten Brüggemann (Hamburg): Von der führenden Schicht zur nationalen Minderheit. Zur Klärung der Rolle der estländischen deutschen Minderheit bei der Begründung der Republik Estland 1918–1919 . . . 453

Vesa Vasara (Helsinki): Das estnische Parlament und die Deutschbalten. Zu den Debatten bis zur Verabschiedung der Kulturautonomie 1925 . 479

Jüri Kivimäe (Tallinn): „Aus der Heimat ins Vaterland". Die Umsiedlung der Deutschbalten aus dem Blickwinkel estnischer nationaler Gruppierungen 501

Abram D. Dridzo (St. Petersburg): Die estnische Bevölkerung St. Petersburgs in der Historiographie von den 60er bis zu den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts 521

Marina L. Zaseckaja (St. Petersburg): Estnische Übersiedler im Gouvernement St. Petersburg von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts 533

Rein Ruutsoo (Tallinn): Die Herausbildung einer russischen Minderheit in der Republik Estland 1918–1940 551

Sirje Kivimäe (Tallinn): Estland unter der Sowjetherrschaft 1941/44–1954 577

Seraina Gilly (Winterthur): Estlands Minderheitenpolitik seit der Wiederherstellung der staatlichen Souveränität 601

Mati Hint (Tallinn): Das Problem von Mehrheit und Minderheit im estnischen Kontext 627

Forschungsberichte

Cornelius Hasselblatt (Hamburg): Erinnerungssuche. Befragungsprojekt über die interethnischen Beziehungen im Baltikum — hier: Estland und Lettland — in der Zwischenkriegszeit 635

Andres Kärssin (Tartu): Der Konflikt Schirren — Samarin. Deutschbalten zwischen Esten und Russen vom Beginn der Russifizierung bis in die 1860er Jahre 643

Malle Salupere (Tartu): Zwei hochgestellte Estländer in ihrer Haltung zu Samarin und Schirren 653

Charles du Vinage (Marburg): Die Baltischen Konstitutionellen Mittelparteien von 1905–1909 — ein Dissertationsprojekt 659

Mitteilungen

"The Baltic. Languages and Cultures in Interaction" (Cornelius Hasselblatt) 665

Deutsche im Nordosten. Bericht über ein Internationales Symposium in Tallinn/Reval (Estland) vom 6.–10. September 1995 (Robert Schweitzer) 669

Aufbau einer freiheitlich-demokratischen Ordnung in den baltischen Staaten: Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Internationales Symposium vom 1.–3. Oktober 1994 in der Ostsee-Akademie Lübeck-Travemünde (Konrad Maier) 678

„Baltische Studientage" vom 13.–15. Februar 1995 in Bad Homburg (Ernst Benz) 683

Die deutsche Volksgruppe in Estland in der Zwischenkriegszeit und aktuelle Fragen des deutsch-estnischen Verhältnisses (Cornelius Hasselblatt) 692

Menschenrechte, Minderheitenschutz und Volksgruppenrechte als Prüfsteine einer neuen Rechtsordnung. Eine internationale Tagung in Lübeck-Travemünde vom 7.–11. November 1994 (Randolf Oberschmidt) 696

Das Deutsche Kulturinstitut in Tartu. Aufbau, Stand und Perspektiven (Maie Keek) 703

Das Deutsche Kulturinstitut Tallinn (Anne Lind) 708

Baltische Studenten für ihre Kommilitonen in Deutschland (Ruth Kibelka) 715

Die baltische Region im Umbruch. Eine Tagung in Köln vom 30. Januar – 3. Februar 1995 (Monika Henningsen) 717

Rezensionen

Ethnizität. Wissenschaft und Minderheiten, hrsg. v. Eckhard J. Dittrich u. Frank-Olaf Radtke. (Helmut Buchholt) 723

Christian Hillgruber, Matthias Jestaedt, Die Europäische Menschenrechtskonvention und der Schutz der nationalen Minderheiten. (Martin Scheuermann) 730

Minderheiten- und Volksgruppenrechte in Theorie und Praxis, hrsg. v. Dieter Blumenwitz u. Gilbert Gornig. (Georg Brunner) 734

Christian J. Jäggi, Nationalismus und ethnische Minderheiten. (Bastiaan Schot) 738

Volksgruppen in Ostmittel- und Südosteuropa, hrsg. v. Georg Brunner u. Hans Lemberg. (Włodzimierz Borodziej) 741

Carmen Schmidt, Der Minderheitenschutz in den baltischen Staaten. Dokumentation und Analysen. Estland, Lettland und Litauen, hrsg. v. Institut für Ostrecht der Universität Köln in Verbindung mit der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen. (Detlef Henning) 745

William L. Urban, The Baltic Crusade. (Stephen C. Rowell) 749

Die Deutschen im Baltikum. Geschichte und Kultur, hrsg. v. Horst Kühnel. (Māris Skujiņš) 752

Baltische Länder, hrsg. v. Gert v. Pistohlkors. (Sulev Vahtre/Tiit Rosenberg) 756

Der große Exodus. Die russische Emigration und ihre Zentren 1917 bis 1941, hrsg. v. Karl Schlögel. (Karsten Brüggemann) 763

Magnus Ilmjärv, Nõukogude Liidu ja Saksamaa vahel. Balti riigid ja Soome 1934–1940 (Zwischen der Sowjetunion und Deutschland. Die baltischen Staaten und Finnland 1934–1940). (Cornelius Hasselblatt) 769

Die Außenpolitik der baltischen Staaten und die internationalen Beziehungen im Ostseeraum, hrsg. v. Boris Meissner, Dietrich A. Loeber u. Cornelius Hasselblatt. (Michael Garleff) 773

Anatol Lieven, The Baltic Revolution. Estonia, Latvia, Lithuania and the Path to Independence. (Falk Lange) 776

Lauri Vahtre, Eesti kultuuri ajalugu. Lühiülevaade (Estnische Kulturgeschichte. Kurzer Überblick). (Friedrich Scholz) 782

Juhan Kahk, Talude päriseksostmise aegu (In der Zeit des Bauernlandverkaufs). (Indrek Jürjo) 789

Mati Graf, Eesti Rahvusriik. Ideed ja lahendused: Ärkamisajast eesti vabariigi sünnini (Der estnische Nationalstaat. Ideen und Lösungen: Von der Zeit des nationalen Erwachens bis zur Geburt der Republik Estland). (Ulrike Plath) . 792

Arved von Brasch, „Frei wie nirgendwo in der Welt!" Leben im alten Baltikum, hrsg. v. Rudolf Mumenthaler. (Klaus Meyer) 795

Eduard von Dellingshausen, Kodumaa teenistuses. Eesti Rüütelkonna peamehe mälestused (Im Dienste der Heimat. Erinnerungen des Ritterschaftshauptmannes von Estland). (Wolfgang Tenhagen) 797

Vähemusrahvuste kultuurielu Eesti Vabariigis 1918–1940. Dokumente ja materjale (Das kulturelle Leben der Minderheiten in der Republik Estland 1918–1940. Dokumente und Materialien), hrsg. v. Anni Matsulevitš. (Seraina Gilly) 803

Rein Taagepera, Estonia. Return to Independence. (Joachim Tauber) 807

Die Deutschbalten, hrsg. v. Wilfried Schlau. Mit Beiträgen von Bastian Filaretow, Michael Garleff, Sirje Kivimäe, Jānis Stradiņš, Arved Freiherr von Taube †, Erik Thomson †, Wilhelm Wöhlke. (Karsten Brüggemann) 809

Alvydas Nikžentaitis: Rezension zu: Das Königsberger Gebiet im Schnittpunkt deutscher Geschichte und in seinen europäischen Bezügen, hrsg. v. Bernhart Jähnig und Silke Spieler. — Erwiderung — (Hans Rothe) 813

Die Autoren der Abhandlungen und Forschungsberichte 816

Editorial

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sowie anderer sozialistischer Systeme in Osteuropa traten in diesem geographischen Raum Fragen nationaler Minderheiten und die damit zusammenhängenden Probleme bzw. Lösungsversuche von staatlicher wie privater Seite erneut in den Vordergrund. In der Wissenschaft machten sich vor allem Soziologen und Politologen bei der Analyse der gegenwärtigen Situation nationaler Minderheiten in den neu bzw. wieder entstandenen Staaten Ost-, Südost- und Ostmitteleuropas verdient, um daraus Perspektiven über das Heute hinaus zu erarbeiten.

Doch bedürfen derartige Fragestellungen, die die Gegenwart zu beleuchten versuchen, auch klärender Antworten von seiten der Historiker, deren Aussagen über geschichtliche Entwicklungen von nationalen oder ethnischen Gruppen sozusagen das Fundament bilden müssen für aktuelle Zustandsbeschreibungen resp. in die Zukunft gerichtete Prognosen.

Daß dies für den im vorliegenden Sammelband behandelten geographischen Raum, das Gebiet der heutigen Republik Estland, nicht erst seit dem Ende der 1980er Jahre durch die Geschichtswissenschaft geschieht, ist wohl unbestritten. Der deutschbaltischen und deutschen Historiographie der vergangenen Jahrzehnte gebührt das Verdienst, das Verhältnis der Deutschbalten zu den anderen Bevölkerungsgruppen Estlands aus recht differenzierten Blickwinkeln dargestellt zu haben. Was bislang jedoch fast überwiegend im Vordergrund stand, war die kritische Beschäftigung des Wissenschaftlers mit der nationalen Minderheit, der er sich zugehörig fühlte oder der er entstammte. Um diese oftmals selbstgewählte Beschränkung aufzubrechen, wird hier der Versuch unternommen, das komplizierte Beziehungsgeflecht der Ethnien in Estland in einem Zeitraum von knapp 200 Jahren durch Autoren möglichst unterschiedlicher nationaler Zugehörigkeit ausloten zu lassen und Antworten darauf zu geben, Antworten auf Fragen, die sich an markanten Wendepunkten der Geschichte Estlands und des baltischen Raumes festmachen lassen, die aber auch über längere Zeiträume hin Auswirkungen auf das Zusammenleben der einzelnen Ethnien des Landes besaßen — und besitzen.

So finden sich im vorliegenden Band Autoren aus Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Großbritannien, Lettland, den Niederlanden, Polen, Rußland und der Schweiz, wobei augenscheinlich wird, welch große Bedeutung das Thema in Estland selbst hat: Nicht weniger als zwölf Wissenschaftler konnten für eine Beteiligung an diesem Heft gewonnen werden. Das Forschungsinteresse von russischer Seite hingegen be-

schränkt(e) sich auf die Beschäftigung mit der estnischen Minderheit in Rußland; es gelang nicht, einen russischen Autoren zu finden, der sich mit Fragen der russischen Minderheit in Estland auseinandersetzte. Überhaupt wird deutlich, daß die gegenwärtigen politischen Friktionen durchaus Auswirkungen auf die Interpretation einer gemeinsamen Vergangenheit haben, die — noch — nicht existent scheint. Seien es russische Einwohner Estlands oder estnische Bewohner Rußlands, häufig ist von fast hermetisch abgeschlossenen Bevölkerungsgruppen die Rede, die miteinander nur wenig gemeinsam haben.

Ganz anders die Auseinandersetzung mit Fragen des Zusammenlebens von Esten und Deutschen. Eine idealisierend-romantische Verklärung des „baltischen Idylls" gehört angesichts der Vorgänge im Zusammenhang mit der Russischen Revolution von 1905/07, des Freiheitskrieges oder der Umsiedlung wohl genauso der Vergangenheit an wie die Behauptung antagonistischer Denkmodelle, sofern man seinen Blick auf die kulturellen Entwicklungen des 19. Jahrhunderts oder die Minderheitenschutzgesetzgebung Estlands in der Zwischenkriegszeit richtet. Weitere Indizien für eine gemeinsame Interpretation einer Geschichte des Miteinander, bisweilen auch des Neben- oder Gegeneinander, lassen sich gerade in der jüngsten Vergangenheit deutsch-estnischer Beziehungen vermehrt aufspüren.

Gewiß: Eine Anerkennung von Minderheiten in ihrer physischen Existenz wie in ihren kulturellen und sozialen Ansprüchen kann den Forderungen der Mehrheit in den Bereichen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bisweilen konträr gegenüberstehen. Daß es Estland in der Zwischenkriegszeit gelang, diese Gratwanderung in positivem Sinne zurückzulegen, läßt hoffen, daß es den Verantwortlichen im Lande, seien es Politiker oder der „einfache Mann auf der Straße", auch gegenwärtig und in Zukunft gelingen wird. Voraussetzung dafür ist aber in erster Linie auch die Bereitschaft nationaler Minderheiten, nicht in einer starren Verweigerungshaltung zu verharren, sondern vielmehr den eigenen Platz in der sie umgebenden Gesellschaft zu suchen. Die Hoffnung, daß diese Suche nicht erfolglos sein wird, läßt sich nicht zuletzt an den jüngsten Entwicklungen in Estland ablesen.

Konrad Maier

Sehr geehrte Leserinnen und Leser!

„Kleinere Völker haben schon deswegen einen breiteren Horizont, weil sie an der Existenz der größeren *nicht* vorbeikommen können." Diese Feststellung des estnischen Philosophen Uku Masing aus dem Jahre 1940, die meines Erachtens sehr exakt die Identitätsproblematik im modernen Europa zusammenfaßt, bietet gleichzeitig einen produktiven Ansatzpunkt für die nüchterne Interpretation der Realitäten, mit denen unsere abendländische Wertegemeinschaft heute zu tun hat.

Die Esten sind heute nicht als frustrierte Bittsteller auf die europäische Bühne getreten, sondern als gleichberechtigte, integrale Teilnehmer unseres gemeinsamen Geschehens, als aktive, natürliche Mitgestalter der europäischen Lebenswelt.

Das estnische Volk, das die Statik der Existenz auf eine erkennende Art und Weise immer der Dynamik der Ereignisse vorgezogen hat, würde diese identitätsbildende Einstellung mit ins Programm namens Europa einbringen und dadurch die europäische Lebenswelt wesentlich bereichern. Das Grundprinzip, wonach die Esten seit Jahrtausenden an der Ostsee ihre Existenz führen, nämlich „selbst zu leben und andere leben zu lassen", hat man in unserer Welt nur sehr mühsam erkannt und akzeptiert, manche Staaten aber haben es bis heute noch nicht begriffen.

„Wir sind klein an Zahl", sagte 1870 der estnische Pastor Jakob Hurt, einer der herausragenden Vertreter der ersten Generation von Männern, die die Zeit des nationalen Erwachens am stärksten mitgestaltet haben, „aber wir sollten groß an Geist werden". Und gut 30 Jahre später formulierte der estnische Dichter Friedebert Tuglas das Programm der jungen einheimischen Elite: „Laßt uns Europäer werden, aber laßt uns Esten bleiben!"

Durch ihre kulturelle Leistung also sollten die Esten groß werden, wobei zu erwähnen sei, daß durch die Kulturproblematik auch den politischen bzw. rechtlichen Bestrebungen des estnischen Volkes ein eigenartiger Charakter beigemessen wird. Indem die Esten dieses Grundprinzip der Aufklärung sich zu eigen machten, schufen sie das Fundament, auf das sie ihre nationale Identität gründeten und bauten.

Um die eigene Identität zu erkennen, muß ich sie von anderen *abgrenzen*. Im spezifischen Fall Estland hat es aber *niemals zu der Ausgrenzung der anderen geführt*.

Auf diese europäischen Grundlagen stützte sich auch die Schaffung eines selbständigen estnischen Staates im Jahre 1918. Erinnern wir doch an den Geburtstag der Republik Estland am 24. Februar 1918, als diese Grundeinstellung auf eindeutige Art und Weise durch die Gründungsur-

kunde des Staates besiegelt wurde. Diese Urkunde trug den Titel: „Manifest an alle Völker Estlands", „Manifest Kõigile Eestimaa Rahvastele"!

Am 26. Oktober 1993 verabschiedete das estnische Parlament das Gesetz über die Kulturautonomie der Minderheiten. Mit diesem Schritt erfanden die Esten das Rad nicht neu. Im Gegenteil: Die Verabschiedung dieses Gesetzes galt vielmehr als Wiederbelebung des analogen estnischen Gesetzes aus dem Jahre 1925, durch das die Republik Estland damals zum ersten Staat in Europa geworden war, der das heikle Problem der Minoritäten wirklich demokratisch gelöst hatte.

Trotzdem ist die Frage der überwiegend russischen Minderheit eine der brennendsten beim Wiederaufbau der wiedergeborenen Republik Estland. Diese „Minderheit" macht heute rund ein Drittel der gesamten Bevölkerung Estlands aus. Ihre Gleichheit vor dem Gesetz ist dabei genauso selbstverständlich wie ihre Freiheit, die eigene Sprache und Kultur zu pflegen. Schwierigkeiten bereitet das Problem ihrer Staatsangehörigkeit und, damit verbunden, ihres Wahlrechts. Übrigens billigte die estnische Gesetzgebung die Teilnahme der Nichtbürger an Kommunalwahlen, und davon machten diese im Oktober 1993 aktiv Gebrauch. Trotzdem prangert die russische Propaganda stets die Esten an, die russische Minderheit werde unterdrückt und sei ohne jegliche Rechte. Nicht selten wird dies auch von westlichen Massenmedien behauptet. Estland ist also zu einem klassischen Beispiel geworden, wie man das Staatsbürgerschaftsrecht instrumentalisieren kann, wenn man es wirklich will. Der ganze Hintergrund bedarf meines Erachtens einer genaueren Beobachtung, und dies sowohl aus historischer als auch politischer Sicht.

Es freut mich, hierbei feststellen zu können, daß der vor uns liegende Artikelband eine der bisher ausführlichsten Veröffentlichungen zum Thema „Estland und seine Minderheiten" in deutscher Sprache darstellt und somit den Informations- sowie Konzeptionsdurst des lesenden Publikums einigermaßen stillen kann.

Obwohl die estnische Geschichte als Gegenstand der wissenschaftlichen Forschung und praxisorientierten Lehre relativ alt ist, hat sie nach wie vor viel Neues anzubieten.

Tiit Matsulevits
Botschafter der Republik Estland
in Deutschland

ABHANDLUNGEN

Minderheitenforschung zum nördlichen Ostmitteleuropa in der Bundesrepublik Deutschland

von Jørgen Kühl

In Verbindung mit den tiefgreifenden revolutionären und evolutionären politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen in Osteuropa sind die nationalen Fragen und in diesem Zusammenhang vorrangig auch die Problematik der nationalen Minderheiten von zentraler Bedeutung geworden. Folglich ist auch die Minderheitenforschung in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts von grundlegender Wichtigkeit. Die nationale Problematik, die von der internationalen Forschung lange Zeit nach 1945 zwar nicht ignoriert worden war, jedoch einen untergeordneten Platz zugeteilt bekommen hatte, wurde mit den Veränderungen der Jahre um und nach 1989 zu einer international unumgänglichen und aktuellen politischen Frage. Dies um so mehr, als sich die Minderheitenprobleme sehr schnell als internationaler Konfliktstoff erwiesen. Ethnische Bewegungen und ethnische Konflikte in gewaltsamer oder friedlicher Form prägten die innere, auswärtige und internationale Politik dieses Jahrzehnts. Die ethnischen, nationalen, sprachlichen und religiösen Minoritäten dissimilieren heute aktiv und formulieren Forderungen, die sie erfüllt sehen wollen, obgleich damit Gegensätze und Konflikte zu anderen Bevölkerungsgruppen und zu den Staaten, in denen sie leben, entstehen könnten. Minderheitenforschung ist somit Mitte der 1990er Jahre auch Konfliktforschung. Europäische, internationale Politik ist heute ohne die Einbeziehung der Minderheitenfragen kaum noch denkbar. Wer sich mit Minderheiten in Europa wissenschaftlich beschäftigt, trägt zu einem besseren Verständnis der oftmals verworren und undurchsichtig erscheinenden nationalen und ethnischen Minoritäts- und Majoritätsbewegungen bei.

Lösungen von komplexen Konfliktsituationen setzen ein gründliches Verständnis der Hinter- und Beweggründe sowie der politischen Konstellationen voraus. Deshalb läßt sich aus der Minderheitenforschung auch eine Friedensforschungsfunktion ableiten. Konsequenterweise wird in den 90er Jahren verstärkt und oftmals auch interdisziplinär Minderheitenforschung an vielen Orten und mit wichtigen Ergebnissen betrieben. Dabei sind auch die Minderheiten verständlicherweise selber sehr aktiv, da sie ein originäres und identitätserhaltendes Interesse an der Erforschung ihrer eigenen Gruppe haben. Ein bedeutender Teil der Minderheitenforschung

wird von Minderheitenangehörigen betrieben. Allerdings sollte hinzugefügt werden, daß Minoritätenangehörige ohne Zweifel gute und seriöse Forscher sein können, doch sollte ihr Eigeninteresse immer kritisch betrachtet werden. Ebensowenig wie die Erforschung des Nationalismus Nationalisten überlassen werden sollte, sollte es auch nicht nur den Minderheiten selbst überlassen werden, ihre besondere Situation zu untersuchen. Deshalb sollten sich unabhängige kritische Forscher auch der Minderheitenforschung widmen. Die Perspektive des Außenstehenden wird von den implizierten und emotional engagierten Minderheitenangehörigen zwar in der Regel oft als falsch oder ungenau be- und manchmal auch verurteilt werden, da dem Betrachter von außen vermutlich immer Aspekte als unwichtig erscheinen oder einfach übersehen werden, die dann von den berührten Parteien als essentiell hervorgehoben und zur Disqualifizierung der Gesamtarbeit genutzt werden können. Minderheitenangehörige versuchen des weiteren oftmals, ihr Geschichts- und Gegenwartsbild von sich selbst dem interessierten und fragenden Forscher aufzudrängen. Übernimmt der Forscher bzw. die Forscherin zumindest nicht Elemente dieser für die Selbstlegitimation der jeweiligen Gruppe wichtigen, beinahe schon kanonisierten Auffassungen, wird seiner bzw. ihrer Interpretation mangelndes Verständnis angelastet. Trotzdem hat der distanzierte Minderheitenforscher den Vorteil eines anderen Zuganges und einer anderen Perspektive, die — und das sollte auch vermerkt werden — allerdings nicht in allen Fällen auch die angestrebte entsprechende Objektivität gewährleistet.

In diesem Beitrag soll der Versuch unternommen werden, eine Bestandsaufnahme zur Minderheitenforschung zum nördlichen Ostmitteleuropa in der Bundesrepublik Deutschland zu geben. Dabei wird die Forschung zu den Entwicklungen der letzten zehn Jahre im Mittelpunkt stehen. Die Bestandsaufnahme wird gewissermaßen von außen gesehen und vorgenommen, und zwar aus dänischer Sicht. Dabei werden sich vielleicht andere Perspektiven ergeben, als es in der Bundesrepublik traditionell der Fall sein sollte. Auf der anderen Seite besteht womöglich die Gefahr, daß etwaige wichtige Forschungsbeiträge wegen Unkenntnis nicht berücksichtigt werden konnten.

1. Begriffsbestimmung, Abgrenzung und Problembeschreibung

Als Minderheit wird in diesem Zusammenhang jede nicht-dominante Gruppe in den jeweiligen Staaten im nördlichen Ostmitteleuropa (Estland, Lettland, Litauen sowie Nordostpolen) verstanden, die sich durch

objektive (z.B. Sprache, Geschichte, Kultur, Religion) oder subjektive (Eigenidentifikation als oder mit einer Nationalität bzw. ethnischen Gruppe) Faktoren von anderen Bevölkerungsteilen unterscheiden und die sich bewußt als Eigengruppe definiert. Die bewußte Identifizierung mit der jeweiligen Minderheit markiert den entscheidenden Unterschied zwischen einer bloß numerischen Gruppe von z.B. Russophonen und einer ethnischen oder nationalen Minderheit. Das Vorhandensein einer gewissen Anzahl von Menschen, die z.B. eine andere Sprache sprechen als die Mehrheit, ist an sich kein entscheidendes Kriterium für die Definition einer solchen Gruppe als Minderheit. Zumindest Teile dieser numerischen Größe müssen sich bewußt als Minderheit verstehen, um als solche aufgefaßt zu werden. Dabei sei vermerkt, daß es aufgrund der umfassenden, gegen Minderheiten und im Falle des Baltikums auch gegen die Mehrheitsbevölkerungen gerichteten Assimilations- und Repressionsprozesse in der Sowjetunion und in Polen nach 1945 in vielen Fällen zu einem unterschiedlich großen Verlust der objektiven gruppenspezifischen Merkmale gekommen ist. Dieser Verlust an objektiven Identitäts- und Nationalitätsmerkmalen hat in vielen Fällen allerdings nicht zum gleichzeitigen Verlust der subjektiven Ethnizität geführt. So gibt es nicht nur im Baltikum und im nordöstlichen Polen Minderheitengruppen, die sich weniger durch objektive als durch subjektive Faktoren von anderen Nationalitäten unterscheiden. All diesen Gruppen ist gemeinsam, daß sie sich nach der Beendigung der totalitären Herrschaft darum bemüht haben und weiterhin bemühen, ihre objektiven Nationalitätsmerkmale wiederzuerlangen. Dabei kann von einem Kompensationsprozeß gesprochen werden, bei dem dem außenstehenden Beobachter ethnische Eigenarten oftmals überzeichnet vorkommen und oft sehr schnell als „nationalistisch" bewertet werden. Im Falle der baltischen Mehrheitsvölker zeigt sich dieser Kompensationsprozeß in den Bestrebungen, sich von der gut 50jährigen Dominanz des Russischen in der Homogenisierungsform der Sowjetideologie zu befreien und zu läutern. Dieser Prozeß kann Außenstehenden leicht als antirussisch erscheinen.

Minderheit in dem hier gewählten Sinne sind nicht die Mehrheitsbevölkerungen der Esten, Letten und Litauer. Unter der repressiven Sowjetherrschaft, die bis zur zweiten Hälfte der 80er Jahre andauerte, waren sie zwar auch und im besonderen Maße der forcierten Assimilationspolitik des sowjetkommunistischen Regimes ausgesetzt. Die baltischen Nationen waren ohne Zweifel die primären Opfer dieser Politik, die auf die Zerstörung der nationalen Eigenarten dieser Völker abzielte. Ihre Lage war außerdem in der Sowjetunion als ganzes betrachtet minoritär. Trotzdem werden sie hier nicht als Minderheiten aufgefaßt, da sie sich selber nie als

Minorität betrachtet haben. Hinzu kommt, daß die baltischen Nationen Gegenstand vieler wichtiger und zentraler wissenschaftlicher Werke sind. Die vorliegende Bestandsaufnahme gruppiert hingegen die russischsprachigen und russischen Bevölkerungen für die Zeit nach der nationalen Renaissance der baltischen Nationen Mitte der 80er Jahre als Minderheiten. Gleichwohl muß vermerkt werden, daß diese Charakteristik einige Ungenauigkeiten einschließt, da die Russen insbesondere in Estland und Lettland zu einem großen Teil eher als Immigranten aufgefaßt werden können, als daß sie im eigentlichen Sinne Minderheiten mit einer längeren historischen Dimension in diesen Staaten darstellen. Die in den 60er, 70er und in der ersten Hälfte der 80er Jahre eingewanderten bzw. allokierten und seßhaft gewordenen Russen stellen eigentlich einen Typ der „neuen Minderheiten" dar, wie er in den west- und nordeuropäischen Gesellschaften seit den 50er Jahren durch Einwanderung und Fluchtbewegungen entstanden ist. Von seiten baltischer Forscher und Politiker ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß ein Großteil der Russen in Estland und Lettland als „Ausländer" aufgefaßt werden, die die geltenden Kriterien für die Erlangung der estnischen bzw. lettischen Staatsangehörigkeit nicht erfüllen und diese zum großen Teil auch gar nicht erstreben. Diese begriffliche Unschärfe wird allerdings hier wissentlich in Kauf genommen, u.a. weil es sich bei den Russen um die numerisch größte Minderheit bzw. nicht-dominante ethnische Gruppe in der Region handelt.

Als Minderheitenforschung werden wissenschaftliche Arbeiten aufgefaßt, die sich entweder in Fallstudien oder in zusammenfassender Form methodisch stringent mit Minderheitenfragen in der hier behandelten Region beschäftigen. Dazu zählen nicht die umfassende Erinnerungs- und Nostalgieliteratur, die es insbesondere zur Geschichte der deutschen Minderheiten en masse gibt. Diesen Werken soll zwar nicht jedwede Bedeutung aberkannt werden; trotzdem handelt es sich dabei nicht um wissenschaftlich reflektierte Abhandlungen, sondern um Quellen, die z.T. für die wissenschaftliche Arbeit genutzt werden können. Die Abgrenzung „Forschung in der Bundesrepublik Deutschland" ist präzise und doch etwas diffus, da sie sowohl Arbeiten bundesdeutscher Forscher als auch nicht-deutscher Forscher, die in der Bundesrepublik Deutschland publiziert haben, einschließt. Dabei ist allerdings darauf verzichtet worden, die wichtigen Analysen, die von den vormals in München ansässigen Institutionen Radio Free Europe und Radio Liberty herausgegeben wurden, als bundesdeutsche Forschung zu kategorisieren.[1]

---

[1] So u.a. Report on the USSR, Report on Eastern Europe und RFE/RL Research Report.

Die folgende Bestandsaufnahme versucht, einen umfassenden Überblick zur Forschung in der Bundesrepublik zu den Minderheiten in der Region zu geben. Als Quellen dienen Monographien, Sammelwerke sowie Zeitschriftenaufsätze. Die Darstellung kann nicht allesumfassend sein, da manche der neuesten wissenschaftlichen Arbeiten noch nicht in den Beständen skandinavischer Bibliotheken zu finden sind.[2] Die wichtigsten Publikationen sind allerdings nach Möglichkeit behandelt worden.

2. Übergreifende Arbeiten

Die Forschung zu Minderheiten im nördlichen Ostmitteleuropa kann in mehrere Kategorien aufgeteilt werden. Ein Teil der Minderheitenforschung wird als Teil genereller und übergreifender Darstellungen geleistet. Dazu zählen die seit Anfang der 1990er Jahre von verschiedenen Forschern verfaßten und/oder herausgegebenen Werke zu Nationalitätenfragen in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion. In diesen Werken werden die Minderheiten in den baltischen Staaten allerdings oftmals nur kurz angesprochen oder gar nicht problematisiert. Dafür wird um so mehr auf die Lage der Esten, Letten und Litauer eingegangen. Falls Minderheitenfragen angesprochen werden, geschieht dies in erster Linie mit Verweis auf die Russen.[3] Eine Ausnahme ist die grundlegende Darstellung von G. Brunner[4] sowie ein Beitrag von R.A. Mark[5], die in ihren jeweils bündigen Darstellungen differenziert die Fragen der ostslavischen und auch der polnischen Minderheiten berühren.

---

2 Ich danke der Dansk Bibliotek Slesvig in Schleswig sowie der Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig in Flensburg für die große, kompetente und zügige Unterstützung bei der Literatursuche und bei der Beschaffung der benötigten Fachliteratur durch das skandinavische und schleswig-holsteinische Bibliothekswesen.

3 So z.B. M. Boden, Nationalitäten, Minderheiten und ethnische Konflikte in Europa. München 1993; J. Nowak, Europas Krisenherde. Nationalitätenkonflikte vom Atlantik bis zum Ural. Ein Handbuch. Reinbek 1994.

4 G. Brunner, Nationalitätenprobleme und Minderheitenkonflikte in Osteuropa. Strategien und Optionen für die Zukunft Europas. Gütersloh 1993 (Arbeitspapiere. 10.), fokussiert auf S. 33 auf die „ostslawischen Minderheiten", also ein Begriff, der dem hier verwendeten „russischsprachige Minderheiten" entspricht. Außerdem hebt er in seiner konzisen Beschreibung auch die Bedeutung der polnischen Minderheit in Litauen hervor.

5 R.A. Mark, Minderheitenprobleme und Regionalismus in den nichtrussischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, in: Deutsche Studien 30 (1993), H. 120, S. 376-389.

3. Spezialstudien

Eine andere Kategorie der Minderheitenforschung bilden Spezialstudien, die sich mit einzelnen Minderheiten bzw. mit Teilaspekten der Minderheitenproblematik beschäftigen. Im folgenden wird ein Überblick solcher Spezialstudien gegeben, wobei die Strukturierung zunächst übergreifende Arbeiten zur Minderheitenpolitik charakterisiert und dann Forschungen zu Einzelminderheiten behandelt.

3.1. Minderheitenpolitik

Jedwede Minderheitenproblematik hat stets mehrere Seiten. Die Minderheiten sind ohne die komplementären Mehrheiten nicht denkbar. Der Minderheitenkonflikt ist in der Regel ein Konflikt zwischen der Minderheit auf der einen und der Mehrheit bzw. den Staatsorganen, die überwiegend vom Mehrheitsvolk geprägt sind, auf der anderen Seite. Hinzu kommen andernorts in der ehemals kommunistischen Hälfte Europas noch weitere Konflikte zwischen Minderheiten, die jedoch im nordöstlichen Europa keine oder nur eine äußerst geringe Rolle spielen.

Minderheitenpolitik heißt in erster Linie die Politik der jeweiligen Regierungen gegenüber den Minderheiten. Dieser Aspekt ist in den letzten Jahren in verschiedenen Zusammenhängen in deutschen Publikationen behandelt worden. Ein zentraler Beitrag zur Erforschung der Minderheitenpolitik der baltischen Staaten in der Zeit der Unabhängigkeit zwischen den Kriegen dieses Jahrhunderts ist von M. Garleff geliefert worden, der eine informative Studie in Artikelform zur kulturellen Selbstverwaltung der nationalen Minderheiten vorgelegt hat.[6] Garleff leuchtet prägnant die Minderheitenpolitik sowie die Umsetzung der Gesetzesbestimmungen in der Praxis aus, wobei auch die Auswirkungen der Politik gegenüber den Minderheiten in einem Ausblick bewertet werden. Die Minderheitenbestimmungen der baltischen Staaten waren in der Zwischenkriegszeit liberal und gaben den Minderheiten große Entfaltungsmöglichkeiten. So ist es auch nicht verwunderlich, daß Estland, Lettland und Litauen mit ihren neuen Minderheitengesetzgebungen an die Erfahrungen der ersten Unabhängigkeitsperiode anzuschließen versuchen.

---

6 M. Garleff, Die kulturelle Selbstverwaltung der nationalen Minderheiten in den baltischen Staaten, in: Die Baltischen Nationen. Estland, Lettland, Litauen, hrsg. v. B. Meissner. Köln 1990, S. 87-107.

E. Levits hat sich wiederholt mit der Minderheitenpolitik der baltischen Staaten beschäftigt. Seine tiefgreifende Darstellung der Ausländer- und Minderheitenpolitik gibt eine gut informierte Einführung in das Verhältnis zwischen den baltischen Staatsregierungen und den Minderheiten in den jeweiligen Ländern.[7] Dabei wird zwischen Ausländern und Minderheiten unterschieden. Ausgangspunkt seiner Darstellung ist die Feststellung: „Nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit müssen die baltischen Staaten diese Folge der sowjetischen Besatzungspolitik — das Vorhandensein einer fremden Zuwanderergruppe, die bisher kaum bereit war, sich in die sie umgebende Gesellschaft zu integrieren, sondern vielmehr der Besatzungsmacht als Herrschaftsinstrument diente — sowohl rechtlich als auch politisch bewältigen."[8] Danach stellt er fest, daß die baltischen Staaten in Kontinuität mit ihrer Existenz der Zwischenkriegszeit ständen und deshalb auch die jeweiligen Staatsangehörigkeiten kontinuierlich fortexistierten. Den Staatsbürgergesetzen der baltischen Staaten ist gemeinsam, daß sie alle das Ius sanguinis als Grundsatz haben — d.h. daß die Staatsangehörigkeit vererbbar ist. Da der größte Teil der zugewanderten Russen keine traditionellen Bindungen zu den baltischen Staaten vor 1940 haben, sind sie auch keine Staatsbürger dieser wiedergegründeten Staaten. Als Konsequenz dieser Umstände ergab sich bei der Unabhängigkeit Estlands, Lettlands und Litauens, daß große Teile der Bevölkerungen — nämlich die Gruppen Zugewanderter — keine Staatsangehörigen waren. Levits schätzt, daß ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung 1991 in Lettland ein Drittel, in Estland ein Viertel sowie in Litauen ein Zehntel ausmachten.[9] Diese Menschen sind rechtlich gesehen sowjetische Staatsbürger (bzw. russische Staatsangehörige, da die UdSSR nicht länger als Völkerrechtssubjekt existiert und ihre Angehörigen staatenlos geworden wären, hätte Rußland ihnen nicht seine Staatsangehörigkeit erteilt), also Ausländer, und haben deshalb auch nicht den Status von nationalen Minderheiten.

Das heißt allerdings nicht, daß mit dieser Definition die Existenz von Minderheiten im Baltikum in ein ausschließliches Vorhandensein von Ausländern umgekehrt worden ist. Denn es leben eben auch Minderheiten in den baltischen Ländern, die die Staatsbürgerschaft besitzen und daraus Forderungen nach Minderheitenrechten geltend machen können.

---

7 E. Levits, Die Ausländer- und Minderheitenpolitik der baltischen Staaten, in: Volksgruppen in Ostmittel- und Südosteuropa, hrsg. v. G. Brunner u. H. Lemberg. Baden-Baden/München 1994 (Südosteuropa-Studien. 52.), S. 37-58; vgl. auch die Rezension von W. Borodziej in diesem Heft, S. 741-745.

8 Ebenda, S. 37.

9 Ebenda, S. 41.

Levits stellt in seinen Erörterungen teils die Regelungen der drei baltischen Staaten auf dem Gebiet des Staatsangehörigkeits- und Ausländerrechts, teils die Rechtsnormen zur Stellung der Minderheiten dar. Er hebt im letzteren Zusammenhang hervor, die „liberalen minderheitenrechtlichen Traditionen der Zwischenkriegszeit, die während der sowjetischen Besatzungsperiode vollends in Vergessenheit gerieten, wirken sich auch auf das neue Minderheitenrecht der baltischen Staaten aus".[10] Schließlich perspektiviert Levits die politische Problematik, die sich unweigerlich aus dem faktischen Vorhandensein großer Gruppen von russischsprachigen Immigranten in der Region ergibt. Daß diese Gruppen aus baltischer (und seiner) Sicht zuallererst ein fait accompli der sowjetischen Kolonisations- und Assimilierungspolitik gegenüber den Esten, Letten und Litauern gewesen sind, wird unterstrichen. Die Lösung dieser Problematik kann entweder durch Naturalisierung — was wiederum die Erfüllung von bestimmten Kriterien, darunter auch von minimalen Sprachkenntnissen, voraussetzt — oder durch Emigration gelöst werden. Insgesamt gesehen gibt Levits eine reflektierte und problemorientierte Darstellung der Minderheitenfragen im Baltikum. Seine wohlbegründete Unterscheidung von Minderheiten und Ausländern wird allerdings nicht von allen westlichen Beobachtern geteilt, die undifferenziert von einem Gesamtminderheitenkomplex ausgehen, ohne die besonderen zeitgeschichtlichen Umstände mit in Betracht zu ziehen.

Eine Dokumentation und Analyse der minderheitengesetzlichen Regelungen in den baltischen Ländern ist von C. Schmidt für die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen erstellt worden.[11] Ihre zusammenfassende Darstellung ist der erste Beitrag zu einer Schriftenreihe „Minderheitenschutz im östlichen Europa", die von der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen und dem Institut für Ostrecht der Universität Köln herausgegeben wird. Ziel der Publikation ist es, so schreiben die Herausgeber im Vorwort, „den aktuellen Stand des Minderheitenschutzes in den einzelnen Ländern Osteuropas zu dokumentieren und zu analysieren".[12]

Weitere Darstellungen, die grundlegender Art sind und die von jeweils einheimischen Kennern der Materie verfaßt wurden, sind in einem Sammelwerk zur Außenpolitik der baltischen Staaten erschienen.[13] Dabei soll

---

10 Ebenda, S. 48.

11 C. Schmidt, Der Minderheitenschutz in den baltischen Staaten. Dokumentation und Analysen. Bonn 1993; vgl. auch die Rezension von D. Henning in diesem Heft, S. 745-748.

12 Ebenda, S. 7.

13 Die Außenpolitik der baltischen Staaten und die internationalen Beziehungen, hrsg. v. B. Meissner, D.A. Loeber u. C. Hasselblatt. Hamburg 1994; vgl. auch die Rezension von M. Garleff in diesem Heft, S. 773-776.

insbesondere auf die kompetente Darstellung von Z. Namavičius (Botschafter Litauens in Bonn) und A. Hollstein (Persönlicher Referent des litauischen Botschafters in Bonn) zur Menschenrechts- und Minderheitenschutzfrage in Litauen verwiesen werden.[14]

In bezug auf die Minderheitengesetzgebung und -politik in den baltischen Staaten wurde in der Bundesrepublik eine Reihe weiterer Aufsätze veröffentlicht. Dazu gehören die Ausführungen M. Būmanis' zu den Nationalitätenproblemen in Lettland, der eine umfassende Übersicht zu den historischen Hintergründen und der aktuellen Lage einer Reihe von Minderheiten gibt.[15] Auch B. v. Staden hat eine prägnante Problematisierung der Minderheitenpolitik veröffentlicht.[16] Er analysiert differenziert die Situation in den baltischen Staaten und gelangt dabei zu einem Verständnis, das die grundverschiedene, aus der Bevölkerungszusammensetzung resultierende Problematik in Litauen auf der einen sowie Estland und Lettland auf der anderen Seite hervorhebt. Seine Gesamtbewertung lautet: „Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Minderheitenfrage in Litauen durchaus beherrschbar erscheint, während Estland und Lettland vor schwierigen Problemen stehen."[17]

C. Hasselblatt hat des weiteren eine Studie zur Minderheitenpolitik in Estland vorgelegt, die gründlich recherchiert und reflektiert die Minderheitenpolitik der Zwischenkriegszeit sowie der nach 1989 bzw. 1991 ausleuchtet, kontrastiert und analysiert.[18] Er kommt zu dem Ergebnis, daß die grundlegend veränderte demographische Lage in Estland der entscheidende Unterschied zwischen den minderheitspolitischen Praktiken bildet. In der gegenwärtigen Situation gilt für den Umgang mit Minderheiten und insbesondere mit den als „Ausländern" kategorisierten Nicht-Staatsbürgern: „Kreativität und Phantasie sind gefragt."[19] Außerdem hebt er hervor, daß die Minderheitenpolitik der Zwischenkriegszeit aktiv von den

---

14 Z. Namavičius, A. Hollstein, Die Frage der Menschenrechte und des Minderheitenschutzes in der Republik Litauen unter besonderer Berücksichtigung der Verfassung, in: Außenpolitik (wie Anm. 13), S. 146-160. Die beiden anderen Beiträge stammen von M. Rannut (Linguistic Policy in Estonia, in: Ebenda, S. 67-86) und von J. Bojars (Human Rights Policy and Legislation of the Republic of Latvia, in: Ebenda, S. 87-145).

15 M. Būmanis, Nationalitätenprobleme und Minderheitenschutz in Lettland, in: Jahrbuch des baltischen Deutschtums 41: 1994 (1993), S. 185-206.

16 B. v. Staden, Minderheitenpolitik im Baltikum, in: Europa-Archiv 22 (1993), S. 653-660.

17 Ebenda, S. 660.

18 C. Hasselblatt, Minderheitenpolitik in der Republik Estland in Geschichte und Gegenwart, in: Zeitschrift für Ostforschung 43 (1994), S. 553-566.

19 Ebenda, S. 566.

Minderheiten mitgestaltet und vorangetrieben wurde, während sie heute nur begrenzt und auf lokaler Ebene von den Minderheiten betrieben wird.

Ein weiterer Aspekt der Minderheitenpolitik gilt der Sprachenpolitik. Eines der zentralen Elemente der Souveränitätsbestrebungen der baltischen Republiken war seit 1988 die Rückbesinnung auf die kulturelle Identität der Esten, Litauer und Letten. In diesem Zusammenhang erlangten die jeweiligen Nationalsprachen konsequenterweise eine wichtige Position. Sie waren Symbol der nationalen Renaissance und markierten den deutlichen Unterschied zwischen den Balten und den Russischsprachigen, die als Besatzer verstanden wurden. Die damaligen Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen verabschiedeten 1989 Sprachgesetze, in denen die jeweilige Sprache der Titularnationalität zur offiziellen Sprache erklärt wurde. Diese Regelungen sollten den Prozeß der sprachlichen Russifizierung stoppen und waren ein höchst populäres Anliegen in den jeweiligen Nationalbewegungen. Bei den Russischsprachigen im Baltikum stieß die neue Sprachenpolitik verständlicherweise auf Ablehnung. Der Widerstand erklärte sich zu einem erheblichen Teil aus der Schwierigkeit, sich die estnische, lettische und litauische Sprache anzueignen. Sie sahen in den neuen Gesetzgebungen eine Maßnahme gegen ihre Muttersprache, während die baltischen Nationen die Erhebung ihrer Sprachen zu offiziellen Sprachen als Rettungsmaßnahme für ihre spezifische Identität begründeten.

Außenstehende Beobachter haben sich mit der Frage beschäftigt, ohne jedoch eine durchweg einige Bewertung abzugeben. Auf der einen Seite wurden die Bemühungen der Esten, Litauer und Letten, ihre nationale Selbstbestimmung wiederzuerlangen, mit Sympathie begleitet; auf der anderen gab es immer wieder Stimmen, die von diskriminierenden Akten gegenüber den Russen im Baltikum sprachen. Die letztgenannte Auffassung wurde zudem wortreich von Russen in Rußland verbreitet, wobei zunächst lediglich nationalistische Kräfte, in den letzten Jahren aber verstärkt auch der größte Teil des übrigen politischen Spektrums in der Rußländischen Föderation von Übergriffen gegen die und Diskriminierung der Russen sprach. M. Malek ist in einer ausgezeichneten Synthese in der Zeitschrift „Osteuropa" der Sprachenpolitik im Baltikum nachgegangen und hat in diesem Zusammenhang die verschiedenen Aspekte der Thematik sowie die befürwortenden und ablehnenden Standpunkte analysiert.[20] Dabei gelangt er zu der sicherlich zutreffenden Schlußfolgerung: „Die Sprachengesetze waren jedenfalls wichtige Akte der Emanzipation von

[20] M. Malek, Sprachenpolitik im Baltikum, in: Osteuropa 44 (1994), H. 10, S. 926-937.

der Moskauer Zentrale und markierten den Abschied von der früher praktizierten einfachen Adaptierung der Rechtsakte auf Unionsebene."[21] Daß eben diese politische und kulturelle Befreiung von den russischsprachigen Minderheiten als Affront aufgefaßt werden konnte und wurde, ist ebenfalls nachvollziehbar.

Auch C. Hasselblatt hat eine pointierte Übersicht zur Sprachenpolitik im Baltikum veröffentlicht, wobei er neben den „gewöhnlichen" Volkszählungsergebnissen von 1989 auch die Ergebnisse einer Umfrage aus dem Jahre 1991 in seine Analyse mit einbezieht.[22] Er verweist in seiner Darstellung auf die zahlreichen Probleme in der Sprachenpolitik, insbesondere im Hinblick auf die Erlernung der jeweiligen Amtssprachen durch die russischsprachigen Bevölkerungen, die z.T. in öffentlichen Behörden beschäftigt sind, sich aber noch nicht die offiziellen Sprachen angeeignet haben. So stellt er realistisch fest: „Die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis ist gewaltig."[23]

Die Sprachenpolitik sollte zusammenfassend sicherlich eher und primär als Politik für die Mehrheitsvölker der Esten, Letten und Litauer denn als Instrument gegen die Minderheiten im Baltikum gedeutet werden. Die Gesetze sowie die getroffenen und vollzogenen politischen Maßnahmen zu ihrer Verwirklichung sollten in erster Linie zu einer Rekonstituierung der baltischen Nationen als Kulturnationen in ihren eigenen Republiken bzw. ab 1991 Staaten führen. Die Belange und Interessen der Minderheiten wurden dabei als zweitrangig beurteilt, da man ihnen zugleich auch die Möglichkeit bieten wollte, die jeweilige offizielle Sprache zu erlernen.

3.2. Die russischsprachigen Minderheiten

Die Russen bilden große Bevölkerungsminderheiten in Estland und Lettland. Die letzte sowjetische Volkszählung des Jahres 1989 zeigte einen relativen russischen Anteil an den Gesamtbevölkerungen in Estland von 30,3% und in Lettland von 34%. In Litauen ist ihre numerische und somit auch politische Bedeutung mit 9,4% der Bevölkerung im Jahre 1989 weitaus geringer. Die ethnische Kategorisierung Russen greift an sich zu kurz, da es sich im Grunde genommen bei dieser Minderheitenproblematik nicht ausschließlich um ethnische Russen handelt. Stattdessen sollte von

---

21 Ebenda, S. 936.

22 C. Hassselblatt, Die Sprachenpolitik in den baltischen Republiken, in: Jahrbuch des baltischen Deutschtums 40: 1993 (1992), S. 118-121.

23 Ebenda, S. 120.

russischsprachigen Minderheiten gesprochen werden. Dazu gehören die Russen sowie in erster Linie die beiden anderen slavischsprachigen Nationalitäten: Weißrussen und Ukrainer, die nach der sowjetischen Annexion der baltischen Staaten ebenfalls in beträchtlicher Zahl in Estland, Lettland und in geringerem Maße in Litauen durch die von der Zentralmacht in Moskau bewußt gesteuerte Bevölkerungspolitik seßhaft geworden sind. Schließlich können z.T. auch andere Nationalitäten der heutigen Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, die nach 1940/45 ins Baltikum gezogen sind, als russischsprachige Minderheiten aufgefaßt werden. Ihre Zahl ist bedeutend geringer als die der Russen, kann aber trotzdem nicht ignoriert werden. So identifizierten sich 1989 in Estland neben 475 000 Personen, die sich als Russen fühlten, 48 200 als Ukrainer (3,1%) und 27 700 als Weißrussen (1,8%). In Lettland lebten außer 906 000 Russen noch 120 000 Weißrussen (was damals 4,5% der Gesamtbevölkerung entsprach) und 92 000 Ukrainer (3,5%). In Litauen lebten schließlich 344 400 Russen, 63 100 Weißrussen (1,7%) sowie 44 700 Ukrainer (1,2%).[24]

Den Russen, Weißrussen und Ukrainern ist gemeinsam, daß sie überwiegend nach dem Zweiten Weltkrieg ins Baltikum umgezogen sind und erst innerhalb der letzten 40 Jahre zu solch großen Bevölkerungsminderheiten geworden sind, wie sie sich heute darstellen. Noch bei der sowjetischen Volkszählung von 1959 bildeten die drei slavischen Nationalitäten insgesamt lediglich 22,3% der Bevölkerung in Estland, 30,9% in Lettland und 10,3% in Litauen. Dieser Anteil war allerdings bedeutend größer als vor 1940, als die slavischen Völker kleine Minderheiten bildeten.[25] Dies geschah im Rahmen einer bewußt betriebenen An- und Umsiedlungspolitik, die die Assimilation der baltischen Völker an das Russische und somit folglich auch die gesicherte Integration der drei Republiken in die UdSSR gewährleisten sollten. Dadurch entstanden mehrere russische bzw. slavische Minderheiten in den baltischen Staaten: zunächst diejenigen Russen, die oder deren Vorfahren vor 1940 im Baltikum gelebt hatten und als autochthone ethnische Gruppe anerkannt waren; dann die neu angesiedelten Russen, die teils als Militärpersonal im aktiven Dienst oder als Pensionäre im Baltikum verweilten; sowie schließlich die Arbeitsmigranten, die wiederum aufgrund der unterschiedlichen Zuwanderung eigentlich mehrere Untergruppen bildeten, von denen einige Mitte der 90er Jahre in der dritten oder vierten Generation in Estland und Lettland leben, während ande-

---

24 Alle Angaben aus: baltisches jahrbuch (1989), S. 264 ff.

25 In Estland 1934: 8,2% Russen und keine registrierten Weißrussen bzw. Ukrainer; in Lettland 1935: 10,6% Russen, 1,4% Weißrussen und 0,1% Ukrainer; in Litauen 1923: 2,3% Russen, 0,2% Weißrussen sowie keine registrierten Ukrainer.

re erst vor zehn Jahren in diese Republiken an der Ostsee zugewandert waren.

Mit dem Zerfall der Sowjetunion stellte sich umgehend die Frage, wie die baltischen Staaten mit der großen ungelösten, aber um so wichtigeren Frage des Status der russischsprachigen Minderheiten umgehen würden. Dabei erwies sich schnell ein Unterschied zwischen der Regierung in Litauen, wo die Russen nur eine kleine Minderheit bildeten, und den Regierungen in Estland und Lettland, wo die Russen kompakte Bevölkerungsgrößen ausmachten, die in den Großstädten und in anderen Regionen Majoritäten und z.T. völlig dominierende ethnische Gruppen bildeten. Diese Frage bestimmte das Verhältnis Estlands und Lettlands zur Rußländischen Föderation seit 1991. Die Minderheitenfrage wurde internationalisiert, weil Rußland sie immer wieder ins Gespräch und Spiel brachte. Es war deshalb auch naheliegend, daß sich internationale Wissenschaftler eingehend mit der Problematik beschäftigten, um die Reichweite dieses Konfliktes auszuloten. Auch in der Bundesrepublik Deutschland wurde in vielen Zusammenhängen auf die Lage der russischsprachigen Bevölkerungen im Baltikum verwiesen. Dabei wies man auch auf die besonderen Umstände der Entstehung dieser ethnischen Gruppen hin. Unter anderem wurde der sicherlich zutreffende Begriff „Entrussifizierung" benutzt, um die Politik der Balten, die auf eine Wiederherstellung als Nationalstaaten mit Minderheitengruppen abzielt, zu charakterisieren.[26] Das Leitmotiv der estnischen und lettischen Regierung war sicherlich das Bestreben, etwaigen Autonomie- oder Sezessionsforderungen der Russen entgegenzuwirken. Ein zentrales Problem bildete dabei, wie auch in der Innenpolitik Estlands und Lettlands, die sich aufdrängende Frage nach dem rechtlichen Status dieser Menschen, die nicht-autochthonen Minderheiten angehörten.

Die Staatsbürgergesetzgebungen der baltischen Staaten unterschieden sich dabei grundlegend: Litauen gestand all denjenigen ständigen Einwohnern die litauische Staatsangehörigkeit zu, die 1. selbst oder deren eines ihrer Eltern- oder Großelternteile in der Litauischen SSR geboren worden waren oder 2. innerhalb der zweijährigen Frist vom 3. November 1989 bis zum 4. November 1991 für die litauische Staatsangehörigkeit optiert hatten.[27] Estland und Lettland hielten hingegen an dem Status quo ante fest, d.h. sie wollten nur diejenigen Russen als estnische bzw. lettische Staatsangehörige gelten lassen, die eine direkte familiäre Verbindung zu

---

[26] Boden, Nationalitäten (wie Anm. 3), S. 86.
[27] Brunner, Nationalitätenprobleme (wie Anm. 4), S. 33.

den Russen der Vorkriegszeit nachweisen konnten. Alle später zugezogenen russischsprachigen Menschen wurden hingegen in erster Linie als Ausländer aufgefaßt. Obenstehend wurde in diesem Zusammenhang bereits auf die Arbeiten von Levits verwiesen, der die Frage gründlich beschrieb und erörterte. Andere bundesdeutsche Forscher griffen die Problematik ebenfalls auf.[28] Die Unterschiede in der inneren Struktur der russischsprachigen Gruppen konnten dabei wiederholt herausgearbeitet und pointiert werden.

3.3. Polnische Minderheiten

Während die Situation der Russen in Estland und Lettland aufgrund des latenten Konfliktes zwischen diesen beiden Ländern und der Rußländischen Föderation um die Anerkennung als Minderheit und um die Minderheitenrechte für die Russophonen immer wieder in Beiträgen für Zeitschriften, aber auch in der schreibenden und der elektronischen Presse aus verschiedenen Gesichtspunkten angesprochen, untersucht und beschrieben worden ist, ist das Problem der Polen in Litauen weniger exponiert. Dabei hatte gerade die Situation der polnischen Minderheit in Litauen eine tiefgreifende Bedeutung für das Verhältnis zwischen Polen und Litauen in der ersten Hälfte der 90er Jahre. Laut der letzten sowjetischen Volkszählung des Jahres 1989 lebten in Litauen 258 000 Polen. Diese Zahl kann wie bei allen Volkszählungsergebnissen als Minimalzahl angesehen werden. Die Polen bildeten damals die Mehrheit in zwei Bezirken außerhalb und um die litauische Hauptstadt Wilna/Vilnius. Dieses Gebiet war in der Zwischenkriegszeit von Polen okkupiert und annektiert worden.[29] In den Bezirken Vilnius und Salčininkai bildeten die Polen 65% bzw. 80% der örtlichen Bevölkerung. Hier gab es in den Jahren 1989–1991 immer wieder Konfrontationen zwischen der organisierten polnischen Minderheit und den litauischen Behörden, die insbesondere dadurch verschärft wurden, daß sich die polnischen Rayonsräte gegen die litauischen Souveränitätsbestrebungen wandten und sich ostentativ mit dem Sowjetstaat identifizierten. Hinzu kamen Bestrebungen, polnischer Autonomie Vorschub zu lei-

---

28 So z.B. Nowak, Krisenherde (wie Anm. 3), S. 89 ff.: Baltikum: Staatsbürgerschaft und Minderheitenschutz für die Russen. Pointierter herausgearbeitet ist die Frage bei Brunner, Nationalitätenprobleme (wie Anm. 4), S. 33 ff.

29 Die daraufhin dort von den polnischen Behörden durchgeführte Minderheitenpolitik ist neuerlich dargestellt von A. Skrzypek, Die polnische Minderheitenpolitik im Wilnagebiet (1916–1939), in: Nordost-Archiv N.F. 2 (1993), H. 2, S. 377-402.

sten, die z.B. sogar als Ost-Polnische Republik in der Sowjetunion ohne größere Folgen oder Realitäten proklamiert wurden. K. Hartmann konnte diesen Problemkomplex präzise in einem Beitrag in der Zeitschrift „Osteuropa" aufzeichnen.[30] Dabei beschreibt er die Problematik der polnischen Minderheit in dem übergeordneten Zusammenhang der polnisch-litauischen Beziehungen, insbesondere im Hinblick auf die Reaktionen Polens auf die Souveränitäts- und Unabhängigkeitsbestrebungen Litauens. Er erläutert, wie die Minderheitenfrage das Verhältnis zwischen den beiden Ländern lange Zeit belastete, und wie es wiederholt zu offenen bilateralen Auseinandersetzungen darüber kam. Polen vertrat in diesem Zusammenhang die Interessen der polnischen Minderheit, während die litauische Mehrheit den Polen im Lande mißtrauisch gegenüberstand und zu einem bedeutenden Teil die Minderheit als vermeintliche „fünfte Kolonne" ansah. Dabei spielten die negativen litauischen Erfahrungen mit der Okkupation und Annexion des Wilna-Gebietes durch Piłsudskis Truppen in der Zeit zwischen den Weltkriegen eine entscheidende Rolle für die abweisende Haltung gegenüber der polnischen Minderheit und den polnischen Bestrebungen, eine Autonomie für die Litauenpolen zu erreichen. Trotz der nationalen Gegensätze und der unterschiedlichen Interpretation der gemeinsamen Geschichte gelangten die beiden Länder nach zähen Verhandlungen zu einem Konsens über ihre bilateralen Beziehungen. Dabei spielten die gemeinsamen Interessen gegen einen großen russischen Einfluß sicherlich eine entscheidende Rolle für die Verständigung. Im Frühjahr 1994 konnte der bilaterale Vertrag zwischen den beiden Ländern unterzeichnet werden. Dabei wurden auch die Rechte der Polen in Litauen und der Litauer in Polen festgeschrieben.[31] Die vertraglichen Regelungen scheinen zur Entspannung der nationalen Lage beigetragen zu haben, obgleich es noch immer latente Spannungen zwischen Polen und Litauern in Litauen gibt.

Außer in Litauen lebt noch eine bedeutende Anzahl von Polen in Weißrußland/Belarus'. Ihre Zahl betrug in der sowjetischen Volkszählung von 1989 mehr als 417000. Dabei bildeten sie die absolute Majorität von 83% im Voronov-Bezirk im Grodno-Gebiet sowie große Minoritäten in zwölf anderen Bezirken. Im Grodno-Gebiet identifizierten sich 1989 über 300000 Menschen als Polen. Diese Zahlen wurden von polnischer Seite

---

30 K. Hartmann, Polen und die Unabhängigkeit Litauens, in: Osteuropa 42 (1992), H. 4, S. 329-351.

31 Dokumentiert in: Der Vertrag zwischen Vilnius und Warschau. Das Echo unter Polen und Litauern, in: Osteuropa 44 (1994), H. 11, S. A628-A637.

stets als Minimalgrößen angesehen. Der Verband der Polen in Weißrußland spricht z.B. von bis zu 1,5 Mio. Polen, während einige extreme polnische Nationalisten von 2-2,5 Mio. Polen bei einer Gesamtbevölkerungszahl Weißrußlands von ca. 10 Mio. ausgehen. Die Geschichte und die besondere aktuelle Lage der polnischen Minderheit in Weißrußland ist in einem Beitrag von N. Iwanow in der Zeitschrift „Osteuropa" konzise dargestellt worden.[32] Iwanow beschreibt u.a. die Autonomiebestrebungen bei den Polen in Weißrußland, wo nach 1989 einige hervorragende Vertreter der polnischen Minderheit für die Errichtung polnischer Nationalbezirke wirkten. Dabei verweist er u.a. auf Proklamationen des damaligen polnischen Mitgliedes des Obersten Sovets Weißrußlands, J. Ciechanowicz, der 1991 die Frage stellte, ob es demnächst einen zweiten polnischen Staat in Europa geben würde — sprich: eine polnische Republik in Weißrußland. Etwaige irredentistische oder autonomistische Überlegungen stießen jedoch schnell auf Widerstand, als Polen und Weißrußland im Oktober 1991 in einer gemeinsamen Erklärung feststellten, daß sie keinerlei Ansprüche auf das Territorium des anderen hätten und die Identität der jeweiligen Minderheit achten würden. Dazu sei angemerkt, daß es auch in Polen eine weißrussische Minderheit gibt.

Die Problematik der polnischen Minderheiten in Litauen und Weißrußland birgt trotz der erzielten Befriedigungen und Regulierungen ihrer Lage etliches an Konfliktpotential. Die bundesdeutsche Forschung hat meines Wissens davon bisher nur wenig Notiz genommen, obgleich es sich dabei um bedeutende Gruppen handelt, die ihre Forderungen definiert und artikuliert haben. In manchen Darstellungen wird das Thema überhaupt nicht erwähnt, weil primär auf die russischen Minderheiten fokussiert wird.[33] Solch eine kaleidoskopartige Optik birgt perspektivische Verzerrungen in sich. Da es insbesondere in Litauen, aber auch in Weißrußland Mißtrauen gegenüber den polnischen Minderheiten gibt, kann angenommen werden, daß es auch weiterhin zu (aufgrund der heutigen Lage zum Glück wohl nur friedlichen) Konflikten zwischen Minderheit und Mehrheit bzw. den Staatsorganen kommen wird. Hier gibt es also noch viel Raum für Minderheitenforschung, die zu erbringen nützlich und wichtig ist. Bei jedweder nationalistisch geprägten Konfrontation, die in Ostmitteleuropa noch immer nicht auszuschließen ist, würde u.a. diese Minderheitenfrage von zentraler Bedeutung sein.

---

32 N. Iwanow, Die Polen Weißrußlands, in: Osteuropa 44 (1994), H. 5, S. 473-482.

33 So z.B. Boden, Nationalitäten (wie Anm. 3), die S. 183 ff. zwar über Litauen schreibt, jedoch die problematische Lage der polnischen Minderheit nicht berührt.

3.4. Litauische Minderheiten

Wie es eine polnische Minderheit in Litauen gibt, so existiert auch eine kleinere litauische Minderheit in Polen. Diese Minderheit spielt im litauisch-polnischen Verhältnis teilweise eine analoge Rolle zu der mehrfach größeren polnischen Minderheit in Litauen. Wie in anderen Grenzregionen, wo die jeweilige Mehrheitsnation eine Minderheit im Nachbarland ausmacht, ist auch die Lage der Litauer in Polen vom übergeordneten polnisch-litauischen Verhältnis bestimmt. Durch die Klärung der Minderheitenfrage der Polen in Litauen wurde aufgrund der Gegenseitigkeit im Vertrag der beiden Länder auch die Situation der Litauer in Polen verbessert und auf verbindlicher Ebene fixiert.

In Deutschland ist neuerdings eine kurze Übersicht zu den Litauern sowie den Weißrussen und Ukrainern von H.-J. Karp innerhalb der wichtigen Gesamtdarstellung „Volksgruppen in Ostmittel- und Südosteuropa" erschienen.[34] Karp schätzt, daß die litauische Minderheit in Polen die Größe von 12 000-20 000 Personen ausmacht, die um die kleine Stadt Sejny in der Wojewodschaft Suwałki konzentriert leben. Die Litauer in Polen isolieren sich von den Polen, um einer Assimilation, sprich: Polonisierung zu entgehen. Obgleich die Darstellung den genannten drei Ethnien gewidmet ist, beschäftigt sich der größte Teil des Beitrages mit den um etliches größeren Minderheiten der Weißrussen und Ukrainer in Polen. Trotzdem wird auf die schwierige Lage der katholischen Litauer in der polnischen katholischen Kirche verwiesen, wo es noch immer keine angemessene Repräsentation des Litauischen im Gottesdienst gibt. Dies hängt u.a. auch mit dem Fehlen von des Litauischen mächtigen Priestern zusammen.[35] Auch wird die politische Organisierung der litauischen Minderheit nach den politischen Umwälzungen in Polen um 1989 erwähnt. Die Litauer konnten bei den Kommunalwahlen 1990 ihre Gruppe insofern politisch aktivieren, als sie 16 von 18 Mandaten der Ortsversammlung in der mehrheitlich litauischen Gemeinde Punsk gewannen.[36] Zudem stellten die Litauer weitergehende Forderungen nach angemessener politischer Vertretung auch in der Verwaltung ihres Gebietes. Schließlich bildete die litauische Minderheit bei den Parlamentswahlen 1991 einen Minderheitenwahlblock gemeinsam mit den Ukrainern, Tschechen und Slowaken.

---

[34] H.-J. Karp, Litauer, Weißrussen und Ukrainer in Polen. Religion und Nation, in: Volksgruppen (wie Anm. 7), S. 78-85. Im Themenheft Weißrussen und Ukrainer in Polen 1989/90, in: Dokumentation Ostmitteleuropa 17 (1991), H. 3, hat Karp eine Dokumentation zu den Weißrussen und Ukrainern vorgelegt.

[35] Karp, Litauer (wie Anm. 34), S. 83 f.

[36] Ebenda, S. 82.

Andere wichtige Beiträge zur litauischen Minderheit in Polen konnten nicht registriert werden. Das erklärt sich sicherlich sowohl durch die geringe Größe der Gruppe als auch durch sprachliche Schwierigkeiten bei ihrer Erforschung.

A. Große-Jütte behandelt in ihren Betrachtungen zu Kaliningrad/Königsberg auch kurz die kleine litauische Minderheit in dieser oblast'.[37] Wie es bei der Erfassung der zahlenmäßigen Größe von Minderheiten meistens der Fall ist, so gibt es auch für die Kaliningrader Litauer keine genauen numerischen Angaben. Russischerseits wird der Anteil der litauischen Minderheit auf 2%, litauischerseits auf 8% der Gesamtbevölkerung des Gebietes von ca. 915 000 Personen geschätzt. Es ergibt sich somit eine litauische Minderheit, die 18 000-37 000 Menschen zählt; genauere Schätzungen liegen nicht vor. Die Litauer leben kompakt in den Grenzgebieten zwischen Kaliningrad und Litauen, wo sie örtlich laut litauischer Quellen bis zu 40% der Bevölkerung ausmachen. Das Verhältnis der litauischen Minderheit zur russischen Gebietsverwaltung ist gestört, da die Litauer größere Freiheiten auf schulischem und kulturellem Gebiet einfordern. Außerdem versuchten nationalistische Kreise in Litauen, die Existenz der litauischen Minderheit in dem Gebiet für die Forderung nach Grenzverschiebungen zu instrumentalisieren.

Neben Große-Jüttes Darlegungen sind weitere Arbeiten, die auf die Lage der Litauer im Kaliningrader Gebiet eingehen, nicht bekannt. Obwohl es sich hierbei um eine kleine Minderheit handelt, ist offensichtlich auch ihre Lage potentiell konfliktträchtig, eben weil sie nationalistischen Forderungen Vorschub leisten könnte. Deshalb wären weitere wissenschaftliche Untersuchungen zur litauischen Minderheit im Rahmen einer Gesamtstudie zu den litauischen Minderheiten im Kaliningrader Gebiet und in Polen sicherlich nützlich. Auch müßte diese Gruppe als nicht völlig nebensächlicher Faktor bei Studien zu etwa anstehenden größeren Minderheitenproblemen in der Region mit einbezogen werden.

3.5. Die Kaschuben in Polen

Im nördlichen Polen leben die Kaschuben, die als autochthones Volk an der Ostseeküste siedeln. Die Geschichte und aktuelle Lage dieser insgesamt mehr als 500 000 Menschen zählenden Gemeinschaft ist nicht nur in

---

[37] A. Große-Jütte, Die Region Kaliningrad/Königsberg: Chance oder Gefahrenherd im Ostseeraum? in: Aus Politik und Zeitgeschichte (1994), B. 18-19/94, S. 32-45, hier S. 37.

der Bundesrepublik Deutschland, sondern überhaupt im Westen wenig bekannt. Sie werden zwar als Minderheit zur Kenntnis genommen, sind jedoch nicht Gegenstand gründlicher Forschungsarbeiten. So kann der polnische Historiker J. Borzyszkowski zu Recht einleitend zu seiner grundlegenden deutschsprachigen Darstellung zur Geschichte und Gegenwart der Kaschuben in Polen bedauernd feststellen, daß das europäische Wissen über diese Minderheit sehr gering sei.[38] Er erklärt diese Unkenntnis damit, daß auch polnische Wissenschaftler und Politiker sich mit im Umgang mit der „kaschubischen Frage" schwertäten. Die Schwierigkeiten ergäben sich u.a. aus der doppelten Identifikation der Kaschuben, die sich sowohl als Kaschuben mit einer eigenen, besonderen Identität als auch als Teil des polnischen Volkes als größere Gemeinschaft sähen.[39] In Polen (in der sogenannten Kaschubei, Pommern, aber auch in anderen Regionen sowie in Warschau) existiert ein kaschubischer Verband, der aus ca. 4 000 Mitgliedern in 45 Ortsgruppen zusammengesetzt ist. In Deutschland hat sich bisher — von Werken aus den Anfängen des Jahrhunderts abgesehen — insbesondere die Literaturforschung mit dem Kaschubischen beschäftigt. Historische Abhandlungen konnten nicht festgestellt werden. Es ist zu wünschen, daß deutsche Forscher sich dieser Minderheit annehmen, um die Lücken im Wissensstand zu schließen. Mit bis zu einer halben Million Angehörigen — ob potentielle oder faktische, ist vorläufig nicht von außen festzustellen — ist von einer beachtlichen autochthonen ethnisch-kulturellen Gruppe die Rede, die ein weiteres Element der multiethnischen und -kulturellen Region in Nordostmitteleuropa bildet. Hier sei also nochmals unterstrichen, daß die Minderheitenforschung zum nordöstlichen Europa in der Bundesrepublik noch an ihrem Anfang steht, daß es noch viele „unbekannte" und „unerforschte" Ethnien gibt, deren Kenntnisnahme für ein umfassendes Gesamtbild notwendig ist.

3.6. Die deutschen Minderheiten

Die Deutschen waren ein fester und lange auch tragender Bestandteil der Gesellschaften im Baltikum und im übrigen Nordostmitteleuropa bis zum Zweiten Weltkrieg, als sie entweder durch Umsiedlung vor bzw. am Anfang des Krieges oder durch Flucht und Vertreibung schlagartig ihre ge-

---

38 J. Borzyszkowski, Die Kaschuben — ihre Geschichte und Gegenwart, in: Europa Ethnica 50 (1993), Nr. 1–2, S. 39-50.

39 Ebenda, S. 39.

schichtlich bedeutende und über lange Zeiträume dominierende Position verloren. Es ist nicht verwunderlich, daß Forscher in der Bundesrepublik Deutschland sich insbesondere mit der Geschichte der Deutschen in dieser Region beschäftigt haben. Dies hat zu vielen wichtigen Arbeiten, zu einer umfassenden Darstellung der historischen Rolle der Deutschen geführt. Dabei sind die wissenschaftlichen Arbeiten in der „Zeitschrift für Ostforschung" (seit 1995 „Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung") und in den „Jahrbüchern des baltischen Deutschtums", Monographien[40] sowie insbesondere das „Nordost-Archiv" in seiner Neuen Folge[41] hervorzuheben.

Zu den Entwicklungslinien bei den Deutschen des letzten Jahrzehnts gibt es hingegen nur sporadische Betrachtungen und Beobachtungen. Die historische Darstellung der Deutschen in den baltischen Staaten endet mit der Umsiedlung und der Zäsur des Zweiten Weltkrieges.[42] Spätere Entwicklungen im Baltikum werden entweder gar nicht oder nur summarisch und vereinzelt verzeichnet.[43] Statt dessen wird von den Deutschbalten in der Bundesrepublik und in anderen Ländern berichtet. Mit anderen Worten: Die Perspektive richtet sich mit der Umsiedlung auf die weiteren Geschehnisse außerhalb des Baltikums. Dadurch entsteht ein Mangel, da die Geschichte und aktuelle Lage der Deutschen in Estland, Lettland und Litauen — trotz ihrer Existenz als wenig organisierte, die längste Zeit kaum aktive und wenig spektakuläre ethnische Gruppe — ein Element in dem Gesamtkomplex ethnischer Minderheiten im europäischen Nordosten bilden. Auch wenn die heute in den baltischen Staaten lebenden Deutschen nicht direkt als „Fortsetzung" der Deutschbalten und ihrer Grup-

---

40 Deutsche im Nordosten Europas, hrsg. v. H. Rothe. Köln/Wien 1991 (Studien zum Deutschtum im Osten. 22.). Von den durchweg interessanten Beitragen ist der von W. Schlau, Die Deutschbalten im 20. Jahrhundert (S. 213-236), als besonders gute Gesamtübersicht hervorzuheben, obgleich auch Schlau bei der Beschreibung der Deutschen im Baltikum mit der Umsiedlung endet und danach eigentlich über eine deutschbaltische Diaspora schreibt. Zu den Deutschen in Ostpreußen: Ostdeutsche Geschichts- und Kulturlandschaften. Teil II: Ost- und Westpreußen, hrsg. v. H. Rothe. Köln/Wien 1987 (Studien zum Deutschtum im Osten. 19/2).

41 Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte N.F. 1 (1992), H. 1: Die Deutschen in der Geschichte des nördlichen Ostmitteleuropa. Bestandsaufnahmen.

42 H. Stossun, Die Umsiedlung der Deutschen aus Litauen während des Zweiten Weltkrieges. Untersuchungen zum Schicksal einer deutschen Volksgruppe im Osten. Marburg a.d.L. 1993 (Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien. 12.), ist ein neueres Beispiel einer gründlichen Untersuchung der Umsiedlungen.

43 So stellt H. Hecker, Die Deutschen im Russischen Reich, in der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten. Historische Landeskunde. Köln 1994 (Deutsche Geschichte im Osten. 2.), S. 15, lakonisch fest: „Da die Menschen nach Westen flohen, wo sie sich erneut — und diesmal auf Dauer — niederließen, gab es endgültig so gut wie keine Deutschbalten im Baltikum mehr."

pen aufzufassen sind, bilden sie trotzdem eine, gleichwohl sehr bescheidene Kontinuität der Geschichte der Deutschen in dieser Region. Dieser Umstand ist bisher übersehen worden. Systematische Untersuchungen zur gegenwärtigen Situation liegen deshalb noch nicht vor. In Verbindung mit Auswertungen und Untersuchungen zu den deutschen Minderheiten in der ehemaligen Sowjetunion beschäftigte man sich mit den neuen baltischen Deutschen lediglich peripher, u.a. wurden auch dort Regionalgesellschaften der Sowjetdeutschen Allunionsgesellschaft „Wiedergeburt" nach 1987 gegründet. Es sei vermerkt, daß es auch in den baltischen Staaten deutsche Organisationen und Zusammenschlüsse sowie religiöse Gemeinden gibt, die die Existenz einer deutschen Minderheit unterstreichen. Insbesondere auf religiösem Gebiet spielt Lettland eine wichtige Rolle, da dort der Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in der ehemaligen UdSSR, die insbesondere ethnische Deutsche sowie deutsche Gemeinden umfaßt, residiert.

Auch im Kaliningrader Gebiet, im vormals deutschen Nordostpreußen, siedeln sich neuerdings wieder Deutsche an. Ihre Zahl wird unterschiedlich auf 5000-40000 geschätzt. Dabei handelt es sich allerdings nicht um rückkehrende Deutsche, die am Ende des Zweiten Weltkrieges aus Stadt und Umland Königsberg geflüchtet oder vertrieben worden waren (diese kommen primär als Touristen privat oder insbesondere in Gruppen, um sich Insterburg, das Kurische Haff, den zerbombten Königsberger Dom und andere Orte ihrer eigenen oder der Jugendzeit ihrer Familien anzuschauen), sondern um vormals Sowjet- und nach der Auflösung der UdSSR vor allem Rußland- und Kazachstandeutsche, die als Migranten auf der Suche nach einer neuen Heimat und Heimstätte in das Gebiet an der Ostsee ziehen. Nur in Ausnahmefällen haben diese Deutschen eine direkte Beziehung zur Region. In den meisten Fällen ist das Motiv, in das Gebiet zu migrieren, diffus und knüpft an ein oft partielles Wissen an, daß dieser Teil Rußlands bis 1945 ein Teil Deutschlands war. Sie sind somit auch keine autochthone Minderheit, sondern — wie viele Russen in den baltischen Staaten — Immigranten, die sich in größerer Zahl niederlassen und sich in Vereinen und Gemeinden organisieren und dabei sind, sich als neue Minderheit in dem Gebiet zu konstituieren. Bei den neu angesiedelten Deutschen in der Region gibt es allerdings die — nicht nur, aber am heftigsten von rechtsextremen Gruppierungen in der Bundesrepublik geteilte und propagierte — Ansicht, das vormals deutsche Nordostpreußen sei an sich ein deutsches Land, auf das die ethnischen Deutschen besondere Rechte hätten.

Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre wurde in der deutschen Autonomiebewegung in der UdSSR verschiedentlich die Möglichkeit disku-

tiert, eine deutsche Autonomie bzw. auf längere Sicht eine deutsche Republik in der Kaliningrader oblast' zu gründen.[44] Diese Überlegungen hatten jedoch nie einen realen Hintergrund, obgleich die Vorstellung einer solchen, wie auch immer zu organisierenden deutschen Autonomie bei manchem Deutschen in der ehemaligen UdSSR und in der Bundesrepublik Deutschland auf begeisterte Zustimmung stieß, während die anderen Nationen und Staaten in der Region diesen Szenarien hingegen mit entschiedener Ablehnung begegneten. Die Entwicklungen in dem Gebiet werden aufmerksam von Rußland, Litauen und Polen verfolgt. In den letztgenannten Ländern gibt es von nationalistischer Seite immer wieder Stimmen, die von einem historischen Recht auf zumindest Teile des Gebietes sprechen. Wie im Falle der deutschen Minderheit, besteht in der Kaliningrader oblast' auch eine durch Migrationen ebenfalls neu entstandene polnische Minderheit, die gegenwärtig um die 3000 sogenannte Rußlandpolen zählt. Diese Minderheit entstand durch den Zuzug von Polen, die vorher in den Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR gelebt hatten. Sie genießt natürlich eine gewisse Aufmerksamkeit Polens. In der deutschen Publizistik ist die Problematik um Kaliningrad/Königsberg und darunter auch die deutsche Minderheit in verschiedenen Zusammenhängen behandelt oder angesprochen worden, während eigentliche wissenschaftliche Untersuchungen bisher spärlich anzutreffen sind.[45]

Schließlich hat sich in den letzten Jahren auch im nordöstlichen Polen wieder eine deutsche Minderheit mit eigenen Vereinen organisiert.[46] Ihre Bedeutung in Polen insgesamt betrachtet ist jedoch gering. Es sind die großen, auf örtlicher Ebene majoritätsbildenden und gut organisierten deutschen Minderheiten in Schlesien und in den westlichen Teilen des Landes, die primärer Gegenstand der in den letzten Jahren umfassenden Forschungen in der Bundesrepublik Deutschland[47] und in Polen[48] zu den

---

44 J. Kühl, Die nationale Renaissance und die Autonomiediskussion bei den Deutschen in der Sowjetunion. München 1990 (Arbeitsbericht Nummer 2. Osteuropa-Institut.).

45 Der bereits oben erwähnte Beitrag von Große-Jütte, Region (wie Anm. 37), der eine reflektierte Darstellung gibt, sei hier als eine bedeutende Ausnahme erwähnt, obwohl auch sie die Problematik nur kurz anspricht, ohne sie weitergehend zu erörtern.

46 So z.B. J. Rogall, Die deutschen Minderheiten in Polen heute, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (1993), B 48/93, S. 31-43.

47 Stellvertretend soll hier lediglich auf die Synthese T. Urbans, Deutsche in Polen — Geschichte und Gegenwart einer Minderheit. München 1993, verwiesen werden. Diese ausgezeichnete Arbeit konzentriert sich — wie die meisten anderen neueren und neuesten Beiträge zur Erforschung der Polendeutschen — auf die deutschen Minderheiten im westlichen Polen.

48 So z.B. die in Deutschland erschienene, aus dem Polnischen übersetzte Darstellung von A. Sakson, Die deutsche Minderheit im heutigen Polen, in: Deutsche Studien 29 (1991/92), H. 115, S. 224-238.

Deutschen in Polen wurden. Die deutschen Minderheiten im nordöstlichen Polen werden in diesem Zusammenhang oftmals eher beiläufig erwähnt. Dazu gehören auch die Masuren, die — ebenso wie andere, insbesondere regional ausgeprägte ethnisch-kulturelle Gruppen wie etwa in Schlesien oder Pommern — weder eindeutig als Deutsche noch als Polen zu bewerten sind, sondern eine besondere regionale Gruppe mit genuinen und mannigfaltigen Kultur- und Sprachelementen sind, die allerdings sowohl von deutscher als auch polnischer Seite häufig für die jeweils eigene Nationalität vereinnahmt werden.

3.7. Andere Minderheiten

Außer den hier angesprochenen Minderheitengruppen existiert noch eine Reihe anderer Minoritäten im nordöstlichen Mitteleuropa, die wegen ihrer geringen Größe, ihrer nur rudimentären oder gar nicht vorhandenen Organisation und der Nicht-Existenz von Konflikten von der bundesdeutschen Forschung kaum oder gar nicht behandelt worden sind. Diese Minderheiten z.B. der Tataren, der Sinti und Roma, der Finnen und der Schweden — um die prägnantesten zu nennen — haben sich bisher so gut wie gar nicht bemerkbar gemacht. Zumindest haben sie sich den Untersuchungen der Forschung entzogen, was sich vermutlich in gleichen Maßen mit der niedrigen Priorität aufgrund mangelnder Konflikte als auch der schwierigen sprachlichen Zugänge erklären läßt. Die Schweden und Finnen in Estland sind trotzdem von gewisser Bedeutung für das Selbstverständnis dieses Staates als nordisch-skandinavische Nation. Minderheiten verursachen traditionell zwischenstaatliche Konflikte, sind verstärkt aber auch der bilateralen positiven Zusammenarbeit dienlich. Eben die Finnen und Schweden in Estland sind ein Beispiel, wie Minderheiten in die übergeordnete politische Zusammenarbeit als historisch verbindender Faktor mit einbezogen werden können. Minderheiten, die der dominanten Kulturnation eines anderen benachbarten Staates angehören und gewissermaßen Faktoren einer Minoritätenreziprozität darstellen, besitzen zugleich das Potential der Konfliktauslösung als auch das von Kulturvermittlern. Sie können mehrdeutige politische Grenzen in einer nationalistischen Sichtweise scharf und eindeutig markieren; sie können allerdings auch zu einer kulturellen Überwindung der politischen Grenzen beitragen, indem eben solche Minderheiten in der Regel zumindest das Potential einer bikulturellen Kompetenz beinhalten, die zur Vorbeugung von Konflikten dienen könnte — die entsprechenden Minderheitensicherungen vorausgesetzt. Dieser konfliktvorbeugende Aspekt der Minderheitenexistenz ist

von der Forschung in den letzten Jahren wegen der vielen augenscheinlich unversöhnbaren Minderheitenkonflikte vielleicht zu wenig untersucht worden.

Positive Beispiele friedlicher Koexistenz von Mehr- und Minderheiten sowie zwischen unterschiedlichen Kulturnationen mit Minoritäten in den Nachbarländern können eine politisch sinnstiftende Funktion bekommen, da sie Beispiele friedlicher Konfliktlösung sind. In diesem Zusammenhang wird in den 90er Jahren in der internationalen Minoritätendiskussion immer wieder auf das sogenannte modellhafte Zusammenleben von Mehrheiten und Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland verwiesen, wobei das Modellhafte allerdings nur selten konkretisiert wird. Auch die Minderheitenpolitik des vereinten Deutschland nach 1990 zielt darauf ab, die deutschen Minderheiten als aktive, verbindende und somit positive Elemente in die Beziehungen zu den ostmitteleuropäischen Staaten mit einzubeziehen, u.a. um einer Wieder- oder Neuauflage der historischen Konfliktfunktion eben dieser Minderheiten vorzubeugen. Jedenfalls liegt es nicht im außenpolitischen Interesse Deutschlands in den 90er Jahren, den deutschen Minderheiten in Osteuropa irgendeine entscheidende Bedeutung für das bilaterale Verhältnis zukommen zu lassen. Entsprechende positive Beispiele wären sicherlich auch von weitreichender Bedeutung für die Verständigung über Minderheitenfragen in Nordostmitteleuropa. Nur sollten nicht-konfliktträchtige bzw. konfliktüberwindende Koexistenzen auch bemerkt und untersucht werden.

Die ethnische Realität des nordöstlichen Mitteleuropa ist multikulturell und multiethnisch. Es gibt keinen ethnisch homogenen Staat in dieser Region. Polen, Litauen, Lettland und Estland sind alle — zwar unterschiedlich strukturiert — multinational. Sie sind Heimat für dominierende Mehrheiten sowie große und kleine Minderheiten. Es leben Angehörige der meisten ehemaligen Nationalitäten der UdSSR in den baltischen Staaten. Nicht alle sind in und als Minderheiten organisiert. Nur die wenigsten und größten können als politische Akteure betrachtet werden. Aber auch all die kleinen und kleinsten ethnischen „Gruppen" (ob organisiert oder nicht) sind Elemente einer kulturellen und — wegen der bedeutenden sprachlichen Assimilierung im geringeren Maße auch — sprachlichen Mannigfaltigkeit, die zum Gesamtbild der jeweiligen Staaten beitragen.

4. Abschließende Betrachtungen

Die Minderheitenforschung zum nördlichen Ostmitteleuropa ist in der Bundesrepublik Deutschland — von den insbesondere historisch ausge-

richteten deutschbaltischen Forschungen abgesehen — noch eine verhältnismäßig neue Disziplin, die sich in den letzten Jahren trotz einer Reihe wichtiger Arbeiten nur langsam als solche etabliert hat. Ausgenommen davon sind die Forschungen zur Minderheitenpolitik und zu den minderheitenrechtlichen Regelungen, die verstärkt untersucht und beschrieben wurden — allerdings in vielen Fällen von baltischen Autoren, die in der Bundesrepublik Deutschland publizierten. Bisher lag das Hauptgewicht der sonstigen Untersuchungen auf der Lage der Russen sowie der historischen Bedeutung der Deutschen. Arbeiten zu anderen Minderheiten erschienen nur vereinzelt. Eine umfassende Synthese, die den Versuch unternimmt, das ganze Spektrum der Minderheitenproblematik in der Region bzw. in Teilen davon auszuleuchten, zu deuten und zu einer Gesamtdarstellung zusammenzufassen, liegt noch nicht vor. Von bundesdeutscher Seite gibt es auch noch keine Standard-Analyse der Minderheitenproblematik in den einzelnen baltischen Staaten. Die bisher erschienenen Arbeiten und Ansätze zeigen in die richtige Richtung, erfüllen aber nicht die Desiderata.

Es bleibt somit abschließend festzuhalten, daß es weiterer Forschungen zu den Minderheiten in Nordostmitteleuropa bedarf. Dabei gibt es natürlich eine Vielzahl von Schwierigkeiten sprachlicher Art, die nicht ohne weiteres zu überwinden sind. Trotzdem scheint der Themenkomplex von solch weitreichender Bedeutung zu sein, daß weitere gründliche Studien vonnöten sind und auch unbedingt vorgenommen werden sollten. Dabei kann die Minoritätenforschung zu den baltischen Staaten auch zu einem besseren Verständnis der Majoritäten führen. Die gegenwärtig neu formulierte und jetzt allmählich implementierte Minderheitenpolitik in Estland, Lettland und Litauen könnte als Fallbeispiel für den Umgang mit einer komplexen ethnischen Problematik dienen. Es ist einleuchtend, daß der Weg der baltischen Staaten in die Europäische Union und in die NATO mitsamt der damit verbundenen endgültigen Integration in die westliche Staaten- und Wertegemeinschaft auch von der Behandlung der Minderheiten abhängt. Forschungen zu dieser Thematik haben deshalb auch einen direkt instrumentalisierbaren politischen Sinn, da sie zur Klärung und Erklärung vieler Umstände beitragen können. Es ist in den weniger als fünf Jahren, die seit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit der baltischen Staaten vergangen sind, deutlich geworden, daß sie gewillt und bereit sind, zu einer Ordnung der Minderheitenfragen zu gelangen. Dieses hat sich auch bei der Zusammenarbeit mit dem Minderheitenhochkommissar der KSZE (bzw. seit dem 1. Januar 1995 OSZE) und im Rahmen der Zusammenarbeit im Ostseerat gezeigt. Im Falle der polnischen Minderheit in Litauen scheint der bilaterale Vertrag zwischen Vilnius und Warschau einen

positiven Effekt gehabt zu haben, obgleich es nach wie vor Streitpunkte und Meinungsverschiedenheiten geben wird. Verträge können durch ihre Umsetzung zur Lösung von Konflikten beitragen, sind aber in der Regel nicht Lösungen an sich. Entsprechende bilaterale Abkommen, die u.a. auch Grundsätze der Behandlung der Minderheiten festschreiben, gibt es bisher noch nicht zwischen der Rußländischen Föderation auf der einen und Estland sowie Lettland auf der anderen Seite. Es wird solche Verträge vermutlich auch in den kommenden Jahren nicht geben, nicht zuletzt weil es der russischen Seite wegen der internen Probleme noch nicht gelungen ist, eine eindeutige und klare Linie in der russischen Politik gegenüber den ehemaligen Sowjetrepubliken zu definieren. Die bisher erfolgten Ansätze sind verworren und beinhalten z.T. neohegemoniale Züge gegenüber dem in der russischen Diktion sogenannten „nahen Ausland", zu dem in den meisten Deutungen auch die baltischen Staaten zählen. Auch ist die Definition des Begriffes Minderheit bzw. Ausländer noch nicht Konsens zwischen den beteiligten Staaten, was zur Folge hat, daß die Diskussionen wegen der unterschiedlichen Terminologie ohne Ergebnis verbleiben.

Die eigentliche Schlußfolgerung dieser Ausführungen und Bewertungen ist, daß sich die Minderheitenforschung in Zukunft einem weiten Spektrum wichtiger und interessanter Themen zuwenden kann und sollte, deren Erforschung, Analyse und synthetisierende Darstellung zu wünschen ist. Dabei ist ein internationales und interdisziplinäres Netzwerk sicherlich für eine umfassende Erforschung der Minderheitenproblematik wichtig. Ein solches Netzwerk könnte z.B. in Anknüpfung an die bereits vorhandene zwischenstaatliche Zusammenarbeit im Ostseerat entstehen. Dort könnte dann auch aktiv und konstruktiv mit dem Menschenrechts- und Minderheitenkommissar des Ostseerates, dem ehemaligen dänischen Justizminister Ole Espersen, zusammengearbeitet werden.

Das nationale Erwachen der Esten im 19. Jahrhundert — ein Verdienst der deutschbaltischen Aufklärung?

von Indrek Jürjo

Die Esten sind eines der ältesten Völker Europas, das in seinem jetzigen Siedlungsgebiet schon 5 000 Jahre seßhaft ist. Merkwürdig bei dieser sehr langen ethnischen Geschichte ist die Tatsache, daß das „nationale Erwachen" — so nennt man traditionell in der estnischsprachigen Geschichtsschreibung die Nationalbewegung der Esten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts — im Vergleich zu anderen europäischen Völkern relativ spät begann. Bei der Betrachtung der geschichtlichen Entwicklung der Esten kann man jedoch Parallelen zu anderen Kleinvölkern Ostmitteleuropas ziehen, vor allem zu dem Nachbarvolk und Schicksalsgenossen der Letten.

Zu Beginn des 13. Jahrhunderts erreichten die Völker auf dem Territorium der späteren baltischen Provinzen (die Litauer muß man hier ausklammern) fast den Entwicklungsstand der Wikinger, waren aber noch nicht imstande, sich staatlich zu organisieren. Die baltischen Völker waren die letzten Heiden Europas. Gerade in dieser Zeit wurden die Esten, Letten und Liven von der Ostkolonisation und der Mission durch die Deutschen hart getroffen.[1] Neben der Idee der Schwertmission spielten auch die wirtschaftlichen, nüchtern-praktischen Interessen der Kaufleute (besonders Pelz und Wachs waren begehrte Handelswaren) eine bedeutende Rolle. In hartnäckigen Kämpfen mit den Einheimischen, vor allem mit den Esten, wurde Alt-Livland in den Jahren 1200–1227 zugleich kolonisiert und missioniert. Da es sich um eine Landnahme auf dem Seeweg handelte, nannte man die Eroberung der baltischen Länder „die Aufsegelung".

Die Verbindung von ritterlichem Kriegertum und Priestertum mit den Erwerbsinteressen und dem Wirklichkeitssinn des deutschen Landadels, Kaufmanns- und Handwerkerstandes wurden charakteristisch für das baltische Deutschtum.[2] Durch die Eroberung und gewaltsame Christianisierung wurden die baltische Region und ihre Bewohner in abendländisch-christliche Zusammenhänge eingeordnet. In rechtlicher und kultu-

---

1 S. die neueste Darstellung der baltischen Geschichte: Baltische Länder, hrsg. v. Gert v. Pistohlkors. Berlin 1994 (Deutsche Geschichte im Osten Europas).

2 Arved v. Taube, Landespolitik und Volkwerdung. Tallinn 1937, S. 10.

reller Hinsicht war Alt-Livland ein getreues Abbild des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Der entscheidende Unterschied war das Ausbleiben deutscher bäuerlicher Einwanderung aufgrund der geographischen Entfernung und des rauheren nördlichen Klimas. Dies sollte für die spätere Nationwerdung der Esten und Letten von entscheidender Bedeutung sein, denn damit wurden die baltischen Völker vom Assimilierungsdruck durch eine deutsche Bauernschaft verschont. Deutsche Bevölkerung lebte hauptsächlich in den Städten; auf dem flachen Lande bildeten die Vasallen, aus denen sich allmählich der Landadel entwickelte, nur eine dünne Oberschicht. Den baltischen Stammvölkern brachte die deutsche Eroberung eine beständige Verschlechterung ihrer sozialen und rechtlichen Lage, doch ihre ethnische Substanz konnten die Esten und Letten immerhin erhalten.

Die deutsche Eroberung mit ihrer sich etablierenden neuen sozialen Ordnung, in der die höheren Stände nur von den Deutschen repräsentiert wurden, raubte den Esten für Jahrhunderte ihre eigene nationale Elite und unterbrach damit den Prozeß der Volkwerdung. Der soziale Aufstieg einzelner Esten war unvermeidlich mit Assimilation, d.h. Eindeutschung verbunden. Die ständische Grenze markierte oft auch eine nationale, die den Unterschieden zwischen den sozialen Schichten eine tiefergehende Trennung verlieh. Die soziale und nationale Lage im mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Est- und Livland bis zur zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts drückt das Begriffspaar „Deutsch" und „Undeutsch" aus. „Deutsch" umfaßte neben der eigentlichen deutschen Bevölkerung auch andere Ausländer, darunter gesellschaftlich aufgestiegene und germanisierte Esten und Letten, als „Undeutsche" aber — der Begriff hat schon rein sprachlich pejorative Bedeutung — wurden die Bauernvölker Esten, Letten und Liven bezeichnet.[3]

So ist von der Eroberung im 13. Jahrhundert bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts den deutsch-estnischen Beziehungen der Zwiespalt eigen: einerseits Vermittlung von deutscher und abendländischer Kultur (in der früheren deutschbaltischen Literatur als Kulturträgertum verherrlicht), andererseits anhaltende Hinderung der sozialen und nationalen Emanzipation der Esten.

Das wichtigste Ereignis in der Kulturgeschichte der baltischen Länder nach der „Aufsegelung" war die Reformation, die sehr schnell auch Alt-

---

[3] Vgl. Paul Johansen, Heinz von zur Mühlen, Deutsch und Undeutsch im mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Reval. Köln/Wien 1973 (Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart. 15.).

Livland erfaßte.[4] Der protestantische Gedanke des allgemeinen Priestertums stellte die Verkündigung und Lehre des Gotteswortes in der Volkssprache und die Beförderung der allgemeinen Volksbildung in den Mittelpunkt der Seelsorge. So gewann für die lutherischen Pastoren die Kenntnis und Erforschung der estnischen Sprache als Grundlage ihrer kirchlichen Arbeit ein besonderes Gewicht. Es ist kein Zufall, daß das erste estnische Buch — ein Katechismus — gerade in der Reformationszeit im Jahre 1525 gedruckt wurde. Mit den ersten bescheidenen kirchlichen Büchern wurden die Grundlagen einer volkssprachlichen Schriftkultur gelegt, die zu den wesentlichen Elementen moderner Nationsbildung gehört. Eine Umgestaltung des Schulwesens blieb wegen des bald ausbrechenden Livländischen Krieges in ersten Ansätzen stecken.[5]

Nach langen Kriegswirren, die mehr als ein halbes Jahrhundert dauerten, gelangten Est- und Livland 1621 endgültig unter schwedische Herrschaft. Die schwedische Ära erwarb mit der Verbreitung der Schriftkultur und der Beförderung der Volksbildung in den baltischen Ländern bleibende Verdienste.[6] In den letzten Jahrzehnten des 17. Jahrhunderts entstand in Est- und Livland ein Netz von Bauernschulen, in der ganzen schwedischen Zeit erschienen mindestens 45 estnische Bücher, z.T. in sehr großen Auflagen. Die Alphabetisierung des Landvolkes — eine wichtige Voraussetzung der späteren Nationalbewegung —, die in der schwedischen Ära begann, setzte sich in Form des Hausunterrichts auch im folgenden Jahrhundert unter der russischen Herrschaft fort. Die schwedische Kirchenordnung von 1686, die auch dem Schulwesen zugrunde lag, hatte in Est- und Livland bis 1832 Bestand.

Der Nordische Krieg (1700–1721) unterwarf Est- und Livland dem russischen Szepter. Für die Bewohner der Ostseeprovinzen bedeutete der Krieg mit den großen Verwüstungen und vor allem mit der vom russischen

---

4 S. Leonid Arbusow jun., Die Einführung der Reformation in Liv-, Est- und Kurland. Leipzig 1921; Reinhard Wittram, Die Reformation in Livland, in: Baltische Kirchengeschichte, hrsg. v. Reinhard Wittram. Göttingen 1956, S. 35-56 u. 309-312; Jüri Kivimäe, Luterliku reformatsiooni kultuurimõjud Eestis XVI sajandil (Kultureinflüsse der lutherischen Reformation in Estland im 16. Jahrhundert), in: Religiooni ja ateismi ajaloost Eestis (Zur Geschichte von Religion und Atheismus in Estland). Bd. 3, Tallinn 1987, S. 33-56.

5 Hervorzuheben ist hier die Begründung der Institution der armen Schuljungen in Reval 1552, die jungen Esten mit finanzieller Unterstützung des Revaler Rats eine humanistische Bildung zu erwerben ermöglichte. Vgl. Kaja Altof, Vaesed koolipoisid Tallinnas XVI sajandi teisel poolel (Die armen Schuljungen in Tallinn in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts), in: Ajaloost (wie Anm. 4), S. 57-91.

6 Vgl. Eesti kooli ajalugu. Bd. 1: 13. sajandist 1860. aastateni (Geschichte der estnischen Schule. Bd. 1: Vom 13. Jahrhundert bis in die 1860er Jahre). Tallinn 1989, S. 108-185 (Verfasser hier: Jaak Naber).

Heer eingeschleppten Pest zunächst eine demographische Katastrophe. Die Eingliederung Est- und Livlands ins russische Imperium unterbrach aber nicht die kulturelle Eigenentwicklung dieser Gebiete, denn Peter I. garantierte den eroberten Provinzen in den sogenannten Kapitulationen die Gewährleistung des evangelischen Glaubens und die deutsch-ständische Selbstverwaltung mit ihrem deutschen Gerichtswesen. Für Esten und Letten brachten diese baltischen Sonderrechte, die die politische Vorherrschaft der Ritterschaften und der städtischen Oberschichten festigten, eine Verschärfung ihrer rechtlichen und sozialen Lage mit sich. Aber obwohl der Landesstaat die Emanzipation der Esten und Letten verhinderte, schützte diese ihrem Wesen nach vornationale und ständisch streng reglementierte Gesellschaftsordnung diese Völker vor der „Umvolkung", konservierte sie gewissermaßen in ihrem Volkstum.

Kulturell gesehen war das Baltikum eher eine Provinz Deutschlands als Rußlands, denn die Kulturkommunikation war überwiegend an Deutschland orientiert.[7] Neue geistige Impulse brachte auch die Einwanderung der Gebildeten, im deutschbaltischen Sprachgebrauch „Literaten", die nach den ungeheuren Menschenverlusten des Nordischen Kriegs aus Deutschland in die baltischen Länder einsetzte.[8] Besonders stark war in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts die Wirkung des Pietismus.[9] Ausgerechnet pietistische Pastoren machten sich um die Entwicklung der estnischen und lettischen Schriftsprache verdient. Da nach der Glaubensauffassung der Pietisten das regelmäßige und kontemplative Lesen der Bibel die wichtigste Pflicht eines jeden Christen war, richteten sie ihr Hauptaugenmerk auf die Übersetzung der Bibel ins Lettische und Estnische.

Der außerordentlich sprachbegabte Pastor von Marienburg (Alüksne), Ernst Glück, konnte mit Unterstützung seines pietistischen Gesinnungsgenossen Johann Fischer, des livländischen Generalsuperintendenten, die ganze Bibel ins Lettische übersetzen; sie erschien in den Jahren 1685–1689 im Druck. Eine estnische Gesamtbibel erschien erst 50 Jahre später, 1739. Die estnische Bibelübersetzung war das Resultat der kollektiven Arbeit mehrerer estländischer pietistischer Pastoren, aus denen der Übersetzer

---

7 Vgl. Heinz Ischreyt, Buchhandel und Buchhändler im nordosteuropäischen Kommunikationssystem (1762–1797), in: Buch und Buchhandel im 18. Jahrhundert. Hamburg 1981 (Wolfenbütteler Schriften zur Geschichte des Buchwesens. 4.), S. 249-269.

8 Vgl. Wilhelm Lenz, Der baltische Literatenstand. Marburg a.d.L. 1953, S. 7-16.

9 S. Eduard Winter, Halle als Ausgangspunkt der deutschen Rußlandkunde im 18. Jahrhundert. Berlin 1953, S. 255-289; Otto A. Webermann, Pietismus und Brüdergemeine, in: Baltische Kirchengeschichte (wie Anm. 4), S. 149-166 u. 319-322; Wilhelm Kahle, Über den Pietismus in den baltischen Ländern, in: Deutsche im Nordosten Europas, hrsg. v. Hans Rothe. Köln/Wien 1991, S. 167-186.

des Alten Testaments, der Pastor von St. Jürgens (Jüri), Anton thor Helle, herausragt.[10]

Die Bedeutung der Bibelübersetzung für die lettische Nationalkultur hat der Philologe Vjačeslav Toporov geistvoll charakterisiert.[11] Für die Bauernsprache war die Bibelübersetzung eine Herausforderung, sie war nicht nur ein sprachlicher Durchbruch, sondern auch der Durchbruch in Richtung auf das geistliche Wertesystem der christlichen Welt, womit sich das lettische Volk erstmals als einheitliche Nation begriff. Selbstverständlich hatte die estnische Bibelübersetzung für die Nationsbildung der Esten dieselbe Bedeutung.

Neben der Bibelübersetzung verfaßte Anton thor Helle noch das Sprachlehrbuch „Kurtzgefaßte Anweisung zur Ehstnischen Sprache" (1732), das zum Standardwerk wurde. Neben Grammatik und Wörterbuch beinhaltet das Lehrbuch auch eine Auswahl von Sprichwörtern, Rätseln und Gesprächen, die den Pastoren den Erwerb des phraseologischen Reichtums der estnischen Sprache erleichtern sollten. Einen Begriff vom Sprachverständnis der Pietisten erhält man im kulturhistorisch sehr interessanten Vorwort dieses Werkes von Eberhard Gutsleff. Er ist fest davon überzeugt, die Evangelisierung des bisher noch halbheidnischen Landvolkes sei das höchste Ziel und Sinn der Erforschung der estnischen Sprache. Gutsleff erkennt auch jede Sprache als Schöpfung Gottes; er argumentiert ausschließlich religiös, aber mit seinem Respekt vor jeder einzelnen Sprache nähert er sich schon der späteren Herderschen Idealisierung jedes Volkes.

Die demokratisch akzentuierte Bewegung der Brüdergemeine eroberte ab 1729 mit überraschender Schnelligkeit die Massen der estnischen Bauern. Den Esten bedeutete die Teilnahme an der Herrnhuter Bewegung die innere Christianisierung, der persönlich erfahrene Glaube verlieh ihnen ein ganz neues Selbstwertgefühl. Besonders aktiv gestaltete sich die Tätigkeit der Brüder nach dem Gnadenmanifest Alexanders I., das zeitlich mit der Bauernbefreiung in den Ostseeprovinzen zusammenfiel. In ihrer organisatorischen Struktur kam die Brüdergemeine dem Vereinswesen des 19. Jahrhunderts zuvor. Neben den einzelnen deutschen Diakonen ruhte die Hauptlast der Arbeit auf den Schultern der estnischen und lettischen

---

10 S. Rudolf Põldmäe, Anton thor Helle. Esimese eesti piibli tõlkija (Anton thor Helle. Der Übersetzer der ersten estnischen Bibel), in: Vana Tallinn IV (Alt-Tallinn 4). Tallinn 1939, S. 35-74.

11 Vjačeslav Toporov, Ernst Gljuk. Nemeckij podvižnik latyškogo i russkogo prosveščenija (Ernst Glück, ein deutscher Streiter für die lettische und russische Aufklärung), in: Balto-slavjanskije issledovanija 1984 (Balto-slavische Forschungen). Moskva 1986, S. 243-261.

„National-Gehülfen". Die volkskirchlichen Tendenzen der Brüdergemeine bereiteten den Boden für ein nationales Selbstgefühl der Esten, doch bestand keine unmittelbare Verbindung zwischen der Herrnhuter Bewegung und der späteren Nationalbewegung. Erstere stellte nicht die nationale, sondern die christliche Gemeinschaft in den Vordergrund, auch sonderten sich die Herrnhuter, die sich für auserwählt hielten, von der übrigen Bauernschaft ab.[12]

Eine noch stärkere und weitreichendere Wirkung als Pietismus und Brüdergemeine hatte die Aufklärung, die in der zweiten Hälfte des 18. und zu Anfang des 19. Jahrhunderts im baltischen Kulturleben die führende Rolle spielte.[13] Im Bereich der estnischen Sprachforschung ist an erster Stelle die „Ehstnische Sprachlehre für beide Hauptdialekte den revalschen und den dörptschen; nebst einem vollständigen Wörterbuch" (Riga 1780) aus der Feder des bekannten Topographen und Pastoren von Oberpahlen (Põltsamaa), August Wilhelm Hupel, zu nennen.[14] Hupels Grammatik stützt sich in der Struktur und im Aufbau hauptsächlich auf die „Kurtzgefaßte Anweisung" von Anton thor Helle. Der Leistung des pietistischen Sprachforschers fügte Hupel nur wenig hinzu, aber sein Verdienst lag darin, daß er die zerstreuten, sowohl gedruckten als auch handschriftlichen nord- und südestnischen Grammatiken und Wörterbücher in einem Handbuch zusammenfassen konnte. 1818 erschien, lexikalisch bedeutend ergänzt, die zweite Auflage seiner „Ehstnischen Sprachlehre".

Schon 1766 hatte Hupel aus dem deutschsprachigen Manuskript des Arztes Peter Ernst Wilde die populärmedizinische Zeitschrift „Lühhike öppetus" („Kurze Anweisung") ins Estnische übersetzt. Pastor Jakob Lange übersetzte dieselbe Vorlage unter dem Titel „Latweeschu Ahrste" ins Lettische. Mit diesen beiden kurzlebigen populärmedizinischen Zeit-

---

12 S. Guntram Philipp, Die Wirksamkeit der Herrnhuter Brüdergemeine unter den Esten und Letten zur Zeit der Bauernbefreiung (Vom Ausgang des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts). Köln/Wien 1974; kritisch zu Philipp vgl. Ea Jansen, Eesti talurahva rahvusliku teadvuse kujunemisest XIX sajandil (Zur Entstehung eines nationalen Bewußtseins bei der Bauernbevölkerung Estlands im 19. Jahrhundert), in: Eesti talurahva sotsiaalseid vaateid XIX sajandil (Soziale Anschauungen der Bauern Estlands im 19. Jahrhundert). Tallinn 1977, S. 67-123.

13 S. Heinrich Schaudinn, Deutsche Bildungsarbeit am baltischen Volkstum des 18. Jahrhunderts. München 1937, S. 111-137; Irene Neander, Die Aufklärung in den Ostseeprovinzen, in: Baltische Kirchengeschichte (wie Anm. 4), S. 130-149; Hubertus Neuschäffer, Die Zeit der Aufklärung und ihre Bedeutung in den baltischen Provinzen, in: Deutsche (wie Anm. 9), S. 187-211.

14 S. Indrek Jürjo, August Wilhelm Hupel als Repräsentant der baltischen Aufklärung, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 39 (1991), S. 495-513.

schriften nahmen das estnische und lettische Zeitschriftenwesen ihren Anfang.[15]

Für die meisten baltischen Aufklärer, die sich mit Sprache beschäftigten, war der deutsche Sprachforscher Johann Christoph Adelung die größte philologische Autorität. Adelung betrachtete die Sprache rationalistisch als eine Erscheinung, die sich parallel mit der menschlichen Erkenntnis vom Dunklen zum Klaren entwickle. Stark unter Adelungs Einfluß stand der Revaler Gymnasialprofessor und bekannte Volksaufklärer Friedrich Gustav Arvelius, der im kleinen Gymnasialprogramm „Ueber die Kultur der ehstnischen Sprache" (1792) seine äußerst rationalistische Sprachauffassung vertrat. Nach Meinung des doktrinären Arvelius war die estnische Sprache als Sprache der leibeigenen Bauern zur Selbstentwicklung nicht fähig und brauchte zielbewußte Kultivierung durch fremdländische Gelehrte, die richtige Sprachregeln schaffen und die Sprache mit neuen abstrakten Begriffen bereichern sollten.[16] Obwohl die Einstellung vieler anderer Aufklärer (z.B. auch des berühmten lettischen Volksaufklärers Gotthard Friedrich Stender) zur estnischen und lettischen Sprache nicht so normativ und die Volkssprache leugnend war, war ihnen allen die Auffassung von der Sprache als dem vervollkommnungsbedürftigen Instrument der Aufklärungsarbeit gemeinsam.

Gerade im Zeitalter der Aufklärung mit seinen humanen und sozialreformerischen Bestrebungen hatte die wirtschaftliche Lage der baltischen Bauern ihren Tiefpunkt erreicht. Der berühmteste Repräsentant der baltischen Aufklärung, Garlieb Merkel, prangerte in seinem in ganz Deutschland bekanntgewordenen Buch „Die Letten vorzüglich in Liefland am Ende des philosophischen Jahrhunderts" (1796) die menschenunwürdige Lage der baltischen Urbevölkerung an und forderte die Abschaffung der Leibeigenschaft. Im Unterschied zu den früheren Aufklärern und Kritikern der Leibeigenschaft wie z.B. Johann Georg Eisen, August Wilhelm Hupel, Wilhelm Christian Friebe, Heinrich Johann v. Jannau u.a. sah Merkel in den lettischen Bauern ein Volk, eine Nation, die in einen Stand hineingepreßt worden sei, wodurch die kulturelle Selbstentfaltung der Letten verhindert würde: „Welchem Menschenfreunde klopft nicht das Herz höher vor Unwillen, wenn er hier sieht, daß ganze Nationen in einen

---

15 S. Irene Ischreyt, Heinz Ischreyt, Der Arzt als Lehrer. Populärmedizinische Publizistik in Liv-, Est- und Kurland als Beitrag zur volkstümlichen Aufklärung im 18. Jahrhundert. Lüneburg 1990 (Schriftenreihe Nordost-Archiv. 32.).

16 Vgl. Otto A. Webermann, Studien zur volkstümlichen Aufklärung in Estland. Friedrich Gustav Arvelius (1753–1806). Göttingen 1978, S. 101-173.

Stand gezwängt und durch Gesetze — durch Gesetze!"[17] Man muß aber gleich hinzufügen, daß Merkels Einstellung zur Nationalität wankend und widerspruchsvoll war. Viele Jahre später wünschte er, die Letten würden sich mit den Deutschen „amalgamiren",[18] auch verneinte er das Recht der baltischen Deutschen auf eigenes Volkstum im Russischen Reich.

Merkels Geschichtsbild, mit dem er die livländische Vorzeit nach Rousseaus Vorbild als den Naturzustand der Völker pries und die deutschen Kreuzzügler als blutrünstige Räuber geißelte, wurde später von der lettischen und estnischen Nationalbewegung kritiklos übernommen. In den Augen der lettischen und estnischen nationalen Politiker war Merkel der erste „nationale Kämpfer", sein politisches Pathos besaß starken Einfluß auf die radikalere, deutschfeindliche Richtung der estnischen Nationalbewegung.

Der tschechische Historiker Miroslav Hroch, der die Nationalbewegung der europäischen Kleinvölker vergleichend erforschte, teilt die Entwicklung der nationalen Bewegungen in drei Phasen ein. Als Phase A bezeichnet er das wissenschaftliche Interesse einer Gruppe von Intellektuellen für Sprache, Kultur und Geschichte des unterdrückten Volkes, als Phase B die rege patriotische Agitation, den Gärungsprozeß der nationalen Selbstbesinnung, das nationale Erwachen im eigentlichen Sinn des Wortes und zuletzt als Phase C die letzte Etappe, in der die Nationalbewegung zur Massenbewegung werde.[19]

Der ersten Phase des gewissen intellektuellen Interesses, oft auch der wirklichen Hingabe an die Kultur einer ethnischen Gruppe ohne die Absicht, die Volksmassen zum Nationalbewußtsein zu erwecken, entspricht in den Ostseeprovinzen die Esto- und Lettophilie der einzelnen deutschbaltischen Literaten, hauptsächlich der Pastoren.

Johann Gottfried Herder, der die entscheidenden Jahre seines Lebens 1764–1769 in Riga verbrachte, steht ebenfalls an der Wiege der lettischen und estnischen Nationalbewegung. Herder betrachtete die Nation — vom Volke ausgehend — als eine Sprach- und Kulturgemeinschaft und verwies auf die besondere Bedeutung der Sprache, der Literatur und der Geschich-

---

17 Garlieb Merkel, Die Letten vorzüglich in Liefland am Ende des philosophischen Jahrhunderts. Leipzig 1800, S. 45; vgl. Karl Christoph v. Stritzky, Garlieb Merkel und „Die Letten am Ende des philosophischen Jahrhunderts". Riga 1939, S. 22.

18 Provinzialblatt für Kur-, Liv- und Esthland. Riga 1829, Nr. 51.

19 Miroslav Hroch, Die Vorkämpfer der nationalen Bewegung bei den kleinen Völkern Europas. Praha 1968 (Acta Universitatis Carolinae. Philosophica ex historica monographia. XXIV–1968), S. 24 ff.; vgl. auch Toivo U. Raun, Andrejs Plakans, The Estonian and Latvian National Movements: An Assessment of Miroslav Hroch's Model, in: Journal of Baltic Studies 21 (1990), S. 131-144.

te für das Nationalbewußtsein eines jeden Volkes. Er ging von der grundsätzlichen Gleichwertigkeit aller Völker aus; somit sollte jedes Volk das Recht auf eine eigene kulturelle und nationale Entwicklung haben. Für viele Kleinvölker ohne eigenen Nationalstaat sollte diese Konzeption bisher ungeahnte Perspektiven der nationalen Selbstbefreiung eröffnen.[20]

In seine berühmte Sammlung der Volkslieder 1778/79 mit dem späteren Titel „Stimmen der Völker in Liedern" (1807) nahm Herder auch estnische und lettische Volkslieder auf. Auf die damalige, noch aufklärerisch-rationalistisch gesinnte Umwelt machte seine erste Publikation nur mäßigen Eindruck, und auch in den baltischen Ländern ließ die Rezeption von Volksliedern der Stammvölker bei den deutschbaltischen Literaten noch lange auf sich warten. Aber immerhin lenkte die Herdersche Volkslieder-Edition die Aufmerksamkeit der baltischen Gebildeten auf die bisher nur sporadisch und mit Verachtung zur Kenntnis genommenen estnischen Volkslieder und gab Anregungen zur systematischen Erforschung und Sammlung estnischer Volksliteratur.[21]

Auch unter den Estophilen dauerte die Wirkung der kosmopolitischen Spätaufklärung noch jahrzehntelang an. Hervorragendster Repräsentant war der begabte Volksaufklärer und erfolgreiche Sprachforscher Pastor Otto Wilhelm Masing, der jedoch die estnischen Volkslieder verachtete und auch den ästhetischen Wert der estnischsprachigen Gedichte des außerordentlich begabten Kristjan Jaak Peterson, dessen dichterisches Œuvre seiner Zeit um Jahrzehnte voraus war, nicht richtig schätzen konnte.

Zum Forum der Estophilen entwickelte sich die Zeitschrift des Pernauer Pastors Johann Heinrich Rosenplänter: „Beiträge zur genauern Kenntniß der ehstnischen Sprache" (1813–1832). Der Kreis der Mitarbeiter der „Beiträge" war sowohl dem Alter als auch der Weltanschauung nach sehr unterschiedlich: Der älteste Mitarbeiter Hupel repräsentierte die rationalistische Gedankenwelt des 18. Jahrhunderts, der jüngste, von der Nationalromantik beeinflußte Peterson schuf mit seiner kommentierten Übersetzung der „Mythologia Fennica" von Chr. Ganander schon die estnische Pseudo-Mythologie.

Rosenplänter setzte sich zum Ziel, mit seiner Zeitschrift die estnische Schriftsprache zu entwickeln. In den „Beiträgen" veröffentlichte er Auf-

---

20 Vgl. Otto Dann, Nation und Nationalismus in Deutschland 1770–1990. München 1993, S. 41 f.

21 S. Leonid Arbusow jun., Herder und die Begründung der Volksliedforschung im deutschbaltischen Osten, in: Im Geiste Herders, hrsg. v. Erich Keyser. Kitzingen 1953, S. 129-256; Friedrich Scholz, Die Literaturen des Baltikums. Ihre Entstehung und Entwicklung. Opladen 1990, S. 141-190.

sätze über die Grammatik der estnischen Sprache, theoretische Artikel über Poetik, neue Wörter und Redensarten und auch erste Rezensionen von estnischsprachigen Büchern, die bisweilen recht schroff waren und die Entgegnungen der betroffenen Autoren hervorriefen.

Rosenplänters Redaktionsstil war „pluralistisch": Neben den Veröffentlichungen der estnischen Volkslieder und Märchen trifft man in den „Beiträgen" auch Aufsätze, die jeden poetischen Wert der estnischen Volkslieder bestreiten.[22] Rosenplänter selbst äußerte in mehreren Artikeln warme Sympathie für das estnische Volk und die estnische Sprache. Seine Weltanschauung war stark von Herder und der deutschen Romantik beeinflußt,[23] aber in vielem war auch er noch der Spätaufklärung verpflichtet. Auch Rosenplänter wollte wie Arvelius die estnische Sprache bereichern, um das Kulturniveau des Estenvolkes zu heben, doch seiner Ansicht nach mußten unbedingt die Eigentümlichkeit, der Geist der Sprache unberührt bleiben: „Nur müssen wir es uns nicht einfallen lassen unsern Geist mit seinen Ansichten in das Ehstnische überzutragen; sondern, daß ich so sagen mag, wir müssen den ehstnischen Geist selbst zu cultiviren, und von einer Stufe der Vollkommenheit allmählich und bedachtsam zur andern und höheren zu führen suchen."[24] Rosenplänter tadelte die Passivität und sprachliche Inkompetenz vieler Pastoren[25] und forderte von ihnen nicht nur das fleißige Studium der estnischen Sprache, sondern auch das Kennenlernen „ihrer Lebensverhältnisse, ihrer Meinungen, ihrer herrschenden Gewohnheiten, ihrer Sitten und Gebräuche". Um die Volkssprache kennenzulernen und auf das Landvolk besser wirken zu können, sollten sich die deutschbaltischen Prediger vollkommen in die Lebenswelt der Esten einleben: „Man kann sich nur in seiner Sprache ganz verstehen, und wer mit Nutzen zu einem Volke reden will, muß sich so viel dies überhaupt möglich ist, nationalisiert haben. Jeder ehstnische Prediger, der von dieser Seite gleichsam *verbauert*, der hat sich Glück zu wünschen; denn er wird gewiß mit Segen und Nutzen reden und lehren."[26]

---

22 Z.B. Peter Heinrich Frey, Ueber die Ehstnische Poesie, in: Beiträge zur genauern Kenntniß der ehstnischen Sprache (1813), H. 2, S. 15-43.

23 An einer Stelle bezieht sich Rosenplänter auf Ernst Moritz Arndt: Ebenda, S. 10.

24 J.H. Rosenplänter, Ueber die Bildung und Bereicherung der ehstnischen Sprache, in: Ebenda (1814), H. 3, S. 55.

25 „Jedes ehstnische Pastorat müßte ein kleiner Hof (cour) sein, an dem sich die ehstnische Sprache bildete, bereicherte und veredelte. Viele dieser Höfe haben aber leider, besonders in frühern Zeiten, nichts für die Sprache gethan, andere viel Unehstnisches unter das Volk gebracht, das jetzt nicht wenig das Studium der Sprache erschwert", in: Ebenda, S. 81.

26 J.H. Rosenplänter, Ueber die Nothwendigkeit sich eine genaue Kenntniß der ehstnischen Sprache zu verschaffen, in: Ebenda (1813), H. 2, S. 4.

Mit seinem Vorschlag, in den Gymnasien mindestens zwei Stunden in der Woche estnische oder lettische Sprache zu unterrichten, um Kenntnis und Prestige dieser „geistvollen und kräftigen Sprachen" zu erhöhen, griff Rosenplänter schon den Forderungen der späteren estnischen Nationalbewegung vor.[27] Die meisten deutschbaltischen Pastoren engagierten sich aber nicht mit solcher Inbrunst für die estnische Sprache wie Rosenplänter und einige aktive Mitarbeiter der „Beiträge", die von Anfang an wegen mangelhafter Unterstützung des lesenden Publikums mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte und 1832 ihr Erscheinen einstellen sollte.

In vielem ist Rosenplänters Zeitschrift eine wertvolle linguistische und kulturhistorische Materialsammlung geblieben, die auch heutzutage von den Forschern ständig benutzt wird; im Bereich der estnischen Sprachlehre haben die „Beiträge" jedoch nur Anregungen gegeben. Die Erneuerung der estnischen Grammatik blieb dem Pastor von Kusal (Kuusalu), Eduard Ahrens, vorbehalten.[28] Seine „Grammatik der Ehstnischen Sprache Revalschen Dialektes" (1. Aufl. 1843, 2. ergänzte Aufl. 1853) lehnte sich stark an das Finnische an, und die von ihm nach finnischem Vorbild reformierte Orthographie, die sogenannte neue Schreibweise, setzte sich in den nächsten Jahrzehnten in heftigen Kämpfen mit vielen Gegnern sowohl unter den konservativen deutschbaltischen Pastoren als auch den Esten langsam durch und ist mit kleinen Modifikationen auch heute noch gültig.[29]

Im Gegensatz zu den früheren Sprachforschern überbetonte Ahrens sogar die Bedeutung der finnischen Sprache für das Estnische, die sich seiner Meinung nach zum Finnischen wie die italienische Sprache zum Lateinischen verhielte. Diese Einstellung verengte auch sein Verständnis der estnischen Volkslieder, die Ahrens nicht aus prinzipiellen, sondern aus sprachlichen Gründen verwarf. Die Sprache der Volkslieder war für ihn eine ausgeartete, halbtote Sprache; in jedem Lied sah er „die widerwärtigen Spuren der Verwesung".[30]

---

27 J.H. Rosenplänter, Ein Vorschlag, die Erlernung der Ehstnischen und Lettischen Sprache betreffend, in: Ebenda (1825), H. 17, S. 28-31.

28 Toomas Help, Eesti ja soome keele suhted: Wiedemann Ahrensi ja Veske vastu (Beziehungen zwischen der estnischen und finnischen Sprache. Wiedemann gegenüber Ahrens und Veske), in: Keel ja Kirjandus 31 (1988), S. 198-207; Cornelius Hasselblatt, Landmann und Pastor. Die Entwicklung der estnischen Schriftsprache unter deutschem Einfluß, in: Jahrbuch des baltischen Deutschtums 37: 1990 (1989), S. 59-76.

29 S. Arnold Kask, Võitlus vana ja uue kirjaviisi vahel XIX sajandi eesti kirjakeeles (Der Kampf zwischen alter und neuer Schreibweise in der estnischen Schriftsprache des 19. Jahrhunderts). Tallinn 1958.

30 Eduard Ahrens, Grammatik der Ehstnischen Sprache Revalschen Dialektes. Reval 1853, S. 143.

Die letzte große Errungenschaft der Deutschbalten in der Pflege und Erforschung der estnischen Sprache war das 1869 in St. Petersburg erschienene estnisch-deutsche Wörterbuch von Ferdinand Johann Wiedemann. Dessen Tätigkeit aber spielte sich auf dem akademischen Feld ab, zur Genese der estnischen Nationalbewegung trug Wiedemann nur indirekt bei.[31]

Die nationalromantische Richtung unter den baltischen Literaten verstärkte sich, als sich die Estophilen um wissenschaftliche Vereine sammelten. Schon 1817 hatte man in Arensburg (Kuressaare) auf Initiative des äußerst vielseitigen Arztes und Kreisschulinspektors Johann Wilhelm Ludwig von Luce und der oeselschen Pastoren die „Arensburgische Ehstnische Gesellschaft" gegründet. Die Gesellschaft, zu deren Mitgliedern bisweilen 40 Personen gehörten, setzte sich die Erforschung und Förderung der estnischen Sprache zum Ziel. Die Tätigkeit der „Arensburgischen Ehstnischen Gesellschaft" endete 1842, die Sammlungen des sprachlichen, literarischen, folkloristischen und historischen Materials gingen verloren.[32]

1838 wurde in Dorpat unter aktiver Teilnahme der ersten estnischen Gebildeten Friedrich Robert Faehlmann und Dietrich Heinrich Jürgenson die „Gelehrte Estnische Gesellschaft" gegründet.[33] Besonders in den ersten 20 Jahren ihrer Existenz setzte sich die Gesellschaft für die Erforschung der estnischen Sprache und Kultur ein, durch ihre volkspädagogischen Aktivitäten (die Herausgabe des Volkskalenders und der Volksbücher) wirkte sie auch auf die breiteren Schichten der estnischen Bevölkerung. Später, parallel zur Entstehung und Entwicklung der estnischen Nationalbewegung, entfernte sich die deutschbaltische Mitgliederschaft von der estnischen Thematik, und die Gesellschaft bekam den Charakter einer rein akademischen Vereinigung.

Noch mehr gilt letzteres für die im Jahre 1842 gegründete „Estländische Literärische Gesellschaft", deren Interessen hauptsächlich im Bereich der deutschbaltischen Geschichte lagen. Doch existierte in den ersten Jahr-

---

31 S. Paul Ariste, Ferdinand Johann Wiedemann. Tallinn 1973.

32 S. Rudolf Põldmäe, Varasem kodu-uurimine ja rahvaluule kogumine Saaremaal (Die frühere Heimatforschung und das Sammeln von Volksliedern auf Saaremaa), in: Paar sammukest eesti kirjanduse uurimise teed (Einige Schritte auf dem Weg der Erforschung der estnischen Literatur). Bd. VII, Tartu 1971, S. 135-169.

33 S. Mart Lepik, Õpetatud Eesti Seltsi eelajaloost ja asutamisest (Zur Vorgeschichte und Gründung der Gelehrten Estnischen Gesellschaft), in: Õpetatud Eesti Selts 1838–1938. Lühike tegevus-ülevaade (Die Gelehrte Estnische Gesellschaft 1838–1938. Kleiner Tätigkeitsbericht). Tartu 1938, S. 1-12.

zehnten ihrer Tätigkeit auch eine Sektion für estnische Sprache und Literatur, in der sich der Kreisschulinspektor Alexander Heinrich Neus mit der Sammlung und Publikation der Volksdichtung verdient machte.[34]

Auf einer Sitzung der „Gelehrten Estnischen Gesellschaft" im Jahre 1839 lenkte Faehlmann, der seit seiner Jugend estnische Folkloretexte gesammelt hatte, erstmals die Aufmerksamkeit auf die Sage vom estnischen Helden Kalevipoeg. Faehlmann machte es sich zur Lebensaufgabe, die zerstreuten Teile des „Kalevipoeg" zu vereinigen und als Epos in deutscher Sprache zu veröffentlichen. Leider machte sein früher Tod alle Pläne zunichte, und die Gesellschaft forderte den Freund Faehlmanns, den Arzt in Werro (Võru), Friedrich Reinhold Kreutzwald, auf, den Kalevipoeg-Stoff weiter zu sammeln und zu bearbeiten. Kreutzwald entschloß sich nun, nach dem Vorbild des finnischen Nationalepos „Kalevala", dessen Verfasser Elias Lönnrot ihm persönlich bekannt war, „Kalevipoeg" in estnischer Sprache zu verfassen. In den Jahren 1857–1861 erschien das estnische Nationalepos „Kalevipoeg", versehen mit einer deutschen Übersetzung von Carl Reinthal, als wissenschaftliche Ausgabe der „Gelehrten Estnischen Gesellschaft".

Kreutzwald setzte sich nicht nur die wissenschaftliche Dokumentierung der estnischen Heldensagen zum Ziel: Mit der 1862 in Kuopio in Finnland erschienenen Volksausgabe wollte er das Nationalbewußtsein der Esten zum Leben erwecken. Obwohl das Epos anfangs einen sehr mäßigen Publikumserfolg hatte — im Erscheinungsjahr wurden in Reval (Tallinn) nur 17 Exemplare verkauft —, kann man seine Bedeutung im Prozeß der nationalen Selbstfindung der Esten kaum überschätzen. Den estnischen nationalen Aktivisten aller Richtungen diente der „Kalevipoeg" als Ansporn in ihrer Tätigkeit.[35]

Die Deutschbalten sahen im Erscheinen des Nationalepos keineswegs das Vorzeichen einer bald beginnenden demokratischen Nationalbewegung, für sie war der „Kalevipoeg" eher ein dem aussterbenden estnischen Volksstamm errichtetes Monument. Selbst ein solch warmer Estenfreund und geistreicher Schriftsteller wie Georg Julius von Schultz (Pseudonym: Dr. Bertram), der in seinem Vortrag 1839 dazu aufgerufen hatte, Texte zur

---

[34] S. Kyra Robert, Eesti keel ja kirjandus Eestimaa Kirjanduse Ühingus XIX sajandil (Die estnische Sprache und Literatur in der Estländischen Literärischen Gesellschaft im 19. Jahrhundert), in: Keel ja Kirjandus 18 (1971), S. 526-534.

[35] Vgl. Endel Nirk, Kreutzwald ja eesti rahvusliku kirjanduse algus (Kreutzwald und der Beginn der estnischen Nationalliteratur). Tallinn 1968, S. 295-328; Scholz, Literaturen (wie Anm. 21), S. 264-288.

Kalevipoeg-Sage zu sammeln, um dem Volk ein Epos zu geben, sah jetzt im „Kalevipoeg" den Schwanengesang des Estenvolkes.[36]

Zum Zeitpunkt des Erscheinens des estnischen Nationalepos hatte die nationale Zukunft der Esten und Letten unter den deutschbaltischen Literaten schon fast ein halbes Jahrhundert lang zur Debatte gestanden. Die Aufhebung der Leibeigenschaft in den Ostseeprovinzen 1816 bzw. 1819 hatte für die tatsächliche Lage der estnischen und lettischen Bauern sehr ungünstige Folgen, weil sie ihnen den mit den früheren Agrargesetzen gewährleisteten besitzrechtlichen Schutz nahm. Mit der nominellen Befreiung der Bauern fiel immerhin eine wichtige Barriere zwischen der deutschen und undeutschen Bevölkerung weg. Die deutschbaltischen Oberschichten sahen sich vor die Frage gestellt, welches Schicksal den bisher leibeigenen Völkern bevorstünde: Sollte man sie in ihrer eigenen Nationalität weiter bilden, oder wäre es mit Rücksicht auf das niedrige Kulturniveau der Esten und Letten eine Wohltat, diese Völker zu germanisieren? Bei dem strengen ständischen Gefüge in den baltischen Provinzen war es bis zu dieser Zeit eine Selbstverständlichkeit gewesen, daß die sozial aufgestiegenen Esten und Letten und auch fremde Einwanderer, deren gesellschaftliche Stellung der deutschen Schicht entsprach, im Deutschtum aufgingen.[37] Dieser Vorgang wurde für einzig möglich gehalten und nie problematisiert, noch im 19. Jahrhundert bezeichnete man die Eindeutschung primär nicht als „Volkstumstausch", sondern „Wechsel der Lebensform".[38]

Die „Kurländische Gesellschaft für Literatur und Kunst" in Mitau (Jelgava) versuchte erstmals eine Klärung und wandte sich mit dieser Frage an bedeutende baltische Pastoren, Lehrer und Adlige. Die Stellungnahmen zur Nationalität der Esten und Letten, in denen sich auch das eigene, damals noch wenig entwickelte Nationalbewußtsein der Deutschbalten widerspiegelte, wurden im Jahre 1819 als Kurzreferate in den Jahresverhandlungen der Gesellschaft veröffentlicht.[39]

---

36 Dr. Bertram, Zur Geschichte und zum Verständniß der estnischen Volkspoesie, in: Baltische Monatsschrift 2 (1860), S. 433: „Kleinere Nationalitäten sind den niedrigen Inseln im Meere vergleichbar, die von Fluthen allmälig vernichtet werden. So wurden die Liven zwischen Esten und Letten allmälig aufgerieben, so drängt auf Esten und Letten jetzt die Bildung zwei großer Nachbarvölker und eine Absorption ist nicht unwahrscheinlich. Möge es denn den Genuinen (den Estophilen; I. J.) wenigstens vergönnt sein, das Schwanenlied der sterbenden Nationalität aufzuzeichnen."

37 S. Wilhelm Lenz, Volkstumswechsel in den baltischen Ländern, in: Ostdeutsche Wissenschaft 3/4: 1956/57 (1958), S. 181-200.

38 Reinhard Wittram, Das Nationale als europäisches Problem. Beiträge zur Geschichte des Nationalitätsprinzips vornehmlich im 19. Jahrhundert. Göttingen 1954, S. 156.

39 Jahresverhandlungen der kurländischen Gesellschaft für Literatur und Kunst. Bd. 2, Mitau 1822, S. 15-24.

Die Befürworter der Germanisierung bedienten sich der aufklärerischen und rationalistischen Argumentation: Die Eindeutschung schaffe den Esten und Letten bessere Bildungs- und soziale Aufstiegsmöglichkeiten und hebe das generelle Kulturniveau der beiden Völker. Diesen Behauptungen stellten einige Esto- und Lettophile (z.B. Pastor Carl Friedrich Watson) Thesen entgegen, in denen sie im Sinne Herders und der Nationalromantik das Dasein jedes Volkes und jeder Sprache idealisierten. Schon zwei Jahre zuvor hatte Rosenplänter in dieser Frage an die Kurländische Gesellschaft geschrieben und für eine Beibehaltung des estnischen Volkstums sowie für die Pflege der estnischen Sprache plädiert. Die neuen inhaltsschweren Begriffe von Sprache, von Nationalität und vom Wesen und Sinn eines Volkes wollte und konnte Rosenplänter nicht rational erfassen, sondern er gestand, „daß die Nationalität und der eigenthümliche Sinn eines Volkes (wenigstens für mich) eines von den Wundern der Natur ist, die eben darum die Vorsehung so innig mit dem Wesen des Menschen verband, weil sie (vielleicht) der Haupthebel seiner Kultur seyn sollte".[40]

Der dritte Standpunkt, der im Mitauer Disput zutage trat, war ebenfalls gegen die Germanisierung gerichtet und befürwortete die Bewahrung der ständischen und völkischen Grenzen (man müsse dem Bauern „nicht seinen Pflug und seine Sense verleiden"). Besonders die Adligen neigten diesem Gesichtspunkt zu, was ausschlaggebend in bezug auf alle Germanisierungspläne der einzelnen wohlmeinenden deutschbaltischen Literaten war. In der Tat unternahmen die baltischen Ritterschaften nie einen ernsthaften Versuch, die Esten und Letten zu germanisieren.

Über die nationale Zukunft der baltischen Völker wurde auch in den folgenden Jahrzehnten in Zeitungen und Zeitschriften wie z.B. „Das Inland" u.a. oft diskutiert, wobei die drei vorher beschriebenen Richtungen — altständische, germanisierende und nationalbewußte — immer zutage traten.[41] Auch die liv- und kurländischen Provinzialsynoden befaßten sich bis in die 1860er Jahre mit der Frage der Germanisierung und kamen zu keiner einheitlichen Stellungnahme.[42]

Die Diskussion über die Germanisierung der baltischen Landbevölkerung gipfelte in der Landtagspredigt des livländischen Generalsuperintendenten und Bischofs Ferdinand Walter vom 9. März 1864, eines eifrigen

---

40 Ebenda, Bd. 1, Mitau 1819, S. 91.

41 Vgl. Heinrich Thimme, Kirche und nationale Frage in Livland während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Der Pastor und Generalsuperintendent Ferdinand Walter und seine Zeit. Königsberg/Berlin 1938, S. 51-81.

42 Vgl. Horst Garve, Konfession und Nationalität. Ein Beitrag zum Verhältnis von Kirche und Gesellschaft in Livland im 19. Jahrhundert. Marburg a.d.L. 1978, S. 95-105.

Befürworters der Germanisierung von Esten und Letten durch eine intensivere deutschsprachige Bildung. In seiner programmatischen Predigt, in der er u.a. auch für die schnelle Abschaffung der Frondienste und für den Landbesitz der Bauern eintrat, bedauerte er, daß die Deutschen „in unklarer Pietät gegen die Bruchteile aus der Geschichte verschwindender Volksstämme" dem natürlichen Germanisierungsdrang der Esten und Letten entgegenstünden. Offensichtlich war auch Walter selbst klar, daß sein Traum von „einer ganz deutschen Heimath" angesichts der beginnenden lettischen und estnischen Nationalbewegung schon ausgeträumt war, denn in seinem Appell spürt man deutlich die Resignation: „Wenn's noch möglich ist, wolle Gott das Versäumte, namentlich durch die bereits ehrlich gepflegten und fortzupflegenden Schulen für sie nachzuholen, uns genügende Liebe für sie geben."[43]

Der Predigt Walters fehlte ein „Plan" der Entnationalisierung des Volkes, auch wurde diese Frage im livländischen Landtag überhaupt nicht erörtert. Ohne jede politische Bedenken ließ Walter seine Predigt mit der Germanisierungsforderung drucken. Die schroffe Reaktion der russischen Öffentlichkeit traf den Bischof völlig unerwartet. Der einflußreiche Herausgeber der „Moskovskie Vedomosti", Michail Katkov, machte Walters Predigt zum Gegenstand eines leidenschaftlichen und eindrucksvollen Leitartikels, in dem er, die Worte des Bischofs leicht verdrehend, ihn der Separatismusabsichten bezichtigte. Nach Katkovs öffentlicher Stellungnahme erzwang die Regierung in St. Petersburg den sofortigen Rücktritt Bischof Walters, so daß sich auch die livländische Ritterschaft genötigt sah, sich von seiner Predigt zu distanzieren.[44]

Obwohl es in den Ostseeprovinzen nie ernstzunehmende Germanisierungspläne gab, ist die vermeintliche Entnationalisierung der Esten durch Eindeutschung sowohl in der national- als auch in der sowjetestnischen Geschichtsschreibung und Publizistik zum Topos geworden, der teilweise noch heute seiner Wirkung nicht entbehrt. Gegen die „Germanisierungspläne", die ja starke deutsche Nationalgefühle in den Ostseeprovinzen vorausgesetzt hätten, spricht auch die Tatsache des späten „nationalen Erwachens" der Deutschbalten selbst im Vergleich mit allen anderen außendeutschen Gruppen. Stärker als das eigene Nationalbewußtsein war bei

---

43 [Julius Walter,] Bischof Dr. Ferdinand Walter, weil. General-Superintendent von Livland. Seine Landtagspredigten und sein Lebenslauf. Leipzig 1891, S. 93.

44 S. Reinhard Wittram, Politische Landtagspredigten. Stellungnahmen livländischer Generalsuperintendenten in Landesangelegenheiten vornehmlich im 19. Jahrhundert, in: Bleibendes im Wandel der Kirchengeschichte. Kirchenhistorische Studien, hrsg. v. Bernd Moeller u. Gerhard Ruhbach. Tübingen 1973, S. 331-363.

den Deutschbalten die Bindung und Treue an das russische Herrscherhaus, man erlebte die Hingabe an den Monarchen als eine vorzugsweise deutsche Eigenschaft.[45] Der Staatspatriotismus der Deutschbalten, die sich als „Deutschrussen" fühlten, feierte seinen Höhepunkt im antinapoleonischen Krieg von 1812. Das Wort „Nation" verwendete der livländische Generalsuperintendent Karl Gottlob Sonntag 1812 im Sinn, wie viele Deutschbalten es damals verstanden: „Wir sind auch eine Nation (...) denn wir gehören dem großen russischen Volk an."[46]

Dem „nationalen Erwachen" der baltischen Völker gingen sozialpolitische Erschütterungen voraus. Zwei Jahrzehnte nach der Aufhebung der Leibeigenschaft traten die negativen Folgen der Befreiungsgesetze deutlich zutage. Die Mißernten zu Anfang der 1840er Jahre verschlechterten noch die bäuerlichen Lebensverhältnisse in katastrophaler Weise und führten in Livland zu Bauernunruhen und dem massenhaften Übertritt in die Russisch-Orthodoxe Kirche. Am Ende der 1840er Jahre waren mehr als 100 000 Esten und Letten zur Orthodoxie übergetreten in der Hoffnung, mit der Annahme des Glaubens des russischen Kaisers Land zu bekommen. Als sich die naiven Hoffnungen der Konvertierten nicht erfüllten, war der Austritt aus der orthodoxen Kirche nach den Staatsgesetzen nicht mehr möglich.[47]

Die Konversionsbewegung erschütterte die deutschbaltische Gesellschaft tief, deren wichtigste Grundlage die evangelisch-lutherische Landeskirche war, und führte den Ritterschaften das Unvermeidliche der Agrarreformen vor Augen. Wortführer der Reformen im livländischen Landtag war Hamilcar Baron Fölkersahm, der, auch von sozialethischem Impuls geleitet, es sich zum Ziel setzte, den Bauern das Gefühl der Heimatlosigkeit zu nehmen und sie zu Kleingrundbesitzern zu machen. In heftigen und langwierigen Kämpfen wurden von 1849 bis 1860 in den Landtagen der baltischen Ritterschaften die Reformen durchgeführt. Diese sogenannten Fölkersahmschen Reformen ermöglichten den Bauern, von der Frone zur Geldpacht überzugehen und mit Hilfe einer Renten-

---

45 Wittram, Das Nationale (wie Anm. 38), S. 152.

46 Konrad Hoffmann, Volkstum und ständische Ordnung in Livland. Die Tätigkeit des Generalsuperintendenten Sonntag zur Zeit der ersten Bauernreformen. Königsberg/Berlin 1939, S. 134.

47 S. Hans Kruus, Talurahva käärimine Lõuna-Eestis XIX sajandi 40-ndail aastail (Die Bauernbewegung in Südestland in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts). Tartu 1930; Gert Kroeger, Die evangelisch-lutherische Landeskirche und das griechisch-orthodoxe Staatskirchentum in den Ostseeprovinzen 1840–1918, in: Baltische Kirchengeschichte (wie Anm. 4), S. 177-206 u. 323-328.

bank das Bauernland durch jährliche Abzahlungen vom Gutsbesitzer zu erwerben.[48]

Vor allem aus den Vertretern des besitzenden Bauernstandes, dessen Söhnen es schon finanziell möglich war, an der Dorpater Universität zu studieren, bildete sich die soziale Basis der estnischen Nationalbewegung. Die kulturellen und Bildungsvoraussetzungen dafür waren mit dem nach ostmitteleuropäischen Maßstäben sehr hohen Alphabetisierungsgrad schon früher geschaffen worden.[49]

Die Entwicklung der estnischen Nationalkultur hemmte zusehends auch das ultrakonservative Regime des Kaisers Nikolaj I. Sogar der bescheidene Versuch des Pastors Eduard Johann Assmuth, 1833 eine estnischsprachige religiös-erzieherische Zeitschrift zu gründen, wurde vom Kaiser eigenhändig als völlig nutzloses Unternehmen abgewiesen.[50] Ebenso wurden die mehrmaligen Bitten des ersten estnischen Journalisten Johann Woldemar Jannsen, eine estnischsprachige Zeitung herausgeben zu dürfen, von den zarischen Behörden abgeschlagen.

Erst die Niederlage im Krimkrieg, die der ganzen Welt Rußlands wirkliche Schwäche offenbarte, und der Regierungsantritt Alexanders II. im Jahre 1855 änderte die Gesamtlage grundlegend. Der Bauernbefreiung in Rußland 1861 folgten andere mehr oder weniger radikale Reformen, die das ganze Reich modernisieren sollten. Die Lockerung der Zensurbestimmungen entfesselte die Presse und brachte eine stürmische Entwicklung der russischen Öffentlichkeit mit sich, die besonders nach dem Polenaufstand von 1863 nationalistische Töne annahm.

Die Ostseeprovinzen, deren Sonderprivilegien Alexander II. als letzter der Zaren nochmals bestätigte, blieben von den den ganzen Staat umfassenden Reformen zunächst unberührt, aber die optimistische Aufbruchsstimmung griff auch auf diese Provinzen über. Auch für die schnelle Entfaltung der estnischen Nationalbewegung schuf der Beginn der liberalen Reformära in Rußland günstige Rahmenbedingungen.

Am 5. Juni 1857 begrüßte Johann Woldemar Jannsen in seiner Zeitung „Pärnu Postimees" („Pernauer Postbote") sein Leserpublikum mit den Worten „Tere, armas Eesti rahwas!" („Sei gegrüßt, liebes Estenvolk!"). Bezeichnend war, daß die Zeitung seines Konkurrenten in Dorpat, des Pastors Adalbert Willigerode, „Talurahwa Postimees" („Postbote des

---

48 S. Juhan Kahk, Murrangulised neljakümnendad (Der Wandel der [18]40er Jahre). Tallinn 1978; Baltische Länder (wie Anm. 1), S. 353-359.

49 Ajalugu (wie Anm. 6), S. 378.

50 Vgl. Sergei Issakov, Arhiivide peidikuist (Aus den Schatzkammern der Archive). Tallinn 1983, S. 76-81.

Bauernvolkes") hieß, was auch einiges über die Einstellung des deutschbaltischen Redakteurs zu den Esten verriet.[51] Die Worte „Estenvolk" und „Este", die Jannsen erstmals als Gesamtbegriff gebrauchte, verbreiteten sich sehr schnell und verdrängten die bisherigen Begriffe „maarahvas" und „maakeel" („Landvolk", „Landsprache"), die das Estentum mit dem Bauernstand gleichsetzten.

Jannsens Begrüßungsworte wirken wie der Auftakt für die estnische Nationalbewegung, die sich in den 1860er Jahren stürmisch entwickelte.[52] Ein Meilenstein in der Geschichte des „nationalen Erwachens" der Esten war das zum 50. Jahrestag der Aufhebung der Leibeigenschaft in Dorpat (Tartu) 1869 veranstaltete Sängerfest, das erste überregionale öffentliche Fest der Esten, auf dem das neue Nationalbewußtsein sichtbar zur Geltung kam. Ein anderes bevorzugtes Ausdrucksmittel nationalen Verhaltens war die rege Vereinsbildung: Neben den Aktivitäten zahlreicher landwirtschaftlicher Vereine, die seit 1870 wie Pilze aus dem Boden emporzusprießen begannen, ist die Tätigkeit der „Gesellschaft der Estnischen Literaten" („Eesti Kirjameeste Selts") in den Jahren 1872–1893 besonders hervorzuheben.

Die Deutschbalten verhielten sich zum estnischen und lettischen „nationalen Erwachen" von Anfang an verständnislos und ablehnend. In dieser Frage waren sich die Ritterschaften, denen alle Nationalbewegungen wegen ihres demokratischen und antiständischen Charakters ohnehin suspekt waren, und die deutschbaltischen Literaten einig. Auch bedeutende Vertreter des in den 1860er Jahren blühenden deutschbaltischen Liberalismus[53] wie die Publizisten Georg Berkholz und Julius Eckardt lehnten die Nationalbewegungen der baltischen autochthonen Völker als „moderne Nationalitätssucht" ab. In seinem Artikel „Zur Nationalitätenfrage"[54] verurteilte Berkholz „die moderne(n) Nationalitätsschwindler, welche nur zwei Begriffe: Abstammung und Sprache im Kopf haben und mit den übrigen realen Elementen des Menschenlebens nicht zu rechnen verstehen". Er stellte allgemeinmenschliche Werte über nationale Werte, für ihn

---

51 Vgl. Heinrich Rosenthal, Kulturbestrebungen des estnischen Volkes während eines Menschenalters (1869–1900). Reval 1912, S. 41 ff.

52 Die beste zusammenfassende Darstellung in westlicher Sprache bei Toivo U. Raun, Estonia and the Estonians. Stanford 1987, S. 57-80.

53 S. Reinhard Wittram, Liberalismus baltischer Literaten. Zur Entstehung der baltischen politischen Presse. Riga 1931; Gert v. Pistohlkors, „Hamlet in Reval": Bürgerbewußtsein und Meinungsfreiheit in den Ostseeprovinzen Rußlands, in: Reval und die baltischen Länder, hrsg. v. Jürgen v. Hehn und Csaba János Kenéz. Marburg a.d.L. 1980, S. 27-46.

54 Baltische Monatsschrift 9 (1864), S. 568-575.

wie für viele Deutschbalten war der Nationalbegriff ein Bildungsbegriff, eng verschwistert mit dem Begriff der Humanität.[55] Berkholz war überzeugt, daß nur ein großes Volk die Fülle der geistigen Produktion zu liefern fähig sei und die Germanisierung der Esten und Letten, obwohl deren Sprachen noch übrig wären, „längst schon vollendete Tatsache" sei.

In den 1860er Jahren sahen sich die Deutschbalten außer den Nationalbewegungen der Esten und Letten, die von ihnen noch nicht als eine Bedrohung ihrer eigenen nationalen Existenz empfunden wurden, den Attacken der russischen Presse ausgesetzt. In der Kritik des Sonderstatus der Ostseeprovinzen und der angeblich äußerst schlechten sozialen und wirtschaftlichen Lage der estnischen und lettischen Bauern vereinigten sich Katkovs einflußreiche „Moskovskie Vedomosti" und die bedeutenden Blätter der liberalen und slavophilen Presse.[56]

Die deutschbaltischen Publizisten bemühten sich ungeachtet der in den Provinzen geltenden größeren Zensurhindernisse, die Angriffe der russischen Presse zurückzuschlagen. Ihren Höhepunkt erreichte dieser „journalistische Krieg" in der Polemik zwischen einem der führenden Slavophilen, Jurij Samarin, und dem Dorpater Universitätsprofessor Carl Schirren.[57]

In seinem 1868 in Prag erschienenen Buch „Die russische Ostseeküste in der Gegenwart", das in der russischen Presse sofort ein sehr lebhaftes Echo fand, griff Samarin die baltischen Privilegien sowie die gesamte deutsche und lutherische Kultur in den Ostseeprovinzen an. Indirekt warnte er seine Leser vor dem deutschbaltischen Separatismus und der Intervention Deutschlands, sofern die deutsche Vorherrschaft in den Provinzen nicht schnell gebrochen werde. Auch trat Samarin für die Russifizierung der Esten und Letten ein. Im darauffolgenden Jahr entgegnete Carl Schirren mit seiner zornigen „Livländischen Antwort", die, wie auch Samarins Buch, von der russischen Zensur verboten wurde, aber unter den Lesern desto größere Verbreitung fand. Aus Schirrens Buch gestaltete sich schnell ein das Deutschbaltentum konsolidierendes Manifest. Dabei war seine Streitschrift keineswegs nationalistisch, denn Schirren bediente sich vor

---

55 Hans Rothfels, Reich, Staat und Nation im deutsch-baltischen Denken. Halle a.d.S. 1930, S. 16.

56 S. Sergei Issakov, Ostzeiskij vopros v russkoj pečati 1860-h godov (Die baltische Frage in der russischen Presse in den 1860er Jahren). Tartu 1961.

57 Vgl. Wittram, Das Nationale (wie Anm. 38), S. 161-182; Michael H. Haltzel, Der Abbau der deutschen ständischen Selbstverwaltung in den Ostseeprovinzen Rußlands 1855–1905. Marburg a.d.L. 1977, S. 33-40; Irene Neander, Carl Schirren als Historiker, in: Geschichte der deutschbaltischen Geschichtsschreibung, hrsg. v. Georg v. Rauch. Köln/Wien 1986 (Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart. 20), S. 175-202.

allem der damals schon anachronistischen legitimistischen und ständischen Argumente. Seine Ideologie des „Feststehens und Ausharrens" versteinerte nur den Widerstand der Deutschbalten und konnte in der sich wirtschaftlich und sozial schnell entwickelnden Gesellschaft keine Zukunft haben. Auch Schirren war ein entschiedener Gegner der nationalen Emanzipation von Esten und Letten und verkannte die wirkliche Kraft der Nationalbewegung; in seinem Buch sprach er eigentlich nur von der deutschen Nationalität, „wie sie sich eben jetzt in unserer baltischen Küstenmark mehr und mehr zum vollständigen Organismus ausformt".[58]

Auch die ersten Führer der estnischen Nationalbewegung wurden von nagenden Zweifeln geplagt, ob ein Kleinvolk mit solch schwieriger Vergangenheit, niedrigem Kulturniveau und schwacher sozialer Gliederung weiter zu bestehen und sich selbständig zu entwickeln überhaupt fähig sei. Zukunftsweisend für die estnische Nationalkultur wirkten die Reden und Aufsätze des Pastors Jakob Hurt um 1870, der bewußter und systematischer als irgendein anderer seiner Zeitgenossen der kleinvölkischen nationalen Ideologie Ausdruck verlieh.[59]

Im Gegensatz zum ultrakonservativen Manifest Schirrens machen die vielseitigen Argumente Hurts einen modernen Eindruck. Der Ausgangspunkt seiner nationalen Ansichten war die Überzeugung, daß die Lebenskraft eines jeden Volkes, auch des kleinsten, ihre Wurzel in Sprache, Charakter, Überlieferung und Geschichte habe. Vielerorts in seinen Schriften berief sich Hurt auf Herder und auf seine Vorgänger unter den Estophilen, Masing und Rosenplänter. Auch nach Meinung Hurts hatte jede Sprache göttlichen Ursprung, die Vielseitigkeit der Völker war eine Schöpfung Gottes und die gewalttätige Umvolkung eine Einmischung in die göttliche Weltordnung, „ein geistiger Mord an der Entwicklung des Menschengeschlechts".[60]

---

58 Carl Schirren, Livländische Antwort an Herrn Juri Samarin. Leipzig 1869, S. 192.

59 Die wichtigsten nationalideologischen Reden und Aufsätze von Hurt sind veröffentlicht in: Jakob Hurda kõned ja avalikud kirjad (Reden und öffentliche Briefe von Jakob Hurt), hrsg. v. Hans Kruus. Tartu 1939. Vgl. auch die Einführung v. Hans Kruus, Jakob Hurda pärand eesti rahvuslikule mõttele (Das Erbe Jakob Hurts für das estnische nationale Denken), S. 7-32; Hans Kruus, Väikerahvalik tunnetus eesti ühiskondlikus mõttes. Jakob Hurda 100. sünnipäeva puhul (Die Erkenntnis des kleinen Volkstums im estnischen gesellschaftlichen Denken. Zum 100. Geburtstag von Jakob Hurt), in: Ajalooline Ajakiri (1939), S. 136-147; Ea Jansen, Jakob Hurda rahvusemõistest ja tema kultuuriprogrammist (Zu Jakob Hurts Nationsbegriff und seinem Kulturprogramm), in: Eesti Teaduste Akadeemia Toimetised. Ühiskonnateadused 39 (1990), S. 1-17.

60 Kõned (wie Anm. 59), S. 153.

Die Gefahr der Umvolkung, die das estnische Volk seiner gebildeten Söhne beraubte, konnte die nationale Substanz der Esten nicht wirklich bedrohen und traf nur Einzelpersonen. In einem längeren Aufsatz über die Alexanderschule[61] betonte Hurt, daß eine Germanisierung der Esten nicht möglich sei, da es in Estland nie ein deutsches Volk gegeben habe, sondern nur deutsche obere Schichten. Die deutschsprachige Bildung und Schulen allein reichten für die Germanisierung nicht aus, besonders jetzt, da das nationale Bewußtsein der Esten mit jedem Jahr zunahm. Auch die Russifizierung der Esten sollte nur der Traum einiger russischer Nationalisten bleiben: Die geographische Lage, die Bildung und der evangelisch-lutherische Glaube bildeten eine undurchdringliche Trennwand zum Russentum.

In seiner Rede auf der livländischen Provinzialsynode 1874 unterstrich Hurt, daß das Wort „Nation" für ihn kein politischer, sondern ein ethnographischer Begriff sei, und schloß alle politischen Ambitionen der Esten aus.[62] Nicht zur Staats-, sondern zur Kulturnation sollten die Esten werden! Zwar war die estnische Nationalkultur erst im Keim vorhanden. In seinen programmatischen Schriften entwarf Hurt jedoch den Zukunftsplan der estnischen Nationalkultur durch Entwicklung der estnischen Literatur, von Presse, Vereinswesen, Schulen und lutherischer Kirche. In seinen Gedanken zur historischen Sendung der Esten umriß Hurt die demographisch bedingten Unterschiede zwischen der Nationalbewegung großer und kleiner Völker. Während ein großes Volk seine Zielsetzungen mit politischen und militärischen Mitteln erreichen könne, so bliebe dem kleinen Volk nur der Weg der allseitigen geistigen und kulturellen Entwicklung und Größe.[63]

Jakob Hurt verneinte die kulturellen Leistungen der Deutschbalten nicht; er vertrat vielmehr die Meinung, die Esten müßten sich auf die mehr entwickelte deutschbaltische Kultur und deren Institutionen stützen, auch legte er als Pastor großen Wert auf die Bedeutung der lutherischen Kirche im estnischen Kulturleben.

An der Entwicklung der estnischen Nationalbewegung sollten die Deutschbalten aber keinen direkten Anteil mehr haben. Bis zur Errichtung der Republik Estland 1918 galten sie eher als die führenden Gegner der estnischen nationalen Bestrebungen.

---

61 Ebenda, S. 106-148.
62 Ebenda, S. 152.
63 Ebenda, S. 75 f.

Das estnisch-deutsche Verhältnis und die Russische Revolution von 1905

von Toomas Karjahärm

1. Hintergründe des Antagonismus: Der estnische Blickwinkel

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde das estnische Volk immer mehr vom Modernisierungsprozeß ergriffen. Die Bedeutung der Esten in dem sich erneuernden wirtschaftlichen und kulturellen Leben nahm schnell zu. Das explosive Wachstum der estnischen gebildeten Schicht sowie der Aufschwung der eigenen Kultur trugen zum intellektuellen und technologischen Fortschritt bei, zur Entstehung einer sich selbst verwaltenden zivilen Gesellschaft sowie einer breiteren Beteiligung der Esten an der Politik. Die Esten wollten nicht mehr nur ein Objekt der Modernisierung, ein Rohmaterial sein, sondern sie forderten zunehmend Mitbestimmungsrechte bei der Gestaltung der eigenen Zukunft.

Der Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft unterstützte die Entwicklung des estnischen nationalen Selbstbewußtseins. Der aufkommende Nationalismus wurde hauptsächlich von einer Interessengruppe getragen und erkennbar ausgesprochen, deren Kern die ländliche und städtische Mittelschicht sowie die dem Bauerntum entstammende Intelligenz bildeten. Dieser aktive Teil der estnischen Gesellschaft hatte sozialen Aufstieg im Blick, um wichtige Positionen in Wirtschaft und Verwaltung zu erobern, sich von Abhängigkeit zu befreien und sich selbst regieren zu können. Die Esten waren gezwungen, eigene Wege zu suchen, weil die herrschende Oberschicht (russische Regierung und deutschbaltischer Adel) weder bereit noch in der Lage war, ein wirksam funktionierendes und stabiles Gesellschaftssystem auf der Grundlage von sozialem und nationalem Konsens zu schaffen. Die diskriminierenden Schranken machte es den Esten unmöglich, sich reibungslos in die vorhandenen sozialen Strukturen einzufügen, deren höhere Stufen auf der Ebene von Provinzialselbstverwaltungen und Regierung praktisch unerreichbar waren. Entfremdung, Verdrängung, Bedrückung und fehlendes Mitbestimmungsrecht motivierten die Esten zum Aufbau einer eigenen Welt auf der Basis des nationalen Prinzips, um sich ethnisch zu organisieren und zu emanzipieren. Das wesentliche Kennzeichen der estnischen nationalen Gesellschaft war, daß diese sich *neben* der deutschbaltischen und russischen Gesellschaft bildete, nicht aber als ein Bestandteil dieser entstand.

Dies setzte voraus, daß eine Trennlinie zwischen den sogenannten „Unsrigen" und den sogenannten „Fremden" gezogen wurde. Die nationale Selbstidentifizierung war eine auf Abtrennung und Absonderung, nicht auf Integration orientierte Politik.

Der estnisch-deutsche Konflikt blieb nicht auf nationaler Ebene beschränkt, auf der der Kampf zwischen den Esten und Deutschbalten um die örtliche Macht und den Grundbesitz ging. Es war auch eine Auseinandersetzung zwischen den unterschiedlichen Niveaus sozialer Strukturen. Zwei Formen und Arten der Gesellschaft existierten nebeneinander: einerseits die alte, ständische, feudal-agrarische, andererseits die neue, bürgerliche, industrielle und urbane. In beiden Bereichen bildeten die Deutschbalten die Oberschicht und die Esten die Unterschicht. Daß die soziale Konfrontation dergestalt mit der nationalen übereinstimmte, verlieh dem estnisch-deutschen Antagonismus eine besondere Spannung.[1] Schematisch können folgende Gegenüberstellungen vorgenommen werden:

Esten — Deutsche
Unterschicht — Oberschicht
Bauern — Gutsbesitzer, Adlige
Kleingrundbesitzer — Großgrundbesitzer
Arbeiter — Großunternehmer, Großbürger.

Schon im Zeitalter des nationalen Erwachens, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, entstanden in der estnischen nationalen Bewegung zwei Richtungen: Die auf Herders Ideen basierende, gemäßigte nationalkulturelle Bewegung stellte Kultur, Muttersprache und Bildungsfragen in den Vordergrund und strebte einen Kompromiß mit der deutschbaltischen Oberschicht an. Die andere, von den Ideen Rousseaus beeinflußte radikale politische Richtung artikulierte ihre Bestrebungen in scharf deutschfeindlicher Form und suchte Unterstützung bei der russischen Regierung und der öffentlichen Meinung.[2]

Der Begründer des estnischen Nationalismus, Jakob Hurt (1839–1906), wies auf die estnisch-deutsche kulturelle Verbundenheit hin und nannte die Deutschen die „Väter unserer Kultur". Er glaubte, die estnische Kultur könne sich aufgrund des abendländisch-deutschen Kulturtyps (ger-

---

1 Tõnu Parming, Population and Ethnicity as Intervening Variables in the 1905/1917 Revolutions in the Russian Baltic Provinces, in: Die baltischen Provinzen Rußlands zwischen den Revolutionen von 1905 und 1917, hrsg. v. Andrew Ezergailis u. Gert v. Pistohlkors. Köln/Wien 1982 (Quellen und Studien zur baltischen Geschichte. 4.), S. 1-11.

2 Ea Jansen, Romantic Nationalism in Estonia, in: History of European Ideas 16 (1993), H. 1-3, S. 337-341.

manisches Kulturleben) zu einer europäischen Nationalkultur gestalten, aber unter Beibehaltung einer natürlichen ethnischen Grundlage. Hurt war davon überzeugt, daß es zur Integration und Politik „zusammen mit den Deutschen" keine Alternative gebe. Beide Völker könnten und müßten eine fruchtbare Zusammenarbeit zugunsten der gemeinsamen Heimat fortsetzen und der aus dem Osten drohenden Gefahr — der Slavisierung, worunter er eine kulturelle Russifizierung verstand — gemeinsam entgegentreten. Als Voraussetzung für die Zusammenarbeit von Deutschen und Esten betrachtete Hurt ihre Gleichberechtigung sowie die Anerkennung der nationalen Bestrebungen der Esten. Hurt war der Meinung, daß die Deutschen den berechtigten Forderungen der Esten gegenüber Nachsicht üben würden, woraufhin zwischen ihnen jeder Antagonismus verschwinden würde.[3]

Einer der ersten Befürworter der Integrationsidee der baltischen Völker war auf estnischer Seite der Zeitungsredakteur Heinrich (Harry) Jannsen (1851–1913). In den Jahren 1879 und 1880 schrieb er in der Zeitung „Eesti Postimees" über das vereinte baltische Volk, über „ein höheres baltisches Sein" aufgrund der Gleichberechtigung der Völker. Diese Konzeption des Baltentums, basierend auf dem humanistischen Kosmopolitismus, rief heftige Kritik in der nationalradikalen Zeitung „Sakala" (1878–1882) hervor. Der Führer dieses Flügels, Carl Robert Jakobson (1841–1882), fürchtete, nationale Versöhnung und Integration würden dazu beitragen, daß sich das aufkommende Estentum im Deutschtum kulturell auflösen und die Hegemonie der deutschen Oberschicht verewigt würde. Jakobson forderte für Esten die gleichen politischen Rechte wie für Deutsche, in erster Linie das Recht der Teilnahme an der Arbeit des Landtags auf paritätischer Grundlage.

Der Verlauf der Geschichte entsprach nicht den Hoffnungen Hurts. Sogar die harten Russifizierungsreformen, die sowohl Esten als auch Deutsche schmerzlich trafen, brachten sie einander doch nicht näher. Nicht einmal die Tatsache, daß eine direkte Gefahr für die Existenz der Esten als Nation durch Eindeutschung schon um die Jahrhundertwende der Vergangenheit angehörte, verminderte die Spannungen.

Im Zuge des möglich gewordenen gesellschaftlichen Aufstiegs seit der Jahrhundertwende politisierte und radikalisierte sich die estnische nationale Bewegung, was auch die estnisch-deutschen Gegensätze verschärfte und neue Konflikte bewirkte. Der Einfluß von sozialistischen Strömun-

---

3 Jakob Hurt, Eesti päevaküsimused (Estnische Tagesfragen), in: Jakob Hurda kõned ja avalikud kirjad (Reden und öffentliche Briefe von Jakob Hurt), hrsg. v. Hans Kruus. Tartu 1939, S. 170.

gen und Parteien nahm zu. Im politischen Spektrum von 1905 waren die Nationalisten und Sozialdemokraten, welche wiederum mehrere kleinere Strömungen und Gruppierungen ausbildeten, tonangebend. Alle wesentlichen politischen Richtungen waren vertreten: Konservative, Liberale, Sozialisten.

Mit dem Manifest vom 17. Oktober 1905 begannen die sogenannten „Tage der Freiheit", und in Estland wurden erste legale Parteien registriert. Im estnischen liberalen Nationalismus ist ein gemäßigter und ein radikaler Flügel zu unterscheiden. Die Gemäßigten gründeten im November 1905 die „Estnische Nationale Fortschrittspartei", deren Presseorgan die Zeitung „Postimees" (gegründet 1857) wurde. Die Radikalen mit der Zeitung „Teataja" (1901–1905) als Sprachrohr blieben organisatorisch gespalten. Die estnischen Sozialisten teilten sich in Zentristen, die der „Russischen Sozialdemokratischen Partei" angehörten, und in nationale Sozialdemokraten, die die „Estnische Sozialdemokratische Arbeiterpartei" (Föderalisten) gründeten und deren Presseorgan die Zeitung „Uudised" (1903–1905) war. Den Kern der deutschbaltischen politischen Organisation bildeten nach wie vor die Ritterschaften als ständische Korporationen des aristokratischen Landadels. Als Vereinigung des baltischen Adels und des Stadtbürgertums entstand 1905 die konservative „Baltische Konstitutionelle Partei", der auch estnische Renegaten und Kollaborateure beitraten.[4]

Die Revolution belebte plötzlich das gesamte gesellschaftliche Leben. Vom estnischen Standpunkt aus betrachtet war es eine politische, eine nationale und eine Agrarrevolution. Alle estnischen Parteien und Bewegungen standen in Opposition zum herrschenden Regime und zu den Oberschichten; sie alle verlangten nationale Selbstbestimmung, politische Autonomie und Selbstverwaltung sowie Einschränkungen für den Großgrundbesitz der Gutsherren. Unterschiede gab es bei Umfang und Form der Forderungen sowie bei der Wahl der für nötig erachteten Kampfmittel. Das liberale Modell der gemäßigten Nationalisten zog in Betracht, daß mittels Reformen, ohne Gewalt, sich die Autokratie in eine konstitutionelle parlamentarische Staatsordnung transformieren werde, wobei man die Monarchie bevorzugte. Radikale und Sozialdemokraten setzten sich eine demokratische Republik zum Ziel. Die ferneren Ziele der Revolutionäre waren eng mit dem Sozialismus verbunden, weshalb die Autokratie mittels bewaffneten Kampfes (Aufstandes) zu stürzen war. Der Führer

[4] Toomas Karjahärm, The Political Organization of Estonian Society and the Political Parties in Estonia in the Years 1900–1914, in: The Baltic Countries 1900–1914, hrsg. v. Aleksander Loit. Stockholm 1990 (Acta Universitatis Stockholmiensis. Studia Baltica Stockholmiensia. 5:1.), S. 131 ff.

der Sozialdemokraten-Föderalisten, Peeter Speek (1873–1968), forderte im Frühjahr 1905 erstmalig, Estland solle der Status eines Gliedstaates verliehen werden.[5] Die Gründung von Selbstverwaltungsorganen aufgrund eines allgemeinen Wahlrechts hätte den Übergang der örtlichen Verwaltungsmacht in die Hände der Esten bedeutet.

Die Rekonstruktion von Geschichte — schon immer ein Kennzeichen ethnischer Bewegungen — spielte auch bei der Herausbildung der nationalen Identität der Esten eine wichtige Rolle und gab dem nationalen Mythos seine Märtyrer und Symbole sowie eine Begründung aus der Vergangenheit und eine historische Perspektive in die Zukunft. Allgemeiner Konsens schon seit Hurt bestand in der These, die Deutschbalten seien Kolonisten, ein kleiner Teil des großen deutschen Volkes, deren Herrschaft in der Region auf Gewalt basiere und keineswegs legitim sei. Als Stammvolk hätten die Esten das historische Vorrecht auf das Land der Vorfahren, und die Befreiung der estnischen Bauern von der Leibeigenschaft, ohne ihnen Land gegeben zu haben, bedeutete eigentlich, daß sie einfach ausgeraubt würden. In der Geschichtskonzeption der Nationalisten wurde die vorzeitliche Freiheit idealisiert und dem „700jährigen Sklavenjoch" gegenübergestellt (eine Ausnahme habe die „gute schwedische Zeit" gebildet); die Eroberungen durch fremde Herrscher im 13. Jahrhundert wurden durch und durch negativ eingeschätzt.

Einer der Gründer der estnischen nationalen Geschichtswissenschaft, Villem Reiman (1861–1917), versuchte die estnische Geschichte mit Hilfe der politischen Geographie zu erklären. Er hob besonders hervor, daß schon vor der deutschen Eroberung die Esten ein zur westlichen Zivilisation gehörendes europäisches Volk gewesen seien, kein wilder Volksstamm, wie von deutschbaltischen Historiographen behauptet würde. Ihr Kulturniveau sei vielmehr recht hoch gewesen. Die deutsche Invasion hätte die natürliche Entwicklung unterbrochen und die Esten „in die Dunkelheit geschleudert". Ohne diese Aggression stünden die Esten auf demselben kulturellen Niveau wie die nordischen Völker. Von der geographischen Lage ausgehend konnten die Esten ihre Selbständigkeit nicht beibehalten. Nach Meinung Reimans bestünde die Frage nur darin, wer Estland regieren werde, ob Slaven aus dem Osten oder Germanen aus dem Westen.[6]

---

5 Uudised Nr. 41 vom 25. Mai 1905; ebenda, Nr. 42 vom 31. Mai 1905.

6 Villem Reiman, Kolm sammukest rändamise teed (Drei Schritte auf dem Wanderweg), in: Sirvilauad. Eesti rahva tähtraamat 1907 (Der Runenstabkalender. Der Kalender des estnischen Volkes 1907). Tartu 1906, S. 44 ff.

Der Führer der estnischen gemäßigten Nationalisten, Jaan Tõnisson (1868–?), attackierte die deutsche Oberschicht, betonte die Unmoral und Widernatürlichkeit ihrer Herrschaft und rief den Adel zur freiwilligen Aufgabe seiner Privilegien auf. Konstantin Päts (1874–1956), der an der Spitze der Nationalradikalen stand, schrieb, die Esten seien ein selbständiges Volk und derart entwickelt, daß eine Vermittlung von Kultur durch Deutsche nicht mehr nötig wäre.[7] Bei der positiven Einschätzung deutscher Kultureinflüsse waren die estnischen Politiker der neuen Generation hingegen recht zurückhaltend. Sie widmeten den Orientierungen nach außen nur wenig Interesse und setzten ihre Hoffnungen vielmehr auf die eigenen Kräfte der Esten.

Trotz verbaler Auseinandersetzungen handelten die estnischen Nationalisten der deutschbaltischen Oberschicht gegenüber im Sinne politischer Toleranz. So schrieb Anton Jürgenstein (1861–1933): „Das Ziel und die Endabsicht dieses Kampfes ist weder in der Zeit Jakobsons noch in der Zeit Tõnissons die endgültige *Vernichtung der Deutschen* gewesen, wie die deutschen Zeitungen es immer behaupten wollen. Das endgültige Ziel ist die nationale, wirtschaftliche und politische *Gleichberechtigung* und auf *dieser* Grundlage eine *freundliche* Koexistenz in der gemeinsamen Heimat. Ein solcher Standpunkt seitens der Esten, die ja ihrer Zahl nach die Deutschen um mehr als das Zehnfache übertreffen, ist mehr als zuvorkommend. Ungeachtet dieses zahlenmäßigen Übergewichts haben die estnischen Nationalisten nie *Vernichtungs*gedanken der deutschen Minderheit gegenüber gehegt. Falls es den Deutschen so schien, dann nur deshalb, weil sie instinktiv erkannten, daß ihre in Estland recht spärlich vertretene Schicht sich bei Durchsetzung der Gleichberechtigung *kaum* über Wasser halten kann. Einem so kleinen Teil, wie es die Deutschen im Baltikum sind, droht ohne die Unterstützung des Bauerntums als Basis der Untergang, wenn sie nicht durch Privilegien geschützt werden."[8]

Bezüglich der Regelung nationaler Verhältnisse im Baltikum galten für die estnischen Nationalisten die Schweden in Finnland als Vorbild, die ja dort auch eine Oberschicht bildeten, sich aber als organische Einheit mit der Mehrheitsnation — den Finnen — identifizierten. In Estland blieben jedoch die Kultursphären von Deutschbalten und Esten verhältnismäßig unabhängig und konnten sich nicht einander annähern.

Die Unifizierungs- und Russifizierungspolitik, die gegen Ende des Jahrhunderts recht brutal durchgeführt wurde, ohne die Rechte der Esten zu erweitern, bewirkte bei den Esten eine tiefe Enttäuschung gegenüber der

---

7 Teataja Nr. 55 vom 12. März 1905.

8 Anton Jürgenstein, „Postimehe" ajalugu (Die Geschichte der Zeitung „Postimees"), in: Postimees 1857–1907. Tartu 1909, S. 75.

Politik der russischen Regierung. Allmählich begriffen die estnischen Politiker, daß die Russifizierung nicht nur gegen die deutsche Hegemonie gerichtet war, sondern auch gegen die estnische nationale Bewegung. Daraufhin verzichtete man auf eine Idealisierung der russischen Gesetzgebung und favorisierte die Beibehaltung der Eigenart der vorhandenen baltischen Selbstverwaltung. In nationalistischen Kreisen wurden mögliche gemeinsame Handlungen aller ansässigen Nationen — Esten, Letten und Deutsche — gegen die Maßnahmen der russischen Bürokratie erörtert. Tõnisson hoffte zunächst, aus den Beziehungen der deutschen Kreise zu den Ministerien und zum kaiserlichen Hof in St. Petersburg auch für die Esten Nutzen ziehen zu können.[9] Doch diese Hoffnungen erwiesen sich als zwecklos.

Im Jahre 1905 proklamierte der geistige Vater der estnischen intellektuellen Gruppierung „Noor-Eesti" („Jung-Estland"), Gustav Suits (1883–1956): „Mehr europäische Kultur! Laßt uns Esten bleiben, aber laßt uns Europäer werden!" Europäisierung bedeutete in der Interpretation der Jung-Esten, eine europäische Kultur durch die Esten selbst zu schaffen — ohne deutsche und russische Vermittlung und Protektion. Für sie war Estland ein nicht nur politisch und sozial, sondern auch „literarisch und künstlerisch unterdrücktes Land". Insbesondere verurteilten sie die passive, eklektische und unkritische Übernahme der deutschen und russischen Kultur. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, schätzten die Jung-Esten in keiner Weise die deutschbaltische Kultur und ignorierten die Rolle der Deutschbalten als Vermittler von westeuropäischer Kultur und Wissenschaft vollständig.

Für die Befreiung aus der „deutsch-russischen geistigen Knechtschaft" strebten die Jung-Esten nach einer völligen kulturellen Öffnung und Freiheit bei der Wahl der kulturellen Orientierungen. Sie suchten nach neuen Kulturkontakten mit Westeuropa, mit der romanischen, angelsächsischen, skandinavischen und finnischen Kultur.[10] Die „Europa-Idee" war eine Alternative zum engen Nationalismus, aber sie stellte auch eine Herausforderung für die großen Nachbarn dar, aus deren Griff die Jung-Esten geistig auszubrechen versuchten. Gleichzeitig sollte aber betont werden, daß damit bei den Jung-Esten keiner nationalen Germanophobie der Boden bereitet wurde, denn unter ihren geistigen Idolen befanden sich zahlreiche deutsche Philosophen, Schriftsteller, Gesellschafts- und Kulturtheoreti-

---

9 Johan Kõpp, Mälestuste radadel. 2. Tartus 1896–1906 (Auf Erinnerungswegen. 2. In Tartu 1896–1906). Tallinn 1991, S. 148.

10 Ea Jansen, Estonian Culture — European Culture in the Beginning of the 20th Century, in: The Baltic Countries (wie Anm. 4), S. 311-326.

ker wie Marx, Kautsky, Nietzsche und Hauptmann, deren Werke Eingang in die jung-estnischen literarischen Ausgaben fanden. Im geistigen Leben waren die Jung-Esten radikale Verfechter der Modernisierung, der Industrialisierung und der Urbanisierung. Gegenüber der traditionellen Gesellschaft bildeten sie mit ihren sozialistischen Sympathien eine Opposition.

2. Der russische Faktor

Die estnisch-deutschen Beziehungen wurden entscheidend von der baltischen Politik der russischen Regierung beeinflußt, die oft recht widerspruchsvoll war und sich schwer prognostizieren ließ. Mit den Reformen seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte die russische Präsenz in den baltischen Provinzen beträchtlich zugenommen, insbesondere auf den Gebieten der örtlichen Verwaltung und der Bildung. Damit geriet das estnische Volk immer mehr unter den Einfluß der russischen Bürokratie. Die Regierung in St. Petersburg war getrieben von den imperialistischen und messianistischen Ideen eines Nationalstaates, die man mittels administrativer und kultureller Russifizierung zu verwirklichen suchte. Die administrative Russifizierung, die die mittelalterliche Verwaltungsordnung sowie archaische Institutionen reformierte, paralysierte und neutralisierte die deutsche Vormachtstellung, war in manchen Aspekten ein Faktor der Modernisierung und förderte dergestalt die Konsolidierung der Esten.[11] Mit der Russifizierung der Schulen, darunter auch der Universität Tartu (Dorpat), nahm die Einwirkung der russischen Kultur sprunghaft zu. Russische Ideen und russisches Vorbild beeinflußten die Entstehung der politischen, insbesondere der sozialistischen Parteien in Estland.

Baltischer Adel und russische Regierung waren jedoch auch Verbündete und Partner im konservativen Lager. Sie waren durch alten Grundbesitz und durch die überlebte politische Ordnung aneinander gebunden. Die Union von Absolutismus und baltischem Adel basierte auf der persönlichen Treue des Adels gegenüber dem kaiserlichen Thron. Gleichzeitig waren sie aber Konkurrenten, denn die Frage, wer die baltischen Provinzen de facto regierte, stand nach wie vor auf der Tagesordnung und nahm mit dem Machtzuwachs des Deutschen Reiches eine gewisse internationale Dimension an. Somit bedeutete die estnische nationale Politik in vielem

[11] Toivo U. Raun, The Estonians, in: Russification in the Baltic Provinces and Finland 1855–1914, hrsg. v. Edward C. Thaden. Princeton, N.J. 1981, S. 287 ff.

ein Lavieren zwischen diesen zwei Kräften, zwischen Scylla und Charybdis.

Mit zunehmender Zentralisierung und Unifizierung versuchte die russische Bürokratie den Sonderstatus des baltischen Adels zu schwächen. Durch Verminderung des deutschen Einflusses sollte die Macht der Regierung gestärkt werden, nicht aber die Rechte der Esten und Letten. In den Bereichen, in denen kein politischer Nutzen zu erwarten war, betrieb die Regierung nur zögerliche Reformen. Im übrigen war ihre Politik den baltischen Provinzen gegenüber in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts recht passiv. Hinsichtlich der örtlichen Initiativen war man in St. Petersburg sehr mißtrauisch und vorsichtig. In den Reformprogrammen des Adels und der baltischen Nationalisten erblickte man separatistische Tendenzen, Intrigen und Annäherungsversuche der örtlichen nichtrussischen (estnisch-deutschen) Elemente, Verschwörungen gegen die Zentralmacht. In der Staatsduma standen gesamtstaatliche Fragen auf der Tagesordnung, und die baltischen Angelegenheiten kamen in diesem Bürokratieapparat nicht von der Stelle.[12]

Die estnischen politischen Kräfte suchten in Rußland nach Verbündeten. Estnische Nationalisten bildeten in der Duma einen Block mit russischen Kadetten, estnische Sozialisten mit russischen Sozialisten, deutschbaltische Oberschicht mit russischen Oktobristen (sie spielten in dieser Partei sogar eine wichtige Rolle). In die erste und zweite Staatsduma gelangten aus Estland (Gouvernement Estland und estnischer Teil des Gouvernements Livland) nur Abgeordnete des estnisch-russischen Blocks, kein einziger Deutschbalte. Die Parlamentstribüne benutzten Tõnisson und andere estnische Dumaabgeordnete dazu, Kritik an den baltischen Verhältnissen zu üben und für Estland Autonomie und eine Agrarreform zu verlangen. Dies zog die Aufmerksamkeit der russischen Öffentlichkeit auf die baltische Frage.[13]

In der baltischen Politik der russischen Regierung kann man gewisse Lavierungstendenzen beobachten sowie die Bestrebung, im estnisch-deutschen Konflikt die Rolle einer dritten, höheren Macht spielen zu wollen. So mancher örtliche Gouverneur und Beamte der Zentralmacht schätzte die Lage objektiv richtig ein und hielt Reformen zur Vorbeugung von Unruhen für notwendig. Ministerpräsident Graf Sergej Vitte (1849–1915) no-

---

12 Toomas Kar'jachjarm [Karjahärm], Estonskaja buržuazija, samoderžavije i dvorjanstvo v 1905–1917 gg. (Das estnische Bürgertum, die Autokratie und der Adel in den Jahren 1905–1917). Tallin 1987, S. 300-303.

13 Toomas Karjahärm, Raimo Pullat, Eesti revolutsioonitules 1905–1907 (Estland im Feuer der Revolution 1905–1907). Tallinn 1975, S. 169 ff.

tierte später in seinen Erinnerungen, man habe im Laufe der Russifizierung anstelle der deutschen Kultur nichts wirksam Russisches schaffen können. Das habe dazu beigetragen, daß die Esten und Letten unter den Einfluß der revolutionären Parteien geraten seien.[14]

Am 28. November 1905 erließ Nikolaj II. eine Verordnung über die Einführung der Institution eines provisorischen Generalgouverneurs der baltischen Länder und zur Einberufung einer beim Gouverneur tätigen Sonderkommission, um Reformvorschläge auszuarbeiten. Letztere setzte sich aus acht Gutsbesitzern, acht Bauern und sechs Stadtvertretern zusammen. Der Block der Großgrundbesitzer und des deutschen Stadtbürgertums war in der Mehrzahl. In fast allen Fragen offenbarten sich entgegengesetzte Standpunkte. Reformentwürfe, die schließlich 1907 dem Innenminister vorgelegt wurden, spiegelten hauptsächlich den Standpunkt der deutschbaltischen Oberschicht wider, die der Überzeugung war, daß grundlegende Reformen überhaupt nicht nötig seien.[15]

Geopolitische Faktoren spielten in der baltischen Geschichte immer eine wichtige Rolle. Die praktische Bedeutung der Geopolitik stieg im Zusammenhang mit der Verschärfung der internationalen Lage in Europa zu Beginn des 20. Jahrhunderts sprunghaft an. Damit wurde der politische Spielraum der estnischen Politiker erweitert, und neue Kombinationen im estnisch-deutsch-russischen Dreieck wurden möglich.

1905 erörterte Tõnisson im „Postimees" erstmalig öffentlich die Idee von der wichtigen Rolle der baltischen Völker bei der Gewährleistung der Sicherheit für den russischen Staat im Falle eines möglichen Angriffs von deutscher Seite oder im Falle einer deutschen Kolonisation. Er schrieb: „Das estnische und das lettische Volk bilden einen lebenden Wall zur Verteidigung der russischen Staatlichkeit im Grenzgebiet der Ostsee. Im Dienste des russischen Staates haben wir eine wichtige Aufgabe der Grenzwache zu erfüllen." Als Gegenleistung hätte das estnische Volk das Recht, darauf zu hoffen, daß seine „lebenswichtigen Interessen" nicht ohne Berücksichtigung blieben.[16]

Wenige Jahre später, im Spätherbst 1909, prognostizierte Tõnisson eine baldige slavisch-germanische Kollision. Er beteuerte, daß in erster Linie die Grenzgebiete und insbesondere das Baltikum dank seiner besonderen

---

14 Sergei J. Witte, Mälestused (Erinnerungen). Bd. 2, Tartu 1938, S. 242.

15 Trudy Osobogo Soveščanija pri Vr. Pribaltijskom General-Gubernatore, učreždennogo Vysočajšim Ukazom 28-go nojabrja 1905 g. (Arbeiten der Sonderkommission beim provisorischen Baltischen Generalgouverneur, eingeführt mit der Allerhöchsten Verordnung vom 28. November 1905). Revel' o.J., S. 1-67.

16 Postimees Nr. 112 vom 23. Mai 1905.

Bedeutung für beide auf Kriegsfuß stehenden großen Völker zum Kampfplatz der Kulturen würden. Die Russen wären nicht imstande, die Germanen, stark und mit hoher Kultur, mit eigenen Kräften zurückzuschlagen. Damit könnten aber finnische, baltische, polnische und andere Grenzvölker fertig werden, die widerstandsfähiger als das großrussische Volk seien. Somit wäre Wohlstand und kulturelle Stärke der Esten und Letten für Rußland eine Frage von nationaler Bedeutung. Tõnisson fürchtete, daß im Falle eines deutschen Sieges die baltischen Völker dasselbe Schicksal der Denationalisierung erleiden könnten wie z.B. die Dänen in Schleswig, die Franzosen im Elsaß und die Polen in Schlesien. Eine Russifizierung hielt er, anders als eine Germanisierung, für das estnische Volk für weniger gefährlich, denn es mangelte seiner Meinung nach dem slavischen Charakter an Beharrlichkeit bei der Unterdrückung Andersnationaler. Deshalb seien die Esten ungeachtet ihrer parteilichen und weltanschaulichen Unterschiede die „allertreueste(n) Bürger Rußlands und Patrioten Rußlands".[17]

3. Autonomie und Selbstverwaltung

Eines der Hauptfelder estnisch-deutscher Konfrontation war der Kampf um die Dominanz in der Selbstverwaltung von Stadt und Land. Das russische Stadtrecht von 1892 bestimmte für das Wahlrecht einen Vermögenszensus. Da Anzahl und Anteil der wahlberechtigten Immobilienbesitzer bei den Esten in den einzelnen Wahlkreisen zunahm, eröffneten sich für diese reale Möglichkeiten, an die Spitze der Stadtverwaltung zu gelangen. Die jäh steigenden Spannungen im Machtkampf zwischen Esten und Deutschen zu Anfang des Jahrhunderts demonstriert auch der rasante Anstieg der Wahlbeteiligung. In Tallinn (Reval) wuchs sie von 33,2% im Jahre 1896 auf 61,9% im Jahre 1904, in Tartu von 46,1% 1898 auf 77,7% 1906, in Pärnu (Pernau) von 28,9% 1897 auf 71,0% 1905.[18] Im Wahlkampf nannten sich die Esten „die neue Partei", „die fortschrittliche estnische Partei", „die estnische Partei" und grenzten sich dergestalt von den „alten" und „altgesinnten deutschen Parteien" ab.

---

17 Postimees Nr. 270 vom 24. November 1909.

18 Toomas Karjahärm, Eesti linnakodanluse poliitilisest formeerumisest 1870-ndate aastate lõpust kuni 1914. aastani linna- ja duumavalimiste materjalide põhjal (Zur politischen Formierung der estnischen Stadtbourgeoisie vom Ende der 1870er Jahre bis 1914 aufgrund der Stadtrats- und Dumawahlen), in: Eesti NSV Teaduste Akadeemia Toimetised. Ühiskonnateadused 22/3 (1973), S. 254.

Den ersten politischen Sieg über das Deutschbaltentum feierten die Esten bei der Stadtratswahl in Valga (Walk) im Jahr 1901. Esten und Letten erhielten in der Stadtverordnetenversammlung die absolute Mehrheit, die Deutschen wurden völlig beiseite gedrängt (12 Sitze für die Esten, 12 Sitze für die Letten, 5 Sitze für die Russen). Großes Aufsehen erregte der Sieg des estnisch-russischen Blocks bei den Stadtratswahlen in Tallinn 1904. Die Esten erhielten 38, die Deutschen 17 und die Russen 5 Mandate. In Võru (Werro) ging die Stadtverwaltung 1906 in die Hand der Esten über, in Haapsalu (Hapsal) 1909; in Kuressaare (Arensburg) blieb die Stadtverwaltung bis 1917 jedoch in der Hand der deutschen Oberschicht, obwohl es auch dort mehr wahlberechtigte Esten als Deutsche gab.[19]

Obwohl die Zuständigkeiten der städtischen Selbstverwaltungen beschränkt und offiziell apolitisch waren — zu ihrer Kompetenz gehörten in erster Linie Fragen der Kommunalwirtschaft — und die Tätigkeit der Stadtverwaltungen unter strenger Kontrolle der Bürokratie stand, lieferten diese ersten politischen Siege einen Beweis für die gewachsene Kraft und das gestiegene Selbstvertrauen der Esten. Trotz aller Voraussagen von seiten der deutschen Presse bewährten sich die Esten bei den ungewohnten Aufgaben. Estnische und deutsche Fraktionen als nationalpolitische Zentren konkurrierten in den Stadtverwaltungen miteinander und arbeiteten auch zusammen.

In der zweitgrößten Stadt Estlands, in Tartu, schlossen die gemäßigten Nationalisten mit Tõnisson an der Spitze 1902 eine Vereinbarung mit dem deutschen Wahlausschuß, wonach die Esten in der Stadtverwaltung ein Drittel der Sitze (20) erhalten sollten, wobei sie eine gemeinsame Wahlliste bildeten. Einen derartigen Kompromiß erklärte Tõnisson damit, daß die Esten noch nicht bereit seien, die volle Verantwortung für die städtische Regierung zu übernehmen.[20] Die deutsche Mehrheit in der Stadtverwaltung jedoch ignorierte den Willen der Esten: In den Stadtrat kam kein einziger Este. Die Beziehungen der Fraktionen verschärften sich derart, daß die Anführer der estnischen Opposition nach der Wahl des Jahres 1906 aus der Stadtverwaltung ausgeschlossen wurden.

Seit 1905 forderten die estnischen Politiker eine radikale Reform der Kommunalverwaltungen aufgrund eines allgemeinen Wahlrechts. Die Verwaltung des autonomen Estland sollte an örtliche Selbstverwaltungen (Parlamente) übergehen, zu deren Kompetenz die Erlassung von Gesetzen und Verordnungen in kommunalen Fragen gehören würde. Päts war der Auffassung, daß in der gesetzgebenden Versammlung alle Völker propor-

---

[19] Ebenda, S. 255 ff.
[20] Postimees Nr. 31 vom 6. Februar 1902.

tional zu ihrer Größe vertreten sein sollten. Er und andere Nationalradikale empfahlen, daß die Regelung der Agrarpolitik und der Agrarverhältnisse in die Kompetenz der Kommunalverwaltungen übergehen müßte. Päts hielt auch die Gründung einer regionalen baltischen Selbstverwaltung für möglich, womit die drei baltischen Provinzen sowohl einzeln als auch gemeinsam als autonome oder Selbstverwaltungseinheiten fungieren würden. Er machte den Vorschlag, einen Baltischen Landtag oder Sejm zu gründen, dessen Selbständigkeit durch die Verfassung des russischen Staates bestimmt werden sollte. Dieser sollte nicht nach den Strukturen der innerrussischen Gouvernements gebildet werden, sondern unter Berücksichtigung der örtlichen Besonderheiten.[21] Auch die estnischen Sozialisten diskutierten über eine Selbstverwaltung, aber sie hatten dabei eine revolutionäre provisorische Selbstverwaltung im Sinn. Das diesbezügliche Maximalprogramm wurde nie verwirklicht. Deshalb erwog man in führenden politischen Kreisen Estlands auch andere, weniger radikale Übergangsvarianten.

Im Jahre 1905 riefen die estnischen Nationalisten die Gutsbesitzer mehrmals zu einer Zusammenarbeit auf und schlugen vor, gemeinsam einen Entwurf der Selbstverwaltungsreform auszuarbeiten. Sogar die Ritterschaften verstanden, daß es in den unruhigen Zeiten notwendig war, sich mit Reformen zu befassen. Im Sommer 1905 legten vier Ritterschaften dem Innenminister einen Entwurf zur Reform der Selbstverwaltung vor, laut welchem neue Institutionen der Selbstverwaltung geschaffen werden sollten — der Bezirkstag und der Provinzialtag, unter Beteiligung von Handels- und Industriebürgertum, von Kleinbesitzern und Pächtern. Der Estländische Ritterschaftshauptmann Eduard von Dellingshausen (1863–1939) schrieb dazu in seinen Erinnerungen: „Die Ritterschaften hatten diese Selbstbeschränkung in den ihnen zustehenden Rechten beschlossen, ohne Druck von seiten der Regierung, weil sie anerkannten, daß diese Maßnahme eine logische Folgerung der beendeten Agrarentwicklung bildete.[22]

Obwohl ein grundsätzliches Zugeständnis, war die „Selbstbeschränkung" des Adels recht unbedeutend. Aus der Kompetenz des bisherigen Landtags sollten nur die Fragen der Kommunalwirtschaft in den Zuständigkeitsbereich der neuen Landschaftsselbstverwaltung übergehen, wobei die politischen Rechte der Ritterschaften, darunter das Recht der gesetz-

---

21 Teataja Nr. 60 vom 18. März 1905; ebenda, Nr. 134 vom 1. November 1905.

22 Eduard v. Dellingshausen, Im Dienste der Heimat! Erinnerungen des Freiherrn Eduard von Dellingshausen ehem. Ritterschaftshauptmann von Estland. Stuttgart 1930, S. 109.

geberischen Initiative und das Recht, sich direkt an den Zaren wenden zu können, unberührt bleiben sollten. Der Vermögenszensus im Wahlrecht, bestehend aus drei Kurien, sicherte dem Block der deutschbaltischen Gutsbesitzer (1. Kurie) und dem Handels- und Industriebürgertum (2. Kurie) eine Mehrheit vor den Kleinbesitzern und den Pächtern (3. Kurie), obwohl die Groß- und Kleinbesitzer gleichwertig vertreten waren. Auf dem Landtag der Estländischen Ritterschaft vom Juni 1905 sprach man offen darüber, daß diese zweite Kurie im Falle der Parität von Groß- und Kleinbesitzern für die Sicherung der deutschbaltischen Majorität nötig sei und daß der Adel nur dasjenige Wahlsystem akzeptiere, das die Kleinbesitzer garantiert in der Minderheit lasse. Estnische Kreise, die zunächst die Initiative der Gutsbesitzer mit großen Hoffnungen gebilligt hatten, wiesen nach der Veröffentlichung des Entwurfs diesen zurück und verlangten, Vertreter der Esten sollten zur Ausarbeitung der Reformvorlagen herangezogen werden.[23]

Im Herbst 1905 setzten die Ritterschaften ihre Manipulationen in der Frage der Landschaftsselbstverwaltung fort. Am 24. November beschloß der Adelskonvent Livlands, sich mit einem neuen Vorschlag „Maßgaben zur Rettung des Landes vor einem völligen Verfall und zur Umgestaltung der Gesellschaft" an den Innenminister zu wenden. Hinsichtlich der Ausarbeitung der Reformentwürfe war die Bildung eines provisorischen Landrates in folgender Zusammensetzung vorgesehen: 16 Vertreter der Gutsbesitzer, 16 Vertreter der Bauern und 12 Vertreter der Städte;[24] letztere hätten im provisorischen Landrat den Gutsbesitzern und dem deutschen Stadtbürgertum die führende Rolle gesichert. Die Vorschläge des Adels hatten zweierlei Ziele: Beschwichtigung der Esten und Letten, indem diese zum Landtag zugelassen wurden, sowie gleichzeitig Abwendung der möglichen Einführung des russischen Zemstvo-Systems.

Die estnischen gemäßigten Nationalisten kämpften — wie beschrieben — nicht mit Gewalt, sondern „nur mit den Mitteln des Rechts und des Gesetzes". Die Zeitung „Postimees" wandte sich in sehr scharfer Form gegen Gewaltanwendung, griff die Sozialisten an und verteidigte leidenschaftlich das Privateigentum. Man erwog dort, die Esten könnten „gegen

---

23 Toomas Karjahärm, Sirje Kivimäe, Maaomavalitsusküsimus Eesti ühiskondlikus liikumises kodanlik-demokraatlike revolutsioonide ajajärgul (Die Frage der Landschaftsselbstverwaltung in der sozialpolitischen Bewegung in Estland zur Zeit der bürgerlich-demokratischen Revolutionen), in: Eesti NSV Teaduste Akadeemia Toimetised. Ühiskonnateadused 29/4 (1980), S. 326.

24 Eesti Ajalooarhiiv (Estnisches Historisches Archiv) (EAA), F. 296, Reg. 88 (1905), Nr. 158, Bl. 80 f.

Einflüsse von außen" mit deutschen Kreisen, auch mit der Baltischen Konstitutionellen Partei, Hand in Hand gehen.[25] Das Auftauchen eines gemeinsamen Feindes brachte estnische und deutsche Kreise des Besitzbürgertums einander näher, so daß die gegenseitigen Beschuldigungen bis zum Ende des Jahres 1905 aufhörten. In Tartu gründete man die sogenannte „Bürgerwehr", an der sich sowohl Esten als auch Deutsche beteiligten und an der auch Tõnisson teilnahm.[26]

Im Herbst 1905 kam es zu Verhandlungen zwischen den estnischen politischen Führern in Tallinn und in Tartu und den Vertretern der Gutsbesitzer und des deutschen Stadtbürgertums. Da die Forderungen der Esten zu radikal waren (demokratisches Wahlrecht), fand man keinen Konsens.[27]

4. Die Agrarfrage

Ein weiterer umfangreicher Komplex im estnisch-deutschen Gegensatz war die Agrarfrage, die sich in Estland zusehends zugespitzt hatte. Im Gouvernement Estland gehörte 1905 73,9% des Bodens den Gutsherren, im Gouvernement Livland 54,7%.[28] Etwa 100 000 Knechte und Mägde sowie einige 10 000 Pächter waren von etwa 800 Großgrundbesitzern abhängig. Aber auch Landwirte und Hofbesitzer, die den Kern der estnischen Mittelschicht bildeten, hatten unter der Schuldenlast des Loskaufs zu leiden und wurden durch die Privilegien der Rittergutsbesitzer behindert. Für die estnische Öffentlichkeit hatte vor allem der Gutsbesitzer ein negatives Image, denn er symbolisierte und verkörperte die deutsche Herrschaft, was für das deutsche Stadtbürgertum nicht in dem Maße zutraf.

Das agrarpolitische Ziel aller estnischen Parteien und Gruppierungen war eine Ausdehnung des bäuerlichen Landbesitzes auf Kosten der Gutsländereien und die Verdrängung der Gutsherren von der Leitung der örtlichen Agrarpolitik, um die wirtschaftliche Selbständigkeit der Esten voranzutreiben. „Um der deutschen Oberherrschaft zu entkommen, gibt es

---

25 Postimees Nr. 236 vom 28. Oktober 1905.

26 EAA, F. 2623, Reg. 1, Nr. 28, Bl. 44.

27 Eduard Freiherr v. Stackelberg-Sutlem, Ein Leben im baltischen Kampf. Rückschau auf Erstrebtes, Verloren (sic!)und Gewonnenes. München 1927, S. 121 ff.; Gert v. Pistohlkors, Stackelberg und Tõnisson: eine deutsch-estnische Gesprächssituation vor 70 Jahren, in: Jahrbuch des baltischen Deutschtums 24: 1977 (1976), S. 65-75.

28 Eesti NSV ajalugu kolmes köites. 2. XIX sajandi 50-ndaist aastaist kuni 1917. aasta märtsini (Geschichte der Estnischen SSR in drei Bänden. 2. Von den 1850er Jahren bis zum März 1917), hrsg. v. Joosep Saat. Tallinn 1963, S. 76.

nur einen Weg, nämlich die Erwerbung von Landbesitz", schrieb die nationalradikale Zeitung „Teataja" im Jahre 1904.[29]

Die radikalsten Lösungsvarianten stammten von den Sozialisten. Endziele waren für sie die Konfiszierung sowie die Nationalisierung oder Sozialisierung des Großgrundbesitzes. Die Beschlagnahme der Gutsländereien stand als Forderung in den Programmen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands seit ihrem 3. Parteikongreß im April 1905. Für die Durchführung einer Agrarreform und für die Verwaltung des eingezogenen Landbesitzes sollten revolutionäre Selbstverwaltungen — die Bauernkomitees — zuständig sein. Estnische Sozialdemokraten — Zentristen wie auch Föderalisten — vertraten den Standpunkt, die Regelung der Bodennutzung (Groß- oder Kleinwirtschaften) müsse nach einer siegreichen Revolution von den Bauern selbst bestimmt werden.[30]

Die estnischen Nationalradikalen strebten eine beträchtliche Verringerung des Großgrundbesitzes an. Ihre Standpunkte legte Päts in seinen Zeitungsartikeln des Jahres 1906 und in seinem Buch „Die Agrarfrage" (1907) dar. Die wichtigste These war, daß die Lösung der Agrarfrage mit einer vorher durchgeführten politischen Neuerung verbunden werden müsse, mit der Einführung der politischen Autonomie. Durch eine demokratisch gewählte Selbstverwaltung mit Legislativkompetenz würde das ganze Volk das Recht erhalten, sich für die Angelegenheiten des Staates einzusetzen und die Agrarpolitik zu steuern. „(...) das Land soll für das Volk sein und unter der Macht des Volkes stehen", schrieb Päts.[31] Er forderte die Gründung eines im Gemeinbesitz des Volkes befindlichen Bodenbestandes, über den die Selbstverwaltung verfügen sollte. In diesen Bodenbestand beabsichtigte Päts auch jene Privatländereien aufzunehmen, die größer als gesetzlich festgelegt waren (die Größenvorschrift war von der Selbstverwaltung auszuarbeiten). Die Bauern würden ihre Grundstücke aus dem Bodenbestand erhalten, aber nicht als Privatbesitz, sondern in ureigener und vererbbarer Pacht auf 1 000 Jahre, ganz nach dem Vorbild Neuseelands.

Am 13. April 1907 legten die estnischen Dumaabgeordneten mit Unterstützung der Kadetten der Zweiten Staatsduma den Gesetzentwurf „Die Grundlagen der Bodenbewirtschaftung im Gouvernement Estland" vor. Der Leitgedanke war, die Steuerung der örtlichen Agrarpolitik, die Regierung des Landes, die Regelung der Agrarverhältnisse sowie die gesetzge-

---

29 Teataja Nr. 136 vom 22. Juni 1904.
30 Uudised Nr. 86 vom 8. November 1905.
31 Konstantin Päts, Maa-küsimus (Die Agrarfrage). Tallinn 1907, S. 39 ff. u. passim.

bende Initiative bezüglich der Bodenbewirtschaftung in den Zuständigkeitsbereich der demokratisch gewählten Gouvernementsselbstverwaltung zu übertragen. Der Entwurf sah als Maximalgröße eines Bodenbesitzes 300 Desjatinen[32] vor. Größere Flächen sollten von der Selbstverwaltung gegen Entschädigung beschlagnahmt werden, falls der Gutsherr diese im Laufe von neun Jahren weder verkaufte noch verpachtete.[33] Wäre diese Reform verwirklicht worden, so hätte sich die Fläche der Güter im Gouvernement Estland von 1 160 000 Desjatinen auf 165 000 Desjatinen verringert, d.h. etwa auf ein Siebtel. Die Selbstverwaltung sollte aus ihrem Bodenbestand Grundstücke in der Größe von 12-60 Desjatinen pro Familie in Pacht geben. Diese Gesetzesvorlage zielte praktisch auf die Liquidierung des Großgrundbesitzes, maßgeblich beeinflußt von den Ideen der russischen linksgerichteten Kadetten und Trudoviki.

Am tolerantesten verhielten sich bei der Frage der Verminderung der Gutsländereien die gemäßigten Nationalisten, die die Unantastbarkeit des Privateigentums für ausschlaggebend hielten. Tõnisson als Apologet der Kleinbauern suchte beim Staat um Vermittlungs- und Finanzhilfe bei der Vergrößerung des bäuerlichen Grundbesitzes an. Sowohl in der Ersten Duma als auch auf dem 3. Parteikongreß der Kadetten (April 1906) setzte sich Tõnisson nachdrücklich für die grundsätzliche Beibehaltung von Privatbesitz an Grund und Boden ein. Das Programm der Estnischen Nationalen Fortschrittspartei stand in der Agrarfrage den Agrarprogrammen der Baltischen Konstitutionellen Partei und der russischen Oktobristen nahe. Die Gemäßigten verlangten Begünstigungen beim Loskauf in einigen Bodenkategorien, die Verbesserung der Lage der Pächter und die Abschaffung der Privilegien der Rittergutsbesitzer.[34]

Die deutschbaltischen Gutsherren hingegen waren der Meinung, daß die landwirtschaftliche Lage ausgezeichnet sei und alle Neuerungen folglich nutzlos. Die Agrarordnung in den baltischen Ländern baue auf einer gesunden Basis auf, die man nur „auf historischer Grundlage", d.h. unter Beibehaltung der Latifundien und aller Privilegien im Zusammenhang mit Grund und Boden vervollkommnen könne. „Die Bodenfrage ist kein Grund für eine Revolution", bekräftigten die Führer der Livländischen Ritterschaft im April 1906 in einem Schreiben an den Kaiser. Im Februar

---

32 Russisches Flächenmaß, 109,25 ar.

33 Gosudarstvennaja duma. Vtoroi sozyv. Zakonodatel'nye zajavlenija (Staatsduma. Zweite Zusammensetzung. Gesetzesvorlagen). St. Petersburg 1907, S. 196-202.

34 Eesti Rahvameelne Eduerakond. Eeskava ja tegevuse põhjusmõtted (Estnische Nationale Fortschrittspartei. Programm und Grundsätze der Tätigkeit). Tartu [1905], S. 21 f.

1906 legte der Leiter des Statistischen Büros und der Grundsteuerabteilung der Livländischen Ritterschaft, Alexander von Tobien, der Sonderkommission des provisorischen Gouverneurs der baltischen Länder ein-Memorandum „Die Agrarverfassung des livländischen Festlandes" vor, in dem er behauptete, daß die Bauern genug Land hätten, die Verkaufs- und Pachtpreise auf Boden niedrig, die Steuern und Gebühren für die Bauern nicht drückend und die Löhne der Knechte hoch seien.[35] Die Sonderkommission verabschiedete im Jahre 1907 tatsächlich einen Entwurf, der die Agrarverhältnisse unangetastet ließ. Bis zur Selbständkeit Estlands kam es zu keiner wesentlichen Bodenreform.

5. Die Katastrophe

Im Laufe des ganzen Jahres 1905 nahmen die Spannungen zu und erreichten im Spätherbst ihren Höhepunkt. Überall im Lande hielt man vielbesuchte Versammlungen ab, auf denen Sozialisten und Nationalradikale mit ihren Reden die Zuhörer gegen Zentralmacht und Gutsbesitzer aufhetzten.

Die von St. Petersburg daraufhin unternommenen Schritte trugen provokatorischen Charakter. Am 16. Oktober schossen Soldaten in Tallinn auf eine Volkskundgebung, wobei 94 Personen getötet und etwa 200 verwundet wurden. Am 10. Dezember rief der stellvertretende Gouverneur Aleksander von Giers in Tallinn und im Landkreis Harjumaa (Harrien) den Kriegszustand aus und ließ eine große Anzahl sozialdemokratischer Parteigänger verhaften. Gleichzeitig tagte der Landtag der Estländischen Ritterschaft, während das verärgerte Volk die Gutsherren für die Repressalien verantwortlich machte.

Der günstige Moment für Gewalt war gekommen. Die Autorität der Regierung war niedriger denn je, die örtliche Verwaltungsmacht war schwach, denn Truppen gab es in Estland nur in kleiner Zahl; sie hielten sich hauptsächlich in den Städten auf, wo sich die Machtträger am meisten vor Unruhen fürchteten. Der Gedanke zur Rebellion ging von den revolutionären Extremisten aus. Sie riefen dazu auf, „Lettisch zu sprechen" und „die Nester der Reaktionäre" (d.h. die Gutshäuser) zu vernichten. Damit sollten auch Waffen beschafft und die Gutsherren als Geiseln genommen werden, um diese gegen verhaftete Revolutionäre eintauschen zu können.

---

35 Alexander Tobien, Agrarnyj stroj materikovoj časti Lifljandij (Die Agrarverfassung des livländischen Festlandes). Riga 1906.

Was auf gesetzlichem Wege nicht erreichbar war, das hoffte man jetzt mit Gewalt nehmen zu können.

Von Tallinn aus zogen (teils bewaffnete) Arbeitergruppen aufs Land, denen sich örtliche Bauern anschlossen. Die Rebellen waren getrieben von einer irrationalen Wut gegen die Gutsherren als ewige Unterdrücker, denen man jetzt die erlittene 700jährige Demütigung heimzahlen wollte. Während dieser fast psychotisch anmutenden Selbstjustiz wurden im Laufe von einer Woche (12.–20. Dezember) in Estland insgesamt etwa 160 Rittergüter und 40 Schnapsbrennereien niedergebrannt, zerstört oder geplündert. Man nahm wohl auch Gutsherren gefangen, aber nur einer von ihnen wurde getötet. Die materiellen Schäden beliefen sich auf ca. 3,2 Mio. Rubel, wobei Gegenstände von großem historischen und kulturellen Wert der Zerstörung anheimfielen.[36] Obwohl an den Brandstiftungen auch Sozialdemokraten beteiligt waren, billigte keine Partei in Estland diese Aktionen.

Zur Unterdrückung der Rebellion wurden von der Regierung aus den Reihen der Armee Sonderstrafkommandos, einige unter Leitung deutschbaltischer Offiziere, in die drei baltischen Gouvernements entsandt. Die Zivilmacht wurde dem Militär unterstellt und eine unbeschränkte militärisch-polizeiliche Gewaltherrschaft eingeführt, an deren Durchsetzung auch Gutsherren aktiv beteiligt waren. Ohne Untersuchung und Gerichtsurteil, oft nur aufgrund der Klage eines Gutsherrn, wurden über 300 Menschen erschossen. Die Feldgerichte verkündeten noch weitere 200 Todesurteile, etwa 600 Personen mußten grausame Prügelstrafen erdulden, Hunderte wurden ins Gefängnis oder in die Verbannung geschickt. Zumeist mußten unschuldige Menschen leiden, denn die Anführer waren längst ins Ausland geflüchtet.[37]

Die dramatischen Ereignisse des Jahres 1905 und die Brandschatzung der Gutshäuser versetzten dem Adel einen nachhaltigen Schock. Bei der Schilderung der Situation wurde von den deutschbaltischen Publizisten das Wort „Katastrophe" verwendet, und dies war ja auch der Fall. Die unsichere Position der deutschbaltischen Aristokratie kam mit voller Deutlichkeit zum Vorschein. Auch eine künftige Entwicklung Rußlands in Richtung auf eine konstitutionelle Staatsordnung konnte für den Adel nichts Gutes versprechen. Eine Machtergreifung durch die Kadetten hätte eine liberale Selbstverwaltungsreform und eine umfassende Enteignung

---

36 Karjahärm, Pullat, Eesti (wie Anm. 13), S. 128 ff.; Toivo U. Raun, The Revolution of 1905 in the Baltic Provinces and Finland, in: Slavic Review 43 (1984), H. 3, S. 460-463.

37 Karjahärm, Pullat, Eesti (wie Anm. 13), S. 143-154.

des Großgrundbesitzes mit sich bringen können. Deshalb blieb der deutschbaltische Adel nach wie vor der Autokratie verbunden.

Mit der Niederlage der Revolution stieg das Ansehen des baltischen Adels, der für seine Loyalität dem Kaiserthron gegenüber nun auch bei der Regierung Konzessionen verlangen konnte. Man glaubte, den Volksgruppen sollten gesetzlich begründete Freiheiten entsprechend ihrem „kulturellen Wert" erteilt werden. Am 24. April 1906 unterbreiteten die Führer der Livländischen Ritterschaft, der Adelsmarschall Friedrich Baron von Meyendorff und der residierende Landrat Adolf Baron Pilar von Pilchau, dem Zaren einen umfassenden Plan zur Wiederherstellung der baltischen Autonomie. Der Hauptgrund der Revolution lag für sie in der „Unterbrechung der kulturellen Entwicklung des Landes um die Mitte der 1880er Jahre wegen einer allgemeinen zwangsweisen Russifizierung und der Einführung eines bürokratischen Regimes in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens".[38] Dies habe verhängnisvolle Nachwirkungen mit sich gebracht: Die Autorität der Staatsmacht sei untergegangen, die Kirche und die Gesetze würden nicht mehr in Ehren gehalten, die Ordnung und das Pflichtgefühl verschwänden, den Letten und Esten drohte ein sittlicher Untergang, so daß sie den sozialen Utopien gegenüber aufgeschlossen seien. Es sei eben die russische Bürokratie gewesen, die die „zerstörenden Instinkte" der örtlichen Bevölkerung hervorgerufen hätte. Es wurde beteuert, daß es überhaupt keine Privilegien des Adels gäbe, sie seien nur Phantasievorstellungen der Nationalchauvinisten und politischen Agitatoren. Ausgehend von einer solchen Analyse entfalteten die Autoren des Memorandums ein umfassendes Maßnahmenspektrum, das ihrer Meinung nach „eine moralische und geistige Wiedergeburt" der Landbevölkerung garantieren sollte. Die Vorschläge der adligen Politiker zielten auf die Wiederherstellung der baltischen Autonomie und die Restauration der deutschen Vorherrschaft wie vor den Russifizierungsreformen. Für das 20. Jahrhundert war dieser Plan jedoch völlig utopisch, er zeugte vielmehr davon, daß die deutschbaltische Führungsschicht die Wirklichkeit nicht mehr adäquat analysieren konnte.

Gleichzeitig, als Meyendorff in St. Petersburg dem Zaren Treue schwor, weilte Landrat Max von Sievers (1857–1919) im Auswärtigen Amt in Berlin, wo er bei Staatssekretär von Tschirsky wegen einer möglichen Abtrennung der baltischen Länder von Rußland vorfühlte. Sievers wollte auf

[38] Rossijskij gos udasstvennyj istoričeskij arhiv (Staatliches Russisches Historisches Archiv), F. 1276, Reg. 2, Nr. 139, Bl. 1-19.

diese Weise dem deutschbaltischen Adel die Rückendeckung von zwei Seiten sichern.[39]

Die Reformpolitik des deutschbaltischen Adels war durch die Dominanz einer konservativen, ständischen Denkweise, durch unzureichenden Liberalismus und durch mangelnde Toleranz gekennzeichnet.[40] Es fiel ihm schwer, alte, im Laufe von Jahrhunderten verwurzelte Werturteile und Haltungen aufzugeben, es war schwer, Esten und Letten als gleichwertige Partner anzuerkennen, sich an neue Verhältnisse auch mental anzupassen. Die alte Aristokratie verstand es nicht, der traditionellen Rolle einer alleinherrschenden Elite zu entsagen.

Bedauerlicherweise brachte die Modernisierung den Zusammenbruch des Wertesystems der traditionellen Gesellschaft mit sich. Die politische Revolution erschütterte ihre Grundlagen noch mehr. Es wurde klar, daß grundlegende Reformen im Rahmen der Regierung und des baltischen Adels immer mehr hinter dem Minimum der wachsenden Bedürfnisse der Stammvölker zurückblieben. Der Einsatz der Oberschichten bei den Repressalien und militärisch-polizeilichen Maßnahmen löste die Krise nicht, das Land wurde nur nach außen und für kurze Zeit zur Ruhe gebracht.

Aus dem Estnischen übersetzt von Ene Rõngelep, Tallinn

---

39 S. Gert v. Pistohlkors, Zielkonflikte deutschbaltischer Politik nach der revolutionären Krise von 1905, in: Die baltischen Provinzen (wie Anm. 1), S. 125 ff.

40 Gert v. Pistohlkors, Ritterschaftliche Reformpolitik zwischen Russifizierung und Revolution. Göttingen 1978 (Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft. 48.), S. 257 u. passim.

Von der führenden Schicht zur nationalen Minderheit. Zur Klärung der Rolle der estländischen deutschen Minderheit bei der Begründung der Republik Estland 1918–1919*

von Karsten Brüggemann

Als das Komitee zur Rettung Estlands (Eestimaa päästekomitee) am 24. Februar 1918 Estlands Unabhängigkeit proklamierte, blieb dies eine aufgrund der Kriegsereignisse zunächst weitgehend unbeachtete symbolische Geste.[1] Am gleichen Tage besetzte die deutsche Armee nach dem Abbruch der Verhandlungen in Brest-Litovsk das nördlich der deutsch-sowjetrussischen Demarkationslinie gelegene Gebiet der ehemaligen russischen Provinz Estland. Die Militärverwaltung ließ keinen Zweifel daran aufkommen, daß die vom estnischen Rettungskomitee eiligst einberufene Provisorische Regierung keinesfalls anerkannt werden würde. In weiten Teilen der deutschen Minderheit im Lande, deren Bevölkerungsanteil 1918/19 bei schätzungsweise 1,8% lag,[2] herrschte einhellige Freude und Genugtuung darüber, daß das spätestens seit der Russischen Revolution

---

* Für die kritische Durchsicht des Manuskripts danke ich Sabine Dumschat und Kerstin S. Jobst, beide Hamburg.

1 In Anbetracht des zur Verfügung stehenden Raumes wird auf eine eingehende Behandlung der einschlägigen Literatur verzichtet. Grundlegende Informationen mit entsprechenden Literaturverweisen finden sich in den beiden Sammelwerken: Von den baltischen Provinzen zu den baltischen Staaten. Beiträge zur Entstehungsgeschichte der Republiken Estland und Lettland. Bd. 1: 1917–1918, hrsg. v. Jürgen v. Hehn, Hans v. Rimscha u. Hellmuth Weiss. Marburg a.d.L. 1971, sowie Bd. 2: 1918–1920. Marburg a.d.L. 1977. Reichhaltig sind die Literaturverweise in dem von Gert v. Pistohlkors herausgegebenen Band „Baltische Länder" aus der Reihe „Deutsche Geschichte im Osten Europas" (Berlin 1994), doch blieben estnische, lettische sowie russische Publikationen leider weitgehend unberücksichtigt. Für Estland sei verwiesen auf das Standardwerk von Eduard Laaman, Eesti iseseisvuse sünd (Die Geburt der estnischen Unabhängigkeit). Tartu 1936/37; 2. Aufl., Stockholm 1964, für die sowjetische Sicht auf die materialreiche Arbeit über den Russischen Bürgerkrieg im Nordwesten des alten Imperiums von Nikolaj A. Kornatovskij, Bor'ba za Krasnyj Petrograd (1919) (Der Kampf um das rote Petrograd <1919>). Leningrad 1929, sowie auf das für die sowjetestnische Sicht maßgebliche Werk Revoljucija, graždanskaja vojna i inostrannaja intervencija v Èstonii (1917–1920) (Die Revolution, der Bürgerkrieg und die ausländische Intervention in Estland <1917–1920>). Tallin 1988.

2 Aufgrund der kriegsbedingten Migration sind genauere Angaben nicht möglich (s. unten, Anm. 43). Die angegebene Prozentzahl stammt von Arved v. Taube, Die Tagebuchaufzeichnungen und Berichte des Kgl. Dänischen Generalkonsuls in Reval Jens Christian Johansen aus den Jahren 1918/19, in: Baltische Hefte 20 (1974), S. 60-

von 1905 ihre Situation prägende Schreckgespenst des Machtverlustes[3] nun der — gleichwohl illusionären — Hoffnung wich, eine möglichst enge Verbindung zum Deutschen Reich herzustellen. Hatte es nach 1905 noch einen „Schulterschluß"[4] mit der russischen Aristokratie gegeben, so schien nach 1917 allein das „Mutterland" noch in der Lage, als Garantiemacht für die traditionellen Privilegien der deutschbaltischen Elite zu fungieren. Beide Loyalitätsoptionen waren jedoch eindeutig gegen die Emanzipationsbestrebungen der als „Nationale" bezeichneten Esten gerichtet und machten den Bruch mit der von den Deutschbalten traditionell als „Landesdienst" verstandenen Rolle als Vertreter der Gesamtbevölkerung — also auch der estnischen Mehrheit — deutlich.

Unabhängigkeitserklärungen hatten in den zwischen den Mittelmächten und dem Russischen Reich umkämpften Gebieten während des Ersten Weltkriegs Konjunktur. Neue Staaten waren aus kriegstaktischen Gründen gebildet und wieder aufgelöst worden, und gegen Ende des Krieges erklärten sich Völker aus der Konkursmasse der Vielvölkerstaaten unter Berufung auf das 'Zauberwort' vom Selbstbestimmungsrecht in eigener Regie für unabhängig.[5] Daß die Erklärung des estnischen Rettungskomitees unter Leitung des späteren Staatsältesten (riigivanem) Konstantin Päts keine Marginalie der Geschichte werden würde, wagten Anfang 1918

121, hier S. 82, Anm. 4. Die erste Volkszählung der estnischen Republik ergab 1922 einen Bevölkerungsanteil der deutschen Minderheit von 1,7%. Vgl. auch den von v. Taube verfaßten statistischen Teil des Artikels Deutschbalten und baltische Lande, in: Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums. Bd. 2, hrsg. v. Carl Petersen (u.a.). Breslau 1936, S. 109-117.

3 Vgl. Gert v. Pistohlkors, Führende Schicht oder nationale Minderheit? Die Revolution von 1905/06 und die Kennzeichnung der politischen Situation der deutschen Balten zwischen 1840 und 1906 in der zeitgenössischen deutsch-baltischen Geschichtsforschung, in: Zeitschrift für Ostforschung 21 (1972), S. 601-618. Die Anregung für den Titel des vorliegenden Beitrags verdankt der Autor dem genannten Artikel v. Pistohlkors'.

4 Andreas Kappeler, Rußland als Vielvölkerreich. Entstehung, Geschichte, Zerfall. München 1992, S. 271. Vgl. auch Gert v. Pistohlkors, Inversion of Ethnic Group Status in the Baltic Region: Governments and Rural Ethnic Conflicts in Russia's Baltic Provinces and in the Independent States of Estonia and Latvia, 1850–1940, in: Roots of Rural Mobilisation. Comparative Studies on Governments and Nondominant Ethnic Groups in Europe, 1850–1940. Bd. 7, hrsg. v. David Howell in Zusammenarbeit mit Gert v. Pistohlkors u. Ellen Wiegandt. Dartmouth 1993, S. 169-220, hier S. 191.

5 Die Vertreter der Siegermächte auf der Pariser Friedenskonferenz staunten 1919 über die „Wallfahrt" von Delegationen aller „Existing, non-existing and about-to existing nationalities" in das ferne Frankreich, um dort für ihre nationalen Belange zu werben (Samuel Hoare, in: National Review 73 <April 1919>, S. 220, hier zit. nach Fritz T. Epstein, Studien zur Geschichte der „Russischen Frage" auf der Pariser Friedenskonferenz von 1919, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 7 <1959>, S. 431-478, hier S. 446).

wohl nur Phantasten zu behaupten. In bürgerlichen estnischen Kreisen hatte sich erst nach dem Oktoberumsturz der Bol'ševiki in Petrograd und der Auflösung der Russischen Konstituierenden Versammlung die *Nationalstaatsvariante* gegenüber einer Autonomielösung innerhalb einer föderativen russischen Republik durchgesetzt. Nicht zuletzt aufgrund einer drohenden deutschen Okkupation hatte auch die Idee einer *Estnischen Sowjetrepublik* keineswegs ihre Anhänger verloren.[6] Es blieb allerdings den estnischen linken Sozialrevolutionären vorbehalten, wegen der zunehmenden Unabhängigkeitsstimmung im Lande ihre Bündnispartner im Lager der Bol'ševiki zur Ausrufung einer unabhängigen estnischen Arbeiterrepublik zu bewegen.[7] Dritte Kraft im Lande war die bereits durch die Provisorische Regierung in Petrograd entmachtete deutsche Oberschicht[8] des ehemaligen russischen Gouvernements, die ihr Heil in einem *gesamtbaltischen Staat* bei einer möglichst engen dynastischen Verbindung mit dem Deutschen Reich suchte.[9]

Vor diesem Hintergrund wird man die Ereignisse der folgenden zwei Jahre betrachten müssen, die schließlich zur unabhängigen Republik Estland geführt haben, in der es für die deutsche Minderheit — im Vokabular der Zeit — um „Abwehr" nationalpolitischer Maßnahmen von seiten der Regierung und „Aufbau" einer politisch von letzterer akzeptierten Inter-

---

6 Bei den Wahlen zur estnischen Konstituierenden Versammlung am 21./22. Januar 1918 (nach dem Julianischen Kalender; nach dem am 1. Februar 1918 eingeführten Gregorianischen Kalender handelte es sich um den 3./4. Februar) hatten die Bol'ševiki zwar Stimmenverluste gegenüber den Wahlen zur Russischen Konstituierenden Versammlung vom November 1917 zu verzeichnen, erhielten allerdings immer noch ein Drittel der Stimmen. Zu diesen von den Bol'ševiki vor ihrem Abschluß sistierten Wahlen vgl. Toivo U. Raun, Estonia and the Estonians. 2. Aufl., Stanford, Calif. 1991 (Studies of nationalities in the USSR.), S. 102 ff.; Olavi Arens, Soviets in Estonia 1917/18, in: Die baltischen Provinzen Rußlands zwischen den Revolutionen von 1905 und 1917, hrsg. v. Andrew Ezergailis u. Gert v. Pistohlkors. Köln/Wien 1982 (Quellen und Studien zur baltischen Geschichte. 4.), S. 295-314.

7 Arens, Soviets (wie Anm. 6), S. 313; vgl. auch Gert v. Pistohlkors, Die historischen Voraussetzungen für die Entstehung der baltischen Staaten, in: Die baltischen Nationen Estland, Lettland, Litauen, hrsg. v. Boris Meissner. 2. Aufl., Köln 1991, S. 11-49, hier S. 37 f.

8 Vgl. Reinhard Wittram, Die baltische Frage als Problem der russischen Provisorischen Regierung, in: Von den baltischen Provinzen (wie Anm. 1), Bd. 1, S. 69-96. Zur Situation in Estland seit der Februarrevolution 1917 vgl. auch Olavi Arens, The Estonian Maapäev During 1917, in: The Baltic States in Peace and War, 1917–1945, hrsg. v. V. Stanley Vardys u. Romuald J. Misiunas. Pennsylvania 1978, S. 19-30, sowie ders., Soviets (wie Anm. 6).

9 Das Projekt des 'Baltischen Staats' bezog sich auf das Gebiet der drei ehemaligen russischen Ostseeprovinzen Liv-, Est- und Kurland. Vgl. Arved v. Taube, Nationale Demokratie, sozialistische Arbeiterkommune oder gesamtbaltischer Ständestaat? Das Reifen des Gedankens der estnischen Eigenstaatlichkeit im politischen Kräftespiel der Jahre 1914–1918, in: Baltische Hefte 6 (1959/60), S. 2-41.

essenvertretung ging.[10] In diesem Beitrag soll untersucht werden, welches Verhältnis die deutsche Minderheit, die aus der Geborgenheit mittelalterlicher Standesprivilegien in die sich aus ihrer Sicht überstürzende Gegenwart der explosiven Mischung von nationalen Aspirationen und sozialen Gegensätzen katapultiert wurde, zu dem neuen Staat hatte. Nicht übersehen werden darf hierbei die deutsche Minderheit des ehemaligen Gouvernements Livland, dessen Territorium seit 1918 unter Einschluß Kurlands, aber ohne die nördlichen Kreise, die mit Rücksicht auf eine estnische Bevölkerungsmehrheit bereits 1917 von der Petrograder Provisorischen Regierung Estland zugeschlagen worden waren, die Republik Lettland bildete. Wie noch zu zeigen sein wird, sind die politischen und militärischen Aktivitäten der deutschen Minderheit auf lettischem Boden von seiten der estnischen Regierung aufmerksam beobachtet und mit der eigenen deutschen Bevölkerungsgruppe in Verbindung gebracht worden. Das bekannte Stereotyp der 'baltischen Barone', die die Unabhängigkeit der baltischen Staaten zu torpedieren suchten, wirkte sich angesichts der militärischen Auseinandersetzung Estlands mit der von Lettland aus operierenden Baltischen Landeswehr im Juni 1919 innenpolitisch auf die Behandlung der eigenen Minderheit aus. Immerhin war von seiten der Deutschen in Estland mit der Bildung des Baltenregiments als einer Abteilung der estnischen Armee im Gegensatz zur Landeswehr, die als selbständige Einheit deutschem Oberbefehl unterstellt war, ein Weg eingeschlagen worden, der in der Zwischenkriegszeit — ob berechtigtermaßen oder nicht, sei dahingestellt — konstitutiv für das offizielle Selbstverständnis der deutschen Minderheit wirkte.[11]

Wie bereits Eduard Laaman zeigte, war die deutschbaltische Führungsriege, d.h. die Vertreter der alten ständischen Selbstverwaltungsorgane, an der Herbeiführung der Situation, die im Februar 1918 zur deutschen Okkupation Estlands führte, maßgeblich beteiligt.[12] Sie hatten die Revolution

---

10 Vgl. Werner Hasselblatt, Zehn Jahre deutsch-baltischer Politik in Estland, in: Jahrbuch des baltischen Deutschtums in Lettland und Estland (1929), S. 66-70; Michael Garleff, Deutschbaltische Politik zwischen den Weltkriegen. Die parlamentarische Tätigkeit der deutschbaltischen Parteien in Lettland und Estland. Bonn-Bad Godesberg 1976 (Quellen und Studien zur baltischen Geschichte. 2.), S. 6.

11 So hieß es bei Hasselblatt, Zehn Jahre (wie Anm. 10), S. 66: „Am Anfang der deutschbaltischen Politik in Estland nach Zusammenbruch der deutschen Wehrmacht stand das *Baltenregiment* als Tat und Wille, als Pflichtbekenntnis und eindeutigste Klarstellung unseres Anspruchs auf ungeschmälerte Heimat- und Bodenständigkeit." (Hervorhebung im Original; K. B.)

12 Laaman, Sünd (wie Anm. 1), S. 249-278 u. 294-310. Wichtige Ergänzungen aus deutschen Archiven bietet Arved v. Taube, Die deutsch-baltische Führungsschicht und die Loslösung Livlands und Estlands von Rußland 1916–1918, in: Von den baltischen Provinzen (wie Anm. 1), Bd. 1, S. 97-216.

und die eigene Entmachtung durch die Verordnung der Provisorischen Regierung über die vorläufige Neuorganisation des Gouvernements Estland vom 30. März (12. April) 1917[13] nahezu tatenlos über sich ergehen lassen. Durch einen Boykott der in dieser Verordnung vorgesehenen freien Wahlen zum estnischen Landtag (Maapäev) im Mai 1917 hatten sie sich zudem selbsttätig ins Abseits gestellt.[14] Dem energischen Vorantreiben estnischer nationalpolitischer Bestrebungen hatte die ritterschaftliche Führung nichts entgegenzusetzen und suchte sich nach dem Ausfall des alten Schutzherren in St. Petersburg im wiederentdeckten „Mutterland" einen neuen Patron. Da sich das deutsche Auswärtige Amt im Interesse eines künftigen Ausgleichs mit Rußland ihren Vorstellungen verweigerte,[15] vertraute sie auf die Unterstützung der Obersten Heeresleitung (OHL). Deren Wünschen gemäß reihte sich die deutsche Führungselite der Ostseeprovinzen bezeichnenderweise ebenfalls in die Liste der sich als 'unabhängig' deklarierenden Gruppierungen ein — stellvertretend für die deutsche Minderheit, aber auch als „verfassungsmäßige[ ] Vertreter der Länder, deren Geschick ihnen (gemeint sind die Ritterschaften; K. B.) anvertraut ist".[16] Am 28. Januar 1918 übergaben Vertreter des Livländischen Landmarschalls Adolf Baron Pilar und des Estländischen Ritterschaftshauptmanns Eduard von Dellingshausen dem sowjetrussischen Bevollmächtigten in Stockholm eine „Unabhängigkeitserklärung Livlands und Estlands".[17] Indem die ritterschaftliche Führung — anachronistisch genug — unter Berufung auf das von den Bol'ševiki verkündete Selbstbestimmungsrecht der Völker Rußlands „Lenin den Lehnseid"[18] aufkündigte,

---

13 Wittram, Die baltische Frage (wie Anm. 8), S. 76-79.

14 Die Beteiligung an den Wahlen war der deutschen Minderheit keineswegs verweigert worden. Vgl. Cornelius Hasselblatt, Minderheitenpolitik in der Republik Estland in Geschichte und Gegenwart, in: Zeitschrift für Ostforschung 43 (1994), S. 553-566, hier S. 557.

15 Der deutsche Staatssekretär des Äußeren Richard v. Kühlmann schrieb am 14. Januar 1918: „Das Übelste, was der deutsch-russischen Politik überhaupt passieren kann, ist, wenn in ihr baltische Einflüsse sich überwiegend geltend machen." Zit. nach v. Taube, Führungsschicht (wie Anm. 12), S. 154; vgl. ders., Das Auswärtige Amt und die estnische Frage 1917/1918, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 17 (1969), S. 542-580.

16 So im Text der „Unabhängigkeitserklärung", abgedruckt bei Eduard v. Dellingshausen, Im Dienste der Heimat! Erinnerungen des Freiherrn Eduard v. Dellingshausen, ehem. Ritterschaftshauptmanns von Estland. Stuttgart 1930, S. 319 f. Die OHL wollte sich bei den Brester Verhandlungen den Emissären Lenins gegenüber in bezug auf das Baltikum auf das Selbstbestimmungsrecht berufen können (v. Taube, Das Auswärtige Amt <wie Anm. 15>, S. 550). Für sie war die Umgehung der Bevölkerungsmehrheit sekundär.

17 v. Taube, Führungsschicht (wie Anm. 12), S. 174 f.

18 So Janko v. Musulin in der FAZ Nr. 262 vom 9. November 1968, hier zit. nach v. Taube, Führungsschicht (wie Anm. 12), S. 175 f.

war sie im Interesse der Erhaltung der führenden Stellung der deutschen Minderheit im allgemeinen und der Ritterschaften im besonderen bereit, die Angliederung Livlands und Estlands an das Deutsche Reich zu betreiben. Für das Verständnis des Mißtrauens, das von seiten der Esten gegenüber allen deutschen politischen Bestrebungen im folgenden zur Geltung kam, ist diese Tatsache von entscheidender Bedeutung. Hervorzuheben ist des weiteren, daß dieses Vorgehen nicht nur die Bevölkerungsmehrheit, für die man qua Tradition zu sprechen gewohnt war,[19] umging, sondern auch die Interessen mancher Deutscher mißachtete.[20]

Mit der Wahrung reiner Standesinteressen hatte diese überholte Politik einer Elite, die sich auf ihre tradierten mittelalterlichen Privilegien stützte, nur noch wenig gemein. Die führenden Vertreter der Anschlußpolitik waren, wie die deutschbaltische Geschichtsschreibung noch in den 70er Jahren indigniert feststellen mußte, sogar bereit, auf ihre überkommenen Selbstverwaltungsrechte zu verzichten. Widerstandslos überließen sie diese der deutschen Militärverwaltung und vertrauten sich „der nationalen Machtpolitik eines konnationalen Herrscherhauses" an.[21] Sinn machte diese Politik nur vor dem Hintergrund der Abwehr eines als existentielle Bedrohung empfundenen estnischen Nationalstaats. Für Max von Sievers, den Vorsitzenden des „Vertrauensrats der Livländischen Ritterschaften", war der Verzicht auf die alten Privilegien dann auch in erster Linie „Hand-

---

19 In der Erklärung vom 28. Januar beriefen sich die ritterschaftlichen Politiker „auf den allgemeinen Volkswillen der von ihnen vertretenen Länder" (Dellingshausen, Im Dienste <wie Anm. 16>, S. 319). Für ihre Interpretation der Landesvertretung war es charakteristisch, daß sie so vermessen waren, als Legitimation die Sitzung des Maapäev vom 15.(28.) November 1917 zu benennen, auf der dieser sich — kurz vor seiner bereits angedrohten Auflösung durch die Bol'ševiki — zum Träger der höchsten Macht in Estland bis zur Einberufung einer Konstituante erklärt hatte (vgl. Laaman, Sünd <wie Anm. 1>, S. 177-181). Wenn man sich erinnert, daß die Ritterschaften 1917 zum Boykott der Wahlen zum Maapäev aufgerufen hatten, erscheint ihre Note an die sowjetrussische Regierung vom 13. Mai 1918 noch realitätsferner: Man habe „in voller Übereinstimmung mit den Wünschen der örtlichen Bevölkerung (gehandelt), die ihren Ausdruck gefunden hatten (...) in einem Beschluß der auf breiter demokratischer Grundlage gewählten Vertreter des estnischen Volkes, die gleichfalls für eine Abtrennung von Rußland gestimmt haben" (Dellingshausen, Im Dienste <wie Anm. 16>, S. 333). In der Logik der Ritterschaften kam dies einer Einverständniserklärung der Esten für einen Anschluß an das Deutsche Reich gleich.

20 Trotz des ritterschaftlichen Boykotts der Wahlen saß mit Max Bock ein in den Städten gewählter deutscher Vertreter im Maapäev; vgl. Michael Garleff, Die deutschbaltische Volksgruppe zwischen Anpassung und Widerstand bei der Staatsgründung der Republik Estland, in: Eesti Teaduste Akadeemia Toimetised. Ühiskonnateadused 40 (1991), S. 4-15, hier S. 6. Allein dies verdeutlicht die keineswegs einheitliche Interessenlage der deutschen Minderheit und widerlegt den Alleinvertretungsanspruch der Ritterschaften auch nur für 'ihre' Minderheit.

21 v. Taube, Führungsschicht (wie Anm. 12), S. 177.

habe dafür (...), das (Selbstverwaltungs-; K. B.)Recht auch Letten und Esten zu bestreiten".[22] Die in den Memoiren des Livländischen Landesmarschalls Baron Pilar gegen seine Standesgenossen erhobene Kritik, man hätte während der deutschen Okkupation einen „modus vivendi mit den Nationalen (gemeint sind Esten und Letten; K. B.)" erreichen sollen, traf ins Leere. Auch Pilar hatte nur die „gemäßigten Kreise der Nationalen", d.h. die wenigen, die angesichts der Okkupationspraktiken noch zu einer Zusammenarbeit mit den Deutschen bereit waren, im Auge. Charakteristischerweise gipfelte Pilars Vorwurf in der prägnanten Formulierung, man hätte „baltische und nicht reichsdeutsche Politik" betreiben müssen.[23]

In jeder Hinsicht gegen diese „baltische" Politik richteten sich die Bestrebungen der Esten. Unterstützung suchten sie seit dem Frühjahr 1918 bei den Westmächten, nachdem Versuche seitens der estnischen Auslandsdelegation fehlgeschlagen waren, in Kontakt mit dem deutschen Auswärtigen Amt zu treten. Daß wiederum die britische und französische Anerkennung des estnischen Maapäev als *de facto*-Regierung am 1. März 1918 in erster Linie eine kriegsbedingte antideutsche Maßnahme war, lag auf der Hand — auf das Selbstbestimmungsrecht für Estland nahmen London und Paris keinen Bezug.[24] Erst die deutsche Kapitulation[25] ermöglichte der Provisorischen Regierung Päts die Machtübernahme am 11. November. In Anbetracht ihrer desolaten Lage sowie des endgültigen Scheiterns der

---

22 Zit. nach Arved v. Taube, Der Reichskommissar Graf Robert Keyserlingk und die deutsche Politik in Livland und Estland im März/April 1918, in: Zeitschrift für Ostforschung 19 (1970), S. 601-631, hier S. 615. „Maßgebend" für die Angliederungswünsche der deutschbaltischen Führungsschicht, so stellte der im März/April 1918 als „Kommissar des Reichskanzlers für Litauen und die Ostseegebiete" amtierende Keyserlingk abschließend fest, sei „die Furcht vor der lettischen und estnischen Irredenta" gewesen (ebenda, S. 621).

23 Adolf Baron Pilar v. Pilchau, Bilder aus meinem Leben als Landwirt, Verwaltungsbeamter und Politiker von 1875–1920, in: Baltische Hefte 15 (1969), S. 7-60, hier S. 43.

24 Die mit der *de facto*-Anerkennung erreichte Internationalisierung der estnischen Frage war jedoch von entscheidender Bedeutung für die weiteren Ereignisse; vgl. Olavi Arens, The Estonian Question at Brest-Litovsk, in: Journal of Baltic Studies 25 (1994), S. 305-330, hier S. 320; das genannte Datum der *de facto*-Anerkennung ebenda, S. 329, Anm. 78. Merja-Liisa Hinkkanen-Lievonen, British Trade and Enterprise in the Baltic States, 1919–1925. Helsinki 1984 (Studia historica. 14.), S. 57, nennt als Tag der förmlichen Übergabe dieser *de facto*-Anerkennung den 20. März 1918.

25 Auch Arens, Estonian Question (wie Anm. 24), S. 322, vermag die von deutschbaltischer Seite (v. Taube, Führungsschicht <wie Anm. 12>, S. 213) gern in apologetischem Sinne vorgebrachte These, ohne die deutsche Okkupation — und das heißt ohne die Bemühungen deutschbaltischer Politiker in dieser Richtung — hätte es kein unabhängiges Estland geben können, da es sonst unweigerlich in den Machtbereich der Bol'ševiki geraten wäre, nicht zu verifizieren. Diese These steht jedoch im Widerspruch zu der gleichzeitig vertretenen Auffassung, der Einfluß der Bol'ševiki sei bereits *vor* der deutschen militärischen Besetzung merklich geschwunden.

Idee eines gesamtbaltischen Staats unter deutscher Führung schien nun die Arbeiterkommune noch einmal eine Chance zu erhalten: Am 13. November annullierten die Bol'ševiki den Brester Vertrag,[26] woraufhin kurz danach der Angriff der Roten Armee auf Narva begann. Am 29. November proklamierten estnische Kommunisten dann tatsächlich die Estnische Arbeiterkommune (Eesti Töörahva Kommuun).[27]

Vor diesem Hintergrund erscheint eine kurze Betrachtung der radikal veränderten internationalen Situation geboten. Das Ende des Ersten Weltkrieges hatte zwar in Westeuropa die Waffen zum Schweigen gebracht, doch konnte die „Russische Frage" mit der Niederlage der Mittelmächte keineswegs als gelöst gelten. Estland wie auch Lettland, das am 18. November seine Unabhängigkeit erklärt hatte, waren für die Siegermächte ein Teil dieser „Russischen Frage". Diese bestand für sie in erster Linie aus dem Problem der Eindämmung und Niederwerfung der Revolution. Allein daher zeichnete sich bereits die Möglichkeit der Unterstützung der baltischen Republiken ab.[28] Konnten bis zum November 1918 die seit dem Frühjahr auf russischem Boden (Murmansk, Archangel'sk, Vladivostok) stehenden Truppen der Entente noch mit dem Ziel der Wiederaufnahme der Kampfhandlungen gegen die Mittelmächte begründet werden, so wurden sie nach der deutschen Kapitulation Teilnehmer des nachrevolutionären Bürgerkriegs auf dem Gebiet des ehemaligen Russischen Reichs — an der Seite der gegen die Bol'ševiki kämpfenden sogenannten weißen russischen Bewegung. „Nur aus sowjetischer Sicht", so formuliert Gottfried Niedhart zu Recht, „handelte es sich dabei um einen gut koordinierten und zentral gesteuerten Würgegriff der gegenrevolutionären Internationale des Kapitalismus."[29] Tatsächlich verhinderten die gegenläufigen Interessen eine konsequente Politik der Siegermächte. Nicht einmal von einer einheitlichen britischen Politik konnte angesichts des Konflikts zwi-

---

26 Dekrety sovetskoj vlasti. T. 4, 10 nojabrja 1918 g. – 31. marta 1919 g. (Die Dekrete der Sowjetmacht. Bd. 4, 10. November 1918 – 31. März 1919). Moskva 1968, Nr. 9, S. 16 ff.

27 Zur kurzlebigen Arbeiterkommune in Estland vgl. Georg v. Rauch, Die bolschewistischen Staatsgründungen im baltischen Raum und die sovetische Politik, in: Von den baltischen Provinzen (wie Anm. 1), Bd. 2, S. 44-69, hier S. 57-63.

28 „We are opposing the spread of Bolshevism. We are therefore helping those, who are resisting it." Dieses Zitat des britischen Außenministers Arthur J. Balfour (Mai 1919) mag als kleinster gemeinsamer Nenner die Rußlandpolitik der Siegermächte charakterisieren; zit. nach Hinkkanen-Lievonen, British Trade (wie Anm. 24), S. 82.

29 Gottfried Niedhart, Internationale Beziehungen 1917–1947. Paderborn (u.a.) 1989, S. 23. Zur im folgenden wichtigen britischen Rußland- bzw. Baltikumpolitik vgl. u.a. Michael Kettle, Russia and the Allies 1917–1920. Bd. 3: Churchill and the Archangel Fiasco. November 1918 – July 1919. London (u.a.) 1992, sowie Edgar Anderson, Die baltische Frage und die internationale Politik der alliierten und assoziierten Mächte 1918–1921, in: Von den baltischen Provinzen (wie Anm. 1), Bd. 2, S. 327-377.

schen Premierminister David Lloyd George und dem Kriegsminister Winston S. Churchill die Rede sein.[30] Wollte ersterer die russische Sowjetrepublik in den internationalen Friedensprozeß mit einbeziehen, bemühte sich letzterer um die Fortsetzung der militärischen Intervention mit allen Mitteln. Ende Dezember 1919 benannte ein Memorandum des Foreign Office als Prämissen, an denen man die Rußlandpolitik ausgerichtet habe, bezeichnenderweise zwei Ziele, die der Politik reichlich Spielraum ließen:

> „(...) (1) the early establishment of stable conditions and the renewal of trade; (2) to ensure that whatever the future of Russia may be, Bolshevism shall not hurt us."[31]

Die Politik der Entente in bezug auf die Erben des Russischen Reichs litt an mehreren Widersprüchen, die sich gerade im Baltikum bemerkbar machten. Im übergeordneten Interesse der Abwehr der Roten Armee war die gleichzeitige Unterstützung der baltischen Staaten und der die Wiederherstellung des „einen und unteilbaren Rußland" („edinaja i nedelimaja Rossija") anstrebenden weißen Russen ein nur mit Mühe zu legitimierender Spagat. Letztere beharrten ausdrücklich auf dem Erhalt eines russischen Zugangs zur Ostsee und schlossen selbst einen Krieg gegen die neuen Staaten nicht aus.[32] Zum anderen kam die im Waffenstillstandsvertrag von Compiègne unter Punkt XII vorgesehene Verlegenheitslösung hinzu, das Baltikum durch die Truppen des Weltkriegsgegners Deutschland gegen die Rote Armee verteidigen zu lassen. Beide zu Bundesgenossen der Entente im Kampf gegen die Rote Armee erkorenen Parteien wurden im Laufe des Jahres 1919 vor allem zu militärischen Faktoren im Baltikum. Doch weigerten sich sowohl die weißen Russen[33] als auch der seit 1. Februar 1919 amtierende Chef des deutschen VI. Reservekorps, General

---

30 Niedhart, Beziehungen (wie Anm. 29), S. 25 f.; vgl. Alex P. Schmid, Churchills privater Krieg. Intervention und Konterrevolution im russischen Bürgerkrieg 1918–1920. Zürich (u.a.) 1974, sowie Richard H. Ullman, Anglo-Soviet Relations, 1917–1921. Bd. 2: Britain and the Russian Civil War: November 1918 – February 1920. Princeton 1968.

31 Documents on British Foreign Policy 1919–1939, hrsg. v. E.L. Woodward u. Rohan Butler. Serie 1, Bd. 3: 1919. London 1949, Nr. 619, S. 735-738, Zitat S. 736. Verfasser dieses Memorandums war R.H. Hoare, der bis Juli 1919 ranghöchster britischer Diplomat an der Murmansker Front gewesen war; vgl. John W. Long, Civil War and Intervention in North Russia, 1918–1920. Phil. Diss., Columbia University New York 1972, S. 360.

32 Grigorij L. Kirdecov, U vorot Petrograda (1919–1920 g.g.) (Vor den Toren Petrograds <1919–1920>). Berlin 1921, S. 162.

33 Vgl. dazu Karsten Brüggemann, Kooperation und Konfrontation. Estland im Kalkül der weißen Russen 1919, in: Zeitschrift für Ostforschung 43 (1994), S. 534-552.

Rüdiger Graf von der Goltz,[34] die neuen Republiken anzuerkennen. Militärisch für deren Unabhängigkeit einstehen konnten und wollten weder London noch Washington oder Paris. Die von Esten und Letten ersehnte *de jure*-Anerkennung seitens der Siegermächte, die ihnen unter den gegebenen Umständen eine bedingte Garantie vor deutschem und russischem Machtstreben geboten hätte, war unter diesen Voraussetzungen nicht zu erreichen. Um die Jahreswende 1918/19 sah es trotz des am 12. Dezember in den Tallinner Hafen eingelaufenen kleinen britischen Geschwaders[35] nicht danach aus, als ob je eine bürgerliche estnische Regierung die gewünschte diplomatische Bestätigung erhalten würde, da die Rote Armee ihren Angriff ungehindert fortsetzte.

Vor dem Hintergrund des Primats der militärischen Sicherung der Unabhängigkeit gegen die vorrückende Rote Armee war die deutsche Minderheit in Estland zumindest in einer Hinsicht von Belang: als verläßliche antibolschewistische Kraft. Zwar richteten sich die ersten Mobilisierungsaufrufe der Provisorischen Regierung Päts zum Bedauern des Chronisten des Baltenregiments, Wilhelm Baron Wrangell, nicht direkt an die deutsche Minderheit,[36] doch unterlag es keinem Zweifel, daß sich die estnische Führung angesichts der schleppend vorangehenden Mobilisierung[37] und der zielstrebig auf Tallinn vorrückenden Roten Armee keinem

---

34 Vgl. dazu Wilhelm Lenz, Deutsche Machtpolitik in Lettland im Jahre 1919. Ausgewählte Dokumente des von General Rüdiger Graf von der Goltz geführten Generalkommandos des VI. Reservekorps, in: Zeitschrift für Ostforschung 36 (1987), S. 523-576.

35 Vgl. hierzu Geoffrey Bennett, Cowan's War. The Story of British Naval Operations in the Baltic, 1918–1920. London 1964.

36 Wilhelm Baron Wrangel (sic), Das Baltenregiment. 1918–1928, in: Jahrbuch des baltischen Deutschtums in Lettland und Estland (1928), S. 148-153. Der Vorwurf, die Regierung habe „das Deutschtum prinzipiell von der Landesverteidigung ausschließen" wollen (ebenda, S. 148), ist in seiner Schärfe nicht korrekt. Der Aufruf zur Freiwilligenmobilisation vom 16. November 1918 (s. Kodusõda ja välisriikide interventsioon Eestis 1918–1920. Dokumente ja materjale <Der Bürgerkrieg und die ausländische Intervention in Estland 1918–1920. Dokumente und Materialien>. Bd. 2, Tallinn 1986, Nr. 246, S. 21 f.) enthält keinerlei Hinweise, die auf einen Ausschluß der deutschen Minderheit hindeuten. Wrangells Kritik könnte sich auf den Mobilisationsbefehl an Offiziere, Ärzte und Militärbedienstete beziehen, der sich am gleichen Tag ausdrücklich an diejenigen richtete, die in den estnischen Regimentern der zarischen Armee gedient hatten. Auch hier jedoch findet sich kein Hinweis auf einen Ausschluß der deutschen Minderheit (ebenda, Nr. 247, S. 22). In der umfangreichen Studie von Wrangell, Geschichte des Baltenregiments. Das Deutschtum Estlands im Kampfe gegen den Bolschewismus 1918–1920. Reval 1928, S. 3 f., heißt es: „(...) die andersnationale einheimische Bevölkerung, darunter auch die deutsche, wurde mit Stillschweigen übergangen".

37 Dies bestätigt der Stabschef der estnischen Armee, Jaan Soots, Eesti vabadussõda 1918–1920 (Der estnische Freiheitskrieg 1918–1920). o.O. 1925, S. 3. Statt der erwarteten 25 000 Mann folgten dem Aufruf zur Mobilisierung jedoch nur ca. 12 000; vgl. Revoljucija <wie Anm. 1>, S. 470.

Angebot widersetzen würde. Am 26. November ging Päts auf den Vorschlag ein, eine deutschbaltische Freiwilligeneinheit aufzustellen. Der Beschluß, „zum Schutz der gemeinsamen Heimat (...) ohne Unterschied der Nationalität" alle waffenfähigen deutschen Männer zu mobilisieren, enthielt folgenden Passus, der andeutet, mit welchen Anfeindungen *beide* Seiten rechneten:

> „Die temporäre estnische Regierung ihrerseits erkennt an, daß diese freiwillige Mobilisation der Deutschen Estlands mit voller Zustimmung und auf Wunsch der Regierung erfolgt und übernimmt die Verpflichtung (sic) etwaigen Verdächtigungen dieser Bestrebungen in dem Sinne, als ob es sich um separatistische gegen die Esten gerichteten (sic) Bestrebungen handelt, entgegenzutreten."[38]

Nicht zufällig befanden sich unter den von deutscher Seite an Päts herangetretenen Vertretern mit dem Rechtsanwalt Max Bock, der 1917, wie gesehen, einziger deutscher Abgeordneter des Maapäev war, sowie dem Versicherungsdirektor Harry Koch zwei nichtadelige Personen. Durch ihre politische Tätigkeit im Estland der Zwischenkriegszeit haben Bock und Koch, aber auch Georg v. Stackelberg, der als dritter deutscher Vertreter das Abkommen mit Päts unterzeichnete, ihre Loyalität zum estnischen Staat unter Beweis stellen können.[39] Der Machtwechsel innerhalb der deutschen Minderheit Estlands war an diesem 26. November stillschweigend vollzogen worden. Am gleichen Abend wurde beschlossen, auf estnischen Vorschlag hin einen Minister für die Angelegenheiten der deutschen Minderheit in die Provisorische Regierung zu entsenden. Mit der Wahl des Rechtsanwalts Herrmann Koch wurde die hilflose Blockadetaktik der ritterschaftlichen Politiker aus dem Jahre 1917 endgültig zu den Akten gelegt. Zumindest der Teil der deutschen Minderheit in Estland, der sich nun der nationalestnischen Regierung zur Verfügung stellte, konnte sich auf die Unabhängigkeitserklärung Estlands vom 24. Februar 1918 berufen, die „An alle Völker Estlands"[40] gerichtet gewesen war.

---

38 Zit. nach Wrangell, Geschichte (wie Anm. 36), S. 6 f.; auch bei Dellingshausen, Im Dienste (wie Anm. 16), S. 349 f.

39 Max Bock und Georg Baron v. Stackelberg waren 1919 als Abgeordnete der Deutsch-Baltischen Partei Mitglieder der Estnischen Verfassunggebenden Versammlung. Harry Koch, Vorsitzender der Deutsch-Baltischen Partei 1923, war 1925–1933 erster Präsident der deutschen Kulturselbstverwaltung in Estland (Garleff, Politik <wie Anm. 10>, S. 15 u. 113).

40 Vähemusrahvuste kultuurielu Eesti Vabariigis 1918–1940. Dokumente ja materjale (Das Kulturleben der nationalen Minderheiten in der Estnischen Republik 1918–1940. Dokumente und Materialien). Tallinn 1993, S. 25-28; vgl. Laaman, Sünd (wie Anm. 1), S. 240.

Voraussetzung für eine Mitarbeit der estländischen Deutschen im Rahmen der Provisorischen Regierung war die Akzeptanz ihres Minderheitenstatus, das Beugen unter das „Gesetz der Zahl", über das sich die Ritterschaften in ihrer „Unabhängigkeitserklärung" von 1918 noch mit dem Verweis auf die ritterschaftlichen Kapitulationen von 1710 und den Frieden von Nystad (1721) gerne hinweggesetzt hätten.[41] Der Weg von dieser Stockholmer Erklärung vom Januar 1918 zur Deklaration der Deutsch-Baltischen Partei vor der estnischen Konstituierenden Versammlung vom 29. August 1919, in der Max Bock die Gründung der selbständigen Republik Estland bestätigte und neben dem Einklagen staatsbürgerlicher Rechte auch die entsprechenden Pflichten akzeptierte,[42] war weit — und es überrascht nicht, daß die Protagonisten wechselten.[43]

Ob die Leistungen des Baltenregiments im sogenannten Estnischen Freiheitskrieg nun so etwas wie die „Visitenkarte der Deutschbalten für den Eintritt in die Republik Estland" gewesen sind, wie es aus Äußerungen von Deutschen aus dem Baltikum oft genug herauszulesen ist,[44] kann in erster Linie nur für ihr Selbstverständnis von Belang sein. Jene Abteilung war verhältnismäßig klein, „äußerlich eher einer Jagdgesellschaft ähnlich als einer regulären militärischen Formation",[45] doch hat der findige Arved v. Taube berechnet, daß sich ihr Anteil an der in den Reihen der estnischen Armee kämpfenden Truppen Ende 1918 auf ca. 25% belaufen habe.[46] Auf diese Weise meinte man, den minimalen Anteil an der Bevölkerung auch einmal 'positiv' wenden zu können — im Sinne eines überpro-

---

41 Dellingshausen, Im Dienste (wie Anm. 16), S. 319.

42 Zu dieser Rede vgl. Hasselblatt, Zehn Jahre (wie Anm. 10), S. 67, und Garleff, Volksgruppe (wie Anm. 20), S. 7 f.

43 Arved v. Taube, Von Brest-Litovsk bis Libau. Die baltisch-deutsche Führungsschicht und die Mächte in den Jahren 1918/1919, in: Von den baltischen Provinzen (wie Anm. 1), Bd. 2, S. 70-236, hier S. 167, gibt an, ca. 20 000 Deutschbalten seien 1918–1920 aus den ehemaligen Ostseeprovinzen ins Deutsche Reich geflohen. 5 000-6 000 von ihnen seien im Reich geblieben und hätten die deutsche Staatsbürgerschaft beantragt. Die übrigen seien zum größten Teil nach 1920 nach Estland bzw. Lettland zurückgekehrt; vgl. Garleff, Volksgruppe (wie Anm. 20), S. 5: „Das Abtreten entscheidender Repräsentanten einer solchen von den Ereignissen überholten Politik markierte den Übergang von einer bislang führenden Schicht zur nationalen Minderheit."

44 Man habe sich „durch die gebrachten Opfer gleichsam sein Recht auf die Heimat aufs Neue erkämpft". So beschrieb es v. Taube, Brest-Litovsk (wie Anm. 43), S. 225; vgl. auch Hasselblatt, Zehn Jahre (wie Anm. 10), S. 66 f., sowie Gert Kroeger, Baltische Entscheidungen vor 50 Jahren. Ursprünge und Nachwirkungen, in: Baltische Hefte 16 (1970), S. 177-193, hier S. 190 f.

45 Ernst Turmann, Pickwa. Ein baltisches Leben — erlebte Zeitgeschichte. Tübingen (u.a.) 1976, S. 106; vgl. auch St. Martin, Das Baltenregiment, in: Zeitschrift für Heeres- und Uniformkunde (1958), S. 27-31 u. 40 ff.

46 So v. Taube, Tagebuchaufzeichnungen (wie Anm. 2), S. 82, Anm. 4. Dabei ging v. Taube von einer Gesamtzahl der Fronttruppen von 1 700 Mann aus. Laut Hannes Valter, Eesti vabadussõda 1918–1920 (Der estnische Freiheitskrieg 1918–1920), in: Vikerkaar

portionalen Einsatzes gegen den gemeinsamen Feind im Rahmen des traditionellen 'Landesdienstes'. Wichtiger als die tatsächliche Kampfkraft war schon den Zeitgenossen die ideologische Komponente, die es gegenüber dem vielzitierten russischen Drang nach Westen einzusetzen galt. Selbst britischen Beobachtern gefiel das Baltenregiment als „best bulwark against bolshewism".[47] In diesem Sinne bemühte man sich deutschbaltischerseits stets um Kontinuität: „Immer", so schrieb der Redakteur des „Revaler Boten" Axel de Vries 1925, sei es „der Deutsche gewesen (...), der diese Länder (Estland und Lettland; K. B.) vom Untergang in der russisch-asiatischen Welt bewahrt hat (...)" — „deutsches Blut" habe 1918/19 „von neuem die Tatsache bekräftigt, daß die baltischen Länder europäisch und nicht asiatisch sind."[48] Als Motivation für den Einsatz benannte Wrangell die „Pflicht, die Heimat in schwerer Not nicht zu verlassen", und betonte martialisch das „heilige( ) Recht, mit der Waffe in der Hand dem Feinde zu wehren".[49] Nur ein wenig realistischer drückte es im Rückblick der Kommandeur des Baltenregiments, Constantin v. Weiss, aus: Sie hätten damals befürchtet, „bei einem passiven Verhalten in diesem Entscheidungskampfe (...) jegliche Bedeutung für die Zukunft" einzubüßen. „Dann hätten wir nicht nur endgültig die Heimat, sondern auch unsere Ehre verloren."[50]

Die Esten hatten derweil andere Sorgen. In die Front gegen Sowjet-Rußland mußte auch das Russische Nordkorps (Russkij Severnyj korpus) integriert werden. Waren schon die 'baltischen Barone' und ihr Baltenregiment aus naheliegenden Gründen sehr unbeliebt bei den Esten,[51] so waren es die Russen nicht weniger. Päts schrieb am 5. Dezember 1918 dem estnischen Gesandten in Finnland, Oskar Kallas: „Das Volk glaubt den

(1989), H. 5, S. 66-76, hier S. 66, soll die estnische Armee Anfang 1919 aus 13 000 Soldaten bestanden haben. An Fronttruppen seien am 6. Januar knapp 6000 Mann im Einsatz gewesen (Soots, Vabadussõda <wie Anm. 37>, S. 9); das Baltenregiment habe ca. 450 Mann umfaßt (Wrangell, Geschichte <wie Anm. 36>, S. 33).

47 Zit. nach Wilhelm Lenz, Zur britischen Politik gegenüber den baltischen Deutschen 1918/19, in: Das Vergangene und die Geschichte. Festschrift für Reinhard Wittram zum 70. Geburtstag, hrsg. v. Rudolf v. Thadden, Gert v. Pistohlkors u. Hellmuth Weiss. Göttingen 1973, S. 272-287, hier S. 275.

48 Axel de Vries, Die baltischen Staaten, in: Volk und Reich. Politische Monatshefte für das junge Deutschland 1 (Juni 1925), S. 72-83, hier S. 79.

49 Wrangel, Baltenregiment (wie Anm. 36), S. 151.

50 Constantin v. Weiss, Mein strategischer Entschluß vom 17. Dezember 1918, in: Baltische Hefte 5 (1958), S. 10-18, hier S. 16 u. 18.

51 Dies muß auch der ansonsten sehr deutschfreundliche Rein Helme zugeben (Die Deutschen in der Geschichte Estlands, in: Nordost-Archiv N.F. 1 <1992>, H. 1, S. 41-58, hier S. 55). Der US-Beobachter Lt.-Commander John Allyne Gade nannte das Baltenregiment nach seinem Besuch im April ein „mit Mißtrauen betrachtetes Stiefkind der estnischen Armee" (zit. nach Wrangell, Geschichte <wie Anm. 36>, S. 69).

Russen nicht, man befürchtet von ihrer Seite politische Intrigen."[52] Am Tag darauf unterschrieb der stellvertretende Kriegsminister Tõnis Jürine trotzdem einen Kooperationsvertrag mit dem Nordkorps — man hatte keine Wahl. Die estnische Regierung verpflichtete sich, dieses antibolschewistische Korps unter der Bedingung materiell zu unterstützen, daß es sich nicht in innerestnische Angelegenheiten einmische.[53] Interessant ist die Tatsache, daß ein großer Teil der Offiziere des Nordkorps deutschbaltischer Herkunft war und sein Kommandeur Oberst Heinrich v. Neff gar mit Constantin v. Weiss gemeinsam im Gardeschützenregiment der Zarenfamilie gedient hatte.[54] Wenn schon ausländische Beobachter das Nordkorps, das im Oktober 1918 noch unter der Ägide der deutschen Militärverwaltung in Pskov ausgerüstet worden war, zunächst als „Instrument der baltischen Barone"[55] betrachteten, wundert es nicht, daß auch estnischerseits diese deutschbaltischen Offiziere in russischer Uniform mit größtem Mißtrauen betrachtet wurden.[56] Der deutschbaltische Adel, so behauptete der Abgeordnete der estnischen Arbeitspartei, A. Veiler, in der Konstituierenden Versammlung am 29. Juli, hoffe nun auf Rußland. „Das Baltenbataillon habe sich der Nordwestarmee angeschlossen, was auch kein Wunder sei, da die meisten Kommandoposten in der Nordwestarmee von baltischen Adeligen besetzt seien."[57] Geradezu wie eine Rechtfertigung dieses Mißtrauens mutet es an, wenn nach dem Zeugnis

---

52 Kodusõda (wie Anm. 36), Nr. 268, S. 41 f.

53 Dies galt zumindest für die Zeit, in der sich das Nordkorps auf estnischem Gebiet aufhielt. S. Eesti Riigiarhiiv (Estnisches Staatsarchiv, Tallinn) (ERA), Bestand 957, Findbuch 11, Akte 118, Bl. 140; vgl. Kodusõda (wie Anm. 36), Nr. 270, S. 43, sowie Kornatovskij, Bor'ba (wie Anm. 1), S. 80 f.

54 Gustav Baron v. Knorring, Erinnerungen an das kaiserliche Rußland und Estland, in: Zwischen Reval und St. Petersburg. Erinnerungen von Estländern aus zwei Jahrhunderten, hrsg. v. Henning v. Wistinghausen. Weissenhorn 1993, S. 252-301, hier S. 286.

55 So ein britischer Bericht vom Dezember 1918 (Lenz, Politik <wie Anm. 47>, S. 275). Zur Gründung des Nordkorps vgl. K. Smirnov, Načalo Severo-Zapadnoj armii (Die Gründung der Nordwest-Armee), in: Beloe Delo 1 (1926), S. 109-158.

56 Als Beleg hierfür mögen die persönlichen Briefe General Aleksander Tõnissons, des Kommandeurs der in Narva stationierten 1. Division der estnischen Armee, dienen. So schrieb er z.B. in einem (undatierten) Brief an den Oberkommandierenden der estnischen Armee, General Johan Laidoner, über den Stabschef des Nordkorps, Oberst O[tto] A. Kruzenštiern (Kruzenstjern), dieser scheine auf schlechte Beziehungen zwischen dem Nordkorps und der estnischen Armee „vielversprechende Hoffnungen" zu setzen. Tõnisson forderte Laidoner auf, „den deutschen Stab des Nordkorps abzulösen (ära lõhkuda)", und fügte als Postscriptum hinzu: „Die Offiziere des Baltenbataillons betreiben heftige Aufhetzerei gegen Estland unter den russischen Offizieren (Suurt kihutusetööd wene ohwitseride seas Eesti wastu teewad Balti bataljoni ohwitserid)." ERA 495/10/52, Bl. 89. Vgl. auch den Brief Tõnissons vom 11. Mai 1919 (ebenda, Bl. 86-87).

57 So der Bericht der Revaler Zeitung vom 31. Juli 1919. Vgl. Laaman, Sünd (wie Anm. 1), S. 632. Der „Anschluß" an die weiße Armee geschah auf Befehl des estnischen Oberkommandos (s. unten, Anm. 68).

des dänischen Konsuls in Tallinn, Jens Christian Johansen, auch der stellvertretende Ritterschaftshauptmann Otto v. Lilienfeld „im Geiste die Balten Koltschak und dessen sibirisches Heer zur Hilfe rufen (sah) gegen die Gewalt der Esten".[58]

Angesichts der Ereignisse in Lettland im Frühjahr 1919[59] mußte die estnische Skepsis nur noch mehr wachsen. Dort hatte sich die wie das Baltenregiment im November 1918 gebildete Baltische Landeswehr[60] massiv in die Angelegenheiten des Landes eingemischt und mit Unterstützung des Kommandeurs der dort stationierten deutschen Truppen, General von der Goltz, am 16. April in Liepāja (Libau) die von der Entente gestützte Regierung des Ministerpräsidenten Kārlis Ulmanis gestürzt. Der maßgebliche Einfluß deutscher Politik in Lettland hatte nicht nur mit ihrem „Anciennitätsanspruch"[61] und der Tatsache zu tun, daß es bereits *vor* der Ausrufung der Lettischen Republik in Gestalt des Deutsch-Baltischen Nationalausschusses eine institutionalisierte politische Vertretung der Minderheit gab, sondern vor allem mit der Präsenz des VI. Reservekorps und der Baltischen Landeswehr. Diese nahm für sich in Anspruch, die einzige militärische Kraft zu sein, die der Roten Armee etwas entgegenzusetzen hatte, und leitete daraus eine Legitimation für die weiterhin beanspruchte politische Vorrangstellung der deutschen Minderheit in den ehemaligen Ostseeprovinzen ab. Dies brachte selbst die alliierten Vertreter in Rage: „Wenn wir nicht in der Lage sind, den Deutschen Befehle zu geben, dann werden sie sehr bald uns Befehle geben."[62] Angesichts der 1918 von deutschbaltischer Seite propagierten gesamtbaltischen Staatsidee mußte jedoch der 'Libauer Putsch' der Baltischen Landeswehr vom 24. April

---

58 v. Taube, Tagebuchaufzeichnungen (wie Anm. 2), S. 78 f.; vgl. auch S. 107. Am 16. Juni schrieb Johansen seiner Regierung, die Deutschbalten hätten „eine Art Stütze in der russischen Nordarmee gesucht" (ebenda, S. 106), und v. Taube kommentiert: „Es trifft zu, daß die Beziehungen der Offiziere des Baltenregiments zu den Offizieren des Nordkorps (...) weit engere waren als die zu den Offizieren der estnischen Regimenter" (ebenda, S. 87). Vgl. hierzu auch Mati Graf, Eesti rahvusriik. Ideed ja lahendused: Ärkamisajast Eesti Vabariigi sünnini (Der estnische Volksstaat. Ideen und Lösungen: Von der Zeit des nationalen Erwachens bis zur Geburt der estnischen Republik). Tallinn 1993, S. 284.

59 S. hierzu Lenz, Machtpolitik (wie Anm. 34), S. 525-535.

60 Vgl. v. Taube, Brest-Litovsk (wie Anm. 43), S. 161. Die im Beschluß des Regentschaftsrates vom 11. November vorgesehene „gesamtbaltische" Aufstellung der Landeswehr ließ sich nicht durchführen, da das Vordringen der Roten Armee die Landverbindung zwischen Est- und Lettland unterband. Vgl. Berend v. Nottbeck, Vorgeschichte einer Schlacht von Libau bis Wenden. Tallinn 1992, S. 21 ff.

61 Nottbeck, Vorgeschichte (wie Anm. 60) S. 24.

62 So der britische Commodore Duff Anfang Juni (zit. nach Bennett, War <wie Anm. 35>, S. 102).

1919 die Esten alarmieren. Zwar blieb die erst vier Wochen später gebildete deutschfreundliche Regierung des lettischen Pastoren Andrievs Niedra ohne Anerkennung und Einfluß,[63] doch verdichteten sich die Gerüchte, daß nun auch der Sturz der estnischen Regierung geplant sei — mit Hilfe des Nordkorps und des Baltenregiments.[64]

Nachdem die Landeswehr am 22. Mai das kaum noch verteidigte Riga[65] erobert hatte, stieß sie Anfang Juni mit den im Rahmen eines im Februar mit dem regulären lettischen Ministerpräsidenten Ulmanis geschlossenen Abkommens nach Süden auf lettisches Gebiet vorgedrungenen estnisch-lettischen Truppen zusammen.[66] Nach dem Sieg der Esten in der Schlacht bei Cēsis (Wenden) am 23. Juni gelang es Anfang Juli britischen Vertretern, einen Waffenstillstand zu vermitteln. Während dieser Konflikt eine Phase öffentlicher antideutscher Aggressivität[67] in Estland auslöste, war das Baltenregiment dem Nordkorps unterstellt,[68] an dessen Frühjahrs-Offensive gegen Petrograd es teilnahm. Es stand auf russischem Boden und hatte kaum Kontakt zu estnischen Truppen, so daß es keinerlei direkten Über-

---

63 Hans v. Rimscha, Die Episode Niedra, in: Von den baltischen Provinzen (wie Anm. 1), Bd. 2, S. 237-326.

64 Kodusõda (wie Anm. 36), Nr. 393, S. 146 f. S. auch v. Rimscha, Episode (wie Anm. 63), S. 317 f., Anm. 342. Auch im Baltenregiment hat es Überlegungen gegeben, sich mit der Landeswehr zu vereinigen (v. Taube, Brest-Litovsk <wie Anm. 43>, S. 199 f., Anm. 34). In Briefen von Landeswehrangehörigen an das Nordkorps habe es geheißen, daß man „mit der Anekdote der politischen Unabhängigkeit des Baltikums Schluß machen" wolle (Inostrannaja voennaja intervencija v Pribaltike 1917–1920 gg. <Die ausländische Militärintervention im Baltikum 1917–1920>. Moskva 1988, S. 185).

65 Der Mythos, der sich in deutschbaltischen Kreisen um den 22. Mai sowohl in militärischer als auch in symbolischer Hinsicht rankt, müßte einmal eingehend untersucht werden. Tatsache ist, daß der estnische Generalstabschef Soots am 27. April bereits den estnischen militärischen Vertreter in Liepāja darauf hinwies, daß Riga „nahezu schutzlos" (peaaegu kaitseta) sei (Kodusõda <wie Anm. 36>, Nr. 374, S. 127). Vgl. die Beurteilung der Roten Armee bei Detlef Henning, Die Legende vom dritten Weg: Die sozialistische Sowjetrepublik Lettlands (1918–1920), in: Journal of Baltic Studies 25 (1994), S. 331-348, hier S. 336.

66 Vgl. die Darstellung von v. Nottbeck, Vorgeschichte (wie Anm. 60). Zu dem erwähnten estnisch-lettischen Abkommen vgl. Wrangell, Geschichte (wie Anm. 36), S. 57 f.

67 Der „Revaler Bote" zitierte am 11. Juni einen „Pogromaufruf" aus dem „Tallinna Teataja": „(...) Nicht alle unsere Feinde sind in der Umgebung von Ramotzky (Standort der Landeswehr; K. B.). Sie sind hier, sie sind überall in unserem Lande (...). Unsere Regierung und die Militärobrigkeit müßten die strengsten Maßnahmen anwenden, um unser Land von dem geheimen Feinde zu säubern." Der Text habe in den Aufruf gemündet, „unser Land von dem giftigen Otterngezücht zu säubern".

68 Diese erste operative Unterstellung des Baltenregiments unter das Nordkorps — seit dem 1. Juli 1919 in Nordwest-Armee (Severo-zapadnaja armija) umbenannt — dauerte vom 31. Mai bis zum 24. August 1919. Während des Angriffs der Nordwest-Armee auf Petrograd war es dieser vom 9. Oktober bis zum 9. November 1919 erneut unterstellt.

griffe zu verzeichnen gab.[69] Seine Führung hielt sich weiterhin politisch zurück, und es mag symptomatisch sein, daß Axel de Vries, damals Leiter der Nachrichtenstelle des Baltenregiments, den Oberstab der Landeswehr eindringlich — aber zu spät — vor dem Konflikt mit den Esten warnte.[70]

Die estnischen Militärbehörden sammelten Informationen über die deutschbaltischen Aktivitäten und nutzten auch lettische Informanten. Die größte Gefahr ging offenbar im Sommer immer noch von der inzwischen in Lettgallen unter dem Kommando eines britischen Offiziers eingesetzten Landeswehr aus.[71] Im Gegensatz zu diesem potentiell als antiestnisch eingestuften militärischen Faktor scheint dem in die estnische Armee integrierten Baltenregiment weniger Mißtrauen entgegengebracht worden zu sein. Dies hing ohne Zweifel auch mit seiner geringen Kampfkraft zusammen, die zudem im Rahmen der Operationen gegen die Rote Armee eingesetzt wurde. Noch Ende Mai, zu Beginn der russisch-estnischen Frühjahrsoffensive, kamen zudem nach der Interpretation eines Berichts der Zensurstelle der Tallinner Post, der im Tallinner Staatsarchiv aufbewahrt ist, in militärischer Hinsicht „erfreuliche und ermutigende Briefe" aus den Reihen des Baltenregiments. Hervorgehoben wurde allerdings auch, daß manche seiner Soldaten auf eine Union mit den Russen hofften, um „in Rußland Ordnung zu schaffen"; denn dann — so hofften sie — werde sich Estland wieder Rußland anschließen.[72] Politisch hatte die estnische Seite nach wie vor Grund genug, mißtrauisch zu sein. Doch verstand sich das Baltenregiment nicht als politische Speerspitze der deutschen Minderheit.[73] Es mußte klar sein, daß von seiner Führung vorgebrachte politische Forderungen nicht nur zu seiner unverzüglichen Liquidierung geführt hätten, sondern die Chancen der deutschen Minderheit

---

69 Allerdings wurde am 10. Juni die deutsche Abteilung des Tallinner Selbstschutzes aufgelöst (Wrangell, Geschichte <wie Anm. 36>, S. 80; s. auch S. 111 f.); vgl. Turmann, Pickwa (wie Anm. 45), S. 112.

70 v. Rimscha, Episode (wie Anm. 63), S. 311, Anm. 311a.

71 ERA 76/1/659, Bl. 12-14r. In einem ausführlichen Bericht an den Leiter der Nachrichtenabteilung (Teadete kogumise osakonna ülem) der estnischen Armee vom 14. August 1919 wurden die Angaben, die über die Landeswehr in Lettland erreichbar waren, zusammengefaßt. Diese habe demnach vor allem aus kurländischen Deutschen bestanden und nur zu einem geringen Teil aus estländischen Deutschen (ebenda, 13). Nach Angabe lettischer Soldaten habe die Landeswehr das Ziel, Estland zu besiegen und seine Regierung, die in ihren Reihen für bolschewistisch gehalten werde, zu stürzen (ebenda, 14). Eine „Vereinigung aller uns feindlich gesinnter Truppen" auf lettischem Boden, d.h. der Landeswehr, der reichsdeutschen Freikorps sowie der weißen russischen Einheiten, so schließt der Bericht, könne für Estland riskant sein (ebenda, 14r).

72 Bericht aus Tallinn über den Zeitraum vom 21.–28. Mai. ERA 496/2/17, Bl. 108.

73 Hasselblatt, Zehn Jahre (wie Anm. 10), S. 66.

auf die Durchsetzung ihrer politischen Vorstellungen insgesamt zunichte gemacht hätten.

Vor dem geschilderten Hintergrund wirken gängige Interpretationen in der deutschsprachigen Forschung allzu sehr auf die Sichtweise der Deutschbalten konzentriert, wenn es wie bei Michael Garleff noch 1994 heißt, „die große Mehrheit der baltischen Deutschen" habe sich „zusammen mit Esten und Letten in den Freiwilligenformationen des Baltenregiments in Estland und der Baltischen Landeswehr in Lettland erfolgreich der bolschewistischen Invasion (!)" entgegengestellt.[74] Eine Überbewertung der militärischen Aktivitäten, aber auch eine Mißachtung der Esten und Letten ist in dieser nicht haltbaren und eher in das Reich deutschbaltischer Mythen zu verweisenden Gleichsetzung von Baltenregiment und Landeswehr evident. Politische Forderungen sind — im Gegensatz zur Landeswehr — vom Baltenregiment nicht erhoben worden. Dies hob 1928 auch der Oberkommandierende der estnischen Armee, Generalmajor Laidoner, hervor: Es sei als erfreuliche Tatsache zu bezeichnen, „daß sich im Baltenregiment während des Krieges keinerlei politische Tendenzen bemerkbar gemacht haben".[75] Übersehen bzw. als Kuriosum am Rande gedeutet wird in deutschzentrierten Darstellungen auch gern die psychologische Bedeutung des Sieges der estnischen Armee über die Landeswehr in der Schlacht bei Cēsis. Dank der Berichte der militärischen und zivilen Zensurstellen, die im Tallinner Staatsarchiv lagern, kann man sich von der Einsatzbereitschaft der estnischen Soldaten im Kampf gegen die 'baltischen Barone' anhand ihrer Briefe überzeugen. So berichtete das Tallinner Postkontor in seinem Bericht über die vom 12. bis 18. Juni eingegangenen Briefe über die Hoffnung der estnischen Soldaten, mit der Landeswehr „fertig zu werden (...), auf daß die Barone ihren Fuß auf das Gebiet unseres Estland nicht mehr setzen" — man wolle nach dem Sieg „die Goldzähne der Barone suchen gehen".[76] Das Auftreten der baltischen Deutschen, so offenbar auch der Tenor der Briefe von Zivilisten, sei nie-

---

74 Michael Garleff, Die Deutschbalten als nationale Minderheit in den unabhängigen Staaten Estland und Lettland, in: Baltische Länder (wie Anm. 1), S. 452-550, hier S. 475.

75 Zit. nach Revaler Bote vom 1. Dezember 1928.

76 Berichte aus Valga bzw. Tallinn über den Zeitraum vom 12.–22. Juni. ERA 496/2/17, Bl. 136 u. 150. In der Woche darauf stellte die Militärzensurstelle Pärnu (Pärnu Sõjakontroll-punkt) fest: „Man kann sagen, daß der Haß und der Vergeltungsdrang der Soldaten den Deutschen gegenüber einen Höhepunkt erreicht hat" (ebenda, Bl. 161).

77 Ebenda, Bl. 136r. Zaghafte Andeutungen, in denen die Furcht deutlich wurde, die Landeswehr mit dem Deutschen Reich als ihrem Verbündeten sei unbesiegbar, wurden damit erklärt, daß „die 700jährige Regierungsmacht der Barone nicht ohne Nachwirkung" geblieben sei: sie lähme die Menschen bis zum heutigen Tag (ebenda, Bl. 150r).

derträchtig und „ihrem Charakter entsprechend".[77] Es unterliegt keinem Zweifel, daß auch das Baltenregiment in dieser Atmosphäre kaum von Übergriffen verschont geblieben wäre. Nach den Kampfhandlungen bei Cēsis und dem durch Vermittlung der Entente-Vertreter erwirkten Waffenstillstand von Strazdu muiža (Strasdenhof) sei die Stimmung in der Einheit „bedrückt" gewesen, berichten die Zensurstellen.[78] Gründe dafür gab es in der Tat; und die Niederlage der konnationalen Landeswehr, die dieser die *eigene*, d.h. die *estnische* Armee beigebracht hatte, verdeutlichte die von manch einem wohl nur als grotesk empfundene Situation und vergrößerte die Unsicherheit über die eigene Zukunft.

Auch estländische Deutsche, die sich über den wachsenden Haß auf ihre Minderheit beklagten, äußerten ihr Unverständnis gegenüber den Vorgängen in Lettland und ihre Furcht, diese könnten sich negativ auf ihre Stellung in Estland auswirken.[79] In der Tat begann jetzt auch der Staat, allem Deutschen gegenüber Mißtrauen zu zeigen. In einem geheimen Rundschreiben der Polizeihauptverwaltung vom 14. Juni 1919 wurde den örtlichen Polizeichefs befohlen, die Tätigkeit deutschbaltischer Kreise, die „das Vordringen der Landeswehr erleichtern und schließlich auch in unserem Estland ein den Baronen nützlichen Staatsstreich durchführen" wollen, „zu paralysieren". Zu diesem Zweck wurde eine geheime Überwachung der zunächst schriftlich zu erfassenden Personen — es ging in diesem Erlaß ausschließlich um „Deutsche und ihre Anhänger" — angeordnet, „die während der (deutschen; K. B.) Okkupation und danach gegen die estnische Staatlichkeit tätig waren"; Verdächtige konnten unverzüglich festgenommen werden.[80]

In ähnlicher Weise verfuhr die Polizeihauptverwaltung auch im Herbst während der Bedrohung Rigas durch die Truppen Bermondts.[81] Am 9. Oktober hieß es in einem Rundschreiben, die im Juni erlassenen Überwachungsmaßnahmen blieben „mit voller Härte" in Kraft, um „unser Hinterland vom feindlichen Element zu säubern". Weiter wurden „Trink-

---

78 Bericht aus Narva über den Zeitraum vom 6.–13. Juli. Ebenda, Bl. 187r.

79 Berichte aus Tallinn über den Zeitraum vom 12.–25. Juni. Ebenda, Bl. 137 u. 147r. Ein Zusammenleben mit den Bauern, so hieß es demnach oft in Briefen von Deutschen, könne man sich noch vorstellen, doch sei eine Koexistenz mit Vertretern der politisch maßgeblichen Intelligenz unmöglich geworden (ebenda).

80 ERA 26/2/4, Bl. 9.

81 Zu diesem unter russischem Kommando durchgeführten letzten deutschen militärischen Vorstoß im Baltikum vgl. Wilhelm Lenz, Die Bermondt-Affaire 1919, in: Journal of Baltic Studies 15 (1984), S. 17-26; N.P. Berežanskij, Bermondt v Pribaltike v 1919 g.: iz zapisok byvšego redaktora (Bermondt im Baltikum 1919: Aus den Aufzeichnungen eines ehemaligen Redakteurs), in: Istorik i sovremennik 1 (1922), S. 5-87, sowie Eduard Laaman, Judenitsh ja Bermondt (Judenič und Bermondt), in: Sõdur 35/36 (1936), S. 940-944.

stuben sowie Kaffeehäuser (...) mit zweifelhaftem Ruf, in denen politische Gespräche geführt" würden, der Sonderüberwachung „besonders glaubwürdiger Polizeibeamter" anheimgestellt. Um den der Kategorie Staatsfeind zugeordneten Personen „die Möglichkeit der freien Bewegung zu nehmen", wurden diese aufgefordert, sich bei den örtlichen Polizeidienststellen registrieren zu lassen.[82] Auffällig ist an diesem Erlaß das vollständige Fehlen jedweder Zuordnung der republikfeindlichen Personen zu einer bestimmten Nationalität. Die örtlichen Polizeibeamten hatten jedoch augenscheinlich klare Vorstellungen davon, um wen es sich dabei ausschließlich handeln müsse. Dies illustriert nachdrücklich ein vom Pärnuer Gebietsmilizchef aufgrund der Verfügung vom 9. Oktober ausgearbeiteter Plan einer „verbindlichen Verordnung" („sunduslik määrus"), der die Registrierung aller deutschbaltischen Adligen, aller Personen deutscher Herkunft, aller Untertanen des Deutschen Reichs sowie aller Beamten der deutschen Okkupation vorsah.[83] Offenbar von einer derartigen Mißdeutung ihres Erlasses veranlaßt, sah sich die Polizeihauptverwaltung am 21. Oktober zu folgender Klarstellung genötigt:

> „In einem geheimen Rundschreiben der Polizeihauptverwaltung wird befohlen, ungeachtet der Nationalität verdächtige feindliche Personen zu registrieren. Tatsächlich aber haben die Polizeichefs die Sache auf die eine Weise verstanden, als ob nur von *Personen deutscher Herkunft* die Rede ist. Ich schlage den Polizeichefs vor (panen <...> ette), diesen Fehler zu verbessern und Personen fremder Herkunft, die keinen Zweifel erwecken, nicht anzutasten."[84]

Zwei Tage später wurde auf Anordnung des Innenministers von der Polizeihauptverwaltung nochmals deutlich klargestellt, daß weder die Überwachung noch die Registration „Untertanen des Deutschen Reichs und Deutschbalten" beträfen, die keinerlei politischen Zweifel erweckten.[85]

Die im Herbst 1919 deutlich werdende Zurückhaltung den Deutschen gegenüber steht offensichtlich in Zusammenhang mit der im Oktober durchgesetzten radikalen Bodenreform. Über die Agrarfrage war die heftigste innenpolitische deutsch-estnische Debatte des Jahres 1919 entbrannt. Verschärft wurde sie durch die aufgeheizte antideutsche Atmo-

---

82 ERA 26/2/4, Bl. 52.

83 Ebenda, Bl. 58 u. 58r. Demnach hätten sich innerhalb von zwei Tagen alle Männer von 15 bis 70 Jahren sowie alle Frauen von 15 bis 60 Jahren bei der zuständigen Polizeidienststelle registrieren lassen müssen.

84 Ebenda, Bl. 65 (Hervorhebung im Original).

85 Ebenda.

sphäre infolge der militärischen Auseinandersetzung der estnischen Armee mit der Baltischen Landeswehr. Die öffentlich geführte Diskussion über die Form der Aufteilung des Bodens, der sich zu 58% in den Händen weniger Großgrundbesitzer befand, während zwei Drittel der Landbevölkerung (ca. 500000 Menschen) keinen Landbesitz hatten,[86] nahm daher scharfe nationale Töne an. Werner Hasselblatt schrieb 1928, man habe „an der Innenfront" — d.h. in der Konstituierenden Versammlung, die am 23. April 1919 erstmals zusammengetreten war und in der die deutsche Minderheit mit drei Abgeordneten der Deutsch-Baltischen Partei vertreten war[87] — „einem Maximum an Feindseligkeit und Vernichtungswillen" gegenübergestanden.[88] Dabei waren letztere demonstrativ der Abstimmung über die Vorlage einer für die Pariser Friedenskonferenz bestimmten erneuten Unabhängigkeitsproklamation am 19. Mai mit der erst am 25. Juni von Johannes Meyer vorgetragenen Begründung ferngeblieben, man sei bei den Beratungen über deren Text nicht zugelassen gewesen. Daher habe die endgültige Fassung „beleidigende Ausdrücke über die Deutschen" enthalten.[89] Es ist aufschlußreich, *was* deutscherseits 1919 als „beleidigend" aufgefaßt wurde. Zum einen beanstandete man die in der historischen Einleitung benutzte Formulierung, die Deutschen hätten vor 700 Jahren die Esten unterworfen, zum anderen gingen offenbar einige Bemerkungen über die deutsche Okkupationspolitik des Jahres 1918 den

---

86 Georg v. Rauch, Geschichte der baltischen Staaten. 3. Aufl., München 1990, S. 90.

87 Die Wahlen hatten vom 5. bis 7. Mai 1919 stattgefunden. Die Partei der deutschen Minderheit erhielt 11462 Stimmen (ca. 3%) und drei Sitze in der Versammlung (Kodusõda <wie Anm. 36>, Nr. 366, S. 116-119, hier S. 119). Garleffs Angabe, die Partei habe 18000 Stimmen auf sich vereinigen können (Volksgruppe <wie Anm. 20>, S. 6), erscheint zu hoch. Zur Deutsch-Baltischen Partei, die 1919 noch unter dem Namen „Deutsche Partei in Estland" („Saksa erakond Eestimaal") auftrat, vgl. Graf, Rahvusriik (wie Anm. 58), S. 282-286.

88 Hasselblatt, Zehn Jahre (wie Anm. 10), S. 66.

89 Laaman, Sünd (wie Anm. 1), S. 486 ff., Zitat S. 488. Auch die Russen, die zahlenmäßig größte Minderheit Estlands (1922: 8,2% der Bevölkerung; s. v. Rauch, Geschichte <wie Anm. 86>, S. 86), war in dem Ausschuß, der den Text der Erklärung vorbereiten sollte, nicht vertreten. Der russische Abgeordnete in der Konstituierenden Versammlung, Aleksej P. Sorokin, enthielt sich bei der Abstimmung der Stimme. Wenn Garleff, Volksgruppe (wie Anm. 20), S. 7, sich darüber wundert, daß Sorokins Haltung „kein weiteres Aufsehen erregte, obwohl die überheblich-ablehnende Einstellung gerade der Weißrussen (sic) gegenüber den Esten bekannt sein mußte", muß dem entgegnet werden, daß Sorokin nicht mit den politischen Vertretern der weißen Russen bei der Pariser Friedenskonferenz (s. hierzu Epstein, Studien <wie Anm. 5>, S. 433-445) gleichzusetzen ist, sondern einem eher pragmatisch orientierten Kreis der Tallinner Russen angehörte. Seine Teilnahme an der Abstimmung allein wäre von Sergej D. Sazonov in Paris ohne Zweifel als Landesverrat gebrandmarkt worden. Zur estnischen Reaktion kann nur angemerkt werden, daß eine Enthaltung weniger ostentativ wirkt als ein Fernbleiben.

Parteivertretern zu weit.[90] Sich von diesen im Vergleich zu Äußerungen in der Presse sehr moderat formulierten notwendigen Voraussetzungen des estnischen Selbstbewußtseins zu distanzieren, wurde schnell mit antiestnischer Grundhaltung gleichgesetzt. Die entschädigungslose Enteignung des Bodens wurde nicht nur für die Zeitung „Waba Maa" („Das freie Land") zur *conditio sine qua non*: „(...) muß der Este noch Entschädigung zahlen für das vergossene Blut?"[91] Auch in der Konstituierenden Versammlung machte sich der Unmut in den Worten ihres Vorsitzenden Karl Ast Luft: „Die estnische Konstituante muß den Staub der sterbenden Welt von sich abschütteln."[92] Und der bereits erwähnte Abgeordnete der Arbeitspartei, A. Veiler, schloß seine Rede am 29. Juli 1919 unter stürmischem Applaus von links und aus der Mitte mit den Worten: „Wenn man ein Tier umbringen will, beginnt man mit dem Rückgrat."[93]

An dem schließlich am 10. Oktober 1919 verabschiedeten Agrargesetz[94] konnte auch eine Interpellation der Vertreter der Entente-Missionen vom 28. Juli nichts ändern. Deren vorsichtige Warnung, die „Grundsätze und Gebräuche der alliierten Regierungen, deren Hilfe und Unterstützung Estland anstrebe", sähen bei Bodenenteignungen entsprechende Kompensationen vor,[95] blieb in Tallinn ohne Wirkung. Ein anderer Kurs in der Agrarpolitik, so die Antwort der estnischen Regierung, zöge unverzüglich eine Revolution nach sich.[96] Eine radikale Bodenreform, so das Urteil des Tartuer Historikers Tiit Rosenberg, war „die wichtigste Voraussetzung für die politische Selbständigkeit des Volkes (...)".[97] Ohne das Versprechen der Landaufteilung hätte die Regierung, so Rosenberg, die estnischen Soldaten nach dem Sieg über die Landeswehr nicht mehr an der seit Ende Juli erneut bedrohten Front gegen die Rote Armee halten können. Die endgül-

---

90 Eine englische Übersetzung der Unabhängigkeitsproklamation vom 19. Mai findet sich bei Mabone W. Graham, New Governments of Eastern Europe. New York 1927, S. 650 ff.

91 So die Zeitung „Waba Maa", hier zit. nach dem Revaler Boten vom 7. Juli 1919.

92 Zit. nach der Revaler Zeitung vom 31. Juli 1919.

93 Zit. nach Laaman, Sünd (wie Anm. 1), S. 632.

94 Kodusõda (wie Anm. 36), Nr. 462, S. 221-224; vgl. Tiit Rosenberg, Agrarfrage und Agrarreform in Estland 1919: Ursachen, Voraussetzungen und Folgen, in: Eesti Teaduste Akadeemia Toimetised. Humanitaar- ja Sotsiaalteadused 43 (1994), S. 326-335. Eine weitere Folge der Landreform war, daß mehr als die Hälfte des Adels Estland und Lettland verließ (v. Pistohlkors, Inversion <wie Anm. 4>, S. 198).

95 Kodusõda (wie Anm. 36), Nr. 420, S. 179.

96 Laaman, Sünd (wie Anm. 1), S. 632.

97 Rosenberg, Agrarfrage (wie Anm. 94), S. 330; vgl. Harald Saarniit, Eesti ajutise valitsuse agraarpoliitika 1918–1919 (Die Agrarpolitik der Provisorischen Regierung Estlands 1918–1919), in: Eesti Teaduste Akadeemia Toimetised. Ühiskonnateadused 40 (1991), S. 16-22, sowie v. Rauch, Geschichte (wie Anm. 86), S. 90 ff., und Graham, Governments (wie Anm. 90), S. 275 ff.

tige Sicherstellung der estnischen Unabhängigkeit, d.h. der sich an den im November 1919 gescheiterten gemeinsamen Angriff der estnischen Armee und der Nordwest-Armee auf Petrograd anschließende estnisch-sowjetrussische Friede von Tartu, ist jedoch nicht mehr Gegenstand des vorliegenden Beitrags. Die politische Rolle der Deutschen in Estland war mit der Verabschiedung des Agrargesetzes auf die der Vertretung einer nationalen Minderheit minimiert worden. Die radikalen Veränderungen im Bereich der Politik hatten ihre Entsprechung in einer nicht weniger radikalen Veränderung der sozioökonomischen Struktur Estlands nach sich gezogen.[98] Reinhard Wittram urteilte 1964 in einem durchaus selbstkritischen Rückblick, die baltischen Deutschen hätten die Agrarreform „gefühlsmäßig" nie anerkannt.[99] Inwieweit diese innere Distanzierung von den neuen Gegebenheiten auch die politischen Veränderungen betraf, ließ Wittram jedoch offen.

Abschließend bleibt die Frage nach dem Selbstverständnis der Deutschen Estlands in dieser Umbruchphase, d.h. nach den mentalen Voraussetzungen ihres Verhaltens.[100] Erstaunlich ist die Kontinuität ihres Selbstbildes auch nach der Abdankung der Ritterschaften. Kontinuität des Denkens, das sich bis zu Carl Schirren zurückverfolgen läßt, findet sich z.B. bei der herausragenden Politikerpersönlichkeit der Deutsch-Baltischen Partei in den 20er Jahren, Werner Hasselblatt. Der 'Schöpfer der deutschen Kulturautonomie' genoß auch bei den Esten Ansehen und forderte „reibungsloses Zusammenarbeiten und gegenseitiges Vertrauen".[101] 1928 postulierte auch er als „selbstverständliche(s) Gesinnungsgut (...) die Erneuerung unseres Sendungsgedankens und unserer Pflichtgebundenheit gegenüber der Heimat."[102] Dieses christlich begründete Sendungsbewußtsein, das durch die Jahrhunderte sowohl das Bild des 'Kulturträgers' als

---

98 Der Erfolg der Reform zeigte sich nicht zuletzt darin, daß Estlands Landwirtschaft in der Zwischenkriegszeit nicht nur den eigenen Markt versorgen konnte, sondern auch ihren Überschuß ins Ausland verkaufte. Da über 56000 neue Wirtschaften angelegt wurden, konnte die Zahl der landlosen Bauern erheblich verringert werden (67% der Landbevölkerung 1918, 17% 1934); vgl. Tõnu Parming, The Collapse of Liberal Democracy and the Rise of Authoritarianism in Estonia. London (u.a.) 1975, S. 24, sowie Rosenberg, Agrarfrage (wie Anm. 94), S. 333.

99 Reinhard Wittram, Rückblick auf den Strukturwandel der deutsch-baltischen Volksgruppen im letzten Jahrzehnt vor der Umsiedlung, in: Festschrift für Percy Ernst Schramm zu seinem siebzigsten Geburtstag von Freunden und Schülern zugeeignet. Bd. 2, hrsg. v. Peter Classen u. Peter Scheibert, Wiesbaden 1964, S. 231-250, hier S. 244.

100 Anregungen zu diesem Abschnitt verdanke ich einer Hauptseminararbeit von David Feest, Der Ideologiewandel der Deutschen in Estland und Lettland 1918–1939. Göttingen 1994.

101 Zit. nach Erik Thomson, Werner Hasselblatt. Bonn 1990 (Arbeitshilfe. 57/1990.), S. 7.

102 Hasselblatt, Zehn Jahre (wie Anm. 10), S. 68.

auch das des 'Bollwerks' gegen den 'barbarischen Osten' speiste, bekam durch den, wie gesehen, als 'Landesdienst' interpretierten Einsatz gegen die Rote Armee, die ja die bewaffnete Macht einer atheistischen, die Weltrevolution anstrebenden Weltanschauung war, neuen Auftrieb. So konnte in der Zwischenkriegszeit der Einsatz des Baltenregiments zu einer in deutschbaltischen Augen unanfechtbaren Legitimation der „Heimatgebundenheit" (W. Hasselblatt) werden.[103] Nicht umsonst steht daher im Zentrum der meisten Erinnerungen der Kampf gegen die Rote Armee: Dies sei nichts weniger als „die letzte bedeutende Tat der deutschen Balten für ihre „Heimat" gewesen — so der deutschbaltische Historiker Gert Kroeger noch 1970.[104]

Die in den Worten Kroegers implizit enthaltene traditionelle Deutung deutscher Tätigkeit im Baltikum als 'Landesdienst' — was für die Deutschen gut ist, kann den Esten bzw. Letten nicht schaden —, wurde jedoch selten deutlicher ad absurdum geführt als während des politischen Umbruchs seit 1917. Man stößt hier auf *den* Mythos der deutschen Balten. Sie waren von ihrer Wohltäterrolle für die Bevölkerungsmehrheit derart überzeugt, daß es gar nicht denkbar war, diesem Ideal nicht zu entsprechen bzw. ihm nicht mehr entsprechen zu können. Die Folge war der latente Vorwurf der Undankbarkeit an die Adresse der Esten und Letten,[105] gepaart mit Ignoranz gegenüber deren Interessen. Werner v. Harpe, selbst Freiwilliger in der Landeswehr, schrieb 1968:

> „Ein günstiges Schicksal erschloß uns noch ein letztes Mal (durch den Eintritt in die Freiwilligenformationen; K. B.) die Möglichkeit, baltisch zu sein im Geiste und Sinne unserer Geschichte. Wie die ‚Gottesstreiter' der nordischen Kriegszüge sich

---

103 Selbst wohlwollende estnische Stimmen setzten den Akzent ganz anders. So schrieb General Aleksander Tõnisson als Grußwort zum zehnten Jahrestag der Gründung des Baltenregiments: „Die Truppe unserer Mitbürger deutscher Nationalität war, gemessen an unserem Heer, natürlich nicht groß, sie entsprach in ihrem Umfang dem Bevölkerungsprozentsatz. Sie nahm aber an der gesamten Kampftätigkeit teil und erfüllte ehrenvoll ihre Pflicht gegen die gemeinsame Heimat, unbeschadet dessen, daß ihre Wünsche über die zukünftige Ordnung der Heimat mit den Wünschen der Kriegskameraden estnischer Nationalität in manchen Fragen nicht die gleichen sein konnten". Aleksander Tõnisson, Ehre den Gefallenen! — Ein freundschaftlicher Gruß den Kriegskameraden, in: Revaler Bote vom 1. Dezember 1928.

104 Kroeger, Entscheidungen (wie Anm. 44), S. 191.

105 In den Memoiren des livländischen Landmarschalls Pilar, Bilder (wie Anm. 23), S. 16, heißt es: „Wenn die Esten gerecht sein wollten, müßten sie anerkennen, mit welcher Uneigennützigkeit gerade die deutschen Großgrundbesitzer für das Land ehrenamtliche Dienste geleistet haben. Gerechtigkeit und Dankbarkeit sind aber leider zwei Begriffe, die unseren größenwahnsinnig gewordenen Nationalen abgehen."

für eine auf die transzendente Wirklichkeit gegründete Lebensordnung einsetzten, kämpften wir um unsere Existenz, zugleich aber auch gegen eine Macht, die die Grundlagen der abendländisch-christlichen Kultur zu zerstören gewillt war. (...) In diesem Lichte dürfen wir im Einsatz des Baltenregiments in Estland und der Baltischen Landeswehr in Lettland eine letzte Rechtfertigung jener Werte sehen, für die wir und unsere Vorfahren gelebt hatten."[106]

Da die von v. Harpe angesprochenen „Werte" seit Ende des 19. Jahrhunderts immer seltener denen der Esten und Letten entsprachen, kommt man nicht umhin, aus seinen Worten das Bekenntnis herauszulesen, daß die deutschbaltischen Freiwilligenformationen tatsächlich *gegen* die Interessen der jungen Republiken arbeiteten oder zumindest hätten arbeiten wollen. In politischer Hinsicht wurde die „übernationale Funktion" der deutschen Minderheit, die Verantwortung „für das ganze Land, also auch für die Esten und Letten", wie v. Harpe es nennt,[107] bzw. „die ihm (dem baltischen Deutschtum; K. B.) aufgetragene Aufgabe der Integration", wie es bei v. Taube heißt,[108] spätestens 1918/19 als selbstherrlicher Anspruch auf die eigene Machtausübung entlarvt. Man war eben kein Geburtshelfer für die jungen Demokratien und wollte es ja auch gar nicht sein, auch wenn Kroeger es gerne so interpretierte.[109] Noch in den 60er Jahren waren von baltischen Deutschen erhebliche Zweifel an der Demokratie zu vernehmen. So schrieb 1966 Hamilkar v. Foelkersahm: „Der Zeitgeist arbeitete (1918/19; K. B.) gegen uns, der verlangt, daß alle Menschen, unabhängig von ihrer Qualität (!), mit dem gleichen Gewicht die Schicksale ihres Staatswesens mitbestimmen sollen."[110] Diese Worte zeigen erneut eine Kontinuität auf, die heutzutage wiederum von Esten nur allzu gern übersehen wird.[111] Soziale Unterschiede wurden gleichsam für natur-

---

106 Werner v. Harpe, Baltisches Schicksal um 1919, in: Baltische Hefte 13 (1967), S. 108-120, hier S. 111 f.

107 Ebenda, S. 108.

108 v. Taube, Nationale Demokratie (wie Anm. 9), S. 5. Da v. Taube offenläßt, *wer* die Deutschen im Baltikum mit der 'Aufgabe der Integration' beauftragt habe, wird deutlich, wie sehr die nie hinterfragte Missionars- bzw. Kulturträgerrolle deutschbaltisches Denken prägte.

109 Kroeger, Entscheidungen (wie Anm. 44), S. 190 f.

110 Hamilkar v. Foelkersahm, Zur Entstehung des Estenkrieges, in: Nachrichtenblatt der baltischen Ritterschaften 8 (1966), S. 21 ff., hier S. 22.

111 Hier mag der Beitrag von Helme, Die Deutschen (wie Anm. 51), als Beispiel dienen. Die Eroberung des Baltikums vor 700 Jahren ist für ihn ein „glücklicher Zufall" für die weitere Entwicklung Estlands gewesen (ebenda, S. 49). Alles Böse hingegen scheint nur aus dem Osten zu kommen.

bedingt gehalten; Kultur wollte man den ganz im Geist von Kolonialherren als „Indigene" bezeichneten Esten bzw. Letten sowieso nicht zubilligen.[112] Als 'Kulturträger' stand man *per definitionem* auf einer höheren Stufe und hatte Anspruch auf die Macht. Dem gewohnten Privileg der Machtausübung stand aber nun in Form der demokratischen Wahlen eine „tödliche Gefahr für das Deutschtum"[113] gegenüber. Die alten Führungskreise der baltischen Deutschen konnten und wollten sich der „Vergewaltigung der Minderheit durch die Mehrheit" nicht unterwerfen.[114]

Doch es ging — um es zusammenfassend einmal so salopp zu formulieren — auch anders. Bereits am 11. Dezember 1918 hatte die estnische Provisorische Regierung ihren Auslandsvertretern berichtet, daß unter den baltischen Deutschen einzelne Persönlichkeiten hervorgetreten seien, „die nicht gegen den estländischen Staat arbeiten". Es bleibe allerdings fraglich, wie „ernst und aufrichtig" deren Mitarbeit sei, da der Boden unter ihren Füßen schwanke, und „sie hierhin und dorthin aus(schauen), um einen Ausweg zu finden."[115] Die Gründung der Deutsch-Baltischen Partei im Dezember 1918 und der Einsatz des Baltenregiments waren die 'Auswege', die die deutsche Minderheit Estlands zunächst fand. Diese vertrauensbildenden Maßnahmen waren ein erster Schritt in Richtung auf einen Wandel des politischen Selbstverständnisses der Deutschen, der bislang von der Forschung nicht eingehend genug berücksichtigt worden ist. Er war wiederum unabdingbare Voraussetzung dafür, daß auch die Esten diese neue Rolle der baltischen Deutschen Estlands als Minderheit in einem Nationalstaat akzeptierten. Der Widerstand der ritterschaftlichen alten Führungsriege gegen diese primär von pragmatischen Erwägungen bestimmte Politik, aber auch die Ende der 20er Jahre zu bemerkende Rückkehr zu alten Interpretationen deuten an, wie umstritten die Integration in den kleinen Staat innerhalb der deutschen Minderheit tatsächlich war. Eine differenziertere Studie dieses politischen Wandels innerhalb einer überschaubaren Bevölkerungsgruppe könnte unser Bild der Jahre 1918–1920 in Estland vervollständigen.

---

112 Dies arbeitet Wilhelm Lenz, Baltische Propaganda im Ersten Weltkrieg. Die Broschürenliteratur über die Ostseeprovinzen Rußlands, in: Die baltischen Provinzen Rußlands (wie Anm. 6), S. 187-204, hier S. 197 f., anhand seiner Quellen heraus, die zum großen Teil aus deutschbaltischer Feder stammen. Zur Sicht der Kolonialherren vgl. den Lebensbericht von Siegfried v. Bremen, Erinnerungen, in: Zwischen Reval und St. Petersburg (wie Anm. 54), S. 198-251, hier bes. S. 226 u. 234.

113 v. Foelkersahm, Zur Entstehung (wie Anm. 110), S. 22. Bei Kroeger, Entscheidungen (wie Anm. 44), S. 178, heißt es: „(...) das Gesetz der Zahl warf dunkle Schatten auf die kleine Gruppe der deutschen Balten".

114 v. Foelkersahm, Zur Entstehung (wie Anm. 110), S. 22.

115 Zit. nach Wrangell, Geschichte (wie Anm. 36), S. 20 f., Zitat S. 21.

Das estnische Parlament und die Deutschbalten. Zu den Debatten bis zur Verabschiedung der Kulturautonomie 1925

von Vesa Vasara

„Estonia has well-earned reputation for the model treatment of her national minorities.“[1]

Das vom estnischen Riigikogu (Parlament) im Februar 1925 verabschiedete Gesetz über die Kulturautonomie der nationalen Minderheiten wird in zeitgenössischen Quellen und auch in der späteren wissenschaftlichen Literatur normalerweise gelobt: Estland „löste die Minderheitenfrage“.[2] Seltener kommt es vor, daß man sich mit dem Hintergrund des Gesetzes befaßt, mit den Motiven der Esten, die Stellung ihrer nationalen Minderheiten auf eine Art zu regeln, die sich in wohltuender Weise von der osteuropäischen Praxis abhob. Warum wählte Estland einen anderen Weg?

Bei der Suche nach einer Antwort auf diese Frage sind in der bisherigen Forschungsliteratur die Protokolle der Verfassunggebenden Versammlung (Asutav Kogu, 1919/20) sowie des ersten (1920–1923) und zweiten (1923–1926) Riigikogu relativ selten als Quelle herangezogen worden.[3] Im Parlament wurde recht lebhaft und lange über die Stellung der Minderheiten in Estland debattiert, wobei die Frage mit den zentralen Problemen der Innen- und Außenpolitik Estlands zu Beginn der 20er Jahre verknüpft wurde und große Unterschiede in der Einstellung der estnischen Politiker zu den nationalen Minderheiten offenbarte.

---

1 The Baltic States. A Survey of the Political and Economic Structure and the Foreign Relations of Estonia, Latvia and Lithuania, hrsg. v. The Royal Institute of International Affairs. Oxford 1938, S. 37.

2 Oskar Angelus, Die Kulturautonomie in Estland. Detmold 1951, S. 10.

3 Zum Gesetz s. z.B. Angelus, Kulturautonomie (wie Anm. 2), sowie Eugen Maddison, Die nationalen Minderheiten Estlands und ihre Rechte. Tallinn 1926; 2. Aufl. 1930; ferner zahlreiche kürzere Artikel zum Thema, die Werner Hasselblatt in den 20er und 30er Jahren verfaßte. Hierzu ist allerdings festzustellen, daß es sich eher um zeitgenössisches Material als um eigentliche Forschung handelt; Angelus und Maddison waren hohe Beamte im unabhängigen Estland, und Hasselblatt war als Politiker des Riigikogu unmittelbar Beteiligter. Von Hasselblatt befindet sich im Estnischen Staatsarchiv in Tallinn ein umfangreiches unveröffentliches Manuskript zum Thema. Trotz der verstrichenen vier Jahrzehnte bietet Karl Aun, Der völkerrechtliche Schutz nationaler Minderheiten in Estland 1917–1940. Hamburg 1951 (zugleich Diss. 1948), eine sehr gute Darstellung der Verbindungen der Kulturautonomie zum Völkerbund,

Im Frühjahr 1919 hatten die Esten an der Ostfront den Feind zurückgeschlagen, und die Frontlinie hatte sich jenseits der Narva stabilisiert. Auch wenn der Krieg noch im Gange war, hielt die Provisorische Regierung die Lage dennoch für stabil genug, um die Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung für den April 1919 ausschreiben zu können. Die einfache Mehrheit erlangten die Sozialdemokraten und die zum politischen Zentrum gerechnete, in vielen Fragen — wie bei der für die Deutschbalten lebenswichtigen Agrarreform — aber sehr radikale Partei der Arbeit. Die beiden Parteien verfügten gemeinsam über 71 der 120 Sitze.[4] Von den Vertretern der nationalen Minderheiten gelangten insgesamt nur vier Kandidaten in die Versammlung.[5] Die Asutav Kogu ist mit Recht als radikaler als irgendein späteres estnisches Parlament bezeichnet worden.[6] Obwohl die Deutschbalten im Frühjahr Seite an Seite mit den Esten gegen die Russen gekämpft hatten, waren die Ereignisse von 1905/06 und die strenge deutsche Besatzung 1918 vielen Esten noch in frischer Erinnerung. Die Stellung der Deutschbalten wurde mit dem sogenannten Landeswehrkrieg im Juni 1919 noch vertrackter als zuvor; dieser blutige Zusammenstoß radikalisierte die am 10. Oktober 1919 verabschiedete Agrarreform. Infolgedessen wurden für die Weitergabe an landlose Bauern innerhalb von zwei Jahren zwei Mio. Hektar, d.h. 96,6% des Großgrundbesitzes, enteignet.[7]

---

wobei dem Titel getreu der Schwerpunkt auf dem Völkerrecht liegt. Cornelius Hasselblatt am Göttinger Institut für gegenwartsbezogene Deutschland- und Osteuropaforschung ist derzeit mit einem Projekt zur Minderheitenpolitik in Estland befaßt. In seinem Vortrag beim 47. Baltischen Historikertreffen in Göttingen am 29. Mai 1994 analysierte er die estnische Minderheitengesetzgebung in der Zwischenkriegszeit, aber auch die heutige Nationalitätenfrage Estland; vgl. Cornelius Hasselblatt, Minderheitenpolitik in der Republik Estland in Geschichte und Gegenwart, in: Zeitschrift für Ostforschung 43 (1994), S. 553-566. Last but not least kann Michael Garleff, Deutschbaltische Politik zwischen den Weltkriegen: Die parlamentarische Tätigkeit der deutschbaltischen Parteien in Estland und Lettland. Bonn 1976 (Quellen und Studien zur baltischen Geschichte. 2.), erwähnt werden. Garleff stellt besonders den deutschbaltischen Einsatz bei der Lösung der nationalen Frage in Estland heraus. Er benutzt als Quelle den „Revaler Boten", der die Parlamentsprotokolle in ihren wichtigsten Teilen veröffentlichte. Der „Revaler Bote" arbeitet allerdings nach meinem Dafürhalten nicht das gesamte politische Spektrum heraus und war als Vorkämpfer der Sache der Deutschbalten natürlich in denkbar großem Maße involviert.

4 Artur Mägi, Das Staatsleben Estlands während seiner Selbständigkeit. I. Das Regierungssystem. Stockholm 1967 (Skrifter utgivna av statsvetenskapliga föreningen i Uppsala. 47.), S. 321.

5 Nach der Volkszählung von 1922 waren von den ca. 1,1 Mio. Einwohnern Estland 87,7% Esten, 8,2% Russen, 1,7% Deutsche, 0,7% Schweden, 0,4% Juden und 1,4% andere; s. Eesti arvudes 1920–1935 (Estland in Zahlen 1920–1935). Tallinn 1937, S. 26.

6 Georg v. Rauch, Geschichte der baltischen Staaten. Stuttgart 1970; 3. Aufl., München 1990, S. 81.

7 Ebenda, S. 80.

Die Frage der Entschädigung wurde offen gelassen. Obwohl das Gesetz in erster Linie eine Antwort auf den Landhunger der Bauern war — zuvor hatten zwei Drittel der Bauern nicht das Land besessen, das sie beackerten —, verfolgte es auch politische Zwecke. Aleksander Veiler, Abgeordneter der Partei der Arbeit, brachte die nationalpolitische Stoßrichtung der Agrarreform mit den zackigen Worten auf den Punkt: „Man schlachtet ein Tier, indem man ihm das Rückgrat bricht. Die Güter sind das Rückgrat der Barone gewesen."[8]

Das revolutionäre Ausmaß der Agrarreform wirkte sich in zweierlei Weise auf die verfassungsmäßige Stellung der Minderheiten Estlands aus: Die Vertreter der Konservativen und des gemäßigten Zentrums, die in der Asutav Kogu in der Minderheit waren, waren von Anfang an für mildere Reformen und neigten dazu, die Güterenteignung wenigstens irgendwie zu entschädigen, und so wurde die Frage der Kulturautonomie aufs Tapet gebracht.[9] Andererseits war Estlands außenpolitische Situation nach wie vor unsicher, obwohl der Friedensvertrag mit Sowjetrußland im Februar 1920 geschlossen wurde. Vor allem in Deutschland agierte eine einflußreiche Lobby von ehemaligen Großgrundbesitzern gegen Estland, der es nicht schwer fiel, auch bei den Westmächten Verständnis für ihre Forderungen nach Entschädigung für das enteignete Land zu finden (zumal sich unter den enteigneten Ländereien auch Güter befanden, die Staatsangehörigen der Westmächte gehört hatten). Zudem sei daran erinnert, daß die Westmächte Estlands Unabhängigkeit zu jenem Zeitpunkt noch nicht anerkannt und Estland auch noch nicht in den Völkerbund aufgenommen hatten.

In der Provisorischen Regierung von Konstantin Päts hatten die Russen, Deutschen und Schweden jeweils einen eigenen Minister. Die Ministerien für die nationalen Minderheiten wurden mit der Regierungsbildung von Otto Strandmann (Partei der Arbeit) vom 8. Mai 1919 aufgelöst. An ihrer Stelle wurden wegen des provisorischen Charakters der Regierung im Geschäftsbereich des Bildungsministeriums Dezernentenstellen eingerichtet. Die Dezernenten oder auch Volkssekretäre hatten das Recht, in ihren Geschäftsbereich fallende Angelegenheiten der Regierung vorzutragen,

---

8 Hier zit. nach Imre Lipping, Land Reform Legislation in Estonia and the Disestablishment of the Baltic German Rural Elite, 1919–1939. University of Maryland 1980, S. 116.

9 In der Unabhängigkeitserklärung Estlands vom 24. Februar 1918, die ihrerseits zunächst nur symbolischen Wert hatte, wurden sowohl die Agrarreform als auch die „autonomen Rechte auf nationale Kultur" erwähnt; s. hierzu Ants Piip, Tormine aasta (Ein stürmisches Jahr). Stockholm 1966, S. 113 f. Auch die estnische Auslandsdelegation, die während der deutschen Besatzung von Jaan Tõnisson in Stockholm

wenn sie unzufrieden mit Beschlüssen des Bildungsministeriums waren, aber natürlich bedeutete der Verlust der Ministerposten eine Verringerung der Einflußnahmemöglichkeiten der Minderheiten.

Im Frühjahr 1919 wurde die Lage der Minderheiten durch die Stärkung der Souveränität der Regierung Estlands erschwert. Die Asutav Kogu behandelte am 28. Mai 1920 in erster Lesung den Entwurf für die Verfassung Estlands, worin auch die Stellung der nationalen Minderheiten definiert wurde. Schon die ersten Gespräche gaben einen Vorgeschmack darauf, wo die Frontlinien in der Volksvertretung verliefen und welcher Art die Argumentation war. In dem vom Komitee vorbereiteten Verfassungsentwurf wurde für die nationalen Minderheiten lediglich das Recht vorgeschlagen, zur Wahrung ihrer kulturellen Belange Vereine zu gründen. Wäre dieser Entwurf angenommen worden, hätte das die Auflösung der Volkssekretariate bedeutet.[10] Der deutschbaltische Abgeordnete Hermann Koch lehnte den Entwurf ab, weil das Recht auf Vereinsgründung schon in den allgemeinen Bürgerrechten enthalten sei. Auf die Volkssekretariate dürfe man nicht verzichten, auch wenn sie nur „ein schwaches Surrogat" für die früheren Ministerien seien. Der Verfassungsentwurf schien in der Autonomiefrage den Minderheiten überhaupt nichts anzubieten. Die bedingungslose Forderung der Deutschen lautete „kulturell-nationale Autonomie mit Selbstbesteuerungsrecht". Koch verband am Ende seiner Rede die Minderheitenfrage mit den Aufnahmeverhandlungen für den Völkerbund:

> „Zu einer Zeit, wo Sie selbst um die Aufnahme in den Völkerbund als kleine Nation nachsuchen, sollten Sie nicht dieselbe sittliche Grundlage verneinen, die Sie für sich schaffen wollen. Den Völkerbundsgedanken ‚des Selbstbestimmungsrechts der

---

geleitet wurde, verband in einer Denkschrift an die Deutsche Botschaft in Stockholm die Agrarreform mit den sprachlichen und kulturellen Rechten der Deutschen; s. dazu Lipping, Land Reform Legislation (wie Anm. 8), S. 55 f. Eine programmatische Zusammengehörigkeit von Kulturautonomie und Agrarreform bestand also bereits vor Verwirklichung eines der beiden Gesetze. Der Wert der Autonomieversprechung wird allerdings gemindert durch die Tatsache, daß sie in einer Situation gegeben wurde, als die Position der Esten sehr schwach war.

10 Die Position der Volkssekretariate war auch später bedroht. In den Einnahmen- und Ausgabenberechnungen für 1921 wurden für das Ende des Jahres die Gehälter der Sekretäre völlig gestrichen, was nach heftigen Protesten seitens der Minderheiten doch nicht in die Tat umgesetzt wurde. Im Jahre 1924 wurden die Stellen der Geschäftsführer, die den Sekretären zugearbeitet hatten, gestrichen, während die Sekretäre selbst nach heftigen Debatten im Amt blieben; s. dazu Jüri Ant, Eesti 1920. Iseseisvuse esimene rahuaasta (Estland 1920. Das erste Friedensjahr der Selbständigkeit). Tallinn 1990, S. 63.

kleinen Völker und des Rechtes der völkischen Minderheiten' wollen Sie für sich gelten lassen gegenüber Rußland, nicht aber gegenüber den Minderheiten im estnischen Staate. Dieser Weg ist gefährlich, Sie entziehen damit dem eigenen Staate die sittliche Grundlage."[11]

Die Mehrheit der estnischen Abgeordneten war allerdings bereit, den Gedanken an eine Erwähnung der Kulturautonomie im Grundgesetz zu befürworten. Der Streit ging eher darum, wie genau die Rechte der in Zukunft zu gründenden Selbstverwaltungsorgane definiert würden, die Deutschen hegten fortwährend die Befürchtung, die ganze Sache bliebe auf der Ebene leerer Worthülsen. Daher verfochten sie in der Asutav Kogu zielstrebig das Recht, von den Angehörigen der Minderheit Steuern für die Kultur- und Schulbehörde zu erheben. In ersten Vorentwürfen war das Besteuerungsrecht dann auch tatsächlich erwähnt, aber noch vor der ersten Lesung wurde von dem Gedanken Abstand genommen. Lui Olesk[12] brachte den Entwurf ein und begründete den Fortfall des Besteuerungsrechtes unter anderem damit, daß, obwohl die Esten keineswegs das Kulturleben der Minderheiten vernichten wollten, es andererseits nicht den Interessen des estnischen Staates entspräche, dieses zum Gegenstand besonderer Pflege zu machen — in jeder Gemeinschaft gebe es eine gewisse „zentrifugale Tendenz", die zu stärken nicht gut sei.[13] Estlands führende Zeitung, das „Päewaleht", sprach es deutlicher aus und lehnte den Gedanken schon vor dem Beginn der Behandlung des Grundgesetzes mit der Begründung ab, daß mit dem Besteuerungsrecht „bald in Estland mächtige Einheiten, ein sogenannter Staat im Staate entstehen würde, mit dem die Zentralmacht immer hätte rechnen müssen".[14]

Das Grundgesetz Estlands wurde in dritter Lesung am 15. Juni 1920 verabschiedet. Das zur Streitfrage gewordene Selbstbesteuerungsrecht blieb außen vor, ansonsten aber wurde die Stellung der Minderheiten ziemlich gut geschützt. § 12 des Grundgesetzes garantierte den nationalen Minderheiten muttersprachlichen Unterricht, der verpflichtend und in der Grundschule kostenlos war. Der Führer der Sozialdemokraten, Mihkel Martna, versuchte noch in der technischen Redigierung des Textes das Wort „muttersprachlich" zu streichen, aber sein Vorschlag erhielt nicht

---

11 Asutav Kogu 28.5.1920. Protokoll 134, S. 599.

12 Innenminister der Minderheitsregierung der Partei der Arbeit (26.10.1920 bis 4.1.1921).

13 Asutav Kogu 8.6.1920. Protokoll 138, S. 798.

14 Päewaleht vom 9. April 1920, zit. nach Ant, Eesti (wie Anm. 10), S. 63.

die erforderliche Mehrheit.[15] Jeder Staatsangehörige Estlands konnte auch selbst seine Nationalität bestimmen (§ 20), was ein wichtiges Recht, insbesondere im Hinblick auf Mischehen, war. Es ist sehr schwer festzustellen, in welchem Ausmaße zum Beispiel die Kinder aus estnisch-deutschen Mischehen in deutsche Schulen gingen und sich als Erwachsene mit der Minderheitenkultur identifizierten. Aus zeitgenössischen Quellen, beispielsweise aus den Protokollen der Kulturautonomie und der deutschbaltischen Presse, entsteht jedoch der Eindruck, daß die freie Nationalitätsbestimmung zumindest die deutsche Minderheit, deren wirtschaftliche und kulturelle Lage trotz der auf dem Felde der Politik erlittenen Rückschläge recht gut war, begünstigte. Das deutsche Schulwesen funktionierte gut, die Klassen waren kleiner, höhere Bildung wurde auf deutsch mehr angeboten.[16] In dieser Hinsicht waren die Russen wirtschaftlich und kulturell in einer viel schwächeren Situation.[17]

Den Minderheiten wurde im Grundgesetz (§ 21) auch das Recht zugesprochen, „zur Wahrung ihrer völkischen Kultur- und Fürsorgeinteressen, soweit diese nicht den Staatsinteressen zuwiderlaufen, entsprechende autonome Institutionen ins Leben rufen" zu können.[18] Die Wortwahl läßt großen Interpretationsspielraum; wie z.B. wären die „Staatsinteressen" zu definieren? Allein aufgrund des Grundgesetzes konnte man keine autonomen Institutionen gründen, ihre Tätigkeit bedurfte genauerer Grenzziehungen.

Als Amtssprache der lokalen Selbstverwaltung durfte eine Minderheitensprache benutzt werden, wenn die auf dem Gebiet siedelnden nationalen Minderheiten in der Mehrheit waren (§ 22). Eine lokale Mehrheit erreichten nur die Schweden an der Westküste und die Russen in den Gebieten um Narva und Petseri. Darüber hinaus durfte man mit den zentralen Staatsbehörden auf deutsch, russisch oder schwedisch korrespondieren (§ 23).[19]

---

15 Asutav Kogu 30.7.1920, Protokoll 153, S. 1488.

16 Graham E. Smith, Soziale und geographische Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur von Estland, Lettland und Litauen 1918–1940, in: Acta Baltica 19/20: 1979/80 (1981), S. 118-181, hier S. 167, Tabelle 19: „Unterrichtssprachen in Estlands Schulen".

17 Nach der Volkszählung von 1922 konnten in der hauptsächlich von Russen bewohnten Provinz Petseri 55,7% der über 15jährigen nicht lesen und schreiben. In den anderen Provinzen, in denen es weniger Russen gab, schwankte diese Zahl zwischen 2 und 5%; s. dazu Rahva demograafiline koosseis ja korteriolud Eestis. 1922 a. üldrahvalugemise andmed (Demographische Zusammensetzung des Volkes und Wohnverhältnisse in Estland. Angaben der Volkszählung von 1922), H. 1, Tallinn 1924, S. 25.

18 Asutav Kogu 30.7.1920. Protokoll 153, S. 1490.

19 Ebenda.

Das estnische Grundgesetz bot den nationalen Minderheiten also starken Schutz. Dennoch war es keinerlei Sensation; die meisten der nach dem Weltkrieg in Europa entstandenen Länder garantierten in den Friedensverträgen, durch besondere Verlautbarungen oder Formulierungen in den Verfassungen, daß sie im Geiste Wilsons die Rechte der Minderheiten respektieren würden, deren Garant der Völkerbund war. Und die wenigsten erfüllten die Verpflichtungen der Verträge.[20] Der wichtige § 21 blieb eine leblose Bestimmung und ein leeres Versprechen, solange das Gesetz, das die Tätigkeit der autonomen Institutionen genauer regeln sollte, auf sich warten ließ. Schicksal und Form des kommenden Gesetzes waren die folgenden fünf Jahre lang der Kern und die wichtigste Streitfrage aller Minderheitenpolitik Estlands.

Die Esten beeilten sich mit einer Verabschiedung des Gesetzes über die Kulturautonomie nicht. Der erste Riigikogu mit seinen 100 Mitgliedern begann mit der praktischen Arbeit nach den Neuwahlen im Januar 1921. Besonderen Erfolg hatten in den Wahlen die von Konstantin Päts geführte Bauernpartei (21 Sitze) und die knapp zur stärksten Partei avancierte Partei der Arbeit (22 Sitze). Die dritte große Partei, die Sozialdemokraten, erlitt hingegen eine vernichtende Niederlage (18 Sitze), wie auch Jaan Tõnissons Volkspartei (10 Sitze). Die Deutschen, Schweden und Russen hatten zusammen nur fünf Abgeordnete im Riigikogu, der vom Gesamtbild her konservativer als sein Vorgänger war, wenngleich die extreme Linke einige Vertreter entsenden konnte. Die Sozialdemokraten hatten aus Furcht vor einem Wahlerfolg der Kommunisten schon im Sommer die Regierung verlassen, was sie jedoch nicht vor einer Wahlniederlage verschonte.

Päts bildete am 25. Januar 1921 seine erste Regierung, in der neben der Bauernpartei auch die Partei der Arbeit, die Volkspartei und die kleine christliche Partei vertreten waren. Obgleich die Regierung eine der langlebigsten in Estlands Geschichte war, war sie dennoch sehr uneinig, und im Riigikogu, dem das Grundgesetz in der Praxis geradezu diktatorische Macht verlieh, entstand keinerlei gemeinsame Regierungspolitik. Die Parteien saßen ihrer Meinung nach auf zwei Stühlen, in Abhängigkeit vom Gesetzesentwurf in der Regierung oder in der Opposition.[21]

Die zerstrittene Volksvertretung und die schwache Regierung verhießen nichts Gutes für die Gesetzgebungsarbeit allgemein und für die Kulturautonomie im besonderen. Zu allem Überfluß war das Gesetz auch technisch kompliziert, weil man sich auf ein juristisch völlig neues Terrain begeben hatte. Es ging nicht um die Selbstverwaltung eines geographischen

---

20 Aun, Schutz (wie Anm. 3), S. 24 ff.
21 Mägi, Staatsleben (wie Anm. 4), S. 209 f.

Gebietes, vielmehr setzte die exterritoriale Autonomie detaillierte gesetzliche Regelungen voraus, wofür es wenige, wenn überhaupt internationale Vorbilder gab.[22] Anfang 1921 versuchte die deutschbaltische Partei die Kulturautonomie per bloßer einseitiger Erklärung zu gründen. Die Regierung ließ dazu verlauten, daß man ohne ein Gesetz die Kulturautonomie nicht gründen könne.[23] Die Vorbereitung des Gesetzes blieb trotz Protestes der Minderheiten im Ausschuß und Anfang 1922 im Unterausschuß stecken. Während der ein Jahr dauernden Behandlung im Ausschuß erzielte man dennoch Einigkeit darüber, daß die zu gründenden Selbstverwaltungsorgane öffentlich-rechtlichen Charakter haben sollten und sich an den Aufbau der Struktur der Kreisselbstverwaltungen anlehnen sollten. Das Gesetz wurde wegen seiner Neuartigkeit als vorläufiges Rahmengesetz geplant.[24]

Die Verzögerung wandte sich schließlich gegen die Esten. Die Deutschbalten hatten zielstrebig versucht, die Minderheitenpolitik Estlands und Lettlands zu einer internationalen Frage zu machen, was ihnen gut gelungen war. Eine der zentralen Figuren war hier der ehemalige russische Generalkonsul in London, Baron Alphons Heyking. Heyking initiierte eine regelrechte Propagandakampagne, um mit Hilfe der Entschädigungsfrage der estnischen Agrarreform die Aufmerksamkeit auf die Minderheitenfrage dieser Länder zu richten. Imre Lipping, der die Rolle von Heyking näher untersuchte, berichtet in seiner Dissertation von der Versammlung der geflohenen Gutsbesitzer in Berlin Ende 1919, auf der die Kampagne bis hin zu ihrer Finanzierung geplant wurde.[25] Leider enthüllt er nicht die Namen der Teilnehmer an der Versammlung oder andere Details. Wie geplant die Aktionen auch gewesen sein mögen, auf jeden Fall machten sie großen

---

22 Das Prinzip der exterritorialen Autonomie wurde um die Jahrhundertwende von den Austromarxisten im Hinblick auf die komplizierten Minderheitenfragen in der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie entwickelt.

23 Angelus, Kulturautonomie (wie Anm. 2), S. 14. Der ehemalige hohe Beamte im estnischen Innenministerium, der an der Formulierung des Kulturautonomiegesetzes von 1925 beteiligt war, kommentiert den Versuch der Deutschen folgendermaßen: „Ganz so einfach ging es nun freilich nicht. Es sollte ja kein Staat im Staat geschaffen werden und diejenigen deutschen Kreise, die in der Kulturautonomie vor allem eine Institution zur Wiederherstellung alter Rechte sahen und nicht einen grundsätzlichen neuen Anfang, sahen die Dinge falsch. Ihre Wünsche, Meinungen und Bestrebungen waren nur Wasser auf die Mühlen der Autonomiegegner im estnischen Lager, die sofort erklärten, mit dem Kulturautonomiegesetz käme die Gutsherrlichkeit des baltischen Adels in neuer, wenn auch getarnter, Form wieder." S. auch Garleff, Politik (wie Anm. 3), S. 106 f.

24 Garleff, Politik (wie Anm. 3), S. 107. Angelus läßt die Ehre der Auflösung des Pattzustandes Konstantin Päts zukommen; vgl. Angelus, Kulturautonomie (wie Anm. 2), S. 14.

25 Lipping, Land Reform Legislation (wie Anm. 8), S. 172.

Eindruck auf die Esten. Wilhelm v. Wrangell nimmt sich auch in seinem Manuskript zur Geschichte der deutschbaltischen Kulturselbstverwaltung Heyking vor:

> „Unbequem war Baron Heyking vor allem deswegen, weil er von seiner früheren Stellung her zahlreiche Verbindungen zu Diplomaten verschiedener Länder hatte, im Völkerrecht gut Bescheid wußte, und als Deutschbalte selbstverständlich über die tatsächlichen Verhältnisse in den baltischen Staaten bestens unterrichtet war."[26]

Heyking schrieb für die Außenministerien der West-Alliierten Denkschriften über die Agrarreformen in Estland und Lettland, veröffentlichte Pamphlete und, was am schwersten wog, bewirkte 1921 mit einer Eingabe an den Völkerbund eine Politisierung der Agrarreform, was die estnischen Diplomaten in eine Verteidigungsposition zwang.[27] Estlands Botschafter in Paris, Kaarel Pusta, und andere Diplomaten der jungen Republik mußten dann auch immer wieder versichern, daß die Verpflichtungen des Grundgesetzes eingehalten würden und in Estland kein Land „à la Russe" beschlagnahmt worden sei.[28] Pusta hielt seine Regierung im August 1922 auch dazu an, als erstes das Entschädigungsgesetz für das enteignete Land im Riigikogu durchzupauken. Der Völkerbundsrat beschloß im Februar 1923, in der Vollversammlung des Bundes im kommenden Sommer die Minderheitenfrage in Estland wieder aufzunehmen.[29]

Kurz danach begann am 6. März im Riigikogu die Behandlung des Entwurfs für das Kulturautonomiegesetz. Der Vorschlag war schon Anfang des Jahres im Parlament eingebracht worden, wurde aber erst kurz vor Ende der Legislaturperiode und vor den Neuwahlen auf die Tagesordnung gesetzt. Im Riigikogu hatten sich mehrere Gesetze angestaut, es war unsicher, ob man die Kulturautonomie, die innen- und außenpolitische Leidenschaften weckte, noch vor den kommenden Wahlen unter Dach und Fach bekommen würde. Das Gesetz wurde eingebracht von einer der

---

26 Wilhelm v. Wrangell, „Materialien zur Geschichte der deutschbaltischen Kulturselbstverwaltung in Estland" (Manuskript). Herder-Institut e.V., Archiv, Baltikum 51, S. 34. Über Heykings Kampagne s. Lipping, Land Reform Legislation (wie Anm. 8), S. 171-175.

27 Lipping, Land Reform Legislation (wie Anm. 8), S. 174; Kaarel R. Pusta, Saadiku päevik (Tagebuch eines Botschafters). Tallinn 1992, S. 97. Insgesamt gab es von den ehemaligen Gutsbesitzern vier Eingaben an den Völkerbund.

28 Pusta, Päevik (wie Anm. 27), S. 97.

29 Ebenda, S. 96 f.

Führungsgestalten der Partei der Arbeit, dem Chefredakteur von „Vaba Maa", Ado Anderkopp. Auch wenn es kein formales Junktim zwischen Kulturautonomie und Entschädigungsgesetz gab, wurde die Außenpolitik dennoch bereits in Anderkopps Eröffnungsrede zur zentralen Streitfrage:

> „Wie man die Sache auch betrachtet, eines ist deutlich, und zwar, daß die Minderheitenfrage nicht nur eine innere Angelegenheit des Staates ist, sondern daß es eine Frage von größerer Bedeutung ist und unumgänglich sein wird, daß der *Riigikogu* früher oder später den Wechsel einlösen muß, den der *Asutav Kogu* unseren Minderheiten gab."[30]

Die Haltung der in der Opposition befindlichen Sozialdemokraten zu dem Gesetz war eindeutig ablehnend. Der Abgeordnete Palwadre wies mit deutlichen Worten eine Verknüpfung der Außenpolitik mit der Kulturautonomie zurück:

> „Wenn der *Riigikogu* es für nötig erachtet, diese Gesetz eiligst durchzubringen, so ist der Hauptgrund dafür die Furcht vor dem Ausland, die Tatsache, daß Angehörige der nationalen Minderheiten im Ausland erklären, daß in Estland eine Politik der nationalen Unterdrückung herrscht. Derlei Klagen hört man vor allem aus der Richtung der ehemaligen baltischen Barone, die nicht gute Beziehungen zwischen Esten und Deutschen schaffen, sondern ihre ehemaligen Güter zurückhaben wollen."[31]

Der „grand old man" der Sozialdemokraten, Mihkel Martna, lehnte danach in einer wahren Marathonrede noch deutlicher die Kulturautonomie insgesamt ab. Martnas ressentimentgeladene Rede zog sich über 25 Seiten hin, er führte alle offenen Wunden aus der Vergangenheit an, begonnen mit dem nationalen Erwachen der Esten bis hin zu den Bluttaten von 1906.[32] Der dritte Vertreter der Sozialdemokraten, Karl Ast, ging am weitesten, indem er argwöhnte, die Deutschen würden lediglich im Schutze des Gesetzes ein trojanisches Pferd bauen. In den Augen Asts waren auch die Russen an der Intrige beteiligt: Schließlich würde in sowjetrussischen

---

30 I Riigikogu protokollid. IX istungjärk. 6.3.1923. Protokoll 216, S. 2006.
31 Ebenda, S. 2009 ff.
32 Ebenda, S. 2017-2041.

Zeitungen geschrieben, daß Narva noch keine russische Stadt, sondern noch Teil eines „Kartoffelstaats" sei. Die Deutschen und Russen müßten mit ihrer Vergangenheit aufräumen und die Esten von ihrer Treue gegenüber Estland überzeugen, erst danach sei eine Zusammenarbeit möglich.[33] Es war klar, daß die Abgeordneten der nationalen Minderheiten alle Behauptungen von einem Geheimbund schroff zurückwiesen.

Überraschenderweise schloß sich auch die Volkspartei von Tõnisson den Gegnern des Gesetzes an, obwohl sie im Ausschuß eine Verabschiedung des Gesetzes als Rahmengesetz unterstützt hatte. Jetzt waren gerade die Vorläufigkeit und Unbestimmtheit ein Argument gegen das Gesetz, man dürfe Tõnisson zufolge den Deutschen nicht die Möglichkeit geben, mit Hilfe eines ungenauen Gesetzes lokalpatriotische Herrengesellschaften zu errichten, womit lediglich eine „Irredenta" innerhalb der Grenzen Estlands unterstützt würde. Obwohl die Volkspartei nach Tõnissons Worten durchaus an der Verpflichtung des Grundgesetzes festhielt, könne man das Gesetz dennoch nicht ohne erneute Behandlung im Ausschuß befürworten. Auswärtigem Druck dürfe man nicht nachgeben, Intention des Gesetzes dürfe ja nicht sein, daß man den Staat in Schwierigkeiten brächte, nur damit seine Diplomaten es auf internationalem Parkett leichter hätten.[34] Das Befremdliche an Tõnissons Auftritt war, daß die von Kukk im vorangegangenen Herbst gebildete Regierung — allen voran vielleicht ihr Außenminister Aleksander Hellat — eine Annahme des Gesetzes befürwortete und die zum politischen Zentrum zu rechnende Volkspartei in der Regierung saß. Der Widerspruch erklärt sich z.T. durch die allgemeine Disziplinlosigkeit in der estnischen Innenpolitik. Bereits die eigene und im Riigikogu größte Partei des Ministerpräsidenten, die Partei der Arbeit, behielt sich im Bedarfsfalle das Recht vor, im Parlament gegen die übrige Regierung zu stimmen.[35] Die Volkspartei verhielt sich nur entsprechend der politischen Kultur des Landes. Mehr Bewegungsfreiheit bekam die Partei zudem dadurch, daß zwei andere Regierungsparteien, die Bauern und die Partei der Arbeit, in offenem Streit über die Agrarpolitik lagen. Die Regierung genoß eigentlich keineswegs das Vertrauen des Riigikogu, aber es lohnte sich auch nicht, sie wegen der Frage der nationalen Minderheiten zu stürzen. Auch stand die Minderheitenfrage auf der Liste der Regierung keineswegs an erster Stelle, die wirtschaftlichen

---

33 Ebenda, S. 2061 f. u. 2066 ff.

34 Ebenda, S. 2048-2053. In Tõnissons Rede ist seine positive Einstellung zur schwedischen Minderheit bemerkenswert: Die anderen Minderheiten hätten von Zeit zu Zeit die Irredenta angestrebt, aber „die Schweden gehörten natürlich nicht dazu".

35 Mägi, Staatsleben (wie Anm. 4), S. 212 ff.

Schwierigkeiten und das Anwachsen des kommunistischen Einflusses bereiteten genug Kopfzerbrechen.

Am meisten Verständnis für das Gesetz gab es in den Reihen der Bauernpartei und der Partei der Arbeit. Die von Päts geführten Bauern waren schon in der Agrarfrage sehr gemäßigt gewesen. Das Weltbild der Partei war konservativ und antisozialistisch, so gesehen war die Distanz zu den Deutschen nicht übermäßig groß. Die Partei der Arbeit rekrutierte ihre Mitglieder aus der unteren Mittelschicht der Städte und vor allem aus dem Kleinbauerntum, für die wirtschaftliche Fragen an erster Stelle standen. Die Radikalität der Partei der Arbeit verlosch mit der Verwirklichung der Agrarreform, ideologisch war sie nicht mehr besonders weit von der zum Zentrum zu rechnenden Volkspartei entfernt. Die Nationalitätenfrage stand aber vielleicht dennoch für die Volkspartei und vor allem ihren Gründer und Vorsitzenden Jaan Tõnisson an zentraler Stelle, war doch die gesamte politische Geschichte von Tõnisson ein einziger Kampf um das Estentum und sehr oft gegen die Deutschen und das Deutschtum gewesen. Seine Haltung gegenüber den nationalen Minderheiten (abgesehen von den Schweden vielleicht) war ablehnend.[36] Die Nationalitätenfrage war somit eine Angelegenheit, die die Esten auch innerhalb der Parteien in verschiedene Lager spaltete.

Die Behandlung des außenpolitischen Aspekts des Gesetzes wurde am 8. März 1923 fortgesetzt, als Tõnisson und Außenminister Hellat die Hauptrollen spielten. Hellat reduzierte das Problem des Gesetzes auf den Punkt, daß man in Europa das Gerede vom Zeitmangel des Parlaments nicht verstehen würde, das Gesetz sei eilig. Hellat wies auf die Aktivität von Alphons Heyking:

> „Heyking ist ein Symbol, und gegen dieses Symbol müssen wir kämpfen, wir müssen (...) ihm den Boden unter den Füßen entziehen, damit er nicht gegen uns arbeiten kann, das ist unsere Pflicht."[37]

Tõnisson antwortete, Heyking sei ein bloßer Scharlatan, vor dem man sich nicht zu fürchten brauche. Kernpunkt von Tõnissons Kritik war das auf die Kulturautonomie konzentrierte Modell, das seiner Meinung nach nur denjenigen zugute kam, die nach alten Privilegien strebten. Tõnisson schlug die Bildung von Kulturautonomien im Verbunde mit der lokalen

---

36 S. Garleff, Politik (wie Anm. 3), S. 110; Wrangell, Materialien (wie Anm. 26), S. 35 u. 116.

37 I Riigikogu protokollid. IX istungjärk. 8.3.1923. Protokoll 219, S. 2449.

Selbstverwaltung vor, während er die exterritoriale Autonomie und die dazugehörende Zentrale mit schroffen Worten ablehnte:

> „Es läuft ja niemand anders so herum wie dieser Baron Heyking. Wer sitzt ihm denn im Nacken? Glauben Sie, daß die deutschen Tantchen, die in Valga oder Võru sitzen und gerne sähen, daß ihre Neffen und Enkel in die örtliche Schule gehen, alle diese Exterritorialitäten diskutieren würden!? Nein, das sind andere Herrschaften, die solche Fragen aufwerfen. Deren Meinung nach muß man ‚retten, was noch zu retten ist'! (...) Wenn die Deutschen ihre Kulturautonomie treiben, — glauben Sie dann, daß das gut für unseren inneren Frieden sei? (...) Wird das nicht eine Gegenströmung in Bewegung setzen und Widerstand hervorbringen?"[38]

Während der Sitzung gerieten auch der ehemalige Außenminister Ants Piip und der neue Minister Hellat aneinander, deren Meinungsverschiedenheit sich auf die Erklärung über die Lage der nationalen Minderheiten in Estland, die Estland bei seinem Aufnahmeantrag an den Völkerbund gegeben hatte, bezog. Der ehemalige Außenminister glaubte im Gegensatz zu Hellat jedoch nicht, daß der Text des Aufnahmeantrags Estland zu irgendetwas verpflichten würde, die Minderheitenparagraphen des Grundgesetzes würden dem Völkerbund völlig ausreichen.[39]

Die Debatte über die Außenpolitik und möglicherweise auch das sich nähernde Ende der Legislaturperiode erhitzten die Gemüter dermaßen, daß eigentlich niemand mehr seine Rede ohne zahlreiche Zwischenrufe, Unterbrechungen und schließlich direkte Beleidigungen halten konnte. Die Abgeordneten der Bauernpartei hielten sich lange Zeit von dem ganzen Streit fern. Konstantin Päts griff erst gegen Ende der Sitzung ein, er war im Ausschuß einer der Hauptarchitekten des Gesetzentwurfs gewesen. Päts widersprach dem von Tõnisson vorgebrachten Gedanken, die Kulturselbstverwaltung an die lokale Selbstverwaltung zu knüpfen. Die Selbstverwaltungsorgane der nationalen Minderheiten könnten schon rein juristisch nicht als Teile einer anderen Selbstverwaltung fungieren, im Grundgesetz sei deutlich gesagt, daß die Minderheiten selbst ihre Autonomie regelten, nicht die estnischen Gemeinden. Des weiteren wunderte er

---

38 Ebenda, S. 2445 f.

39 Ebenda, S. 2421 u. 2435 ff. Allerdings unterstützte auch der ehemalige Außenminister den Gesetzentwurf, aber vor allem wegen der Verpflichtung von § 21 des Grundgesetzes.

sich über das späte Erwachen Tõnissons; warum sei denn die Kritik nicht im Ausschuß vorgebracht worden, in der die Volkspartei den Gesetzentwurf verteidigt hatte?[40]

Die Regierung hatte in dieser Phase bereits beschlossen, den Gegnern des Gesetzes nachzugeben. Innenminister Einbund (Eenpalu) kündigte an, daß — weil am Gesetzentwurf so viel auszusetzen gewesen sei — es besser sei, ihn an den Ausschuß zurückzuverweisen, der es dann zu gegebener Zeit dem neuen Riigikogu vorlegen würde. Die Sache war klar, als A. Jürman von der Bauernpartei feststellte, seine Gruppe werde auch für die Rückverweisung in den Ausschuß stimmen, weil die Macht der Regierung nach den Wahlen ohnehin nicht ausreichen würde, das Gesetz durchzubringen. Es ging um eine so neue Sache, daß es besser sei, den Gesetzentwurf noch zu verbessern. General Laidoner stimmte als einziger Abgeordneter der Bauernpartei dafür, das Gesetz in die zweite Lesung zu bringen; er war Estlands Vertreter beim Völkerbund und wußte sehr genau um den außenpolitischen Wert des Gesetzes.[41] Ansonsten wurde der Gesetzentwurf von den nationalen Minderheiten, der Partei der Arbeit, der kleinen christlichen Volkspartei und — ein wenig überraschend — auch von einigen Sozialdemokraten befürwortet.

Hermann Koch, Abgeordneter der deutschen Partei, verlas zum Abschluß der Sitzung eine gemeinsame Erklärung der nationalen Minderheiten, die die Enttäuschung zum Ausdruck brachte:

> „Hier liegt unserer Ansicht nach eine vorsätzliche, gewollte Handlung von denen vor, deren Zweck die Verschleppung des Gesetzes ist. Da aber die Autonomie im § 21 des Grundgesetzes vorgesehen ist, erschien es den Gegnern derselben nicht zweckmässig, mit offenen Karten zu spielen und die Autonomie abzulehnen. (...) Die Herren, die gegen uns waren, sollen jetzt aber auch nicht mehr behaupten, daß sie Träger der Völkerbundsgedanken sind und von ihnen das Grundgesetz uns gegenüber erfüllt worden ist."[42]

Es ist leicht, mit Kochs Sicht über den Lauf der Dinge einverstanden zu sein, es handelte sich hier, wenigstens was die Volkspartei anbetraf, um eine absichtliche Verschleppung, mit der möglicherweise bereits auf Stim-

---

40 Ebenda, S. 2456-2459.
41 Garleff, Politik (wie Anm. 3), S. 109.
42 I Riigikogu protokollid. IX istungjärk. 8.3.1923. Protokoll 219, S. 2473.

menfang gegangen wurde — die Kulturautonomie, die zum Wohle der Deutschen eingerichtet würde, gehörte in den Augen der estnischen Wähler bestimmt nicht zu den beliebtesten Gesetzen.

Aus Sicht der deutschen Partei sah die Zukunft im Herbst 1923 alles andere als rosig aus. Die Autonomie schien in unbestimmte Zukunft verschoben worden zu sein, und zu allem Überfluß teilte Tõnisson am 19. Juli dem neuen Riigikogu mit, daß ein eigener Gesetzentwurf der Volkspartei in Vorbereitung sei, der auf dem schon von früher her bekannten Gedanken der Verknüpfung von Selbstverwaltung und lokaler Selbstverwaltung aufbaue. Tõnisson stellte gleichzeitig fest, daß man darauf achten müsse, den Angehörigen der nationalen Minderheiten keinerlei dem Geist des Grundgesetzes widersprechenden Privilegien zu geben.[43] Der Entwurf der Deutschen, dem sich die anderen Minderheiten anschlossen, war nahezu identisch mit dem Entwurf, der im letzten Riigikogu behandelt worden war, dem Geschäftsbereich der Selbstverwaltungsorgane waren lediglich noch die kirchlichen Angelegenheiten hinzugefügt worden.[44]

Auch die Regierung fertigte ihren Entwurf für den Ausschuß zum 30. November an. Der späte Zeitpunkt läßt sich dadurch erklären, daß Estland nach den Wahlen die längste Regierungskrise seiner Geschichte erlebte (59 Tage). Es wurde eine zerstrittene Regierung gebildet, die sich aller größeren Neuerungen enthielt.[45] Bemerkenswert ist dennoch, daß die Sozialdemokraten bei der Abstimmung den Regierungsentwurf unterstützten: Er wurde, gestützt auf eine große Stimmenmehrheit, als Grundlage für die weitere Bearbeitung genommen.[46]

Die schlimmste Bremse bei der Verwirklichung der Kulturautonomie waren die Volkspartei und Jaan Tõnisson. Die Arbeit im Ausschuß zog sich hin, und nachdem Tõnisson gedroht hatte, das Kulturautonomiegesetz einer Volksabstimmung zu unterwerfen, wurde klar, daß ohne Unterstützung der Volkspartei das Vorhaben nicht vorankommen würde. In einer Volksabstimmung wäre der Gesetzentwurf sicherlich durchgefallen.[47]

---

43 II Riigikogu protokollid. 19.7.1923. Protokoll 10, S. 310.

44 Garleff, Politik (wie Anm. 3), S. 109.

45 Mägi, Staatsleben (wie Anm. 4), S. 230.

46 Auf Vorschlag von Werner Hasselblatt wurden die konkurrierenden Entwürfe im Sommer 1924 aus dem Ausschuß zurückgezogen. Zur Klärung des Meinungsumschwungs der Sozialdemokraten und der Minderheitenpolitik überhaupt müßte man das Archiv der Partei benutzen, wozu der Verfasser jedoch nicht die Möglichkeit hatte. Im Eesti Riigi Arhiiv (Estnisches Staatsarchiv, Tallinn) sind aus jener Zeit zumindest teilweise die Archive der Sozialdemokraten und der Volkspartei enthalten.

47 Päewaleht vom 14. Februar 1925: „Rahwahääletusel see seadus küll täielikult läbi kukkunud oleks."

Der zum liberalen Flügel der deutschen Partei gehörende Ewald Ammende[48] konnte in Privatgesprächen mit Tõnisson Anfang 1924 das Eis brechen. Tõnisson unterschrieb gemeinsam mit Werner Hasselblatt, Heinrich Pantenius und Ammende am 18. März eine grundsätzliche Einigung über die Organisation der Kulturautonomie. Zentraler Punkt war die strikte Trennung von Politik und Kultur zur Vermeidung der befürchteten Irredenta. Die Spitze sollte keine oberste Autorität, sondern eine öffentlich-rechtliche Körperschaft für das Schulwesen und andere kulturelle Angelegenheiten bilden. Andere Punkte waren Wahlen innerhalb der örtlichen Wahlbezirke in den Vertretertag und örtliche Kulturkuratorien.[49] Die Frage der sozialen Fürsorge blieb offen. Die mit Tõnisson zustandegekommene grundsätzliche Übereinkunft zeigte sich bald in einer anderen Streitfrage: „Am 3. April wurde mit 35 Stimmen eine Interpellation der deutschbaltischen Fraktion in der Sache der Entschädigung für das enteignete Inventar angenommen, in der die Frage gestellt wurde, was die Regierung gegen das geschehene Unrecht zu tun beabsichtige."[50]

Für die deutschbaltische Minderheit gab es genügend Anlaß zur Sorge, auch wenn die Beziehungen zu Tõnisson verbessert werden konnten. Im Frühjahr 1924 wurden die Gemüter durch den schon seit dem vorausgegangenen Herbst schwelenden Streit um den Besitz der Domkirche erhitzt.[51] Zur gleichen Zeit veröffentlichte der sozialdemokratische Abgeordnete Johan Jans in der Zeitung „Ühendus" einen „Gesetzentwurf", der die estnischen Diplomaten erschaudern ließ und demzufolge nicht einmal eine symbolische Entschädigung für das enteignete Land gezahlt werden würde. Die extreme Linke plante sogar eine Volksabstimmung über diese Sache.[52]

Gerade Jans war am meisten und schärfsten gegen die Kulturautonomie gestimmt, als der Ausschuß das Gesetz endlich am 6. Juni 1924 im Riigikogu einbrachte. Vorgestellt wurde es diesmal von Werner Hasselblatt, der

---

48 „Dieser einer wohlhabenden Kaufmannsfamilie aus Pernau entstammende begabte Journalist hatte sich die Bearbeitung des Minderheitenproblems in ganz Europa zu seiner Aufgabe gemacht und im Laufe der Jahre weitgehende Beziehungen angeknüpft." Wrangell, Materialien (wie Anm. 26), S. 116. Weiter heißt es: „Durch seine gute Information war er ein den meisten Estländern überlegener Gesprächspartner."

49 Ebenda, S. 116; Garleff, Politik (wie Anm. 3), S. 110.

50 Wrangell, Materialien (wie Anm. 26), S. 117.

51 Über den Streit um die Domkirche s. Garleff, Politik (wie Anm. 3), S. 121-129.

52 Pusta, Päevik (wie Anm. 27), S. 97 f. Nach dem am 6. März 1926 verabschiedeten Landentschädigungsgesetz wurden den ehemaligen Eigentümern letztlich nur ungefähr 3% vom Wert der Güter ersetzt. Zu sehr hohen Entschädigungen hätte der Staat andererseits auch gar nicht die Mittel gehabt.

nicht nur gegen Jans und die in den verschiedenen Parteien immer kleiner werdende Zahl der Gesetzesgegner, sondern auch gegen die Zeit kämpfen mußte: Das Gesetz war erneut das letzte auf der Tagesordnung, direkt vor der parlamentarischen Sommerpause. Jans, der sofort nach Hasselblatt das Wort erteilt bekam, wollte die Auspeitschungen der Jahre 1905/06, den Landeswehrkrieg, das Jahr der deutschen Besatzung 1918 ins Gedächtnis rufen:

> „(...) wo unsere demokratischen Selbstverwaltungen von denselben Herren aufgelöst wurden, die jetzt im Namen der Demokratie eine Selbstverwaltung fordern. (...) Wenn wir jetzt diesen Empfängern der Kulturautonomie, diesen Männern der Landeswehr die Freiheit lassen, so zu handeln, wie sie es nach ihren Prinzipien für richtig halten, dann ist das die Vernichtung unserer Demokratie, der Todesstoß für unsere demokratische Gesellschaft."[53]

Die Deutschbalten seien nicht einmal ein Volk, sondern bloß heruntergekommener Adel, der, gestützt auf auswärtige Hilfe, nichts anderes als ein neues Landratskollegium errichten wolle. Danach griff Jans noch die russische Minderheit an und schlug am Ende praktisch vor, das ganze Unterfangen zu begraben. Sein Vorschlag wurde deutlich abgelehnt.[54] Man kann Jans in der Autonomiedebatte für einen populistischen „Maulhelden" halten, der nur wenige Gefolgsleute hatte. Das Gesetz wurde in erster Lesung angenommen, jedoch nicht ohne Kritik; in den gemäßigteren Wortmeldungen kritisierte man vor allem, daß im Gesetzentwurf auch die Institutionen der sozialen Fürsorge in den Geschäftsbereich der Selbstverwaltungsorgane gehörten, obwohl ein allgemeines Gesetz zur Sozialfürsorge noch fehlte.

Die zweite Lesung des Gesetzes am 14. Juni 1924 mußte abgebrochen werden, weil nicht genügend Abgeordnete anwesend waren. Die besorgten deutschen Abgeordneten unternahmen am 17. und 18. Juni noch intensive Versuche, die vom Ältestenrat des Riigikogu angefertigte Tagesordnung, in der das Kulturautonomieprojekt an letzter Stelle stand, abzuändern, aber der Änderungsvorschlag fiel beide Male durch, beim zwei-

---

53 II Riigikogu protokollid. II istungjärk. 6.6.1924. Protokoll 114, S. 938 f.
54 Ebenda, S. 964.

ten Mal mit der Stimme des Vorsitzenden. Das Gesetz mußte auf die Rückkehr des Parlaments aus den Sommerferien warten.[55]

Die zweite Lesung wurde erst am 17. Oktober fortgesetzt. In schmerzlich langen Debatten über technische Details des Gesetzes profilierten sich vor allem die Sozialdemokraten Jans, Wirma und Rei. Die Gruppe der Sozialdemokraten war geteilt, denn der Abgeordnete Jõeäär verteidigte die Kulturautonomie. Neue Aspekte wurden eigentlich nicht mehr hervorgebracht. Rei schlug vor, das Gesetz für technische Korrekturen zurück an den Ausschuß zu verweisen. Gleichzeitig wollte Rei die Regierung verpflichten, Fragen des Geschäfts- und Aufgabenbereiches der Selbstverwaltung zu präzisieren. In geheimer Abstimmung wurde sein Antrag überraschenderweise mit 29 gegen 14 Stimmen angenommen (anwesend waren nur 64 Abgeordnete).[56]

Die Kulturautonomie wurde ein Opfer der estnischen Parteipolitik: Im Amt war Akels zentrale Minderheitsregierung, die nur von der Volkspartei, der Partei der Arbeit und der Christlichen Volkspartei unterstützt wurde (zusammen 28 Stimmen). Die Bauernzeitung „Kaja" berichtete folgendermaßen über die Ereignisse:

> „Nehmen wir nur mal zum Beispiel das Selbstverwaltungsgesetz der nationalen Minderheiten. In der Regierungsloge sitzen der Außen- und der Innenminister. Beide sind, wie wir wissen, an diesem Gesetz interessiert. Obgleich sie aber sehen, daß ihrer Gruppe die sichere Unterstützung für die Sache fehlt, wagen sie es nicht, den Standpunkt der Regierung vorzubringen. Und so wandert der Gesetzentwurf zurück in den Ausschuß, so wie in letzter Zeit alle mehr oder weniger wichtigen Gesetzesvorschläge. Nur Unbedeutendes wird zum Abschluß gebracht."[57]

Die Bauern würden „Kaja" zufolge die Kulturautonomie prinzipiell unterstützen, stimmten aber dagegen, weil sie der Passivität der Regierung angesichts der Kritik der Linken überdrüssig geworden seien. Es war die

---

55 II Riigikogu protokollid. 17.6.1924. Protokoll 118, S. 153, u. 18.6.1924. Protokoll 119, S. 226-229. Axel de Vries, eine der Führungsgestalten der Deutschen, schrieb am 26. September in den „Dorpater Nachrichten" dazu, er glaube nicht, daß die Esten prinzipiell gegen das Gesetz seien, Ursache für die Verschleppung sei vielmehr die Neuartigkeit und gesetzestheoretische Schwierigkeit des Gesetzes. Es ist jedoch deutlich, daß ein Teil der Esten den Fortgang des Gesetzesprozesses ganz absichtlich erschwerte.

56 II Riigikogu protokollid. VI istungjärk. 17.10.1924. Protokoll 44, S. 1072 f.

57 Kaja vom 22. Oktober 1924.

Aufgabe der Regierung, das Rahmengesetz mit Verordnungen zu ergänzen, und aus dem Schweigen der Regierung könne man nichts anderes schließen, daß sie gegen das Gesetz sei.[58] Diese politische „Pirouette" war natürlich möglich, besonders im damaligen Riigikogu mit 14 Parteien. Hinter der Haltung der meisten Sozialdemokraten verbarg sich allerdings unverblümter Widerwille gegen die Autonomie.

In den folgenden Monaten wurde der Gesetzentwurf zwischen Ausschuß und Riigikogu hin und her geschoben. Werner Hasselblatt war nur dann bereit, das Gesetz einzubringen, wenn sich als zweite Person dazu der Sozialdemokrat Jõeäär bereitfinden würde.[59]

Die Annahme des Gesetzes wurde jedoch durch den kommunistischen Putschversuch in Tallinn am 1. Dezember 1924 entschieden. Der von der Komintern organisierte Versuch mißlang kläglich, aber in seiner Folge wurde die estnische Gesellschaft patriotischer und teilweise auch militanter.[60] Akels Minderheitsregierung wurde durch die Regierung Jaakson ersetzt, an der sowohl die ehemaligen Zentrumsparteien als auch die Bauern und die Sozialdemokraten beteiligt waren. Die Regierung — und auch die Abgeordneten der nationalen Minderheiten — nutzten den Schock aus, um die Meinungsverschiedenheiten, die das Staatsleben gelähmt hatten, auszuräumen.

Für das ineffektive politische System Estlands war die vaterländische Begeisterung nicht mehr als ein vorübergehender Trost, den Minderheiten dagegen gelang es, mit Hilfe dieser Krise die Verschleppung der Kulturautonomie mit einem Schlag wie durch Zauberei zu beenden. Die technischen Verbesserungen wurden im Ausschuß zwei Tage nach dem Putsch angefertigt, und sowohl Ministerpräsident Jaakson, Innenminister Einbund (Eenpalu) als auch Parlamentspräsident Tõnisson bekräftigten in Gesprächen mit den deutschen Abgeordneten, daß eine Rückverweisung des Gesetzes in den Ausschuß nun nicht mehr in Frage käme.[61]

Genau so geschah es. Als das Gesetz am 27. Januar zur zweiten Lesung eingebracht wurde, schlug der Abgeordnete Wirma noch einmal eine Rückverweisung in den Ausschuß vor, aber er unterlag in der Abstim-

---

58 Kaja vom 23. Oktober 1924. Der „Revaler Bote" zweifelte in seiner Nummer vom 25. Oktober an der komplizierten Logik von „Kaja". Die dem Zentrum nahestehenden „Päewaleht" und „Waba Maa" berichteten völlig neutral.

59 Revaler Bote vom 28. Oktober und 12. November 1924.

60 Hain Rebas, Probleme des kommunistischen Putschversuches in Tallinn am 1. Dezember 1924, in: Annales Societatis Litterarum Estonicae in Svecia 9: 1980–1985 (1985), S. 161-200, hier S. 163.

61 Garleff, Politik (wie Anm. 3), S. 163.

mung eindeutig.[62] Am nächsten Tag gab es nicht einmal mehr Wortmeldungen, der Vorschlag kam sofort in die dritte Lesung, in der keinerlei Änderungen mehr vorgenommen werden konnten. Estlands Gesetz über die Kulturautonomie der nationalen Minderheiten wurde endgültig am 5. Februar 1925 verabschiedet, wobei die einzige Gegenstimme von Johan Jans kam.[63]

Auf Grundlage des Gesetzes erhielt jede Minderheit, die wenigstens 3 000 Personen zählte, die Möglichkeit, einen aus lokalen Wahlkreisen gewählten, 20-60 Mitglieder starken Kulturrat zu bilden, der hinsichtlich seiner Mitglieder das Besteuerungsrecht erhielt.[64] Der Selbstverwaltung wurden zusätzlich staatliche Steuermittel zur Verfügung gestellt, weil sie nach Art der Schulbehörde die Erfüllung öffentlicher Aufgaben übernahm. Das Gesetz fußte auf dem Prinzip der exterritorialen Autonomie: Die Mitglieder der Minderheiten ließen sich auf Wunsch in sogenannte Kataster eintragen und erhielten das Stimmrecht für die im Abstand von drei Jahren abzuhaltenden Wahlen zum Kulturrat. Die Minderheiten vertraten die ganze Zeit die Einrichtung eines Zwangskatasters, doch konnten sie dieses Ziel wie auch die Mitaufnahme der sozialen Fürsorge und der kirchlichen Angelegenheiten in das Gesetz nicht erreichen.

Das Gesetz kam den Deutschen und Juden zugute, weil sie im Gegensatz zu den Russen und Schweden nirgendwo eine lokale Mehrheit bildeten. Die deutsche Kulturselbstverwaltung nahm ihre Arbeit am 1. November 1925 auf, die der Juden am 6. Juni 1926. Beide arbeiteten bis zum Zweiten Weltkrieg, auch während der autoritären Regierung von Päts in der zweiten Hälfte der 30er Jahre wich man vom Wege der toleranten Minderheitenpolitik nicht mehr nennenswert ab.

Warum war der Riigikogu bereit, den nationalen Minderheiten die Kulturautonomie zu geben? Zunächst muß man hier recht triviale, aber doch wesentliche äußere Umstände beachten: Nur 12% der Bevölkerung gehörten einer der nationalen Minderheiten an. Selbst wenn die Minderheiten politisch effektiv zusammengearbeitet hätten — was in Estland aufgrund der verschiedenen Ausgangspunkte und Bedürfnisse kaum geschehen konnte —, hätten sie dennoch keine ernsthafte Bedrohung für die Hegemonie der Esten darstellen können.

---

62 II Riigikogu protokollid. IV istungjärk. 27.1.1925. Protokoll 191, S. 474.

63 Ebenda, 5.2.1925. Protokoll 193, S. 558.

64 Es ist hier nicht nötig und möglich, auf die technischen Details des Gesetzes einzugehen; s. hierzu Angelus, Kulturautonomie (wie Anm. 2), u. Maddison, Minderheiten (wie Anm. 3).

Im Verbunde damit ist die von Tõnisson und den Deutschen in Verhandlungen erreichte Übereinkunft darüber, daß Politik und Kultur getrennt würden, einer der zentralen Züge des Kulturautonomiegesetzes, der es für die Esten annehmbarer machte. Als dann im Gesetz noch der Regierung die Möglichkeit garantiert wurde, den Kulturrat aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben, verschwand spätestens auch die Furcht vor „Irredenta" oder einem „Trojanischen Pferd".

Auswärtiger Druck hatte seinen Anteil an der Entstehung des Gesetzes. Europas neue Staaten, nicht zuletzt auch Estland, bauten ihre Sicherheit auf den Völkerbund, und dieser verlangte von seinen Mitgliedern die Respektierung der Rechte der Minderheiten. Ein Abrücken von der Verpflichtung des § 21 des Grundgesetzes hätte Estlands internationalem Image geschadet und seine Position im Völkerbund geschwächt. Alphons Heyking war nicht der einzige, wenn auch bald der auffälligste der Meinungsmacher, die in den 20er Jahren außerhalb der Landesgrenzen aktiv waren. Auch die Deutschtumspolitik des Auswärtigen Amtes begann hinter den Kulissen zu wirken.[65] Auch der entscheidende Anstoß für die Verabschiedung des Gesetzes kam sozusagen von außen in Form des Putsches der Komintern bzw. der Kommunisten. Aus dem gleichen Grund tastete Konstantin Päts in den 30er Jahren staatsklug die Rechte der Minderheiten nicht nennenswert an, als die extreme Rechte eine Bedrohung darstellte. Die Loyalität der Minderheiten stützte Päts' Regierung. Man kann das Gesetz mit voller Berechtigung auch als eine Art immaterielle Entschädigung für die in der Agrarreform erlittenen Verluste ansehen.

Der dritte Aspekt des Gesetzes ist eher psychischer Natur. Unter den Esten war ein Hang zu expansivem Nationalfanatismus nach Art der großen „Kulturvölker" Europas auch trotz der bisweilen zugespitzten Parlamentsreden doch sehr selten. Den Esten fehlte die „Mission", sie erfüllten als junge Gesellschaft keinerlei historische Aufgabe. Trotz der rauhen Erfahrungen der Vergangenheit — oder vielleicht gerade ihretwegen — gab es Raum für Toleranz. Werner Hasselblatt drückt die Sachlage konkreter aus: „Der psychologisch wesentliche Grund (für die Kulturautonomie; V. V.) liegt daran, daß zu russischen Zeiten nicht nur die Deutschen und die Schweden Estlands, sondern auch die Esten selber lange Zeit den muttersprachlichen Unterricht entbehren mußten, und nicht 10 v.H. der gegenwärtig im Parlament sitzenden Abgeordneten einen muttersprachli-

---

[65] Lipping, Land Reform Legislation (wie Anm. 8), S. 251 f., stellt dar, wie Deutschland wenig später die Ratifizierung des Handelsvertrages als Druckmittel in der Entschädigungsfrage der Agrarreform benutzte.

chen Bildungsgang haben genießen können."[66] Schließlich ist die Aktivität und Hartnäckigkeit vor allem der deutschbaltischen Minderheit bei der Durchsetzung des Gesetzes zu bedenken. Die Mehrheit der Deutschen wollte sich aktiv den neuen politischen und kulturellen Realitäten anpassen und ihre wirtschaftliche und kulturelle Lage verbessern. Die Agrarreform war nicht vergessen, geschweige denn verziehen, aber das Leben in der Vergangenheit wurde von Jahr zu Jahr beschwerlicher.

Aus dem Finnischen übersetzt von Cornelius Hasselblatt, Göttingen

[66] Werner Hasselblatt, Die Kulturautonomie in Estland, in: Süddeutsche Monatshefte (1928/29), S. 706.

„Aus der Heimat ins Vaterland". Die Umsiedlung der Deutschbalten aus dem Blickwinkel estnischer nationaler Gruppierungen

von Jüri Kivimäe

In der Geschichte der Deutschbalten bedeutet die Umsiedlung eine tiefe Zäsur. Die Erforschung der Umsiedlung war fast ausnahmslos das Erbeigentum von Historikern und Publizisten baltischer bzw. deutscher Herkunft. Die von Dietrich A. Loeber unter dem Titel „Diktierte Option" herausgegebene umfangreiche Dokumentation[1] und die maßgebende Untersuchung von Jürgen v. Hehn[2] sowie zahlreiche kürzere Einzeldarstellungen und Erinnerungen beweisen, daß das Umsiedlungs-Thema für die historische Forschung kein Desiderat ist. Die relevanten Forschungsergebnisse und auch die weiteren Forschungsaufgaben faßte Rex Rexheuser in seinen „Thesen zur Umsiedlung der Deutschbalten 1939" folgendermaßen zusammen:

> „Wer die Umsiedlung der Deutschbalten durch das Deutsche Reich im Jahre 1939 studiert, hat vor allem auf zwei Fragen eine Antwort zu suchen: warum das Reich die Umsiedlung wollte, warum die Balten sich haben umsiedeln lassen. Beide Fragen sind schon oft gestellt worden, von Zeitgenossen und Nachgeborenen, von interessierten Laien wie von professionellen Historikern. Trotzdem bleiben die Antworten, die man gegeben hat, in wichtigen Punkten bis heute kontrovers oder unzugänglich."[3]

Ergänzend zu diesen wichtigen Forschungsaspekten kann man eine weitere komplizierte Frage stellen: Welche Reaktionen, Stellungnahmen und Meinungsäußerungen rief die Umsiedlung der Deutschbalten bei den

---

1 Diktierte Option. Die Umsiedlung der Deutsch-Balten aus Estland und Lettland 1939–1941, Dokumentation zusammengestellt u. eingel. v. Dietrich A. Loeber. 2. Aufl., Neumünster 1974.

2 Jürgen v. Hehn, Die Umsiedlung der baltischen Deutschen — das letzte Kapitel baltisch-deutscher Geschichte. 2. Aufl., Marburg a.d.L. 1984 (Marburger Ostforschungen. 40.).

3 Rex Rexheuser, Thesen zur Umsiedlung der Deutschbalten 1939, in: Baltisches Jahrbuch 6 (1989), S. 218; vgl. ders., Die Umsiedlung der Deutschbalten 1939. Versuch einer historischen Einordnung, in: Jahrbuch des baltischen Deutschtums 36: 1989 (1988), S. 9-27.

Esten und Letten selbst damals hervor. Eine solche Fragestellung fehlt bei Loeber und v. Hehn nicht, ist aber nicht besonders tief analysiert worden.[4]

In der sowjetestnischen Literatur der Nachkriegszeit kann man höchstens einige wenige Zeilen über die Umsiedlung finden. Die Darstellung der Umsiedlung im Buch des sowjetestnischen Historikers Jaroslav Raid[5] ist eher eine Ausnahme — möglicherweise eine Auftragsarbeit von maßgeblicher Stelle — und inhaltlich wegen der politischen Einseitigkeit heute völlig unannehmbar. Die Aktion wurde zumeist verschwiegen, verursacht durch die sowjetische Interpretation der estnischen Außenpolitik in den Jahren 1939/40. Zur Rechtfertigung von Besatzung und Annexion Estlands seitens der Sowjetunion und der Roten Armee hatte man das Konzept der Bedrohung Estlands durch Deutschland (oder das „Abdriften" der estnischen Außenpolitik ins Kielwasser Berlins) erfunden — der schnelle Abtransport der Deutschbalten aus Estland paßte nicht in dieses Konzept.

Erst die neuen politischen Entwicklungen in Estland seit 1988 machten die veränderten Einstellungen der Esten gegenüber den Deutschbalten deutlich. Das Problem der Deutschbalten und des deutschbaltischen Kulturerbes spiegelt(e) sich in zweierlei Fragen wider: erstens der nach nationaler und kultureller Identität der Esten, was mit der Frage nach kultureller Zugehörigkeit sehr eng verbunden ist, und zweitens der Frage nach den fatalen Folgen des Hitler-Stalin-Paktes von 1939 für die Esten und für Estland, obwohl die ersten Opfer des Paktes im Baltikum eigentlich die Deutschbalten gewesen waren.

Im Unterschied zur politischen Geschichtsschreibung soll hier die Umsiedlung als bedeutsames Kapitel der ostbaltischen Mentalitätsgeschichte betrachtet werden, wobei wir uns in erster Linie mit den unmittelbaren Widerspiegelungen der Umsiedlung in der zeitgenössischen estnischen Presse auseinandersetzen. Die Meinung ist weit verbreitet, in Estland hätte man sich gegenüber den Umsiedlern freundlicher als in Lettland geäußert,

---

4 v. Hehn, Umsiedlung (wie Anm. 2), S. 163-171; Dietrich A. Loeber, Baltisakslaste ümberasumine Eestist ja Lätist. Tagasivaade 50 aasta distantsilt (Die Umsiedlung der Deutschbalten aus Estland und Lettland. Rückblick 50 Jahre danach), in: Looming (1989), Nr. 9, S. 1234-1241; vgl. auch Oskar Angelus, Die Umsiedlung der Estlanddeutschen 1939/40 aus estnischer Sicht, in: Baltische Hefte 15 (1969), S. 104-143; Bernd Nielsen-Stokkeby, Die Umsiedlung der Deutsch-Balten aus estnischer Sicht, in: Baltisches Jahrbuch (1989), S. 220-225; für Lettland und Litauen vgl. auch Adolfs Šilde, Die Umsiedlung aus lettischer Sicht, in: Ebenda, S. 225-233; Arthur Hermann, Die Umsiedlung der Litauendeutschen aus litauischer Sicht, in: Ebenda, S. 234-241.

5 Jaroslav G. Raid, Pribaltijskije nemcy v buržuaznoi Estonii (1920–1940) (Die Deutschbalten im bürgerlichen Estland <1920–1940>). Tallin 1978, hier bes. S. 88-126.

wo das Verhalten kühler, wenn nicht sogar feindlich gewesen sei.[6] Es ist die Aufgabe dieses Aufsatzes zu untersuchen, inwieweit eine solche Einschätzung begründet, wie diese Stellung in der estnischen Gesellschaft zu erklären ist.

Ein einfacher Staatsbürger, der Anfang des Jahres 1939 in Estland lebte, konnte im besten Fall ahnen, aber nicht glauben, welche Lawine von Ereignissen und Veränderungen ihn am Ende des Sommers und im Herbst erwarten würde. Doch die Zeitgenossen begriffen das Außerordentliche der Zeit, wenn sie schrieben: „In Monden, Wochen und selbst in Tagen geschehen nun solche Ereignisse — von denen wir weder hätten träumen können noch weniger sie vorausahnen, und deren Entwicklung in gewöhnlicher Zeit Jahrzehnte gedauert hätte.“[7]

Als am 23. August 1939 der deutsch-sowjetische Pakt abgeschlossen wurde, wurde dieser in der Öffentlichkeit als ein gewaltiger Schritt zur Sicherung des Friedens interpretiert. Nur ein skeptischer Landwirt konnte glauben, dabei werde nichts Gutes herauskommen. Er hatte offensichtlich recht, denn kaum hatte der Oberste Sovet in Moskau am Nachmittag des 31. August, einem Donnerstag, den Vertrag ratifiziert, brach am nächsten Tag — dem 1. September — der Krieg aus: Am frühen Freitagmorgen griff Deutschland Polen an. Auch in Estland wurde im September der Ausnahmezustand verkündet. Kaum drei Wochen nach Kriegsbeginn — am 17. September — überschritten sowjetische Truppen die polnische Grenze; das Ende des polnischen Staates nahte. Am darauffolgenden Tag wurde in Estland Zucker rationiert (im Monat 800 g pro Person). Bisweilen kam es zu Panikkäufen; ebenso wurde der Benzinverkauf eingeschränkt, und ab 21. Oktober wurde Petroleum für Lampen nur auf Karten ausgegeben.

Am Freitag, dem 29. September, teilten die Morgenblätter mit, tags zuvor sei in Moskau ein gegenseitiger Beistandspakt zwischen Estland und der Sowjetunion unterschrieben worden; und als Staatspräsident Konstantin Päts am selben Tage in seiner Rundfunkrede versicherte, der estnische Staat sei so sicher wie zuvor,[8] glaubten viele, Päts habe den estnischen Staat verkauft.[9] Wieder beruhigte die Presse die Menschen, der Pakt zwi-

---

6 v. Hehn, Umsiedlung (wie Anm. 2), S. 171; Loeber, Ümberasumine (wie Anm. 4), S. 1236.

7 Vgl. Enno Rajandi, Nimede eestistamine seoses ühe ajaloolise sündmusega (Die Estisierung der Namen in Verbindung mit einem historischen Ereignis), in: Eesti Noorus 11 (1939), Nr. 11, S. 352.

8 Päevaleht Nr. 266 vom 1. Oktober 1939.

9 Erinnerungen von Helmut Piirimäe, in: Estnisches Radio vom 12. August 1988.

schen der Großmacht und dem kleinen Estland sei sehr vorteilhaft, Gerüchte über die Teilung Osteuropas in Interessensphären seien nur leeres Gerede.

Die große Politik bot neue Überraschungen. Der Ruf Hitlers zur „Rückkehr ins Reich" in seiner Rede vom 6. Oktober 1939 verschärfte die angespannte gesamtpolitische Lage in den baltischen Staaten noch mehr. Unter anderem verkündete er, Deutschland werde die deutschen Minderheitengruppen im Osten und Südosten Europas für alle Zeiten auflösen und sie nach Deutschland zurückholen.[10] Die breite Öffentlichkeit Estlands traf diese Nachricht vollkommen unerwartet. Wenn auch die Umsiedlung der Deutschen aus dem zu Italien gehörenden Südtirol im Gange war, wollte man doch nicht glauben, daß dasselbe Schicksal auch die Deutschbalten ereilen würde. Doch die Tatsache, daß deutsche Handelsschiffe zur Durchführung der Umsiedlung der in Estland lebenden deutschen Volksangehörigen schon am Tag nach der offiziellen Erklärung dieser Nachricht auf der Tallinner Reede erschienen, wirkte schockierend. Der Chefredakteur der einflußreichen und auflagenstärksten estnischen Tageszeitung „Päevaleht" („Tageblatt"), Harald Tammer, versuchte die Stimmung zu beruhigen und schrieb in seinem Leitartikel, die Abwanderung der deutschen Minderheit stehe in keinerlei Zusammenhang mit dem zwischen Estland und der Sowjetunion abgeschlossenen Beistandspakt und dessen Durchführung, was auch von der deutschen Regierung bekräftigt wurde.[11]

Die Befürchtungen des Volkes waren nicht unbegründet. Heute wissen wir, daß am 28. September 1939 neben dem deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag auch das Geheimprotokoll zur Übersiedlung der im sowjetischen Interessengebiet wohnhaften Reichsdeutschen und Personen deutscher Abstammung nach Deutschland oder in deutsches Interessengebiet unterzeichnet wurde.[12] Der Inhalt dieses Protokolls war auch in Tallinn bekannt, was die Blitztelegramme der deutschen Gesandtschaft in Tallinn beweisen. Der deutsche Gesandte Frohwein meldete am 5. Oktober an das Auswärtige Amt in Berlin: „Überstürzte Benachrichtigung deutscher Volksgruppe über plötzlichen Abtransport mit Überlas-

---

10 Auszüge aus Adolf Hitlers Rede s. Diktierte Option (wie Anm. 1), S. 79 ff. (Dokument Nr. 72); vgl. Päevaleht Nr. 272 vom 7. Oktober 1939. Allgemein über die Umsiedlung der Deutschen s. Janusz Sobczak, Hitlerowskie przesiedlenia ludności niemieckiej w dobie II wojny światowej (Hitlers Umsiedlungen der deutschen Bevölkerung während des Zweiten Weltkrieges). Poznań 1966.

11 H[arald] T[ammer], Saksa vähemusrahvuse väljaränd (Der Auszug der deutschen Minderheit), in: Päevaleht Nr. 274 vom 9. Oktober 1939, S. 2.

12 Diktierte Option (wie Anm. 1), S. 46 (Dokument Nr. 41).

sung Risiko an Zurückbleibende sowie auffälliges Erscheinen von Transportdampfern würde automatisch Panik nicht nur bei Deutschen, sondern bei Gesamtbevölkerung hervorrufen und damit innen- und außenpolitische Lage des Landes katastrophal verschlechtern."[13]

Diese und andere Fakten sprechen dafür, daß deutsche Politiker und Diplomaten sowie die Führung der deutschbaltischen Minderheit Ende September und Anfang Oktober 1939 klar erkannten, daß die Besetzung Estlands und des Baltikums durch sowjetische Truppen nur eine Frage der Zeit war. Die Eile, in der die Umsiedlungsaktion begann, war dennoch nicht von Panik gekennzeichnet. Die Sachlage bis zum 15. Oktober, d.h. bis zur Unterzeichnung des Protokolls über die Umsiedlung zwischen Estland und Deutschland in Tallinn, läßt vermuten, daß die deutsche Seite mit der sofortigen sowjetischen Okkupation oder wenigstens mit der Besetzung aufgrund militärischen Widerstands in Estland rechnete. Die Entspannung der Lage war möglicherweise ausschlaggebend für die Verlängerung des Umsiedlungstermins bis zum 31. März 1940. Ein entsprechender Vorschlag der deutschen Regierung wurde in Tallinn am 11. Oktober 1939 bekanntgegeben.

Die Vorbereitungen und die Durchführung der Umsiedlung der Deutschbalten aus Estland fanden soviel Echo in der estnischen öffentlichen Meinung, als ob es sich um eine beachtliche Anzahl der Gesamtbevölkerung Estlands gehandelt hätte. Die Deutschbalten bildeten in Estland die zweitgrößte nationale Minderheit. Nach der Volkszählung von 1934 waren in Estland 16 346 Deutschbalten ansässig; zahlenmäßig war die deutsche Volksgruppe in Estland relativ klein (1934 1,5% der Gesamtbevölkerung).[14] Bei der Deutschen Kulturselbstverwaltung waren am 1. Oktober 1938 14 192 Personen und am 31. März 1939 14 023 Personen registriert.[15] Während der Umsiedlung von 1939/40 verließen 12 660 (nach anderen Angaben 14 400) deutsche Volksangehörige Estland. Infolge der Nachumsiedlung 1941 wanderten noch einmal rund 7 000 Personen aus Estland aus, darunter bekanntlich viele Esten.[16]

---

13 Ebenda, S. 65 (Dokument Nr. 61).

14 Vgl. die Analyse von R. Kadaja, Vähemusrahvused Eestis (Die Minderheiten in Estland), in: Tähised II. Eestluse aastaraamat (Die Zeichen II. Jahrbuch des Estentums). Tartu 1936, S. 29-55.

15 Nach Angaben von Päevaleht Nr. 275 vom 10. Oktober 1939, S. 6; vgl. auch K. Baron Maydell, Die Baltendeutschen vor ihrer Umsiedlung. Ein statistischer Rückblick, in: Jomsburg 4 (1940), S. 76 ff., wo die Anzahl der Deutschen nach dem Nationalkataster der Deutschen Kulturselbstverwaltung in Estland nur mit 13 852 angegeben ist.

16 Diktierte Option (wie Anm. 1), S. 52; vgl. Oskar Angelus, Tuhande valitseja maa. Mälestusi Saksa okupatsiooni ajast 1941–1944 (Das Land der tausend Herrscher.

Ungeachtet der relativ geringen Gesamtzahl stand die Auswanderung der Deutschbalten im Mittelpunkt der estnischen öffentlichen Meinung. Seit der zweiten Oktoberwoche 1939 wurde das Verhalten der örtlichen deutschen Volksgruppe in der estnischen Presse mit aufmerksamem Interesse beobachtet. Wichtige Tagesblätter veröffentlichten objektive Reportagen. Es wurde bemerkt, daß die Entscheidung für die Umsiedlung unter Sorgen und Tränen getroffen worden war. Die Zeitungen vermeldeten einen beispiellosen Verkauf von Reisekoffern, den Anstieg von Blitzheiraten usw. Mit einiger Ironie zitierte die estnische Presse den Aufsatz „Heimkehr der Deutschen Estlands ins Reich" aus der „Revalschen Zeitung" vom 9. Oktober: „(...) Wir folgen einem Ruf, der Veränderung von gewaltigem Ausmaß im Leben der Völker und Länder Osteuropas mit sich bringen wird (...) Unsere Volksgruppe wird den Anforderungen, die die nächste Zeit an sie stellen wird, in derselben Geschlossenheit und Disziplin gerecht werden, welche unsere Vorfahren gezeigt haben, wenn es um große Entscheidungen der Geschichte ging."[17]

Diese „Kreuzzugsmentalität" nahm die estnische Presse mit Freude zur Kenntnis. Ein Journalist mit dem Pseudonym „Der moderne Historiker" äußerte sich in der Zeitschrift „Tänapäev" („Heute") sehr direkt: „Siebenhundert Jahre haben wir versucht sie loszuwerden, nun endlich ist ein Mensch gefunden worden, der diese Aufgabe gelöst hat. Das freut alle Esten, die sich als Esten fühlen, und selbst die freuen sich, die auf die Führung keinen großen Wert legen."[18]

Nach Meinung mehrerer Beobachter löste die Umsiedlung *innenpolitisch* einen bedeutenden Gegensatz. Besonders konsequent demonstrierte dies die vom „Estnischen Patrioten-Klub" („Eesti Rahvuslaste Klub") veröffentlichte Zeitschrift „ERK". Einer der Autoren des „ERK", Juhan Vellerind, meinte im Spätherbst 1939: „Die Mehrheit des estnischen Volkes hat den Wunsch nach Beseitigung der letzten Reste des Ordensstaates mit großer Genugtuung entgegengenommen, weil die Erfahrungen der zwanzigjährigen Eigenstaatlichkeit bewiesen haben, daß das Zusammenleben mit der örtlichen deutschen Minderheit sich für die beiden Seiten als ziemlich schwer erwiesen hat, und es ein vergeblicher Traum wäre, von

---

Erinnerungen aus der deutschen Besatzungszeit 1941–1944). Stockholm 1956, S. 11; Arvid v. Nottbeck, Menschen und Zahlen in der Umsiedlung, in: Jahrbuch des baltischen Deutschtums 18: 1971 (1970), S. 65.

17 Revalsche Zeitung Nr. 230 vom 9. Oktober 1939; vgl. Päevaleht Nr. 275 vom 10. Oktober 1939, S. 6.

18 Tänapäeva ajaloolane (Der moderne Historiker), Balti sakslased ja Eesti ajalugu (Die Deutschbalten und die Geschichte Estlands), in: Tänapäev (1940), Nr. 2/3, S. 53.

19 Juh[an] V[ellerin]d, Sakslaste lahkumine (Der Abschied der Deutschen), in: ERK (1939), Nr. 5, S. 235.

dieser Minderheit ein loyales Verhalten gegenüber der estnischen Staatlichkeit und der Mehrheitsnation zu erwarten."[19] Karl Särgava, Chefredakteur des „ERK", resümierte in seinem Aufsatz „Gloria sit Domino", daß das Baltentum im Sterben liege, und zitierte dazu lange Abschnitte aus dem Buch „Der Ehste und sein Herr". Särgava analysierte im weiteren die Ursachen der Unzufriedenheit der Deutschbalten gegenüber der estnischen Selbständigkeit: Als erstes — so die Auffassung der Deutschbalten — habe der Staat den heimischen Herd der Deutschen zerschlagen (durch die Agrarreform; J. K.), zweitens sei das Recht der Nation, eigene Sprache (bzw. Wortschatz) zu benutzen, verletzt worden, und drittens sei geplant gewesen, die Verbindung mit dem deutschen Mutterland zu unterbrechen. Särgava bezeichnete dies als politische Lügen und stellte fest, der tatsächliche Grund zur Unzufriedenheit sei die Tatsache, daß aus den ehemaligen Herren und Befehlshabern in der estnischen Gemeinschaft ein neuer Menschentyp werden müsse — ein Held der Arbeit (estny.: töösangar), wie es jeder Este sei; doch glaube er, daß aus dem früher Befehlenden kaum ein selbständiger Arbeiter werde. „Auch politisch sollte er seine Position verlieren, aus dem früheren Führer sollte ein loyaler Staatsbürger werden. Anstelle des ererbten Vorrechts soll die persönliche Tüchtigkeit und der Wert in der Gemeinschaft treten."[20]

In den Kreisen des „ERK" sah man gerade das als Grund der Unzufriedenheit, weswegen die Deutschbalten verstärkt Unterstützung aus Deutschland suchten und schließlich Zuflucht beim Nationalsozialismus fanden. Der extremnationale „ERK" bezichtigte in diesen Jahren die Deutschbalten besonders scharf der nationalsozialistischen Gesinnung. Beweismaterial dazu lieferte die sogenannte „Erneuerungsbewegung" unter den Deutschen Estlands, deren Pläne man zusammenfassen kann, indem man den Präsidenten der Deutschen Kulturselbstverwaltung, Hellmuth Weiss, anhand seiner Rede vom 26. März 1939 zitiert: „(...) wir dürfen es nicht zulassen, daß dieses Große und Gemeinsame, das uns die neue Zeit gebracht hat, von einzelnen Gruppen und Personen allein für sich in Anspruch genommen und durch im Grunde genommen fruchtlose Auseinandersetzungen entwertet wird. Hier darf das Ziel nur heißen: Erneuerung und Einigung der ganzen Volksgruppe, und dieses Ziel kann nur dadurch erreicht werden, daß wir uns auf die besondere Aufgabe besinnen, die wir als deutsche Menschen in diesem Lande zu lösen haben. Zur Erfüllung dieser Aufgaben bedarf es aber gerade heute eines besonderen Einsatzes aller Kräfte, die nur möglich ist, wenn wir uns vom ehrlichen Wollen

20 Karl Särgava, Gloria sit Domino, in: ERK (1939), Nr. 5, S. 217.

tragen lassen, einig zu sein und das in den Vordergrund stellen, was uns allen gemeinsam ist — *unser deutsches Volkstum.*"[21]

Von hier aus kann eine direkte Verbindung zu der in Estland gegründeten Organisation, der „Volksdeutschen Vereinigung", der der Landesleiter Viktor von zur Mühlen vorstand, oder der anderen nationalsozialistischen Organisation „Selbsthilfe", die Rechtsanwalt Oskar Lutz anführte, hergestellt werden.[22] Die von den Deutschbalten ausgehende Gefahr wurde deutlich, als im April 1939 auf dem Wallberg in Rakvere (Wesenberg) der Gedenkstein für Friedrich Reinhold Kreutzwald mit einem schwarzen Hakenkreuz beschmiert und der dort befindliche Siegesaltar gesprengt wurde,[23] oder als einige deutsche Jungen in Tallinn mit HJ-Hosen herumliefen. Eine Analyse nationalsozialistischer Erscheinungen in der deutschen Volksgruppe Estlands gehört nicht zur Aufgabe dieses Aufsatzes. Daß der Nationalsozialismus für die ganze deutschbaltische Volksgruppe attraktiv war, darin waren sich „ERK"-Vertreter wie auch der Sowjethistoriker Raid vollkommen einig. Nach ihrer Überzeugung verließen die nationalsozialistisch infizierten Deutschbalten mit großer Freude Estland, was leider mit der Wirklichkeit nichts zu tun hatte.

Die deutschfeindliche Gesinnung des „ERK" war nicht erst mit der Frage der Umsiedlung entstanden, die Wurzeln dieses Verhaltens gingen zurück in die Vergangenheit. Was erklärt aber die Schärfe solcher Stellungnahmen gerade zum Ende des Jahres 1939? Welches Ziel hatten detaillierte Analysen nationalsozialistischer Erscheinungen gerade in dem Augenblick, als die Deutschbalten sowieso das Land verließen? Denn dies hätte ja auch außenpolitische Verwicklungen mit sich bringen können. Der bisherige Forschungsstand kann keine erschöpfende Antwort auf diese Fragen geben.

Die politische und kulturelle Situation der Deutschbalten in Estland war durch das Gesetz der Kulturselbstverwaltung, mit dem den Deutschen u.a. die Kulturautonomie zugesagt war, garantiert. Unzufriedenheit damit oder den Rahmen der Kulturautonomie überschreitende politische Tätigkeit konnte oder mußte man als unloyal dem estnischen Staat gegen-

---

21 Die Budgettagung des Kulturrats, in: Revalsche Zeitung Nr. 70 vom 27. März 1939, S. 4; vgl. auch: Juh[an] V[ellerin]d, Ühe vähemuse eluavaldusi (Die Lebenszeichen einer Minderheit), in: ERK (1939), Nr. 2, S. 94.

22 E. Hiidna, Balti saksluse viimase aja sihtidest ja selle teostamisviisidest (Die Vorhaben der Deutschbalten in der letzten Zeit und ihre Durchführungsmethoden), in: ERK (1939), Nr. 6, S. 268; Jürgen v. Hehn, Zur Geschichte der deutschbaltischen nationalsozialistischen Bewegung in Estland, in: Zeitschrift für Ostforschung 26 (1977), S. 597-650.

23 Ain Kubjas, Provotseerivaid nähtusi (Provozierende Erscheinungen), in: ERK (1939), Nr. 3, S. 144.

über betrachten. Vor der Umsiedlung bestanden in Estland 157 verschiedene deutschbaltische Organisationen, von denen 131 im 1920 gegründeten „Verband deutscher Vereine in Estland“ vereinigt waren. Im Zuge der Auswanderung beendete die Mehrzahl dieser Vereine sowie die deutsche Presse ihre Tätigkeit. Im März 1940 jedoch teilte der „ERK“ mit, daß nach Angaben des Innenministeriums bis zu diesem Zeitpunkt nur sieben Vereine liquidiert waren. Deshalb fragte E. Hiidna nach den verbleibenden 2 800 Deutschbalten in 150 Vereinen und Organisationen[24] und warnte die Esten vor der Übernahme dieser Vereine, denn dies entspräche nur dem Wunsch der Deutschen — so würden sie „Pflanzstätten des Halbdeutschtums“ (des sogenannten „Wacholderdeutschtums“, estn. „kadaklus“, „kadakasakslus“)[25] und garantierten die Kontinuität deutschen Einflusses. Der „ERK“ mahnte: „Diejenigen, die baltische Organisationen zu restaurieren beginnen, nehmt es nicht übel, aber nach einiger Zeit dienen sie einer fremden Sache und haben sich zu Verrätern an der estnischen Sache entwickelt.“[26] In gereiztem Ton informierte ein anonymer Verfasser die Leser, daß in Tallinn der Plan für die Herausgabe einer neuen deutschen Zeitung bestehe, „(...) die den Zurückgebliebenen geistige Nahrung (geben) und den alten feudalen Geist aufrecht erhalten würde“.[27] Den Gerüchten nach solle sie auf der Basis der alten „Revalschen Zeitung“ erscheinen und — von Deutschland finanziell unterstützt — die Interessen des verbleibenden Deutschtums in Estland, Lettland und Litauen vertreten. Der „ERK“ als radikaler Repräsentant der Ideologie von nationaler Eigenstaatlichkeit und Einheitlichkeit wollte solche Aktionen nicht dulden.

Die Umsiedlung der Deutschbalten half wohl auch, eine ernsthafte innenpolitische Krise, den *Kirchenstreit*, beizulegen. J. Taniste machte der Kirche in Estland Vorwürfe, diese sei von ihrer Vorgängerin, der baltischen Herrenkirche, stark beeinflußt, was die Kirchenverwaltung, ihre Unterordnung unter die Staatsräson, die prunkvolle Eigendarstellung und die Verfolgung interner Intrigen angehe.[28] H. Õunapuu klagte direkt die Pastoren baltischer Herkunft und die „Halbdeutschen“ als die Haupt-

---

24 E. Hiidna, Organiseeritud võõrkeha (Der organisierte Fremdkörper), in: ERK (1940), Nr. 2, S. 63.

25 Halbdeutscher (aus dem Estnischen wörtlich übersetzt: Wacholderdeutscher) war ein Este, der sich den Deutschen assimilierte.

26 Hiidna, Võõrkeha (wie Anm. 24), S. 64.

27 P., Balti sakslusele uus ‚hääletoru‘ (Dem baltischen Deutschtum ein neues ‚Sprachrohr‘), in: ERK (1940), Nr. 2, S. 76.

28 J. Taniste, Meie kiriku eksiteed (Die Irrwege unserer Kirche), in: ERK (1939), Nr. 5, S. 218.

schuldigen im Kirchenstreit an, deren Ziel es sei, die estnische Kirche zu spalten, denn die gegen Erzbischof H.-B. Rahamägi gerichtete Deklaration vom 12. September 1939 war von 58 Pfarrern unterzeichnet worden, von denen fast die Hälfte Nichtesten waren.[29] Resümierend wurde festgestellt, daß nur die Auswanderung von 30 deutschen und „halbdeutschen" Pastoren die Gegner Rahamägis bedeutend geschwächt habe.[30]

Alle vorgenannten Anklagen waren jedoch keine zentralen Aspekte bei der in estnischen nationalen Kreisen kultivierten Deutschenfeindlichkeit. Hauptziel der nationalpolitischen Losung „Estland den Esten" war es, den Anteil der Esten und des estnischen Kapitals in der Wirtschaft, vor allem in *Industrie und Handel*, zu vergrößern. Ein konsequenter Verfechter dieser Pläne, der estnische Wirtschaftsminister Leo Sepp, formulierte seinen Grundsatz folgendermaßen: „Der lebensfähige und entwicklungsbereite estnische Bauer auf seinem Land, der geschickte und standhafte Handwerker und Kleinindustrielle und eine moderne, staatliche estnische Großindustrie, das sind Grundsteine, auf die wir die Zukunft des estnischen Staates und Volkes aufbauen können", bevor er auf die Idee der nationalen Einheit einging: „Die baltische feudale Oberschicht hat es wohl bis jetzt noch nicht verstanden, was für einen gewaltigen Dienst sie dem estnischen Volk erwiesen hat mit ihrem engherzigen Druck; mit ihren Verboten und Begrenzungen schufen sie ein einheitliches Volk vom General zum Hirten, vom Gebildeten zum Ackerknecht, alle hatten das Gefühl: Wir sind eins, wir haben die gleichen Interessen."[31] Die Äußerungen Sepps zur Großindustrie erfuhren bereits im September 1938 böse Kommentare verschiedener Zeitungen in Deutschland.

Kritisiert wurde der große Anteil fremden Privatkapitals in den Aktiengesellschaften. V. Aun stellte resolut fest: „In der estnischen Industrie und im Handel ist bekanntlich der Anteil der Fremden dominierend. Das geht so weit, daß in mit Privatkapital arbeitenden Unternehmen — Aktiengesellschaften — das Grundkapital im Verhältnis 3:1 zugunsten der Fremden ist, und selbst wenn man die Genossenschaften und die Staatsbetriebe hin-

---

29 H. Õunapuu, Kirikukriis ja saksluse osa selles (Die Kirchenkrise und der Anteil der Deutschen dabei), in: ERK (1939), Nr. 5, S. 222.

30 Juh[an] V[ellerin]d, Kiriku kriisi lahendamiskatsed (Versuche, die Kirchenkrise zu lösen), in: ERK (1939), Nr. 5, S. 231.

31 Eesti majanduspoliitika sihtjooni. Kokkuvõte majandusminister L. Sepa kõnedest (Die Grundlinien der estnischen Wirtschaftspolitik. Zusammenfassung aus den Reden von Wirtschaftsminister L. Sepp), in: ERK (1939), Nr. 1, S. 13, 16 u. 17. Dagegen zitiert Bernd Nielsen-Stokkeby eine Rundfunkrede von Wirtschaftsminister Leo Sepp, in der er den Umsiedlern sein Mitgefühl ausdrückt; vgl. Nielsen-Stokkeby, Umsiedlung (wie Anm. 4), S. 220 ff.

zuzählt, erhält man noch kein volles Gleichgewicht.“[32] Dazu wurde noch der Vorwurf laut, Esten würden von freien Stellen in den Betrieben Andersnationaler ferngehalten, so in Unternehmen wie der Luther AG, Laferme AG, der Baltischen Baumwollfabrik, der Siegel AG u.a., die sich mehrheitlich in deutschem Besitz befanden. Scharf kritisierte man die Betriebsführung einzelner Unternehmen, so z.B. die der Tuchfabrik von Hiiu-Kärdla (Kertel), der Lutherschen Furnierwerke, der Rotermann AG usw.[33]

Die Abwanderung der Deutschbalten weckte anfangs Hoffnungen, die in der Hand von Fremden befindlichen Unternehmen würden an Esten übergeben. Diese Hoffnungen wurden enttäuscht. Zwar konnten Esten die Betriebsleitung übernehmen, doch sollten sie dafür hohe Ablösezahlungen aufbringen. K. Karus bemerkte: „In Anbetracht dessen kann man feststellen, daß aus der deutschbaltischen Volksgruppe alle diejenigen umgesiedelt sind, die gar nichts besaßen. Derjenige aber, der Eigentum hatte, versuchte gar nicht umzusiedeln oder es zumindest hinauszuschieben.“[34] Derselbe Autor glaubte, die Deutschbalten hätten den Plan, die an führenden Positionen tätigen Volksangehörigen als Reichsdeutsche in ihren Stellungen zu belassen und damit einen Teil der deutschbaltischen Firmen in reichsdeutsche umzuwandeln. Die beiden deutschen Banken in Tallinn — die Scheel & Co. AG und die Revaler Aktienbank AG, die auch tatsächlich weiterarbeiteten[35] — gaben diesem Mißtrauen neue Nahrung. Deutsches Kapital und deutsche Besitzrechte wurden im „ERK“ auch bei den Versicherungsgesellschaften (z.B. bei „Polaris“) und im Tallinner Hafen festgestellt. In letzterem gelang es den Esten nicht, ihr Übergewicht durchzusetzen. In die durch die Umsiedlung leergewordenen deutschen Speicher kamen postwendend neue Nutznießer — die Vertretungen der Sowjetunion.[36]

Auf dem Handelssektor war eine andere Gruppe „Fremder“ Ziel von Angriffen. Hier war in der Tallinner Innenstadt neben den Esten ein hoher

---

32 V. Aun, Kas eestlastel on ka kohta Eestis (Haben die Esten Platz in Estland), in: ERK (1939), Nr. 3, S. 121.

33 J. Tavas, Muulaste ettevõtlikkuse pärl Eestis (Die Perle des Unternehmertums der Fremden in Estland), in: ERK (1939), Nr. 1, S. 38 ff.; Eerik Ustav, Kuidas Luther müüb oma vineeri (Wie Luther sein Furnier verkauft), in: ERK (1939), Nr. 3, S. 122 f.; O. Loo, A/S. Rotermann töötab kahjuga (Rotermann AG arbeitet mit Verlust), in: ERK (1939), Nr. 6, S. 265-268.

34 K. Karus, Lahkuva rahvusgrupi kavatsusi (Die Pläne der scheidenden Volksgruppe), in: ERK (1939), Nr. 6, S. 264.

35 Ebenda.

36 A. Oja, Sadam võõraste käes (Der Hafen in fremder Hand), in: ERK (1940), Nr. 1, S. 28 ff.

Prozentsatz Juden tätig. Schon früher hatte man die Juden beschuldigt, zu hohe Gewinne zu machen (als Beispiele wurden die Firmen von H. Gutkin und H. Friedmann genannt), und man hatte zu einem Boykott jüdischer Geschäfte aufgerufen. Die etwa 4 500 Juden in Estland konnten zwar nicht direkt beschuldigt werden, sich unloyal zu verhalten, ein gewisses Mißtrauen ihnen gegenüber war aber vorhanden.[37]

Die Agrarreform von 1920 hatte den deutschbaltischen Großgrundbesitz auf dem Lande enteignet, wodurch sich die Zahl der deutschen Landwirte in der estnischen Landwirtschaft stark reduziert hatte. Nach der Volkszählung von 1934 lebten auf dem Lande 2 702 Deutsche, aber nicht alle waren Landwirte. Sie bewirtschafteten 400 Höfe (in Estland 1939 insgesamt: 139 991 Höfe; estn.: talu = Bauernhof, nicht im Sinne von Gutshof zu gebrauchen), besaßen aber 30 000 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche. Bei der Umsiedlung stellte man plötzlich fest, daß durch Zukauf neue Großbetriebe in deutscher Hand entstanden wären. J. Vellerind meinte ironisch: „So ging allmählich das Land der Teilnehmer des Freiheitskrieges wieder auf die ehemaligen Großgrundbesitzer über, und Fälle waren gar nicht so selten, in denen der ehemalige estnische Teilnehmer am Landeswehrkrieg wieder als Knecht auf dem Gutsfeld pflügte."[38] Mit der Umsiedlung deutscher Landwirte wurde die Frage nach dem Verbleib des Viehbestandes wie auch die Sorge um die Höfe selbst aktuell. Vellerind stellte 1940 fest, daß 146 deutschbaltische Höfe mit 11 171 Hektar, 16 Brennereien und anderes vom Staat übernommen wurden. Seiner Schlußfolgerung nach hatten somit in der Zeit der Eigenstaatlichkeit Hunderte von Siedlerhöfen, die bei der Landreform Esten zuerkannt worden waren, den Besitzer gewechselt und waren von den ortsansässigen Deutschen gekauft und dem Gutsbesitz eingefügt worden.[39] Nun war diesem Prozeß ein Ende gesetzt worden.

Die größte Resonanz fand die Auswanderung der Deutschbalten in *kulturpolitischen* Artikeln. Hier sollte wohl die „Rechnung" mit den Deutschbalten am gründlichsten durchgeführt werden. Die damals typische Formel von den „700 Jahren" wiederholte sich in jedem Aufsatz; der in Kirchengeschichte bewanderte J. Taniste eruierte exakt 712 Jahre. Sogar renommierte estnische Schriftsteller wie Anton Hansen Tammsaare fessel-

---

37 O. Loo, Liigkasulisest äritsemisest meie tekstiilkaubanduses (Wucherpreise bei unserem Textilhandel), in: ERK (1939), Nr. 4, S. 185 f.; H. Tammets, Statistikad Tallinna südalinna ärilisest ilmest (Statistiken über das Geschäftsbild im Tallinner Stadtzentrum), in: ERK (1940), Nr. 3, S. 113 ff.

38 Juh[an] V[ellerin]d, Lahkujate maaomandid (Der Landbesitz der Scheidenden), in: ERK (1939), Nr. 5, S. 238.

39 Juh[an] V[ellerin]d, Baltlaste talumajapidamiste likvideerimine (Die Liquidierung der landwirtschaftlichen Höfe der Balten), in: ERK (1940), Nr. 3, S. 124.

te dieses Stereotyp: „Auch die Deutschen des Baltikums scheiden in der Mehrzahl aus ihrer uralten Heimat, in der sie als Vorposten der deutschen Kultur schon über 700 Jahre ostwärts stehen mußten. Eine lange Zeit! Der Ernst dieses Augenblicks widerspiegelt sich in dieser Zeit." Ironisch fuhr er fort: „Hunderte von Wünschen und Idealen, Hunderte von Anstrengungen und Opfern werden plötzlich leicht und nichtssagend. Es scheint so, als ob ein langer geschichtlicher Abschnitt nicht mehr als ein kleiner Spielplatz sei, den Alt und Jung zusammen angelegt haben, aber bevor er fertig wurde, liegenließen, als Zeitvertreib und Zerstreuung für andere, aber vielleicht bedeutet der Rückzug gar keinen Verzicht, sondern einen neuen Anlauf?"[40]

Das in Tallinn 1939 erscheinende Handbuch der „Volksdeutschen Vereinigung" behauptete, daß es die historische Mission des baltischen Deutschtums sei, der Schutzwall der germanisch-deutschen Kultur gegen das ostasiatische Chaos zu sein. Nur das und diese ideologische Basis ermöglichten dem Baltendeutschtum das Dasein hier in Estland. Nur deshalb und mit dieser Ideologie sei der Este und der estnische Staat denkbar. Auf diese Aufgabe zu verzichten sei Fahnenflucht.[41] Hiidna folgerte daraus: „Wir selbst haben uns nie für irgendeinen Schutzwall der deutschen Kultur gehalten. Ganz im Gegenteil. Wir haben es als unsere Aufgabe angesehen, ein Vermittler zwischen östlicher und westlicher Kultur zu sein. Unsere eigenständige estnische Kultur können wir nicht (...) in Abhängigkeit bringen zu der von den Deutschen hier geäußerten Mission, und wenn der Este und der estnische Staat nur mit der deutschen Mission denkbar ist, so lautet die Alternative: Ist für das baltische Deutschtum der Este und der estnische Staat nicht denkbar, oder sind es für den Esten und den estnischen Staat die Deutschbalten?"[42]

Als die Umsiedlung begann, erklärte die deutschbaltische Presse, die historische Mission im Baltikum sei erfüllt. In „Tänapäev" widersprach ein „L. K.", es sei sinnlos, über eine Mission zu sprechen, was ihm auch ein gebildeter Balte selbst mit den Worten, es habe gar keine Mission gegeben, sondern nur ein Zusammenleben aufgrund des einfachen Selbsterhaltungstriebes, bestätigt habe. Er resümierte: „Auf den wichtigsten Gebieten der Lebensäußerung des Volkes können wir vom Mißlingen der

---

40 A[nton] H[ansen] T[ammsaare], Lahkumise tunnil (In der Stunde des Abschieds), in: Tänapäev (1939), Nr. 9/10, S. 259.

41 Vgl. Aufbau und Grundsätze der Estländischen Volksdeutschen Vereinigung. Materialien für Schulung und Werbung, zusammengestellt v. Schulungsausschuß unter Leitung v. S. Klau. Tallinn 1939, S. 19; s. auch Hiidna, Sihtidest (wie Anm. 22), S. 270.

42 Hiidna, Sihtidest (wie Anm. 22), S. 270.

deutschbaltischen Mission sprechen, oder richtiger, von ihrem Fehlen. Unser nationales Selbstvertrauen und unsere Selbsterkenntnis würden sehr viel gewinnen, wenn wir uns befreien würden von der falschen Vorstellung der Mission des Deutschtums in unserem Lande und bei unserem Volk."[43]

Darüber hinaus wurden weiterführende Gedanken laut. K. Keevesk zog den Schluß, daß „die Umsiedlung der zur deutschen Volksgruppe gehörenden Minderheit Schluß macht mit der Jahrhunderte andauernden germanischen Expansion ins Baltikum".[44] Der bekannte estnische Folklorist Oskar Loorits hatte zweifellos Recht, wenn er meinte: „Das unendliche Reden von den 700 Jahren war nicht nur ein Klagelied, sondern auch ein Argument, das uns mit Kampfeswillen erfüllte (...). Ich fürchte sehr, daß durch das Verschwinden dieser völkisch-strategischen Basis eine Lücke entsteht, die nicht so leicht mit annähernd guten Parolen zu füllen ist."[45]

Der Begriff des „Kulturträgertums" der Deutschbalten und deren Rolle als Kulturträger war heftigen Angriffen ausgesetzt. Die entsprechenden Formulierungen waren ausgesprochen propagandistisch, so z.B.: „Wir anerkennen keine anderen ‚historischen Rechte' und die Rolle des ‚Kulturträgers' in Estland, weil wir wissen, daß diese ‚historischen Rechte' sich nur auf Gewalt stützten, womit die ursprünglich hohe und eigenständige Kultur der Esten ruiniert wurde (...)."[46] Loorits äußerte sich in dieser Frage ungemein sarkastisch: „Sie halten sich für unsere Kulturträger — und wir haben für diese verfluchte ‚Kultur' alle geistigen und physischen Kräfte unseres Volkes und unserer Elite opfern müssen, angefangen bei der Eindeutschung der altestnischen Ältesten, die bei der Unterwerfung übriggeblieben waren, bis zum Halbdeutschtum der Nachkommen unserer Väter des estnischen Liedes und der estnischen Dichtung (...). Als allertypischstes deutschbaltisches Kulturerbe empfinde ich das geliehene Wort ‚müür' (dt. ‚Mauer'; J. K.). Mit dem Schweiß der Landbevölkerung bauten

---

43 L. K., Balti saksluse missioon (Die Mission des baltischen Deutschtums), in: Tänapäev (1939), Nr. 11/12, S. 313.

44 K. Keevesk, Viimaste kuude sündmusi (Die Ereignisse der letzten Monate), in: ERK (1939), Nr. 5, S. 246.

45 Oskar Loorits, Balti-saksluse lahkumine (Das Scheiden des baltischen Deutschtums), in: Eesti Noorus (1939), Nr. 11, S. 322.

46 Ü. Maramaa, Rahvuslikust usutunnistusest (Ein nationales Glaubensbekenntnis), in: ERK (1939), Nr. 4, S. 154. Derselbe Autor griff den estnischen Politiker Mihkel Juhkam scharf an, der es gewagt hatte, in freundschaftlichem Ton über die Deutschbalten zu schreiben; vgl. M[ihkel] J[uhkam], Meie sakslaste lahkumine (Der Abschied unserer Deutschen), in: Rahvaleht Nr. 240 vom 12. Oktober 1939; dagegen Ü. Maramaa, Juhkamiaad (Klagelied des Juhkam), in: ERK (1940), Nr. 1, S. 24-27. Über Mihkel Juhkam s. auch v. Hehn, Umsiedlung (wie Anm. 2), S. 171, Anm. 609.

47 Loorits, Lahkumine (wie Anm. 45), S. 322.

sie die Kirchen und Schloßmauern, die Stände und Mauern des Vorrechts, die der körperlich und geistig Kranken. Es ist zweifelhaft, ob diese Mauern endgültig und selbst dann fallen, wenn sie das Land hier verlassen."[47] Mit einem Federstrich erklärte Loorits die ganze deutschbaltische Literatur für unglaublich rückständig und des estnischen Interesses nicht würdig, gab dann jedoch geschickterweise zu, daß die estnischen Historiker noch nicht in der Lage seien, die Arbeit der deutschbaltischen Historiker fortzusetzen.

Die Idee des „Kulturträgertums" gehört bis heute zu den estnischen nationalen Minderwertigkeitskomplexen. Es ist bemerkenswert, daß sich damals auch einige bekannte Intellektuelle, u.a. der Ethnologe Gustav Ränk, Professor an der Universität Tartu, zu aktuellen kulturpolitischen Fragen äußerten. Er beschwichtigte die nationalen Kreise: „Die Eroberer fanden hier ein selbstbewußtes Volk vor mit einer eigenen Kultur, die im Laufe der Jahrhunderte nicht zerschlagen werden konnte. Das Zeugnis für die Effektivität des Widerstands sind wir heute selbst, da die letzten Reste des Deutschtums freiwillig scheiden, um heimzukehren in ihr Mutterland, aus dem sie einst mit großer Hoffnung auszogen, den ‚Ostraum zu besetzen'."[48] Ränk betonte die Stärke und Widerstandskraft der altestnischen Volkskultur, hielt aber auch ältere germanische Einflüsse auf die estnische Kultur für umfangreich und fruchtbar, was man jedoch nicht von den späteren deutschbaltischen Einflüssen behaupten könne, die nur beim Handwerk festzustellen seien. Ränk erklärte dies damit, daß sich die Kultur der Deutschbalten von der Struktur der estnischen Kultur unterschied, da letztere schon zu Beginn des Mittelalters in wichtigen Bereichen eine so feste Form angenommen habe, daß sie durch äußere Einflüsse nicht mehr zu verändern gewesen wäre.

Die estnische nationale Presse kannte bisweilen entgegengesetzte Meinungsäußerungen. „L. K." benannte in „Tänapäev" eine unerwartete Parallele: „Wollen wir die Tatsache bedenken, daß unser Land über 600 Jahre unter deutschem Einfluß stand. Die Russifizierung begann erst in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts und dauerte höchstens 40-50 Jahre. Wie groß der russische Einfluß während unserer Selbständigkeit geworden war, weiß jeder aus der mittleren Generation. Gerade heutzutage können wir von russischer Denkweise und russischem Verhalten bei uns sprechen."[49]

---

48 Gustav Ränk, Rahvuslik kultuur väikerahva olemasolu alusena (Volkskultur als Grundlage der Existenz einer Minderheit), in: ERK (1939), Nr. 5, S. 211.

49 L. K., Missioon (wie Anm. 43), S. 313.

Viele Probleme brachte die Begutachtung und Schätzung baltischer Kulturgüter während der Umsiedlung mit sich. Das estnische Bildungsministerium hatte angeordnet, die Umsiedler dürften für die estnische Kultur wertvolle Kulturgüter (Gemälde, Bücher, Archivalien usw.) nur mit Sondergenehmigung oder überhaupt nicht mitnehmen. Nach den Erinnerungen der damaligen Kunstinspektorin Ella Vende fehlten für solche Expertisen genaue Vorschriften, so daß man nach eigener Kenntnis und eigener Einschätzung arbeiten mußte.[50] Eine derartige Überprüfung, die vor der Zollkontrolle im Tallinner Hafen bei den Deutschbalten zu Hause durchgeführt wurde, gab bei den Umsiedlern Anlaß zu Kränkungen und Ärger. Nach Vendes Erinnerung war der Umgang mit den ehemaligen Gutsbesitzern am schwierigsten, „die nach der Agrarreform hiergeblieben waren, voller Zorn und Trotz gegen das estnische Volk. (...) Sie erkannten keinerlei Verordnungen oder Gesetze des estnischen Staates an. Alles, was ihr Wohlbefinden oder ihr Eigentum berührte, war nur von ihnen zu entscheiden, kein Erklären oder Sprechen hatte Erfolg. Wenn sie überhaupt bereit waren, länger zu sprechen, dann nur dazu, um wieder einmal daran zu erinnern, welches Verhältnis wir zueinander jahrhundertelang gehabt hatten und was sie von uns hielten".[51] Ganz andere Erfahrungen positiver Art sammelte Frau Vende bei der Generation junger Intellektueller, Ingenieure, Ärzte, Rechtsanwälte und Lehrer.

Auch hier kam es zu Mentalitätskonflikten, wenn beispielsweise ein estnischer Inspektor ein altes Ölgemälde als wertvolles Kunstwerk bezeichnete, das man nicht aus Estland ausführen dürfe, der Umsiedler aber der Meinung war, daß er auf dieses Familienporträt nicht verzichten könne, da es einfach zum Familieninventar gehöre. Noch härter war die Auseinandersetzung, wenn es sich um Familienarchive, besonders Gutsarchive, handelte, die für die estnische Geschichte wichtige Archivalien enthielten.[52] Es ist anzunehmen, daß die wertvolleren Archive schon vor der Umsiedlung, wahrscheinlich hauptsächlich in den Jahren 1917–1920, aus Estland weggeschafft wurden.

Auf der anderen Seite darf nicht verschwiegen werden, daß viele Umsiedler die in ihrem Besitz befindlichen Kunstgegenstände freiwillig den estnischen Museen bzw. dem Bildungsministerium überließen oder schenkten. Das Schicksal wollte es, daß die in den Jahren 1939/40 überlas-

---

50 Ella Vende, Idamissiooni lõpp (Ende der Mission im Osten). Handschrift im Besitz der Gesellschaft für deutschbaltische Kultur in Estland, Tallinn, Bl. 1.

51 Ebenda, Bl. 5.

52 Ajaloolane, Sakslased (wie Anm. 18), S. 53 f.

senen Gegenstände zu großen Teilen während der deutschen Besatzung den ehemaligen Besitzern auf deren Forderung hin wieder zurückgegeben wurden. Was während der sowjetischen Besatzung bei der Nachumsiedlung nicht mitgenommen wurde, ging im Krieg verloren oder wurde in die Sowjetunion transportiert.

Im Laufe der Umsiedlungsaktion stellte man in estnischen Kreisen fest, daß die Deutschen zwar abzögen, aber vom deutschen Geist freizukommen nicht so leicht wäre. Der populäre estnische Literaturkritiker und Dichter Johannes Semper bekannte, daß „mit dem Scheiden der Deutschbalten ihre Nachwirkungen noch nicht verschwunden (seien), mit ihren Möbelwagen sind ihr Erbe, ihre Gewohnheiten, ihre Sitten nicht weggegangen“.[53]

In der estnischen nationalen Propaganda jener Tage wurde die schmerzliche Frage nach den „Wacholderdeutschen“ (estn. „kadakasakslased“) diskutiert. Die Assimilierung von Esten und Deutschen und das Entstehen dieses „Halbdeutschtums“ irritierte die nationalgesinnte Presse ungemein. Tammsaare war tief beleidigt, als an der Spitze der umsiedelnden Deutschen ein Este aufs Schiff eilte, „ein goldenes Kreuz am Hals und eine Pistole unterm Mantel. Dieser tapfere Este hatte eine deutsche Frau“. Er schrieb voller Sarkasmus: „Es lebe Estland, seine Söhne sind die allerschnellsten bei der Flucht aus diesem Lande!“[54]

Das „Halbdeutschtum“ war schon seit längerem beobachtet und kritisiert worden. Die estnische Öffentlichkeit war reichlich unvorbereitet darauf, daß mit den deutschen Umsiedlern auch viele Pastoren, Staatsbeamte, höhere Offiziere und andere namhafte Personen estnischer Herkunft das Land verließen. In mehreren Aufsätzen wurden „Halbdeutsche“ als Landesverräter beschimpft. Ränk beruhigte wohl: „Diese einzelnen, die als ‚Wacholder‘ im Laufe der Zeit in den Schoß des Deutschtums gekrochen sind, sind dem estnischen Volk verlorengegangen, aber sonst sind sie auch kein Verlust. Die Wesensart des estnischen Volkes haben diese Überläufer in keiner Weise beeinflussen können“[55], hatte aber nur wenig Erfolg. Taniste zählte namentlich die Pastoren estnischer Abstammung auf, die mit den Deutschen zusammen in die Fremde zogen, und fügte hinzu, sie könnten nicht einmal sich selbst gegenüber Rechenschaft ablegen, was sie täten. Vellerind vermerkte auf denselben Seiten des

---

53 Johannes Semper, Kultuuri päevaküsimusi (Tagesfragen der Kultur), in: Eesti Üliõpilaste Seltsi Album (Album des Vereins estnischer Studenten). Bd. XI, Tartu 1940, S. 27.

54 Tammsaare, Tunnil (wie Anm. 40), S. 259.

55 Ränk, Kultuur (wie Anm. 48), S. 211.

„ERK": „Was das Scheiden der ‚Wacholder' anbetrifft — die Zahl überschreitet die Tausendergrenze —, so gibt es keinen Grund, darüber Herzschmerzen zu bekommen, sondern man muß den Standpunkt des Wirtschaftsministeriums einnehmen: Wer es widerwillig ist oder wem es schwer fällt, unser Bürger zu sein, der soll gehen. Daß unter den Scheidenden viele sind, die ihren Namen estisiert haben, auch da gibt es keinen Grund, sich zu wundern, denn bei jeder noch so idealistischen Bewegung gibt es der Zeitmode anhängende Mitläufer, und auch das Ausscheiden dieser Elemente macht unseren völkischen Organismus kleiner, aber innerlich homogener."[56]

Während die „ERK"-Gruppe zum konsequenten und hartnäckigen Kampf gegen das nationale Renegatentum aufrief, äußerten sich einige estnische Intellektuelle über mögliche neue kulturpolitische Richtungen nach der Lösung von deutscher Orientierung. Dem radikalen Loorits schwebte eine Ost-West-Synthese vor, wobei er anfügte: „Die plötzliche Veränderung in unserem Verhältnis zu Rußland gibt dieser These nun nachträglich eine zentrale Bedeutung. Wir müssen die Freiheit der Kontakte in jeder Richtung haben, um nicht wieder unter der Allmacht eines Fremdeinflusses zu ersticken, ungefähr so, wie uns die Deutschbalten lange gequält haben."[57] Tammsaare, der scherzhaft meinte, die Esten hätten die alten vergammelten baltischen Möbel hoch geschätzt, riet aber: „Vielleicht müßten wir uns zwischenzeitlich näher mit der russischen Sprache befassen, um uns selbst zu finden und frei zu werden vom Vergammelten und Alten."[58]

Tatsächlich wurde der prophetische Rat Tammsaares schneller Wirklichkeit, als er wohl selbst gedacht hatte.[59] Das physische Ende der Republik Estland kam rascher, als alle hier angeführten Autoren, ob im „ERK" oder anderswo, es erwartet hatten. Die Zeichen einer Zeit heraufziehenden Elends waren deutlich. Am 18. Oktober 1939 um 9 Uhr abends verließ der erste deutsche Dampfer „Utlandshörn" den Tallinner Hafen mit Umsiedlern an Bord. Am selben Tage, zwischen 7 und 8 Uhr morgens, hatte der Einmarsch der sowjetrussischen Truppen über die estnische Staatsgrenze begonnen. Es war dies keine Ironie des Schicksals, sondern die Realität des Hitler-Stalin-Paktes.

---

56 Vellerind, Lahkumine (wie Anm. 19), S. 235 ff.
57 Loorits, Lahkumine (wie Anm. 45), S. 323.
58 Tammsaare, Tunnil (wie Anm. 40), S. 259.
59 Tammsaare erlebte die sowjetische Machtübernahme in Estland nicht mehr. Er starb am 1. März 1940.

Aufgrund des vorliegenden Materials kann man zur Schlußfolgerung gelangen, daß das Verhalten der estnischen nationalen Presse, der Öffentlichkeit und einer Gruppe von Intellektuellen zu den deutschbaltischen Umsiedlern kaum freundlich und mitfühlend, sondern ironisierend, schadenfroh oder sogar deutschfeindlich war. Obwohl man die Anzahl der propagandistischen Losungen leicht verdoppeln kann, bedeutet dies nicht, daß deutschfeindliches Verhalten in Estland allgemein verbreitet war. Freundliche bzw. freundschaftliche Auffassungen (wie im Fall von Mihkel Juhkam) sind dagegen wenig dokumentiert, was natürlich seinerseits die generelle Richtung der offiziellen und öffentlichen Meinung in Estland bestätigt.

Eine Beurteilung des Mentalitätsklimas in Estland am Vorabend des Zweiten Weltkrieges bedingt sorgfältige Analysen von mehreren Aspekten des sozialen Lebens. Selbstverständlich beeinflußten die frischen Erinnerungen an den estnischen Freiheitskrieg immer noch das Alltagsbewußtsein. Die Frage bleibt aber, warum die estnischen Politiker und Intellektuellen im Jahre 1939 den gegen die Deutschen geführten siegreichen Landeswehrkrieg hervorhoben und die schweren Kämpfe gegen sowjetrussische Truppen fast vergaßen. Als erste Arbeitshypothese könnte man eine bestehende komplexe Identitätskrise der estnischen Gesellschaft am Vorabend des Zweiten Weltkrieges in Betracht ziehen. Nur damit ist erklärbar, warum von den estnischen nationalen Gruppierungen die Gefahr aus dem Osten unterschätzt wurde. Dagegen bleibt die nationale Euphorie während der Umsiedlung der Deutschbalten ein wichtiges Kapitel in der Geschichte des estnischen Minderwertigkeitsgefühls bestehen.

Die Deutschbalten verließen rechtzeitig das Land. Sie kamen wohl nicht in ihr Vaterland selbst, sondern erhielten im Warthegau ihre neue Heimat, aber auch das nur zur zeitweiligen Nutzung. Alle Befürchtungen einer Bolschewisierung des Baltikums, die man damals in Estland als lächerlich abtat, wurden Wahrheit. Die für die Esten selbst folgenden Leidensjahre zwangen sie dazu, manches in der Vergangenheit anders zu sehen. Nur so kann man den sofortigen Stimmungsumschwung erklären: Nach den grausamen sowjetischen Deportationen im Juni 1941 wurden die ersten, von Süden her einmarschierenden Wehrmachtstruppen als Befreier begrüßt.

Die Umsiedlung der baltischen Deutschen war von ausschlaggebender Bedeutung für die gesamte Geschichte Estlands bzw. des Baltikums. Das Zeitalter der gemeinsamen Geschichte und des Zusammenlebens von Deutschen, Esten und Letten war endgültig vorbei. Besser als jede historische Dokumentation spiegelt eine Momentaufnahme aus den Tagen der

Umsiedlung in den Erinnerungen von Ella Vende diese Epochengrenze wider:

> „Für immer bleibt mir im Gedächtnis eine grauköpfige korrekt gekleidete Dame, die mit auf dem Schoß gekreuzten Armen auf einem alten klassizistischen Diwan saß und mit ihrem Blick durchs Fenster hinausschaute. Draußen war außer einem zugewachsenen Teich, an dessen Ufer einige Silberweiden standen, nichts zu sehen. Das ganze war bedrückend traurig. Es war schwer, sich vorzustellen, was die alte Frau dachte, oder dachte sie überhaupt etwas? Vielleicht hatte sie schon jahrzehntelang, Tag für Tag, hier so gesessen und den Teich mit den Weiden betrachtet, und nun, nach wenigen Tagen, sollte das alles plötzlich vorbei und zu Ende sein, und man mußte vollkommen Unbekanntem entgegengehen."[60]

[60] Vende, Lõpp (wie Anm. 50), Bl. 10.

Die estnische Bevölkerungs St. Petersburgs in der Historiographie von den 60er bis zu den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts

von Abram D. Dridzo

Ein Forscher, der sich der Frage nach der estnischen Bevölkerung St. Petersburgs zuwendet, stößt vor allem darauf, daß kaum etwas zu diesem Thema geschrieben worden ist. Sehr wenig findet man auch zur Umsiedlung der Esten im allgemeinen. Die ersten Bücher zu diesem Thema erschienen erst gegen Ende des 19. und zu Anfang des 20. Jahrhunderts.[1] St. Petersburg wurde dabei die geringste Aufmerksamkeit zuteil, und die Publikation von K. Pallo, in der zum ersten Mal lokales Material behandelt wurde, ist einer ganz anderen Region, dem Wolga-Gebiet, gewidmet.

Estnische Wissenschaftler wandten sich diesen Problemen erst knapp 50 Jahre später zu. 1957 erforschte E. Jansen die Umsiedlungsbewegungen am Ende der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts.[2] Mit Beginn der 1960er Jahre erschienen die dem Zeitraum von 1917 bis 1940 gewidmeten Aufsätze von V. Maamägi. In ihnen wurden verschiedene Seiten des estnischen Lebens in der Sowjetunion behandelt, darunter die Tätigkeit der estnischen Sektionen der Russischen Kommunistischen Partei (Bol'ševiki) (RKP<b>) und der estnischen Abteilung des Volkskommissariats der Nationalitäten (Narkomnac) im Jahre 1918 sowie das Problem der Optierung, die Beteiligung der estnischen Bauern an den landwirtschaftlichen Kommunen und die Tätigkeit der estnischen Komsomolzenorganisationen.[3] Im Anschluß daran gab Maamägi die erste übergreifende Arbeit über

---

1 K. Pallo, Esimesed Eesti väljarändajad ehk nelikümmend aastat Saamaras (Die ersten estnischen Auswanderer oder 40 Jahre in Saamara). Tartu 1897; I. Meomuttel, Eesti asunikud laialises Wene riigis. Esimene katse sõnumid kõikide Eesti asunduste üle tuua (Estnische Kolonisten im weiten Russischen Reich. Erster Versuch eines Berichts über alle Siedlungen Estlands). Jur'ev 1900; A. Nigol, Eesti asundused ja asupaigad Venemaal (Estnische Siedlungen und Wohnorte in Rußland). Tartu 1918.

2 E. Jansen, Väljarändumisliikumisest Eestis 1860-ndate aastate lõpul ja selle peegeldumisest erinevate ideoloogiliste suundale võitluses (Zur Auswanderungsbewegung in Estland am Ende der 1860er Jahre und deren Widerspiegelung im Kampf um unterschiedliche ideologische Richtungen), in: C.R. Jakobson ja tema ajastu (C.R. Jakobson und seine Zeit). Tallinn 1957.

3 V. Maamägi, Vennalikul pinnal (eestlased Nõukogude Venemaal 1918 aastal) (Auf brüderlichem Boden <Esten in Sowjetrußland im Jahr 1918>), in: Kaasaja ajaloost. Lühiartiklise kogumik (Zur Geschichte der Gegenwart. Sammlung von Kurzbeiträgen). Tallinn 1961; ders., Opteerimiskampaania ja eesti kodanluse Nõukogudevastased makinatsioonid 1920–1923 a. (Die Optierungskampagne und sowjetfeindliche

die Geschichte der estnischen Siedlungen in Rußland[4] und bald darauf eine Monographie zu diesem Thema heraus[5].

Die Untersuchungen Maamägis hatten richtungsweisenden Charakter für die Entwicklung der estnischen Geschichtswissenschaft in der Sowjetunion.[6] In den 70er Jahren untersuchte L. Võime die estnischen Siedlungen im Kaukasus, wandte sich erstmalig der Ethnographie estnischer Umsiedler zu und widmete diesem Problem in seiner Arbeit große Aufmerksamkeit, so bei der Beschreibung der estnischen Wohnverhältnisse im Schwarzmeergebiet, des Sängerfestes in Suchumi (1914) u.a.m. Seine Arbeiten stützen sich auf umfangreiches Quellenmaterial: Der Autor benutzte die Bestände von 19 Archiven, von Tallinn bis Suchumi![7] Als Ergebnis legte er eine gründliche Untersuchung vor, die er Ende 1975 als Dissertation verteidigte.[8] Des weiteren beschäftigte sich A. Vassar mit dem

---

Machenschaften des estnischen Bürgertums 1920–1923), in: ENSV TA Toimetised. Ühiskonnateaduste seeria (1962), Nr. 1; ders., Lisandeid põllutöökommunide ajaloos Nõukogude Liidus (Ergänzungen zur Geschichte der Bauernkommune in der Sowjetunion), in: ENSV TA Toimetised. Ühiskonnateadused (1973), Nr. 3.

4 V. Maamägi, Eestlased asunikud tsaari-Venemaal (Die estnischen Kolonisten im zarischen Rußland), in: Revolutsioonist revolutsioonini 1908–1940 (Von Revolution zu Revolution 1908–1940). Tallinn 1975.

5 V. Maamjagi [Maamägi], Èstonskie poselency v Rossii (Estnische Umsiedler in Rußland). Tallin 1976; 2. Aufl. unter dem Titel Èstoncy v SSSR (Esten in der UdSSR). Moskva 1990.

6 S. z.B. die Dissertation von M. Graf, Èstonskie sekcii partii bol'ševikov v gody Oktjabr'skoj revoljucii, inostrannoj voennoj intervencii i graždanskoj vojny (Die estnischen Sektionen der Partei der Bol'ševiki in den Jahren der Oktoberrevolution, der fremden Militärintervention und des Bürgerkrieges). Tallin 1972.

7 Ausführlicher dazu s. L. Vyjme [Võime], Žilišča èstonskich pereselencev na Kavkazskom poberež'e Černogo morja (Wohnhäuser der estnischen Umsiedler an der Schwarzmeerküste des Kaukasus), in: XII naučnaja konferencija Gos. Ètnografičeskogo muzeja ÈSSR. 14–16 aprelja 1970 g., Tartu (12. wissenschaftliche Konferenz des Staatlichen Ethnographischen Museums der Estnischen SSR. 14.–16. April 1970, Tartu). Tallin 1970; L. Võime, Eesti asukate elamu Abhaasias (1895–1930) (Wohngebäude estnischer Siedler in Abchasien <1895–1930>), in: Etnograafia Muuseumi Aastaraamat (Jahrbuch des Ethnographischen Museums). Bd. 26, Tallinn 1972; ders., Kuidas toimus eestlaste laulupidu Suhhumis 1914 aastal? (Wie kam das estnische Sängerfest in Suchumi im Jahr 1914 zustande?), in: Küsimused ja vastused (1973), Nr. 10; ders., Eesti asunikud võitluses nõukogude võimu eest Kaukaasias Musta mere rannikul (1918–1920) (Die estnischen Siedlungen im Kaukasus an der Schwarzmeerküste im Kampf für die Sowjetmacht <1918–1920>), in: ENSV TA Toimetised. Ühiskonnateadused (1973), Nr. 4; ders., Eesti asustuse kujunemine Abhaasias XIX saj. 80-ndail aastail (Die Entstehung estnischer Besiedlung in Abchasien in den 1880er Jahren), in: Ajalooalaseid tõid. 5. ÜTÜ ajalooringi kogumik (Arbeiten auf dem Gebiet der Geschichte. 5. Sammlung im Bereich Geschichte). Tartu 1974.

8 L. Vyjme [Võime], Èstonskie poselency na Černomorskom poberež'e Kavkaza (vtoraja polovina XIX v. – 1929 g.) (Estnische Umsiedler an der Schwarzmeerküste des Kaukasus <von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis 1929>). Autorenreferat der Dissertation für den Erwerb des Titels des Kandidaten der historischen Wissenschaften, Tallin 1975.

Problem der Umsiedlungsbewegungen der estnischen Bauern bis 1863.[9]

Dabei ließen diese Forscher jedoch die nordwestliche Region Rußlands außer acht. Vorläufig verfügen wir nur über zwei relativ kleine Sammelbände, die schon längst bibliographische Raritäten geworden sind. Diese Sammelbände erschienen in den 20er Jahren, als in Leningrad viele prominente Persönlichkeiten der estnischen kommunistischen und der Arbeiterbewegung lebten und arbeiteten (C. Peegelmann, J. Anvelt u.a.), die eine wichtige Rolle in der Entwicklung des politischen und kulturellen Lebens der Esten in Leningrad und in der Region spielten. Die Veröffentlichung dieser Sammelbände war das Verdienst estnischer Kommunisten. Der erste Sammelband „Drei Jahre" war dem dritten Jahrestag der Oktoberrevolution gewidmet, der zweite, „Unter dem Banner der Sowjets", erschien erst zehn Jahre später. Die beiden Bücher behandeln die Veränderungen, die sich bei den Esten des Gouvernements Leningrad nach der Revolution abspielten. Im Vordergrund stand hier[10] wie in den Forschungen Maamägis hauptsächlich die Bauernbevölkerung.

Unmittelbar zum Thema der estnischen Bevölkerung in St. Petersburg stehen bislang nur einige Berichte der estnischen Gesellschaften dieser Stadt zur Verfügung. Der informativste behandelt „Die Petersburger Estnische Schulgesellschaft, 1885–1910".[11] Inhaltlich geht der Bericht über den reinen Titel hinaus: Man findet dort einige Daten zur Geschichte der estnischen Bevölkerung St. Petersburgs, zu ihrem kulturellen Leben am Ende des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts. Darüber hinaus enthält dieses Buch wertvolle und inhaltsreiche Materialien zur Geschichte der estnischen Schulen St. Petersburgs, über die Anzahl der Schüler und der Lehrkräfte für jede Lehranstalt in der im Titel genannten Zeit.

1975 erschien die erste Arbeit zur Kultur der Petersburger Esten.[12] Sie umfaßt eine wesentlich größere Periode als die uns hier interessierende, enthält aber u.a. interessante Materialien zu den 1870er und 1880er Jahren.

---

9 A. Vassar, Uut maad otsimas. Agraarne ümberasumisliikumine Eestis kuni 1863. aastani (Auf der Suche nach neuem Land. Die ländliche Auswanderungsbewegung in Estland bis 1863). Tallinn 1975.

10 Kolm Aastat. Kogu Oktoobrirevolutsiooni aastapäevaks (Drei Jahre. Sammlung zum Jahrestag der Oktoberrevolution). Peterburgis 1920; Nõukogude lippu all. Leningradi kubermangu eestlased Oktoobri 10. aastapäevaks (Unter dem Banner der Sowjets. Die Esten des Leningrader Gouvernements zum 10. Jahrestag der Oktoberrevolution). Leningrad 1927.

11 Peterburi Eesti Kooli Selts. 1885–1910 (Die Petersburger Estnische Schulgesellschaft. 1885–1910). St. Petersburg 1912. Auf diese Arbeit wurde der Autor durch Rudolf Põldmäe freundlicherweise hingewiesen. Über die Schulgesellschaft selbst s. unten.

12 V.A. Samojlov, Teatral'naja dejatel'nost' peterburgskich èstonskich obščestv (1873–1917) (Theatertätigkeit der St. Petersburger estnischen Gesellschaften <1873–1917>), in: XIX Kreutzwaldi Päev. 26–27 detsembril 1975. a. (19. Kreutzwald-Tag. 26./27. Dezember 1975). Tallinn 1975, S. 5-12.

Wenig später veröffentlichte V.A. Samojlov eine größere Arbeit zu diesem Thema (vgl. Anm. 15).

Erst im Jahre 1974 erschien ein umfassender Aufsatz des estnischen Wissenschaftlers R. Pullat: „Die Petersburger Esten und Finnen". Grundlage war ein Vortrag während der Leningrader Historikerkonferenz der UdSSR und Finnlands, den Pullat im Anschluß in einer finnischen geschichtswissenschaftlichen Zeitschrift publizierte.[13] Im folgenden Jahr ergänzte er seinen Aufsatz und veröffentlichte ihn in Tallinn als Broschüre in estnischer Sprache.[14] In dieser verallgemeinernden Publikation wird die historisch-demographische Seite des Problems umfassend betrachtet. Als Ergebnis der in den 1980er Jahren vorgenommenen Untersuchungen zur Ethnographie St. Petersburgs erschienen Artikel von A.D. Dridzo und V.A. Samojlov, ein weiterer Artikel von Dridzo und schließlich ein Beitrag von G.V. Starovojtova.[15]

Diese Publikationen ermöglichen erstmalig eine detailliertere Erforschung der Geschichte der Petersburger Esten. Es wäre zweckmäßig, derartige Forschungen stufenweise durchzuführen, beginnend mit dem Zeitraum von 1860 bis 1880, d.h. mit der Zeit, in der sich eine zahlenmäßig bedeutende Migration der Esten nach St. Petersburg vollzog. Die Tatsache, daß der Beginn dieses Wanderungsanstiegs in die 1860er Jahre fällt, hat Gründe, die ausführlich genug in den obengenannten Arbeiten dargestellt sind. Es ist zu betonen, daß die Umsiedlung mit der Entwicklung des Kapitalismus sowohl in Rußland als auch in Estland im Zusammenhang steht; eine der Folgen dieses Prozesses bestand in der Möglichkeit, den Gutsherren Grundstücke abzukaufen und Einzelgehöfte zu gründen (1865). Die Bestrebungen, Geld für den Kauf eines Grundstückes zu verdienen, beeinflußten das Tempo der Umsiedlung erheblich, und Reformen wie das Paßgesetz (1863), das die Mobilität der Bauern zuließ, oder die Beseitigung der Fronpacht (1868) unterstützten diese Entwicklung. Die Möglichkeiten in St. Petersburg übertrafen in dieser Hinsicht diejenigen, die in Tallinn zur Verfügung standen, was sich besonders für Nord-

---

13 R. Pullat, Pietarin virolaiset ja suomalaiset: Vertaileva historialinnen tutkimus 1700-luvulta vuoteen 1917 (Petersburger Esten und Finnen: Vergleichende historische Forschung vom 18. Jahrhundert bis 1917), in: Turun Historialinnen Arkisto (1974), Nr. 29. Im Vortrag wurde die Periode von 1900 bis 1917 behandelt.

14 R. Pullat, Peterburi eestlased (Die Esten St. Petersburgs). Tallinn 1981.

15 A.D. Dridzo, K istoriografii èstonskogo naselenija Peterburga (60–80-e gody XIX veka) (Zur Historiographie der estnischen Bevölkerung St. Petersburgs <60er bis 80er Jahre des 19. Jahrhunderts>), in: Staryj Peterburg: istoriko-ètnografičeskie issledovanija (Das alte St. Petersburg: historisch-ethnographische Forschungen). Leningrad 1982, S. 53-70 (der vorliegende Artikel stellt eine überarbeitete Erweiterung dieses Beitrags dar); V.A. Samojlov, Èstonskij teatr i nekotorye osobennosti kul'turnoj žiz-

estland aufgrund der Forschungen von Pullat nachweisen läßt. Eine große Rolle spielte in diesem Sinne auch die Eröffnung der Baltischen Eisenbahn (1870).

Aus den obigen Darlegungen wird klar, daß die Petersburger Esten erst vor kurzem das Interesse der Forscher weckten. Was die Periode betrifft, von der hier die Rede ist, so existiert bis heute darüber kein Artikel, geschweige denn eine Monographie. Bei der Beschäftigung mit den Quellen läßt sich jedoch feststellen, daß diese Situation keinesfalls durch mangelnde Quellenlage verursacht wird.

Erstens gibt es sehr interessante Materialien in den Beständen des Zentralen Staatlichen Historischen Archivs in St. Petersburg. Das Archiv der estnischen Kirchengemeinden enthält z.B. Daten über die Anzahl der Laien und ihre Namenslisten, was u.a. Schlußfolgerungen über die konfessionelle Zusammensetzung der Petersburger Esten zuläßt. Offensichtlich könnten weitere Untersuchungen in den Archiven St. Petersburgs sehr fruchtbare Resultate ergeben. Zweitens werden Forschungen in estnischen Archiven nicht weniger nützlich sein, darunter in einigen Privatarchiven (worauf später noch genauer einzugehen sein wird). Drittens stellt die Presse — sowohl in St. Petersburg als auch in Tallinn und Tartu — eine wertvolle und noch nicht genutzte Informationsquelle dar.

In dieser Hinsicht ist auf die Bestände des Estnischen Literaturmuseums in Tartu zu verweisen. Die Aufgabenfelder dieses Museums umfassen mehr als nur Literatur, sie erstrecken sich auf Kunst, Ethnographie, Geschichte des sozialen Denkens und viele Bereiche der Geschichte. Die Bedeutung dieses großen Wissenschaftszentrums wird deutlich, wenn man berücksichtigt, daß es die weltweit größte Bücher- und Periodikasammlung in estnischer Sprache verwahrt. Einer der Schätze, den das Museum besitzt, besteht aus zahlreichen Pressekarteien. Vor allem sind hier die systematische Kartei von 1821–1931 (560 000 Karten), des weiteren die Kartei der Arbeiterpresse (1905–1937: 66 000 Karten), die Hilfskartei der Institutionen und Einrichtungen (50 000 Karten) und die topographische Kartei (180 000 Karten)[16] zu nennen.

---

ni èstoncev v Peterburge (1873–1917) (Das estnische Theater und einige Besonderheiten des kulturellen Lebens der Esten in St. Petersburg <1873–1917>), in: Ebenda, S. 80-97; A.D. Dridzo, Iz istorii Peterburgskogo èstonskogo prosvetitel'nogo obščestva (Aus der Geschichte der Petersburger estnischen Gesellschaft für Volksbildung), in: Ètnografija Peterburga-Leningrada (Ethnographie St. Petersburgs-Leningrads). Lfg. 1, Leningrad 1987, S. 13-20; G.V. Starovojtova, Èstonskie molodežnye obščestva v Peterburge v načale XX veka (Estnische Jugendvereine in St. Petersburg zu Beginn des 20. Jahrhunderts), in: Ebenda, S. 21-25.

16 Ausführlicher s. u.a. M. Kahu, O. Koiva (u.a.), Fr.R. Kreutzwaldi nim. Kirjandusmuuseum. Teatmik (Das Fr.R. Kreutzwald-Literaturmuseum. Ein Nachschlagewerk). Tartu 1970.

Bei der Untersuchung all dieser Karteien konnten mindestens 55 Artikel und Berichte zu unserem Thema in den Zeitungen „Eesti Postimees", „Olewik", „Kunja", „Wirulane", „Valgus", „Sakala", „Virmaline" aus den drei obengenannten Jahrzehnten eruiert werden. Die Analyse dieser Materialien legt die Schlußfolgerung nahe, daß sich die estnische Presse jener Zeit für die Petersburger Esten interessierte: In den genannten Zeitungen finden wir ausführliche Berichte über ihr kulturelles, gesellschaftliches und religiöses Leben, über die estnische(n) Kirchengemeinde(n) (die erste Gemeinde wurde schon in der Mitte des 18. Jahrhunderts gegründet), über die wirtschaftliche Situation usw. Die damaligen Tallinner und Tartuer Zeitungen verfolgten aufmerksam die Petersburger russische und deutsche Presse, und man kann ohne Übertreibung sagen, daß sie ausführlich über alles schrieben, was auch nur im geringsten die Petersburger Esten betraf.[17] Damit enthalten die Materialien der aufgezählten Zeitungen nicht nur umfangreiche Informationen, sondern weisen auch auf russische und deutsche Artikel und Berichte hin, die die uns interessierende Fragestellung behandeln.

Die Verteilung der Materialien innerhalb dieser drei Jahrzehnte ist uneinheitlich. In den 1860er Jahren finden wir vier Artikel (1868/69), in den 1870er Jahren nur einen Bericht (1879), in den 1880er Jahren hingegen treffen wir auf über 50 Informationen. Das spiegelt die Dynamik der Umsiedlungen, sowohl was Quantität als auch Qualität anbetrifft. Außerdem gab es in den ersten beiden Jahrzehnten nur wenige estnische Zeitungen, in den 1880er Jahren hingegen bedeutend mehr.

So stehen die Berichte am Ende der 1860er Jahre im unmittelbaren Zusammenhang mit der „Umsiedlungsepidemie". Die infolge wirtschaftlicher Krisen verzweifelten Bauern, die erfuhren, man könne im Kaukasus Grundstücke erwerben, verließen ihre Wohnorte und reisten in die Hauptstadt. Dort hofften sie, mit Brot und Fahrgeld versorgt zu werden. Die ersten waren Ende Juni 1868 157 Personen aus Hiiumaa. Im Herbst folgten mindestens 500 Menschen aus der Umgebung von Haapsalu, „halbnackt, hungrig, mit kleinen Kindern und Alten".[18] Man brachte sie zunächst im estnischen Gemeindehaus unter, sogar in der Waschküche und der Totenkammer; dann in dem nach einem Brand leerstehenden Gebäude der Zuckerfabrik des Baron Stieglitz in Jekaterinenhof. Die Lage der Umsiedler war schrecklich: Kinder, Alte und Kranke starben. Für die

---

17 So berichtet der „Eesti Postimees" am 25. September 1884 sogar über einen Unfall auf dem Vassilevski Ostrov, weil die Opfer dieses Unfalls eine Estin und ihre zwei Kinder waren.

18 Eesti Postimees vom 4. Dezember 1868.

Polizei waren die Umsiedler ohne Papiere, denn sie hatten nur sogenannte „Bezirkspässe", die ausschließlich zu Reisen in der 30-Kilometer-Zone jenseits der Grenze des Amtsbezirks berechtigten. Zudem waren diese Papiere in St. Petersburg ungültig, da sie auf estnisch ausgestellt waren.[19]

Letztendlich organisierte der Gemeindepastor eine Lotterie zur Sammlung des Nötigsten, weil „die Gemeinde genug eigene Arme hatte, und die Schulden der Kirche noch nicht zurückgezahlt waren". Damit hoffte man auf einen Betrag von 8000 Rubel,[20] doch ohne großen Erfolg, denn dem Pastor standen Ende November erst 1157 Rubel (150 Rubel aus Moskau inbegriffen) zur Verfügung. Es gelang zwar, einige Umsiedler aus Hiiumaa zur Rückkehr zu bewegen, aber die Mehrheit wollte auf keinen Fall umkehren; jedenfalls äußerte der Pastor die Hoffnung, daß „die Umsiedler sich bald selbst mit ihrer eigenen Arbeit ernähren werden".[21] Diese Episode gehört zu den tragischen Seiten in der Phase estnischer Emigration nach St. Petersburg.

Elf Jahre später erschien in der nationaldemokratischen estnischen Zeitung „Sakala" ein Artikel zu diesem Thema, der als einigermaßen umfassend bezeichnet werden kann. Diese Zeitung wurde von Carl Robert Jakobson herausgegeben, einem bedeutenden estnischen Schriftsteller und Politiker, der recht lange in St. Petersburg lebte. Von ihm wird später noch die Rede sein.

Gegen Ende der 1870er Jahre, so schrieb der Korrespondent der „Sakala", gäbe es an die 11000 Esten (die deutsche Zeitung, auf die er sich berief, bezifferte die Zahl der estnischen Gemeindemitglieder auf 10649 Personen, einen Teil der Gemeindemitglieder bildeten aber die Einwohner der Vororte). Gleichzeitig „schließt sich die Mehrheit der Handwerker an die Deutschen an, die bei uns *kadakasaksad*[22] genannt werden. Sie gehen in die deutsche Kirche. Die übrigen (darunter auch wohlhabende) sind Mitglieder der estnischen Kirchengemeinde".[23] Erstere waren somit „wohlhabender", während dies bei den estnischen Gemeindemitgliedern nicht so häufig anzutreffen war. „Die Vertreter der höheren Schichten haben sich russifiziert oder verdeutscht", so „Sakala" weiter. „Mit jedem Jahr wächst die Anzahl (der Esten; A.D.D.) auf Kosten derer, die ihre Heimat verlassen. Viele von ihnen erreichen Wohlstand mit eigener Arbeit

---

19 Ebenda.
20 Eesti Postimees vom 11. Dezember 1868.
21 Eesti Postimees vom 18. Dezember 1868.
22 Wörtlich „Wacholderdeutsche".
23 Sakala vom 10. März 1879, S. 3.

und eigenem Fleiß, einige fristen ihr Leben, und sehr wenige sind in die Heimat zurückgekehrt."[24]

Die soziale Schichtung der Petersburger Esten war also nicht homogen, doch leider läßt sich aus dem Bericht nicht mehr über ihre soziale Lage erschließen. Zugleich enthält der Artikel ganz eindeutige Hinweise darauf, daß das Tempo der Emigration zunahm und die Remigration sehr schwach war. Der Korrespondent sprach über die Assimilation eines Teils der Emigranten, hauptsächlich der sozialen Oberschicht. Diese Behauptung ist im großen und ganzen gerechtfertigt, nur sollte man dabei bedenken, daß sich nicht alle estnischen Intellektuellen, die ihren ständigen Wohnsitz in St. Petersburg und einige recht hohe Positionen inne hatten, von ihrem Volk trennten. Hier wären der Maler und Akademiemitglied J. Köler, der Leibarzt Karell und andere zu nennen.

Weiterhin beklagt der Artikel, daß das gesellschaftliche Leben der Esten in St. Petersburg ein „sehr niedriges Niveau" habe. Es gebe nur einen kleinen Verein — „Edasi" („Vorwärts") — und einen Gesangsverein an der estnischen Kirche, der ein oder zwei Konzerte im Jahr veranstalte. Der Ruf dieser Vereine sei aber so unbedeutend, daß sogar estnische Chöre, die nach St. Petersburg kämen, es vorzögen, bei deutschen Chorvereinen aufzutreten, so daß die Petersburger Esten von diesen Konzerten erst aus der deutschen Presse erführen! In den 1870er Jahren gab es erste Versuche, estnische Theaterstücke aufzuführen (z.B. „Linnal ja maal" — „In der Stadt und auf dem Land"),[25] die aber nicht von Dauer waren, und was heute als „Laienkunst" bezeichnet wird, praktizierte man nur zu Hause. Vorbild waren hier die Letten, von denen in der Hauptstadt nur 3000 ansässig waren, die aber regelmäßig lettische Schauspiele aufführten.

Sehr interessant erscheint der Hinweis auf den Verein „Edasi", von dem bis jetzt keine andere Erwähnung zu finden ist. Auch in der Kartei des Literaturmuseums gibt es keine Daten darüber. Wahrscheinlich war er nicht nur klein, sondern existierte auch nicht lange. Möglicherweise war er eine Art Privat-Zirkel (der Korrespondent schrieb, er sei „keine offene Gesellschaft", obwohl dies auch bedeuten kann, daß „Edasi" nicht offiziell registriert war).

Ein wichtiges Merkmal des nationalen Selbstbewußtseins ist zweifellos die Sprache. Aus dem Artikel ist unschwer abzulesen, daß ein bedeutender

---

[24] Ebenda.

[25] Samojlov, Teatr (wie Anm. 15), weist darauf hin, daß die erste estnische Theateraufführung in St. Petersburg 1873 stattfand. Es handelte sich um die estnische Variante des Stückes von Island „Alte Kavaliere", überarbeitet von Hermann. Hermanns Stück „Versteigerung" wurde von der Zensur verboten, und 1874 verließ er St. Petersburg.

Teil der Esten (vor allem die Arbeitsmigranten) die Muttersprache nicht vergessen hatten. Interesse für die Nationalkultur, darunter die Nationalliteratur, zeigten jedoch nur wenige, und nicht zufällig entstand der Eindruck, daß „die Esten in Petersburg wie vor 100 Jahren leben".[26] Versuche, zentrale Buchbestellungen aus Tallinn und Tartu zu organisieren, blieben erfolglos. Zwar wurden estnische Bücher des Schnakenburg & Laakman-Verlages zum Verkauf nach St. Petersburg geschickt, adressiert an den Küster der estnischen Kirche und an eine finnische Buchhandlung. Doch welche Bücher dort vorhanden waren, darüber konnte der potentielle Leser nur per Zufall erfahren.[27] Einige estnische Bücher wurden in St. Petersburg selbst herausgegeben; u.a. veröffentlichte Jakobson hier in den 1860er und 1870er Jahren einige seiner Werke, die aber vorrangig nicht für Petersburger Leser bestimmt waren, da der größte Teil der Auflagen in die Gouvernements Estland und Livland verschickt wurde.

Die estnische Presse enthält auch umfangreiche Daten über die ersten estnischen nationalen Organisationen in St. Petersburg — die „Petersburger Wohltätigkeitsgesellschaft" (gegründet 1880; 59 Artikel), die „Petersburger Estnische Gesellschaft" (gegründet 1883 infolge der Vereinigung der Wohltätigkeitsgesellschaft mit der Estnischen Abteilung der deutschen Gesellschaft „Die Palme"; 90 Artikel und Berichte), die „Estnische Schulgesellschaft" (gegründet 1885; 46 Artikel und Berichte). Es ist hinzuzufügen, daß die Archive dieser Gesellschaften bis heute verschollen sind (zumindest im Literaturmuseum sind sie nicht nachgewiesen), wodurch die vorliegenden Zeitungsberichte aus Tallinn und Tartu an Wert gewinnen, zumal es in St. Petersburg in den 1860er bis 1880er Jahren noch keine estnischen Zeitungen gab. Zweifellos sind weitere interessante Materialien auch in estnischen Zeitschriften aus dieser und der späteren Zeit zu finden. Aber solche Forschungen sind eine Aufgabe für die Zukunft, da die Zeitschriften nicht in der Kartei des Literaturmuseums registriert sind.

Des weiteren scheinen Forschungen über den Aufenthalt bedeutender estnischer Künstler in St. Petersburg sehr vielversprechend zu sein. Es ist bekannt, daß viele Esten die Petersburger Universität und andere Petersburger Lehranstalten der Universität Tartu vorzogen, v.a. da St. Petersburg größere Berufschancen für die Studienabsolventen eröffnete, obwohl es für einen Esten sehr schwierig war, in St. Petersburg einen Studienplatz zu bekommen. Gerade die Tätigkeit der estnischen Wissenschaftler und Künstler charakterisiert die Besonderheiten des kulturellen

---

26 Sakala vom 10. März 1879, S. 4.
27 Ebenda.

und gesellschaftlichen Lebens der estnischen Minderheit in der Hauptstadt, und ihr literarisches Erbe ist für uns eine wertvolle Quelle. In diesem Material werden Besonderheiten der Petersburger Esten und auch der Beitrag zur estnischen Kultur, den die Bewohner der Stadt an der Neva geleistet haben, deutlich, ebenso ihre Beziehungen zur Heimat. Äußerst aufschlußreich sind z.B. die literarischen Nachlässe so bedeutender estnischer Künstler wie J. Köler (1829–1899), C.R. Jakobson (1841–1882) und J. Hurt (1839–1907).

Der Maler Johann Köler hatte 1857 die Akademie der bildenden Künste in St. Petersburg absolviert und war 1861 zum Akademiemitglied berufen worden. Von 1860 bis 1880 beteiligte er sich aktiv am politischen Leben Estlands und war zu jener Zeit einer der bedeutendsten Vertreter der demokratischen Richtung in der estnischen Nationalbewegung. Köler gehörte, wie auch einige andere Esten, zum „Petersburger Estnischen Patriotischen Zirkel", über den die Forschung leider wenig weiß.[28] Besonders interessant und wichtig erscheint dabei, daß Köler schon 1864 die Herausgabe einer estnischen Zeitung in St. Petersburg plante.[29] Das Leben und Wirken dieses prominenten estnischen Künstlers erweckte schon in den 1930er Jahren das Interesse der Forscher. Neben der auf russisch erschienenen Monographie von V. Erm[30] ist noch die oben zitierte Arbeit von Põldmäe zu nennen, die hauptsächlich auf den zuerst publizierten Materialien des Literaturmuseums, dem aus der Petersburger Zeit stammenden Briefwechsel zwischen Köler und Jakobson, basiert.

Einen wichtigen Platz nimmt die Petersburger Periode im Leben und Wirken von C.R. Jakobson (1841–1882), einem bedeutenden estnischen Schriftsteller und Demokraten, ein. Zwischen 1865 und 1871 war er Lehrer in St. Petersburg, zuvor (1862–1864) hatte er in Jamburg (Gouvernement Petersburg) unterrichtet. Während seiner Lehrtätigkeit in der Hauptstadt betätigte er sich literarisch und gesellschaftspolitisch. Er besaß umfassende Kenntnisse über die Werke der bekannten russischen Publizisten und Gelehrten seiner Zeit[31] und pflegte enge Kontakte zu den Vertre-

---

28 R. Põldmäe, J. Köleri ja C.R. Jakobsoni koostöö (Die Zusammenarbeit von J. Köler und C.R. Jakobson), in: Keel ja Kirjandus (1976), Nr. 3, S. 136.

29 Er schrieb darüber in einem Brief an J. Hurt am 17. März 1864. Der Brief wurde 1911 veröffentlicht; vgl. ebenda. Zu seiner Autobiographie vgl. Russkaja Starina (Russisches Altertum). Bd. 34, St. Petersburg 1882; Bd. 56, St. Petersburg 1886.

30 A. Vaga, Johann Köler. Tartu 1931; M. Pukitis, Johann Köler. Eestluse eelpost Peterburgis (Johann Köler. Vorposten des Estentums in St. Petersburg). Tallinn 1936; V. Erm, Köler. Moskva 1960.

31 Ausführlicher s. O. Štejn, V.V. Bervi-Flerovskij i K.R. Jakobson (V.V. Bervi-Flerovskij und C.R. Jakobson), in: Voprosy filosofii (1958), Nr. 12.

tern der Bewegung der „Jungletten", die damals in St. Petersburg aktiv waren.

Zweifellos spielten die Petersburger Aktivitäten Jakobsons eine wichtige Rolle für sein weiteres Leben, als man ihn 1872 zum Vorsitzenden der „Estnischen Schriftstellergesellschaft" wählte und als er von 1878 bis 1882 die Zeitung „Sakala" herausgab. Gerade in St. Petersburg schrieb und veröffentlichte er sein programmatisches Hauptwerk „Kolm isamaa kõnet" („Drei Reden fürs Vaterland").[32] Jakobson war nicht nur Pädagoge an einigen Lehranstalten der Stadt, sondern veröffentlichte dort auch eine Reihe von Lehrbüchern: eine Fibel,[33] das Handbuch des Ackerbauern[34] und das erste Gesangslehrbuch für estnische Schulen[35]. Vieles, was er in dieser Zeit schrieb, wurde von Tallinner und Tartuer Verlagen veröffentlicht. All das läßt darauf schließen, daß die Herausgabe estnischer Bücher in St. Petersburg damals kein Einzelfall war, obwohl — wie oben bereits gesagt — diese Bücher hauptsächlich für den Leser in Estland selbst bestimmt waren.

Dem Leben und Wirken Jakobsons ist eine umfangreiche Literatur gewidmet.[36] Der estnische Literaturwissenschaftler Rudolf Põldmäe publizierte eine Arbeit über die Petersburger Periode im Leben und Wirken des Schriftstellers.[37] Von ihm wurden auch zwei Bände von Jakobsons Werken zum Druck vorbereitet (sie erschienen 1959) sowie der erste Band seiner Briefe (nicht erschienen).

Mehr als 20 Jahre verbrachte einer der Protagonisten der konservativen Richtung in der estnischen Nationalbewegung, der Volkskundler und Ethnograph Jakob Hurt, der von 1880 bis 1901 Pastor einer der estnischen Kirchengemeinden der Stadt war, in St. Petersburg. Er sammelte mit Hilfe des von ihm geschaffenen Korrespondentennetzes Materialien nicht nur aus Estland, sondern auch von estnischen Umsiedlern, beteiligte sich intensiv an der Arbeit der „Russischen Geographischen Gesellschaft" und publizierte in einem der Hefte dieser Gesellschaft einen Aufsatz über die „Pskover Esten" (Setukesen). Seine Arbeiten zur estnischen Volkskunde

---

32 C.R. Jakobson, Kolm isamaa kõnet (Drei Reden fürs Vaterland). Peterburi 1870.

33 C.R. Jakobson, Uus Aabitsaraamat (Das neue ABC). Peterburi 1869.

34 C.R. Jakobson, Teadus ja Seadus põllul (Wissenschaft und Gesetz auf dem Land). Peterburi 1869.

35 C.R. Jakobson, Vanemuine Kandle healed (Die Stimmen der Zither von Vanemuine). Bd. 1, Peterburi 1869; s. auch Eesti Kirjanduse Biograafiline Leksikon (Biographisches Lexikon der estnischen Literatur). Tallinn 1975, S. 106.

36 Es sei mindestens ein Sammelband zu erwähnen: Jakobson (wie Anm. 2); E. Jansen, R. Põldmäe, Carl Robert Jakobson. Tallinn 1968; s. auch den Artikel zu seiner Person in: Leksikon (wie Anm. 35), S. 104 ff. (Autor ebenfalls R. Põldmäe).

37 R. Põldmäe, C.R. Jakobsoni elu ja tegevus 1864–1871 (Leben und Wirken von C.R. Jakobson 1864–1871), in: Keel ja Kirjandus (1966), Nr. 12.

wurden in Estland und Finnland veröffentlicht, wobei Hurt sie in St. Petersburg geschrieben hatte. Er lebte auch nach seiner Pensionierung bis zu seinem Tode in St. Petersburg. Sein literarischer Nachlaß ist noch nicht vollständig ediert.[38]

Diese drei Beispiele machen deutlich, wie ergebnisreich Untersuchungen im Bereich des literarischen Erbes estnischer Kulturschaffender, die biographisch mit der Hauptstadt des Zarenreiches verbunden sind, sein können. Es muß abschließend betont werden, daß umfangreiche Quellen zur weiteren Erforschung der estnischen Bevölkerung in St. Petersburg vorhanden sind. Die Suche muß natürlich weitergeführt werden, aber auch jetzt sind Hauptrichtungen zukünftiger Arbeit erkennbar, als deren Ergebnis die Darstellung der wichtigsten Besonderheiten in Leben und Kultur der estnischen Minderheit St. Petersburgs in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Mittelpunkt stehen sollte.

Aus dem Russischen übersetzt von Olga Sidor, Freiburg

[38] Eine Zusammenfassung der Literatur über Hurt in: Leksikon (wie Anm. 35), S. 97; ebenda, S. 95 ff., Artikel v. R. Põldmäe. Die letzte Monographie über Hurt wurde vor fast 60 Jahren veröffentlicht: J. Roos, Jakob Hurt. Tallinn 1936.

Estnische Übersiedler im Gouvernement St. Petersburg von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts

von Marina L. Zaseckaja

Die Geschichte der ethnisch dispersen Gruppe der Esten im Gouvernement St. Petersburg ist nicht nur im Hinblick auf die Wiederentdeckung der ethnokulturellen Geschichte des Leningrader und heutigen Petersburger Gebietes (russ.: oblast')[1] von Interesse, sondern auch im Hinblick auf die Erforschung des estnischen Volkes als Ganzes. Es genügt, daran zu erinnern, daß am Ende des 19. Jahrhunderts laut Angaben der Volkszählung von 1897[2] im Petersburger Gouvernement 64 116 Esten lebten (allein in St. Petersburg 12 238 Personen), d.h. daß sich das Petersburger Gouvernement nach den Gouvernements Livland (518 594) und Estland (365 959) an dritter Stelle befand, was die Anzahl der dort lebenden Personen estnischer Nationalität betraf. Nichtsdestoweniger erfuhr diese gegen Ende des 19. Jahrhunderts äußerst zahlreiche, bereits sehr früh (im 18. Jahrhundert) bestehende Gruppe von estnischen Übersiedlern bis heute in der Wissenschaft außerhalb des Baltikums keine gebührende Wertschätzung und stellt nach wie vor kein eigenständiges Forschungsobjekt für Ethnographen, Linguisten und Soziologen dar.

Konkrete Angaben über die Esten im Gouvernement St. Petersburg existieren bereits in literarischen Quellen und Dokumenten des 18. Jahrhunderts.[3] Jedoch wurden, angefangen mit den originellen und farbenreichen

---

1 Die Territorien des heutigen Petersburger, des Novgoroder und des Pskover Gebietes sind nicht identisch mit jenen der damaligen Gouvernements. Zum Petersburger Gebiet gehörten die karelische Landenge nördlich von Beloostrovo, das Gebiet des ehemaligen Landkreises Lodejnopole im Gouvernement Olonec usw. Aus dem Novgoroder Gouvernement kam der Landkreis Tichvin zum Petersburger Gebiet. Dafür sind der Landkreis Gdov und der südliche Teil des Landkreises Luga heute Teil des Pskover Gebietes.

2 Pervaja vseobščaja perepis' naselenija Rossijskoj imperii. 1897. Obščij svod po imperii rezul'tatov razrabotki dannych Pervoj vseobščej perepisi naselenija, proizvedennoj 28 janvarja (Erste allgemeine Volkszählung des Russischen Reiches. 1897. Allgemeines Reichsbuch über die Auswertungsresultate der Daten von der Ersten Allgemeinen Volkszählung vom 28. Januar). Bd. II, St. Petersburg 1905, S. 28; S.-Peterburgskaja gub. (St. Petersburger Gouvernement). Bd. XXXVII, St. Petersburg 1903; Lifljandskaja gub. (Gouvernement Livland). St. Petersburg 1905, XXI; Estljandskaja gub. (Gouvernement Estland), XI-IX.

3 L. Bakmejster, Topografičeskie izvestija, služašče dlja polnogo geografičeskogo opisanija Rossijskoj imperii (Topographische Mitteilungen zur vollständigen geographi-

Beschreibungen I.G. Georgis und F.O. Tumanskijs bis hin zu der grundlegenden Forschungsarbeit V.A. Maamägis,[4] die Esten im Petersburger Gouvernement stets nur gemeinsam entweder mit anderen finnisch-baltischen Völkern des Nordwestens oder mit estnischen Übersiedlern anderer Regionen Rußlands erwähnt.[5]

Eine derartige „Vergeßlichkeit" der sowjetischen, estnischen und russischen Ethnographen erklärt sich vor allem aus dem Verbot, über jene Volksgruppen des Leningrader Gebietes zu forschen, die in den 30er Jahren Opfer stalinistischer Repressionen geworden waren.[6] Das langwährende „Schweigen" der Wissenschaftler wurde erst in den 70er und 80er

---

schen Deskription des Russischen Reiches). Bd. I, Tl. 4, St. Petersburg 1774, S. 346; I.G. Georgi, Opisanie obitajuščich v Rossijskom gosudarstve narodov, takže ich žitejskich obrjadov, ver, obyknovenij, žilišč, odežd i pročich dostopamjatnostej (Beschreibung der im Russischen Staate lebenden Völker sowie ihrer Sitten und Gebräuche, Glaubensrichtungen, Behausungen, Bekleidung und übriger Denkwürdigkeiten). Tl. 1, St. Petersburg 1776, S. 14-25; F. Tumanskij, Opyt povestvovanija o dejanijach, položenii, sostojanii, razdelenii S.-Peterburgskoj gubernii 1789–1790 gg. (Bericht über Taten, Lage, Zustand und Aufteilung des Gouvernements St. Petersburg 1789–1790); Ėremitažnoe sobranie (Sammlung der Eremitage) (ĖS), OR i PK GPB, Nr. 558; E. Öpik, Vadjalastest ja isurist XVIII-saj. lõpul: Etnograafilisi materiale Fjodor Tumanski Peterburi kubermangu kirjelduses (Zu den Woten und Ižoren am Ende des 18. Jahrhunderts: Ethnographische Materialien in der Darstellung des Petersburger Gouvernements von Fëdor Tumanskij). Tallinn 1970, S. 47-119 (s. auch ĖS, Nr. 558, l. 22-92, 161-162 ob.).

4 V.A. Maamjagi [Maamägi], Ėstoncy v SSSR 1917–1940 gg. (Die Esten in der Sowjetunion 1917–1940). Moskva 1990.

5 Über die estnischen Siedler im Petersburger Gouvernement: P.I. Keppen, Vod' i Vodskaja pjatina (Die Woten und die Vodskaja pjatina), in: Žurnal Ministerstva Narodnogo Prosveščenija (Zeitschrift des Ministeriums für Volksbildung; ZMNP) (1851), H. 70, Nr. 5, Ot.d.2, S. 41-67; ders., Ob inorodčeskom, preimuščestvenno nemeckom naselenii S.-Peterburgskoj gubernii (Über die fremden, vorwiegend deutschen Bewohner des St. Petersburger Gouvernements), in: Žurnal Ministerstva Vnutrennych del' (Zeitschrift des Ministeriums für Innere Angelegenheiten; ZMVD) (1850), H. 32, Buch 10, S. 181-209. Eine genauere Bibliographie s. bei L.V. Vyskočkov, Ob ėtničeskom sostave sel'skogo naselenija Severo-Zapada Rossii (vtoraja polovina XVIII–XIX v.) (Über die ethnische Zusammensetzung der Landbevölkerung des russischen Nordwestens <zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts – 19. Jahrhundert>), in: Peterburg i gubernija: istoriko-ėtnografičeskie issledovanija (Petersburg und die Gouvernements: historisch-ethnographische Untersuchungen). Leningrad 1989, S. 113-131. Zu den estnischen Siedlern in Rußland s. I. Meomuttel, Eesti asunikud laialises Wene riigis. Esimene katse sõnumid kõikide Eesti asunduste üle tuua (Estnische Kolonisten im weiten Russischen Reich. Erster Versuch eines Berichts über alle Siedlungen Estlands). Jur'ev 1900; A. Nigol, Eesti asundused ja asupaigad Venemaal (Estnische Siedlungen und Wohnorte in Rußland). Tartu 1918, A. Vassar, Uut maad otsimas (Auf der Suche nach neuem Land). Tallinn 1975.

6 Genaueres über die illegale Diskriminierung der finnisch-baltischen Völker s. My živëm na odnoj zemle: naselenie Peterburga i Leningradskoj oblasti (Wir leben auf einer Erde: Die Bevölkerung Petersburgs und des Leningrader Gebietes), Red. v. K.V. Čistov. St. Petersburg 1992, S. 4-15.

Jahren gebrochen,[7] als fast gleichzeitig eine ganze Reihe von Arbeiten erschien: Monographien und Sammelbände zur Ethnographie St. Petersburgs bzw. Leningrads, in denen einzelne Aufsätze, Abschnitte oder Kapitel den estnischen Stadtbewohnern als Gruppe gewidmet waren. Im Endeffekt erwies sich die besagte Gruppe der Esten als recht gut erforscht. Die sozial-demographischen Studien R. Pullats[8] sowie die von N.V. Juchnëva[9] durchgeführten ethnosozialen Rekonstruktionen erlaubten eine exaktere Beschreibung der Besonderheiten der Migrationsbewegungen in die Hauptstadt sowie präzisere Angaben zur zahlenmäßigen Stärke und zur sozialen Zusammensetzung der Petersburger Esten im 19. Jahrhundert bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts. Durch die Anstrengungen A.D. Dridzos konnte der Grundstein gelegt werden für eine systematische Quellenforschung über die Esten in St. Petersburg.[10] Verschiedenen Aspekten des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens (estnische Gesellschaften, Theater) sind sowohl die Aufsätze Dridzos als auch jene von V.A. Samojlov und G.V. Starovojtova gewidmet;[11] die Herausarbeitung der historisch-kulturellen Problematik „Die Rolle Petersburgs und seine Bedeutung für den Entwicklungsprozeß und die Konsolidierung der est-

---

7 Es muß unbedingt erwähnt werden, daß der estnische Historiker V.A. Maamägi bereits 1961 die Notwendigkeit einer Erforschung der Geschichte der estnischen Minderheit in der Sowjetunion von 1917-1940 betonte. S. Maamjagi, Ėstoncy (wie Anm. 4), S. 6.

8 R. Pullat, Pietarin virolaiset ja suomalaiset: Vertaileva historialinnen tutkimus 1700-luvulta vuoteen 1917 (Petersburger Esten und Finnen: Vergleichende historische Forschungen vom 18. Jahrhundert bis 1917), in: Turun Historialinnen Arkisto (1974), Nr, 29; ders., Peterburi eestlased (Die Esten St. Petersburgs). Tallinn 1981.

9 N.V. Juchnëva, Ėtničeskij sostav i ėtnosocial'naja struktura naselenia Peterburga (Ethnische Zusammensetzung und ethnosoziale Struktur der Petersburger Bevölkerung). Leningrad 1984.

10 A.D. Dridzo, K istoriografii ėstonskogo naselenija Peterburga (60–80-e gody XIX veka) (Zur Historiographie der estnischen Bevölkerung St. Petersburgs <60er bis 80er Jahre des 19. Jahrhunderts>, in: Staryj Peterburg: istoriko-ėtnografičeskie issledovanija (Das alte St. Petersburg: historisch-ethnographische Forschungen). Leningrad 1982, S. 53-70.

11 A.D. Dridzo, Iz istorii Peterburgskogo ėstonskogo prosvetitel'nogo obščestva (Aus der Geschichte der Petersburger estnischen Gesellschaft für Volksbildung), in: Ėtnografija Peterburga-Leningrada (Ethnographie St. Petersburgs-Leningrads). Lfg. 1, Leningrad 1987, S. 13-20; V.A. Samojlov, Teatral'naja dejatel'nost' peterburgskich ėstonskich obščestv (1873–1917) (Die Theateraktivitäten der St. Petersburger estnischen Gesellschaften <1873–1917>), in: Kreutzwaldi Päev. 26–27 detsembril 1975. a. (19. Kreutzwald-Tag. 26./27. Dezember 1975). Tallinn 1975, S. 5-12; ders., Ėstonskij teatr i nekotorye osobennosti kul'turnoj žizni ėstoncev v Peterburge (1873–1917) (Das estnische Theater und einige Besonderheiten des kulturellen Lebens der Esten in St. Petersburg <1873–1917>), in: Staryj Peterburg (wie Anm. 10), S. 80-97; G.V. Starovojtova, Ėstonskie molodežnye obščestva v Peterburge v načale XX veka (Estnische Jugendvereine in St. Petersburg zu Beginn des 20. Jahrhunderts), in: Ėtnografija (wie oben), S. 21-25.

nischen Nation", begonnen von S.G. Isakovn, wurde von N.V. Juchnëva und G.V. Starovojtova fortgeführt.[12] Unserer Ansicht nach stellt das Buch von Starovojtova und hierin insbesondere das zweite Kapitel („Geschichte der Entstehung der ethnisch dispersen Gruppen in Petersburg/Leningrad; die Esten") die zum gegenwärtigen Zeitpunkt bedeutendste zusammenfassende Arbeit zu den Petersburger Esten dar.

Leider weist die Ethnographie nach wie vor eine wesentliche Forschungslücke auf, wenn es um die estnische Landbevölkerung oder die estnischen Bewohner in den Provinzstädten des Petersburger Gouvernements geht. Eines wissen wir sicher: Estnische Übersiedler lebten fast anderthalb Jahrhunderte (1744[13]–1917) im Petersburger Gouvernement als Minderheit inmitten einer ethnisch fremden (russischen) Mehrheit, ohne jedoch dabei in der örtlichen Bevölkerung aufzugehen. Die Volkszählungen der 20er Jahre unseres Jahrhunderts[14] sowie der Anstieg kultureller Bildungseinrichtungen und gesellschaftlicher Organisationen auf dem Lande und in den Provinzzentren des Leningrader Gebietes bis zum Jahre 1937[15] zeugen davon, daß die Esten ihr nationales Selbstbewußtsein nicht verloren hatten.

Auf welche Art und Weise konnte dies geschehen? Gemäß welchen Gesetzen konnte eine ethnische Gruppe in diesem Fall ihre Selbsterhaltung

---

12 S.G. Isakov, Peterburg-Leningrad v istorii èstonskoj kul'tury (St. Petersburg-Leningrad in der Geschichte der estnischen Kultur), in: Neva (1978), Nr. 10; N.V. Juchnëva, Rol' Peterburga v nacional'no-kul'turnych dviženijach narodov Rossii (Die Rolle St. Petersburgs in den national-kulturellen Bewegungen der Völker Rußlands), in: Ėtnografija (wie Anm. 11), S. 3-11; dies., Rol' Peterburga v nacional'nom razvitii latyšej i èstoncev (Die Rolle St. Petersburgs in der nationalen Entwicklung der Letten und Esten), in: Problemy ėtničeskoj istorii baltov (Fragen zur ethnischen Geschichte der Balten). Riga 1985, S. 159-163; G.V. Starovojtova, Ėtničeskaja gruppa v sovremennom sovetskom gorode (Die ethnische Gruppe in der modernen sowjetischen Stadt). Leningrad 1987, S. 37-49.

13 Die spontane Besiedlung des Landkreises Gdov im Gouvernement St. Petersburg durch Esten war schon im 17. Jahrhundert bis zum Anfang des 18. Jahrhunderts von Bedeutung. 1744 erging eine Weisung, die vorschrieb, Bauern aus dem Baltikum, die „in Rußland den griechischen Glauben angenommen hatten (...) nach Livland nicht zurückzuschicken und sie dort zu belassen, wo sie in Rußland eine Wohnstatt haben". Polnoe Sobranie Zakonov Rossijskoj Imperii (Vollständige Sammlung der Gesetze des Russischen Reiches). 1. Sammlung, Bd. 12, Nr. 9023, Punkt 2, S. 205 f. Das Erscheinen einer solchen Anordnung stellt ein juristisches Anzeichen für die Migration aus Estland dar. Deshalb können wir unter gewissem Vorbehalt diese Zeitangabe als Beginn der ersten Siedlung betrachten.

14 Statističeskij sbornik po Petrogradu i Petrogradskoj gubernii (Statistischer Sammelband für Petrograd und das Petrograder Gouvernement). Petrograd 1922, S. 34 u. 35.

15 P.M. Janson, Nacional'nye men'šinstva Leningradskoj oblasti (Die nationalen Minderheiten des Leningrader Gebietes). Leningrad 1929; ders., Ot ugnetenija i bespravija — k sčastlivoj žizni (Von Unterdrückung und Rechtlosigkeit zu einem glücklichen Leben). Leningrad 1936; N.F. Kurazov, Priroda i istorija Lužskogo kraja (Natur und

sichern? Welches waren die Transmissionsmechanismen der estnischen Kultur unter den konkreten Bedingungen im Rußland des 19. Jahrhunderts bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts? Wir haben zum heutigen Zeitpunkt keine erschöpfende Antwort auf diese Fragen.

Nachdem jedoch im Jahre 1990 durch Mitarbeiter einer Reihe wissenschaftlicher Forschungsinstitute, Schulen und Museen der Stadt Petersburg ein Programm für eine umfassende historisch-kultursoziologische Untersuchung des Leningrader Gebietes[16] ausgearbeitet worden war, begannen Mitarbeiter des Russischen Ethnographischen Museums (RÈM)[17] eine kontinuierliche Expeditions- und Sammelarbeit unter der baltisch-finnischen Bevölkerung des Leningrader Gebietes. Nach sechs Jahren wissenschaftlicher Sammlertätigkeit im Rahmen des genannten Programmes hatte sich bei der Autorin des vorliegenden Aufsatzes ein interessantes Datenmaterial angehäuft, welches von Angehörigen der Geburtsjahrgänge 1900–1920 stammt und welches es erlaubt, in gewissem Maße die Besonderheiten des materiellen und des geistig-kulturellen Lebens der estnischen Übersiedler im Petersburger Gouvernement zu rekonstruieren. Selbstverständlich wurden dabei bereits veröffentlichte Arbeiten berücksichtigt[18] sowie Photoaufnahmen und Archivmaterialien, die in St. Petersburg erhältlich waren, hinzugezogen.

Nach Meinung einiger Ethnographen entwickeln sich innerhalb von ethnisch dispersen Gruppen zwei grundlegende Spielarten ethnischer Prozesse: ethnotransformatorische Prozesse (die zu einer Veränderung des ethnischen Bewußtseins der Mitglieder der Gruppe führen) und ethnoevolutionäre Prozesse (die zwar mit der Veränderung grundlegender ethnischer Parameter verbunden sind, nicht aber zu einer Wandlung des

---

Geschichte des Lugaer Landes). Luga 1934: „Im Bezirk gibt es 13 estnische Kolchosen, zwei Dorfsowjets (...) eine estnische Sieben-Jahres-Schule in der Stadt Luga, die nationale fünfte FZS (...) es gibt vier estnische Grundschulen (...) zwei estnische Lesestuben." (S. 8f. u. 13).

16 Das Ziel der Forschungsarbeiten ist die Untersuchung der regionalen Kultur in der ganzen Vielfalt ihrer lokalen Varianten; das Leningrader Gebiet wird als besonderes Modell der Kontakte von Gemeinschaften verschiedener Art in konkreten räumlich-zeitlichen Gegebenheiten betrachtet. Genaueres über die Pläne und Methoden des Programmes in: Naselenie Leningradskoj oblasti: Materialy i issledovanija po istorii i tradicionnoj kul'ture (Die Bevölkerung des Leningrader Gebietes: Materialien und Forschungen zur Geschichte und traditionellen Kultur). St. Petersburg 1992, S. 3-6.

17 Rossijskij ėtnografičeskij muzej (Russisches Ethnographisches Museum) (RÈM), vormals Gosudarstvennyj muzej ėtnografii narodov SSSR (Staatliches Museum der Ethnographie der Völker der Sowjetunion), St. Petersburg.

18 M.L. Zaseckaja, Ėstoncy Lužskogo rajona Leningradskoj oblasti (konec XIX – ser. XX v.) (Die Esten des Lugaer Bezirkes im Leningrader Gebiet <Ende des 19. Jahrhunderts bis Mitte des 20. Jahrhunderts>), in: Naselenie (wie Anm. 16), S. 132-143.

ethnischen Selbstbewußtseins führen).[19] Einen wichtigen Faktor zur Bestimmung der Entwicklungstendenzen in die eine oder andere Richtung stellt hierbei die Umwelt dar, d.h. die Besonderheiten der historisch-kulturellen Landschaft am neuen Siedlungsort.

Das Petersburger Gouvernement (Leningrader Gebiet) war und ist ein organischer Bestandteil der historisch-kulturellen und sozio-ökonomischen Region des Nordwestens Rußlands, „wo immer schon die Kontakte untereinander und die Migrationen der slavischen und finnisch-baltischen Gemeinschaften einen starken und unablässig wirkenden strukturbildenden Faktor darstellten".[20] Infolge der Migrationen veränderte sich die ethnische Landkarte mehrmals. Ihre höchste ethnische Vielfalt erreichte sie in den Jahren zwischen 1890 und 1920. Die russische und die finnisch-baltische Bevölkerung (Orthodoxe und Lutheraner) blieb jedoch während der gesamten Zeit des Bestehens des Petersburger Gouvernements und auch während der gesamten Geschichte der estnischen Siedlungsbewegung vorherrschend. Folglich schuf das spezifische, andersartige ethnische Umfeld in dieser Region günstige Bedingungen für die evolutionäre Entwicklung der estnischen Gruppe.

Die Geschichte der Siedlungsbewegung vor der Revolution von 1917[21] läßt sich in drei Abschnitte unterteilen: 1. Etappe: die Zeit vor den Reformen, die Zeit der spontanen Besiedlung, 1744–1860 (2522 Menschen)[22]; 2. Etappe: die Zeit nach den Reformen, die Hauptetappe, 1861–1905, die Zeit der Herausbildung der ethnisch dispersen Gruppe der Esten im Gouvernement und ihrer charakteristischen Besonderheiten (mehr als 39000 Menschen). Gegen Ende der zweiten Etappe stieg die Migrationsintensität auf das 15fache und erreichte damit ihr Maximum. Den Abschluß bildet schließlich die 3. Etappe von 1906–1914, die Ära Stolypin. Zu Beginn des Ersten Weltkrieges lebten im Petersburger Gouvernement etwa 50000 Esten,[23] davon 16000 im Landkreis Gdov, 8000-9000 im Landkreis Luga,

---

19 Sovremennye ėtničeskie processy v SSSR (Moderne ethnische Prozesse in der Sowjetunion). Moskva 1977, S. 18 ff.; Starovojtova, Ėtničeskaja gruppa (wie Anm. 12), S. 11.

20 O.M. Fišman, Predislovie k sborniku (Vorwort zum Sammelband), in: Naselenie (wie Anm. 16), S. 3.

21 Die vierte Etappe von 1917–1922 war die Zeit der politischen Migration, die Zeit von Option und Reoption; vgl. Maamjagi, Ėstoncy (wie Anm. 4), S. 200-218; Zaseckaja, Ėstoncy (wie Anm. 18), S. 135.

22 Die Zahlen in Klammern bezeichnen die Zahl der Esten, die am Ende einer jeden Siedlungsetappe in ländlichen Ortschaften wohnten. Die estnische Bevölkerung St. Petersburgs und der Landkreisstädte wurde hierbei nicht berücksichtigt. S. hierzu genauer die Rekonstruktion, die von Vyskočkov, Ob ėtničeskom sostave (wie Anm. 5), S. 116, 125 u. 126, erstellt wurde.

23 Zur ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung des Petrograder Gouvernements nach der Zählung von 1920 vgl. Sbornik (wie Anm. 14), S. 34 f.; ebenso N.M. Roma-

8 000 im Landkreis Jamburg, 6 000 im Landkreis Peterhof, 5 000 im Landkreis Carskoe Selo und 3 000 in den übrigen Landkreisen des Gouvernements.[24]

In jeder dieser drei Etappen hatten die Wanderungsbewegungen verschiedene Ursachen, und sowohl Migrationscharakter und -intensität als auch die soziale Zusammensetzung der Siedler unterschieden sich jeweils voneinander. Als Schlüssel zum Verständnis der Besonderheiten im Entwicklungsprozeß der estnischen Gruppe im Gouvernement Petersburg mag das Wort „Dispersion" dienen: Die Übersiedlung in Form einer Streusiedlung in kleineren Gruppen (1-5 Familien) oder auch einzeln bedingte den im Gouvernement vorherrschenden Typus der estnischen Besiedlung, den Chutor.[25] Die estnischen Gehöfte lagen im Vergleich zu den russischen bzw. finnischen Dörfern eher verstreut. Auch in chronologischer Hinsicht kann man von einer Dispersion sprechen, wenn man die schrittweise Entstehung der meisten estnischen Siedlungszentren innerhalb von 10-20 Jahren betrachtet.

Es muß auch der Umstand berücksichtigt werden, daß die entscheidende Etappe der Siedlungsbewegung (1870–1900), ihr Kulminationspunkt, der die Anordnung, Anzahl und Dichte der estnischen Besiedlung im Nordwesten Rußlands bestimmte, in einer Zeit neuer kapitalistischer Umbildungsprozesse stattfand, als die bäuerlichen Kulturen Estlands und Rußlands eine Periode grundlegender Umwandlungen sowie den inneren Bruch mit vielen traditionellen Gewohnheiten erlebten. Eine zweite spezifische Eigenart der estnischen Siedler stellte ihre kulturelle Vielfalt und Heterogenität dar, die durch die Zugehörigkeit zu verschiedenen sozialen, ethnographischen und ethnolokalen Gruppen sowie durch Unterschiede während der Migration bedingt waren. Zwangsläufig mußte sich daher die ethnokulturelle, demographische, konfessionelle und ökonomische Situation, die an jedem einzelnen Ort der Neubesiedlung (Kirchspiel, Amtsbezirk oder Landkreis) ihre ganz eigene Prägung besaß, in jenem Anpassungssystem widerspiegeln, welches die estnischen Siedler aus sich heraus zu entwickeln hatten.

Diese eigenen Ausprägungen lassen sich bereits auf der Ebene der beiden großen Wirtschaftszonen des Gouvernements beobachten. Im agrarwirtschaftlich orientierten Süden (Landkreise Gdov und Luga) bildeten

---

nova, Obrazovanie i dejatel'nost' Petrogradskogo komissariata po delam nacional'nostej (Entstehung und Tätigkeit des Petrograder Nationalitäten-Kommissariates), in: Naselenie (wie Anm. 16), S. 194; Maamjagi, Ėstoncy (wie Anm. 4), S. 12.

24 Alle Zahlen sind auf 1 000 aufgerundet.

25 Vorwerk, Einzelhof (Anm. der Übersetzerin).

ausschließlich Russen den ethnisch fremden Hintergrund. Die Esten waren dort als einzige Vertreter der finnisch-baltischen Völkergruppe ansässig. Im Westen (Landkreise Jamburg, Peterhof und Carskoe Selo) dagegen bestimmte eine kompliziertere Warenwirtschaft die ökonomischen Verhältnisse, und daneben stand den Esten eine russisch-finnische Mischbevölkerung gegenüber.

In den „südlichen" Landkreisen bewahrten sich noch länger viele traditionelle Züge der russischen bäuerlichen Kultur. Entsprechend waren auch Art und Weise sowie die Formen, in denen die estnischen Siedler ihre eigene Kultur betonten, typisch bäuerlicher Art. Dies galt sowohl für die materielle Kultur[26] (Essen, Kleidung <Unterschiede in den Trachten für Mädchen und Frauen>, häusliches Handwerksgerät und Arbeitswerkzeug für Männer und Frauen, Einrichtungsgegenstände usw.) als auch für die geistige. Noch bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts hatte sich beispielsweise der Brauch erhalten, daß eine Braut von den Eltern und Verwandten des Bräutigams beschenkt wurde. Solch eine Sammlung vorehelicher Geschenke bestand aus Handschuhen, Strümpfen, Gürteln und zusätzlich aus Schals und Schärpen; die Haube wurde am zweiten Tag der Hochzeit aufgesetzt. „Die Schwiegermutter bringt das Bier/den Wein, setzt der Braut das Häubchen auf — und von da an ist sie verheiratet."[27]

Auf der anderen Seite existierten auch einzelne Bräuche und Gewohnheiten der russisch-orthodoxen Kultur, die unter den Esten schon tief verinnerlicht waren und als die eigenen angesehen wurden, z.B. der Ahnensamstag vor der Heiligen Dreifaltigkeit, der dem Besuch und der Pflege der Gräber diente, die Feier des Leichentuches der Muttergottes am 14. Oktober, Pfannkuchen zur Fastnachtswoche und in einigen estnisch-russischen Dörfern auch Schlittenfahrt von den Bergen herunter.[28]

Russische wie auch finnische bäuerliche Kultur der „westlichen" Zone gerieten gegen Ende des 19. Jahrhunderts unter starken Einfluß St. Petersburgs, da man sich wirtschaftlich nach der Hauptstadt orientierte. Noch rascher als dies bei der Urbevölkerung der Fall war, ergriff dieser Prozeß die Neuansiedler, besonders in den Landkreisen Peterhof[29] und Carskoe Selo. Hier erinnerte sich niemand mehr an den Brauch der Brautbeschen-

---

26 Vgl. genauer zum Komplex der ethnischen Symbole der Lugaer Esten Zaseckaja, Estoncy (wie Anm. 18), S. 136 f.

27 Interview-Materialien der Autorin von 1989. Expedition in das Leningrader Gebiet (IMA 1989). Archiv REM, f. 10, op. I, d. 26, l. 42 ff.

28 Ebenda, l. 35-44; d. 17, l. 10.

29 Hier und im folgenden alle Angaben aus dem Landkreis Peterhof sowie den Amtsbezirken (russ.: volost') Begunic und Gubanic, in: Interview-Materialien der Autorin (IMA 1992 bzw. IMA 1995).

kung. Der künftige Ehemann mußte die Eheringe und die „teuren Sachen" wie z.B. einen Pelz oder Mantel kaufen, eine Uhr oder ein Medaillon, und das nicht irgendwo, sondern in den Kaufmannshöfen von St. Petersburg. Die Feiertagstracht der Frauen wurde der Kleidung der Petersburgerinnen immer ähnlicher. Ebendiese Veränderungen sind bei der Vorratshaltung, der Art und Weise, den Tisch zu decken, den Haushaltsgegenständen sowie bei Geschirr und Möbeln zu beobachten. Man hatte es gern „wie in der Stadt" (St. Petersburg). Aus der Gruppe der weiblichen Haushaltswerkzeuge verschwand das Spinnrad. Sogar die Mägde lieferten das Rohmaterial in die Spinnereien. Dafür tauchten in den Häusern Nähmaschinen der Firma „Zinger" (sic!), Messer von „Huckman & Co." u.ä. auf. Hier vollzog sich also ein Wandel der traditionellen bäuerlichen Lebensformen hin zu städtischen — ein in ethnischem Sinne neutraler Prozeß. Die häufigen Kontakte mit St. Petersburg hatten jedoch auch ihre positiven Seiten. Die Esten der „westlichen" Zone konnten die Dienstleistungen der „Estnischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft" für sich nutzen. Durch ihre Hilfe gelangten sie an landwirtschaftliche Technik (Mähdrescher „Dering"), an Vorrichtungen zur Verarbeitung von Milchprodukten (Milchzentrifuge „Alpha-Lavalle") oder an qualitativ hochwertiges Saatgut. Sie wußten von der Existenz estnischer Gesellschaften und Theater und besuchten diese auch. Nach dem Vorbild der Petersburger Esten gründeten sie eigene Gesellschaften für Kultur und Bildung. So organisierten Gemeindemitglieder der estnischen Kirche in Teškovo (Amtsbezirk Begunic, Landkreis Peterhof) eine „Bibelgesellschaft" zum Studium der Heiligen Schrift und der Kirchengeschichte. Sie abonnierten Bücher, Zeitschriften und Zeitungen in estnischer Sprache, die in St. Petersburg und in Estland herausgegeben wurden.

Die Vertrautheit mit der russischen Kultur beschränkte sich auch nicht nur auf die Kenntnis der lokalen ethnischen Traditionen. Man las die russischen Klassiker und Bücher zur Geschichte Rußlands. All diese Wandlungen zeugen davon, daß die Neusiedler der westlichen Zone die Tendenz zeigten, sich in ihren Lebensgewohnheiten den Städtern anzugleichen: „Die Zone der ethnischen Spezifik wird bei den Städtern allmählich enger. Sie konzentriert sich zunehmend in der Sphäre der geistigen Kultur und der ethnischen Psychologie."[30]

Natürlich gab es zwischen der „südlichen" und der „westlichen" Zone ebenfalls wesentliche Unterschiede, je nach Landkreis oder Amtsbezirk. Damit stellt sich die Frage, ob es überhaupt irgendeinen gemeinsamen Zug unter den Neusiedlern als Gesamtheit gegeben hat? Es gab ihn, und zwar

[30] Starovojtova, Ėtničeskaja gruppa (wie Anm. 12), S. 10.

waren es Sprache, Selbstverständnis und konfessionelle Zugehörigkeit. Diese „Trinität" trat überall im Gouvernement als in höchstem Maße die ethnische Zugehörigkeit konsolidierender und manifestierender Faktor auf.

Diese Feststellung führt zur zweiten Frage: Auf welche Weise (wo, mittels welcher Kräfte) bildete sich das ethnische Selbstbewußtsein bei den Übersiedlern der zweiten und dritten Generation?

Bei der Analyse des gesammelten Materials gelangen wir zu dem Schluß, daß sich die lokalen estnischen Gruppen dank ihres traditionellen Systems der Sozialisation der Jugend so standhaft halten konnten; das für die lutheranischen Gemeinden bei den Völkern des Baltikums und des nordwestlichen Europa (Skandinavien, Finnland) so typisch war.

Im Petersburger Gouvernement war das Erziehungssystem für die heranwachsende Generation dazu bestimmt, lebensnotwendige und unlösbar damit verbundene Funktionen zu erfüllen wie die Pflege und Weitergabe der estnischen kulturellen Tradition, die Anpassung an das russisch-orthodoxe Umfeld und die Konsolidierung der Übersiedler als einer geschlossenen ethnolokalen Gruppe.

Im Sozialisationssystem der estnischen Jugend kann man mit kleineren Einschränkungen drei Komplexe unterscheiden: erstens den Komplex der traditionellen Arbeitserziehung. Es versteht sich von selbst, daß sich dieser Komplex nicht darauf beschränkte, dem Kind gewisse Fertigkeiten beizubringen oder es an die althergebrachten bäuerlichen Arbeitsgeräte heranzuführen. Die Arbeitserziehung hatte ebenso die Vermittlung von Kenntnissen über die Grundlagen der Naturkunde und Naturnutzung, der Medizin sowie der sozionormativen und Brauchtumskultur zum Inhalt. Einige Beispiele sollen dies illustrieren:[31] „Zu mähen begannen sie am Ivanstag";[32] „sie spannen im Winter, im Frühjahr zur Fastenzeit wurde gewoben. Die Fastenzeit[33] gab es bei uns nicht — das war ein russischer Brauch"; „Mein Vater sagte immer: Der Tag des Jurij ist ein Feiertag für die Tiere. Man darf die Erde nicht pflügen — die Erde hat Namenstag";[34] „Bei denen in Estland waren die Krüge faulig (d.h. aus Holz, sie konnten verfaulen), aber hier bei uns gläsern (aus Ton)." Von seinem Vater erfuhr ein Junge,[35] daß es „dort (in Estland; M. Z.) wenig Land gab, hier dagegen viel.

---

31 Archiv RÈM, f. 10, op. I, d. 26, l. 13, 36, 37 u. 44.

32 7. Juli, „Tag des Wegbereiters und Täufers Johannes" — so der volle Wortlaut des Feiertages, der bei den Bauern „Ivanstag" genannt wurde.

33 Als „Fasten" bezeichneten die russischen Bauern in ihrer Alltagssprache die siebenwöchigen Großen Fasten vor Ostern.

34 Jurij (Egorij), hl. Georg, der Sieger: 6. Mai = „Jurijs Tag".

35 IMA 1995.

Deshalb teilte der Großvater die Erde zwischen mir und deinen Onkels auf". In der Zeit, in der das Vieh auf den Weiden war, sollte man die Anfertigung einfacher Blasinstrumente und das Spiel auf ihnen erlernen. Interessant ist, daß manchmal zur Belehrung russische Sprichwörter benutzt wurden: „Mäh' das Gras, solang es taut — ist kein Tau mehr zu seh'n, mußt auch du nach Hause geh'n."

Zum Komplex der Arbeitserziehung gehörten vor allem für die Jungen unbedingt Kenntnisse über die wirtschaftliche und die kulturelle Situation im Landkreis (russ.: uezd), also z.B. sowohl über die geographische Lage als auch die Geschichte (lokale Legenden, Überlieferungen) der großen Dörfer, Städte, Mühlen, Schmieden, Manufakturen u.ä. Ebenso mußten die Heranwachsenden den Ort kennen, an dem der Jahrmarkt abgehalten wurde, und das jeweilige Fest des Schutzheiligen,[36] mit dem der Jahrmarkt zeitlich verknüpft war. Die Jugendlichen im Landkreis Peterhof wußten beispielsweise, wie die Esten aus Zimitic im Landkreis Jamburg die Milch frisch hielten und wie sie sie nach Petersburg brachten. Auch mußten sie lernen, weshalb die Kirche in Il'ešij berühmt war und wer die Kirche im Dorf Klopicy erbaut hatte.

Eine derartige Erziehung bewirkte, daß ein Kind seine Umgebung als seine „kleine Heimat" begreifen konnte. Allerdings floß in die Unterrichtung der estnischen Kinder auch immer ganz klar die Unterscheidung zwischen dem „Unsrigen" (Estnischen) und dem „der anderen" (Russischen) ein. So wurden die Grundsteine gelegt für das zukünftige Selbstverständnis der Gruppe, das nach ethnischen und territorialen Merkmalen auf der Differenzierung zwischen „wir" und „sie" basierte. Hier ist wichtig zu bemerken, daß die Begriffe „die anderen" und „sie" schon in der zweiten Generation der estnischen Siedler zwei Bedeutungen hatten: „sie" konnten die Russen sein, dann aber auch „sie", die Esten in Estland. Das Kennenlernen unterschiedlicher und gemeinsamer Merkmale der estnischen und russischen Kultur stellte den Beginn des Anpassungsprozesses sowie der Herausbildung ethnolokaler Kulturstereotypen dar. Während die genaue Selbstbezeichnung „eestlased" und die Wörter für Nachbarn „venelased" und „soomlased" erhalten blieben, verwandelte sich nicht zufällig die alte estnische Selbstbezeichnung „maarahvas" in ein Wort, das alle „Leute"[37], d.h. alle Bewohner der jeweiligen Ortschaft unabhängig von ihrer Nationalität meinte.

---

36 Die Feste der Schutzheiligen sind jährliche, kirchliche Feiertage der orthodoxen Kirche, die dem Andenken eines bestimmten, an dem gegebenen Ort (Dorf) besonders geehrten Heiligen gewidmet sind.

37 Archiv RÈM, f. 10, op. I, d. 26, l. 41; d. 27, l. 12; und auch IMA 1995.

Einen zweiten Komplex bildete die ethnokonfessionelle Erziehung, welche Taufe, Religionsunterricht zu Hause und in der Schule, Besuch des Gottesdienstes und Konfirmation beinhaltete. Im Petersburger Gouvernement gestaltete sich die religiöse Erziehung folgendermaßen: Neugeborene Kinder wurden in der nächstgelegenen lutherischen Kirche (estnisch, finnisch oder deutsch) getauft. Die Paten waren für gewöhnlich Verwandte, meistens Tante oder Onkel. Die Grundlagen der Religion und der christlichen Moral, die sittlichen Lebensprinzipien und ab dem 5. oder 6. Lebensjahr auch die estnische Sprache wurden zu Hause in der Familie vermittelt. Meistens war die Mutter die erste Lehrerin (oder auch Großmutter, Tante, Patin, ältere Schwester). Der Vater oder ein älterer Bruder waren hier eher in Ausnahmefällen die Lehrer, obwohl der Vater die geistige Entwicklung und Erziehung der Kinder kontrollierte und regelmäßig in der Funktion des Schulmeisters und Prüfers daran teilhatte. Wir zitieren im folgenden aus den Erinnerungen A.J. Essensons (geb. 1911), in denen er beschreibt, wie sein Vater in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts zu Hause Unterricht erhielt:

„Seine Frau Anna (die Mutter) brachte den Kindern Lesen und Schreiben bei, und Michail (der Vater) überprüfte ab und zu ihre Kenntnisse und examinierte sie, indem er sie lesen, erzählen und etwas schreiben ließ. In diesen Gesprächen vermittelte er ihnen oft seine Ansichten (...) Michail ermunterte seine Kinder dazu, Literatur zu lesen, machte sie jedoch darauf aufmerksam, daß man soviel wie möglich lesen, jedoch keinesfalls alles glauben solle... Aus Reval wurden Kalender und neue Bücher über Ackerbau, Viehzucht und Medizin sowie Liederbücher und Noten bestellt. Die Hausfrau Anna hatte ihre eigene Bibliothek, bestehend aus der Bibel, dem Evangelium, dem Katechismus, dem Gebetbuch und der biblischen Chrestomathie." Außer der religiösen Literatur und den Lehrbüchern enthielt die Hausbibliothek Werke von Fr.R. Kreutzwald, Suve Jaani, Jannson, Eisen und auch Märchen von H.Chr. Andersen und den Gebrüdern Grimm, „Robinson Crusoe" von D. Defoe und sogar den „Faust" von J.W. von Goethe.[38]

In anderen Familien, in denen das Bildungsniveau nicht so hoch war, lernten die Kinder Lesen anhand des Katechismus, der Psalter und aus Zeitungen. Mit den Kindern wurden Psalmen und Gebete auswendig gelernt. Sonntags und an den christlichen Feiertagen las eines der älteren Familienmitglieder aus der Heiligen Schrift. So berichtet Ekaterina Christianovna Pello (geb. 1903, Landkreis Luga) aus ihrer Familie, daß „die Groß-

[38] Die Erinnerungen A.J. Essensons, ein Geschenk an die Autorin, s. in: IMA 1995.

mutter jeden Abend aus der Offenbarung des Johannes las und predigte, während der Vater Weihnachten aus dem Evangelium las. Um Mitternacht ging er dann in den Stall, um das Vieh zu füttern, denn 'Jesus ward in einer Krippe geboren'".[39] Wenn die Kinder ein gewisses Alter erreicht hatten, fuhr man mit ihnen zur Kirche, und zwar mindestens zweimal pro Jahr — zu Weihnachten und Ostern. Mit 8-9 Jahren wurden sie eingeschult.

Das Schuljahr begann für die Bauernkinder im Oktober/November und war im Frühjahr zu Ende: „Kurz vor Ostern wurden wir aus der Schule geholt. Im Winter mußten wir dagegen die ganze Woche über im Internat bleiben, nur sonnabends ging's zum Baden nach Hause, und am Montag wieder zurück. In der Schule unterrichtete Lehrer Suumats die älteren Schüler (er hatte die dritte und vierte Klasse), und seine Frau Anna die jüngeren (erste und zweite Klasse)." Zwei Gruppen mit älteren und jüngeren Schülern lernten parallel in zwei verschiedenen Ecken des Klassenzimmers. „Wir lernten das Gesetz Gottes, Russisch und Estnisch, Rechnen (Arithmetik), Handarbeit (für die Mädchen). Im Internat gab es zwei Räume: einen für die Jungen, einen für die Mädchen. In den Zimmern standen dicht gedrängt Pritschen (so nennt die Befragte die Schlafbänke; M. Z.), und gegenüber ein Tisch. Dort wurde das selbst zubereitete Essen verzehrt. Was von zu Hause mitgebracht worden war, kam auch auf den Tisch. An diesem Tisch und auf den Bänken wurde der Unterricht abgehalten (von 6 bis 9 Uhr abends), und es durfte nicht einmal geflüstert werden. Sofort kam der Lehrer herein, und es gab einen Tadel. Nach dem Unterricht mußten alle schlafen."[40] E.Ch. Pello besuchte zwei Jahre lang (1910–1912) die estnische Schule von Luga. Danach schickten sie die Eltern auf die russische, kirchliche Gemeindeschule.

Einige der Befragten[41] versicherten, daß sie in der Schule (in Luga) nicht nur Russisch-, sondern auch Estnischunterricht hatten. Offiziell war es zwar verboten, und doch fand der Unterricht statt. In erster Linie hing das damit zusammen, daß die estnischen Kinder, die in die Schule kamen, die russische Sprache gar nicht oder nur sehr schlecht beherrschten. Der Lehrer erklärte ihnen die Regeln der russischen Grammatik und Rechtschreibung auf estnisch. Außerdem unterrichteten die estnischen Lehrer Religion, Arithmetik und Handarbeit in estnischer Sprache, d.h. in verdeckter Form wurde an den ländlichen Schulen tatsächlich in der Nationalsprache gelehrt, ohne daß dadurch die russischen Gesetze verletzt wurden.

---

39 Archiv RĖM, f. 10, op. I, d. 26, l. 36 u. 39.
40 Ebenda, l. 37.
41 Ebenda, l. 13 u. 37.

Leider besuchte nur ein kleiner Anteil der estnischen Schüler estnische Schulen. Das lag weniger an zu hohem Schulgeld (15-20 Rubel pro Jahr) als vielmehr an den häufig zu weiten Entfernungen. Bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts gab es im Gouvernement nur zwei estnische Schulen. Sie waren auf privater Basis durch die Neuansiedler selbst bei der estnischen Kirche in Luga und jener von Teškovo (Amtsbezirk Begunic, Landkreis Peterhof) gegründet worden. Die ethnokonfessionellen Zentren von Luga und Teškovo waren die ältesten im Gouvernement und existierten bereits in den 80er und 90er Jahren des 19. Jahrhunderts.

Die Einrichtung zweier neuer Schulen in Kolpin und in Vochan sowie der Bau zweier neuer estnischer Kirchen im 20. Jahrhundert waren mit der Tätigkeit der „Estnischen Gesellschaft für Volksbildung" („Ėstonskij Prosvetitel'skij Obščestvo" <ĖPO>)[42] in St. Petersburg verbunden. Auf ihre Initiative hin entstanden nach 1907 dreizehn Zweigstellen der ĖPO im Gouvernement, die insgesamt 787 Mitglieder zählten. Allerdings war dies nur ein Tropfen im vierzig- bis fünfzigtausendköpfigen Meer der estnischen Bevölkerung im Gouvernement. Die genannten Daten unterstreichen lediglich die Bedeutung und die Rolle der häuslichen, ethnokonfessionellen Erziehung. Wenn nicht das estnische System der Sozialisation der Jugend gewesen wäre, dann hätten die Mitglieder der ĖPO möglicherweise 30-40 Jahre nach 1861 niemanden mehr gehabt, den sie hätten unterrichten können. Die Esten hätten in der finnischen und russischen Bevölkerung aufgehen können. Dies geschah jedoch nicht. Die estnischen Bauern kümmerten sich selbst um ihr eigenes Fortbestehen, und es gelang ihnen, zwei Generationen ohne besondere Hilfe und Unterstützung von seiten der gebildeten Petersburger großzuziehen.

In Rußland gingen in der estnischen bäuerlichen Familie Veränderungen vor sich. Das Heiratsalter sank, besonders bei den Frauen (19-23 Jahre), und entsprechend stieg die Anzahl der Kinder. Der Kinderreichtum war charakteristisch für die estnischen Familien im Petersburger Gouvernement: 6-10 Kinder waren üblich, die nach der Geburt verstorbenen nicht mitgerechnet. Als Folge davon gewann die Rolle der Großeltern bei der Überlieferung ethnokultureller Traditionen an Bedeutung. Der Kontakt zwischen Großeltern und Enkeln wurde wesentlich intensiver. Es war kein Zufall, daß in vielen Familien die Großmutter als „Predigerin" auftrat. Der Kinderreichtum hatte auch seine positiven Seiten, denn durch die vielen Geschwister gab es für die Kinder immer genügend Kameraden zum Spielen, bei der Arbeit und beim Lernen. Die ethnokonfessionelle

---

[42] Dridzo, Iz istorii (wie Anm. 11), S. 14 u. 15.

Erziehung bewirkte, daß in den Familien generell eine Atmosphäre der Freundschaft, des Vertrauens, der gegenseitigen Hilfe, des bedingungslosen Gehorsams gegenüber den Eltern und des Respekts gegenüber älteren Menschen herrschte.

Den Höhepunkt und die Vollendung der ethnokonfessionellen Erziehung stellte die Konfirmation dar. In Rußland nahm der kirchliche Brauch des ersten Abendmahls Züge eines allgemeinen, ethnokonfessionellen Feiertages an. Interessant ist die Tatsache, daß sich beispielsweise das weiße Konfirmationskleid der Mädchen in ein Festtagskleid für den Ivanstag (Landkreis Luga) verwandelte, den Feiertag der Jugend und den wohl „estnischsten" Feiertag im Kalender.[43] Die Esten waren darum bemüht, ihre Kinder in estnischen Kirchen konfirmieren zu lassen. Nicht umsonst reiste man nach Luga „ganz aus Pskov daher".[44] Wenn aber solch eine Reise aus irgendwelchen Gründen nicht möglich war, dann gab es in der Nähe immer eine finnische Kirche. Das Vorhandensein finnischer Kirchspiele bildete besonders in den ersten Jahren nach der Übersiedlung und später für Familien mit kleinen Kindern, ältere Menschen und Kranke eine wichtige Stütze im Alltag der estnischen lutherischen Lebensgemeinschaften sowie für die religiöse Erziehung im besonderen.

Abschließend soll noch angemerkt werden, daß all diejenigen Esten, die im 20. Jahrhundert geboren wurden und in einer lutherischen (estnischen oder finnischen) Kirche konfirmiert wurden, bis heute ein nationales Selbstbewußtsein besitzen, das sie mit den Worten „Ich bin Este" klar zum Ausdruck bringen können, unabhängig vom Jahr ihrer Konfirmation in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts. Diejenigen, die in den 20er und 30er Jahren nicht konfirmiert wurden, haben heute Schwierigkeiten, auf die Frage, wer sie seien, spontan zu antworten: „Este" oder schon „Russe". So hatte die ethnokonfessionelle Erziehung vor allem die Aufgabe, ein klares ethnisches Selbstverständnis zu erzeugen: Ich bin Este/ Estin.

Der dritte Komplex umfaßt Fragestellungen, die mit dem Kontakt der Jugendlichen untereinander zusammenhängen. Wir wollen hier zwei Ebenen unterscheiden: erstens die Kommunikation innerhalb verschiedener estnischer jugendlicher Gruppen und zweitens die interethnische Kommunikation. Die estnischen Jugendlichen pflegten untereinander regelmäßigen Kontakt. In bestimmten Abständen trafen sich junge Männer und Frauen sowie Heranwachsende beiderlei Geschlechts aus der näheren

---

43 Archiv RÈM, f. 10, op. I, d. 26, l. 44.
44 Ebenda, d. 27, l. 14.

Umgebung auf einem der estnischen Höfe in der Scheune, wo gesungen und getanzt wurde. Darüber hinaus fuhr man an Weihnachten und Ostern sowie zur Konfirmation in die Hauptkirche. An diesen großen kirchlichen Feiertagen wurden in Luga Jugendfeste in den Stadthäusern von Verwandten gegeben. Dazu waren unbedingt auch immer Gleichaltrige aus den Nachbarfamilien eingeladen. Jozefa Fominična Syrinska,[45] eine Polin aus Luga, erinnert sich, daß die aus dem Gouvernement angereisten Esten sie und ihre Geschwister stets zu ihren Festen einluden, sogar zum Besuch ihrer Kirche. Im Gegenzug luden die polnischen Jugendlichen die Esten „zur Messe in ihre katholische Kirche ein". Viele der russischen Stadtbewohner, ehemalige Nachbarn, Freunde oder spätere Klassenkameraden der Esten, erinnern sich ebenfalls noch sehr gut an ihre Weihnachtsgäste, an die von ihnen mitgebrachten Spezialitäten vom Lande (Blutwurst), an ihre Tänze und sogar an einzelne estnische Liedzeilen.

Inwieweit interethnische Kontakte hergestellt wurden, hing nicht nur vom Alter und Geschlecht der Kinder und Jugendlichen ab, sondern auch von der jeweiligen Lage der estnischen Siedlung. Z.B. hatten kleine Kinder im Vorschulalter, die in rein estnischen Siedlungen lebten, kaum eine Möglichkeit zu solchen Kontakten. Im Gegensatz dazu konnten Kinder von estnischen Höfen, die am Rande eines russischen Dorfes gelegen waren, sehr früh solche Kontakte knüpfen. Gemeinsam ließen sie die Pferde weiden, spielten usw. Noch früher traten Kinder aus den ärmsten Familien, besonders jenen aus der Gruppe der späteren Siedler, in Kontakt zu den Kindern anderer Nationalität. Sie gingen zu den reichen (russischen, finnischen und estnischen) Nachbarn, um dort Geld zu verdienen. Am isoliertesten waren jedoch grundsätzlich die Mädchen, die noch nicht konfirmiert waren, und die besten Kontaktmöglichkeiten besaßen wiederum Jungen nach ihrer Konfirmation. Sie fuhren an den Festtagen der Schutzheiligen zusammen mit ihren russischen Altersgenossen über die russischen Dörfer der Umgebung, beteiligten sich an der Seite ihrer Dorfkameraden an Raufereien[46] mit „fremden", d.h. aus anderen Dörfern stammenden Jungen. Die große Freiheit, die die männlichen Jugendlichen besaßen, ist leicht zu erklären: Ein zukünftiger Hofbesitzer und zukünftiges Familienoberhaupt mußte ausreichend auf seine nach außen gerichtete wirtschaftliche und gesellschaftliche Tätigkeit vorbereitet werden. Dafür war der Kontakt zur russischen Bevölkerung unabdingbar. Ein weiterer Punkt war die Suche nach einer geeigneten estnischen Braut. Das traditio-

---

45 Ebenda.
46 Ebenda, l. 12.

nelle Tätigkeitsfeld der Frauen in der Familie verlangte von ihnen keine derartigen Kenntnisse anderer ethnischer Kulturen. Objektiv betrachtet erwies sich die Frau in der Familie als Hauptträgerin der traditionellen estnischen Kultur. Es ist charakteristisch für gemischte Familien (in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts), in denen die Mutter Estin, der Vater Russe war, daß die Kinder, besonders die Töchter, mehr oder weniger gut Estnisch sprachen. Wenn jedoch die Mutter Russin und der Vater Este war, dann beherrschten in den meisten Fällen ihre Kinder die estnische Sprache nicht.

Nach dieser knappen Analyse des Sozialisierungssystems der Esten im Petersburger Gouvernement können wir zu folgendem Schluß kommen: Sowohl die Arbeitserziehung als auch die ethnokonfessionelle Erziehung gewährleisteten in erster Linie das Fortbestehen der estnischen nationalen Kultur von einer Generation zur nächsten. Die ethnokonfessionelle Erziehung und die Kommunikation der Jugendlichen untereinander förderten die Konsolidierung der Esten, was letzten Endes den Neuansiedlern die Anpassung erleichterte und zu einem neuen Stereotyp ihres ethnischen Selbstbewußtseins führte: „Ich bin ein Lugaer Este", „Zimiticer Este", „Begunicer Este".

Unserer Ansicht nach bildeten sich im 20. Jahrhundert unter den estnischen Übersiedlern im Petersburger Gouvernement ethnolokale Gruppen. Der natürliche Gang der Entwicklung wurde unterbrochen durch die sowjetischen Umgestaltungen im Bereich von Wirtschaft und Kultur. In den Jahren 1937–1939 wurden die Esten im Leningrader Gebiet Opfer der stalinistischen Repressionen. Die männliche erwachsene Bevölkerung wurde fast vollständig verschleppt oder vernichtet. Die Frauen der Betroffenen reisten zusammen mit ihren Kindern während des Zweiten Weltkrieges nach Estland aus. Es blieben nur diejenigen Esten, deren Angehörige in der Armee kämpften oder sich bei der Evakuierung im Hinterland befanden.

Heute existiert die ethnische Gruppe der Esten im Petersburger Gebiet als solche nicht mehr.

Aus dem Russischen übersetzt von Karen Höhling, Schleswig

Die Herausbildung einer russischen Minderheit in der Republik Estland 1918–1940

von Rein Ruutsoo

Die Entstehung der Republik Estland, die Entwicklung der Esten zur dominierenden Nation zwang die anderen ansässigen Nationalitäten, die hier bis dahin in wesentlichem Maße die Rolle der Herrscher eingenommen hatten — Deutsche und Russen —, eine neue Identität zu finden. Wie erfolgreich es ihnen gelang, hing erstens vom Umfang der Veränderungen für ihre Position ab und zweitens davon, wie das soziokulturelle Potential der nunmehrigen Minderheiten, die „organisatorische Ressource" — wenn man sich hier der Terminologie von Pierre Bourdieu bedienen darf —, gewesen war. Während der wirtschaftliche Wandel die Deutschen am härtesten traf, so verlor die russische Oberschicht auf politischem und soziokulturellem Gebiet am stärksten. Ihre privilegierte Position war vor allem mit der Staatlichkeit Rußlands verbunden gewesen.

Die Verselbständigung Estlands war für die Russen eine große psychologische Erschütterung. Für sie war die Situation in vieler Hinsicht ähnlich wie 70 Jahre später, im Herbst 1991, als Estland erneut selbständig wurde. Die Russen hatten in ziemlicher Isolation von den anderen Minderheiten und von den Esten gelebt, und ein beträchtlicher Teil der Beamten hatte sich als zeitweilig hierher versetzt empfunden.[1] Plötzlich befanden sich die Bürger des Imperiums im Ausland. Dieses Gefühl der Entfremdung und der Verlassenheit traf beide Gruppen: jene, die schon länger hier gelebt hatten, wie auch solche, die vor dem roten Terror geflüchtet waren. Der letztere Aspekt erleichterte die psychologische Assimilation der Russen (im Vergleich zur Gegenwart) jedoch wesentlich: Sie hatten wenige Alternativen.

Stimmung und Selbsteinschätzung der Russen in Estland widerspiegeln sich sehr gut im Vortrag des russischen Publizisten Filipenko während der Tallinner Konferenz der russischen Organisationen im Jahre 1919: „Die seit jeher hier lebenden Russen, die von den Privilegien der herrschenden Nation Gebrauch machten, haben sich unter dem Schutz der regierenden Verwaltung in der Region angesiedelt. Innerlich waren sie nicht integriert

---

1 S. Issakov, Ob izučenii russkogo nacional'nogo menšestva Estonii: problemy i perspektivy (Über die Untersuchung der russischen nationalen Minderheit in Estland: Probleme und Perspektiven), in: Teaduslugu ja nüüdisaeg (Wissenschaftsgeschichte und Gegenwart). Bd. 8, Tallinn 1993, S. 153.

wie andere Volksminderheiten, denn sie fühlten kein Bedürfnis danach. Dann aber brach die Revolution aus, infolgederen Estland sich völlig verselbständigte. Die örtliche russische Bevölkerung, die ihren Schutz von oben einbüßte und der es an der inneren Integrierung fehlte, erwies sich als zerstreut. Andere Nationalitäten konnten sich organisieren, aber die Russen waren aufgrund parteilicher Auseinandersetzungen völlig hilflos."[2]

Die Russen fühlten sich in Estland zunächst fremd, und genauso empfanden sogar diejenigen Esten, die russische Kultur und die Russen selbst, die eine sogenannte russische Bildung erhalten hatten. Die sowjetische Propaganda, die mit einer angeblichen „Nähe der beiden Völker" argumentierte, konnte hier nicht besonders ergiebig sein. Der Dichter Henrik Visnapuu bekannte in der Einleitung der von Friedebert Tuglas herausgegebenen Zeitschrift „Odamees": „Schon lange Zeit haben wir neben Russen gelebt, aber bis zur allerletzten Spaltung, als wir gegen Rußland sogar eigene Grenzen errichteten, sind wir einander fremd geblieben. Bis zu den letzten Tagen standen wir unter dem Einfluß der westlichen, eher der deutschen Kultur."[3]

Die Eigenschaften und das Potential der russischen Minderheit als einer sich neu bildenden Lebensgemeinschaft unter estnischen Verhältnissen haben das Schicksal eben dieser Volksgruppe geprägt. Hauptvoraussetzung war, daß die Republik Estland in ihren Grundzügen bis 1940 im allgemeinen und im nationalpolitischen Kontext ein mehr oder weniger demokratischer Staat geblieben ist. Die russische Minderheit blieb von all dem wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und religiösen Terror, dem die Russen auf der anderen Seite der Staatsgrenze anheimfielen, unangetastet. Die Verfassung der Republik Estland sicherte den Minderheiten weitgehende sprachliche und kulturelle Rechte. Das Grundgesetz von 1920 bestimmte, daß „deutsche, russische und schwedische Bürger das Recht besitzen, sich in ihrer eigenen Sprache schriftlich an Zentralbehörden zu wenden" (§ 23). Von vielen sprachlichen Freiheiten konnten Russen mehr Gebrauch machen als manch andere Minderheit, z.B. Juden und Deutsche. So gestattete das Gesetz (§ 22), daß „an den Orten, an denen die Mehrheit der Bevölkerung nicht estnisch, sondern anderssprachig ist, die Sprache dieser Minderheit die offizielle Amtssprache in den örtlichen Selbstverwaltungsorganen sein kann". Auch war es den Selbstverwaltungen erlaubt, untereinander in der Sprache der dominierenden Minderheit

---

2 Revel'skoje Slovo Nr. 37 vom 11. Januar 1919.
3 Odamees Nr. 2 vom 30. April 1919.

zu verkehren. Eine andere Frage war, wie erfolgreich sich die Russen organisieren (Vereine), eine demokratische Öffentlichkeit (Presse) und die Heranbildung einer neuen Elite (Regelung der Ausbildung) gestalten konnten. Es war sogar zu beobachten, daß die Gesetze der Republik Estland der russischen Gemeinde mehr bildungsbezogene Rechte gaben, als diese ausnutzen konnte.[4] Eben auf diese Fragen werden wir im folgenden näher eingehen.

Dabei müssen wir erkennen, daß sich die Untersuchung der Geschichte und des Schicksals der nationalen Minderheiten in Estland, insbesondere in der Zeit der Republik Estland, erst in den Anfängen befindet. In den Jahren der sowjetischen Okkupation war die Behandlung solcher Themen verboten. Die Traditionen der Russen aus der Zeit der Republik Estland wurden unterdrückt, die Intellektuellen waren Repressionen ausgesetzt und die Kultur der Russen wurde mit größerem Eifer und sorgfältiger zerstört als das estnische Kulturerbe. Die Vertreter der russischen Intelligenz, die den Terror überlebt hatten, wurden aus dem Kulturleben Sowjetestlands systematisch verdrängt. Die heutige politische und kulturelle Schwäche der russischen Minderheit erklären die russischen Forscher eben mit der Unterbrechung der vorhandenen, vielversprechenden Traditionen.[5]

1. Ethno-demographische und ethno-geographische Charakterisierung der russischen Minderheit

Die russische Minderheit in Estland bildete sich im Laufe einer längeren Zeit während mehrerer Immigrationswellen heraus und ist deshalb recht heterogen. Eine von alters her bestehende russische Ansiedlung gibt es in Estland nicht. Erste russische Kolonien auf dem Territorium Estlands waren die der Altgläubigen, die im 17. Jahrhundert an die Westküste des Peipussees flüchteten. Nach dem Nordischen Krieg wurde Estland ein Gouvernement des Zarenreiches, im 18. und 19. Jahrhundert zogen russische Kaufleute und Handwerker in die hiesigen Städte. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts fand im Zusammenhang mit der Industrialisierung Estlands (v.a. auf dem Gebiet der Rüstungsindustrie) insbesondere vor und während des Ersten Weltkriegs eine massenweise Besiedlung Tallinns und Narvas durch russische Arbeiter statt. In den Jahren des russischen Bür-

---

4 V. Sergejev, Vene näitus Tallinnas (Russische Ausstellung in Tallinn), in: Õhtuleht vom 25. Juli 1990.

5 Issakov, Ob izučenii (wie Anm. 1), S. 150.

gerkrieges 1918/19 wurde Estland zu einem Stützpunkt der russischen weißgardistischen Truppen (Judenič) und danach der weißen Emigration.

Auf Erlaß des Maanõukogu (Landrat) vom 26. November 1918 wurden alle sich hier seit dem 24. Februar 1918 ständig aufhaltenden Untertanen des Russischen Reiches laut Option auch zu Bürgern der Republik Estland erklärt.[6] 1922 zählte man in Estland 91 000 Russen, von denen 18 000 nach 1917 gekommen waren und keine estnische Staatsbürgerschaft besaßen. Mit dem Friedensvertrag von Tartu hatte man Territorien östlich der Stadt Narva und im Petseri-Gebiet an Estland angegliedert, die weder zum estländischen noch zum livländischen Gouvernement gehört hatten und zumeist mit Russen bevölkert waren. Die Verselbständigung Estlands in den durch den Tartuer Friedensvertrag erlangten Grenzen rief somit eine wesentliche Veränderung des ethno-geographischen Bildes der Russen und eine jähe Steigerung ihres relativen Anteils in der ethno-demographischen Struktur Estlands hervor.

Aus den Angaben der Volkszählungen von 1922 und 1934 kann man ersehen, daß — bezogen auf die heutigen Grenzen Estlands (russischerseits innerhalb der Verwaltungsgrenzen), d.h. auf dem Gebiet, das mit den historischen und ethnischen Grenzen Estlands übereinstimmt — 44 000 bzw. 46 000 Russen lebten.[7] Da die Volkszählung von 1922 für die Gesamtzahl der Russen 91 100 angibt, ist ihre Anzahl mit dem Tartuer Friedensvertrag und trotz einer russischen städtischen Emigration nach der estnischen Selbständigkeit ungefähr verdoppelt worden.

1922 lebten in den Städten etwa 21 300, in den Siedlungen (Flecken) 5 200 und auf dem Lande 63 400 Russen (ca. 1 000 wurden keiner Kategorie zugeordnet).[8] Von letzteren lebten in Setumaa 38 200, dabei in den Gegenden mit überwiegend russischer Mehrheit ca. 32 000-33 000 Russen.[9] Zu den in den Gemeinden diesseits des Narva-Flusses siedelnden rund 3 000 Russen kamen mit dem Anschluß der östlich des Flusses liegenden Gebiete noch weitere 6 300 Russen hinzu.[10]

Die Russen bildeten in allen vier Gemeinden östlich der Narva, in sechs von elf Gemeinden in Setumaa und in zwei Gemeinden in Tartumaa (Kasepää und Peipsiäärne) die Mehrheit. Eine russische Majorität herrschte

---

6 Maanõukogu määrus (Erlaß des Landrates), in: Riigi Teataja (1918), Nr. 4, S. 3.

7 Eesti Nõukogude Entsüklopeedia (Estnische Sowjet-Enzyklopädie). Bd. 8, Tallinn 1976, S. 358.

8 Eesti 1920–1930. Arvuline ülevaade (Estland 1920–1930. Übersicht in Zahlen). Tallinn 1931, S. 13.

9 Setumaa. Maateaduslik, tulunduslik ja ajalooline kirjeldus (Setumaa. Geographische, wirtschaftliche und historische Schilderung). Tartu 1928, S. 42.

10 1922 a. üldrahvalugemise andmed. 4. vihk: Viru maakond (Angaben der Volkszählung des Jahres 1922. Heft 4: Kreis Viru). Tallinn 1924, S. 12 f.

auch in zwei Siedlungen am Peipussee — in Mustvee und in Kallaste.[11] In der einzigen Stadt, die mit dem Tartuer Friedensvertrag an Estland angeschlossen worden war, in Petseri (Petschur), stellten die Russen 68,2% der Einwohnerschaft (Narva war infolge der Volksabstimmung Ende 1917 an Estland angegliedert worden.).[12]

Im Vergleich zur Vorkriegszeit, als in den estnischen Städten etwa 30 000 Russen gelebt hatten (1913) und denen in den Kriegsjahren mehrere Tausend noch gefolgt waren, fiel nun, nach der Erlangung der Eigenstaatlichkeit, der Anteil der Russen an der Stadtbevölkerung merklich: von 11,9% auf 8,1%.[13] Und das ungeachtet der Tatsache, daß Estland zu einem wichtigen Zentrum der russischen Emigration wurde — man spricht von ungefähr 20 000 Menschen, die sich hauptsächlich in den Städten niederließen: In Tallinn lebten 1922 4 200 Bürger der Russischen Föderation, in Narva 3 200. Das machte etwa die Hälfte aller Russen dieser Städte aus![14] Vergleicht man den Bildungsstand und das kulturelle Niveau der städtischen Russen mit der Vorkriegszeit, so ist ein beträchtlicher Anstieg zu beobachten. Anstelle der Arbeiter kamen die Vertreter des dritten Standes und der Aristokratie.

Die im Ergebnis des Tartuer Friedensvertrages entstandene russische Bevölkerung war bedeutend heterogener als vor 1914. Die kompakte Ansiedlung der in den estnischen Staat nicht integrierten Russen nahe der Sowjetgrenze schuf eine potentielle Irredenta. Das wurde 1939/40 während der „Periode der Militärstützpunkte" deutlich, als ortsansässige Russen für die Angliederung der mit Russen bevölkerten Gebiete an Rußland demonstrierten.[15] Deshalb pflegte man in den Jahren der ersten Estnischen Republik eine aktive „Politik der Grenzgebiete" zu betreiben, deren Ergebnisse in erheblichen kulturellen Investitionen, einer intensiven Bautätigkeit (besonders in Petseri) und einer gewissen inländischen Kolonisation sichtbar wurden. Bis zur Mitte der 30er Jahre stabilisierte sich die Lage der russischen Emigranten. Ungefähr 8 000 hatten Estland verlassen, aber wegen der höheren russischen Geburtenrate war ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung unverändert geblieben.

---

11 E. Kübarsepp, Vähemusrahvused Eestis (Nationale Minderheiten in Estland), in: Maa. Rahvas. Kultuur (Land. Volk. Kultur). Tartu 1924, S. 1252.

12 H. Reiman, Asustamistihedus ja rahvaarvu muutus Eestis (Besiedlungsdichte und Änderungen in der Bevölkerungszahl in Estland), in: Eesti Statistika (1936), Nr. 4 (173), S. 193.

13 T.U. Raun, Estonia and the Estonians. Stanford 1989, S. 231.

14 Eesti 1920–1930 (wie Anm. 8), S. 13 u. 14.

15 Pograničnyje voiska SSSR 1931–1941 (Grenztruppen der UdSSR 1931–1941). Moskva 1970, S. 193.

Tabelle 1: Natürlicher Bevölkerungszuwachs Estlands 1930 (je Tausend)

	Geburtenzahl	Zuwachs
Esten	17,1	2,3
Russen	21,9	7,9
Durchschnitt	17,3	2,6

Quelle: R. Sõrmus, Eestlased ja vähemusrahvused (Esten und nationale Minderheiten), in: Tähised. Eestluse Aastaraamat (Zeichen. Jahrbuch des Estentums). Tallinn 1935, S. 58.

Obwohl die Sterblichkeit der Russen beträchtlich höher als bei anderen Völkern und damit der relative Anteil der Personen über 60 Jahre um ein Drittel kleiner als durchschnittlich in Estland lag, war die Geburtenzahl gleichzeitig bedeutend höher. Aus diesem Grund blieb die nationale Bevölkerungsstruktur bis Mitte der 30er Jahre fast unverändert.

Tabelle 2: Nationale und territoriale Aufteilung der Bevölkerung aufgrund der Volkszählung von 1934

	Städte	Flecken	Gemeinden	Insgesamt
Esten	275 410	21 977	687 288	984 695
%	28,2	2,2	69,8	100,0
Russen	22 388	4 133	65 428	91 946
%	24,3	4,5	71,2	100,0
Insgesamt	323 007	26 819	765 535	1 117 361
%	28,9	2,4	68,7	100,0

Quelle: H. Reiman, Rahvused Eestis (Nationalitäten in Estland), in: Eesti Statistika (1935), Nr. 6 (164), S. 354.

Nur in zwei estnischen Städten — in Narva und Petseri — besaßen die Russen eine größere Bedeutung. Der Anteil der Russen in Narva lag 1922 mit 7927 Menschen bei 28,2% und in Petseri mit 1273 Menschen bei

68,2%. 1934 bildeten die Russen in diesen Städten 29,7% bzw. 40,9% der Bevölkerung.[16] Da diese Städte inmitten des russischen Besiedlungsgebietes lagen, besaßen sie gute Voraussetzungen, um zu kulturellen und politischen Zentren der Russen zu werden. In größerer Zahl lebten Russen nach der Volkszählung von 1934 auch noch in Tallinn (7513 Menschen) und in Tartu (2570 Menschen), aber deren Bedeutung war relativ klein.

2. Die Sozialstruktur der russischen Minderheit

Die Durchflechtung von sozialer Struktur und nationaler Zugehörigkeit der Russen war im wesentlichen ein Resultat der bisherigen Geschichte Estlands. Das Entstehen des estnischen Nationalstaates wirkte zwangsläufig auf diese Entwicklung ein. Der estnische Staat war eine moderne dynamische Gesellschaft, d.h. er war offen für die Marktwirtschaft, politische Organisierung, kulturelle Interessen, und maß den ethnischen Eigentümlichkeiten bis zur Mitte der 30er Jahre keine nennenswerte Rolle bei. Die staatliche Politik war darauf ausgerichtet, das Niveau zwischen unterschiedlichen Regionen auszugleichen und damit auch die ethnischen Gegensätze einigermaßen zu mildern.

Von allen Minderheiten in Estland stand die soziale Struktur der Russen derjenigen der Esten am nächsten. Nach Beschäftigungsgruppen gliederten sich die Russen prozentual (in Klammern als Vergleich der Anteil der estnischen Bevölkerung) folgendermaßen: Landwirtschaft 51,0 (48,6), Industrie 25,8 (22,2), Handel 6,0 (5,8), Transport- und Postwesen 1,7 (3,9), Dienstleistungen wie Sozialdienst, öffentlicher Dienst, freischaffende Berufe u.a. 4,6 (6,8), Haushalt und persönliche Dienste 3,7 (3,6), sonstige 7,2 (9,2).[17] Unter den Russen bildete der aktive Teil der Einwohnerschaft einen verhältnismäßig kleineren Teil (35,7%) als im Bevölkerungsdurchschnitt (42,4%), was sich aus der demographischen Zusammensetzung der Russen erklären läßt.

Untersucht man die soziale Zusammensetzung nach den gesellschaftlichen Schichten, wird die in mancher Hinsicht ungünstige Struktur der Russen ersichtlich. So gab es unter den Arbeitgebern mit ständigen Lohnarbeitern viel mehr Esten als Russen. Während sie unter den Esten fast 8% der aktiven Bevölkerung bildeten, waren es unter den Russen nur 1,5%.

---

16 H. Reiman, Rahvused Eestis (Nationalitäten in Estland), in: Eesti Statistika (1935), Nr. 6 (164), S. 355.

17 Ebenda, S. 359.

Gleichzeitig gab es bei den Russen mehr Unternehmer ohne Angestellte (28,8%) als bei den Esten (20,8%).[18]

Die größere Polarisierung der Russen und in mancher Hinsicht schlechtere wirtschaftliche Lage ergab sich in hohem Maße aus den Verhältnissen des agrarischen Petseri-Gebietes. In dieser Region, meist mit Russen besiedelt, dominierte die Landwirtschaft — für 92,3% der Bewohner lag hier die Hauptbeschäftigung (in Estland durchschnittlich: 80,6%). Dagegen waren im Bereich von Industrie (2,0%), Transport (0,5%) und Dienstleistung (1,4%) die wenigsten Russen beschäftigt (deutlich weniger als durchschnittlich in Estland).[19] Hier wurde etwa ein Drittel weniger steuerpflichtige Einkünfte als in den anderen estnischen Gemeinden und zweimal weniger als in den wohlhabenden Gemeinden erwirtschaftet.[20] Die Gehöfte waren viel kleiner — in der Narvaer Region betrug der Pferdebesitz pro Wirtschaft nur 20% im Vergleich zu den gesamtestnischen Werten (1,5 Pferde).

Diese Tatsache hatte einen historischen Hintergrund — seit jeher war das Petseri-Gebiet ein Teil des überaus armen Gouvernements Pskov im Zarenreich gewesen. Ein weiteres Problem bestand darin, daß man seinen Lebensunterhalt hauptsächlich mit Fischfang erwarb, und der Markt für die Stinte — der wesentliche Fangartikel — Rußland war. Auch verdienten die Männer oftmals als Gelegenheitsarbeiter ihren Lebensunterhalt in St. Petersburg, Pihkva usw. Die Errichtung der Grenzen bedeutete, daß nun diese Märkte verschwanden. Die Lage dieser Regionen begann sich erst in den 30er Jahren zu verbessern, als aufgrund der Anstrengungen der Regierung in den russisch besiedelten Regionen eine neue Generation gut ausgebildeter Landwirte und Ökonomen auf den Plan trat, die sich an neue Verhältnisse anpassen konnte.[21]

In der Landwirtschaft waren die Eigentumsverhältnisse der Russen sehr schwach entwickelt. Aber auch im Handel, bei der Post und in der Industrie waren Russen als Unternehmer mit Lohnarbeitern äußerst schwach vertreten. Führende Positionen nahmen hier Juden und Deutsche ein, während bei den Russen Familienunternehmen dominierten. Für den industriellen Bereich gilt Analoges: Mit 61 von insgesamt 3688 Unterneh-

---

18 H. Reiman, Ühiskondlikud kihid (Gesellschaftliche Schichten), in: Eesti Statistika (1936), Nr. 6, S. 301.

19 Eesti 1920–1930 (wie Anm. 8), S. 22.

20 V. Feldman, Vallavalitsuste tulud ja kulud 1933/34 m.a. (Die Einnahmen und Ausgaben der Gemeindeverwaltungen im Wirtschaftsjahr 1933/34), in: Eesti Statistika (1935), Nr. 12, S. 6.

21 Sergejev, Näitus (wie Anm. 4).

men bildeten sie nur 1% der gesamten Industrie.[22] Im Handel waren die Russen etwas besser situiert, sie besaßen 287 von 6045 Handelsunternehmen, aber die ihnen zur Verfügung stehenden Güter bildeten nur 2,9% des Gesamtvermögens des Landes.[23]

Der Anteil der russischen Arbeiter entsprach im großen und ganzen dem Anteil der Russen an der Gesamtbevölkerung (7,6%) und ähnelte dem estnischen Anteil. Die relative Bedeutung der Arbeiter und Dienstleute unter der russischen Bevölkerung betrug 46,0% und war nur etwas höher als durchschnittlich in Estland. Der relative Anteil der Beamten war hingegen bedeutend kleiner als ihr Anteil an der Bevölkerung: 4,8%. Dies ergab sich aus der Forderung nach estnischer Staatsbürgerschaft im öffentlichen Dienst, war aber auch verbunden mit dem niedrigen Bildungsniveau der Russen. Besonders zurückhaltend war die Position russischer Beamter in Handel, Transport und bei der Post.

Dagegen übertrafen die Russen in der Schicht der Freiberufler 1930 mit 9,2% sogar den Durchschnittswert. Ihr Anteil an der ganzen russischen Minderheit (0,9%) lag 1934 höher als der Anteil der estnischen Freischaffenden (0,5%) oder in Estland insgesamt (0,7%). Bemerkenswert ist der große Anteil der Frauen in dieser Gruppe; ihre Zahl ist um ein Mehrfaches höher als bei den Esten und ist überhaupt charakteristisch für estnische Minderheiten. In absoluten Zahlen ausgedrückt, bildeten die russischen Freiberufler (291) nur eine kleine Gruppe, vergleicht man sie z.B. mit der bei den Deutschbalten, deren Zahl das Dreifache betrug.

Über die Struktur der russischen Intelligenz besitzen wir nur ungenügende Angaben. Daß recht viele russische Ingenieure und Techniker in Estland tätig waren, wird deutlich, da von den von 1922–1931 im Lande erteilten Patenten ein Drittel russischen Ingenieuren gehörte.[24] Ihr Anteil am höheren technischen Personal (32 von 419 = 8%) entsprach dem russischen Anteil an der estnischen Bevölkerung.[25] In der Republik, insbesondere in der Anfangsperiode, waren unter den Russen auch zahlreiche Lehrer tätig: Von den 2082 Lehrern, die 1922 arbeiteten, bildeten die Russen mit 260 Stelleninhabern 12,5%, und unter den 1128 Oberschullehrern wa-

---

22 Majandusloendus Eestis. Tööstus. 1937. a. (Wirtschaftsübersicht Estlands. Industrie. Das Jahr 1937), in: Majandusloenduse andmed (Angaben zur Wirtschaftsübersicht). H. 1, Tallinn 1938, S. 25.

23 Majandusloendus Eestis. Kaubandus ja transport. 1937. a. (Wirtschaftsübersicht Estlands. Handel und Transport. Das Jahr 1937), in: Andmed (wie Anm. 22). H. 3, Tallinn 1939, S. 28 f. u. 72 f.

24 Sergejev, Näitus (wie Anm. 4).

25 S. R. Pullat, Linnad kodanlikus Eestis. Ajaloolis-demograafiline käsitlus (Die Städte im bürgerlichen Estland. Eine historisch-demographische Abhandlung). Tallinn 1978, S. 189.

ren sogar 153 (13,6%) Russen.[26] Bei den Universitätslehrkräften ging die Zahl der Russen zurück, so daß bis zum Ende der 30er Jahre nur einzelne russische Lehrkräfte blieben; in der Tartuer Universität z.B. waren es im Jahre 1923 8%, im Jahre 1938 nur noch 1,3%.[27] Von den 1930 praktizierenden 869 Ärzten waren 69 russischer Herkunft; jüdische und deutsche Ärzte hatten ein deutliches Übergewicht, auch in den absoluten Zahlen. Im Vergleich zu den Esten (5,2) übten unter den Russen pro 10000 Einwohner 7,5 Ärzte ihren Beruf aus.

Die Zahl russischer Künstler wird auf ein paar Dutzend geschätzt, doch leider haben sie keine Spuren hinterlassen.[28] Aber für die Entwicklung russischer Schriftsteller, Künstler, Journalisten, Schauspieler usw. fehlten in Estland die wichtigsten Voraussetzungen. Die Interessen der russischen Studenten orientierten sich stärker an Medizin, Wirtschaft und Naturwissenschaften, als es in Estland durchschnittlich der Fall war. Bemerkenswert ist das Ansteigen der Landwirtschaft studierenden Russen, während die Zahl der russischen Studenten der Naturwissenschaften zurückging. Dies hing unmittelbar mit der Eröffnung der Tallinner Technischen Universität 1936 zusammen. Die allgemeine Verringerung der russischen Studentenzahlen in den 30er Jahren, insbesondere unter den Juristen und Wirtschaftlern, zeigte, daß die Repräsentanz der Russen unter den Freischaffenden und die „die regierende Elite" bildenden Beamten künftig noch mehr zurückgehen würde.

3. Die russischen Vereine in Estland — das Rückgrat der russischen Kultur

Im Vergleich zu den anderen nationalen Minderheiten lag ein Vorteil der Russen darin, daß ihnen die kompakte Siedlungsweise schon automatisch eine „nationale Selbstverwaltung" in Bereichen sicherte, in denen andere Minderheiten zum Schutz ihrer Interessen sich viel mehr zu bemühen hatten. Aber in Estland wurde das Schicksal der Minderheiten auch durch die Stärke ihrer eigenen Organisierung bestimmt.

Die Anfänge russischer Vereinsbildung lagen schon in der Mitte des vorigen Jahrhunderts (der russische Gesangsverein „Gusli" in Tallinn, die

---

26 Haridus Eestis (Die Bildung in Estland), in: Eesti Demograafia (Estnische Demographie). H. 1, Tallinn 1924, S. 139.

27 Tartu ülikooli ajalugu (Geschichte der Universität Tartu), hrsg. v. K. Siilivask u. H. Palamets. Bd. 3, Tallinn 1982, S. 52.

28 Issakov, Ob izučenii (wie Anm. 1), S. 153.

Russische Öffentliche Bibliothek in Tartu 1872, das Lavretsov-Museum in Narva, das ständige Russische Theater in Narva, Amateurchöre, Studentenvereine usw.). Jedoch war die Vereinstradition bei den Russen viel schwächer entwickelt als bei den Deutschen, und die russischen Vereine waren auch ungleichmäßig verteilt — in den Ostregionen Estlands fehlten sie fast vollkommen. Nachdem die Unterstützung der Russen aus Rußland selbst eingestellt worden war, basierte die Entwicklung des russischen Kulturlebens in Estland hauptsächlich auf der Tätigkeit der Vereine.

Eine zentrale Rolle hierbei spielte der Verband der Russischen Bildungs- und Wohltätigkeitsvereine, der am 23. Februar 1923 gegründet wurde. Im Jahre 1938 umfaßte dieser Verband 94 wohltätige und kulturelle Vereine und Sportgemeinschaften. Bedeutung bei der Gestaltung des örtlichen Lebens erlangten „Vitjaz'" in Tallinn, „Svjatogor" in Narva, der Russische Bildungsverein von Petseri u.a.m. Eine recht wichtige Funktion besaßen darüber hinaus internationale Organisationen wie YMCA und die Bewegung der Scouts-Jugend. Des weiteren waren noch der Russische Juristenverband, der Russische Künstlerverein sowie der Russische Schulverein tätig. Letzterer vereinigte in erster Linie Pädagogen und finanzierte und lenkte gemeinsam mit dem Russischen Emigrantenkomitee die russische Schulbildung in Estland.

Der Verband entwickelte sich zu einem ständigen Zentralorgan mit eigenen periodischen Ausgaben („Anzeiger der russischen Bildungs- und Wohltätigkeitsvereine" und „Der Russische Kalender in Estland"). Er besaß eine Frauenabteilung (sie organisierte Handarbeits- und Hauswirtschaftskurse) sowie Theater-, Bibliotheks-, Sport- und Selbstverwaltungsabteilungen und unterstützte auch die Tätigkeit der sogenannten „Instrukteure", die bei der Organisation der Minderheit behilflich waren, Kulturhäuser einrichteten, Vorträge hielten und unterrichteten. In den 30er Jahren waren drei Instrukteure in außerschulischer Tätigkeit, sechs Gesangs- und ein Landwirtschaftsinstrukteur tätig. Da der Arbeitslohn sehr niedrig war, basierte ihre Arbeit in hohem Maße auf einem nationalen Enthusiasmus.

Im Verband veranstaltete man regelmäßig sowohl allgemeinbildende Kurse als auch Lehrgänge für die Funktionäre der Bildungsvereine, für Kindergartenerzieherinnen, für Hauswirtschaftslehrer, Chordirigenten usw. Schon in den Jahren von 1926 bis 1930 organisierte man 26 verschiedene Kurse, an denen sich 1 500 Menschen beteiligten. In den Folgejahren steigerte sich diese Tätigkeit noch mehr. Natürlich war eine solche Arbeit nur mit Unterstützung des estnischen Staates möglich, doch erhielt man auch Geld von gesellschaftlichen Organisationen und Stiftungen Estlands. Auf Initiative des Verbandes begann man, bisher den Russen unbekannte

Veranstaltungen wie Bildungstag, Muttertag, Büchertag, Sängertag usw. zu organisieren.

Der Beschluß der Gründungsversammlung von 1923 ordnete an, daß russische Bildungstage veranstaltet werden müßten, damit „die ganze russische Bevölkerung sich ihrer nationalen Zusammengehörigkeit erinnern wird, ihre Wissenschaftler, Schriftsteller, Künstler, Musiker und andere russische Kulturschaffende in der Erinnerung behält".[29] Damit verbunden sammelte man Geld für eine Stiftung, die den Namen „Russisches Kulturkapital" erhielt. Seit 1924 wurden alljährlich „Tage der Russischen Bildung" durchgeführt, die für die russische Minderheit zum wichtigsten Kulturereignis des Jahres wurden. Man widmete den Tag gewöhnlich einem bedeutenden russischen Kulturschaffenden und veröffentlichte zu diesem eine Sonderausgabe „Bildungstag", die zum Presseorgan der Veranstaltung wurde.

Die wichtigste Errungenschaft des Verbandes der russischen Bildungs- und Wohltätigkeitsvereine war die Arbeit in den russischen Dörfern im Narva- und Petseri-Gebiet. Sogar die Altgläubigen, die zuerst sehr zurückhaltend waren und darin „satanisches Unterfangen" erblickten, zeigten dem Theater und den Vereinigungen der Bücherfreunde gegenüber großes Verständnis; sie baten sogar um die Entsendung von Instrukteuren. Das Petseri-Gebiet blieb aber noch für längere Zeit hinsichtlich der Vereinstätigkeit eine unterentwickelte Region. Während in den Gemeinden Estlands durchschnittlich pro 10 000 Einwohner 13-23 Vereine tätig waren, gab es derer in Petseri nur sechs. Auch war die Mitgliederzahl dort viel kleiner. Jedoch kann man die dortigen Vereine als Veranstalter von Konzerten sowie des Theater- und literarischen Lebens hervorheben.[30]

Einen Höhepunkt bildete die 1931 im Tallinner Börsensaal stattfindende große „Russische Ausstellung", die einen Einblick in die kulturellen Errungenschaften der Russen im Laufe von 13 Jahren estnischer Eigenstaatlichkeit bot. Als Hauptorganisator trat der Verband der Bildungs- und Wohltätigkeitsvereine auf. Die Besucherzahlen lagen bei 6 000 — auch der Staatsälteste Konstantin Päts war zweimal darunter —, und die Bedeutung der Ausstellung für die Förderung der russischen Identität wurde sehr hoch eingeschätzt.[31]

---

29 Sergejev, Näitus (wie Anm. 4).

30 H. Reiman, Ühingud vaimse kultuuri alal (Vereine auf dem Gebiet der geistigen Kultur), in: Eesti Statistika (1933), Nr. 5, S. 189, 191 u. 195.

31 V. Sergejev, Vene näitus Tallinnas (Russische Ausstellung in Tallinn), in: Õhtuleht vom 23. Juli 1990.

Ein für die Russen eminent wichtiges, integrierendes Ereignis waren die Sängertage. Diese umfaßten — wie auch bei den Esten — einen ganzen Komplex kultureller Tätigkeit: Gründung von Chören, Zusammenstellung des Repertoires, Entwicklung der Zusammenarbeit usw. Der erste Russische Sängertag von lokaler Bedeutung in der Zeit der estnischen Eigenstaatlichkeit fand 1933 statt, der nächste 1934 in Narva und der dritte im Jahre 1936. Die Idee wurde auch von Päts unterstützt, so daß der erste landesweite Russische Sängertag am 26.–27. Juni 1937 in Narva, der nächste am 1.–2. Juli 1939 in Petseri stattfand. Während der erste Sängertag 2500 Teilnehmer zählte, fanden sich zum zweiten Sängertag schon 3500 Teilnehmer ein: Es beteiligten sich ingesamt 60 Chöre und 25 Orchester, Gäste aus Finnland, Transkarpatien, Lettland und Litauen bereicherten die Veranstaltung. Damit setzte man die Tradition von 1913 fort (1300 Teilnehmer); dieses Erbe der 1930er Jahre lebt in den 1990er Jahren in Gestalt der Gesangsveranstaltung „Slaavi laulupärg" („Slavischer Liederkranz") wieder auf, wo russische Chöre sich versammeln und auftreten. Es ist bemerkenswert, daß sich auf diesen Sängertagen die Einwirkung der estnischen Gesangskultur zeigt, denn in der russischen Kultur fehlt eine ähnliche Tradition.

Eine sehr große Bedeutung bei der Weiterentwicklung der russischen Bildung und v.a. der in technischen Fächern ausgebildeten Intelligenz besaß die „Russische Akademische Gruppe", die etwa 40 Professoren und Ingenieure umfaßte, die an den Universitäten St. Petersburgs, Moskaus u.a. tätig gewesen waren. Zu Beginn der 20er Jahre beschäftigten sie sich vor allem mit unterschiedlichen technischen Kursen und volksaufklärerischen Vorträgen, später organisierten sie eine russischsprachige höhere technische Lehranstalt, an der Maschinenbauer und Bauingenieure ausgebildet wurden.[32] Für diejenigen, die ihr kulturelles und allgemeinbildendes Niveau erweitern wollten, organisierte die „Russische Akademische Gruppe" seit 1927 in Tartu eine Volkshochschule. Man hielt dort Vorträge über Sprachwissenschaft, Literatur, Medizin und Kunst. Die Vorlesungen fanden in Tallinn, Tartu, Narva und Petseri statt. Auch diese Kurse wurden, wie die der privaten technischen Lehranstalt, teilweise vom estnischen Staat finanziert.

Die kulturelle Organisation der russischen Minderheit hätte am Ende der 30er Jahre mit der Kulturautonomie gekrönt werden müssen, doch blieb dies unrealisiert. Natürlich war es den Russen wegen ihrer recht

---

[32] Russkaja akademičeskaja gruppa v Ėstonii. Očerk dejatel'nosti gruppy za desjat' let suščstvovanija (Die „Russische Akademische Gruppe" in Estland. Übersicht über die Tätigkeit der Gruppe im Laufe von zehn Jahren). Jur'ev 1931.

kompakten gemeinschaftlichen Siedlung auch möglich, sich bei der Entwicklung des kulturellen Lebens auf örtliche Selbstverwaltungen zu stützen. Aber im Fehlen einer Kulturautonomie spiegelt sich u.a. auch das Fehlen einer ausreichenden gemeinsamen Handlungsfähigkeit und die Schwäche der kulturellen Organisiertheit der Russen.

4. Die Entwicklung der Verlagstätigkeit und der Presse

Der Bedarf der Russen an neuen Schulbüchern, an lokalen Periodika usw. war sehr hoch. Denn die Russen, die großenteils die estnische Sprache nicht beherrschten, blieben gegenüber dem estnischen Staat, der sich vor allem auf die Probleme der Esten konzentrierte, und auch gegenüber der Sowjetunion, die keine Annäherung an die Russen im Ausland erreichte, Fremde. Gleichzeitig wurde die Verbreitung des eigensprachlichen Schrifttums erschwert durch die Armut der Landgemeinden, durch das niedrige Niveau der Lese- und Schreibfertigkeit und durch die mangelnde Leselust. Deshalb blieben die Russen im Vergleich z.B. zu den Deutschen in einer desolaten Lage.

Der Eifer der Russen, Zeitungen und Zeitschriften zu gründen, war jedoch, inbesondere in den 20er Jahren, beachtlich. Jährlich kamen ein bis drei neue Zeitschriften und ein bis zwei neue Zeitungen heraus, die aber nur kurze Zeit erschienen. Mit Ausnahme von einigen kürzeren, „reicheren" Perioden gab es in Estland durchschnittlich eine ständig erscheinende russische Tageszeitung, drei bis vier seltener erscheinende Zeitungen und vier bis fünf Zeitschriften. Länger erschienen die schon erwähnte Zeitschrift „Anzeiger der russischen Bildungs- und Wohltätigkeitsvereine" (1927–1940) und der „Anzeiger der Landwirtschaft" (1927–1932), zudem noch die Zeitschriften „Das Panorama", „Die Feldblumen" und „Das russische Magazin". Insgesamt erschienen in der Republik Estland fast 100 russische Periodika, die sich zumeist leider auf wenige Nummern beschränkten.

Von den 1939 erschienenen russischen Zeitungen sind folgende Ausgaben hervorzuheben: „Vesti Dnja" (Tallinn), siebenmal, Auflage 3 000; „Russkij Vestnik" (Tallinn), zweimal, Auflage 4 500; „Staryj Narvskij Listok" (Narva), dreimal, Auflage 1 800,[33] zudem noch einige seltener

[33] Vähemusrahvuste kultuurielu Eesti Vabariigis 1918–1940. Dokumente ja materjale (Das kulturelle Leben der nationalen Minderheiten in der Republik Estland 1918–1940. Dokumente und Materialien), hrsg. v. A. Matsulevitš. Tallinn 1993, S. 53 f. Vgl. auch die Rezension dieses Buches von Seraina Gilly in diesem Heft, S. 803-806.

erscheinende Blätter in Petseri und Narva. Wenn man berücksichtigt, daß die Gesamtauflage der Tageszeitungen bei den estnischen Zeitungen im Jahre 1935 bei 27,2 Mio. Exemplaren (= 28 Nummern pro Einwohner), bei den deutschen Zeitungen bei 1,25 Mio. Exemplaren (= 76 Nummern pro Einwohner) und bei den russischen Zeitungen bei 0,67 Mio. Exemplaren (= 7 Nummern pro Einwohner) lag,[34] so wird ersichtlich, daß die russische Leserschaft klein war.

Zur Herausgabe russischer Literatur gründete man mehrere Verlage wie „Kol'co", „Strannik", „Bibliofil'", „Junost'" und „Russkaja Kniga", doch waren sie nur von kurzer Dauer. Publiziert wurden hauptsächlich Gedichtsammlungen, Almanache, Lehrbücher und Kalender. Bei den Almanachen war besonders die regelmäßig erscheinende Ausgabe „Nov'", herausgegeben vom Verband der russischen Bildungs- und Wohltätigkeitsvereine, von Bedeutung. In den Jahren 1927–1935 erschienen jährlich ungefähr 20 russische Bücher und etwas weniger Broschüren.[35] Dieser Umfang russischsprachiger Bücher und Presseausgaben war kaum imstande, die lokale russischsprachige Gemeinde sprachlich-kulturell zu unterstützen. Aber auch unter den Bedingungen solch enger Publikationsmöglichkeiten entwickelten sich in Tallinn, Narva und Tartu ein recht fruchtbares literarisches Leben und Literatentätigkeit.[36]

Das für die russische Kultur charakteristische Theaterleben konzentrierte sich im Baltikum hauptsächlich auf Riga. Aber auch in Tallinn und Narva fielen die halbprofessionellen Ensembles mit ihren häufigen Aufführungen auf. Dabei könnte man das Tallinner Ensemble mit 40 Schauspielern durchaus als professionelles Theater bezeichnen. Mit ihrem anspruchsvollen und abwechslungsreichen Repertoire begeisterte dieses Theater auch die estnische Intelligenz. Neben den Theatern waren auch viele Amateurgruppen, private Tanzstudios, Kunstkurse und Gesangsklassen aktiv. Hochqualifizierte Fachleute, hauptsächlich aus Emigrantenkreisen, gaben dort ihre Erfahrungen und ihr Können weiter. Unter den Schülern waren auch Esten. Russische Orchester und Gesangschöre, oft mit sehr hohem Niveau, waren in erster Linie in Schulen und Kirchen tätig.

---

34 A. Lepp, Ajakirjandus 1935. aastal (Der Journalismus im Jahr 1935), in: Eesti Statistika (1936), Nr. 8, S. 306.

35 Eesti arvudes 1920–1935 (Estland in Zahlen 1920–1935). Tallinn 1936, S. 285.

36 S. Issakov, Russkie literaturnye ob'edinenija v Estonii (1919–1940) (Russische Literaturvereine in Estland <1919–1940>), in: Raduga (1993), Nr. 6, S. 49.

5. Politische Parteien und politische Organisation

In der Republik Estland waren fast alle während der Zarenzeit tätigen politischen Parteien erneut vertreten. Aber gerade das politische Leben der Russen während dieser Periode ist am wenigsten untersucht worden. Im allgemeinen waren die Russen, insbesondere im Petseri-Gebiet, politisch passiver als die anderen Nationalitäten.[37] Eine kleine Gruppe von Monarchisten hatte sich politisch bemerkbar gemacht, doch einflußreich waren in erster Linie die Sozialrevolutionäre (ihr Führer A. Černov lebte über ein Jahr in Estland), für die in der ersten Hälfte der 20er Jahre Estland zu einem wichtigen Stützpunkt wurde. Im allgemeinen favorisierten die Russen Positionen linksstehender oder Zentrumsgruppierungen. Daneben verstärkte sich in den 30er Jahren der Einfluß der kommunistischen Ideen beträchtlich. Neben der komplizierten wirtschaftlichen Lage der Russen im Grenzgebiet spielte die aus Rußland kommende Propaganda eine wesentliche Rolle, infolgedessen es häufig zu Überschreitungen der Staatsgrenze kam.[38]

Während der Zeit der Republik Estland konnten die Russen keine neuen politischen Parteien bilden (mit Ausnahme der unbedeutenden „Praktischen Volkspartei"). Vereinigungen wie die „Russische Bauernpartei" und die „Russische Sektion der Sozialistenpartei" waren kraft- und machtlos. Zur einflußreichsten russischen politischen Organisation wurde die am 23. August 1920 gegründete „Russische Nationale Union", die die Vertretung der Interessen aller Russen zum Ziel hatte.[39] Diese Union, angeführt von A.P. Sorokin, I.M. Gorškov und E.K. Schultz, war bewußt unparteilich und wollte im nationalen Rahmen wirken. Mitglieder der Union konnten nur Staatsbürger, Anhänger (sympathisierende Mitglieder) konnten auch Nicht-Staatsbürger sein.

Den größten Erfolg erzielte die „Russische Nationale Union" in politisch unterentwickelten Gebieten wie Petseri, wo die Russen nur für diese Union ihre Stimmen abgaben; in anderen Regionen wurden auch andere politische Gruppierungen unterstützt. Ungeachtet der großen Wählerschaft war die russische Vertretung im Parlament nicht größer als bei den Deutschen oder beim deutsch-schwedischen Wahlblock.[40] Aufgrund der gemeinsamen Interessen der nationalen Minderheiten ging man zeitweilig

---

37 Eesti 1920–1930 (wie Anm. 8), S. 398.
38 Issakov, Ob izučenii (wie Anm. 1), S. 155.
39 E. Laaman, Erakonnad Eestis (Parteien in Estland). Tartu 1934, S. 89.
40 S. Eesti 1920–1930 (wie Anm. 8), S. 398 ff.

ein Wahlbündnis mit Deutschen und sogar einen „Dreibund" mit Schweden ein, aber eine weitere Zusammenarbeit kam nicht zustande.[41]

Im Parlament erreichten die Russen jedoch eine deutliche politische Vertretung und die Möglichkeit, bei der Gestaltung der estnischen Politik mitzusprechen. Eine engere Zusammenarbeit bestand mit den Linkssozialisten Estlands. Die parlamentarische Vertretung entstand in der Regel durch den Wahlblock unterschiedlicher russischer politischer Kräfte. So gelangte z.B. von der Wahlliste der „Russischen Nationalen Union" ein Vertreter, Aleksej Sorokin, 1921 in das erste Parlament (Riigikogu); ins zweite Parlament (1923) wählte man von der gemeinsamen Wahlliste der Russen vier Abgeordnete. Im Parlament von 1926 saßen drei Abgeordnete von der gemeinsamen Liste des russischen Volkes und Nikita Semënov von der Wahlliste der „Estnischen Sozialistischen Arbeiterpartei". 1929 gelangten zwei Vertreter der Wahlliste der „Russischen Nationalen Union" und Aleksej Grečanov von der Wahlliste der „Estnischen Sozialistischen Arbeiterpartei" in den Riigikogu. Ins fünfte Parlament von 1932 zogen fünf Abgeordnete aus der gemeinsamen Liste der „Russischen Nationalen Union", der „Russischen Linkssozialisten" und des „Bauernbundes", 1938 erhielten Georgij Orlov, Aleksander Ossipov und Vladimir Roslavlev Sitze im Riigikogu. In die Nationalversammlung wählte man Michail Kurčinskij zum Mitglied der I. Kammer und David Grimm in die II. Kammer.[42]

Außer der parlamentarischen Vertretung besaßen die Russen wie jede andere Minderheit beim Bildungsministerium im Nationalitätensekretariat einen eigenen „Nationalsekretär", der die Interessen der russischen Minderheit zu vertreten hatte.

6. Das Bildungsleben der Russen

Die Entstehung der Republik Estland bedeutete für die Russen einen kulturellen Schock in dem Sinne, daß das russische Bildungsmonopol zerbrach und für die Esten erstmalig die freie Entwicklung muttersprachlicher Bildung möglich wurde. Die russischsprachigen Lehranstalten mußten wohl ihre privilegierte Stellung einbüßen, aber sie verfügten über langjährige Traditionen, gute Lehrkräfte und Gebäude.

---

41 G. v. Rauch, Geschichte der baltischen Staaten. 2. Aufl., München 1986, S. 136.
42 Kultuurielu (wie Anm. 32), S. 34.

In den Anfangszeiten der Republik war die russische Bevölkerung hinsichtlich der Bildung recht stark polarisiert. Auf der einen Seite stand die Hochintelligenz mit einem z.T. aristokratischen Hintergrund, auf der anderen Seite aber war in manchen Gemeinden des Petseri-Gebietes fast die Hälfte der Einwohner Analphabeten.

Das vom Staat gepflegte Bildungssystem war demokratisch. Dies ermöglichte auch den Russen eine staatlich geförderte muttersprachliche Elementarbildung und sogar Gymnasiumsbildung mit teilweiser staatlicher Unterstützung. Der Unterricht an den Hochschulen verlief nur in estnischer Sprache. Aber Russen wie auch andere Nationalitäten besaßen das Recht auf die Bildung eines eigenen muttersprachlichen Bildungsnetzes. Bei der Gestaltung der russischen Bildung spielten deren Vereine und Zentralorganisationen eine wesentliche Rolle. Die Elementar- und Mittelschulbildung der russischen Bevölkerung blieb im allgemeinen russischsprachig. Die Zahl der Elementarschüler fiel nur um wenig: von 7,9% (im Schuljahr 1922/23) auf 7,5% (1937/38). Für russische Kinder war mit staatlicher Unterstützung und auf Kosten der Selbstverwaltung eine muttersprachliche Bildung gewährleistet. Daneben lernten etwa 0,5% der russischen Kinder in den estnisch-russischen, estnisch-lettischen und russisch-estnisch-polnischen Elementarschulen.[43] Aber das Bildungsniveau in den an Rußland angrenzenden Gebieten blieb bedeutend niedriger, weil die Eltern der Schulpflicht nicht folgten, obwohl sie dafür bestraft wurden. So gelangte mehr als ein Drittel der Kinder (ungeachtet der nationalen Zugehörigkeit) in diesen Regionen nicht in die Elementarschule. Nach der Volkszählung von 1934 besaßen 78% der Bevölkerung Elementarbildung, aber in Narva, am Peipussee und im Petseri-Gebiet lag die Zahl bei 25-30%.

Unter den Oberschülern sank die Zahl der in russischer Sprache lernenden Schüler ungemein: von 9,5% (im Schuljahr 1922/23) auf 5,4% (1936/37). Dafür gab es mehrere Gründe; Assimilierung war jedoch nicht ursächlich. Bis zur Verselbständigung Estlands konnten die meisten Nicht-Esten ihren Kindern nur russischsprachige Bildung geben. Auch ein großer Teil der aus Rußland optierenden estnischen Kinder setzte seinen Bildungsweg zunächst in den russischen Schulen fort. Dergestalt bildeten 1922 die Schüler der russischen Schulen 9,5% der Schuljugend, aber die Russen stellten nur 7,3% der Schüler.[44] Noch 1929 waren 689 Oberschüler russisch, aber die russische Sprache war Unterrichtssprache für 850 Schü-

43 Estonia in Facts. Tallinn 1994, S. 3 f.
44 Haridus (wie Anm. 26), S. 192 u. 201.

ler, d.h. mehr als ein Fünftel von ihnen waren, ethnisch gesehen, keine Russen.[45] Einen Höhepunkt in der Entwicklung russischsprachiger Gymnasien bildeten die Jahre um 1930, als in Estland vier von staatlicher Seite geförderte Gymnasien und drei Privatgymnasien mit ingesamt 955 Schülern (766 Schüler im ersten, 189 im zweiten Schultyp) bestanden.[46]

In der Entwicklung der russischen Gymnasien widerspiegelten sich sowohl der Anstieg der Bedeutung der estnischen Sprache im Leben des Landes als auch der Wechsel jüdischer Kinder in Schulen mit hebräischer Unterrichtssprache und vor allem der Wegzug der exilrussischen Intellektuellen ab 1925. Seit der Mitte der 30er Jahre verlangte die Bildungspolitik darüber hinaus, daß Kinder aus gemischten Familien in estnischer Sprache unterrichtet werden müßten. Aufgrund der Angaben aus dem Schuljahr 1937/38 lernten von den russischen Oberschülern 667 in russischen und 90 in estnischen Schulen.[47] 1938/39 erhielten etwa 430 Schüler russische Oberschulbildung in drei Progymnasien, einer Realschule und außerdem in den estnisch-russischen gemischten Schulen. In Tallinn, Tartu und Petseri waren vier russische Gymnasien tätig.[48] Oberschulbildung konnte man auch in Petseri im dortigen orthodoxen geistlichen Seminar erhalten, das von 1919–1939 37 Schüler absolvierten.

An der Universität Tartu wirkten mehrere russische Lehrkräfte, die ausnahmsweise in russischer Sprache unterrichteten (Turjumov, Kurčinski u.a.), aber es gab keine offizielle russische Ausbildung. Hochschulbildung konnten die Russen in russischer Sprache in dem von der „Russischen Akademischen Gruppe" 1921 gegründeten Russischen Polytechnischen Privatinstitut in Tallinn erhalten. In den 30er Jahren studierten dort permanent ca. 100 Studenten. Neben dem Privatinstitut lernten Russen auch im Tallinner Technikum, dem Vorgänger der Technischen Universität; dort schwankte die Zahl der Studierenden 1925–1930 zwischen 58 und 95 und bildete 6-8% der Gesamtzahl der Studenten in Estland.[49]

Unter den Studenten der 1936 eröffneten Tallinner Technischen Universität waren 20-25 Russen, was 4-5% der Studenten ausmachte.[50] Die Zahl der an der Universität Tartu studierenden Russen dagegen fiel von mehr

---

45 Eesti 1920–1930 (wie Anm. 8), S. 340.
46 Sergejev, Näitus (wie Anm. 31).
47 K. Martinson, Hädavajalik uurimisteema (Ein notwendiges Forschungsthema), in: Rahva Hääl vom 2. Februar 1988.
48 A. Lepp, Koolid ja gümnaasiumid 1938/1939. õ/a. (Schulen und Gymnasien im Schuljahr 1938/39), in: Eesti Statistika (1939), Nr. 12 (217), S. 636.
49 Eesti 1920–1930 (wie Anm. 8), S. 345.
50 Tallinna Polütehniline Instituut 1936–1986 (Das Tallinner Polytechnische Institut 1936–1986). Tallinn 1986, S. 64.

als 200 in der Mitte der 20er Jahre (1926: 217) auf weniger als 100 am Ende der 30er Jahre (1938: 90), was sich — prozentual ausgedrückt — im Rückgang ihres relativen Anteils an der Studentenschaft von 4,7% auf 2,8% zeigt.

Seit 1930 begann in der russischen Abteilung des Tallinner Pädagogiums auch die Ausbildung von Lehrern für russische Schulen; teilweise verlief der Unterricht auf russisch. Die 40 Absolventen hatten zuvor meistens die Gymnasien von Narva oder Petseri absolviert. Zusammenfassend können wir sagen, daß der Anteil der Russen unter den studierenden Jugendlichen bedeutend kleiner war als der der Esten.

Tabelle 3: Russen in unterschiedlichen Lehranstalten 1936/37 (pro 1000 Einwohner)

	Elementarschule	Oberschule	Berufsschule	Universität
Esten	96	15	9	3
Russen	111	10	3	1

Der recht bescheidene Anteil der Russen an der Jugend an Ober- und Hochschulen läßt sich nicht durch die Bildungspolitik Estlands erklären. Die Wurzeln stecken tief im soziokulturellen Hintergrund dieser Volksgruppe, die bedeutend ärmer als die estnische war, ganz zu schweigen von den Juden und Deutschen, die im Vergleich zu den Esten drei- bis fünfmal häufiger vertreten waren. Die Basis für die gebildeten Esten bildete die Mittelschicht, die materiell bedeutend besser gestellt und differenzierter war als die in dieser Hinsicht doch sehr schwache russische Einwohnerschaft.

Trotz der Anstrengungen der estnischen Regierung blieb die Rückständigkeit der hauptsächlich mit Russen besiedelten Regionen im Bildungsniveau und in der kulturellen Entwicklung bestehen. Nach Angaben der Volkszählung von 1922 betrug im Petseri-Gebiet die Analphabetismusrate 49,9%. Die Volkszählung von 1934 zeigte, daß unter der dortigen Bevölkerungsgruppe der über 60jährigen 18,6% lesen und schreiben konnten (landesweit 77,3%), in der Gruppe der 15- bis 59jährigen waren 65,2% lese- und schreibkundig (landesweit 95,4%). Ähnlich sind die Angaben über die ebenfalls hauptsächlich von Russen besiedelten Flecken Kallaste,

Mustvee und Petseri.[51] Am Peipussee verhinderte das konservative Denken der Altgläubigen einen Anstieg der Bildung.

7. Das religiöse Leben der Russen in der Republik Estland als Träger ihrer nationalen Identität

Bei der Aufrechterhaltung von russischer Kultur und nationaler Identität spielte die Apostolisch-Orthodoxe Kirche eine beträchtliche Rolle, aber auch die Kirche der Altgläubigen, obwohl es auch unter den Esten zahlreiche orthodoxe Gläubige als Ergebnis der Russifizierung gegen Ende des 19. Jahrhunderts gab. Laut Volkszählung von 1922 lebten 210 000 Gläubige der Apostolisch-Orthodoxen Kirche in Estland, in die Personalbücher waren aber nur 142 000 eingetragen.[52] So bekannten sich in Estland viele führende Politiker zu diesem Glauben, darunter auch das Staatsoberhaupt Konstantin Päts. Die sogenannten Altgläubigen — ca. 7 000 — waren in der Hauptsache Russen.

In der Zeit des Freiheitskrieges erlitt die orthodoxe Kirche wesentliche Verluste. In Tartu und Rakvere wurden mehrere führende Geistliche von den Kommunisten getötet, darunter auch Bischof Platon. Im Zusammenhang mit der Unterdrückung der Kirchen in Sowjetrußland beschloß die Apostolisch-Orthodoxe Kirche Estlands 1923, sich nunmehr dem Patriarchat von Konstantinopel zu unterstellen. Damit verlor die orthodoxe Kirche in Estland beträchtlich an russischer Identität, an ihrer auf Rußland fixierten Weltsicht.

1940 existierten in Estland ca. 50 russische und gemischte Gemeinden. In den Klöstern von Kuremäe und Petseri wurden die Traditionen der orthodoxen Kirche und des Klosterlebens bewahrt. Das Wirken dieses im russischen Bürgerkrieg und estnischen Freiheitskrieg völlig ruinierten Petseri-Klosters wird für die Zeit der Republik Estland als „wirtschaftliche und kulturelle Blütezeit" charakterisiert.[53] In der Ikonenmalerei der Altgläubigen am Peipussee lebte jenes Können weiter, das in Sowjetrußland fast vollständig vernichtet worden war.

Nach der Annexion 1940 wurde die Apostolisch-Orthodoxe Kirche wieder Moskau angegliedert. Ein Teil der 1944 zur Emigration gezwungenen Geistlichen beansprucht die Rechtsnachfolgerschaft für die in der

---

51 Eesti 1920–1930 (wie Anm. 8), S. 13.
52 Ebenda, S. 402.
53 A. Lehtonen, Pihkva-Petseri Jumalaema Uinumise (Uspenski) klooster (Das Uspenskij-Kloster in Petseri), in: Kodumaa vom 22. November 1990.

ersten Republik Estland bestehende Kirche. Nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit mußte dies eine tiefe Spaltung im Leben der orthodoxen Kirche und zwischen den unterschiedlichen Traditionen hervorrufen.

Zusammenfassung

Macht man Verallgemeinerungen, so muß beachtet werden, daß sich die Untersuchung des Schicksals der russischen Minderheit in der Zeit der sogenannten Ersten Republik erst im Anfangsstadium befindet. Erst die letzten Jahre haben Parallelen der historischen Entwicklung und auch eine ehrliche Geschichtsschreibung ermöglicht, haben viel Neues für das Verständnis der Lage der russischen Diaspora und für ihre zu lösenden Probleme gebracht.

So wie in jeder Entwicklung, kämpfte man auch 1988–1991, als die Aussichten auf eine erneute estnische Selbständigkeit wuchsen, mit dem Schlagwort der „historischen Erfahrungen". Ein Argument, das von den Russen verwendet wurde, die die Unabhängigkeit Estlands fürchteten, war das Schlagwort von der „erbärmlichen Lage der Minderheit" in der damaligen estnischen Republik. Die sowjetisch und imperial gesinnten Autoren unterlagen wegen Mangels an Beweisen.[54] Die Erinnerungen der Russen an die 30er Jahre in Estland beinhalten in der Regel weder Erbitterung noch Schuldzuweisungen; allein in Verbindung mit der offiziellen Propaganda des „Estentums" in der zweiten Hälfte der 30er Jahre und dem damit verbundenen Anstieg des estnischen Selbstbewußtseins sind gekränkte Äußerungen festzustellen.

Aber eine „Verfolgung" der Russen als staatliche Politik oder offizielle Haltung wird entschieden bestritten. „Ich muß sagen, daß die Einstellung den Russen gegenüber äußerst freundlich war. Wir wurden als nationale Minderheit angesehen, so wie die Deutschen", schreibt eine ehemals berühmte Schauspielerin in ihren Erinnerungen.[55] „Während meiner ganzen Zeit im Gymnasium in Petseri gab es dort weder Mißverständnisse noch Streit aus nationalen Gründen. Solche Zwischenfälle ereigneten sich auch in den Jahren der autoritären Macht von K. Päts nicht, als die offiziellen Kreise überall das sogenannte ‚Estentum' betonten",[56] erinnert sich ein

---

54 N. Solovei, Oma kogemusest lähtudes (Aus eigener Erfahrung), in: Õhtuleht vom 21. September 1988.

55 Vastab Tatjana Pevtsova (Tatjana Pevtsova antwortet), in: Teater Muusika Kino 9 (1990), Nr. 10, S. 6.

56 I. Mordvinov, Nii me õppisime (So haben wir gelernt), in: Poliitika (1990), Nr. 11, S. 101.

russischer Journalist und Absolvent des Gymnasiums von Petseri. Diese Beispiele aus der Zeit der Ersten Republik ließen es auch jenen estnischen politischen Kreisen zur Gewißheit werden, daß die Möglichkeit besteht, die Probleme wirksam und demokratisch zu lösen.

Natürlich ist die Statusveränderung der eigenen Volksgruppe — von der herrschenden Nation eines Imperiums zur Minderheit im Nationalstaat eines doch zur Russifizierung vorgesehenen kleinen Volkes — ein Gedanke, der für Russen fremd war und noch heute ist. Daneben bedrückt und ängstigt die Russen, wie auch in den Anfangsjahren der ersten Selbständigkeit, ein unklares Schuldgefühl, daß „they will be paid with their own coin". Leider hat man die Bewertung der historischen Vergangenheit in den Beziehungen zwischen Rußland und Estland noch nicht endgültig bewältigt. Das bedeutet weitere Unsicherheit. Die Neokolonisten — die Vorsitzende des Europarates, Frau Lalumiere, gebrauchte 1994 den Begriff „Kolonisationsminderheit" — sind bedeutend schwerer zu integrieren als Emigranten oder alteingesessene Siedler.

Im Laufe der Jahre von 1920 bis 1940 durchlebten die Russen in Estland eine beträchtliche Entwicklung. Und nicht nur in dem Sinne, daß sie sich von der Elite des imperialen Volkes zur loyalen Minderheit wandelten. In den ersten Jahren herrschte noch eine gewisse Erwartung, doch die Vorstellung, aus Rußland komme eine Lösung und Estland werde wenigstens zu einem gewissen „nahen Ausland", zerbrach. So begannen die Russen allmählich eine deutlich umgrenzte Gemeinschaft (community) zu bilden. Ihr Selbstgefühl konnte sich daran anpassen, daß die Eigenstaatlichkeit Estlands beständig blieb. „Wir, die russische Minderheit in Estland, sind durch Blut und Kultur mit allen Russen der Welt verbunden, aber wir besitzen unsere Eigenart, unsere Mentalität, unsere Interessen, die nur für uns von Bedeutung sind und die sogar für Russen außerhalb der Grenzen Estlands unverständlich sein können. Wenigstens 90% von uns sind hier geboren und aufgewachsen, im Land, wo unsere Väter und Großväter lebten. Das Schicksal hat uns mit dem estnischen Volk und dem estnischen Staat verbunden. Eine solche Verbundenheit mit dem Land und eine solche Verknüpfung mit dem Willen der Geschichte bringt für uns besondere Verpflichtungen."[57] Zu Beginn der 20er Jahre wurden solche Gedanken noch nicht geäußert.

Zum Integrationsprozeß trug auch bei, daß sich im Laufe von 20 Jahren ein sogenanntes baltisches Russentum mit Zentrum in Riga herangebildet hatte. Nach Meinung eines in Riga lebenden Exilrussen, V.V. Preobra-

---

[57] Vitjaz. Vesna 1939, S. 3; Issakov, Ob'edinenija (wie Anm. 35), S. 46.

ženskij, existierte noch ein „drittes Rußland der Minderheiten und Grenzgebiete, das sich vom Baltikum bis zum Schwarzen Meer erstreckt".[58] Die Wiedererweckung dieser „baltischen Identität" ist auch heute Gesprächsgegenstand. Gemeinsam löste man das Problem der für einen demokratischen Staat geeigneten Schulbücher, Theatertruppen gastierten jenseits der Grenzen, anhand der in Lettland erscheinenden größeren Zeitungen entstand eine sogenannte „baltische Öffentlichkeit". Die Beziehungen zu den traditionsreicheren Russen in Finnland hingegen blieben schwächer.

Die russische Minderheit entwickelte sich auch qualitativ. Die alte Elite trat im Laufe der Zeit in den Hintergrund, ein großer Teil zog weiter nach Westeuropa. Obwohl die russische Minderheit viele auffallende Persönlichkeiten besaß, wirkten keine großen Koryphäen in Estland. Der hervorragendste Vertreter der im Lande lebenden russischen Intellektuellen, der Dichter Igor Severjanin, hatte den Höhepunkt seines Schaffens bereits überschritten.

Eine gewisse organisatorische Ressource bei der Regelung des alltäglichen Lebens, eine die Integration fördernde kulturelle Öffentlichkeit und eine verhältnismäßig starke politische Vertretung — das alles waren positive Faktoren. Doch bedeuteten die 30er Jahre einen Rückschritt für die russische Rolle in der Gestaltung der estnischen, insbesondere der städtischen Kultur. Gleichzeitig wurde die russische Minderheit einheitlicher — in den Regionen mit früher größtenteils lese- und schreibunkundiger Bauernbevölkerung im Petseri-Gebiet verbreitete sich landwirtschaftliche Literatur und florierte das Vereinsleben. Die für die estnische Kultur eigentümlichen Erscheinungsformen (wie z.B. im Musikleben) begannen immer mehr auf das Kulturleben der Russen einzuwirken.

Während man zu Beginn der 20er Jahre die russische Sprache noch zu den „drei örtlichen Sprachen" zählen konnte, so büßte sie gegen Ende der 30er Jahre an Bedeutung ein. 1934 beherrschten etwa 200 000 Esten die russische Sprache, d.h. insgesamt ein Viertel der Bevölkerung. In der Altersgruppe der 30- bis 60jährigen benutzte etwa ein Drittel der Nichtrussen diese Sprache als Fremdsprache, in der Altersgruppe der 15- bis 19jährigen waren es nur noch 5%. Gleichzeitig wuchs die Zahl derjenigen, die sich der estnischen Sprache bemächtigt hatten, in derselben Altersgruppe der Nichtesten bis auf zwei Drittel.[59] Anstelle der alten aristokratischen oder russischen bürokratischen, des Estnischen unkundigen Elite wuchs

[58] V.V. Preobraženskij, Russkie Latvii (Russen in Lettland). Tl. 2, Riga 1934, S. 67.
[59] H. Reiman, Tavakeel ja võõrkeelte oskus (Gewohnheitssprache und die Beherrschung von Fremdsprachen), in: Eesti Statistika (1935), Nr. 4 (162), S. 232 f.

eine neue heran, eine in vielerlei Hinsicht naturalisierte (estonisierte) Elite. Eine Assimilierung der russischen Bevölkerung war dennoch nur wenig spürbar.

Der Beitrag der russischen Minderheit zur Bereicherung der estnischen Kultur ist zwar nicht vergleichbar mit dem Beitrag der deutschen Minderheit, war jedoch bemerkbar. Hervorragende Persönlichkeiten der Weltkultur — Šaljapin, Bunin, u.a., die in Estland weilten — dienten den Russen als Vorbild, ihre Veranstaltungen waren aber auch wichtige Ereignisse für die estnische kulturelle Öffentlichkeit, so z.B. 1928 die Vorträge von Nikolaj Berdjaev „Christentum, Nietzscheanismus und Marxismus" sowie „Glaube und Wissenschaft".

Nach einer Untersuchung von Dmitrij Michajlov leben von der russischen Gemeinde der Vorkriegszeit und deren Nachkommen im heutigen Estland nur noch etwa 50 000 Menschen (davon 30 000 als Staatsbürger).[60] Eine wesentliche Rolle bei dieser Entwicklung spielten sowohl die Verschiebung der Staatsgrenzen als auch Repressionen. Die erneute Unabhängigkeit Estlands schuf auch den früher verdrängten, alteingesessenen Russen neue Möglichkeiten. Ihr distanziertes Verhalten zu den neuen Immigranten, das in vielem auf kulturellen Unterschieden basiert, hatten ihre Annäherung und eine intensive Assimilierung vor allem mit Esten zur Folge.[61]

Die sogenannten „historischen" Estlandrussen haben heute eine wichtige Rolle zu spielen: Sie können allen Russen Estlands ihre Möglichkeiten und Chancen zu Bewußtsein bringen und bei der Gestaltung einer neuen Identität helfen. Auf diesem Gebiet sind einige ihrer Vertreter sehr aktiv: Sie erläutern die Geschichte der Russen in Estland, sie veranstalten Konferenzen und Ausstellungen. Herausragend waren die Ausstellungen der Jahre 1990 und 1992 über das Kulturleben der nationalen Minderheiten in Estland. 1995 konzentrierte sich die Ausstellung speziell auf die Russen, wurde in mehreren estnischen Städten gezeigt und ist zu einem Kulturereignis geworden.

Aus dem Estnischen übersetzt von Ene Rõngelep, Tallinn

---

60 D. Michailov, Vene küsimus ja eesti rahvuslus (Die russische Frage und der estnische Nationalismus), in: Vikerkaar 10 (1995), Nr. 9-10, S. 176 f.

61 V. Leivak, Põlisvenelased, me oleme olemas (Altrussen, wir sind vorhanden), in: Õhtuleht vom 5. März 1993.

Estland unter der Sowjetherrschaft 1941/44–1954

von Sirje Kivimäe

Das gegen Ende der 1980er Jahre in Deutschland lebhaft werdende Interesse an der Geschichte beinhaltete auch eine Generationenfrage. Der „Historikerstreit" hatte seine ersten Höhepunkte erreicht. Die Frage, wie es sich mit der jüngsten deutschen Vergangenheit verhalte, bedeutete wieder einmal, die Geschichte politisch zu funktionalisieren. Mahnend klang eine Feststellung wie die von Frank Niess aus dem Jahre 1989, auf die weiteren politischen Entwicklungen Rücksicht nehmend: „Es geht den Verfechtern einer ‚nationalen Identität', die den Deutschen das innere Rüstzeug geben soll, um in der Mitte Europas oder, weiter ausgeholt, im ‚Freien Westen' eine Führungsrolle zu übernehmen, nicht so sehr um das Erinnern, als das Nicht-Vergessen."[1]

In der ehemaligen Sowjetunion fußte zur gleichen Zeit das zunehmende Interesse umgekehrt auf dem Erinnern. Nun wollte man gerade die bislang von der Staatsmacht verschwiegenen historischen Ereignisse, vor allem die stalinistischen Repressalien, wieder ins Gedächtnis rufen. Und doch war es verblüffend, 1988 im Kreise renommierter Agrarhistoriker in Moskau einen Vortrag über die Hungersnot in der Ukraine 1932/33 mitanzuhören. Die gigantischen Opferzahlen waren auch mir unbekannt, aber die meisten Anwesenden hatten davon überhaupt nie gehört.[2] Man entdeckte immer neue Verbrechen des Sowjetregimes gegen das eigene Volk.

In Estland sowie in den anderen baltischen Republiken verlief dieser Prozeß anders. Während in Rußland Ereignisse im Vordergrund standen, die Niederlagen und Verluste zeigten und dergestalt selbstquälerisch waren, gewann in Estland die Tendenz Oberhand, Höhepunkte der estnischen Geschichte bekannt zu machen, die positiv wirkten. Der öffentliche Protest gegen das Sowjetregime in den 80er Jahren entstand zunächst als Abwehr der Moskauer Absicht, neue Brennschiefergruben im Nordosten Estlands zu erschließen, die sowohl eine Naturkatastrophe als auch eine

---

1 Frank Niess, Vorwort, in: Interesse an der Geschichte, hrsg. v. Frank Niess. Frankfurt a.M. 1989, S. 10.

2 Als Folge der Kollektivierung kam es in der Ukraine zuerst zu einer Mißernte, danach wuden die Bauern brutal gezwungen, ihre Getreidevorräte abzuliefern; vgl. Andreas Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine. München 1994, S. 191-201.

zusätzliche russische Einwanderung hätten hervorrufen können. Das Nationalgefühl wurde indessen mehr von den veröffentlichten Berichten über die grausamen Deportationen und Massenliquidierungen während der Stalin-Zeit erregt. Offen und direkt sprach man darüber, vor allem über die gegenwärtige Unterdrückung der estnischen Nation und Kultur, so auf dem von Fernsehen und Rundfunk übertragenen berühmten Plenum der Kulturschaffenden im April 1988. Zu widersprüchlichen Reaktionen kam es in bezug auf die umfangreiche estnische Nachkriegsemigration in den Westen. Auf ihre hervorragenden Leistungen kann man in der Tat stolz sein — sie wurden postwendend in die heimische Kultur integriert. Doch die aus Angst vor den Sowjets im Herbst 1944 unternommene Flucht war vor allem ein Verlust für Estland.

Die Zuwendung zu den 20 Jahren staatlicher Selbständigkeit 1918–1940 schien sinnvoll und einzig möglich. Obwohl diese Zeit in den marxistischen Geschichtsbüchern nur einseitig und lückenhaft mit dem Schlagwort „Diktatur der Bourgeoisie" apostrophiert wurde, konnte man diese Jahre nicht aus dem Gedächtnis der Menschen verdrängen. Schon die Tatsache, daß die Zeit der staatlichen Selbständigkeit durch die Generationen fast nur in mündlicher Tradierung bewahrt wurde, zeugt von einem latenten Widerstand der Esten. Daß überall wieder die bisher streng verbotenen blau-schwarz-weißen Nationalfahnen wehten, war in erster Linie ein Verdienst der schnell erfolgreichen Gesellschaft für Denkmalpflege, die in den Medien die Zeit der Selbständigkeit ventilierte und auch Überlieferungen über die geheimgehaltenen Kapitel der Geschichte aufzuschreiben begann. Es ist charakteristisch, daß dabei dem Freiheitskrieg 1918–1920, d.h. dem siegreichen Kampf gegen Bol'ševiki und Baltische Landeswehr, besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde. In der ersten nachkriegszeitlichen, in Estland erschienenen estenbezogenen Geschichtsübersicht aus dem Jahre 1989 schrieben junge Historiker, die auch die Denkmalpflegebewegung angeregt hatten, über den Landeswehrkrieg: „Auf einmal bezahlte man alle seit 700 Jahren gesammelten Schulden; eben in diesen Schlachten hat das estnische Volk seinen Rücken endgültig emporgestreckt."[3]

Die damit manifestierte Haltung der jungen Generation den Deutsch-(balt)en gegenüber war im Grunde genommen die gleiche, wie sie sich im Zeitalter des nationalen Erwachens im Geschichtsbewußtsein des Volkes

[3] Mart Laar, Lauri Vahtre, Heiki Valk, Kodulugu (Heimatgeschichte), hrsg. v. Sulev Vahtre. Bd. 2, Tallinn 1989 (Loomingu Raamatukogu. 1989-42/48.), S. 21. Vgl. auch Jaak Sarapuu, Eesti ajaloo algõpetus (Grundlehre der estnischen Geschichte). Viljandi 1994, S. 82.

eingebürgert hatte und in den 30er Jahren von Hans Kruus (1891–1976), dem führenden Geschichtsprofessor der Universität Tartu (Dorpat), wissenschaftlich weiterentwickelt worden war.[4] Eines der Hauptthemen seiner Untersuchungen war der Kampf des Volkes gegen deutschbaltischen Adel und Geistlichkeit.

Da es aus unterschiedlichen Gründen weder zu einer Union der drei baltischen Staaten noch zu einer engeren Zusammenarbeit mit Finnland kam und Estland sich zu einer Fühlungnahme mit Deutschland gezwungen sah, wurde vor allem auf Regierungsebene das estnisch-deutsche Verhältnis neu bewertet. Es war kein Zufall, daß der Oberbefehlshaber, General Johan Laidoner (1884–1953), im Februar 1938 auf einer Jugendtagung des Vaterländischen Verbandes, Ortsgruppe Tartuer Kreis, bei der Bewertung der Gegenwart zur Revision der Vergangenheit und zur Lossagung von der dominierenden Ansicht aufrief, die Esten seien 700 Jahre lang ein geknechtetes Volk gewesen. Dies sei grundfalsch, das Volk sei nicht verlorengegangen. Daß die neue Oberschicht andersstämmig gewesen sei und eine andere Sprache gesprochen habe, sei nichts Außerordentliches gewesen, der Ordensstaat sei eine vorbildliche Einrichtung gewesen, die dem Ansturm der Russen hätte trotzen können, und die damaligen monumentalen Bauten hätten nicht nur mit der Peitsche erbaut worden sein können. Nach Laidoners Auffassung war die Ansicht von der 700jährigen Knechtschaft auf die Unerfahrenheit der jungen estnischen gebildeten Schicht zurückzuführen, die ihre Ideen in starkem Maße von der russischen Intelligenz übernommen hatte. Jetzt sei Estland aber konsolidiert wie seinerzeit der Ordensstaat.[5] In der Öffentlichkeit rief die programmatische Rede des Generals keine Diskussion hervor, obwohl gerade der Tartuer Oppositionsführer Jaan Tõnisson die Orientierung der Regierung nach Deutschland verurteilte und die „englische Karte" für wichtiger hielt.

Aus der Lektüre von Memoiren und Erinnerungen läßt sich unschwer behaupten, daß die Jugendlichen, in erster Linie die Gymnasialschüler jener Jahre, tief patriotisch und eher deutsch- als russenfeindlich gesinnt waren. Der volkstümliche Mythos von der Knechtschaft war noch äußerst

---

4 Vgl. Sirje Kivimäe, Jüri Kivimäe, Estnische Geschichtsforschung an der Universität Tartu 1920–1940. Ziele und Ergebnisse, in: Die Universitäten Dorpat/Tartu, Riga und Wilna/Vilnius 1579–1979. Beiträge zu ihrer Geschichte und ihrer Wirkung im Grenzbereich zwischen West und Ost, hrsg. v. Gert v. Pistohlkors, Toivo U. Raun u. Paul Kaegbein. Köln/Wien 1987 (Quellen und Studien zur baltischen Geschichte. 9.), S. 277-292.

5 Vgl. Revalsche Zeitung Nr. 31 vom 8. Februar 1938.

lebendig. Andererseits erschien die staatliche Unabhängigkeit als eine absolute Garantie, so daß die Existenz des östlichen Nachbarn fast vergessen wurde.

Die Vereinbarung zwischen Rußland und Deutschland im August 1939 schien gar nicht so bedrohlich, sie erweckte den Anschein, die Kriegsgefahr sei von Estland abgelenkt. Desto unerwarteter kam der von Moskau aufoktroyierte Beistandspakt im Monat darauf. Die Regierung versicherte immer wieder, es werde keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Estlands geben, wie es Stalin und Molotov ja versprochen hatten. Nicht einmal die kollektive Umsiedlung der Deutschbalten konnte die öffentliche Meinung ernüchtern. Am Abend des 18. Oktober 1939 verließ das erste Schiff der Deutschen den Tallinner (Revaler) Hafen; am frühen Morgen hatten die ersten Truppen der Roten Armee die estnische Grenze überschritten, um die geforderten Militärstützpunkte zu beziehen. Ein Zusammenhang zwischen diesen Ereignissen hätte sichtbar sein können, doch äußerte die Presse mehr ihre Zufriedenheit über den Weggang von 12000 Deutschen als ihre Besorgnis um den Einmarsch von 25000 Rotarmisten.[6] Sowohl im einen als auch im anderen Fall kann eine gewisse anmaßende Einstellung festgestellt werden. In dürftigen Uniformen, mit unzureichender Ausrüstung, die umherlag, erweckten die russischen Soldaten eher Mitleid: Ihnen hätte man nicht nachgeben müssen. Die Stellung Deutschland gegenüber offenbarte sich bei der Erörterung der russischen Dislokationspläne. Einige estnische Militärs gingen sogar von Überlegungen aus, wie das Land gegen einen möglichen Angriff der Deutschen zu verteidigen sei — obwohl Rußland und Deutschland nun Verbündete waren.

Für den Verlauf der weiteren Ereignisse war bestimmend, daß den aufgrund der am 16. Juni 1940 eingereichten sowjetischen Note ultimativen Charakters zusätzlich einmarschierenden 80000 Rotarmisten von estnischer Seite kein militärischer Widerstand entgegengesetzt wurde — so war die Entscheidung des Staatspräsidenten Konstantin Päts und des Oberbefehlshabers. Die russischen Truppen ergriffen sogleich von allen strategischen Punkten Besitz, und an den nächsten Tagen vollzog sich die Ausquartierung der estnischen Truppen. Obwohl die folgenden Geschehnisse bis zur Annexion Estlands unter der Kontrolle der sowjetischen Emissäre exakt nach Moskauer Plänen verliefen, trugen sie formell den Stempel der Legalität. Am 21. Juni vereidigte der Präsident die neue Regie-

---

6 S. den Beitrag v. Jüri Kivimäe in diesem Heft, S. 501-520.

rung, deren Mitglieder nicht ganz unbekannt waren. Manche von ihnen konnte man gerade für Vertreter der von Laidoner erwähnten Intellektuellen halten, die zum Sozialismus neigten und jetzt in die Kommunistische Partei eintraten. Der Ministerpräsident Johannes Vares (Pseudonym Barbarus, 1890–1946), ein Dichter und Arzt, war durch seine klar antifaschistische Haltung und gleichzeitig auch durch seine Ablehnung einer Orientierung an deutscher Kultur bekannt, wie auch sein Stellvertreter Hans Kruus. Die Übergangszeit der „Volksregierung" war nur von kurzer Dauer, denn die neue Staatsversammlung, die aufgrund der Einmandatswahlen zusammentrat, rief am 21. Juli die Estnische Sozialistische Sowjetrepublik aus, die am 6. August auf Ersuchen der Staatsversammlung in die Sowjetunion aufgenommen wurde. Danach bildete man eine neue Regierung mit örtlichen sowie aus Rußland gekommenen estnischen Kommunisten, die die Nationalisierung der Großunternehmen, der Banken und von Grund und Boden vollzog.

Daß alles ohne öffentliche Proteste verlief, ist teilweise auf das langjährige „schweigende Zeitalter" zurückzuführen, das breite Bevölkerungsschichten von einer aktiven politischen Tätigkeit entwöhnt hatte, weil man gezwungenermaßen der autoritären Regierung ausgeliefert war. Mit dem Beistandspakt wurde klar, daß die Obrigkeit keinen Handlungsspielraum besaß, daß etwas Unvermeidliches, was immer es auch sein mochte, sich ereignen würde. Zum einen wirkte doch die deutschfeindliche Haltung weiter nach, die in der gegebenen Situation mit dem Antifaschismus zusammenfiel, zum anderen muß die um sich greifende „linke Stimmung" und damit verbunden eine geringe Furcht vor dem Rußland Stalins berücksichtigt werden. Die estnische Presse berichtete nicht viel von den Vorgängen im Nachbarland. Immerhin hatte die Jugend die Moskauer Hilfe für die Republik Spanien in ihrem Kampf gegen die Franco-Faschisten gutgeheißen sowie den hoffnungslosen Widerstand der Polen gegen Hitler-Deutschland miterlebt. Nach außen erfolgte die Annexion ja unter Beibehaltung mehrerer inhaltlicher Kontinuitäten, wie z.B. beim Regierungswechsel. Einige Besserwisser hofften auf eine Autonomie wie die der Äußeren Mongolei, doch war ausschlaggebend, daß jede normale demokratische Aktivität seit dem 17. Juni 1940 unmöglich wurde und die geplante Inszenierung unter den Bedingungen einer Diktatur verlief.

Die einzige bedeutende Unmutsäußerung gipfelte in einer spontanen nationalen Demonstration während des estnisch-lettischen Fußball-Länderkampfes am 18. Juli in Tallinn, die durch Rotarmisten auseinandergetrieben wurde. Berichte davon gingen von Mund zu Mund, denn die Presse stand unter strenger Zensur. Im Lauf einiger Monate wurden 212 Periodika eingestellt. Von den estnischsprachigen Presseorganen erschienen nur

noch 18 Zeitungen und 10 Zeitschriften,[7] in denen die obligatorischen Beiträge vom glücklichen Leben in der UdSSR abgedruckt wurden. Als dankenswerte Ergänzung boten sich dabei Übersetzungen aus der russischen und sowjetischen Literatur an. Diese bildeten auch einen beträchtlichen Teil der jetzt in reduziertem Umfang (25%) erscheinenden schönen Literatur. Die eingeschränkte Information nahm immer deutlicher propagandistische Töne an. Die Presse widerspiegelte keine reale Wirklichkeit mehr, sondern schilderte die Lage der Dinge so, wie die neuen Machthaber es zu sehen wünschten. Alle im Staat tätigen Organisationen waren schon liquidiert.

Für einige Linksintellektuelle, die zunächst Mitläufer der neuen Macht waren und bald die Irreführung und Zerstörung ihrer Illusionen erkannten, gab es in dieser zentral kontrollierten Gesellschaft keine Umkehr mehr. Doch muß auch berücksichtigt werden, daß ein großer Teil der Bevölkerung die Vorteile des Sozialismus genießen konnte: Die Arbeitslosigkeit wurde beseitigt, die Mieten reduziert, kostenlose medizinische Behandlung und umfassende Sozialversicherung wurden eingeführt, die Kinder der Werktätigen wurden in den Gymnasien und in der Universität vom Studiengeld befreit. Der Arbeitstag dagegen wurde länger und die Teuerungsrate stieg.

Vor allem die Angst hielt die Menschen vom Widerstand ab. Die sogleich einsetzenden Verhaftungen trafen zuerst höhere Offiziere, Polizisten und die Funktionäre der landesweiten Heimwehrorganisation, des Schutzbundes (Kaitseliit). Im Juli wurde Laidoner mitsamt Familie verschleppt, nach der Proklamation der Estnischen SSR auch Päts. Die nächsten waren weitere Politiker, Leiter verschiedener Organisationen, Journalisten usw. Wegen ihrer Beziehungen zum Ausland hielt man auch Esperantisten und Philatelisten für gefährlich. Allein eine kritische Äußerung in der Öffentlichkeit oder das Absingen eines patriotischen Liedes reichten aus. Am schlimmsten war der Verlust des Sicherheitsgefühls der Bürger, denn man konnte nie wissen, wann man selbst gezwungen war, seine Unschuld beweisen zu müssen. Dies gerade war ein Ziel der neuen Machthaber — Mißtrauen zu säen.

Die Zahl der Verhafteten war unbekannt. Genauso wie die Tatsache, daß in der Nacht zum 14. Juni 1941 gleichzeitig über 10000 Menschen, größtenteils aus den Städten, deportiert wurden. Möglicherweise liegt die Zahl derer, die in vollgestopften Viehwaggons unter strenger Bewachung ohne

---

7 Uno Liivaku, Eesti raamatu lugu (Die Geschichte des estnischen Buches). Tallinn 1995, S. 173.

Wasser und Essen darauf warteten, daß der Massentransportzug vollgeladen und nach Sibirien geschickt wurde, noch höher. Unter den Deportierten waren überwiegend Frauen und Kinder. War dies das sogenannte „antisowjetische Element", dessen Schicksal schon im Oktober 1939 in Moskau entschieden worden war?[8]

Zwei Wochen, nachdem der Krieg zwischen Hitler-Deutschland und der Sowjetunion ausgebrochen war, erreichten die deutschen Truppen Südestland. Kämpfe hatten aber schon früher begonnen: Auf der einen Seite standen die sich vor Repressionen bzw. Mobilmachung verbergenden „Waldbrüder" sowie eine in Finnland ausgebildete estnische Aufklärungstruppe, auf der anderen Seite die zur Absicherung des Hinterlandes formierten Vernichtungsbataillone der Roten Armee, die sich hauptsächlich aus Sowjetaktivisten zusammensetzten. Die Führung hatten Politruks und Sicherheitsleute inne, die vor Gewalttaten gegen die friedliche Bevölkerung nicht zurückschreckten. Die Angst vor neuen Deportationen war berechtigt: In den ersten Julitagen wurden erneut Verschleppungen auf den westlichen Inseln durchgeführt (von den nördlichen Inseln hatte die Bevölkerung schon während der Stützpunktezeit weichen müssen). Die Verhaftungen setzten sich weiter fort, so daß im Laufe der einjährigen sowjetischen Okkupation bis zu 11 000 Menschen verhaftet wurden. Bezieht man die etwa 2 000 Personen, die von den Vernichtungsbataillonen umgebracht wurden, mit ein, so belief sich die Anzahl der Toten auf fast 10 000.[9] 26 000 Menschen flohen nach Osten. Von der Mobilisierung waren weitere ca. 32 000 Männer betroffen, von denen mehrere Tausend infolge der deutschen Bombenangriffe im Finnischen Meerbusen ertranken.

Richtig, man hieß die Deutschen mit Blumen willkommen. Die Schilderungen über geheimgehaltene Folter- und Vernichtungsstätten riefen einen noch größeren Russengroll hervor.[10] Viele Männer, die sich im Wald versteckt hatten, schlossen sich sogleich den deutschen Truppen an, und bis zum Ende des Jahres begaben sich etwa 10 000 Esten an die Ostfront, darunter vermutlich auch jene über 4 000 Soldaten, die als Angehörige der Territorialkorps — hervorgegangen aus den estnischen nationalen regulä-

---

8 Die entsprechende Verfügung wurde bereits am 11. Oktober 1939 in Moskau erlassen; vgl. Rein Helme, „Kolonialwirtschaft". Die Folgen der sowjetischen Besatzung Estlands, in: Das Ende des Sowjetkolonialismus. Der baltische Weg, hrsg. v. Andrejs Urdze. Reinbek 1991, S. 58.

9 Bei den demographischen Daten ist hier von den Angaben Ene Tiits auszugehen: Eesti rahvastik ja selle probleemid (Die Bevölkerung Estlands und ihre Probleme), in: Akadeemia 5 (1993), Nr. 8, S. 1654-1679; Nr. 9, S. 1847-1866; Nr. 10, S. 2112-2132.

10 Vgl. Linna Teataja Nr. 36 vom 17. Oktober 1941.

ren Truppen in der Roten Armee — von den Deutschen gefangengenommen worden waren oder sich selbst hatten gefangennehmen lassen.

Zum Schutzbund gehörten bald fast 50 000 Mann. Der letzte Ministerpräsident der selbständigen Republik Estland im Amt des Staatspräsidenten, Jüri Uluots (1890–1945), übergab den Deutschen ein Memorandum, das die Wiederherstellung der Eigenstaatlichkeit anstrebte, aber keiner Antwort gewürdigt wurde. Man warnte nur, daß keine weiteren Erklärungen solcher Art gemacht werden dürften. Die neue Besatzungsmacht installierte eine Estnische Selbstverwaltung mit Esten an der Spitze, die im Zuge der Nachumsiedlung nach Deutschland emigriert waren. Bis zum Ende des Jahres wurden ungefähr 4 000 estnische Bürger getötet — sowjetische Funktionäre, nichtemigrierte Juden und Zigeuner. Dagegen wurden die Familienangehörigen der nach Rußland Evakuierten und Mobilisierten in der Regel nicht belästigt. Vom Standpunkt der Propaganda aus war es günstiger, sie als Opfer sowjetischer Repressionen darzustellen. Die konfiszierten Rundfunkgeräte wurden der Bevölkerung zurückerstattet.[11] Man durfte wieder die Nationalfahne verwenden, und auf offiziellen Veranstaltungen wurde die Hymne gespielt. Die Industriebetriebe unterstanden deutscher Leitung. Besonders groß war die Enttäuschung, daß das Privateigentum an Grund und Boden nicht wiederhergestellt wurde. Die seit 1942 erscheinenden statistischen Sammlungen waren „nur für den Dienstgebrauch". Bekanntgegeben wurde aber, daß nach der Registrierung der Bevölkerung am 1. Dezember 1941 in Estland 1 017 475 Menschen lebten, d.h. im Vergleich zum 1. Oktober 1940 ein Rückgang um 99 835 Personen oder 8,9%.[12]

Eine gründliche Untersuchung der politischen Ziele des Deutschen Reiches im Baltikum stammt aus der Feder des finnischen Historikers Seppo Myllyniemi.[13] Die Politik gegenüber Estland anhand der deutschsprachigen „Revaler Zeitung" wurde in einer deutschen Magisterarbeit untersucht.[14] Es gibt aber keine quellenkritische Abhandlung von estnischer Seite. Sowjetische Publikationen hatten ausschließlich das Ziel, möglichst massiv die Zerstörungen der deutschen Okkupation zu zeigen, um damit die sowjetischen Verbrechen verheimlichen zu können. Sogar die mate-

---

11 Vgl. Linna Teataja Nr. 12 vom 19. September 1941.

12 Vgl. Statistische Monatshefte für den Generalbezirk Estland. Nr. 1/2 Januar/Februar 1942. Reval o.J., S. 43.

13 Seppo Myllyniemi, Die Neuordnung der baltischen Länder 1941–1944. Zum nationalsozialistischen Inhalt der deutschen Besatzungspolitik. Helsinki 1973.

14 Cord Aschenbrenner, Die „Revaler Zeitung" 1942–1944. Die Politik des Deutschen Reiches gegenüber dem besetzten Estland im Spiegel einer nationalsozialistischen Besatzungszeitung. Manuskript, Kiel 1988.

riellen Kriegsschäden im Lande wurden den Deutschen angelastet, obwohl die Menschen sich genau erinnerten, was von der Roten Armee bei ihrem Rückzug und durch ihre Bombenangriffe im Jahr 1944 zerstört wurde.[15]

Eine von Exilesten zusammengestellte, umfassende Übersicht über die Kriegszeit verwertet wohl verschiedene Quellenmaterialien, gründet sich jedoch in vielem auf Erinnerungen.[16] In Estland selbst wurden alle zehn Bände „in den Giftschrank gestellt" und in genau derselben Form weitere fünf Bände herausgegeben, um nicht nur die estenfeindliche Politik der Deutschen, sondern vor allem die Kollaboration der nach Westen geflohenen Persönlichkeiten zu unterstreichen.[17]

Völlig zuverlässig sind auch die später aufgezeichneten Erinnerungen des Leiters der Estnischen Selbstverwaltung, des Ersten Landesdirektors Hjalmar Mäe (1901–1957),[18] oder des weiteren Landesdirektors Oskar Angelus (1892–1979) nicht. Obwohl die Estnische Selbstverwaltung keine reale Macht besaß, ist mit Hilfe dieser Erinnerungsbücher doch einiges über die Machtverhältnisse in Estland während der deutschen Zeit in Erfahrung zu bringen, um so mehr, als diese beiden Männer ganz unterschiedliche Einstellungen zu Deutschen besaßen. Insbesondere die erst vor kurzem erschienenen Erinnerungen Mäes sind in dieser Hinsicht aufschlußreich. Wie er selbst behauptet, sei er noch im Auftrage von Päts mit dem Außenministerium in Berlin in Verbindung getreten. Über die Kriegspläne des Reiches informiert, habe er sich im Frühling 1941 daran gemacht, mit Hilfe finnischer Freiwilliger die estnische Eigenstaatlichkeit wiederherzustellen, bevor das Land von den Deutschen besetzt werde. Seine ihm gleichgesinnten Mitstreiter befürchteten, die Deutschen könnten ihre Okkupation von 1918 wiederholen und die örtliche Macht den Deutschbalten übergeben, wodurch Estland ans Deutsche Reich angeschlossen würde.[19] Die deutschbaltischen Umsiedler sah man aber nur selten, ihre Rückkehr entsprach bekanntlich nicht der Politik des Reiches.

---

15 Wie im bereits 1945 erschienenen Heft Saksa fašistide kuriteod Eesti NSV-s (Die Verbrechen der deutschen Faschisten in der Estnischen SSR). Tallinn 1945.

16 Eesti riik ja rahvas Teises maailmasõjas (Der estnische Staat und das estnische Volk im Zweiten Weltkrieg). Bd. 1-10, hrsg. v. Richard Maasing (u.a.). Stockholm 1954–1962.

17 Eesti riik ja rahvas Teises maailmasõjas (Der estnische Staat und das estnische Volk im Zweiten Weltkrieg). Bd. 11-15. Tallinn 1964–1972.

18 Eine imposante Erscheinung, die sich leider mit der Rolle einer Strohpuppe zufrieden geben mußte, wie sich eine estnische Dame in Pärnu (Pernau) über ihn äußerte: Linda Peetre, Steh auf und wandere! Zwischen Peipus und Ostsee 1939–1944. Selbstverlag, o.O. 1958, S. 41.

19 Hjalmar Mäe, Kuidas kõik teostus. Minu mälestusi (Wie alles kam. Meine Erinnerungen). Stockholm 1993, S. 178.

Mäe will auch einige Privatinitiativen der Deutschbalten zur Zusammenarbeit abgelehnt haben. Als einer von diesen ihm später sagte, sie hätten zusammen „mit zehn Balten den ganzen Laden geschmissen", habe Mäe eben das vermeiden wollen.[20] Er hielt es auch für sein Verdienst, daß die Machtbefugnisse des Reichskommissars für das Ostland, Lohse (und damit auch die Rosenbergs), im estnischen Hinterland beschränkt waren und die GmbHs hier nicht wie in Lettland die Großbetriebe des Staates einfach übernehmen und das Land gierig zusammenraffen konnten.

Eines der ersten Vorhaben von Mäe war die Gründung der Estnischen Volksgemeinschaftshilfe. Mit den durch die Gemeinschaftshilfe gesammelten Gegenständen konnten sowohl örtlichen Notleidenden geholfen als auch 12000 Pelzmäntel und andere warme Kleidung an die Front geschickt werden. Als weiteres war die Gründung der Zentralstelle zur Erfassung der verschleppten und mobilisierten Esten (ZEV) unter Leitung des Kanzleichefs von Päts geplant, um schnellstens Angaben über die Opfer des roten Terrors und insbesondere über die Verschleppten zu erhalten. Damit war die Tätigkeit des „Komitees der Aktuellen Geschichte" verbunden: 1943 erschienen zwei Bände über die sowjetische Okkupation, über deren Vorgeschichte und die vielfältigen Umgestaltungen, aber in erster Linie über die wahllosen Repressalien.[21] In diesem Werk ist kein Autor genannt, nur der Korrektor, der dafür später seine Strafe erhalten sollte. Angelus hielt diese Bücher für unnütze Propagandaliteratur und beurteilte auch Mäes Rundfunkauftritte abfällig.

Im Herbst 1943 beging man auf Mäes Initiative den 25. Jahrestag seit Beginn des Freiheitskrieges. Als zu diesem Anlaß der plötzlich wiederaufgetauchte Traditionsverband der Baltischen Landeswehr und des Baltenregiments im Klubhaus der Schwarzenhäupter einen geselligen Abend zu veranstalten beabsichtigte, war Mäe sehr aufgebracht. „Landeswehr hat in Estland nichts zu suchen", machte er Generalkommissar Litzmann klar, so daß letzterer in Berlin sogar einer Feindseligkeit den Deutschbalten gegenüber beschuldigt wurde.[22]

---

20 Ebenda, S. 226.

21 Eesti rahva kannatuste aasta. Eesti Omavalitsuse väljaanne (Das Leidensjahr des estnischen Volkes. Eine Ausgabe der Estnischen Selbstverwaltung). 2 Bde., Tallinn 1943. Auch der dritte Band soll fertig gewesen sein. Der Lektor für die estnische Presse und Literatur beim Pressechef des Reichskommissars für das Ostland in Riga übertrug die zwei Bände ins Deutsche, die aber offenbar nicht veröffentlicht wurden; vgl. Henning v. Wistinghausen, Vorwort, in: Walter von Wistinghausen. Aus meiner näheren Umwelt. Eine estländische Kindheit vor 100 Jahren (mit estnischem Paralleltext). Tallinn 1995, S. 9.

22 Mäe, Kuidas kõik teostus (wie Anm. 19), S. 268-273.

Die Leiter der Estnischen Selbstverwaltung waren ernsthaft bestürzt, als aus Riga die Anordnung übermittelt wurde, wonach die örtlichen Eisenbahnangestellten bei Disziplinverletzungen mit Stockhieben zu bestrafen seien — ein weiteres Zeichen für die Arroganz der Deutschen. Ihre Verpflegungsnorm überstieg die der Esten fast um das Zweifache, und nicht einmal diese war der estnischen Zivilbevölkerung garantiert. Es wurde immer deutlicher, daß die Esten für Menschen zweiter Klasse gehalten wurden. Aber mehr als an Brot mangelte es den Esten an Schrifttum, so daß aus dem Buch eine gesuchte Tauschware wurde. Die allgemeine Stimmung der Esten ließ sich gut aus einem Volkslied ablesen: „Ein Räuber rettete vor einem anderen Räuber (...)".

Am ersten Jahrestag des deutschen Einmarsches in Tallinn, am 28. August 1942, teilte Litzmann mit, Hitler habe die Genehmigung für die Formierung der Estnischen Legion innerhalb der Waffen-SS erteilt — im Gegensatz zum Antrag von Mäe und Angelus, wobei Mäe vorschlug, Esten mit Fronterfahrung u.a. aus den „Ostbataillonen" zu sammeln, aus ihnen eine Truppe in Divisionsstärke zu bilden und diese der Estnischen Selbstverwaltung zu unterstellen. Die Legion hingegen sollte sich aus neuen Freiwilligen zusammensetzen, nicht aber Esten umfassen, die bereits in der Armee gewesen waren. Die Tatsache, daß sich Freiwillige in viel kleinerer Anzahl als erwartet meldeten, galt immer wieder als eine Bestätigung für den Vertrauensverlust der Esten gegenüber den Deutschen. Die ehemaligen führenden Politiker Estlands mit Uluots an der Spitze erklärten jedenfalls die von der Besatzungsmacht durchgeführte Mobilisierung für gesetzeswidrig. Aus dem in Polen dislozierten Heidelager begab sich das erste Bataillon unter dem Namen „Narwa" in der SS-Division „Wiking" im April 1943 an die Front. Bis zu dieser Zeit hatte man schon zwei Zwangsmobilisierungen durchgeführt, wobei die estnischen Rekruten zunächst wählen konnten, ob sie der Legion oder der deutschen Armee beitreten, im militärischen Hilfsdienst dienen oder die Arbeit in der Ölschieferindustrie aufnehmen wollten.

Im Jahre 1943 begann man, einer Verordnung des Reichsministers für die besetzten Gebiete folgend, den Bauern der besetzten Gebiete endlich die „Eigentümer-Urkunden" auf das „durch Zwangsmaßnahmen des Sowjet-Regimes entzogene Eigentum" auszustellen, was als besonderer Gnadenakt propagiert wurde. Nach einer Behauptung Angelus' habe er mehrmals die Aufmerksamkeit Berlins auf die Art und Weise gelenkt, wie man mit dem Esten umgehe, und im März 1943 habe er sogar an Rosenberg (der sein Schulkamerad gewesen war) durch dessen Tante ein Memorandum geschickt. In diesem Schreiben schilderte er hauptsächlich, wie zwischen Esten und Deutschen unterschieden werde. Eine Folge sei der

Unmut der Esten, was nur durch eine radikale Änderung des politischen Kurses und durch die Zubilligung der Eigenstaatlichkeit für Estland zu stoppen sei.[23]

Zu dieser Frage gibt es keine Archivforschungen. Aber ein aus der Propagandaabteilung des Generalkommissars stammender gründlicher Bericht — die mit Bleistift geschriebene Aufschrift datiert die Abfassungszeit in den Februar, weitergeleitet an M[äe], der diesen erst nach mehrmaligem Anerbieten zur Kenntnis nahm — enthält eine ähnliche Argumentation.[24] Gleich zu Beginn wurde im Rückgriff auf die Geschichte kritisiert, daß deutscherseits die rassenpolitischen Grundsätze der NSDAP ausschlaggebend seien, wonach nur für einen geringen eingeweihten Kreis die Esten als ein artverwandtes Volk gälten; jedoch habe das Volk die vom Deutschen Ritterorden und der Hanse ins Land gebrachte höhere Kultur längst angenommen. Da aber die deutschbaltische Phase — 700jährige Fremdherrschaft — nach den estnischen Vorstellungen als abgeschlossen gelte, wirke ein propagandistisches Operieren mit der deutschen Kultur auf die Esten wie ein rotes Tuch. Die Kritik schien teilweise auch gegen die von Deutschbalten redigierte „Revaler Zeitung" gerichtet zu sein, da die Zeitung nicht nur Deutschland als den natürlichen Verbündeten des von Osten bedrohten estnischen Volkes darzustellen versuchte, sondern immer wieder betonte, daß das hohe kulturelle Bewußtsein des estnischen Volkes sich deutscher Kultur und germanischem Wesen zugewandt habe.[25] Vom eigentlichen Verhältnis läßt eine Feststellung des Berichts ahnen: „Der Krieg gegen Bolschewismus wäre schon längst beendet gewesen, wenn die Politik des Reiches ihn nicht in einen Krieg gegen die Nationen verwandelt haben würde." Wenn es in bezug auf die Esten zu Beginn des Feldzuges hieß: mit Deutschland gegen den Bolschewismus, so heiße es zur Zeit ähnlich wie nach dem Ersten Weltkrieg: sowohl gegen den Bolschewismus als auch gegen die Deutschen zusammen mit all denen, die daran interessiert seien. Hauptsächlich sprach man von den Folgen der verspäteten Reprivatisierung, von Korruption, den Rationen, Strafbestimmungen, zusammengenommen von den gleichen Pflichten bei unterschiedlichen Rechten. Besonders abfällig beurteilte man die Mobilmachungsmethode, die „an die Zeiten der Leibeigenschaft oder an das Zu-

---

23 Oskar Angelus, Tuhande valitseja maa. Mälestusi Saksa okupatsiooni ajast 1941–1944 (Das Land der tausend Herrscher. Erinnerungen aus der Zeit der deutschen Okkupation 1941–1944). Stockholm 1956, S. 314 f.

24 Bericht über die politische Krise in Estland und ihre Folgerungen. Reval, den 22.5.1943, 18 S. (in Privatbesitz).

25 Vgl. Aschenbrenner, Revaler Zeitung (wie Anm. 14), S. 67 ff.

sammentreiben von Kolonialtruppen erinnert". Übrigens wurde in diesem Bericht auch darauf aufmerksam gemacht, daß viele Esten im Wald ihre Zuflucht gesucht hätten und daß die sogenannte „Grüne Legion" bereits Zusammenstöße mit dem Selbstschutz zu verzeichnen habe. Wie das angebliche Memorandum von Angelus, so schloß auch der Bericht mit dem Vorschlag zur Billigung der Eigenstaatlichkeit oder Erklärung Estlands als eines selbständigen Teiles des Reiches ab. Für diesen Fall sind noch zehn weitere Voraussetzungen aufgezählt im guten Glauben, daß mit der Entneutralisierung Estlands das Reich ein positives Signal für die Schicksalsgemeinschaft der europäischen Völker setzen würde.[26]

Über 3000 junge estnische Männer, mehrere mit Familien, flüchteten vor der Mobilisierung nach Finnland, wo man aus ihnen ein Freiwilligenregiment formierte und gegen die Russen in Karelien einsetzte. Als die Rote Armee zu Beginn des Jahres 1944 die Leningrader Front durchbrach und die Deutschen schon an das Verlassen Estlands dachten, trachtete Mäe in Riga nach der Erlaubnis für eine Totalmobilmachung. Schließlich entschloß sich auch Uluots dazu, ihn zu unterstützen, und war sogar bereit, das Amt des Leiters der Selbstverwaltung zu übernehmen.[27] Am 1. Februar wurden 20 Jahrgänge in den Verteidigungsdienst einberufen.[28] Die Zahl übertraf alle Erwartungen: etwa 40000 Mann. Obwohl die Deutschen mit der Ausrüstung zögerten, gelang es, die Rote Armee aufzuhalten. Daraufhin wurde die Stadt Narva völlig zerstört und Tallinn zwei Tage lang von der Roten Armee bombardiert. Die Estnische Legion, schon in die 20. Division umformiert, wurde nach Estland gebracht. Am Fluß Narva konnte man bis zum Sommer standhalten, dann setzten sich die verzweifelten Kämpfe auf dem heimatlichen Territorium fort.

Zur gleichen Zeit verhaftete der Sicherheitsdienst Esten in großer Zahl, die sich in nationalen Oppositionsgruppen gesammelt hatten, darunter auch Mitglieder des Nationalen Komitees der Republik Estland. Das Nationale Komitee, bestehend aus Vertretern früherer politischer Parteien, hoffte bis zum letzten Moment auf eine Hilfe der Alliierten, um aufgrund der Atlantik-Charta die Souveränität wiederherzustellen. Die „finnischen

---

26 Die im Bericht dargestellten Forderungen sind meiner Meinung nach äußerst kühn, aber eine solche Beurteilung läßt sich auf die tiefeingewurzelte Selbstzensur der Autorin zurückführen, die über 40 Jahre unter den Bedingungen eines anderen totalitären Regimes gelebt hat.

27 Da Uluots die Kontinuität der Republik verkörperte, wäre solches Vorgehen nach Mäes Meinung ein sehr unbedachter Schritt gewesen; vgl. Brief von Mäe an den Sohn von Uluots vom 12. Dezember 1973, Graz. Die unveröffentlichten Beilagen zum Erinnerungsbuch von Mäe befinden sich im Stadtarchiv Tallinn.

28 Die Männer der Jahrgänge 1904–1923; vgl. Eesti Sõna Nr. 25 vom 1. Februar 1944.

Jungs" wurden noch nach Hause gerufen, und die von Uluots einberufene Regierung deklarierte im Rundfunk die Nichtbeteiligung Estlands am russisch-deutschen Krieg, aber am 22. September mußte man Tallinn räumen. Die blau-schwarz-weiße Nationalfahne auf dem „Langen Hermann" erweckte noch bei manchen die Hoffnung auf eine „dritte Möglichkeit". In Panik flüchteten 65 000-75 000 Esten nach Deutschland oder Schweden, fest davon überzeugt, sie würden bis Weihnachten wieder zurückkehren.

Anstelle der Russen marschierte das Estnische Schützenkorps nach Tallinn, eine Einheit innerhalb der Roten Armee, die sich hauptsächlich aus den im Sommer 1941 abtransportierten Männern formiert hatte. Auch sie hatten damals, 1941, geglaubt, bis Weihnachten wieder zu Hause sein zu können; stattdessen hatte man sie als Häftlinge in Arbeitslager im hohen Norden verschickt, wo ca. ein Fünftel von ihnen umkam.[29] Die übrigen konnten ihr Leben retten, indem sie zu Anfang des Jahres 1942 in nationale Truppeneinheiten eintraten und damit der im Hinterland befindlichen sowjetestnischen Regierung und der Leitung der Kommunistischen Partei Estlands (Eestinaa Kommunistlik Partei EKP), unterstanden. Die Aufstellung des Estnischen Schützenkorps im Militärbezirk Ural mit einem Personalbestand von 11 618 Mann sollte bis Februar abgeschlossen sein.[30] Dieses Ziel wurde sogar frühzeitiger erreicht, so daß mit der Formierung einer zweiten Division begonnen wurde. Die Männer waren aber in der Mehrzahl ausgehungert und krank, viele starben nach der Ankunft in der Einheit.[31] Diese Verluste im ersten Kriegswinter im Hinterland können nur annäherungsweise festgestellt werden. Zum Estnischen Schützenkorps gehörten bis zu 30 000 Mann, aber dort waren auch Rußlandesten stationiert, wie man die Nachkommen der in der Zarenzeit ausgewanderten Esten nannte. 10% waren Russen,[32] in erster Linie offenbar die politischen Leiter. Der Kommandeur des Schützenkorps, Generalleutnant Lembit Pärn (1903–1974), war ebenfalls ein Rußlandeste, der damalige er-

---

29 Vgl. dazu Eestlased tööpataljonides 1941–1942. Mälestusi ja dokumente (Die Esten in den Arbeitsbataillonen 1941–1942. Erinnerungen und Dokumente), hrsg. v. Urmas Usai. Bd. 1, Tallinn 1993, S. 10.

30 Verordnung des Staatlichen Verteidigungskomitees Nr. 1042 Streng geheim vom 18. Dezember 1941. Ehemaliges Archiv der EKP. Ungeordnete Materialien; vgl. Eestlased tööpataljonides (wie Anm. 29), S. 10, Anm. 10. Das EKP-Archiv wurde in das Estnische Staatsarchiv überführt.

31 Eestlased tööpataljonides (wie Anm. 29), S. 10-15.

32 Eesti Nõukogude Entsüklopeedia (Die Estnische Sowjetenzyklopädie). Bd. 2, Tallinn 1987, S. 218.

ste Sekretär des Zentralkomitees der EKP, Nikolai Karotamm (1901–1969), war ca. 1930 in die Sowjetunion geflohen.

In die reguläre Armee wurde das Schützenkorps erst gegen Ende des Jahres 1942 an der Kalinin-Front eingefügt, um die Eroberung von Velikie Luki zu beenden. Die Verluste des Schützenkorps bei der Operation von Velikie Luki waren riesengroß. Am 16. Januar 1943 kapitulierte die deutsche Garnison.[33] Da der Garnisonsleiter Oberstleutnant von Sass ein baltischer Baron war, der von der Insel Saaremaa (Ösel) stammte, wurde dies in propagandistischem Sinne weidlich ausgenutzt: Man schilderte diese Schlacht als Fortsetzung des jahrhundertelangen Kampfes der Esten gegen die Deutschen.

Aus demselben Grund wurde im Hinterland auch der 600. Jahrestag des Aufstandes der St. Georgsnacht mit verschiedenen Veranstaltungen gefeiert; einer der Initiatoren war Hans Kruus. Neben mehreren längeren Abhandlungen über den historischen Kampf der Esten gegen deutsche Okkupanten erschien aus seiner Feder auch die Kampfschrift „Gebote der Georgsnacht an die Gegenwart". Das erste Gebot hieß: „Du sollst nie vergessen, daß der Deutsche Dein Feind und der historische Todfeind Deines Volkes ist!"[34] Der Aufstand der Georgsnacht war 1343 gescheitert, jetzt aber war die Zeit der Rache gekommen. Am Jahrestag des Aufstandes fand im großen Saal des Moskauer Konservatoriums ein vornehmes Konzert unter Beteiligung estnischer Künstler statt. Es ist nicht unwichtig, daß man gleichzeitig mit der Formierung der nationalen Truppeneinheit in Jaroslavl auch estnische staatliche Volkskunstensembles zu gründen begann.[35] Dank ihnen konnte sich in der Nachkriegszeit das intensive Kulturleben in Estland fortsetzen.

Es kam wahrscheinlich schon an der Nevel, aber sicherlich in den heftigen Kämpfen in Nord-Estland und später auf der Insel Saaremaa zum Brudermord, wo durch eine unüberlegte Landungsoperation viele Korps-Angehörige einen sinnlosen Tod erlitten. Auf der kleinen Halbinsel Sõrve zwangen die Deutschen noch fast die gesamte Einwohnerschaft, etwa 1 500 Dorfbewohner, zu flüchten, die aber alle später aus Deutschland zurückkehrten. Die Kampftätigkeit des Estnischen Schützenkorps fand in Kurland ihr Ende. Von jenen Esten, die zusammen mit den Deutschen zu-

---

33 Eesti rahvas Nõukogude Liidu Suures Isamaasõjas 1941–1945 (Das estnische Volk im Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion 1941–1945), hrsg. v. Leonid Lentsman. Bd. 1, Tallinn 1971, S. 334.

34 Hans Kruus, Jüriöö <ülestõusu ajaloolised> käsud tänapäevale. 1343–1943 (Die <historischen> Gebote <des Aufstandes> der Georgsnacht an die Gegenwart. 1343–1943). Moskau 1943.

35 Ausführlicher dazu Eesti rahvas (wie Anm. 33), Bd. 2, S. 55-72.

rückgewichen waren, gerieten viele in die Kämpfe in der Tschechoslowakei.

Wenn sich die Großmächte in Estland bekriegten, war es oft Zufall, wer auf welche Seite der Front geriet. Daß man den Deutschen gegenüber mehr Vertrauen besaß, zeigten die häufigen Überläufer auf ihre Seite. Für die während der Totalmobilisierung 1944 einrückenden Männer war es vor allem wichtig, die Russen von Estland fernzuhalten, eine eigene Armee aufzustellen und die Eigenstaatlichkeit wiederherstellen zu können. Aber das Naziregime hatte anderes im Sinn. Unter anderem verschwieg man den estnischen Einheiten die Lage an der Front, um sich mit deren Unterstützung zurückziehen zu können. Tartu fiel der Roten Armee am selben Tag in die Hände, als Paris befreit wurde. In Estland rechneten aber viele ernsthaft mit der Hilfe der westlichen Alliierten.

Die Tragik nicht nur für die estnischen Soldaten, sondern für das ganze estnische Volk bestand darin, daß das Estnische Schützenkorps ja eigentlich Estland nicht befreite und die Estnische Legion eigentlich nicht für die Freiheit der Heimat kämpfte. Obwohl die Frontlinie oft quer durch die Familien verlief, bedeutete es doch keine grundsätzliche Gegnerschaft. Die einen kamen aber als Befreier, ihnen standen alle Wege offen, während sich die anderen verbergen oder zumindest ihre Tätigkeit verleugnen mußten.

Die jüngere estnischsprachige Historiographie betont besonders die Bewegung der „Waldbrüder" als den Widerstand des Volkes gegen die Sowjetmacht in der Nachkriegszeit. Solange die Archive unzugänglich waren, konnte man davon jedoch kein vollständiges Bild erhalten.[36] Sobald die Front vorgeschoben wurde, begann eine Jagd auf die Männer, die in der deutschen Armee, der Polizei oder im Selbstschutz gedient hatten. Drakonische Strafen (25+5 Jahre) drohten. Für die, die in der „tschechischen Hölle" in Kriegsgefangenschaft gerieten, war das Schicksal sogar etwas leichter. In Estland wurden selbst Männer verhaftet, die sich an Oppositionsbewegungen beteiligt hatten. Viele verbargen sich auch vor einer neuen sowjetischen Mobilisierung, so daß 1944 etwa 16 000 Mann „in den Wald gingen". Als der bewaffnete Kampf im Frühjahr 1945 heftiger wurde, begannen die Sicherheitsorgane, die Sympathisanten und Familienangehörigen der „Waldbrüder" unerbittlich zu verfolgen. Die Fahndungs-

[36] Seinerzeit wurde über diesen sogenannten Klassenkampf nur wenig publiziert. Vgl. Malev Kits, Haanjamaa monumendid (Die Monumente in Haanjamaa). Tallinn 1968; D. Taevere, R. Mihhailov, Agoonia (Die Agonie). Tallinn 1979.

einheiten bestanden hauptsächlich aus Russen. Aus den Quellen ist festzustellen, daß bis November 1947 8468 „Banditen" vernichtet oder verhaftet wurden, weitere 6600 hatten sich von den „Waldbrüdern" losgesagt.[37] Eine der größten Gruppierungen, die in mehreren Landkreisen aktiv war, war der „Verband des Bewaffneten Kampfes", der auch Funkverbindung mit Schweden hatte. Der NKVD konnte diese Organisation erst Anfang 1949 liquidieren, nachdem es gelungen war, einen Verräter in die Organisation einzuschmuggeln.

Man rechnet insgesamt mit bis zu 35000 Menschen, die in der Nachkriegszeit kürzere oder längere Zeit im Wald verbrachten, darunter auch Frauen und Kinder, denn nach den sowjetischen Regeln konnten auch Familienmitglieder Repressalien anheimfallen. Ein solches Schattendasein im Verborgenen bei so vielen Menschen wäre selbstverständlich unmöglich gewesen ohne eine vielseitige und weitgehende Unterstützung aus der Bevölkerung. Es muß aber auch hinzugefügt werden, daß per Rundfunk „BBC" und „Voice of America" zum Widerstand aufriefen. „Haltet durch, die Hilfe kommt bald!" — mit diesem Gedanken lebten viele Menschen jahrelang in den Bunkern im Walde, degenerierten und verwahrlosten. Es bestand Hoffnung, daß England und die USA Estland nicht einfach der Stalin-Macht überlassen würden. Diese Hoffnung fand Nahrung durch die in den Zeitungen veröffentlichten Beiträge über den „verfaulenden amerikanischen Imperialismus", aus denen man schloß, es sei etwas im Gange. Aber das erwartete und erhoffte „weiße Schiff" kam nicht. Nur Geheimagenten wurden vereinzelt nach Estland entsandt. Anfang der 50er Jahre begannen zunächst SIS, später auch CIA, zielstrebiger und unter Beteiligung der Exilesten eigene Leute einzuschleusen. Zu der Zeit hatte der KGB jedoch die Lage schon unter Kontrolle.[38]

Um keinen Verdacht zu erwecken, wurden in den Bauernhöfen abends keine Gardinen vor die Fenster gezogen. Anstelle von BBC hörte man neutrale Stationen wie z.B. deutschsprachige Sendungen des Türkischen Rundfunks — doch Informationen aus der weiten Welt.[39] Obwohl sich der Krieg gegen die Bevölkerung fortsetzte — was aber geheimgehalten wurde — und neue Verhaftungen stattfanden, bedeutete das Ende der eigentlichen Kriegshandlungen doch gewissermaßen eine Erleichterung. Im August 1944 beschloß der Oberste Sowjet der UdSSR, einen Teil des estni-

---

37 Evald Laasi, Vastupanuliikumine Eestis 1944–1949. Dokumentide kogu (Widerstandsbewegung in Estland 1944–1949. Dokumentensammlung). Tallinn 1992, S. 9; Mart Laar, Metsavennad (Die Waldbrüder). Tallinn 1993, S. 170.

38 Laar, Metsavennad (wie Anm. 37), S. 189-201.

39 Interview mit Linda u. Albert Peebo am 14. Januar 1995 in Tartu.

schen Territoriums der Vorkriegszeit, das Petseri-Gebiet, zu annektieren (die Leitung der Estnischen SSR erfuhr davon allerdings erst am Ende des Jahres), und im November wurden auch die früheren Staatsgebiete östlich der Narva annektiert. Damit sank die Bevölkerungszahl in den neuen Grenzen von 850000 auf 809000, wobei fast alle Esten waren. Mit dem Schützenkorps besaß man eine eigene nationale Einheit, in der estnische Männer an führende Positionen gelangten. Das Korps führte einige estnische Nationalsymbole, und es war zunächst auch gestattet, zwei Strophen der Nationalhymne zu singen. Das Schützenkorps sollte den Kern der sowjetestnischen Armee bilden, wobei den Unionsrepubliken größere Rechte in den Auslandsbeziehungen versprochen wurden.[40] Als estnischer Außenminister beteiligte sich Hans Kruus an der Arbeit der Pariser Friedenskonferenz. Immer noch hoffte man auf eine gewisse Autonomie. Es ist aber anzunehmen, daß der erste Ministerpräsident der „Volksregierung", J. Vares, der die Stelle des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet der ESSR einnahm, aus Enttäuschung am Ende des Jahres 1946 offenbar Selbstmord beging. Die Wahlen zum Obersten Sowjet am Anfang des nächsten Jahres waren nur noch eine Farce mit vorgegebenen Kandidaten. Präsidiumsvorsitzender wurde Eduard Päll, ein Rußlandeste, der 1940 zusammen mit Karotamm die Zeitung „Kommunist" herausgegeben hatte.

Im Sommer 1947 fand das Sängerfest statt. Mit fast 28000 Teilnehmern war es das bisher größte. Laut Regierungsverfügung durften die meisten Teilnehmer Volkstrachten tragen. Obwohl im Programm einige sowjetische Lieder standen, war das Sängerfest doch eine Demonstration der eigenen Kultur. Die Publikation von schöner Literatur, die in Kriegszeiten beinahe eingestellt worden war, stieg wieder um das Mehrfache. Sehr wesentlich war es, daß sich die Möglichkeiten zur Erhaltung der bei den Esten so geschätzten Bildung verbesserten. Die Zahl der Studenten an der Universität Tartu wuchs im Zeitraum 1944–1947 von 1400 auf 2600. Im Laufe des ersten Studienjahres wurden aber über 700 Studenten, zumeist unter dem Vorwurf, persönliche Einzelheiten aus der Vorkriegszeit zu verheimlichen, exmatrikuliert.[41] Die vorkriegszeitliche Zahl von 3000 Studenten wurde Mitte der 50er Jahre erreicht. Im Polytechnischen Institut in Tallinn hingegen überstieg die Studentenzahl längst den früheren Stand: 1950 zählte man dort 1500, 1955 2000 Studenten.[42] Die Straßen Tallinns

---

40 Päevauudised Nr. 4 vom 27. September 1944.

41 Tartü Ülikooli ajalugu (Geschichte der Universität Tartu). Bd. III: 1918–1982, hrsg. v. Karl Siilivask u. Hillar Palamets. Tallinn 1982, S. 65, 201, 203 u. 207.

42 Tallinna Polütehniline Instituut 1936–1986 (Das Tallinner Polytechnische Institut 1936–1986). Tallinn 1986, S. 155.

wurden nach wie vor sauber gehalten, die Caféhauskultur wurde wieder hergestellt und man besuchte auch wieder eifrig die Gaststätten, nur die betrunkenen russischen Offiziere in Uniform wirkten wie Fremdkörper.

In Moskau waren bereits alle wichtigen Entscheidungen getroffen. Der Wiederaufbau der Industrie begann sofort. Nach der Verordnung des Staatlichen Verteidigungskomitees von 1945 erhielt die Entwicklung der Ölschieferindustrie Vorrang. Aber bis vor kurzem blieb unklar, wessen Entscheidung es war, in derselben Region eine geheime Uranveredlungsfabrik bauen zu lassen bzw. inwiefern mit der extensiven Industrialisierung auch der Zuzug von Arbeitskräften im voraus eingeplant war. Nach offiziellen Angaben betrug die Bevölkerungszahl Estlands im Jahre 1950 1 104 000 Menschen, d.h. im Laufe der fünf Nachkriegsjahre stieg die Bevölkerung um mehr als eine Viertelmillion. Den natürlichen Zuwachs bildeten nur 8 700 Menschen, 70 000 waren Demobilisierte und Rückkehrer, etwa 170 000 waren Einwanderer aus Rußland.[43] Allein dadurch wuchs die Bevölkerung Tallinns um ein Drittel. Narva verweigerte den Esten allgemein die Rückkehr in die Stadt. Ausgehungerte Kinder und Vagabundierende aus Rußland bildeten zunächst die Einwohnerschaft der Stadt, die in Verbindung mit der Erweiterung der wiederhergestellten Baumwollspinnerei schnell zunahm.

Das Wachstumstempo der estnischen Industrie übertraf für lange Zeit alle anderen Unionsrepubliken. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten vergrößerte sich in fünf Jahren 1,6mal, darunter die Hälfte Frauen. Signifikante Änderungen finden wir auch bei der Anzahl der Arbeiter und ihrer nationalen Zusammensetzung. Die Anzahl der Industriearbeiter stieg von 43 000 auf 86 700, die der Bauarbeiter von 8 700 auf 13 600, aber schon im Jahre 1948 gab es unter ihnen ein Drittel bzw. zwei Drittel Russen.[44] Ungeachtet des großen Wohnungsmangels wurden staatlicherseits in erster Linie nur Produktionsgebäude errichtet. Zu Beginn der 50er Jahre ließ der Zustrom der Migranten etwas nach, so daß der zahlenmäßige Anstieg der Industrie- und Bauarbeiter auf 136 000 im Jahre 1955 im wesentlichen auf innerer Migration basierte. Die Industrie erhielt erstens Zuwachs an Arbeitskräften aus den Berufsschulen und zweitens als Ergebnis sozialer Erschütterungen.

---

43 Kulno Kala, Eesti rahvuslikust koosseisust pärast Teist maailmasõda (Über die nationale Zusammensetzung Estlands nach dem Zweiten Weltkrieg), in: Akadeemia 4 (1992), Nr. 3, S. 511.

44 Kulno Kala, Raul Juursoo, Nõukogude Eesti töölisklass 1940–1960 (Die Arbeiterklasse Sowjetestlands 1940–1960), in: Eesti NSV Teaduste Akadeemia Toimetised. Ühiskonnateadused 38 (1989), Nr. 2, S. 139; dies., ebenda, Nr. 8, S. 251.

Außer der lernbegierigen Jugend drängten die Esten nicht in die Städte. Auf dem Lande schien es sicherer, und auf den Grundstücken, die während der Nachkriegsbodenreform enteignet worden waren, schuf man kleine Gehöfte. Karotamm favorisierte keine forcierte Gründung von Kolchosen, da er es zunächst für notwendig hielt, das Vorkriegsniveau in der landwirtschaftlichen Produktion zu erreichen. Im Mai 1947 erging jedoch aus Moskau der Befehl, in Litauen, Lettland und Estland Kolchosen zu gründen, von denen einige im Herbst entstanden. Die von den Bauernhöfen geforderte landwirtschaftliche Steuer stieg im Jahr darauf um mehr als das Doppelte, wobei besonders größere Gehöfte belastet wurden. Zur Beschleunigung der Kollektivierung benutzte man ein in der Sowjetunion erprobtes Mittel. Am 25. März 1949 kam auch in Estland NKVD-Personal in Tausende von Häusern in Begleitung russischen Militärs und örtlicher Aktivisten. Man hatte zwei Stunden Zeit, seine Habseligkeiten einzupacken. Mit 19 Massentransportzügen wurden 20722 Menschen nach Sibirien verschickt, von denen Frauen die Hälfte und Kinder unter 16 Jahren ein Drittel bildeten. Mit dieser größten Deportation in der Geschichte Estlands wurden 2% der Bevölkerung verschleppt, von der Landbevölkerung sogar 2,8%.[45] Moskau hatte seine beiden Ziele bald erreicht: Bis zum Herbst waren die meisten Bauern in Kolchosen eingetreten, der Widerstand der „Waldbrüder" war gebrochen. Jetzt zogen viele in die Städte. Oft trat nur die Frau dem Kolchos bei, während der Mann sich entweder in einem staatlichen landwirtschaftlichen Unternehmen (Sovchos) oder in der Forstwirtschaft Arbeit suchte. Deshalb verringerte sich die Bevölkerung in den Kolchosen im arbeitsfähigen Alter bis 1951 im Vergleich zum Jahr 1947 um 84000 Menschen. Von den insgesamt 132000 Kolchosangehörigen bildeten die Frauen 78%.[46] Auf ihren Schultern lag die Hauptlast der Kolchosarbeit. Von dem durch die Kollektivierung verursachten Rückschlag begann sich die Landwirtschaft erst nach etwa zehn Jahren zu erholen.[47]

Darüber hinaus verstärkte sich seit 1948 nach dem Vorbild der Allunionskampagne der ideologische Kampf gegen den „bürgerlichen Natio-

---

45 Die Zahl der in den Deportationslisten Geführten stieg über 29000; vgl. Ants Ruusmann, Märtsiküüditamine arvudes (Märzdeportationen in Zahlen), in: Rahva Hääl vom 25. März 1994.

46 Mati Rubin, Eesti maarahvastiku dünaamikast aastail 1947–1950 (Über die Dynamik der Landbevölkerung Estlands in den Jahren 1947–1950), in: Eesti Teaduste Akadeemia Toimetised. Ühiskonnateadused 40 (1991), Nr. 2, S. 150.

47 Vgl. dazu S. Kivimäe, Estland ohne die Deutschbalten, in: Die Deutschbalten, hrsg. v. Wilfried Schlau. München 1995 (Studienbuchreihe der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat. 6.), S. 136-153.

nalismus". Es waren in erster Linie Rußlandesten, die damit versuchten, die Macht in der Leitung der EKP zu ergreifen. Auf dem VIII. Parteiplenum im März 1950 wurde mit den estnischen alten und „Junikommunisten" „abgerechnet". Es zählte auch nicht, daß viele von ihnen Mitverfasser des im Jahre 1947 publizierten Sammelwerks „Die deutsche faschistische Okkupation in Estland"[48] waren — eine offenkundige Gegenpropaganda zum Buch „Das Leidensjahr des estnischen Volkes". In 40 Beiträgen entlarvte man die Verbrechen der Deutschen, die jedoch hinsichtlich der sowjetischen Repressalien nicht vergleichbar waren. Die Berichte über die Vernichtung der nach Estland deportierten Juden waren zwar wirkungsvoll, wurden aber in den darauffolgenden Jahren verschwiegen.

Kruus war in diesem Sammelband mit zwei längeren Abhandlungen vertreten: eine historische Übersicht über den Kampf des estnischen Volkes gegen deutsche Eroberer und eine weitere über die Verfälschung der estnischen Geschichte durch deutsche Okkupanten und ihre Handlanger. Das zuletzt Gesagte bezog sich in erster Linie auf das vom „Sprößling der deutschen Barone", Arved von Taube 1942 für das Estnische Bildungsdirektorium abgefaßte Schriftstück „Richtlinien für die Neugestaltung des Geschichtsunterrichts in den Volksschulen, Gymnasien und Fachschulen Estlands". Darin wurde als Ziel des Geschichtsunterrichts die Vertiefung der Kenntnisse über die schicksalhafte Zusammengehörigkeit Estlands mit dem Großdeutschen Reich formuliert.

Der Präsident der Akademie der Wissenschaften der ESSR, Hans Kruus, befand sich bis 1954 in Untersuchungshaft. Verhaftet wurden auch zwei Minister der ersten „Volksregierung", die noch in Estland lebten, eine Reihe von Kulturschaffenden sowie alle Kommunisten, die in der Republik Estland im Gefängnis gewesen waren und jetzt höhere Posten einnahmen. Einige wurden erschossen. Der erste Parteisekretär, der zu national gesinnte Karotamm, wurde abgesetzt und durch Ivan (Johannes) Käbin, wieder ein Rußlandeste, ersetzt, der kaum Estnisch sprach. 61 Schriftsteller, ebensoviele Künstler und 14 Komponisten wurden aus den Berufsverbänden ausgeschlossen, die Veröffentlichung ihrer Werke untersagt. Ein Drittel des Personalbestandes der Akademie der Wissenschaften wurde entlassen. Die 1940 begonnene Büchervernichtung begann erneut, in den Bibliotheken wurden alle periodischen Schriften aus der Zeit der Repu-

---

48 Saksa fašistlik okupatsioon Eestis aastail 1941–1944 (Die deutsche faschistische Okkupation in Estland in den Jahren 1941–1944), hrsg. v. J. Saat. Tallinn 1947.

49 Vgl. Tsensor Eesti raamatukogus. Uurimusi Eesti raamatukogunduse ajaloost (Zensor in der Bibliothek Estlands. Untersuchungen zur Geschichte des estnischen Bibliothekswesens). Tallinn 1991.

blik Estland[49] und sogar ein Teil der nachkriegszeitlichen Literatur beseitigt, da sich die Verfasser als „bürgerliche Nationalisten" erwiesen hätten. In Privatwohnungen verbrannte man gleichfalls viele Bücher, denn deren Existenz konnte Beschuldigungen nach sich ziehen.

Zwischen 1945 und 1953 wurden mehr als 75 000 Menschen der Freiheit beraubt, etwa 50% mit der Beschuldigung, in Wehrmacht oder Waffen-SS gedient zu haben. Ein Viertel der Verhafteten kam ums Leben.[50] Man kann aber behaupten, daß, nachdem ein bedeutender Teil der Lehrkräfte der Universität geflüchtet war, die Beseitigung der neuen Elite bei der Brechung des Widerstandes eine entscheidendere Rolle als physische Repressalien spielte.

Vor dem Eindringen der Russen und des Sowjetsystems suchte man Zuflucht im Privatleben. Der Wert des eigenen Heims stieg, und im Alltagsleben versuchte man den Traditionen und Verhaltensmustern der Vorkriegszeit zu folgen. Die Gegensätze zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten wurden immer größer. Obwohl die wachsamen Augen der Sowjetmacht überallhin zu reichen schienen, war die hartnäckige Widerstandsfähigkeit der Esten — im Laufe von Jahrhunderten geübt — nicht verschwunden.

Mit den Russen hatten die meisten Esten nur minimalen Umgang, da erstere als Fremde angesehen wurden. In ihrer Mehrzahl hatten sie ja erst vor kurzem ihre Heimatdörfer verlassen, hatten einen ganz unterschiedlichen kulturellen Hintergrund und im allgemeinen ein nur sehr niedriges Bildungsniveau. Es war somit nicht verständlich, daß sich die Russen als Kulturbringer bezeichneten. Gravierender war, daß die Esten für Faschisten gehalten wurden, was in der sowjetischen Terminologie mit Deutschsein gleichbedeutend war. Vor der deutschen Vergangenheit gab es kein Entrinnen. Selbst die 1941 mit der Mobilisierung ins sowjetische Hinterland Deportierten blieben Faschisten.[51]

In Estland versuchte man möglichst die Deutschen zu vergessen. Hoffnungen auf sie zu setzen, auch nur für kurze Zeit, hatte viele Opfer gefordert. Obwohl man die „deutsche Ordnung" dem russischen Terror und der Verwüstung gegenüberstellte, blieb die eigene Existenz der Esten in ihrem Land der einzige Anhaltspunkt. Die erneute Distanz zu Deutschland und den Deutschen ist auch ein Verdienst der marxistischen Ge-

---

50 Tiit, Rahvastik (wie Anm. 9), Nr. 8, S. 1678.

51 Selbst bis zum Ende der Sowjetzeit konnten estnische (lettische, litauische) junge Rekruten in der Armee allein deshalb verprügelt werden, weil die ihnen von daheim nachgeschickte Literatur mit „faschistischen", d.h. lateinischen Buchstaben geschrieben war.

schichtsauffassung, die in der von Hans Kruus bestimmten Richtung fortgesetzt wurde und die die Vergangenheit der Esten vor allem als einen Kampf gegen die deutsche Fremdherrschaft darstellte. Dasselbe Geschichtsbewußtsein charakterisiert auch die junge nationale Historiographie der Gegenwart, worauf schon bei der Entdeckung der sogenannten „weißen Flecken" hingewiesen wurde. Heute ist selbstverständlich eine konsequent sowjetfeindliche Stellungnahme vorherrschend. Heute betont man, daß im Jahre 1944 die Esten zusammen mit den Deutschen die Heimat gegen die Russen verteidigten, und vergißt völlig, daß auch auf der anderen Seite der Front estnische Soldaten kämpften. Wieder geht man mit der Geschichte selektiv um, und so sind die Voraussetzungen, diese Zeitenwende in Estland objektiv zu untersuchen, immer noch schlecht.

Aus dem Estnischen übersetzt von Ene Rõngelep, Tallinn

Das Problem von Mehrheit und Minderheit im estnischen Kontext

von Mati Hint

Im estnischen und im weiteren Sinne auch im baltischen Kontext korrelieren die Beziehungen zwischen Mehrheit und Minderheit nicht mit Dominanz. Diese Beziehungen müssen auch in bezug auf Dominanz unter vielen Aspekten betrachtet werden — eine Mehrheit kann z.B. auf der Ebene der Selbstverwaltungen über eine Minderheit dominieren, aber die Minderheit kann ein erhöhtes Selbstwertgefühl und eine gehobenere Position auf der allgemein politischen Ebene haben. Eine zahlenmäßige Minderheit zu sein, war in Estland auch nicht immer gleichbedeutend mit der Einstufung als Minderheit; im weiteren Sinn stellte die Minderheit die Mehrheit und die Mehrheit die Minderheit dar, wenigstens was das Herrschaftsstreben anging. So war dies v.a. auch in der Sowjetzeit.

Solche scheinbaren Widersprüche liegen bei der Analyse der Mehrheiten-Minderheiten-Problematik in Estland und der in den anderen baltischen Ländern derart offen zutage, daß das traditionelle und in hohem Maße auch begründete Klischee des Westens — hier unterdrückte Minderheit ohne Rechte und dort in jeder Hinsicht herrschende Mehrheit — dem Baltikum sowohl historisch als auch in der Gegenwart vollkommen unangemessen ist.

Daß es gleichzeitig in Estland auch Minderheiten gibt, auf die das traditionelle Dominanzkonzept des Westens zutrifft, macht das Verständnis der estnischen Mehrheiten-Minderheiten-Problematik noch schwieriger. Selbst wenn man sich allein auf Fragen der ethnischen und kulturellen Mehrheiten und Minderheiten beschränken wollte, wird sofort deutlich, daß z.B. die deutschbaltische und die setukesische Minderheit in Estland keine gemeinsamen Probleme hatten. Ihnen war lediglich ein äußeres Merkmal gemein: zahlenmäßig eine Minderheit zu sein.

Im Laufe der langen Geschichte Estlands war die deutschbaltische Minderheit in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht überlegen. In den Bereichen Handel und Bankwesen waren die Esten erst in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts in der Lage, die wirtschaftliche Übermacht der deutschen Minderheit ins Wanken zu bringen. Und das Gefühl der kulturellen Gleichwertigkeit im Vergleich mit den Deutschbalten erlangten die Esten erst zur Zeit der staatlichen Unabhängigkeit.

Wenn man Vorherrschaft auf drei Gebieten betrachtet — politisch-rechtlich, wirtschaftlich und kulturell —, dann zeigen die Überwindung

der Überlegenheit einer Gruppe und das Erlangen der Vorherrschaft durch eine andere Gruppe ziemlich eindeutig, daß die politisch-rechtliche Gleichwertigkeit die Voraussetzung dafür bildet, eine wirtschaftliche Gleichstellung (und später Überlegenheit) zu erreichen. Die Herrschaftsverhältnisse zwischen der deutschbaltischen Oberschicht und der estnischen Landbevölkerung sind ein klassischer Beweis für die Richtigkeit dieses Schemas: Nach der Befreiung der Bauernschaft durch die Reformen der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts konnte ein Wettbewerb auf wirtschaftlichem Gebiet einsetzen, und erst mit dieser ökonomischen Unabhängigkeit konnte sich ein umfassenderes kulturelles Selbstbewußtsein entwickeln.

Die geschichtliche Entwicklung der Beziehungen zwischen der deutschbaltischen Oberschicht und den Esten zeigt auch, was geschehen kann, wenn die in jeder Hinsicht privilegierte ethnische Oberschicht der Ständegesellschaft beginnt, ihre Position zu verlieren. Die Deutschbalten hatten in Estland bis zu den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts in jeder Beziehung die Vorherrschaft — rechtlich (wenn auch nicht mehr in dem Maße, wie es eine Generation früher noch der Fall gewesen war), wirtschaftlich und kulturell. Der Verlust der politisch-rechtlichen Privilegien führte sehr schnell — etwa im Laufe von zwei Generationen — zur Schwächung auch der wirtschaftlichen und kulturellen Überlegenheit, wodurch die Aussicht auf Erhalt der traditionellen Lebensqualität jener Gesellschaft zunehmend getrübt wurde. Der Sturz einer überlegenen Minderheit in die Situation einer an den Rand gedrängten Minderheit ist sehr hart, und einzig die Integration in das wirtschaftliche und kulturelle Leben der zur Herrschaft gelangten Mehrheit vermag vielleicht die verdrängte Minderheit mit der Unbarmherzigkeit der Geschichte zu versöhnen.

Die deutschbaltische Minderheit ging diesen Weg und bewahrte sich bis 1939 eine sichere Zukunftsperspektive und eine anerkannte Nische in der estnischen Gesellschaft — in erster Linie dank der festgefügten kulturellen Traditionen, für die es, besonders in den Städten, auch ein wirtschaftliches Fundament gab.

Die deutschbaltische Gesellschaft hatte innerhalb der estnischen Gesellschaft ihre eigene Struktur, sie war nicht etwa eine formlose Masse. Diese Struktur wurde durch die wirtschaftlichen und kulturellen Institutionen geschaffen (z.B. Gesellschaften und Schulen). Das Vorhandensein dieser Struktur war auch die Voraussetzung für den Erhalt der Lebenskraft, die Struktur selbst war Teil einer Lebensart.

Die zur Herrschaft aufgestiegenen Esten hatten es sich nicht zum Ziel gesetzt, das Deutschtum in Estland auszurotten und zu vernichten. Im Gegenteil, das großzügige und gemessen an seiner Zeit sehr fortschritt-

liche Kulturautonomiegesetz (1925) ermöglichte es den Deutschbalten, ihre eigene Identität auch unter den veränderten Verhältnissen loyal und auf legale Weise zu bewahren.

Was die anderen historischen ethnischen Minderheiten in Estland angeht, so hatten sie vor allem lokale Bedeutung. Weder die Schweden (Küstenschweden) noch die russischen Altgläubigen am Ufer des Peipus-Sees noch die Zigeuner, nicht einmal die Juden oder die Russen in den Städten spielten in der estnischen Gesellschaft eine den Deutschbalten vergleichbare Rolle. In den Städten hatten zwar Russen (zum Teil als Folge der Russifizierungspolitik, die in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts eingesetzt hatte) und Juden ihren eigenen Anteil am wirtschaftlichen und kulturellen Leben, aber das Leben der Esten wurde davon trotzdem in viel geringerem Maße berührt. Selbst die Russifizierung der Schule und die Einführung des Russischen als offizielle Amtssprache blieben in gewissem Grade vorübergehende Erscheinungen, die in bezug auf die angestrebte Russifizierung des estnischen Volkes wenig bewirkten.

Vor dem Hintergrund der historischen Erfahrung hinsichtlich der Deutschbalten erscheint das Problem der russischen Minderheit in Estland unter allen wesentlichen Gesichtspunkten als das genaue Gegenteil. Wenn man die heutige Frage der russischen und die der deutschbaltischen Minderheit mit Hilfe des gleichen Minderheitsbegriffes untersuchen will, entsteht eine Verzerrung.

Vor allem muß gesagt werden, daß die russische Minderheit auch in der ersten Republik Estland (1920–1940) keine homogene Gruppe darstellte. Es wäre besser, von der russischen Bevölkerungsgruppe in Estland zu sprechen. Diese russische Bevölkerungsgruppe setzte sich aus den Russen in den Städten, den russischen Ureinwohnern am Ufer des Peipus-Sees und den Russen aus dem Hinterland von Petseri zusammen. Während die Russen in den Städten und am Peipus-See in das estnische Leben integriert waren, kann man das von den Petseri-Russen (und zum Teil von jenen aus dem Hinterland von Narva) keineswegs sagen. Jene Gebiete waren infolge des Freiheitskrieges an Estland gefallen, und die Bewohner dieser Gebiete hatten keine Erfahrung mit dem Leben in Estland. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß jene „neuen" Russen in der Republik Estland ins estnische Leben nicht integriert wurden.

Als zur sowjetischen Zeit in Estland eine erneute Russifizierung und die massenweise Einwanderung von Russen einsetzten, erhielt gerade jene nicht an das Leben in Estland gewöhnte Gruppe von Russen einen Zuwachs — nur mit einigen wesentlichen Unterschieden. Einerseits fehlte den Nachkriegseinwanderern anders als den Petseri-Russen jegliches Ver-

ständnis dafür, daß sie sich im Land eines anderen Volkes niederließen, andererseits siedelten sich die Neuzuwanderer in den wichtigsten Städten Estlands an, vor allem in Tallinn und Narva. Es ist ein Widerspruch, daß die heutige Gesetzgebung der Republik Estland im Rückgriff auf die Zeit der ersten Unabhängigkeit all jene Russen, die schon in der ersten estnischen Republik gelebt haben, und ihre Nachkommen automatisch als Personen behandelt, die ein Anrecht auf die estnische Staatsangehörigkeit haben. Gleichzeitig steht eine automatisch zu vergebende Staatsangehörigkeit im Falle der Nachkriegseinwanderer nicht einmal zur Diskussion.

Wenn man nun auf die deutschbaltische Minderheit und die heute in Estland lebenden Russen zurückkommen will, kann man (in gewisser Weise schematisierend) behaupten, daß die Deutschbalten die rechtlich-politische Vorherrschaft verloren, danach — vereinfacht ausgedrückt — die wirtschaftliche und schließlich die kulturelle Überlegenheit. Den Russen gab man (wenngleich in der Gesetzgebung nicht explizit vermerkt), verglichen mit den Esten, politisch-rechtliche Privilegien (z.B. das Recht, in Behörden zu arbeiten, was den Esten praktisch verschlossen war; der kommunistische Parteiapparat wurde Russen anvertraut u.a.m.). Diese Privilegien hätten zu einer wirtschaftlichen Überlegenheit der Russen führen müssen; weil jedoch in der sowjetischen Gesellschaft das wirtschaftliche Leben vom Staat gelenkt wurde, äußerte sich die Überlegenheit darin, daß wirtschaftliche Schlüsselpositionen mit Russen besetzt und strategisch wichtige Wirtschaftszweige (Energieversorgung, Seeschiffahrt, Flugverkehr usw.) russifiziert wurden. Mit der wirtschaftlichen (wenn auch planwirtschaftlichen) Vorherrschaft hätten die kulturelle Überlegenheit der Russen und die halb freiwillige Russifizierung der Esten einhergehen müssen.

Aber das geschah nicht. Die Esten bewahrten ihre Dominanz auf kulturellem Gebiet. Das Estnische blieb weiterhin die Sprache der höheren Bildung und der wissenschaftlichen Veröffentlichungen. Die estnische Kultur behielt unbestritten die absolute Führungsposition im kulturellen Leben der Estnischen SSR, ungeachtet der Versuche von seiten der Machthaber, das russischsprachige Kulturleben zu fördern. Auch im Wirtschaftsleben bewahrten sich die Esten in vielen Bereichen die Führungsposition (Land- und Forstwirtschaft, ein großer Teil der verarbeitenden Industrie).

Das Modell der halb freiwilligen nationalen Umerziehung faßte in Estland nicht Fuß, und dies ungeachtet des Umstands, daß die Anzahl der nach Estland umgesiedelten Russen (und Russischsprachigen) sehr groß war und sich ständig vergrößerte, so daß 1988 die Zahl der Russen 36-37% der Gesamtbevölkerung Estlands erreichte. Es kam jedoch zu keiner wechselseitigen Integration der Nationalitäten.

Russen und Deutschbalten sind in Estland qualitativ nicht miteinander vergleichbar, und darin liegt vielleicht die Erklärung dafür, warum die Russifizierung in Estland völlig mißglückte. Drei, vier Generationen früher war die „Eindeutschung" auch mißglückt, aber aus anderen Gründen — die entstehende estnische Oberschicht war ein Jahrhundert vorher einer „Eindeutschung" sehr nahe gewesen, doch die durchgehende Alphabetisierung des Volkes und die Gewohnheit, jegliche Tageslektüre auf estnisch zu lesen, hatten vermutlich am allermeisten geholfen, das zu verhindern.

Will man die vielen Unterschiede zwischen dem deutschbaltischen und dem russischen Problem aufzeigen, so ergibt sich etwa folgendes Bild:

— Deutsche gab es zahlenmäßig und prozentual wenige, die Russen waren und sind viele; die Deutschbalten strebten nicht nach einer zahlenmäßigen Übermacht, die Russen jedoch taten dies;
— die Deutschen verfügten alle über einen hohen Bildungsstand, unter den russischen Einwanderern stellten die Gebildeten eine verhältnismäßig kleine Gruppe dar;
— den Deutschen gegenüber hatten die Esten vor der Zeit der Unabhängigkeit einen Minderwertigkeitskomplex, den Russen gegenüber fühlte und fühlt man sich überlegen;
— die Deutschen versuchten, die Esten in der Position der niedrigeren Bevölkerungsschicht zu halten, Esten waren in der deutschen Gesellschaft nicht gern gesehen — schon das verhinderte eine „Eindeutschung"; die Russen favorisierten eine Russifizierung der Esten, aber das geschah nicht;
— in den Beziehungen zwischen Esten und Deutschen herrschte eine Apartheid eigener Art, die von den Deutschen in Kraft gesetzt worden war (genaugenommen durch die Gesetze und Gewohnheiten der Ständegesellschaft, aber diese waren mit den Deutschen verbunden); zwischen Esten und Russen gab und gibt es eine freiwillige Segregation, welche eine milde oder gemäßigte Verhaltensnorm in der estnischen Gesellschaft darstellt; während in der früheren Periode die Esten nach den Privilegien der Deutschen strebten, versuchten in der sowjetischen Zeit nur wenige, die Privilegien der Russen für sich zu erhalten; letzten Endes bestand das Problem für die Esten im einen wie im anderen Fall darin, die Privilegien der herrschenden Gruppe (der Deutschen und der Russen) zu beseitigen;
— die Deutschen kamen vor 700 Jahren, um die baltischen Länder zu unterwerfen, die Deutschbalten waren die Erben dieses Prozesses; die russische Kolonisation ist im wahrsten Sinne des Wortes gegenwärtig;

die Deutschbalten waren in Estland heimisch, für sie waren Land, Geschichte und Gegebenheiten Estlands selbstverständlich (wenn auch aus dem Blickwinkel der eigenen Ideologie); der größere Teil der Russen weiß von Estland praktisch nichts, sie waren/sind einzig auf Rußland hin orientiert.

Derartige Vergleiche führen unausweichlich zu der Schlußfolgerung, daß man im estnischen Kontext mit dem heutigen Minderheitenbegriff nicht viel anfangen kann. Zwar waren die Deutschbalten eine Minderheit, ihr Ziel aber war es, als Minderheit überlegen zu sein. Die Russen versuchten mit Hilfe politischer Privilegien, ein zahlenmäßiges Übergewicht und auch die Vorherrschaft zu erreichen. Mit einer unterdrückten Minderheit hat man es in keinem der beiden Fälle zu tun.

Das Problem der Deutschbalten in der estnischen Gesellschaft löste sich mit dem Ende der historischen Herrschaft auf, wobei jedoch die Identität durch kulturelle Selbstdarstellung gewahrt blieb. So wurde aus den Deutschbalten eine Minderheit, die die estnische Gesellschaft wirklich bereicherte. Dieses „idyllische Zusammenleben" wurde aufgrund der Gewaltsamkeit der geschichtlichen Entwicklung schon im Jahr 1939 beendet.

Aber was entsteht aus dem Problem der russischen Minderheit in Estland? Mit Sicherheit kann man annehmen, daß auch sie vor allem die Möglichkeiten zur Erhaltung der eigenen Kultur benötigt, eine auf Estland ausgerichtete schulische Erziehung in ihrer eigenen Sprache und Kenntnis über Estland. Die Russen brauchen auch eine eigene gesellschaftliche Strukturierung.

Es ist jedoch sehr schwer, diese ganze riesige Zahl von Russen zu beeinflussen, und es nimmt viel Zeit in Anspruch. Man kann sich auch nicht auf die historisch gewachsene russische Minderheit in Estland stützen, weil sie in großem Umfang mit der Masse der Neuzuwanderer verschmolzen ist.

Es gibt somit keinen Grund, von den Russen in Estland im Sinne der typischen Minderheitendefinition zu sprechen. Die Russen sind sich noch immer nicht dessen bewußt, in Estland eine Minderheit zu sein. Desungeachtet gleichen viele mit den Russen zusammenhängende Probleme auf paradoxe Weise oft den Problemen, die am Anfang dieses Jahrhunderts mit den Deutschbalten in Estland verbunden waren:

— die Russen müssen sich der veränderten Verhältnisse bewußt werden und diese akzeptieren, der Schmerz über den Verlust von Privilegien muß überwunden werden; die Deutschbalten waren dazu nach den grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen imstande, dies

scheint den Russen nach den ebenso grundlegenden Veränderungen viel schwerer zu fallen;

— wie die Deutschbalten sich eine regionale estländische, livländische und kurländische Identität zu eigen gemacht hatten, so müßten sich auch die Russen in Estland als Estländer ansehen;

— die Russen müssen sich auf das Leben im unabhängigen Estland einstellen, in dem man mit Hilfe der estnischen Sprache, Kultur und Lebensart in die Gesellschaft integriert ist;

— die Russen müssen sich organisieren, um die Schulausbildung in russischer Sprache mit estnischer Orientierung zu bewahren und die russischen Kultureinrichtungen zu erhalten;

— die Russen müssen sich in das politische Leben Estlands eingliedern, wenngleich dies nur dann möglich ist, wenn sie ihre ureigenen Interessen in Estland verteidigen, nicht aber die Interessen eines anderen Staates — Rußlands.

Und auch die estnische Politik muß verstehen, daß das eigensinnige Insistieren auf Gesetzen allein diese Probleme in der Praxis nicht zu lösen hilft. Leider hat sich die estnische Politik hinsichtlich der Russen in der Hauptsache auf Fragen der Staatsangehörigkeit beschränkt. Keiner Betrachtung unterzogen wurde die Tatsache, daß die Verweigerung der Staatsangehörigkeit kein Wundermittel ist, das Estland von den Russen und dem damit zusammenhängenden Problem befreien könnte.

Es scheint, daß nur eine realistische Politik in der russischen Frage den nachfolgenden Generationen dienlich sein kann. Kindergärten für russische Kinder, in denen Estnisch spielerisch, aber doch intensiv angeboten wird, und vertiefender Estnisch-Unterricht an russischen Schulen, auch zur Vermittlung von Kenntnissen der estnischen Kultur, könnten die ersten praktischen Schritte sein, um das Problem der russischen Minderheit in Zukunft abzumildern. Eine einzig auf Ablehnung der Russen ausgerichtete Politik ist Zeitverschwendung.

Aus dem Estnischen übersetzt von Claudia M. Steinhardt, Helsinki

Estlands Minderheitenpolitik seit der Wiederherstellung der staatlichen Souveränität[1]

von Seraina Gilly

Im März 1995 trafen sich Abgeordnete der 52 OSZE-Staaten in Paris, um den sogenannten Stabilitätspakt mit dem zentralen Thema „Schutz der Minderheiten" zu verabschieden. Ironischerweise kam die Initiative zu dieser Konferenz aus Frankreich, welches sich bisher geweigert hatte, die Charta der regionalen Sprachen und die Konventionen der Minderheiten zu billigen.[2] Die Frage eines südosteuropäischen Journalisten, ob sein Land demnächst die Minderheitenkonvention des Europarates zu unterzeichnen gedenke, schien den französischen Außenminister Alain Juppé denn auch zu irritieren. Seine Antwort lautete unverbindlich: „Wir sind daran, die einzelnen Punkte zu prüfen."[3] Diese Episode am Rande der Konferenz zeigt, daß die Minderheitenfrage ein brisantes politisches Thema ist, welches jedoch durchaus nicht nur die osteuropäischen Länder betrifft. Seit dem Zusammenbruch der sowjetischen Hegemonialmacht haben es die westlichen Staaten nicht versäumt, mit wachem Auge nach Osteuropa zu schauen, die dort aufbrechenden Minderheitenprobleme argwöhnisch zu beobachten, mit erhobenem Zeigefinger den richtigen Weg zu weisen und damit großzügig von eigenen Schwierigkeiten mit Minderheiten, etwa mit Basken, Korsen, Flamen oder vom Nordirlandproblem abzulenken.

Auch im Falle der baltischen Staaten sollte deren Akzeptanz durch die internationale Staatengemeinschaft zu einem großen Teil von ihrem Umgang mit der Minderheitenfrage abhängen.[4] Seit der wiedererlangten Unabhängigkeit standen die dortigen Politiker vor der Aufgabe, die Minderheitenfrage gemäß westlichen Ansprüchen und Vorstellungen zu lösen und gleichzeitig der völlig neuen demographischen Lage im Lande Rechnung zu tragen. Erschwerend bei der Lösung dieser Aufgabe erwies sich

---

1 Erklärt am 16. November 1988; vgl. Endel Piilau, Eestimaa kuum suvi 1988 (Der heiße Sommer 1988 in Estland). Tallinn 1988, S. 208. Damit wird der Anspruch der Estnischen SSR auf volle Hoheitsgewalt auf estnischem Territorium in Einklang mit dem Selbstbestimmungsrecht erhoben.

2 Paul L. Walser, Schutz der Minderheiten, in: Tages-Anzeiger Zürich Nr. 68 vom 22. März 1995, S. 3.

3 Zit. ebenda.

4 Wie man am Beispiel Lettland sehen kann, das wegen Verschleppung eines Staatsbürgergesetzes erst am 10. Februar 1995 in den Europarat aufgenommen wurde, Estland und Litauen hingegen bereits am 14. Mai 1993.

die Haltung der sowjetischen bzw. der russischen Regierung, die sich zwar lautstark für die Rechte der russischen Minderheit im Baltikum einzusetzen schien, im Grunde aber durchaus daran interessiert war und ist, daß gerade diese Russen einen Faktor der Instabilität im Baltikum bleiben. Der Westen lehnte sich in seiner Kritik an der Minoritätenpolitik Estlands der russischen Sicht der Dinge an, war und ist doch gerade die westliche Diplomatie ständig darum bemüht, es dem unberechenbaren Partner Rußland recht zu machen.[5]

Wenn hier von „nationalen Minderheiten" die Rede sein wird, so ist der Begriff im soziologischen Sinne zu verstehen, d.h. es ist dann von einer ethnischen Gruppe die Rede, welche zahlenmäßig der nationalen Mehrheit (dem Staatsvolk) unterlegen ist.[6] „Nationale Minderheit" bzw. „nationale Mehrheit" im rechtlichen Sinne meint lediglich Staatsbürger des betreffenden Staates.[7] Wenn von dieser Gruppe die Rede ist, dann wird dies im Text explizit erwähnt.

Die demographische Entwicklung Estlands und der Estnischen SSR seit Beginn des Zweiten Weltkrieges

	1934[8]	1959[9]	1989[10]
Esten	88,11%	74,59%	61,53%
Russen	8,22%	20,10%	30,33%
Ukrainer		1,32%	3,08%
Weißrussen		0,91%	1,77%
Deutsche	1,45%	0,06%	0,22%[11]
Juden	0,39%	0,45%	0,29%
Schweden	0,67%	0,01%	
Finnen	0,12%	1,39%[12]	1,06%
Letten	0,47%	0,24%	0,20%

5 Zu dieser Problematik vgl. Seraina Gilly, Die Stellung nationaler Minderheiten in Estland und Lettland seit der wiedererlangten Unabhängigkeit im Spiegel der westlichen Medien, in: Acta Baltica 31 (1993), S. 9-24.

6 Nach Egil Levits, Die Ausländer- und Minderheitenpolitik der baltischen Staaten, in: Volksgruppen in Ostmittel- und Südosteuropa, hrsg. v. Georg Brunner u. Hans Lemberg. Baden-Baden 1994, S. 47.

7 Ebenda, S. 47 f.

8 Eesti statistikaamet (Estnisches Statistikamt). Computerauszug. Tallinn 1994, gibt für 1934 und 1959 absolute Zahlen an; vgl. auch Karl Inno, Felix Oinas, Eesti entsüklopeedia andmeil (Daten der estnischen Enzyklopädie). Tl. 2, Geislingen 1949, S. 8.

9 Wilfried Schlau, Der Wandel der sozialen Struktur der baltischen Länder, in: Die baltischen Nationen Estland, Lettland, Litauen, hrsg. v. Boris Meissner. 2. Aufl., Köln 1991, S. 372; vgl. auch Egil Levits, Die demographische Situation in der UdSSR und in den baltischen Staaten unter besonderer Berücksichtigung von nationalen und sprachsoziologischen Aspekten, in: Acta Baltica 21 (1981), S. 64.

Aus der Tabelle wird ersichtlich, daß seit dem Zweiten Weltkrieg in Sowjetestland die deutsche und die schwedische Minderheit sozusagen verschwunden sind, daß sich die ohnehin kleinen Minderheiten kaum verändern und daß nach dem Krieg eine massenhafte Einwanderungswelle aus den ostslavischen Republiken nach Estland einsetzte. Allein die Zahlen zeigen, welche Minderheit in Estland Anlaß zur Sorge bereitet. Im folgenden möchte ich mich darum auch vorwiegend mit der russischen bzw. der russischsprachigen Minderheit in Estland beschäftigen, welche weitgehend mit der ostslavischen Bevölkerungsgruppe identisch sein dürfte.

Die Hintergründe der demographischen Verschiebung

Als in den Geheimen Zusatzprotokollen zum Molotov-Ribbentrop-Pakt vom 23. August 1939[13] Estland und Lettland und am 28. September[14] auch noch Litauen der sowjetischen Interessensphäre zugeschlagen wurden und die Sowjets die baltischen Regierungen wenig später ultimativ aufforderten, der Sowjetunion Stützpunkte in ihren Ländern einzuräumen, war auch in Estland das Ende der Unabhängigkeit abzusehen. Die Reichsregierung schloß am 15. Oktober 1939 einen Umsiedlungsvertrag mit Estland ab.[15] Ein Großteil der Deutschbalten folgte nun der Aufforderung, ins Mutterland umzusiedeln. Der Rest kam 1941 nach.

---

10 Statistikaamet (wie Anm. 8). Es handelt sich um die letzte Volkszählung in sowjetischer Zeit, die Zahlen schließen Staatsbürger und Nichtstaatsbürger ein.

11 Es handelt sich dabei größtenteils um Rußland- oder Wolgadeutsche; vgl. Cornelius Hasselblatt, Das estnische Gesetz über die Kulturautonomie der nationalen Minderheiten, in: WGO. Monatshefte für Osteuropäisches Recht 35 (1993), H. 6, S. 369.

12 Es handelt sich hier auch um Ingrier, die statistisch nicht von den Finnen unterschieden werden. Die Ingrier waren während der deutschen Besatzung nach Estland und von dort nach Finnland umgesiedelt worden; nach dem Friedensvertrag zwischen der UdSSR und Finnland wurde letzteres verpflichtet, die Ingrier als Sowjetbürger an die UdSSR auszuliefern. Die Sowjets brachten sie wieder nach Estland und nannten sie Finnen; vgl. Arnold Purre, Ethnischer Bestand und Struktur der Bevölkerung Sowjetestlands im Jahre 1970, in: Acta Baltica 11 (1971), S. 48, Anm. 28; vgl. auch Tõnu Parming, Soziale Konsequenzen der Bevölkerungs-Veränderungen in Estland seit 1939, in: Acta Baltica 11 (1971), S. 25. Rein Ruutsoo, in: Vähemusrahvuste kultuurielu Eesti Vabariigis (Das kulturelle Leben der nationalen Minderheiten in der Republik Estland), hrsg. v. Anni Matsulevitš. Tallinn 1993, S. 9, hält fest, daß 1934 1 088 Finnen und 841 Ingrier (estn.: Isurid) in Estland gelebt hätten. Seine Zahl stimmt damit aber nicht mit der Angabe des statistischen Amtes in Tallinn überein, welche für das Jahr 1934 1 374 Finnen (mit Ingriern) nennt.

13 Vgl. Eesti Teaduste Akadeemia Toimetised 39 (1990), Nr. 2, S. 215.

14 Ebenda, S. 224.

15 Gotthold Rhode, Umsiedlung und Vertreibung, in: Viktor Aschenbrenner, Ernst Birke (u.a.), Die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn. Frankfurt a.M. (u.a.) 1967, S. 297.

Die demographische Situation im Baltikum veränderte sich mit den Kriegswirren und der darauf folgenden Sowjetisierung grundlegend. Bereits während der ersten sowjetischen Besatzung vom Juni 1940 bis Juni 1941 führten Verhaftungen, Exekutionen, Zwangsmobilisierung in die Rote Armee sowie eine erste Deportationswelle, welcher Tausende von Esten zum Opfer fielen, zu einer Dezimierung der angestammten Bevölkerung. Betroffen waren hauptsächlich Politiker, Intellektuelle, Künstler und Kaufleute. Innerhalb eines Jahres wurden in Estland ca. 60 000 Menschen (6%) verhaftet und verschleppt.[16] Als 1941 die deutsche Armee heranrückte, flüchteten ca. 33 000 Personen ins Innere der Sowjetunion oder wurden dahin evakuiert, ca. 6 000 Esten flüchteten nach Schweden und Finnland.[17] Weiter verringerte sich der Bevölkerungsbestand durch erzwungenen oder freiwilligen Dienst in der deutschen Armee und durch die Flucht oder die Vernichtung jüdischer Menschen.[18] In den Jahren 1943/44 wurde sodann der größte Teil der schwedischen Minderheit nach Schweden umgesiedelt.[19]

Die erneute Eroberung des Baltikums durch die Sowjets im Sommer 1944 löste unter der dortigen Bevölkerung eine große Fluchtwelle aus. Annähernd 70 000 Menschen flüchteten aus Estland zumeist nach Schweden und Deutschland.[20] Viele kamen dabei um. Ende 1944 und Anfang 1945 kam es zu weiteren sowjetischen Deportationen und Mobilisierungen.[21]

Die Kriegswirren hatten zur Folge, daß in Estland die Bevölkerungszahl zwischen 1939 und 1945 von 1 130 000 auf 850 000 zurückging.[22] Nach dem Krieg fielen das Trans-Narva-Gebiet und das Petschur-/Petseri-Gebiet, insgesamt etwa 2 449 km², wieder an die RSFSR zurück. Diese Verringerung von Estlands Territorium muß bei der Beurteilung der Bevölkerungszahl, wie sie sich nach dem Krieg darstellt, mit in Betracht gezogen werden, denn dadurch kamen ca. 63 000 Personen, vorwiegend Russen, an die RSFSR zurück, die während Estlands Unabhängigkeitszeit, integriert

---

16 Egil Levits, Die Entwicklung seit 1940, in: Die baltischen Staaten, hrsg. v. d. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1989, S. 11; vgl. auch Schlau, Wandel (wie Anm. 9), S. 367 ff.

17 Parming, Konsequenzen (wie Anm. 12), S. 22.

18 Vgl. dazu Toivo Raun, Estonia and the Estonians. Stanford 1987, S. 165.

19 Parming, Konsequenzen (wie Anm. 12), S. 22.

20 Ebenda, S. 166. Raun, Estonia (wie Anm. 18), S. 166, bemerkt, daß es auch 100 000 Flüchtlinge gewesen sein könnten; vgl. auch Schlau, Wandel (wie Anm. 9), S. 372.

21 Parming, Konsequenzen (wie Anm. 12), S. 22 f.

22 Helmut Meyer, Geschichte der baltischen Länder Estland, Lettland, Litauen. Tl. IV, in: Geschichte (1989), Nr. 88, S. 37.

in die estnische Gesellschaft, auf estnischem Territorium gelebt hatten.[23] Mit dem Kriegsende waren für die Esten wie auch für die Letten und Litauer die Schreckensjahre jedoch noch nicht vorbei. Um die Kollektivierung der Landwirtschaft durchsetzen zu können, wurden 1949 Tausende von Bauern nach Sibirien verschleppt.[24]

Es liegt auf der Hand, daß numerische Angaben über Opfer, Verschleppung, Flucht, Abwanderung und Rückwanderung im Krieg nicht genau ausgemacht werden können. Erschwert wird das Präzisieren solcher Zahlen auch durch die diametral entgegengesetzten Interessen der sowjetischen und der exilestnischen Geschichtsschreibung. Welche Zahl auch immer man als die glaubhafteste zitieren will: In jedem Fall macht sie deutlich, daß die Bevölkerung Estlands durch den Krieg und während der ersten Jahre sowjetischer Besatzung enorme Verluste hinnehmen mußte, womit allerdings noch wenig über das immense Leid und die Schicksale gesagt ist, welche sich hinter diesen Zahlen verbergen.

Durch die großen menschlichen Verluste und die Verschleppung der estnischen Intelligenz war für die Sowjets der Weg für eine systematische Russifizierung bzw. Sowjetisierung geebnet. Die durch Deportationen entstandenen Lücken in der Bevölkerung Estlands mußten gefüllt, Kaderpositionen neu besetzt werden. Dies war um so dringlicher, als im Rahmen des Fünfjahresplanes 1946–1950 die Wirtschaft Estlands auf das sowjetische System umgestellt werden sollte. Damit setzte eine massive Industrialisierung, begleitet von Immigrationswellen aus der rußländischen Föderation ein, die vor allem Nordostestland und Tallinn erfaßte und eine starke Urbanisierung zur Folge hatte.[25] Die Einwanderungsbewegung ist bis zum Ende der Sowjetzeit nicht zum Stillstand gekommen. Die Entwicklung hatte zur Folge, daß der Anteil der Esten in ihrem Land immer kleiner wurde. In einzelnen Städten lag ihr prozentualer Bevölkerungsanteil 1989 weit unter 50%, etwa in Narva (3,97%), Kohtla-Järve (20,88%),

---

23 Oskar Angelus, Die Russifizierung Estlands, in: Acta Baltica 7 (1967), S. 103. In der Literatur werden sehr unterschiedliche Zahlen angegeben: Parming, Konsequenzen (wie Anm. 12), S. 23, Anm. 9, nennt als offizielle sowjetische Angabe die Zahl 81 900, hält aber die Zahl 71 500 für realistischer. Detaillierte Angaben und nationale Zusammensetzung der Bevölkerung dieser Gebiete in: Eesti-Vene piir (Die estnisch-russische Grenze). Tallinn 1993, S. 85 u. 89.

24 Raun, Estonia (wie Anm. 18), S. 179, und Parming, Konsequenzen (wie Anm. 12), S. 23, geben die Zahl 80 000 an. Zur Diskussion der Zahlen vgl. Raun, Estonia (wie Anm. 18), S. 179. Rein Taagepera, Estonia. Return to Independence. Boulder (u.a.) 1993, S. 81, nennt als minimale Zahl 20 000.

25 Henn-Jüri Uibopuu, Estland unter der Sowjetherrschaft und auf dem Wege zur Unabhängigkeit, in: Die baltischen Nationen (wie Anm. 9), S. 113 f. 1970 lebten 89,29% aller Russen in Städten, 1989 91,97%; s. Statistikaamet (wie Anm. 8).

Sillamäe (3,19%) und im unterdessen geräumten Nuklear-Stützpunkt Paldiski (2,42%). Aber auch in Tallinn betrug der estnische Bevölkerungsanteil bereits 47,44%.[26] Da Narva, Sillamäe und Kohtla-Järve im Nordosten Estlands liegen, läßt sich sagen, daß dieses Gebiet ethnisch gesehen bereits russisch geworden ist. Diese Tatsache sollte für die künftige Entwicklung der Republik nicht unterschätzt werden. Durch die Folgen der im Krieg und in den Nachkriegsjahren erlittenen Verluste unter der estnischen Bevölkerung, aber auch durch die Tatsache, daß die Geburtenrate der Esten seit Mitte des 19. Jahrhunderts, abgesehen von einigen Schwankungen, kontinuierlich sinkt,[27] wurde die massenhafte Einwanderung aus der RSFSR zum existenzbedrohenden Faktor für das estnische Volk, das auf seinem eigenen Territorium zunehmend zur Minderheit zu werden drohte.

Nach dem Krieg wurden Fabriken und Industriekomplexe erbaut. Für solche Industrialisierungsmaßnahmen bot Estland gute Voraussetzungen: Zum einen war es nach dem Zweiten Weltkrieg ökonomisch relativ gut entwickelt, verfügte über eine leistungsfähige Infrastruktur und ein hohes Bildungsniveau der ansässigen Bevölkerung. Zum anderen war hier der Lebensstandard — verglichen mit den Auswanderungsgebieten — höher, so daß die Ansiedlung von Einwanderern ohne Zwangsmaßnahme erfolgen konnte.[28] Kontinuierlich wanderten seither Menschen aus Rußland nach Estland ein. Während der Anteil der Russen 1934 lediglich 8,2% betragen hatte, waren es 1959 bereits 20,1%, 1979 27,9% und 1989 30,33%, das sind rund 475 000 Personen.[29]

Es ist an dieser Stelle nicht möglich, die hier lediglich angedeuteten historischen Ereignisse während des Krieges und die Sowjetisierung, welche nach dem Krieg alle Lebensbereiche Estlands erfaßte, näher auszuführen. Allein die Zahlen zeigen, daß sich diese erdrutschartigen demographischen Verschiebungen zuungunsten der Esten unter normalen Umständen nicht hätten vollziehen können. Dieselbe Macht, welche den Esten im Krieg enormes Leid zugefügt hatte, schickte nun Tausende ihrer Leute nach Estland; diese nahmen dort im öffentlichen Leben Schlüsselstellungen ein und veränderten die Lebensbedingungen zu ihren Gunsten. Dieser historisch und psychologisch schwerwiegende Hintergrund erklärt, war-

---

26 Alle Zahlen zit. nach Statistikaamet (wie Anm. 8).

27 Kalev Katus, Demographic Development in Estonia through Centuries. Tallinn 1989, S. 6.

28 Uibopuu, Estland (wie Anm. 25), S. 113 f.; Parming, Konsequenzen (wie Anm. 12), S. 27.

29 Schlau, Wandel (wie Anm. 9), S. 376.

um das Verhältnis zwischen Esten und den russischsprachigen Einwanderern — die ihrerseits von der sowjetischen Besatzungsmacht instrumentalisiert und als Kulturbringer und Befreier des estnischen Volkes in Estland angesiedelt worden waren — belastet ist und nicht frei von Ressentiments sein kann. Der Kern des Minoritätenproblems in Estland liegt m.E. hier begründet und bedarf einer intensiven Aufarbeitung sowohl von estnischer als auch von russischer Seite. Auf dem hier skizzierten Hintergrund sollen nun die Minderheitenfrage, wie sie sich in Estland seit der wiedererlangten Unabhängigkeit stellt, aufgezeigt und die estnische Minderheitenpolitik im Spannungsfeld endogener und exogener Sachzwänge dargelegt werden.

Als im März 1985 Michail Gorbačëv zum Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ernannt wurde und wenig später seine Politik der Glasnost' und Perestrojka einleitete, nutzten auch die Esten die Gunst der Stunde. Seit 1986 setzte eine Emanzipationsbewegung ein, die anfänglich von den Intellektuellen getragen wurde, zunehmend in der Bevölkerung Fuß faßte und sich zu einer eigentlichen Massenbewegung entwickelte. Bis zu 300000 Menschen nahmen an den friedlichen, von der Volksfront (einem Sammelbecken oppositioneller, reformwilliger Organisationen und Gruppierungen) organisierten Demonstrationen teil, auf denen sie vielfach singend — daher der Name „Singende Revolution" — ihrem Wunsche nach Unabhängigkeit und Freiheit Ausdruck verliehen. Langjährige Tabus wurden laut hinterfragt, und es wurde öffentlich über die Mißstände in der sowjetischen Gesellschaft nachgedacht. In diesem Prozeß wurde auch die Nationalitätenfrage im Baltikum zum vieldiskutierten Thema, denn man hatte erkannt und erfahren, daß diese — ganz im Widerspruch zur offiziellen sowjetischen Doktrin — ein bedeutendes und problematisches Thema war.

Als Estland 1991 seine Unabhängigkeit wiedererlangte, war es eine der vordringlichsten Aufgaben des Staates, die Staatsbürgerfrage zu regeln. Das Hauptproblem bestand in der Bestimmung des Staatsvolkes. Man war bestrebt, die nationalstaatliche Kontinuität zu dem im Juni 1940 von der Sowjetunion völkerrechtswidrig annektierten Staatswesen wieder herzustellen. Folgerichtig wollte man an den Personenverband der Staatsangehörigen von 1940 anknüpfen. Dieser Schritt war darum sehr wichtig, weil die Akzeptanz des Staates durch die Mehrheit seiner Staatsbürger wichtigste Grundlage für die Stabilität des Staates und dessen nationale und kulturelle Identität ist.[30] Gleichzeitig mußte man aber auch die demographischen Folgen der sowjetischen Besatzungszeit berücksichtigen. Maßnah-

[30] Levits, Ausländer- und Minderheitenpolitik (wie Anm. 6), S. 38.

men, wie sie seither von den politisch Verantwortlichen in Estland ergriffen wurden, zeigen deutlich, daß man die Probleme schon früh erkannt hatte.

Von der Staatsbürgerbewegung zum Staatsbürgergesetz

1988/89 entstand in Estland die Staatsbürgerbewegung,[31] deren Ziel es war, die Legalisierung der Annexion der baltischen Staaten durch die Sowjetunion sowie die Manipulation der Parlamentswahlen zu verhindern. Da die baltischen Staaten unter Verstoß gegen das Völkerrecht annektiert worden waren, existierten sie de jure weiter. Die Konsequenz daraus war die Weiterexistenz ihrer Staatsbürgerschaft auch während der sowjetischen Okkupationszeit. Auf diesem Hintergrund war die sowjetische Staatsbürgerschaft, welche den Esten 1940 verliehen wurde, rechtlich ungültig. D.h. sie waren weiter Staatsbürger Estlands geblieben und gaben die Staatsbürgerschaft, die sie durch Geburt erworben hatten, ihren Nachfahren weiter.[32] Die durch die Sowjetunion angesiedelten Immigranten anderer Unionsrepubliken in Estland waren rechtlich gesehen Staatsbürger der UdSSR. Sie konnten sich in Estland nicht einbürgern, da dieses seit der Annexion keine eigene Staatsgewalt mehr besessen hatte. In den baltischen Unionsrepubliken waren nach sowjetischem Wahlrecht alle zu den Wahlen zugelassen, die sich in der Republik aufhielten: die Staatsbürger der jeweiligen baltischen Republik, sowjetische Staatsbürger, Armeeangehörige sowie Durchreisende aus anderen Teilen der UdSSR. Diese Regelung verstieß aber gegen das Prinzip des demokratischen Selbstbestimmungsrechts, nach welchem nur eigene Staatsangehörige zentrale politische Staatsorgane wählen dürfen. Die Gefahr der Verfälschung des politischen Willens der eigenen Staatsbürger bei den Parlamentswahlen war in Estland durch die große Zahl der dort lebenden sowjetischen Staatsbürger beträchtlich.

Die Aufgabe der Staatsbürgerbewegung war es, zunächst alle estnischen Staatsbürger und Staatsbürgerinnen zu registrieren. Dazu waren auch im Exil lebende Esten zugelassen. Zu den Staatsbürgern Estlands gehörten zum damaligen Zeitpunkt also auch Russen und Angehörige anderer nationaler Minderheiten, wenn diese bzw. deren Vorfahren bereits vor der

---

31 Die Ausführungen dieses Abschnitts stützen sich auf Egil Levits, Die Staatsbürgerbewegungen in Estland und Lettland, in: Baltica (1990), Nr. 3, S. 8-12.

32 Völker- und staatsrechtliche Aussagen gelten gleichermaßen auch für Lettland und Litauen.

sowjetischen Annexion in Estland gelebt hatten. Umgekehrt gab es aber auch Esten, die sowjetische Staatsbürger waren, nämlich jene, die nach 1940 aus der Sowjetunion nach Estland zurückgekehrt waren. Staatsbürger anderer Nationalitäten konnten sich in den Republiken als Kandidaten registrieren lassen, falls sie nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit die Staatsbürgerschaft Estlands erwerben wollten. Damit wurde — aus demographisch einleuchtenden Gründen — ein freies Optionsrecht nach dem Vorbild Litauens[33] ausgeschlossen, wonach die sowjetischen Staatsbürger ihre Staatsangehörigkeit hätten wählen können.

Im Februar 1992 setzte das Parlament in Estland das modernisierte Staatsbürgergesetz von 1938 wieder in Kraft.[34] Damit wurden automatisch jene Personen stimmberechtigte Staatsbürger Estlands, die in den Jahren von 1918–1940 das estnische Bürgerrecht besessen hatten, sowie deren direkte Nachfahren.[35] Personen, die zwischen 1940 und 1991 in die Republik gekommen waren, konnten nun das Bürgerrecht erwerben, wenn sie mindestens zwei Jahre in Estland gelebt hatten[36] und ein Examen ablegten, in welchem ihre Kenntnisse der Sprache,[37] der Kultur und der Verfassung geprüft wurden.[38] Wer schon seit zehn Jahren in Estland gelebt hatte, mußte den Sprachtest nicht mehr ablegen.[39] Die Folge dieses neuen Gesetzes war, daß 1992 zahlreiche Russen nicht am Volksentscheid über eine neue estnische Verfassung und auch nicht an den Parlamentswahlen vom September 1992 teilnehmen konnten. Dies wiederum bedeutete, daß in einigen Städten mehr als die Hälfte der Bewohner nicht zu den Urnen gehen konnte,[40] so z.B. in der estnisch-russischen Grenzstadt Narva, wo der Prozentsatz gar bei 96% lag.

Daß der Protest gegen das Staatsbürgergesetz in dieser Stadt besonders groß war, verwundert daher nicht. Der Abgeordnete des Stadtsowjets von Narva, Juri Aleksandrovič Mišin, sprach denn auch von einer „klaren Diskriminierung".[41] Auf den ersten Blick mag dies sogar verständlich sein.

---

33 Die russische Minderheit in Litauen machte 1989 lediglich 9,4%, die der Polen 7% der Gesamtbevölkerung aus; vgl. Schlau, Wandel (wie Anm. 9), S. 377.

34 Eesti päevaleht Nr. 16 vom 26. Februar 1992, S. 1 u. 7.

35 Vgl. auch Neue Zürcher Zeitung (NZZ) Nr. 254 vom 31. Oktober 1992, S. 7.

36 Staatsbürgergesetz der Republik Estland von 1938, Art. 6 / 2.

37 Das Staatsbürgergesetz von 1938 bzw. 1992 hält fest, daß Staatsbürger Estlands die estnische Sprache beherrschen müssen, Art. 6 / 3. Die Modalitäten über die Sprachkenntnisse werden in einem separaten Gesetz festgelegt, welches verschiedene Qualifikationsstufen vorsieht.

38 Süddeutsche Zeitung vom 19. August 1992; vgl. auch Tages Anzeiger Zürich Nr. 137 vom 16. September 1992.

39 NZZ Nr. 254 vom 31. Oktober 1992, S. 7.

40 Wahlgesetz der Republik Estland vom 6. April 1992, Art. 2 / 1.

41 NZZ Nr. 254 vom 31. Oktober 1992, S. 7.

Auch bei westlichen Beobachtern stieß das neue Gesetz auf Unverständnis. Damit seien die betroffenen Menschen zu Einwohnern zweiter Klasse geworden. Es habe zur Folge, daß ein Drittel der Bevölkerung Estlands staatenlos geworden und von jeder politischen Betätigung oder Repräsentation ausgeschlossen sei. Auch Kenntnisse der estnischen Sprache würden noch nicht gewährleisten, daß man die Staatsbürgerschaft bekomme, diese müsse beantragt werden, wurde beklagt.[42] Es sei auf diesem Hintergrund nicht verwunderlich, daß bisher wenige in Estland lebende Russen die Staatsbürgerschaft beantragt hätten, „sie haben sich zu großen Teilen für die Unabhängigkeit Estlands eingesetzt — warum sollen sie die Staatsbürgerschaft in einem Lande beantragen, als dessen Bürger sie sich längst betrachten?"[43], wurde mit empörtem Unterton gefragt. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß sich in Estland russische Kreise für die Unabhängigkeit des Staates eingesetzt hatten. Daß diese Personen aber so ohne weiteres und ohne Differenzierung mit dem oben erwähnten „staatenlosen" Drittel gleichgesetzt werden können, muß bezweifelt werden.[44]

Gerade das Beispiel Narva zeigt, daß die neue Gesetzgebung über die Staatsbürgerschaft nicht nur historisch und juristisch begründet, sondern auch notwendig ist: Als nämlich am 3. März 1991 bei einer Umfrage über die Wiederherstellung der estnischen Unabhängigkeit abgestimmt wurde, waren in Narva bei einer Stimmbeteiligung von 70% lediglich 25,5% für die Unabhängigkeit, während der Landesdurchschnitt bei knapp 78% lag.[45] Bereits damals erklärten die Behörden von Narva, daß sie die estnischen Gesetze nicht anerkennen, sondern sich weiterhin an die sowjetische Gesetzgebung halten würden. Dementsprechend wehten in Narva an den öffentlichen Gebäuden weiterhin sowjetische und sowjetestnische Flaggen anstelle der offiziellen estnischen Nationalfahne. Daß diese dem estnischen Staate gegenüber unloyalen Gruppen dem Aufbau Estlands hinderlich sein könnten, scheint plausibel und die neue Gesetzgebung daher auch sinnvoll. Daß ein Russe, der die estnische Sprache beherrscht, sich schwer tut, die Staatsbürgerschaft Estlands zu beantragen, muß wohl ebenfalls bezweifelt werden, denn allein der Umstand, daß er bereits Estnisch kann, dokumentiert ein gewisses Interesse an diesem Land.

Das Staatsbürgergesetz von 1938 wurde mehrfach aktualisiert und revidiert,[46] bis am 19. Januar 1995, nach langwierigen Querelen, vom Parla-

---

42 Karl Schlögel, Die neuen Grenzen, in: Die Zeit Nr. 49 vom 27. November 1992, S. 88.

43 Ebenda.

44 Vgl. dazu den Aufsatz von Aksel Kirch, Marika Kirch (u.a.), Russians in the Baltic States, in: Journal of Baltic Studies 24 (1993), Nr. 2, S. 173-188.

45 The Estonian Independent Nr. 49 vom 7. März 1991, S. 3.

46 So wurden z.B. im April 1992 als Zusatz zum Gesetz Bestimmungen für das Naturalisationsverfahren festgelegt; vgl. Riigi teataja (Staatsanzeiger) (1992), Nr. 13, S. 212.

ment ein neues, den heutigen Gegebenheiten angepaßtes Staatsbürgergesetz verabschiedet wurde, das sich allerdings weitgehend am Gesetz von 1938 orientiert.[47] Im Unterschied zur älteren Version müssen jetzt jene Personen, welche die estnische Staatsangehörigkeit beantragen, mindestens fünf Jahre vor und ein Jahr nach der Registrierung ihres Antrages in Estland gelebt haben.[48] Die Anforderungen bezüglich der Estnischkenntnisse sind in § 8 festgelegt. Es wird dabei vor allem darauf Wert gelegt, daß sich künftige Staatsbürger und Staatsbürgerinnen im öffentlichen Leben zurechtfinden, Bekanntmachungen, Hinweise, Anordnungen und Nachrichten verstehen und selber Meinungen und Bedürfnisse formulieren und schriftlich abfassen können.[49] Auch im Umgang mit amtlichen Formularen werden Estnischkenntnisse verlangt.[50] Die estnische Staatsordnung, die Grundrechte und Pflichten eines jeden Menschen sowie die Kompetenzen des Parlaments, des Staatspräsidenten, der Regierung und der Gerichte Estlands müssen den Antragstellern vertraut sein. Wie der Antrag für die Verleihung der estnischen Staatsbürgerschaft abzufassen ist und welche zusätzlichen Papiere dazu eingereicht werden müssen, wird in § 12 genauestens ausgeführt.[51]

Das vorliegende Staatsbürgergesetz kann auf alle Fälle als demokratisch und tolerant beurteilt werden. Lediglich die Erhöhung des Wohnzensus von zwei auf fünf Jahre im Vergleich zum Gesetz von 1938 bzw. 1992 könnte als Verschärfung gesehen werden. Aber auch in diesem Punkt entspricht das Gesetz durchaus dem europäischen Standard. Ebenso könnte die Tatsache, daß das Gesetz eine doppelte Staatsbürgerschaft nicht vorsieht, stören. Diese Bestimmung ist aber um so dringlicher, als Rußland eine solche offensiv propagiert.[52] Dennoch riefen die Modalitäten zur Erlangung der estnischen Staatsbürgerschaft in weiten Kreisen der russischsprachigen Bevölkerung vehementen Protest und Mißmut hervor.

Die Minderheitenschutzgesetzgebung

Die Brisanz der Nationalitätenfrage im eigenen Lande war den Esten immer bewußt. Das aufoktroyierte „friedliche" Zusammenleben von Esten

---

47 Cornelius Hasselblatt, Zum neuen estnischen Staatsangehörigkeitsgesetz, in: WGO. Monatshefte für Osteuropäisches Recht 37 (1995), H. 1-2, S. 78.
48 § 6 / 1, in: Riigi teataja (1995), Nr. 12, S. 411.
49 Ebenda, S. 412.
50 Ebenda.
51 Ebenda, S. 413.
52 Hasselblatt, Staatsangehörigkeitsgesetz (wie Anm. 47), S. 78.

und Russen während der 50jährigen Besatzungszeit verschärfte das Problem wohl eher, als daß es zu einer tatsächlichen Völkerfreundschaft, wie sie die sowjetische Doktrin vorsah, beitrug. Seit Beginn des politischen Umbruchs und der zunehmenden Emanzipation der Esten von der Sowjetmacht stand u.a. das Nationalitätenproblem im Zentrum des politischen Lebens. Zuerst wurde es von der Intelligenz und den Kulturschaffenden aufgegriffen.[53] Im Manifest der Volksfront Estlands, das im Oktober 1988 verabschiedet wurde, heißt es: „Wir garantieren allen in Estland lebenden Nationalitäten eine freie Entwicklung, unter der Voraussetzung, daß das Recht der Esten als der Grundbevölkerung anerkannt wird, über ihr Schicksal zu entscheiden."[54]

Art. 50 der estnischen Verfassung von 1938 bzw. 1992 hält fest, daß nationale Minderheiten in Estland in Übereinstimmung mit dem Minderheitenschutzgesetz das Recht haben, ihre selbstverwaltete Kulturautonomie auszuüben.[55] Am 11. November 1993 dann wurde das „Gesetz über die Kulturautonomie der nationalen Minderheiten" verabschiedet. Als nationale Minderheit werden darin estnische Staatsbürger betrachtet, die auf dem Territorium Estlands leben, über langzeitige, feste Verbindungen mit Estland verfügen, sich jedoch in ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihren kulturellen Traditionen, ihrer Religion oder Sprache von den Esten unterscheiden und den Wunsch haben, gemeinsam ihre kulturelle Tradition, ihre Religion oder Sprache, die die Grundlage ihrer gemeinsamen Identität darstellen, zu bewahren. Eine Person, die einer nationalen Minderheit angehört, hat das Recht, ihre eigene ethnische Zugehörigkeit, ihre kulturellen Traditionen, ihre Muttersprache und ihre Konfession zu bewahren. Die Diskriminierung Angehöriger nationaler Minderheiten ist verboten. Die Verunglimpfung sowie die Verhinderung der Ausübung von Bräuchen der Nationalkultur und von religiösen Handlungen ist verboten, ebenso die gewaltsame Assimilierung der nationalen Minderheiten.[56] (Eben solche Erfahrungen, welche die Esten als nationale Minderheit in der Sowjetunion gemacht hatten, sollten sich im unabhängigen Estland

---

53 Tiit Made, Eesti ärkab ja võitleb (Estland erwacht und kämpft). Stockholm 1988, S. 121.

54 Eestimaa Rahvarinde manifest (Manifest der Volksfront Estlands), in: Rahvakongress. Eestimaa Rahvarinde kongress 1.–2.X.1988. Materjalide kogumik (Kongreß der Volksfront Estlands vom 1.–2. Oktober 1988. Materialsammlung). Tallinn 1988; vgl. auch: Eestimaa Rahvarinde üldprogramm (Gesamtprogramm der Volksfront Estlands), in: Ebenda, S. 179.

55 Eesti Vabariigi Põhiseadus (Grundgesetz der Republik Estland). Tallinn 1992, S. 18.

56 Vähemusrahvuse kultuuriautonoomia seadus (Gesetz zur Kulturautonomie der Minderheiten), § 1, in: Riigi teataja (1993), Nr. 71, zit. in: Postimees Nr. 4 vom 5. Januar 1994, S. 7.

nicht wiederholen.) Die Angehörigen nationaler Minderheiten haben das Recht, nationale Kultur- und Bildungseinrichtungen, nationale Organisationen sowie Religionsgemeinschaften aufzubauen, nationale Traditionen und religiöse Kulthandlungen auszuüben, ihre Muttersprache als Verkehrssprache zu benutzen, Druckerzeugnisse in der Nationalsprache zu verlegen und Informationen in der Muttersprache zu verbreiten.[57]

Hauptziel der Kulturselbstverwaltung einer nationalen Minderheit ist die Organisation und Überwachung des muttersprachlichen Unterrichts, die Errichtung und Organisation kultureller Institutionen, die Gründung von Fonds und die Verleihung von Stipendien zur Förderung der Kultur und der Bildung ihrer Angehörigen.[58] In Abschnitt III des Gesetzes werden die Führungsorgane der Kulturselbstverwaltung und ihre Errichtung behandelt. Es wird genau erläutert, wie der Kulturrat gewählt wird und welche Bedingungen für die Wahl erfüllt sein müssen. Der im Gesetz definierte Nationalkataster der jeweiligen nationalen Minderheit bildet die Grundlage für die Beantragung der Kulturselbstverwaltung. In dem Nationalkataster, der von den Kulturvereinen und Verbänden erstellt wird, sind von der Regierung der Republik festgelegte Angaben über die Person aufgeführt, welche im Kataster eingetragen sein möchte. Die Wahl zum Kulturrat ist dann gültig, wenn mehr als 50% der in die Wahlverzeichnisse eingetragenen Personen an der Wahl teilgenommen haben. Auf der ersten Sitzung des Kulturrates wird mit der Mehrheit der Stimmen das Statut der Kulturselbstverwaltung verabschiedet.[59] Die Finanzierung der Kulturautonomie erfolgt durch Zuweisung aus dem Staatsbudget, aus zweckgebundener Unterstützung aus dem Budget der örtlichen Selbstverwaltung, aus Teilsteuern, deren Umfang der Kulturrat bestimmt, aus Unterstützungen (auch ausländischen) und Schenkungen.[60]

Das Ausländergesetz

Die Möglichkeit — ob als Este oder Angehöriger einer nationalen Minderheit —, Staatsbürger und Staatsbürgerin Estlands zu sein bzw. zu werden, hat automatisch und wie in den meisten anderen Ländern den Status des Ausländers bzw. der Ausländerin geschaffen. Am 8. Juli 1993 verab-

57 Seadus (wie Anm. 56), § 2 u. 3.
58 Ebenda, § 5.
59 Ebenda, Abschnitt III, §§ 10 ff.
60 Ebenda, Abschnitt IV, § 27.

schiedete das estnische Parlament — in zweiter Lesung[61] — ein neues Ausländergesetz,[62] nach welchem jede Person, die nicht im Besitz der estnischen Staatsbürgerschaft ist, als Ausländer gilt. Von diesem Gesetz betroffene Bewohner Estlands müssen alle fünf Jahre erneut um eine Aufenthaltsbewilligung ersuchen.[63]

Als Reaktion auf das estnische Ausländergesetz, das konsequenterweise zur Folge hatte, daß schlagartig ein Großteil der russischsprachigen Immigranten zu Ausländern geworden war, kündigten die Stadträte von Narva und Sillamäe ein Referendum an, das am 17. und 18. Juli 1993 durchgeführt wurde. Abgestimmt wurde über die Frage, ob innerhalb der Republik Estland autonome Einheiten gebildet werden sollten.[64] Die Stimmbeteiligung lag in beiden Städten etwas über 50%, davon befürworteten über 90% das Autonomiestatut,[65] wobei allerdings auch Unregelmäßigkeiten zu beobachten waren: Für einen Paß waren mehrere Stimmzettel abgegeben worden.

Die schwache Stimmbeteiligung versuchte ein Politiker Narvas mit Einschüchterungsversuchen von seiten der estnischen Regierung zu begründen und drohte, vor internationalen Gerichten zu klagen, falls der estnische Oberste Gerichtshof das Referendum für ungültig erklären würde.[66] Ein hoher Beamter des russischen Außenministeriums warnte daraufhin, die Probleme in Narva und Sillamäe trotz des dürftigen Resultates ernst zu nehmen.[67] Daß die Politiker der beiden Städte den Autonomiestatus wünschten, nicht aber den Anschluß an Rußland, was mit der dortigen chaotischen wirtschaftlichen Situation und damit verbunden einem erneuten wirtschaftlichen Abstieg zusammenhängen dürfte, zeigt, daß es bei solchen Protestaktionen vorerst weniger um durchdachte neue Konzepte ging, als vielmehr um Unmutsäußerungen über verlorene Privilegien.

Die wichtigsten Gesetze, welche im Zusammenhang der hier behandelten Thematik stehen, nämlich Staatsbürgergesetz, Minderheitenschutzgesetz und Ausländergesetz, können in keinem Punkt als menschenrechtsverlet-

---

61 Die erste Fassung vom 21. Juni 1993, vgl. Postimees Nr. 143 vom 22. Juni 1993, S. 1, wurde nach vehementer internationaler Kritik von Staatspräsident Lennart Meri am 6. Juli ans Parlament zurückverwiesen und mußte neu überarbeitet werden; s. The Baltic Independent Nr. 169 vom 9.–15. Juli 1993, S. 1.

62 Riigi teataja (1993), Nr. 44, S. 637.

63 Eesti päevaleht Nr. 48 vom 25. Juni 1993, S. 1 u. 7; Postimees Nr. 143 vom 22. Juni 1993, S. 1.

64 Postimees Nr. 163 vom 20. Juni 1993, S. 1.

65 NZZ Nr. 164 vom 19. Juli 1993, S. 2.

66 Ebenda.

67 Postimees Nr. 163 vom 20. Juni 1993, S. 1.

zend oder intolerant bezeichnet werden. Sie ermöglichen nationalen Minderheiten in Estland, ihre kulturelle Identität zu pflegen, sie ermöglichen Ausländern, auf relativ einfachem Weg die estnische Staatsbürgerschaft zu erlangen, und liegen im internationalen Vergleich durchaus im Rahmen.[68]

Eine UNO-Menschenrechtskommission, welche im Februar 1993 Estland besuchte, stellte denn auch fest, „daß die Integration der Prinzipien der Demokratie und Menschenrechte in der estnischen Gesellschaft garantiert" sei,[69] und in der in Stockholm erscheinenden Zeitung „Eesti päevaleht"[70] wies der schwedische Reichstagsabgeordnete Bertil Hanson darauf hin, daß in Estland die nationalen Minderheiten gut behandelt würden; er konstatierte, daß man in Estland bereits nach zwei Jahren Aufenthalt im Lande (heute fünf; S. G.) die estnische Staatsbürgerschaft beantragen könne, während diese Frist in Schweden fünf Jahre, in Deutschland zehn und in der Schweiz gar 15 Jahre betrage.

Eine gute Gesetzgebung ist zwar eine dringliche Voraussetzung für die Bewältigung anstehender Probleme eines Staates bzw. eines Volkes, löst diese indessen allein durch ihre Existenz noch nicht. Die Gesetze müssen zum einen anerkannt und durchgesetzt werden. Zum anderen versagen sie da, wo anstehende sozialpsychologische Probleme einen gesellschaftlichen Konsens verhindern. Daß in Estland Probleme solcher Art nicht zu unterschätzen sind, wurde eingangs bereits erwähnt. Darauf soll im folgenden das Augenmerk gelegt werden.

Die Rolle der russischen Minderheit

Nachdrücklich muß an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß die Russen in Estland bezüglich Weltanschauung und Identität keinen homogenen Block darstellen.[71] In diesem Sinne ist es falsch, wenn in den Medien und selbst in Estland immer wieder von *den* Russen gesprochen wird. Neben der zahlenmäßig größten Gruppe der in sowjetischer Zeit eingewanderten Russen waren seit den 60er Jahren auch liberale russische und jüdische Intellektuelle nach Estland immigriert, welche das Selbständigkeitsstreben der Völker im Baltikum unterstützten.[72] Eine weitere Gruppe bil-

---

68 Vgl. Marika Kirch, Aksel Kirch, Ethnic Relations: Estonians and Non-Estonians, in: Nationalities Papers 23 (1995), Nr. 1, S. 44.

69 Baltic News Service, Februar 1993.

70 Eesti päevaleht Nr. 19 vom 10. März 1993.

71 Kirch, Relations (wie Anm. 68), S. 46.

72 Ein bekanntes Beispiel hierfür war der berühmte Semiotiker und Slavist Juri Lotman, der schon 1950 aus Leningrad nach Tartu kam und an der dortigen Universität tätig

den jene, die schon seit Generationen in diesem Raum leben, estnische Staatsbürger sind, verwurzelt und im gesellschaftlichen Leben weitgehend integriert sind. Politisch gesehen gibt es auf der einen Seite demokratisch denkende Kräfte, welche z.B. in der „Russischen Demokratischen Bewegung" vertreten sind, und auf der anderen Seite Imperiums-Anhänger, die sich für Vertreter eines Riesenreiches hielten und z.T. noch immer halten.[73] Im folgenden Abschnitt ist von der größten Gruppe, den russischen Immigranten die Rede.

Eine wichtige Voraussetzung, daß die oben zitierten Gesetze in der Gesellschaft Estlands auch wirksam werden könnten, wäre vor allem ein hierfür vorhandenes Bewußtsein unter den russischen Einwanderern. Daß ein solches offenbar noch wenig ausgeprägt ist, zeigt der Umstand, daß sich bis Ende Januar 1995 nur ein kleiner Anteil von ihnen für die Erlangung der estnischen Staatsbürgerschaft eingesetzt hat. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten 48491 Ausländer (bei einem Anteil von 400000 bis 500000) die estnische Staatsbürgerschaft durch Naturalisation erhalten.[74]

Ähnlich verhält es sich bei der Antragstellung für eine Ausländer-Aufenthaltsbewilligung. Bis zum 12. Juli 1995 hätten die von der ehemaligen Sowjetadministration für Nichtesten abgegebenen Einwohnerausweise durch estnische Arbeits- und Aufenthaltsbewilligungen ersetzt werden müssen. Viele, vor allem russische Ausländer waren jedoch bei den zuständigen Ämtern nicht termingerecht vorstellig geworden. Bis Ende Juni hatten nach Angaben des estnischen Einbürgerungs- und Migrationsamtes 327737 Personen den Antrag auf Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung gestellt, was ungefähr 80-90% aller Ausländer entspricht.[75] Für die unbefriedigende Zahl an Gesuchstellern gibt es äußere Gründe, daß etwa die zuständigen Behörden bei der Bearbeitung von Anträgen an Kapazitätsgrenzen stießen oder daß Rentner mit den bürokratischen Vorgaben Probleme hatten und darum einfach von einem Antrag absahen. Solchen Problemen möchte die estnische Regierung durch eine Verschiebung des Anmeldeschlusses entgegenwirken.[76]

---

war. Er schrieb die Präambel für die erste Variante des Sprachgesetzes, welche selbst den Esten zu radikal war; vgl. Postimees Nr. 251 vom 1. November 1993, S. 2 u. 14.

73 Hanon Barabaner, in: Hommikuleht Nr. vom 7. April 1993, zit. nach Osteuropa (1994), Nr. 44, S. A152.

74 Hommikuleht Nr. 29 vom 6. Februar 1995, S. 3. Zum selben Zeitpunkt hatten laut Angaben der russischen Botschaft in Tallinn 61401 Personen die russische Staatsbürgerschaft erhalten (ebenda, S. 3).

75 Postimees Nr. 159 vom 14. Juli 1995, S. 1. Die genaue Zahl an Ausländern ist nicht bekannt; die NZZ Nr. 161 vom 14. Juli 1995, S. 3, nennt die Zahl 276000, was eher unrealistisch sein dürfte.

76 NZZ Nr. 161 vom 14. Juli 1995, S. 3.

Schwerer als administrative Tücken dürfte jedoch die Tatsache wiegen, daß viele der in Estland lebenden Russen erst mit der wiedererlangten Unabhängigkeit realisierten, daß sie auf dem Territorium eines souveränen Staates leben und sich gezwungenermaßen für diese oder jene Staatsangehörigkeit entscheiden mußten.[77] Und auch wenn sie dies realisiert haben, so heißt das noch nicht, daß sie die Notwendigkeit solcher Gesetze auch einsehen. Die Sozialisation, welche sich hinter ihrer Einstellung verbirgt, dürfte sehr viel tiefer gehen, als daß sie mit Gesetzen und Vorschriften so einfach aus der Welt zu schaffen wäre.

Mit der massenhaften Immigration aus Rußland nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die estnische Gesellschaft auch mit der Mentalität des „homo sovieticus" konfrontiert, welche für sie ein völliges Novum darstellte und welche in krassem Gegensatz zum gesellschaftlichen Leben in der Republik Estland stand. In seiner empirisch fundierten soziologischen Analyse über die Sowjetmenschen[78] beschreibt Juri Lewada dieselben als entindividualisiert, allem Elitären und Einzigartigen entgegengestellt, der Kontrolle von oben zugänglich, „primitiv" in bezug auf eigene Bedürfnisse, ein für alle Mal erschaffen und leicht regierbar.[79] Bezeichnend für den homo sovieticus sei seine staatlich-paternalistische Orientierung[80] und sein „imperialer Charakter"[81].

Vom Russischen Reich übernahm die Sowjetunion das Prinzip der transnationalen Organisation, welche sich vorzugsweise auf eine russische oder russifizierte Elite stützte. Diese trat dabei aber nicht so sehr als nationales, sondern vielmehr als universales, organisierendes und modernisierendes Element auf. Die paternalistischen Belastungen hätten bei dieser Elite zu Frustrationen ihrer eigenen nationalen Identität und zu Krisenherden der national-politischen Konsolidierung bei nichtrussischen Völkern an der Peripherie des sowjetischen Imperiums geführt.[82] Diese Haltung spiegelt auch eine während des Umbruchs durchgeführte Umfrage wider, in welcher sich 63% der in Rußland und 66% der in nichtrussischen Republiken lebenden Russen als Bürger der UdSSR bezeichneten und nur 25% als solche Rußlands. Im Unterschied dazu hielten sich lediglich 3% der Esten für Sowjetbürger, hingegen 97% für Bürger Estlands.[83]

---

77 Vgl. Kirch, Relations (wie Anm. 68), S. 44.
78 Juri Lewada, Die Sowjetmenschen 1989–1991. München 1993. Die russische Originalausgabe erschien 1991 in Moskau unter dem Titel „Der einfache Sowjetmensch".
79 Ebenda, S. 9.
80 Ebenda, S. 17.
81 Ebenda, S. 24.
82 Ebenda, S. 24.
83 Ebenda, S. 53.

Und längst nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit — 1993 — waren nur 38% der in Estland lebenden Russen der Meinung, daß sie einer nationalen Minderheit angehörten.[84]

Die Wurzeln des hier beschriebenen Menschentypus reichen weit in die russische Geschichte zurück und können an dieser Stelle nicht ausführlich gezeigt werden.[85] Blickt man jedoch an den Anfang der sowjetischen Geschichte, auf die Russische Revolution, läßt sich diesbezüglich festhalten, daß als deren Ergebnis eine Eliminierung praktisch aller sozialen Eliten stattfand. Betroffen waren der Adel, die imperiale Bürokratie, die städtischen und ländlichen Mittelschichten, der Klerus und auch jene Menschen, welche den revolutionären Umschwung unterstützt und durchgeführt hatten.[86] Die sowjetisierte Zeit war gekennzeichnet durch Auflösung der Bauernschaft, Landflucht, neue kasernenartige Industriestädte und die Schaffung eines riesigen und wenig effektiven Bürokratieapparates. In dieser Atmosphäre bildeten sich die Menschentypen, die die „normative" Konfiguration des Sowjetmenschen ausmachen.[87] Parallel dazu wurde ein System der Massenbildung und der Indoktrination unter gleichzeitiger Nachrichtensperre errichtet, in welchem die Bevölkerung lesen und schreiben lernte. Die direkte und strenge Gedankenkontrolle seitens der Behörden — so Lewada — schuf zwar nicht den vorgesehenen „neuen Menschen", begünstigte aber die Verteilung des menschlichen Potentials auf die Gesellschaft.[88] Gemäß Lewada gibt es lediglich eine Generation „vollkommener Sowjetmenschen", nämlich die, die zu Beginn der 30er Jahre ins soziale Leben eintrat und bis Mitte der 50er Jahre Schlüsselpositionen einnahm.[89] Sie dürfte das Gros der ersten Einwanderungswelle ausgemacht haben.

Diese Generation gehört heute zu den konservativsten und sich mit den alten Strukturen am meisten identifizierenden Schichten. Sie ist in „der Atmosphäre der terroristischen Modernisierung" erzogen worden und hat die sowjetischen Werte am tiefsten verinnerlicht.[90] Dieser Generation gehören diejenigen an, die Juri Lewada für die eigentlichen homines sovietici hält. Sie bezeichnen sich als „Sowjetmenschen", nicht als Russen,

---

84 33% bezeichneten alle ethnischen Gruppen außer der der Esten und der Russen als nationale Minderheit; vgl. Kirch, Relations (wie Anm. 68), S. 45.

85 Dazu z.B. die Studie von Gerhard Simon, Zukunft aus der Vergangenheit. Elemente der politischen Kultur in Rußland. Köln 1995 (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien. 10-1995.).

86 Lewada, Sowjetmenschen (wie Anm. 78), S. 29 f.

87 Ebenda, S. 30.

88 Ebenda.

89 Ebenda, S. 31.

90 Sonja Margolina, Rußland: Die nichtzivile Gesellschaft. Hamburg 1994, S. 174.

bevorzugen gewalttätige Methoden der Konfliktlösung, befürworten „Ordnung", eine starke Hand in der Politik und identifizieren sich mit der sozialen Ordnung des russisch-sowjetischen imperialen Staates, für dessen Kontinuität sie Garanten sind.[91]

Während sich im unabhängigen Estland der Zwischenkriegszeit eine demokratische Gesellschaftsordnung entwickelte, neben einem stark vom Estnisch-Nationalen geprägten kulturellen Leben auch Raum für die Entfaltung kultureller Eigenheiten von nationalen Minderheiten — einschließlich der russischen — gegeben war und im Bildungsbereich geradezu von einem Boom gesprochen werden kann, wurden im benachbarten Sowjetreich die Menschen nach der oben skizzierten Methode geformt. Die auf diese Art sozialisierten und vom sowjetischen Staat instrumentalisierten Menschen strömten nach dem Kriege nun zu Abertausenden nach Estland und zeichneten sich dadurch aus, daß sie kein Interesse an der Kultur des Landes hatten, in das sie immigriert waren, auch ihrer eigenen, russischen Kultur indifferent gegenüberstanden, sich aber dennoch als Befreier und Kulturbringer fühlten, welche dem Einwanderungsland Wohlstand und Fortschritt brachten.[92]

Daß das Aufeinanderprallen zweier derart gegensätzlicher Kulturen zwangsläufig große Probleme vor allem auch psychologischer Art zur Folge haben muß, liegt auf der Hand. Besonders für die autochthone Bevölkerung Estlands, welche sich nun den neuen Gegebenheiten anzupassen hatte, bedeutete die Kolonialisierung ihres Landes durch die Sowjetmacht, welche durch diese Menschen verkörpert wurde, nicht nur Unterdrückung, sondern auch eine Bedrohung ihrer eigenen Identität und Existenz.

Zwar entspannte sich diese Situation im Laufe der Jahrzehnte. Die Repressionen der Sowjetmacht ließen etwas nach. Die Kinder des „klassischen Sowjetmenschen" hatten nun vermehrt Möglichkeiten, eine stärker zivilisierende und humanisierende Entwicklung zu durchlaufen, und waren materiell und mit Bildungsgütern relativ gut versorgt, so daß es in den 70er Jahren zu einer gewissen Differenzierung der städtischen Bevölkerung kam, die dann Mitte der 80er Jahre in tiefe soziale Veränderungen mündete.[93]

Andererseits wurde aber im Laufe der Jahrzehnte auch die estnische Gesellschaft sowjetisiert, so daß man von einer gewissen Annäherung der

---

91 Ebenda.

92 Vgl. dazu den Aufsatz von Rein Kruus, Russen in Estland, in: Baltica (Juli 1989), Sonderheft, S. 13-17.

93 Lewada, Sowjetmenschen (wie Anm. 78), S. 50.

beiden Kulturen sprechen kann. Aber dennoch blieb in der estnischen Bevölkerung das Gefühl der Kolonialisierung bestehen. Das Bedürfnis nach Abgrenzung seitens der Esten ist für außenstehende Beobachter sehr gut sichtbar. Im Unterschied zu den Sowjetmenschen war und ist der Este kein Massenmensch, er liebt die Einsamkeit und die Zurückgezogenheit, wofür symbolisch gerne der für Estland typische Einzelhof zitiert wird.

Besonders schwer taten sich Esten und Estinnen mit der russischen Sprache, welche die eigene Muttersprache verdrängte und ohne die man sich im öffentlichen Leben kaum behaupten konnte. Das Russische war ein sichtbares und hörbares Zeichen der kolonialen Unterdrückung, das im Alltag immer und überall präsent war. Hinzu kam, daß sich die Mehrheit der russischen Immigranten als Verbraucher in Estland aufhielt, ohne dem Land Nutzen zu bringen. Größtenteils arbeiteten sie in der Industrie, deren Rohstoffe und Erzeugnisse ausgeführt wurden, während die Abfälle im Lande zurückblieben und zuweilen eine ökologische Katastrophe hervorriefen.[94] Ähnliche Probleme stellten sich mit der Besatzungsarmee.

Es liegt nahe, daß sich die sowjetisch geprägte Bevölkerungsgruppe in der Mehrheit nicht mit den nationalen und politischen Umwälzungen, welche Estland seit Ende der 80er Jahre erfaßt hatten, identifizieren konnte. Bereits während der Perestrojka in den baltischen Sowjetrepubliken wurden diese Kreise politisch aktiv und gründeten die konservative, zentralistisch orientierte „Interfront". Deren Ziel war es, den Emanzipationsprozeß im Baltikum zu behindern. Die „Interfront" wurde vom militärisch-industriellen Komplex unterstützt und war umgekehrt, zusammen mit den konservativen Kommunisten, Sprachrohr desselben. Sie war ein Sammelbecken für die homines sovietici. Gerade weil sich die Bewegung der „Interfront" zumeist aus ungebildeten Menschen ohne kulturelle Identität zusammensetzte, gelang es den führenden Ideologen der Organisation, das Klima mit rassistischen, chauvinistischen und nicht selten auch stalinistischen Parolen anzuheizen und Ängste zu schüren.

Die sowjetische Regierung, die mit allen Mitteln versuchte, das Baltikum in der Union zu halten, behielt mit diesen Russen ein Standbein in Estland. Indem sie Estland vor internationalen Gremien beschuldigte, die russische Minderheit zu diskriminieren, und sich selber als Schutzmacht derselben ausgab, wurde die Integration dieser Minderheit vorerst erfolgreich behindert. Dieselbe Taktik wandte später auch die russische Regierung an, die nicht weniger als die Sowjets daran interessiert ist, ihren Einfluß im „nahen Ausland" aufrecht zu erhalten.[95]

---

[94] Ebenda, S. 13-17.
[95] Vgl. dazu Gilly, Stellung (wie Anm. 5).

Die ins Baltikum immigrierten Russen genossen in sowjetischer Zeit Privilegien. Ihre ökonomische Situation war bezüglich der Einkommen besser als die der ansässigen Bevölkerung. Während z.B. Esten oft Jahre auf eine Wohnung warten mußten, erhielten Russen diese viel schneller. Vor 1990 ging es den im Baltikum lebenden Russen besser als den in Rußland lebenden.[96] Mit der zunehmenden Emanzipation und der schließlich wiedererlangten Unabhängigkeit Estlands verloren sie aber ihre Privilegien zunehmend. Gleichzeitig verschlechterte sich die ökonomische Situation in Rußland mit dem Zerfall der Sowjetunion so drastisch, daß viele der Betroffenen nicht nach Rußland zurückkehren wollten. Der „ökonomische Streß", verursacht durch den Verlust von Privilegien und den Übergang zu einem neuen wirtschaftlichen System,[97] führte während des Umbruchs zu einer Zuspitzung des Minoritätenproblems. Dieselben Menschen, die sich nur mit der sowjetischen Ideologie identifizierten, hatten ihre Identifikationsmöglichkeiten nun plötzlich verloren. Am kulturellen Leben der baltischen Staaten hatten sie nie teilgenommen und sich auch nicht den Kulturvereinen ihrer eigenen Volksgruppe angeschlossen. Der Verlust dieses Rückhalts verstärkte ökonomisch bedingte Ängste zusätzlich.

Das Minoritätenproblem in Estland war damals also weniger ein interethnisches als vielmehr ein kulturelles, durch nun hinzukommende ökonomische Faktoren verschärftes Problem. Das zeigte sich u.a. in einem Artikel, den ein betroffener Russe in der Zeitung „Argumenty i fakti" veröffentlichte.[98] In erster Linie beklagte er sich darin, daß in Estland die Kosten in allen Lebensbereichen stiegen. Dann kritisierte er aber auch, daß in Estland kaum mehr russische Zeitungen zu kaufen seien, weil dafür das Geld fehle. Durch allmähliche Verdrängung der russischen durch die estnische Sprache würden die Informationsmöglichkeiten der Russen eingeschränkt. Wer ist schuld an den anstehenden Problemen? Eine Antwort auf diese Frage gibt der Artikel nicht. Der Titel: „Willst du leben — dann sprich estnisch", weist aber in die Richtung, wo diese zu suchen ist.

Mentaler Wandel bei der russischen Minderheit

Daß die Entwicklung in der jungen, 1991 wieder selbständig gewordenen Republik Estland in mancher Hinsicht positiv eingeschätzt werden kann,

---

96 Kirch, Russians (wie Anm. 44), S. 175 f.
97 Ebenda, S. 176.

zeigt sich nicht zuletzt auch im Verhalten der dort lebenden russischen Minderheit. 1992 emigrierten 25 882 Personen aus Estland nach Rußland, 1993 waren es nur noch 11 447. Eine ähnliche Tendenz zeigte sich bei den Ukrainern und den Weißrussen.[99] Diese Zahlen lassen den Schluß zu, daß viele der Betroffenen zunächst aus Angst reagierten und Estland aus Furcht vor Repressionen verließen. Daß manche der gehegten Befürchtungen jedoch unbegründet waren, zeichnete sich bald ab. Die straffe und konsequente Reformpolitik der Regierung Laar zeitigte bald erste Erfolge im wirtschaftlichen Bereich. Menschenrechtsverletzungen blieben aus, stattdessen wurde der Status der Betroffenen durch ein Paket von Gesetzen in relativ kurzer Zeit geregelt. Als Konsequenz daraus genoß Estland auf internationalem Parkett zunehmend Ansehen und eine immer größere Akzeptanz.

In der Rußländischen Föderation hingegen war in mancher Hinsicht eine gegenteilige Entwicklung zu beobachten. Das Land stürzte in ein wirtschaftliches und politisches Chaos, soziale Gegensätze verschärften sich immer mehr. Großmachtambitionen und aufflammende Bürgerkriege an der Peripherie ließen Rußland zunehmend zu einem Unsicherheitsfaktor werden. Daß unter solchen Prämissen der Verbleib in relativ stabilen und durchschaubaren Verhältnissen einem Leben in Ungewißheit und Perspektivlosigkeit vorgezogen wird, liegt auf der Hand.

In der Tat belegt eine Studie, die am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tartu durchgeführt wurde, daß sich das Wertesystem der Russen in Estland von jenem in Rußland wegbewegt.[100] Wie gezeigt wurde, stand die Mehrheit der baltischen Russen noch vor wenigen Jahren dem sozio-politischen Wandel im Baltikum feindselig gegenüber. Heute hingegen ist Anpassung das vorherrschende Verhaltensmuster der russischen Minderheit, welche ihre Einstellungen zugunsten Estlands verändert. So identifizieren sich derzeit 72% der in Estland lebenden Russen eher mit Estland als mit Rußland, nur 30% glauben aber, daß die rußländischen Russen dies auch wahrnehmen.[101] 74% der in Estland lebenden Russen bezeichnen die gegenwärtige Beziehung zwischen ihnen und den Balten als gut oder sehr gut, 72% sind der Meinung, daß sie in den baltischen Ländern mehr Freiheit haben als in der früheren Sowjetunion, wohingegen

98 Zit. nach: Wo soll man das Geld hernehmen? Zur Lage der Russen in Estland, in: Osteuropa (1993), Nr. 6, S. A308 ff.

99 Estonia in Figures. Tallinn 1994.

100 Hier zit. nach Raivo Vetik, Baltische Russen, in: Nordeuropa Forum (1995), Nr. 1, S. 56.

101 Ebenda.

nur 4% der Meinung sind, daß es ihnen diesbezüglich schlechter geht. 76% glauben, daß ihnen ihr gegenwärtiges Land mehr Chancen bietet, ihren Lebensstandard zu verbessern.[102]

Besonders verdienstvoll ist es, wenn sich auch rußländische Russen für die Befindlichkeit ihrer in der Diaspora lebenden Landsleute zu interessieren beginnen und mit ihren Erkenntnissen Gegenakzente zu der noch immer stark propagandistisch gefärbten und die Realität verzerrenden Berichterstattung in Rußland setzen. Eine solche Untersuchung[103] wurde Ende 1994 vom Zentrum für soziologische Studien in Moskau durchgeführt. Zu denselben Themen wurden 2052 Personen (942 estländische Russen und 911 Esten) befragt. Bewußt in die Untersuchung einbezogen wurden 199 Persönlichkeiten aus der estnischen Elite: Parlamentarier, Parteivorsitzende, Unternehmer und Angehörige der schöpferischen Intelligenz. Die Studie macht vor allem dies deutlich: Im Gegensatz zu der in russischen Medien immer wieder verbreiteten Behauptung, daß in Estland die Russen diskriminiert würden, sagen 83% derselben aus, daß sie mit den Esten nie in Konflikt geraten seien. Nur 8% halten das Verhältnis zwischen Esten und Russen für gespannt und 7% sprechen von gelegentlichen Diskriminierungen.[104]

Laut einer Untersuchung der Rußländischen Akademie der Wissenschaften unter den Russen in Tallinn hielten 1988 über 50% der Russen Estlands die UdSSR für ihre Heimat, 1991 waren es nur noch 20%. 1988 hielten 25% von ihnen Estland und 7% Rußland für ihre Heimat, 1991, als der Zerfall der Union bereits abzusehen war, stand das Verhältnis 35% zu 20%.[105] Nur 2% der Russen möchten heute noch aus Estland auswandern, während 93% entschlossen sind, in Estland zu bleiben.[106]

Ähnlich verblüffend sind auch die Resultate zur Sprachenfrage. Während es bis zum Umbruch für jeden Russen selbstverständlich war, daß sich die Esten im Umgang mit ihnen des Russischen zu bedienen hätten, und selten bereit waren, sich auch nur minimale Estnischkenntnisse an-

---

102 Ebenda. Das Wochenmagazin „Focus" Nr. 31 vom (1994), S. 167, veröffentlichte eine nicht näher vorgestellte Umfrage, welche in der Tendenz ähnliche Resultate brachte: Danach sind 82% der Russen in Estland der Meinung, daß ihnen Estland bessere Chancen als Rußland biete, den Lebensstandard zu verbessern, und 66% von ihnen sind der Meinung, die Lebensbedingungen in Rußland seien schlechter als in Estland.

103 Hier zit. nach Marko Mihkelson, Venelased on valmis sulama eesti ühiskonda (Die Russen sind bereit, mit der estnischen Gesellschaft zu verschmelzen), in: Postimees Nr. 150 vom 4. Juli 1995, S. 12 f.

104 Ebenda, S. 12.

105 Ebenda.

106 Unentschlossen sind 5%. Ebenda, S. 13.

zueignen, sind heute 81% von ihnen der Meinung, daß in Estland lebende Russen Estnisch können sollten. Dies, obwohl erst 18% angeben, diese Sprache zu beherrschen, 34% sie zwar verstehen, aber schlecht sprechen, 20% sie auch schlecht sprechen und 26% sie überhaupt nicht können.[107]

Die Umfrage zeigt, daß sich viele Russen in ökonomischer Hinsicht noch sehr unsicher fühlen: Niedriger Lebensstandard und Arbeitslosigkeit sind unter den Befragten die dominierenden Alltagsprobleme. Dennoch scheint das Vertrauen in den estnischen Staat groß zu sein. 39% der befragten Russen vertrauen dem estnischen Präsidenten Lennart Meri voll und ganz, hingegen nur 6% dem russischen Präsidenten Boris Jelzin. Dem estnischen Parlament vertrauen 17% von ihnen voll und ganz.[108]

Schlußgedanken

Umfragen solcher Art sind bekanntlich nicht „alleinseligmachend". Ein Raster, nach welchen Kriterien die Befragten ausgewählt worden sind, wäre gerade unter dem Gesichtspunkt, daß die Russen keine homogene Gruppe darstellen, nicht unwesentlich: Soziale Stellung, Bildungsstand, Wohnort, Aufenthaltsdauer im Land usw. wären bei der Beantwortung solcher Fragen und bei der Interpretation der Antworten sicherlich nicht unwichtig. Dennoch wird aber eine Tendenz sichtbar, die überrascht: In den letzten Jahren hat bei den estländischen Russen ein markanter Mentalitätswandel stattgefunden, der darauf hinweist, daß diese Bevölkerungsgruppe beginnt, sich in der Gesellschaft Estlands zu integrieren.

Die zitierten Untersuchungen zeigen, daß sich unter den estländischen Russen eine Diaspora-Identität entwickelt, die für deren Integration in der estnischen Gesellschaft förderlich ist.[109] Aus dieser Entwicklung resultieren auch politische Konsequenzen. Während die estländischen Russen noch bis vor kurzem zu den reaktionären politischen Kräften in Rußland hielten, ist heute ein zunehmendes Vertrauen in demokratische und marktwirtschaftliche Strukturen zu beobachten. Eine Stärkung und Weiterentwicklung solcher Tendenzen hätte zur Folge, daß ein latenter Instabilitätsfaktor im politischen Klima Estlands wegfallen könnte. Raivo Ve-

---

107 Ebenda. Die Esten — nach ihren Russischkenntnissen befragt — antworten folgendermaßen: gute Kenntnisse 52%, gutes Verständnis, aber schlechter Ausdruck 39%, schlechtes Verständnis 6%, überhaupt keine Kenntnisse 3%.

108 52% der Esten vertrauen voll und ganz auf Meri und 5% auf Jelzin; 21% der Esten haben volles Vertrauen ins Parlament.

109 Vetik, Russen (wie Anm. 100), S. 56.

tik, Leiter des Instituts für Politikwissenschaften an der Universität Tartu, spekuliert sogar, daß die russische Diaspora im Baltikum eine Schlüsselrolle bei einer künftigen gemeinsamen, nach gleichen Interessen orientierten Politik der baltischen Staaten, Rußlands und des Westens spielen könnte.[110]

Im Vordergrund steht zum jetzigen Zeitpunkt allerdings die weitere Integration der russischen Minderheit in die estnische Gesellschaft. Eine gute Voraussetzung dafür ist die verhältnismäßig positive Entwicklung in Estland sowie die tolerante Gesetzgebung, welche die Minderheitenfrage juristisch regelt. Dennoch bleiben Probleme bestehen, beispielsweise bei der Verwirklichung der Kulturautonomie. Dafür bräuchte es Geld, aber Geld haben im gegenwärtigen Transformationsprozeß weder das einzelne Individuum noch die Gemeinden noch der Staat. Daß in Zeiten ökonomischer Engpässe das Geld nicht für Kultur fließt, gilt auch für Estland. „Die Kulturautonomie ist für die Minderheiten ein sehr teures Vergnügen, und ich glaube nicht, daß die Minderheiten sich beeilen werden, davon in nächster Zeit Gebrauch zu machen", prognostiziert Ants-Enno Lõhmus, Präsident der „Vereinigung der Völker in Estland".[111]

Auch bei der Organisation des Sprachunterrichts zur Erlernung der estnischen Sprache müßte für die Russen eine bessere Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden, um so mehr, als 85% aller Esten der Meinung sind, daß man Nichtesten in estnischer Sprache, aber auch in estnischer Geschichte und Kultur unterrichten müßte.[112] Und der Dialog zwischen der estnischen und der russischen Seite müßte künftig noch intensiviert werden. Daß bei der Lösung solcher Probleme noch vermehrt ausländische Hilfe gefragt ist, liegt nahe. Damit könnte im Ostseeraum längerfristig eine Stabilität geschaffen werden, die weit über das Baltikum hinaus von großem Interesse ist.

---

[110] Ebenda, S. 57.
[111] Postimees Nr. 247 vom 27. Oktober 1993, S. 1.
[112] Kirch, Relations (wie Anm. 68), Tab. 8.

FORSCHUNGSBERICHTE

Erinnerungssuche. Befragungsprojekt über die interethnischen Beziehungen im Baltikum — hier: Estland und Lettland — in der Zwischenkriegszeit

von Cornelius Hasselblatt

Das Zusammenleben zwischen den Deutschen und Esten bzw. Letten im Baltikum (hier: Estland und Lettland) ist bislang, so erstaunlich es klingt, kaum untersucht worden. Denn als sozialwissenschaftliche Untersuchungsmethoden aufkamen und modern wurden, gab es schon kein solches Zusammenleben mehr. Folglich blieb es der Geschichtswissenschaft vorbehalten, hierüber Aussagen zu treffen. Dazu jedoch waren Quellenlage, Methodik und Ideologie zu diffus, als daß eine umfangreiche „beziehungsgeschichtliche" Forschungsliteratur hätte entstehen können.

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund erschien es ratsam, durch die Befragung von Zeitzeugen einen Teil dieser vergangenen Geschichte dem Vergessen zu entreißen. Gleichzeitig sollte einer gewissen „Mythenbildung" gegengesteuert werden: Bedingt durch die ideologischen Zwänge — vor allem im Baltikum —, war eine halbwegs nüchterne Betrachtung der Zwischenkriegszeit während der letzten 50 Jahre schlechterdings unmöglich; und nun hat es den Anschein, als liefen die dortigen Historikerinnen und Historiker mit fliegenden Fahnen auf die „deutsche Seite" über, die man ihnen 50 Jahre lang als unverbesserlichen Hort der Reaktion zu verteufeln versucht hat. Plötzlich sind die Deutschen ein Segen, der vor 800 Jahren ins Land kam und die Esten und Letten liebevoll am Leben erhalten und vor dem Aufgehen im Russentum bewahrt hat. Wie das Zusammenleben der Nationen in der Zwischenkriegszeit nun aber wirklich war, wissen wir immer noch nicht.

Diese Wirklichkeit ein wenig besser zu erfassen, genauer gesagt: viele verschiedene Wirklichkeiten oder Bilder von Wirklichkeiten zu erhalten, war das Ziel einer Umfrage, die zum Jahreswechsel 1994/95 in Deutschland durchgeführt und im Laufe des Jahres 1995 analog in Estland (später eventuell auch in Lettland) organisiert wurde. Durch die parallele Verwendung des Fragebogens in verschiedenen Ländern sollte eine Kompatibilität der Daten erreicht werden, so daß über verschiedene Dinge auf-

schlußreiche Informationen erwartet werden konnten: Wie sieht bzw. sah eine jeweilige Bevölkerungsgruppe ihre Lage gegenüber einer anderen Bevölkerungsgruppe, wieweit interessierte sie sich überhaupt für die anderen, welche Art des Umgangs mit einer anderen Kultur wurde gepflegt, welche Sprachen beherrschte man, und schließlich auch: Welche Unterschiede gab es zwischen Estland und Lettland?

Freilich kann eine Befragung auch nur eine Summe von Subjektivitäten hervorbringen; jedoch sollte man sich darüber im klaren sein, daß eine Quelle ja nicht dadurch geadelt wird, daß man sie in irgendeinem Archiv aufbewahrt und später gefunden hat. Bei fundierter Quellenkritik hat die Befragung eine ebensolche Daseinsberechtigung wie die „heilige" Archivforschung.

Im folgenden wird nach einer kurzen historischen Einleitung ein knapper Vorbericht von dem Befragungsprojekt gegeben, der auf die Darstellung von Ergebnissen vorerst noch verzichtet. Vielmehr soll ein Einblick in das Projekt vermittelt werden. Mit einer vollständigen Publikation der Ergebnisse ist nach Beendigung der Auswertung 1996 zu rechnen.

Historischer Hintergrund

Im 13. Jahrhundert wurde das Baltikum, in dem bereits seit einigen Jahrtausenden die Esten und verschiedene lettische Stämme siedelten, erobert und missioniert. Federführend waren hierbei die Dänen und die Deutschen; letztere gewannen schließlich über die Dänen die Oberhand und setzten sich im Lande fest. Aus Kreuzfahrern, Geistlichen, Händlern und Handwerkern sowie ihren häufig aus der Heimat mitgenommenen Frauen entstand im Laufe der Jahrhunderte eine Bevölkerungsgruppe, die zahlenmäßig im estnischen Siedlungsgebiet niemals über gut 5%, im lettischen Siedlungsgebiet gut 11% hinauskam. Gleichwohl verfügte diese Gruppe über die absolute lokale Macht, die sie sich auch unter wechselnden Oberherrschaften (Schweden, Polen, Rußland) bis 1881 weitgehend zu bewahren wußte. Die Grenze zwischen den sozialen Schichten verlief entlang der Sprachgrenze, so daß bis ins 19. Jahrhundert, als der Nationsbegriff aufkam und vom „nationalen Erwachen" der eroberten Völker die Rede ist, soziale Schicht weitgehend mit ethnischer Zugehörigkeit identisch war. Eine Bauernkolonisation hat es deutscherseits nur ganz sporadisch gegeben, der Aufstieg ins Bildungsbürgertum war estnischer- und lettischerseits zunächst nur über die deutsche Sprache möglich.

Mit der Entstehung der Republiken Estland und Lettland im Gefolge der russischen Revolutionen und des Ersten Weltkrieges kehrten sich die

Vorzeichen um, und die einst eroberten Völker griffen nach der Macht. Die deutsche Bevölkerungsgruppe, die quantitativ im Lande ja immer deutlich in der Minderheit war, wurde nun eine „normale" nationale Minderheit in einem demokratisch organisierten Staat — ohne die gewohnten Privilegien und in großem Maße um ihren Besitz gebracht. In Lettland handelte es sich 1925 dabei um 70 964 Menschen (3,8% der Bevölkerung), in Estland 1922 um 18 319 (1,65% der Bevölkerung). Mitte der 30er Jahre waren diese Zahlen auf 62 144 in Lettland und 16 346 in Estland zurückgegangen.

1939/1941 wurde nahezu die gesamte deutsche Bevölkerung ausgesiedelt und im von Deutschland besetzten Polen angesiedelt. Von dort gelangte sie bei Kriegsende zum Großteil in die westlichen Besatzungszonen und lebt seitdem vornehmlich in der Bundesrepublik Deutschland, vereinzelt auch in Kanada oder anderen Staaten (Australien, USA, Schweden). Unmittelbar nach dem Krieg kann man von rund 60 000 Personen ausgehen, die als „Deutschbalten" aus Estland oder Lettland stammten und in Deutschland ansässig waren.[1]

Fragestellung, Zielgruppen, Verbreitung

Die Erfahrungen dieser Deutschbalten sind in nicht geringem Maße in Memoirenwerken niedergeschrieben worden. Vielfach konzentriert man sich hier jedoch auf „die gute alte Zeit", die für die fragliche Bevölkerungsgruppe unbestritten das 19. Jahrhundert war, und widmet sich relativ wenig den 20er und 30er Jahren in den Republiken Estland und Lettland. Es ist jedenfalls einigermaßen schwierig, zu verbindlichen Aussagen über die Art und Weise des Zusammenlebens der verschiedenen Bevölkerungsteile zu gelangen, wobei klar ist, daß dieses Verhältnis nicht ganz unkompliziert gewesen sein kann. Das mag allein schon aus der Haltung hervorgehen, die manche der Deutschen gegenüber den Esten und Letten einnahmen, etwa der Kunsthistoriker Georg Dehio, der 1927 noch glaubte schreiben zu müssen: „Zunächst ist nicht zu vergessen, daß die Esten und Letten keine eigene Kultur besitzen und schwerlich jemals besitzen werden."[2]

---

1 Detaillierte Angaben hierzu bei Bastian Filaretow, Kontinuität und Wandel. Zur Integration der Deutsch-Balten in die Gesellschaft der BRD. Baden-Baden 1990, S. 155, 162 u. passim.

2 Georg Dehio: Vom baltischen Deutschtum, in: Mitteilungen der Akademie zur wissenschaftlichen Erforschung und zur Pflege des Deutschtums / Deutsche Akademie Nr. 10 vom Februar 1927, S. 341-345, hier S. 344.

Desungeachtet galt und gilt die Minderheitenpolitik der beiden Staaten — besonders was Estland und die Zeit bis zum Beginn autoritärer Regierungen (1934) anbetrifft — im europäischen Vergleich als vorbildlich. Um diese vielfach anzutreffenden Aussagen auf den Prüfstand zu stellen, sollten möglichst viele Informationen aus dem (Alltags-)Leben der 20er und 30er Jahre in Estland und Lettland gesammelt werden.

In erster Linie stellen die aus jenen Ländern ausgesiedelten Personen, die noch eine lebendige Erinnerung an die Vorkriegszeit haben, die Zielgruppe dar. Ausgegangen wurde hier von einem Geburtsjahrgang bis ca. 1930, da auch eine neunjährige Person sich noch der einen oder anderen Begebenheit erinnern kann. Jüngere Personen waren aber nicht ausgeschlossen und konnten, z.T. auf Grundlage der von den eventuell schon verstorbenen Eltern überlieferten Kenntnis, gleichfalls einen Bogen einschicken.

In einem parallelen Schritt sollte die entsprechende Gruppe (bzw. repräsentative Teile) in Estland und Lettland befragt werden, damit auch die „Gegenseite" gehört wird. Aus technischen Gründen hat sich dabei jedoch eine Verzögerung ergeben, so daß hier lediglich die in Deutschland durchgeführte Befragung behandelt wird.

Die Verbreitung des Fragebogens erwies sich als Beilage der „Baltischen Briefe", dem seit 1948 bestehenden Mitteilungsblatt der Deutschen aus Estland und Lettland, am vernünftigsten, da nur auf diese Weise eine möglichst große Streuung erzielt werden konnte. Eine individuelle Ermittlung von Zielpersonen, deren Besuch und persönliche Befragung hätten Kosten und Zeitaufwand in einem nicht mehr gerechtfertigt erscheinenden Maße in die Höhe getrieben.

In Estland sollte die Befragung anhand eines Netzes von Korrespondenten des Ethnographischen Museums in Tartu in Zusammenarbeit mit der dortigen Abteilung für estnische Geschichte durchgeführt werden. Aufgrund der Zahlenverhältnisse (es gibt etwa 60mal soviel Esten wie Deutsche aus Estland) erschien diese Vorgehensweise aber vernünftig.

Statistische Angaben

Die Beilage als zweimal gefalztes DIN A3-Blatt erfolgte 1994 in der Dezember-Nummer der „Baltischen Briefe", die am 13. Dezember 1994 erschien. In der Februar-Ausgabe erschien eine kurze Notiz und die nochmalige Aufforderung, den Bogen bis zum 31. März zurückzuschicken. Aufgrund der Dynamik des Rücklaufs schien dieses Datum als angemessene Ausschlußfrist: Innerhalb der ersten Woche trafen 154 Antworten

ein, in der zweiten noch 72, in der dritten 65. Somit war fast die Hälfte der Antworten bereits nach drei Wochen erreicht, insgesamt lagen zum Stichtag 31. März 1995 592 Antworten vor, nach einer weiteren Fristverlängerung bis Ende April beläuft sich die Gesamtzahl der zur Verfügung stehenden Antwortbögen nunmehr auf 607.

Diese Zahl ist minimal höher als die Anzahl der physisch eingetroffenen Fragebögen, da in zwei Fallgruppen eine Kopie des Bogens erfolgte: Wenn jemand einen ungefähr gleich langen Zeitraum in Estland *und* Lettland gelebt hatte, wurde der Bogen kopiert und separat für jedes Land einmal gerechnet (die Auswertung soll nach Ländern getrennt erfolgen), und wenn zwei Personen ein und denselben Bogen ausgefüllt hatten, wurde dieser ebenfalls kopiert und doppelt gerechnet.

Insgesamt kann man die Resonanz als wohlwollend und begrüßend sowie das Ergebnis als positiv bezeichnen. Einige der Empfängerinnen und Empfänger brachten in längeren Briefen grundlegende Bedenken gegen die Sache vor, einige wenige sparten nicht mit Beschimpfungen („debile Fragen") oder — altersbedingter? — Besserwisserei („Die Fragen sind offenbar ohne Kenntnis der Situation zwischen den Kriegen gestellt"): So wußten einige Deutschbalten aus Lettland nicht, daß die deutschen Gemeinden bzw. der deutsche Propstbezirk formalrechtlich durchaus Bestandteil der Evangelisch-Lutherischen Kirche Lettlands waren und keine eigene Körperschaft bildeten. Auch gab es vereinzelt Klagen über das Format des Fragebogens (!) oder Beschwerden über die Wortwahl bei der Fragestellung. Viel häufiger fand sich dagegen die Bereitwilligkeit, ausführlicher und auch auf beigefügten Blättern Auskunft zu geben und Erinnerungen mitzuteilen. Unbekannt wird natürlich die Anzahl derer bleiben, die den Fragebogen erbost und kommentarlos zur Seite legten.

Die einlaufenden Fragebögen wurden in einem ersten Schritt nur nach Estland und Lettland getrennt und innerhalb der Länder nach dem Geburtsjahr sortiert. Hierbei ergab sich bereits ein erstes überraschendes Ergebnis, das für einen gewissen Interpretationsspielraum sorgt: Von den 607 Fragebögen entfielen 242 auf Estland und 365 auf Lettland, obwohl das Verhältnis der Deutschen aus Estland zu den Deutschen aus Lettland etwa 1:4 beträgt. Statt der erwarteten ca. 20% kamen exakt 39,9% aus Estland, d.h. von ehemals dort ansässigen Deutschen.

Es ist nicht anzunehmen, daß die Leserschaft der „Baltischen Briefe" zu einem überproportional hohen Anteil aus Estland stammt, auch wenn hierüber keine Angaben vorliegen. Eine 1991 in der November-Ausgabe durchgeführte Leserumfrage verzichtete damals — im übrigen bewußt[3] —

[3] Es scheint wenn nicht unbedingt deutschbaltisches Selbstverständnis, so zumindest

auf die Frage nach der Herkunft (wie übrigens auch auf die nach dem Alter, die nur in einem fakultativ auszufüllenden Teil gestellt wurde). Insofern scheint die Frage angebracht, wieso beim Rücklauf der Fragebögen Estland ein so großes Übergewicht erhält.

Auszuschließen ist vermutlich, daß Deutsche aus Estland länger leben als Deutsche aus Lettland, das Durchschnittsalter in beiden Antwortgruppen ist zudem auch mehr oder weniger dasselbe (etwas über 75 Jahre). Die einzige plausible Vermutung ist, daß sich die Deutschen aus Estland lieber an ihre Zeit in Estland erinnern, als es die Deutschen aus Lettland tun. Diese Hypothese wird dann anhand der Antworten auf diesbezügliche Fragen zu prüfen sein. Jedenfalls ist denkbar, daß sich die Deutschen in Estland dort im Staat wohler gefühlt haben und dementsprechend gerne an die Zeit zurückdenken.

Weiterhin gibt zu denken, daß angesichts eines Durchschnittsalters von über 75 Jahren der Anteil der Frauen erstaunlich gering ist, nämlich mit 52,6% nur knapp über die Hälfte, während er entsprechend dem Bevölkerungsanteil in der Bundesrepublik Deutschland in dieser Altersgruppe doch beinahe bei zwei Dritteln liegen müßte. Aber auch hier kann man wohl nicht davon ausgehen, daß die männlichen Vertreter aus Estland und Lettland besonders zäh sind, eher wird es sich um das allseits bekannte Phänomen handeln, daß Frauen im allgemeinen weniger aktiv an Befragungsaktionen teilnehmen, zurückhaltender und bescheidener sind bzw. keinen so starken Selbstdarstellungsdrang haben. Im übrigen war bei vielen Fragen das Geschlecht der antwortenden Person völlig bedeutungslos, da es z.T. ganz allgemein „um das Elternhaus" oder „um Ihre Familie" ging, d.h. die Antwortgeber ja nicht immer mit der Erlebnisgeneration identisch waren.

---

aber deren offizielle Politik zu sein, sich nicht in Deutsche aus Estland und Deutsche aus Lettland auseinanderdividieren zu lassen (vielleicht weil man sonst quantitativ noch unbedeutender würde?), sondern lieber als eine Einheit dazustehen, wie man es bis 1918 mehr oder weniger gewesen war. Gleichwohl wird niemand bestreiten, daß schon auf einer nur ein wenig inoffiziellere Ebene eine sehr deutliche Differenzierung zwischen Estländern und Lettländern erfolgt, die sich in Anekdoten, Sticheleien etc. äußert. Ein Ziel dieser Untersuchung war daher, gerade die Unterschiede zwischen den beiden Staaten herauszuarbeiten, die nach Meinung des Verfassers durchaus getrennt zu betrachten sind und nicht unter Verweisung auf die historische Perspektive in einen Topf zu werfen sind.

Die einzelnen Fragen

Die Fragen lassen sich grob in fünf Gruppen aufteilen, die zum Teil unabhängig voneinander ausgewertet werden können. Die ersten sechs Fragen betrafen das Geburtsjahr (1), das Geschlecht (2), die Staatsangehörigkeit (3), die nationale Zugehörigkeit (4), die Religionszugehörigkeit (5) und den hauptsächlichen Wohnort (6). Während Frage (1) und (2) keinerlei Probleme boten, es sei denn, daß in einigen wenigen Fällen keine Antworten gegeben wurden, besteht bei der dritten Frage das Problem, daß nicht alle bezogen auf die Zwischenkriegszeit antworteten, wenngleich dies im Vorwort des Fragebogens deutlich genug gesagt war. Ebenso war vermutlich nicht allen Befragten der Unterschied zwischen nationaler Zugehörigkeit und Staatsangehörigkeit klar. Die Frage nach dem Wohnort führte leider nicht immer zu einer Nennung des Ortes, manchmal wurde nur das betreffende Land angekreuzt.

Eine zweite Gruppe (7-11) betraf Bildungsweg und Erwerbstätigkeit sowie für Männer eventuellen Militärdienst, ferner Aktivität in verschiedenen Vereinen und Angaben über die dortigen Mitglieder. Auch hier kam es gelegentlich zu Mißverständnissen, wenn z.B. Personen des Jahrgangs 1928 unter „Erwerbstätigkeit" nicht wie gewünscht die Rubrik „Keine, da zu jung" ankreuzten, sondern sich als leitende Angestellte oder selbständige Unternehmer ausgaben. Doch konnten solche Fälle in der Regel anhand des Geburtsjahres aussortiert werden. Die Erwerbstätigkeit nach 1939 interessierte im Rahmen der genannten Fragestellung ja überhaupt nicht.

Gruppe drei (12-16) befaßte sich mit den Sprachen: Über welche Sprachkenntnis verfügten die Personen (12), wann und wo sprachen sie etwas anderes als ihre Muttersprache (13), welchen Fremdsprachenunterricht erhielten sie (14), in welchen Sprachen wurden Zeitungen, Bücher etc. gelesen (15), und in welchen Sprachen nahm man an kulturellen Veranstaltungen wie Theater, Kino o.ä. (16) teil. Da es im wesentlichen um die Estnisch-, Lettisch- und Russischkenntnisse ging, fielen in diesem Bereich die Verzerrungen, die durch eine gegenwartsorientierte Beantwortung der Fragen entstehen können, kaum ins Gewicht: In nahezu allen Fällen wird die Kenntnis dieser drei Sprachen in der Zwischenkriegszeit erworben worden sein, sieht man von vereinzelten Teilnehmerinnen und Teilnehmern von Russischkursen an der Volkshochschule ab. Bei den anderen modernen Fremdsprachen ist unter Umständen mit aktuellen Angaben zu rechnen, wenn beispielsweise Deutschbalten aus Kanada anführen, bei den Behörden englisch zu sprechen: Das werden sie in Rakvere oder Liepaja wohl kaum getan haben!

Gruppe vier (17-22, 24, 28) fragte mehr oder weniger direkt nach den Meinungen über die Beziehungen zwischen den verschiedenen Nationalitäten, so z.B. nach der Einstellung zu Mischehen (17), nach bevorzugten (18) oder benachteiligten (19) Bevölkerungsgruppen, nach der Minderheitenpolitik der jeweiligen Regierung des Landes (20), nach Kontakt und Umgang mit anderen Nationalitäten (21), nach Vorurteilen, die man gehört hatte (22), sowie generell nach der Einstellung, die im jeweiligen Elternhaus gegenüber dem Staat herrschte (24).

Die fünfte Gruppe schließlich befaßte sich mit den Ansichten über die Verteilung der politischen (25), kulturellen (26) und wirtschaftlichen (27) Fähigkeit bzw. Kompetenz auf die einzelnen Bevölkerungsgruppen.

Zusätzlich gab es eine Frage (23) zu besonderen Ereignissen zwischen 1905 und 1920, da in diesem Zeitraum bekanntlich die Lage im Baltikum in vielerlei Hinsicht gespannt war und es zu verschiedenen Unruhen und Ausschreitungen gekommen war. Und am Ende, inhaltlich aber zum vierten Block der Fragen gehörend, konnte jede Person ihrem Ärger Luft machen und schreiben, was sie an ihren estnischen bzw. lettischen Nachbarn am meisten gestört hatte (28). Hier gab es selbstverständlich plakative Aussagen, die jeden Fragebogenauswerter freuen („Die Dummheit der Letten!"), aber auch höchst bedenkenswerte Meinungen, wenn z.B. eine Deutsche aus Lettland sich über die Arroganz der Deutschen beschwert.

Gerade diese offenen Fragen lieferten — so läßt eine erste Durchsicht zumindest vermuten — wertvolles Material und können einen etwas besseren Einblick in den Alltag der 20er und 30er Jahre in Estland und Lettland vermitteln. Allen Beteiligten und bereitwilligen Antwortgebern sei daher schon auf diesem Wege gedankt.

Der Konflikt Schirren — Samarin. Deutschbalten zwischen Esten und Russen vom Beginn der Russifizierung bis in die 1860er Jahre

von Andres Kärssin

Das 19. Jahrhundert ist in den russischen Ostseeprovinzen Estland und Livland von bahnbrechenden Veränderungen gekennzeichnet. Einerseits schuf die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen die Grundlage, die dann andererseits das politische Leben und das Erwachen des Nationalbewußtseins beeinflußte. Die in ganz Europa verbreitete Idee der Nationalstaaten, deren Gründungen nicht immer reibungslos verliefen, hatte ihre Wirkung auch im Baltikum.

Auf dem Territorium des heutigen Estland — frühere Provinzen Estland und Livland (nördlicher Teil) — wurde in diesem Zeitalter das Dreierverhältnis Russen — Deutschbalten — Esten aktuell. Obwohl die Ausgangspunkte unterschiedlich waren, wurden für alle drei gerade die 1860er Jahre entscheidend. Sie bedeuteten für Russen ein gewachsenes Selbstbewußtsein aufgrund des Wissens um ihre Macht, für Deutschbalten die wachsende Unsicherheit und den langsamen, aber konsequenten Beginn der Russifizierung, für Esten das nationale Erwachen und die Erkenntnis, kein Stand, sondern ein Volk zu sein.

Der Versuch, die Deutschbalten zwischen Russen und Esten darzustellen, konzentriert sich auf den Konflikt zwischen Russen und Deutschbalten in den 1860er Jahren, der im Fall Schirren — Samarin gipfelt. Doch waren sich auch die Esten in diesem Streit ihrer Rolle bewußt. Der Slavophile Jurij Samarin (1819–1876) setzte sich in seinen „Grenzmarken Rußlands" mit dem Baltentum in den Ostseeprovinzen kritisch auseinander. Der Dorpater Professor Carl Schirren (1826–1910) rechtfertigte in der Gegenschrift, der „Livländischen Antwort", die Deutschbalten.

Die Vorgeschichte dieser publizistischen Fehde wurzelt schon in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts. Die Ostseeprovinzen standen an der Schwelle eines neuen Zeitalters. Der neue Staatsgedanke verbreitete sich schnell in Rußland. Das „livländische Stilleben" wurde erschüttert durch die Konversionsbewegung und die Unruhen der Bauern, auch infolge von Hungersnöten. So prägten diese Jahre die späteren Ansichten von Schirren und Samarin.

Die Geschehnisse der 1860er Jahre bildeten den eigentlichen Prolog des Falles Schirren — Samarin. Hauptsächlich den Tätigkeiten Carl Schirrens

folgend, erhält man auch einen Überblick über die Lage in den Ostseeprovinzen, wobei dem einige Meinungen von estnischer Seite hinzugefügt werden. Sie betreffen meistens die Person von Schirren und damit auch das gesamte Deutschbaltentum. Die Auffassungen Samarins vertreten teilweise die Meinungen der Russen zur deutschbaltischen Frage.

Anfang der 60er Jahre wurde Carl Schirren politisch aktiv. Zwischen den verschiedenen Entwicklungstendenzen Rußlands stehend, konnte er kein teilnahmsloser Beobachter bleiben, besonders wenn die alte baltische Kontinuität bedroht war. Das Jahr 1862 wurde wichtig sowohl für Carl Schirren als auch für die Universität Dorpat: Schirren rückte jetzt mehr in den Vordergrund des politischen und universitären Lebens; die Universität stand wieder vor entscheidenden Veränderungen. Zum neuen Kurator wurde Graf Alexander von Keyserling, der frühere estländische Ritterschaftshauptmann, bestellt. Von R. von Engelhardt ausgehend, stimmten die Auffassungen von Keyserlings über die Universität nicht mit den Überzeugungen der konservativen Deutschbalten überein. Die Alternative „Ausgleich zwischen starrem Konservatismus und humanem Liberalismus" kam für letztere nicht in Frage. Um seine deutschbaltische Tradition zu erhalten und der ganzen politischen Situation entsprechend, mußte Dorpat auch weiterhin konservativ bleiben.

Von Keyserlings weltbürgerliche Gedankenwelt und moderne Ansichten über die Entwicklung der Universität als Brücke zwischen westlicher und östlicher Kultur fanden unter dem Lehrkörper keine Anhänger. Besonders Carl Schirren sah die Existenz der spezifischen deutschbaltischen Lehranstalt vom Internationalismus bedroht und begann in der Universitätsaula auf Bitten der Korporation „Livonia" mit Vorlesungen über die livländische Geschichte.[1]

Diese Vorlesungen waren zweifellos die erste größere, bewußt politische Aktion von Carl Schirren. Obwohl er sich schon 1860 in der „Baltischen Monatsschrift" mit der russischen Presse ironisch auseinandergesetzt hatte, war dies mit den Aulavorlesungen nicht vergleichbar. Als ausgezeichneter Redner übte er eine patriotische Wirkung vor allem auf die junge Generation aus. Auch Schirrens „Gegner" Samarin fand den Einfluß Schirrens auf die Studenten bemerkenswert groß.[2] Schirrens Spiel mit der Sprache besaß große Anziehungskraft, die Hörer waren begeistert. Er war bemüht, sein Publikum aufzurütteln und ein Feindbild aufzubauen. Wegen der russischen Zensur wurden die Vorlesungen nicht veröffentlicht.

---

1 R. von Engelhardt, Die deutsche Universität Dorpat. München 1933, S. 119.

2 J. Samarin, Otv'et g.g. f. Bokku i Schirrenu (Antwort an die Herren von Bock und Schirren). Berlin 1870, S. 25.

Carl Schirren betonte die Existenzfrage der Livländer: Hat Livland noch genug Widerstandskraft? Er wies auf die drohende Gefahr hin, die vom Osten käme. Er fürchtete die völlige Verschmelzung mit dem Russischen Reich und die Aufhebung aller Landesrechte. Die Geschichte lehrte, „dass Livland lebenskräftig genug ist, um keine andere Entwicklung zu dulden, als die Entwicklung von innen heraus".[3]

Dem „Von-innen-heraus"-Motiv begegnen wir auch in der Probenummer des „Dorpater Tagesblattes". Carl Schirren gründete diese Zeitung im Herbst 1862, ungefähr während der Zeit der Aulavorlesungen. Das äußerst konservative „Dorpater Tagesblatt" sollte die Offensive der neuen baltischen, auch russischen, liberalen Presse mildern. I. Neander schreibt, daß es trotz der vielseitigen Informationen aus aller Welt hauptsächlich „ein Gegenstück zum Sprachrohr der Liberalen, der ‚Baltischen Monatsschrift'", die von Georg Berkholz erfolgreich herausgegeben wurde, sein sollte.[4]

Ohne sich als Redakteur zu bezeichnen, waren fast alle Leitartikel und größeren Aufsätze während des anderthalbjährigen Erscheinens des „Dorpater Tagesblattes" von Carl Schirren verfaßt. Für einen Universitätsprofessor war die Herausgabe einer Tageszeitung neben der Lehrtätigkeit und Forschungsarbeit eine erhebliche Leistung. Schirren konnte später (1880) behaupten, daß er nicht an den Einfluß des Blattes geglaubt habe,[5] im Jahr 1862 bewies seine Tätigkeit aber alles andere. Es war eine politische Aktion, deren Wirkungskraft von ihm wahrscheinlich größer eingeschätzt war als bei den Vorlesungen, denn dort war die Zahl der Zuhörer ziemlich begrenzt. Obwohl Angaben über die Auflage des „Dorpater Tagesblattes" fehlen, kann man sie doch höher einschätzen als die Zahl der Aulabesucher.

1864 war Schirren gezwungen, so I. Neander, das „Dorpater Tagesblatt" aufzugeben, die Zeitung hatte in der baltischen Publizistik keine bedeutende Rolle gespielt.[6] Laut W. Wulffius kann man es „als Armutszeichen für die damalige baltische Gesellschaft bezeichnen, wenn das ‚Dorpater Tagesblatt' wegen ungenügender Abonnentenzahl und zu geringer Unterstützung im Publikum am 20. Juli [1864] sein Erscheinen einstellen mußte".[7]

---

3 Zit. nach W. Wulffius, Carl Schirren, in: Baltische Monatsschrift (1927), S. 8.
4 I. Neander, Carl Schirren als Historiker, in: Geschichte der deutschbaltischen Geschichtsschreibung, hrsg. v. G. von Rauch. Köln 1986, S. 182.
5 Wulffius, Carl Schirren (wie Anm. 3), S. 13 f.
6 Neander, Carl Schirren (wie Anm. 4), S. 183.
7 Wulffius, Carl Schirren (wie Anm. 3), S. 14.

A. von Tobien dagegen behauptet, daß sich die Regierung hier eingemischt und dem Blatt empfindliche Beschränkungen auferlegt habe, weshalb Schirren auch gescheitert sei.[8] Es ist heute schwer zu beurteilen, weshalb nach so kurzer Zeit die Herausgabe des „Dorpater Tagesblattes" endete. Gewiß ist es aber ein Zeichen dafür, daß Carl Schirren immer mehr in Opposition rückte und seine Aktivität von seinen Landsleuten nicht immer verstanden wurde (oder diese ihn überhaupt nicht verstehen wollten).

Im Jahre 1863 wurde Carl Schirren zum Professor der Geschichte Rußlands an der Universität Dorpat berufen. Samarin nennt das einen „bösen Spott des Schicksals", daß Schirren gerade diese Stelle erhielt. Denn die russische Geschichte spielte bei der politischen Erziehung der Jugend eine wichtige Rolle; in diesem Falle geschah es im Sinne der Feindseligkeit.[9]

Anfang der 1860er Jahre war Carl Schirren nicht nur um die Gesinnung der Deutschbalten besorgt. Von 1861 bis 1864 wirkte der unermüdliche Professor als Vorsitzender der „Gelehrten Estnischen Gesellschaft", der ersten wissenschaftlichen Gesellschaft, die in ihrem Namen das Wort „estnisch" führte und deren Aufgabe es seit der Gründung 1838 war, die „Kenntnis der Vorzeit des estnischen Volkes, seiner Sprache und Literatur, sowie des von ihm bewohnten Landes zu fördern".[10] Es ist anzunehmen, daß es kein zufälliges Vorgehen von Schirrens Seite war, diese Position zu erreichen. In der Zeit des nationalen Erwachens der Esten, als sich die wirtschaftlichen Bestrebungen der 1840er Jahre in politische Forderungen gewandelt hatten und sich zusätzlich noch der Druck aus Rußland verstärkte, wollten die Deutschbalten ihrerseits „das Bauernvolk" aufklären.

So hielt Carl Schirren in der feierlichen Versammlung anläßlich des 25jährigen Jubiläums der „Gelehrten Estnischen Gesellschaft" eine Rede, in der er die neuen Aufgaben der Gesellschaft für die Zukunft zusammenfaßte: Die neuen Ziele sollten der Entwicklung der Zeit entsprechen.

„Die Gel. Estn. Gesellschaft, in der Überzeugung, daß ihr zur Aufgabe gestellt sei, nicht einzig den vergangenen Geschicken nachzuforschen, welche das Volk der Esten und die in seiner Mitte gegründeten deutschen Colonien betroffen haben, sondern, soweit ihre Mittel eine Mitwirkung gestatten, nicht minder einen Culturzustand anbahnen zu helfen, welcher,

---

8 A. von Tobien, Die livländische Ritterschaft in ihrem Verhältnis zum Zarismus und russischen Nationalismus. Bd. I, Riga 1925, S. 125.

9 Samarin, Otv'et (wie Anm. 2), S. 25 f.

10 Zit. nach H. Kruus, Grundriss der Geschichte des estnischen Volkes. Tartu 1932, S. 123.

ob auch erst in ferner Zukunft, die nationalen und socialen Gegensätze zwischen dem herrschenden Stamm und dem beherrschten allmählich auszugleichen berufen sein werde; (...) hat, nach reifer Erwägung der Gründe für und gegen, beschlossen: dem estnischen Volke die Erlernung der deutschen Sprache in höherem Grade, als bissher hat gelingen wollen, durch Herstellung zweier Handbücher zu erleichtern ..."[11]

Derartige Äußerungen erregten die estnische Intelligenz, der Drang hin zur Germanisierung war offen. Ende der 1860er Jahre, auf dem Höhepunkt der estnischen nationalen Bewegung, bezog sich Carl Robert Jakobson auf die oben zitierte Rede und sprach seine Empörung gegenüber dem deutschbaltischen Professor aus. Für Esten war es unvorstellbar, daß die „Gelehrte Estnische Gesellschaft" *deutsche* Lehrbücher herausgeben wollte.[12]

R. Wittram schreibt, daß noch in den 1860er Jahren niemand unter den Deutschbalten der Ostseeprovinzen an die estnische und lettische Sprache geglaubt habe, geschweige denn an eine politische Zukunft der baltischen Völker.[13] Es ist fraglich, ob dies der einzige Grund war, weshalb man den Gedanken, eine estnischsprachige höhere Schule (Alexanderschule) zu schaffen, scharf ablehnte. Für die nach Bildung strebenden Esten bestand nach der estnischsprachigen Volksschule die einzige Möglichkeit, um sich weiterzubilden, in der deutschen Sprache. Die Universität Dorpat bedeutete für sie teilweise bereits die Eindeutschung.[14]

Am 12. November 1863 schrieb Friedrich Reinhold Kreutzwald nach St. Petersburg an Johann Köler über die Alexanderschule: „Wie man ahnen konnte, werden die Schwierigkeiten, mit denen zu kämpfen ist, nicht klein sein, bevor aus der Sache (Alexanderschule; A. K.) etwas wird. Am traurigsten ist, daß sogar unter sogenannten ‚humanen Volksfreunden' starke Opposition sich offenbart. Die Schwarzröcke sagen: Die Parochialschulen sind mehr als genug, um dem Esten diese Bildung zu geben, die er in seiner Lage nötig hat, mehr wäre zuviel. Die anderen, sogenannten Konservativen, mit dem Professor Schirren an der Spitze sehen im erwachten Volksbewußtsein ein gefährliches Zeichen der Zeit, dem man nach Kräften entgegentreten soll, denn sonst könnte an der Südküste des Finnischen Meer-

---

11 Beschluß der Gelehrten Estnischen Gesellschaft vom 9. Juni 1862, zit. aus: C. Schirrens Jubiläumsrede der Gelehrten Estnischen Gesellschaft am 18. Januar 1863, in: Sitzungsberichte der Gelehrten Estnischen Gesellschaft (1863), S. 5.

12 C.R. Jakobson, Kolm isamaa kõnet. Kriitiline väljaanne käsikirjast kommentaaride ja järelsõnaga (Drei Reden fürs Vaterland. Kritische Ausgabe der Handschrift mit Kommentaren und Nachwort). Tallinn 1991, S. 37-42.

13 R. Wittram, Baltische Geschichte. München 1954, S. 199.

14 Kruus, Grundriss (wie Anm. 10), S. 122 f.

busens genauso rasendes Streben hervortreten wie bei unseren finnischen Nachbarn. — Sollte man das Volk so schnell wie möglich germanisieren, so, daß alles Estnische von der Erde vernichtet sei. — ..."[15]

Nach dem polnischen Aufstand von 1863 spitzte sich der Konflikt zwischen der russischen liberalen Presse und den Ostseeprovinzen weiter zu. Als zusätzlicher Grund für die Presse diente die im Jahre 1864 vom livländischen Bischof Ferdinand Walter gehaltene Landespredigt, in der er auf die Germanisierung der Letten und Esten drängte, um die Völker „zur nationalen und zur konfessionellen Gleichstellung mit ihren Herren zu bringen". Walters Predigt war auf dem Hintergrund der damaligen hochpatriotischen Stimmung in Rußland sehr taktlos. Der Druck, ihn aus seinem Amt zu entfernen, war groß, und um die Lage der Provinzen einigermaßen stabil zu halten, mußte sich Walter aus dem öffentlichen Leben zurückziehen.[16] Auch C.R. Jakobson setzte sich in seiner zweiten Rede fürs Vaterland (1870) mit der Predigt von F. Walter kritisch auseinander. Man kann in der Faksimileausgabe seiner Handschrift der „Drei Reden für das Vaterland" gut erkennen, daß der Zensor damals die Walter betreffenden Abschnitte strich. Der Name von Carl Schirren wurde ebenfalls entfernt.[17]

Die Deutschbalten versuchten, sich gegen die Beschuldigungen der russischen Seite zu verteidigen. Schon im August 1863 hatte der Landmarschall Fürst P. von Lieven „eine von ihm auserwählte Persönlichkeit mit der Aufgabe betraut: wahrheitswidrigen Behauptungen der russischen Presse in dieser selbst entgegenzutreten".[18] Die Organisation eines baltischen Nachrichtendienstes sollte auch im Ausland aufklärend wirken.

Inzwischen kühlte das Interesse der linken russischen Presse für die baltischen Provinzen ab. Die Prioritäten der Reichspolitik wurden andere, die baltische Frage war nicht mehr aktuell. Außerdem verstärkte sich die Zensur, und eine Abwehrpolemik war den baltischen Organen jetzt nur noch in Ausnahmefällen möglich.[19]

1866 eskalierte wieder die Spannung an der Ostseeküste Rußlands. Der preußischen Stärke wurden in Rußland intensive nationale Strömungen entgegengesetzt. Wie schon 1862 hielt Carl Schirren auch in diesem Jahr die öffentlichen Aulavorlesungen. Im Oktober 1866 wurde der General P.P. Albedinskij, ein Vertreter der „Verschmelzungspolitik", zum Gene-

---

15 F.R. Kreutzwaldi kirjavahetus, 1862–1882 (Briefwechsel von F.R. Kreutzwald, 1862–1882). Bd. VI, Tallinn 1979, S. 102.

16 M. Haltzel, Der Abbau der deutschen ständischen Selbstverwaltung in den Ostseeprovinzen Rußlands. Marburg a.d.L. 1977, S. 29 f.

17 Jakobson, Kolm isamaa könet (wie Anm. 12), S. 37-42.

18 Tobien, Ritterschaft (wie Anm. 8), S. 126.

19 R. Wittram, Carl Schirrens „Livländische Antwort", in: Ostdeutsche Wissenschaft. Bd. I, München 1954, S. 278.

ralgouverneur der Ostseeprovinzen ernannt. Als 1867 die Einführung der russischen Geschäftssprache in den Kronsbehörden der Ostseeprovinzen angeordnet wurde — auch die Universität Dorpat war längst das Ziel der russischen Nationalisten —, spürte man den Kurswechsel, der die livländischen Landesrechte bedrohte.[20]

Die russische liberale Presse forderte die Russifizierung der Universität Dorpat, eine „deutsche Universität" brauche Rußland nicht. Der slavophile Historiker V.I. Lamanskij nannte sie 1866 sogar die „künstliche Pflanzstätte des Germanismus". In den Jahren 1867–1869 wurde die deutschbaltische Frage auf seiten der russischen Presse sehr oft behandelt. Die führenden liberalen und konservativen Presseorgane wie „Moskovskie Vedomosti", „S.-Petrburgskie Vedomosti", „Golos" u.a. publizierten regelmäßig Berichte über die Ostprovinzen.[21]

In Livland wurde jetzt ein anderer Weg der Abwehr eingeschlagen, die frühere Tätigkeit der baltischen Presse nahm eine neue Qualität an. Um über die Taktik der russischen Angriffe im klaren zu sein, sollte ein Kenner die russische Presse verfolgen und die aggressivsten Artikel gegen die Ostseeprovinzen aus dem Russischen ins Deutsche übersetzen. Diese Aufgabe wurde Carl Schirren anvertraut.[22]

Um der Zensur zu entgehen, emigrierten zwei maßgebliche Sprecher der Deutschbalten — Julius Eckardt, der führende Redakteur der „Rigaschen Zeitung", und Woldemar von Bock, der Vizepräsident des Hofgerichts von Livland — nach Deutschland. Eckardt schrieb in mehreren Zeitungen und publizierte Bücher über die Zustände im Baltikum und in Rußland. Zwischen 1867 und 1871 veröffentlichte von Bock auf eigene Verantwortung seine „Livländischen Beiträge", in denen er die Verteidigung mit einer leidenschaftlichen Kritik an der russischen Gesellschaft und orthodoxen Kirche verband.[23]

Die Wirkung der Schriften von Bocks ließ nicht lange auf sich warten, sie forderten die Russen zur Stellungnahme heraus. Obwohl von Bock die ganze Verantwortung auf sich nahm, stellte die russische Seite seine Meinung mit der der Ritterschaften gleich. Die Ritterschaften waren unter dem Druck der Regierung gezwungen, öffentlich von von Bock abzurücken und alle seine Vorwürfe gegen die Russen zu dementieren.[24]

---

20 Wittram, Geschichte (wie Anm. 13), S. 189.

21 S. Isakov, Ostzejskii vopros v russkoj pečati 1860-ch godov (Die baltische Frage in der russischen Presse der 1860er Jahre). Tartu 1961, S. 77-86.

22 Tobien, Ritterschaft (wie Anm. 8), S. 126 f.

23 Haltzel, Abbau (wie Anm. 16), S. 32; Wittram, „Livländische Antwort" (wie Anm. 19), S. 279.

24 Tobien, Ritterschaft (wie Anm. 8), S. 127 f.

Den Höhepunkt der empörten Reaktionen seitens der Russen gegen die „Livländischen Beiträge" bildete die Veröffentlichung der ersten zwei Teile von Jurij Samarins „Grenzmarken Rußlands". Der erste Band mit dem Titel „Die russische Ostseeküste in der Gegenwart" erschien 1868 in Prag; er beinhaltete eine Zusammenfassung von Samarins Ansichten über das Leben in den baltischen Provinzen und war der einzige Teil der Serie, den Carl Schirren in seiner „Livländischen Antwort" besprach. Der zweite Teil (Prag, 1868) hieß die „Memoiren des rechtgläubigen Letten Indrik Straumit".

Jurij Samarin, ein sehr begabter und gebildeter Moskauer Slavophiler, damals einer der führenden Publizisten der panslavistischen orthodoxen Bewegung, kannte seine „Gegner" in den Ostseeprovinzen sehr gut. Als Mitglied der Stackelberg-Chanykov-Kommission hatte er sich während seines zweijährigen Aufenthalts in Riga schon Ende der 1840er Jahre mit den administrativen Verhältnissen in den Ostseeprovinzen vertraut gemacht. Samarins „Rigaer Briefe" im Jahre 1849 waren seine erste Auseinandersetzung mit dem deutschbaltischen Dasein im Russischen Reich gewesen. Jetzt bewirkten von Bocks Schriften Samarins Rückkehr zu dem ihm bekannten Thema.

In „Okrainy Rossii" waren die früheren Angriffe gegen die Provinzen auf einer höheren Ebene zusammengefaßt. Samarin attackierte, die „Livländischen Beiträge" zitierend, die Privilegien des herrschenden baltischen Adels, die protestantische Kirche und die deutsche Kultur. Er warf den baltischen Provinzen, vergleichbar mit Polen, Hochverrat vor: man habe das Land hinter der Fassade altertümlicher Rechtsformen durch Eindeutschung der Letten und Esten zu einer „Festung gegen Rußland" ausgebaut.[25] Samarin bestritt die Kapitulationen von 1710 und den Frieden von Nystadt 1721 als Grundlage der deutschbaltischen Privilegien. Er kritisierte scharf die Politik Aleksanders II., die wie bei Nikolaj I. das Handeln kleiner privilegierter Gruppen innerhalb des Russischen Reiches befürwortete.[26]

Die Wirkung der „Grenzmarken Rußlands" war in Rußland stark. Die russische Presse rezipierte die ersten beiden Bände mit Zufriedenheit. Die Regierung dagegen fühlte sich tief getroffen. Samarin hatte ihr viel vorgeworfen. Das Buch wurde im Russischen Reich verboten, man versuchte seine Verbreitung zu verhindern. Im November 1869 wurde Samarin

---

25 Wittram, „Livländische Antwort" (wie Anm. 19), S. 279.

26 E.C. Thaden, Interpreting History: Collective Essays on Russia's Relations with Europe. New York 1990, S. 258.

selbst dadurch gemaßregelt, daß der Moskauer Generalgouverneur ihm das Mißfallen des Kaisers über dieses Buch aussprach.[27]

In Livland empfand man es als unbedingt erforderlich, Samarin entgegenzutreten und seine Beschuldigungen zu widerlegen. In der Presse war die Abwehr unmöglich. Die Redakteure der vier wichtigen Presseorgane der Ostseeprovinzen stellten zum März-Landtag 1869 den Antrag, die Livländische Ritterschaft möge Schritte unternehmen, um die Zensur zu erleichtern. Die Bemühungen des Landesmarschalls blieben erfolglos.[28]

Obwohl Samarin in den „Grenzmarken Rußlands" hauptsächlich gegen von Bocks Darlegungen in den „Livländischen Beiträgen" polemisiert hatte, konnte von Bock Samarin nicht entgegnen. Wegen der Desavouierung von Bocks war es ihm unmöglich, Livland in jenem Fall gegen Samarin zu vertreten. In den „Livländischen Beiträgen" konnte von Bock auch weiter seine Meinung äußern. In Deutschland war Julius Eckardt bereit, Samarins Schrift zu widerlegen. Als Carl Schirren davon hörte, bat er Eckardt, bis zum Frühling 1869 zu warten und ihm den Vorzug zu lassen. Obwohl Eckardt wegen Schirrens aggressivem journalistischen Stil Bedenken hatte, gab er Schirren in „nobler Selbstverleugnung" den Vortritt und begnügte sich mit der undankbaren Arbeit: Er ließ seine kommentierte Übersetzung der Samarinschen Schrift sofort nach der „Livländischen Antwort" von Carl Schirren erscheinen, wobei er die Arbeit als einen Auftrag der Landesrepräsentation ansehen konnte.[29]

Im Mai 1869, über ein Jahr später als die „Grenzmarken Rußlands", erschienen in Leipzig drei Auflagen der „Livländischen Antwort an Herrn Juri Samarin von Carl Schirren". In Rußland wurde Schirrens Schrift sofort verboten, was aber eher ihre Verbreitung förderte, statt sie zu behindern. In St. Petersburg wurde die „Livländische Antwort" unter einem anderen Titel verkauft, „das blaue Heft war in aller Händen". In Dorpat war Schirren selbst als Universitätszensor darum bemüht, das Buch möglichst schnell zu verbreiten.

Der damit in eine heikle Angelegenheit gesetzte Kurator der Universität, Graf Alexander von Keyserling, war gemäß seiner amtlichen Pflicht gezwungen, die Verbreitung des Buches zu verhindern, und beantragte auch die Entlassung Schirrens. Schirren wurde 14 Tage nach dem Erscheinen der „Livländischen Antwort" aus dem Amt entlassen. Obwohl er per-

---

27 G. Hucke, Juri Fedorovič Samarin. Seine geistesgeschichtliche Position und politische Bedeutung. München 1970 (Slavistische Beiträge. 45.), S. 216.

28 Wittram, „Livländische Antwort" (wie Anm. 19), S. 280.

29 M.H. Boehm, Der Fall Schirren, in: Jahrbuch des baltischen Deutschtums 16: 1970 (1969), S. 20; Haltzel, Abbau (wie Anm. 16), S. 36.

sönlich die Verantwortung für die „Livländische Antwort" übernommen hatte, verließ auch der kompromittierte von Keyserling bald darauf die Universität Dorpat. Carl Schirren selbst emigrierte nach Deutschland, um seiner Verhaftung oder sogar Verbannung zu entgehen.[30]

Obwohl Schirren jetzt der russischen Bestrafung entkommen war, konnte Rußland doch noch einmal sein Leben störend beeinflussen. Boehm berichtet, daß die Berufung Schirrens nach Breslau an einer Mißfallensäußerung aus St. Petersburg scheiterte. So nahe der russischen Grenze war der aus der Heimat verdrängte Professor aus Dorpat auch für Bismarck unerwünscht, und deshalb berief man ihn an keine der vier nächstgelegenen preußischen Ost-Universitäten.[31]

Der Fall Schirren — Samarin charakterisiert gut die damalige Situation in den Ostseeprovinzen. Die Stellung der Deutschen war unsicher. Sie mußten im Laufe von 20 Jahren einige Jahrhunderte überbrücken, und die Anpassung an die neue Lage verlief mühsam. So ist auch die heftige Reaktion Schirrens auf die „Grenzmarken Rußlands" verständlich, in denen Samarin eigentlich die nichtoffizielle Politik Rußlands vertrat.

---

30 Wittram, „Livländische Antwort" (wie Anm. 19), S. 284.
31 Boehm, Schirren (wie Anm. 29), S. 21.

Zwei hochgestellte Estländer in ihrer Haltung zu Samarin und Schirren

von Malle Salupere

Carl Schirren (1826–1910) ist durch seine mutige und heftige „Livländische Antwort" und die deshalb erfolgte Entlassung aus der Dorpater Universität ein Märtyrer des baltischen Deutschtums geworden, der bis heute als Symbol weiterlebt. Doch war er nicht der erste, den Jurij Samarins (1819–1876) ernste und überzeugende Anschuldigung in „Die Grenzmarken Rußlands" (Prag, 1868) zur Antwort reizte. Mindestens zwei Männer waren ihm zuvorgekommen.

Im Wrangellschen Familienarchiv, welches neben vielen anderen deutschbaltischen Archivalien im Eesti Ajaloo Arhiiv (Estnisches Historisches Archiv) (EAA) in Tartu aufbewahrt wird (Best. 2057), befinden sich einige diese Meinungskämpfe betreffende Aktenstücke, gesammelt oder geschrieben von dem berühmten Seefahrer, Arktisforscher und Staatsmann Admiral Ferdinand Baron Wrangell (1796–1870), der seit 1865 sein Gut Ruil in Wierland bewirtschaftete. Unter der Aufschrift „Materialien zu Schirrens ‚Livländischer Antwort'" findet man dann auch ein Aktenstück mit Briefen, Briefkonzepten und der Kopie eines offenen Briefes in russischer Sprache (auf 24 Blättern) mit einer Erwiderung an Samarin, unterschrieben „Reval, d. 25. Febr. 1869. Alexis Krusenstern".[1] Dieser (1813–1887) war der Sohn eines Neffen des ersten russischen Weltumseglers Adam Johann Krusenstern und hatte von 1843 bis 1863 im Kaukasus gedient, wo er die letzten fünf Jahre Chef der Hauptverwaltung gewesen war.

Beide Korrespondenten hatten also fern der Heimat hohe Staatsämter bekleidet — Wrangell auch als Marineminister und Mitglied des Reichsrats — und kannten die örtlichen Verhältnisse in den Ostseeprovinzen aus eigener Erfahrung nur aus den letzten Jahren. Ihr Meinungsaustausch sollte aber um so mehr Interesse erregen, als dies ein Beispiel der uns wenig bekannten, offen ausgesprochenen Haltungen von hohen Staatsmännern baltischer Herkunft in dieser Auseinandersetzung war. Natürlich kann das Material hier nicht sehr eingehend erörtert werden, es sei nur auf die wichtigsten Aspekte hingewiesen. In seinem Brief sieht sich Krusen-

---

1 Eesti Ajaloo Arhiiv (Estnisches Historisches Archiv) (EAA), Best. 2057, Verz. 1, A. 426, Bl. 2-25.

stern mit sämtlichen Deutschen der Ostseeprovinzen mehrerer Verbrechen beschuldigt und verleumdet und ruft mit Entrüstung „Nein!" Das wichtigste Problem scheint ihm die Lage der Urbevölkerung zu sein, weshalb den Deutschen scheinbar einige berechtigte Vorwürfe gemacht werden könnten. Dieser Frage ist fast ein Drittel der Schrift gewidmet, wobei Krusenstern Samarins Behauptungen nicht zu widerlegen, sondern die Deutschen vielmehr zu entschuldigen sucht. Dabei gibt er zu, daß ihre Tätigkeit den Haß und Argwohn der Esten und Letten hervorgerufen habe, woran auch gegenwärtig alle gutgemeinten Maßnahmen scheiterten: Die Bauern glaubten keinem Wort der Herren.

Schirren ließ diese Frage ganz außer acht, was seinem Publikum natürlich weitaus genehmer war. Krusenstern wiederum bezieht sich bei der Behandlung der deutschbaltisch-russischen Beziehungen gar nicht auf die „verbrieften Rechte", auf die hingegen Schirren sein Glaubensbekenntnis gründet. Dafür aber meint Krusenstern, daß, hätte sich die russische Regierung 1710 bei der Einverleibung der Ostseeprovinzen die Aufgabe der totalen Russifizierung gestellt, dies schon längst vollendet wäre.[2]

Wrangell verfaßte seine Antwort, deren Konzept fünf Folioseiten einnimmt, ebenfalls auf russisch. Er schreibt: „Ich wunderte mich über Ihre weise diplomatische Zurückhaltung, mit der Sie die Sache der Verteidigung gegen die frechen Lügen und Verleumdungen führen, die nicht einmal der Ehre der Widerlegung im Sinne der Rechtfertigung wert sind."[3] Seine größte Unzufriedenheit rief die Zulassung einer theoretischen Möglichkeit der Russifizierung hervor. Zu dieser kehrt er noch in seinem nächsten, schon auf deutsch geschriebenen Briefkonzept zurück: „Gegenüber den Panslavisten und Slavophilen, bei einer Regierung, welche jenen ein geneigtes Ohr leiht, ist es gefährlich, auch nur die Möglichkeit zu befürworten, ihre unreifen kindischen Gelüste realisieren zu können." Gleichzeitig macht er Krusenstern auf das Feuilleton in der „Sankt-Petersburgischen Zeitung" aufmerksam, in dem derselbe Gegenstand behandelt werde.[4]

Krusenstern schreibt am 8. April, er habe das Feuilleton gelesen. Eben dasselbe habe auch er im Sinne gehabt, aber weit entfernt von der Lokalkenntnis und Beweiskraft des Autors. Am 16. April teilt er dessen Namen

---

2 Ebenda, Bl. 18.

3 Ebenda, A. 425, Bl. 68.

4 Ebenda, Bl. 66. Das Feuilleton, betitelt „Aus den Ostseeprovinzen" und unterschrieben „Kein deutscher Baron", erschien am 20./21. März 1869 und handelte, ohne Samarin zu nennen, von der Spracheneinheit und dem Wohlstand der Bauern.

— Rinne — mit und berichtet, daß er gerade bemüht sei, den Artikel ins Russische zu übersetzen.[5]

Wrangell hatte inzwischen schon an den Autor geschrieben und ihm auch Krusensterns Schrift geschickt. Er hoffe, Rinne könne „gegen die schülerhafte Forderung einer Einheit des Staates im Sinn der Uniformität aller seiner Teile, wie auch gegen Landvolksbeglückungsgelüste im Sinn des Sozialismus — ohne 150 Jahr alte Pergamente zur Hilfe aufzurufen", mit seiner gewandten Feder auftreten.[6]

Carl Richard Rinne (1816–1884) stammte aus einer Pastorenfamilie, wirkte beinahe 30 Jahre als Badearzt in Hapsal und war zugleich Besitzer des Gutes Pochjack in Jerwen.[7] In seinem Brief aus Pochjack an Wrangell vom 13. April 1869 beurteilt er Krusensterns offenen Brief als die Sprache eines hochgestellten Beamten, der mit Ruhe und Würde den Tatbestand erzähle und schließlich Samarin für seine Naseweisheit einen Verweis erteile. Die Behandlung der Russifizierungsfrage empörte auch Rinne.[8]

Am 21. Mai bat Wrangell bei einem Neffen um Schirrens „Livländische Antwort" und empfahl gleich darauf das Buch Krusenstern: „195 Seiten, von denen jede, ja jede Zeile mit goldenen Buchstaben gedruckt und im Gedächtnis eines jeden Ostseeländerdeutschen treu bewahrt zu werden verdient. Die Schrift ist ein zweischneidiges Schwert, wie jede tief greifende Wahrheit; sie prüft Nieren und Herzen unserer politischen Gegner; sie ist aus einem Geiste entsprungen, dessen klares Verständnis und scharfer Blick in die dunkelsten Schichten einer Verschwörung zu unserem Untergange dringt ..."[9]

Krusenstern antwortet am 31. Mai. Er habe schon früher erfahren, daß Schirrens Werk erscheinen solle, und in Reval sprächen jetzt alle darüber. „Wenige indess haben es gelesen und nur einzelne Exemplare der Schrift gehen von Hand zu Hand. Die hiesigen Buchhändler haben es nicht vorrätig und ich muss das Lesen desselben aufschieben bis zu Lübeck."[10]

Aus dem Ausland schrieb Krusenstern scheinbar nicht, aber die allgemeine Begeisterung über Schirren konnte er kaum teilen. Ungeachtet der drei Auflagen im Jahr 1869 lasen wohl damals wie heute nur wenige wirklich das Werk.[11] Man studierte und wiederholte die schlagendsten Stellen,

---

5 EAA, Best. 2057, Verz. 1, A. 426, Bl. 28 u. 34.
6 Ebenda, A. 425, Bl. 65.
7 Album Academicum der Kaiserlichen Universität Dorpat. Dorpat 1889, Nr. 3523.
8 EAA, Best. 2057, Verz. 1, A. 426, Bl. 30.
9 Briefkonzept, in: Ebenda, Bl. 38. Ähnliche Urteile äußerte Wrangell auch in anderen Briefen.
10 Ebenda, A. 480, Bl. 5.
11 So meint M. Haltzel, Schirren habe nur den ersten Band der Samarinschen Ausgabe behandelt; s. Michael H. Haltzel, Der Abbau der deutschen ständischen Selbstver-

man ließ sich von der leidenschaftlichen Überzeugung des Autors faszinieren und übersah seine logische Schwäche, was Krusenstern, der ganz anders gestimmt war, gewiß nicht verborgen blieb. Geht man von einer Charakteristik der deutschen Parteien jener Zeit aus, so dürfte er wohl zu jener dritten Partei gehören, wie Ferdinand Baron Wrangell (1844–1918), ein Sohn „unseres" Admirals, diese in seinen Erinnerungen aus der Dorpater Universität 1862–1865 schildert:

„In der Politik gab es drei deutsche Parteien: die Konservativen, die jegliches Aufgeben der verbrieften Rechte verurteilten; die Liberalen, die einem zeitgemässen, dem Prinzip der Gleichheit entsprechendem Umbau der Provinzialverfassung, bei Wahrung ihrer Eigenart anstrebten; endlich die Oportunisten, freilich eine verschwindende Minorität, die (...) durch Zugeständnisse eine schärfere Gangart der Regierung zu vermeiden suchten."[12]

Analog werden diese Parteien auch von Gert von Pistohlkors in seinem neu erschienenen Buch „Baltische Länder"[13] beschrieben. Interessant ist aber eine Stimme aus dem von allen Parteien unberücksichtigten Lager der Urbevölkerung. Der lebenserfahrene und sarkastische Kreisarzt zu Werro, Friedrich Reinhold Kreutzwald (1803–1882), bekannt als estnischer Schriftsteller und Verfasser des Nationalepos „Kalevipoeg", schrieb am 15. Mai 1870:

„Die sogenannten Patrioten — die Liberalen und Konservativen — sind gleich mit Blindheit geschlagen, sie laufen ihrem Verderbnis entgegen; im kommenden Monat wird ein livländischer Adelstag (welcher *vulgo* der Landtag genannt wird) gespielt, wohl um wieder neue Dummheiten anzurichten. Die Parteien stehen einander gegenüber schärfer als je, dessen ohngeachtet sind sie einstimmig in einem, so dass man mit Heine sagen könnte: ‚Wo wir uns im Kothe fanden, da verstanden wir uns gleich.' Dieser Kothenpunkt sind die Privilegien, welche in ihrer vollen Kraft wohl noch einige Jahrhunderte nach dem Weltuntergang gelten werden! Unter hiesigem Adel gibt es mehrere ziemlich vernünftige Männer mit gesunden Ansichten, aber sobald es um die Privilegien geht, so heisst es nur: Adieu, Vernunft und Verständnis! Es scheint, dass das vor einigen Jahren selig

---

waltung in den Ostseeprovinzen Rußlands 1855–1905. Marburg 1977, S. 33. Gert von Pistohlkors aber berichtet, als ob Schirrens Buch anonym erschienen wäre; s. Baltische Länder, hrsg. v. Gert von Pistohlkors. Berlin 1994 (Deutsche Geschichte im Osten Europas.), S. 380. Beides sind bedauernswerte Fehlinformationen der sonst vortrefflichen Autoren.

12 EAA, Best. 2057, Verz. 1, A. 879 (Die Erinnerungen vom Ferdinand Wrangell, Auszug, undatiert).

13 Pistohlkors, Baltische Länder (wie Anm. 11), S. 383-388.

entschlafene ‚Dorpater Tageblatt'[14] und desselben Vaters im vorigen Jahr geborenes Töchterlein ‚Livländische Antwort' die Gemüter ganz verwirrt haben."[15]

Schirren „verwirrte" auch Wrangell, der in seinen früheren Briefen das „Pochen auf verbriefte Rechte" verurteilt hatte, jetzt aber ein begeisterter Anhänger Schirrens geworden war. In Briefen und Entwürfen zu Aufsätzen sucht er seine Haltung als Staatsmann, der dem großen Reiche und der herrschenden Dynastie „bis zur letzten Willenskraft" ergeben ist und für sein kleines Vaterland mit seiner Sprache und Sitten „den letzten Blutstropfen aufopfern" könnte, zu rechtfertigen. So stellt er fest, daß er „nur solche Lokalinteressen der Osteseeprovinzen in Schutz nehmen kann, die entweder den Gesamtinteressen des Staats nicht zuwider laufen oder letztere entschieden fördern".[16] Er sieht im Konflikt der Russen und Deutschbalten sogar den „Kern zu einer grossartigen Bewegung zum Umsturz aller bestehenden politischen Verhältnisse sämtlicher Kulturvölker Europas" und meint, daß die Umwandlung der Ostseeprovinzen nach russischen Mustern zu Verlusten nach allen Seiten hin führen werde, ohne dem Reich irgendeinen Nutzen zu bringen, weil die ganze innere Organisation und die Bildungsstufe der Russen auf allen Gebieten weit zurückliege. Wrangell beurteilt die Fähigkeiten der russischen Nation überhaupt sehr skeptisch und findet, sie habe immer Lehrer und Meister gebraucht und werde sie brauchen, die meistens aus deutschem Boden erwachsen seien. Also müsse dieser Boden und die Sonderstellung der gut organisierten Ostseeprovinzen aus Staatsinteresse behalten werden. Weil die hiesige deutsche Volksgruppe aber ihre größten Vorteile in der Angehörigkeit zum großen Russischen Reich sehe, so sei ein Abfall von diesem natürlich undenkbar und vor allem für alle Teile schädlich.[17]

Krusensterns weitere Meinungen zu diesem Thema sind uns nicht bekannt. Wrangell starb bald darauf im Sommer 1870. Von diesen beiden Männern war besonders Wrangell ein typischer Vertreter der herrschenden Volksgruppe, welche in Estland niemals mehr als 5% der Gesamtbevölkerung umfaßte. Gerade in derselben Zeit, als gestritten wurde, ob das Landvolk germanisiert oder russifiziert werden sollte, bildete dieses selbst sich zum Esten- bzw. Lettenvolk aus — und die streitenden Teile bemerkten davon nichts.

---

14 Schirren gab das „Dorpater Tagesblatt" von 1862 bis 1863 heraus.

15 Fr.R. Kreutzwaldi kirjavahetus (Der Briefwechsel Fr.R. Kreutzwalds). Bd. 3: Briefwechsel mit A. Schiefner. Tallinn 1953, S. 459 (Rückübersetzung aus der estnischen Publikation).

16 EAA, Best. 2057, Verz. 1, A. 426, Bl. 39.

17 Ebenda, verschiedene Stellen in den Aktenstücken 425, 426, 431 u. 568.

Die Baltischen Konstitutionellen Mittelparteien von 1905–1909 — ein Dissertationsprojekt

von Charles du Vinage

Die Arbeit stützt sich auf Quellen, die bei einem einjährigen Forschungsaufenthalt in Estland bearbeitet und ausgewertet wurden. Die Quellen umfassen Sitzungsberichte der Baltischen Konstitutionellen Partei, Briefwechsel und Rechenschaftsberichte. Hinzu kommen Zeitungen, die 1905–1907 in den Ostseeprovinzen erschienen. Das Projekt behandelt die Zeit der Revolution von 1905 in Rußland — hier speziell in den Ostseeprovinzen — und des Erlasses des Oktobermanifestes, das wiederum die Gründung von Parteien verursachte. In die folgende innenpolitische Entwicklung Rußlands, die Geschichte eines konstitutionellen Neuanfangs in den ersten drei Dumen und dessen Scheitern ist die Geschichte der Baltischen Konstitutionellen Mittelparteien eingebettet.

Das Thema zerfällt in zwei Fragestellungen: Was sind Mittelparteien und wie entstehen sie? und: Welchem politischen Kurs folgten die Baltischen Konstitutionellen Parteien? — einem Kurs, der sie zwischen die Fronten der gleichzeitig entstehenden nationalen Parteien führte. Hierbei soll die Arbeit die Frage aufgreifen, ob in dem behandelten Zeitraum die Chance der Verständigung zwischen den verschiedenen Ethnien der Ostseeprovinzen bestand.

Das Phänomen der Mittelpartei ist im europäischen Raum seit dem 19. Jahrhundert bekannt. Unter gesellschaftlich jeweils anderen Voraussetzungen — gedacht sei hier an die Mittelpartei des Mährischen Großgrundbesitzes — sind einige gemeinsame Merkmale vorhanden, die es erlauben, Kennzeichen der Mittelpartei festzuhalten:

1. Mittelparteien stellen in ihren Programmen die pragmatische Arbeit in das Zentrum ihrer Arbeit. Hierbei treten ideologische oder extreme Standpunkte in den Hintergrund. Das Ziel der Partei besteht darin, eine möglichst große Anzahl von Personen zur Parteiunterstützung/Wahl zu gewinnen.
2. Mittelparteien sind aus ihrem Selbstverständnis heraus konservativ, d.h. in jedem Falle staatsbejahend. Sie finden sich zur Mitarbeit mit dem Staat und der von ihm eingesetzten Regierung bereit und riskieren dafür bei ihren Wählern den Verlust der Glaubwürdigkeit.
3. Mittelparteien sind ein Phänomen der Ständegesellschaft (vgl. auch das Denken in ständischen Kategorien), das zeitlich mit dem Ende der

Ständegesellschaft zusammenfällt. Mittelparteien scheitern an ihrer Unfähigkeit, ihren ständisch fundierten Anspruch im Umfeld nationaler Parteien durchzusetzen. Sie scheitern auch aus sich heraus, da sie sich zu nationalen Parteien hin entwickeln und damit ihren Anspruch, supranationale Parteien sein zu wollen, ad absurdum führen.

Die Jahre 1905–1909 in Rußland sind durch den Versuch eines konstitutionellen Neuanfangs gekennzeichnet. Ein Versuch, der kurzfristig scheiterte, langfristig gesehen aber den Boden für die Februarrevolution 1917 bereitete. In den Ostseeprovinzen stehen in dieser Zeit soziale und nationale Auseinandersetzungen im Vordergrund, die sich von revolutionären Ausschreitungen bis hin zur Polemik neu entstandener Parteien spannen und die Wittram in seiner „Baltischen Geschichte" folgendermaßen charakterisiert hat: „Die Revolution von 1905 hat ein doppeltes Gesicht: Sie war eine sozialrevolutionäre Aktion, die jedoch durch ihre volkspolitische Dynamik auch bürgerliche Kreise auf halbem Wege mit sich fortzog."[1]

Auf dem Höhepunkt der Revolution erließ der Zar auf Druck Vittes das sogenannte Oktobermanifest. Gedacht als eine taktische Maßnahme, die revolutionäre Bewegung zu spalten, wurde das Oktobermanifest zur Grundlage eines gelenkten Parlamentarismus. Das Vertrauen der staatsbejahenden Bevölkerung war nur durch die Erfüllung der darin gemachten Versprechen wiederzuerlangen. Neben die im Laufe der Revolution faktisch errungene Pressefreiheit trat nun die Bildung von Parteien.

In den Ostseeprovinzen gründeten Esten, Letten, Russen und Juden eigene Parteien. Die Mehrheit des deutschen Bürgertums gründete hingegen multinationale Parteien, die man in das bereits kurz angerissene Schema der Mittelparteien einordnen kann. Diese neu enstandenen Parteien sind aus ihrer Zeit heraus als *liberale* Mittelparteien zu verstehen. Hinter der Macht der Partei stand das vorwärtsdrängende *liberale* Bürgertum. Friedrich Naumann konstatierte 1906: „Das Auferstehen des Liberalismus als politische Macht ist davon abhängig, daß er sich eine gemäße Organisation schafft, obwohl er (zwischen Sozialismus und Konservatismus stehend) von allen politischen Richtungen am schwersten organisierbar ist."[2] Fügt man noch hinzu, daß das Parteibewußtsein auf der Schwelle vom ständischen zum nationalen Selbstverständnis entstand, dann begreift man das Dilemma der Baltischen Konstitutionellen Mittelparteien. Die Probleme,

---

1 Reinhard Wittram, Die Ostseelande Liv-, Est- und Kurland 1180–1918. Umrisse und Querschnitte. München, Berlin 1945, S. 229.

2 Zitiert aus: Theodor Schieder, Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit. München 1958, S. 127.

die sich aus der liberalen Gedankenhaltung ergaben, verschwanden erst, als die Parteitätigkeit bei Kriegsausbruch verboten wurde.

Die Idee zur Parteigründung, und zwar von vornherein zur Gründung multinationaler Parteien, tauchte nach dem Erlaß des Oktobermanifestes an fünf Orten fast gleichzeitig auf. In Libau, Mitau, Riga, Dorpat und Reval berieten daraufhin Glieder der Ritterschaften, Kaufleute und Bürger der Städte, Pastoren, Letten und Esten, wie die gemeinsame Partei auszusehen habe. Richtungweisend für die Programme aller Baltischen Konstitutionellen Mittelparteien war das Programm der Rigaer Baltischen Konstitutionellen Partei, die am 27. Oktober 1905 gegründet wurde. Nur in wenigen Punkten wichen die Programme der Liberal-Constitutionellen Partei in Libau, der Monarchisch-Constitutionellen Partei in Kurland (beide Parteien wurden am 5. November 1905 gegründet), der Konstitutionellen Partei in Estland (am 10. November 1905 gegründet) und der Dorpater Baltischen Konstitutionellen Partei (am 28. Oktober 1905 als Ortsgruppe der Rigaer Baltischen Konstitutionellen Partei gegründet) voneinander ab.

Das Zwölf-Punkte-Programm der Rigaer Partei forderte neben der Erfüllung der im Oktobermanifest gemachten Versprechen mehr Selbstverwaltung für die Ostseeprovinzen, und zwar auf den Gebieten Gerichtswesen, Hochschulen und beim freien Gebrauch der Landessprachen in Schule und Verwaltung. Die Baltischen Konstitutionellen Mittelparteien unterstützten die Vorlage der Ritterschaften nach einer Provinzialreform. Die 1906 in ganz Livland 7800 Mitglieder zählende Partei, in deren Vorstand Glieder der Ritterschaften neben Bürgern der Stadt saßen, hatte Schwierigkeiten, andersnationale Mitglieder für ihre Partei zu werben. Die neu entstandenen lettischen, estnischen und russischen Parteien zeigten sich an einer Zusammenarbeit nicht interessiert. Esten und Letten stellten die Parteien als einen verlängerten Arm der Ritterschaften dar. Für und gegen diese Ansicht spricht eine Reihe von Hinweisen, denen in einer Dissertation nachzugehen sein wird. Wie unabhängig war die Parteipolitik von der Politik der Ritterschaften? Ist eine gegenseitige Beeinflussung nachweisbar? In welchem Verhältnis standen die Parteien zu den neu entstandenen Deutschen Vereinen?

Die Parteien wurden vor den Deutschen Vereinen gegründet. Ihre Mitglieder waren oft auch Mitglieder in den Deutschen Vereinen. Die im Laufe des Jahres 1906 gegründeten Deutschen Vereine waren bis 1908 politisierend tätig. Ihre politische Ausrichtung lief auf eine Abgrenzung gegenüber Esten und Letten hinaus. Ihnen war die „Versöhnungspolitik" der Baltischen Konstitutionellen Mittelparteien suspekt. Die Jahre 1905–1907 bringen auch einen allmählichen politischen Kurswechsel der Balti-

schen Konstitutionellen Mittelparteien. Inwieweit ist dieser Kurswechsel auf die Einwirkung des nach dem Putsch vom 3. Juni 1907 veränderten parlamentarischen Systems in Rußland zurückzuführen?

Die Darstellung der Parteiengeschichte kann sich nur auf die Quellen stützen, die anläßlich eines Forschungsaufenthaltes in Tartu/Dorpat zu finden waren. Da es zu den Baltischen Konstitutionellen Mittelparteien keine weiterführenden Darstellungen gibt, steht ein weiterer Aufenthalt im Lettischen Staatsarchiv Riga an. Hier sollen vor allen Dingen die Mitgliederlisten der Parteien aufgespürt und ausgewertet werden, da bis jetzt nur die Mitgliederzahlen bekannt sind. Die Dissertation wird sich nach einer allgemeinen Darstellung der Baltischen Konstitutionellen Mittelparteien auf die Baltische Konstitutionelle Partei in Riga konzentrieren. In Riga befand sich die Parteizentrale der mitgliederstärksten konstitutionellen Mittelpartei. Hier war ein Schnittpunkt deutsch-lettisch-russischer, politischer Interessen. In dieser Stadt wurde nicht nur die politische Ausdifferenzierung der lettischen, sondern auch der deutschen Bevölkerung offenbar. Flankierend zur genaueren Analyse der Baltischen Konstitutionellen Partei sollen mögliche Kooperationspartner unter Letten, Esten und Russen untersucht werden.

Augenfällig ist, daß auf estnischer Seite realistischere Chancen für eine Zusammenarbeit bestanden als auf lettischer Seite. Die Gründe hierfür liegen m.E. in dem Grad revolutionärer Ausschreitung, der in Kur- und Südlivland ungleich höher war und auf beiden Seiten größere Opfer forderte als in Nordlivland und Estland. Die Strafexpeditionen forderten in den lettisch besiedelten Teilen der Ostseeprovinzen mehr Opfer als in den estnisch besiedelten.

Die potentiellen Bündnispartner der Baltischen Konstitutionellen Mittelparteien auf estnischer Seite war die Eesti Rahwameelne Eduerakond (Estnisch-Nationale Fortschrittspartei) unter der Leitung des Dorpater Zeitungsherausgebers Jaan Tõnisson. Auf lettischer Seite fand sich erst nach der Spaltung der Lettischen Konstitutionellen Partei, in der daraus hervorgegangenen Lettischen Reformpartei unter der Leitung des Rigaer Rechtsanwalts Friedrich Groswald, ein möglicher Bündnispartner. Mit Hilfe des neuen Wahlsystems nach dem 3. Juni 1907 und der Unterstützung dieser Partei gelang der Baltischen Konstitutionellen Partei der Einzug in die Dritte Duma. Zwischen der Dorpater Baltischen Konstitutionellen Partei und der Estnisch-Nationalen Fortschrittspartei kam es trotz intensiver Bemühungen der deutschen Seite zu keinem Bündnis. Von einem wirklichen Bündnis kann aber auch nicht im Zusammenhang mit der Lettischen Reformpartei die Rede sein, eher handelt es sich um eine kurzfristige taktische Maßnahme. So liegen auch mehr Materialien über

die deutsch-estnischen Bemühungen vor, ein tragfähiges Wahlbündnis zu schmieden. Die Dissertation wird sich hier zwei Fragestellungen zuzuwenden haben: Wie stand man im jeweiligen estnischen und lettischen Lager einem Bündnis mit den Baltischen Konstitutionellen Mittelparteien gegenüber? und: Änderte sich die Haltung der estnischen und lettischen Bevölkerung in den Jahren 1905–1909 gegenüber den Deutschbalten?

Die Partei scheiterte in ihrem Bemühen, eine multinationale Partei sein zu wollen. Es gelang ihr nicht, Letten, Esten und Russen in bedeutender Zahl zur Mitarbeit in der Partei zu gewinnen. In der Dritten Duma schloß sie sich der Deutschen Gruppe des Verbandes vom 17. Oktober an, womit sie sich faktisch zur Interessenvertretung der Deutschen Rußlands, nicht aber der anderen in den Ostseeprovinzen lebenden Völker machte. Trotzdem bleibt die Frage, was diese Parteien bewirkt haben. Wenn man diese Frage positiv stellt, so setzt man bereits voraus, es habe greifbare Ergebnisse gegeben. Dies ist eine durchaus gerechtfertigte Behauptung, denn die Tatsache, daß die Deutschen der Ostseeprovinzen Parteien gründeten, die keine Standesparteien waren, war schon eine Besonderheit an sich, die die Hinwendung zur Rolle einer nationalen Minderheit versinnbildlichte. Der politische Horizont, den Angehörige der deutschen bürgerlichen Schicht, wenn sie nicht aus Riga stammten, nur von der Arbeit in ihren Stadtparlamenten besaßen, wurde durch die Parteibildungen immens erweitert und unterschied sich durch das klare Ziel, politische Macht erringen zu wollen, von der bisherigen, auch überregional stattfindenden Vereinsarbeit. Zu fragen wäre auch hier, wieweit die Gründung der Deutschen Vereine auf den politischen Erfahrungen der Baltischen Konstitutionellen Mittelparteien basierte. Ist nicht die Bildung Deutscher Vereine eine Absage an das parlamentarische System überhaupt, legt man die Arbeit der ersten beiden Dumen zugrunde? Ist die Hinwendung zur eigenen Volksgruppe nicht auch ein Resultat einer mißglückten Kooperation aller in den Ostseeprovinzen lebenden Volksgruppen, wie sie die Parteien anstrebten?

Die bisherigen Forschungen lassen den Schluß zu, daß die Baltischen Konstitutionellen Mittelparteien in den Jahren 1905–1907 eine Katalysatorfunktion besaßen. Sie führten zur politischen Ausdifferenzierung der deutschbaltischen Bevölkerung der Ostseeprovinzen. Sie standen auf der Schwelle vom ständischen zum nationalen Denken. Das „Parteivolk" waren neben Teilen der Ritterschaften Bürger, die immer entschiedener nach politischer Mitbestimmung drängten, sich aber vorerst noch dem Führungsanspruch der Ritterschaften beugten. Die Parteien können so als der zwiespältige Ausdruck eines Bürgerbewußtseins gesehen werden, das den Führungsanspruch der Ritterschaften mit der Gleichberechtigung aller in

den Ostseeprovinzen lebenden Nationalitäten zu verknüpfen suchte. Daß dieser politische Spagat nicht gelingen konnte, liegt für uns heute Lebende auf der Hand; damals jedoch war dieses Bewußtsein nicht nur unter den Deutschbalten, sondern auch in der älteren Generation der Esten und Letten verbreitet. Bei diesen Völkern war die Revolution und die Parteibildung eine Angelegenheit der jüngeren Generation, jener Schicht des Bildungsbürgertums, das seine Ausbildung in der von den Deutschbalten (von Esten und Letten erst im nachhinein) als „Russifizierung" bezeichneten Zeit erhielt. Insofern markiert das Jahr 1905 auch einen Generationsumbruch. Mit dieser Generation junger Intellektueller, für die die Abgrenzung von Deutschen grundlegend für die Bildung eigener, nationaler Parteien wurde, verhandelten die Führer der Baltischen Konstitutionellen Mittelparteien. Nach dem Putsch vom 3. Juni 1907 verlagerte sich die politische Auseinandersetzung zunehmend auf das Gebiet der Presse. Mit dem Bedeutungsverlust des parlamentarischen Systems in Rußland überhaupt war auch der Niedergang der Baltischen Konstitutionellen Mittelparteien verknüpft.

MITTEILUNGEN

"The Baltic. Languages and Cultures in Interaction"

Unter diesem Titel fand am 19. und 20. Mai 1994 an der Universität Groningen (Niederlande) ein Symposium des dortigen NOMES-Zentrums statt. Dieses Zentrum — hinter der Abkürzung verbergen sich die „*N*oord-, *O*ost- en *M*idden-*E*uropese *S*tudies" — besteht seit 1991; insgesamt kooperieren hier die folgenden Abteilungen bzw. Fachbereiche der Rijksuniversiteit Groningen (RuG) miteinander: das Arktische Zentrum, die Skandinavistik und Altgermanistik, die Finnougristik, die Slavistik, die Germanistik, Historische Regional- und Agrarforschungen, die Geschichte und Phonetik. Ziel des NOMES-Zentrums ist eine Stimulierung und Förderung von interdisziplinärer Forschung und Kenntnisvermittlung im Bereich von Sprache, Literatur und Geschichte von Nord-, Ost- und Mitteleuropa.

Zur Tagung waren über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus vielen Ländern angereist, wobei sich neben den zahlreich vertretenen Gastgebern aus den Niederlanden vor allem Ostsee-Anrainer einfanden: aus Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Lettland, Polen und Schweden, aber ebenso Besucher aus Belgien, England und Norwegen. Ebenso bunt und weitgefächert wie das Publikum waren auch die Vorträge, die sich drei Themenkreisen unterordnen ließen: Zum einen ging es um die Beziehungen der Niederlande zum Ostseeraum, zum zweiten wurden Fragen gegenseitiger Beziehungen innerhalb des Ostseeraumes untersucht, und als drittes schließlich gab es auch einige Vorträge, die sich jeweils mit nur einem Land der fraglichen Region befaßten und einen Einblick in spezifische Probleme gaben.

Eingeleitet wurde die Konferenz — nach der Begrüßung durch den Rektor der Universität Groningen — mit einem Vortrag von P. Sture Ureland (Mannheim) über „Sprachkontaktzonen in Nord-Europa". Nach einer Kaffeepause folgten als generelle Einführung in einen Teil der Thematik zwei historische Plenar-Vorträge über die Beziehungen zwischen den Niederlanden und dem Ostseeraum in der frühen Neuzeit. J.I. Israel (London) sprach über „Commercial and political relations of the Dutch Republic in the Baltic area in early modern times", J.S.A.M. van Koningsbrugge (Groningen) referierte über „The position of the Dutch Republic

in the political and military conflicts in the Baltic area in early modern times". Diese beiden faktenreichen und desungeachtet keineswegs trockenen Vorträge, in deren Anschluß eine lebhafte Diskussion stattfand, boten eine solide historische Grundlage für eine Reihe weiterer Referate.

Für den Nachmittag des ersten Tages wurden drei Sektionen mit jeweils drei Vorträgen gebildet. In der Sektion Geschichte befaßte man sich ausschließlich mit dem Verhältnis der Niederlande zur Region. J.G. Roding (Leiden) referierte über „Dutch influences on the architecture of the Baltic area" und wies darauf hin, daß sich die von Niederländern im Baltikum angefertigten Bauwerke architektonisch von den zur gleichen Zeit in Holland entstandenen Gebäude unterscheiden. Einen detaillierten Überblick über die kartographische Erfassung des Ostseeraumes, worin die Niederländer im 17. Jahrhundert bekanntlich führend waren, gab E. Okhuizen (Utrecht) in seinem Vortrag „Dutch maritime cartography of the Baltic area". J. Veluwenkamp (Groningen) schließlich schlug den Bogen zur Neuzeit, indem er über „Dutch merchants in St. Petersburg" berichtete. Hierbei ist besonders interessant, daß es bereits Mitte des 18. Jahrhunderts Schwierigkeiten mit dem Aufrechterhalten der niederländischen Kirche gab, weil die Kinder die Sprache nicht mehr verstanden, und somit der Übergang zur deutschsprachigen Gemeinschaft einsetzte. Auch der Wiederbelebungsversuch einer holländischen Gemeinde (1769) war nicht von bleibendem Erfolg gekrönt.

Die Literatur-Sektion widmete sich länderübergreifenden Themen und hatte mit den Niederlanden nicht mehr viel zu tun: E. Törnqvist (Amsterdam) sprach über „Strindberg, the European", W. Schönau (Groningen) beleuchtete den Aspekt „Thomas Mann und Skandinavien", und M. Valkonen (Helsinki) untersuchte „The avant-garde between Helsinki and St. Petersburg". Aus allen drei Referaten ging deutlich hervor, daß die Ostsee nicht nur für Handelsleute und Abenteurer etwas Verbindendes darstellt, sondern auch und gerade im kulturell-literarischen Bereich immer für Kontakte gesorgt hat und niemals trennend gewesen ist. Das Beispiel Thomas Manns, der zeit seines Lebens intensiv die dänische, norwegische und schwedische Literatur rezipiert hat, zeigt zudem, daß die Bewegung nicht einseitig von den „Rändern" (Skandinavien, Baltikum) zu den „Zentren" (Paris, Amsterdam, Berlin) verlaufen ist, sondern bisweilen auch umgekehrt.

Die dritte Sektion war der Linguistik vorbehalten, die sich angesichts des Rahmenthemas der Konferenz erwartungsgemäß ausschließlich der Sprachkontaktforschung bzw. der Stellung von sogenannten Minderheitensprachen widmete. T. Wicherkiewicz (Poznań) sprach über „The position of the German language in Poland", ein Problem, das ja erst im Zuge

der jüngsten politischen Veränderungen wieder thematisiert wird. Die größte sprachliche Minderheit Schwedens, die der Finnen nämlich, betrachtete J. Lainio (Stockholm) in seinem Referat „The position of the Finnish language in Sweden". Über die wesentlich älteren und umfassenderen linguistischen Bezüge im Ostseeraum gab schließlich T. Hofstra (Groningen) Auskunft, indem er über die „Beziehungen zwischen Germanen und Ostseefinnen" sprach.

Am Abend des ersten Tages wurde mit einem Klavierkonzert von Mina Miller (USA), die Kompositionen von Carl Nielsen interpretierte, auch den weniger wissenschaftlichen Neigungen des Konferenz-Publikums Rechnung getragen. Überhaupt war der leiblich-kulturelle Rahmen der Veranstaltung wohlorganisiert, die zahlreichen Tee- und Kaffeepausen schufen einen angenehmen Rahmen für Diskussionen, Kontaktaufnahmen oder auch unverbindliche Plauderei.

Der zweite Tag fand erneut im Plenum statt und bot mit seinen fünf Vorträgen noch einmal reichlich Diskussionsstoff. Zunächst sprach S. Pavidis (Riga) über „Lettisch in Lettland: eine Fremdsprache im eigenen Land?" und charakterisierte die Situation als ein „drittes Erwachen", wobei manch einer dies allerdings eher als „Schlafstörung" ansähe. In seinem brillanten Vortrag über „Language policy in the Baltic states in connection with the emancipatory movements in literature and culture" gab M. Rannut (Tallinn) einen gekonnten Überblick vor allem über die Lage des Estnischen im Vergleich zum Russischen. Die banale Schlußfolgerung war, daß sich hinsichtlich der Stellung im Lande und der Identität der Esten sprachlich so gut wie nichts geändert habe, nur einen minimalen Unterschied gäbe es nun: Auf staatlicher Ebene habe nach der Emanzipation Ende der 80er Jahre und der Wiedererlangung der Unabhängigkeit das Estnische das Russische abgelöst.

Noch einmal um Aspekte des Kontakts ging es in dem Referat von B. Nolin (Göteborg) über „Georg Brandes: The good European" und in den kunstgeschichtlichen Ausführungen von R. Toompere (Tartu), „Modernism in the Baltic states", ehe J.J. van Baak (Groningen) in seinem Schlußreferat eine zusammenfassende Synthese versuchte: „Northern cultures — What could this mean?"

Eine Antwort auf diese Frage kann man gewiß nur erhalten, wenn man sich intensiv mit der Region beschäftigt, das war allen Beteiligten klar. Und sie ist überdies nur zu erreichen, wenn man sich auf eine Diskussion und einen reichhaltigen, beiderseitigen Austausch einläßt. Diese Konferenz, die nach niederländischer Tradition bei den Plenarvorträgen stets Korreferenten bzw. Respondenten einsetzte, um die Diskussion zu stimulieren, brachte allerlei „Seevölker" — Nord- und Ostseeanrainer — zu-

sammen und bot somit eine willkommene Möglichkeit, sich über seine gegenseitigen historischen Verbindungen und Kontakte klarzuwerden und für die Zukunft neue Verbindungen, Projekte oder Forschungsschwerpunkte aufzubauen. Dem NOMES-Zentrum, das übrigens auch über einen *Newsletter* (Centre NOMES, University of Groningen, PB 716, NL-9700 AS Groningen) verfügt, ist für die Zukunft weiterhin Geld und Tatendrang zu wünschen, um diese Art der wichtigen interdisziplinären Forschung fortführen zu können.

Cornelius Hasselblatt, Hamburg

Deutsche im Nordosten. Bericht über ein Internationales Symposium in Tallinn/Reval (Estland) vom 6.–10. September 1995

Unter dem Motto „Der Finnische Meerbusen als Brennpunkt" hat vom 6.–10. September 1995 in der estnischen Hauptstadt Tallinn eine interdisziplinär zusammengesetzte Gruppe von etwa 40 Forschenden aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, Finnland, Estland, Rußland und Kanada den Stand der Forschung zum Thema „Wandern und Wirken deutschsprachiger Menschen im europäischen Nordosten" aufzuarbeiten versucht.

Veranstalter waren die Stiftung zur Förderung deutscher Kultur (Aue-Stiftung) mit Sitz in Helsinki (Finnland) und die Ostsee-Akademie Lübeck-Travemünde in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Kulturinstitut Tallinn und dem Finnland-Institut in Tallinn. Die Aue-Stiftung hatte 1988 ihre öffentliche Arbeit u.a. mit der ausdrücklichen Aufgabenstellung aufgenommen, die Geschichte des deutschsprachigen Elements im Nordosten Europas ohne Unterschied jetziger oder früherer staatlicher Grenzen zu erforschen. Die Ostsee-Akademie im Pommern-Zentrum Lübeck-Travemünde ist eine Institution der Erwachsenenbildung, zu deren Konzept es gehört, das Gespräch zwischen den Menschen des Ostseeraums zu fördern — u.a. auch durch Tagungen in den Anrainerländern des Mare Balticum.

Der estnische Kulturminister Jaak Allik sowie der finnische und der deutsche Botschafter in Estland, Jaakko Kaurinkoski und Henning von Wistinghausen, eröffneten das Symposium im historischen Rathaus von Tallinn. Die einleitende Betrachtung stellte Botschafter a.D. Antti Karppinen, der Geschäftsträger Finnlands in der Bundesrepublik sowie u.a. in mehreren ostmitteleuropäischen Staaten war, unter das durch Georg von Rauch geprägte Wort von der Geschichte auch als der Kunde von der „Gegenwärtigkeit des Vergangenen".

Dieser Rahmen verdient bei der Behandlung dieses wichtigen Themas zu diesem Zeitpunkt wohl als eine Dokumentation von Kooperationswillen der Forschenden und der Institutionen der beteiligten Länder wie auch der Unterstützung dieses Kooperationswillens durch die Politik als hoffnungsvolles Zeichen festgehalten zu werden. Die Veränderungen der letzten Jahre haben im Hinblick auf den Gegenstand ein offenes Klima für eine neue Sehweise eröffnet, die die langjährigen Stereotypen „Kulturträgertum" und „Drang nach Osten" überwindet. Die Bereitschaft, im historischen Rückblick Heterogenität als Bereicherung zu sehen, Migration

nicht nur als „Kolonisierung" oder „Überfremdung" zu fassen, gibt auch fruchtbare Anstöße für den Umgang mit Minderheitenproblemen der Gegenwart.

Mit dem System von „commissioned papers" wurde der Versuch unternommen, die ganze Breite der Herkunftsländer zu erfassen, den gesamthistorischen Hintergrund deutscher Präsenz im Nordosten zu beleuchten und dann neben einem Überblick über typische Spielarten der Ein- und Binnenwanderung auch das Wirken des deutschsprachigen Elements beispielhaft in den Feldern Wirtschaft, Erziehung, Kunst/Literatur/Musik zu behandeln. Zugleich sollten Vortragende aus den drei hier näher betrachteten Zielländern Estland, Finnland und Rußland im Verein mit Forschenden von außerhalb dieses Raums zu Wort und zum Gedankenaustausch kommen.

Denn diese hatten zwar alle als Historiker ihrer jeweiligen Länder, aber auch als Wirtschaftsgeschichtler oder Genealogen, Literatur- oder Kunstwissenschaftler ihre Gegenstände getreu den Regeln unserer jeweiligen Disziplin untersucht und deshalb dabei dem deutschsprachigen Element, wo es ihnen in Politik, Bevölkerung oder Kultur begegnete, die ihm objektiv gebührende Beachtung geschenkt. Dennoch würde jeder von den Vortragenden es wohl als eine unzulässige Verengung ausgelegt haben, als Spezialist für „Deutsches im Nordosten" bezeichnet zu werden.

Die Fragestellung des Symposiums aber war, ob nicht der gemeinsame Gegenstand selbst doch methodische Anforderungen eigenen Rechts stellt, für deren Erfüllung Hilfe und Anregung aus den Erfahrungen der Nachbardisziplinen und den Kenntnissen der Forschergemeinschaften anderer Länder erhalten werden könnte. Damit sollte die gewisse Isolierung, in der sich die Forschenden mit diesem besonderen Interessengebiet befinden, aufgehoben werden, indem man in diesem Symposium den Gegenstand konstituieren, aus Mosaiksteinen den Stand der Forschung zusammentragen wollte.

Daß zahlreiche ebenso wichtige Gebiete deutschen Lebens ausgeklammert blieben, ist nicht nur aus den „physischen" Grenzen eines Symposiumsprogramms erklärbar, sondern weist auch auf unbearbeitete Felder (etwa die Volkskunde der städtischen Bevölkerung) hin. Eine Einbeziehung von Forschenden und Themen aus dem Gebiet des heutigen Lettland mußte freilich in gewissem Maße willkürlich vorgenommen werden, weil die „asymmetrische" Schwerpunktsetzung unter Hinzunahme Finnlands eine entscheidende Funktion für die Annäherung an das Thema hatte.

Die Deutschen in den drei Ländern verhielten sich ja so unterschiedlich: In Estland waren sie lange Zeit ausschließliche Träger politischer Rechte,

in Rußland — das meint hier zunächst St. Petersburg — waren sie rechtlich und mit allen Pflichten integriert, grenzten sich aber sozial deutlich ab, in Finnland hingegen waren sie eine auffällig integrationswillige Minderheit. Die Erkenntnis, daß ihr Verhalten keine Konstante war, konnte folgende neue Blickwinkel eröffnen: 1) aus der differenzierenden Erkenntnis einem Stereotyp vom Deutschen entgegenwirken, 2) ihr unterschiedliches Verhalten in den drei Ländern neu in Beziehung zu den Unterschieden der drei Gesellschaften selbst setzen, 3) aus der Tatsache ihres lebhaften Austausches zwischen den drei Ländern erkennen, daß diese doch einen gemeinsamen Geschichtsraum voller verbindender Elemente darstellen. Während insofern die Ausdehnung auf ein weiteres baltisches Land keine neue Komponente erbracht hätte, war Finnland das „tertium comparationis" — ein Staat mit einer relativ gesicherten Autonomie und einer Gesellschaft mit für osteuropäische Verhältnisse ungewöhnlich demokratischen Strukturen und einem entsprechenden Selbstbewußtsein, deren Chancen und Herausforderungen die Deutschen sich auf aufschlußreiche Weise anders stellten.

Die etwas wenig griffige Themenstellung des gesamten Symposiums wie auch einzelner Beiträge erwies sich auch tatsächlich als Reibungsfläche, die in scheinbar ebenem Terrain neue Bodenhaftung bewirkte. So soll in dem folgenden Überblick nicht versucht werden, den Gesamtinhalt der Referate kürzestmöglich zu charakterisieren, sondern die Momente neuer Reibungspunkte aufzuzeigen.

Rudolf Mumenthaler (Universität Zürich) machte bei der Untersuchung „Schweizer Auswanderung in den Nordwesten des Zarenreichs" u.a. mit den ungelernten „Gouvernanten" eine Gruppe sichtbar, deren Schicksal keineswegs sozial abgesichert war, wie es die landläufig mit dieser Gruppe verbundene Vorstellung von einer hochqualifizierten Schicht nahelegt. Erstaunlich auch das Verblassen des im Mutterland so wesentlichen Gegensatz zwischen „reformiert" und „lutherisch"; die deutschen Lutheraner als größte Anschlußgruppe zogen Reformierte beider Sprachen an. Hans Derkits (Universität Wien) konnte in Diskussionsbeiträgen die — zahlenmäßig verschwindende — österreichische Dimension umrißweise andeuten, zu der aber neben hochinteressanten Einzelgestalten (z.B. der Kalevala-Übersetzer Schiefner) die einzige „proletarische" Gruppe (Glasfabrikarbeiter) gehören. Jüri Kivimäe — als Leiter des Stadtarchivs Tallinn, unter dessen Dach das Deutsche Kulturinstitut seine Räume hat, praktisch neben Institutsleiter Urmas Oolup[1] zweiter Gastgeber — mach-

[1] Ebenso wie er fungierten Seppo Zetterberg, Leiter des Finnland-Instituts, sowie Seppo Rytönen (Universistät Joensuu) als Sektionsleiter.

te unter der Überschrift „Lübeck, Reval, Wiborg — die mittelalterlichen Wurzeln deutscher Präsenz im Nordosten" deutlich, auf welch unterschiedlichen Kreuzgeflechten von Handelsströmen die beiden frühen Stützpunkte deutscher Kaufleute im Nordosten beruhten — südlich des finnischen Meerbusens die sich emanzipierende Hansestadt, nördlich davon die „Agenten" des Stadtherrn — und wie unterschiedlicher Natur daher die äußerlich ähnlich intensiven Beziehungen zu Lübeck waren. Zudem dürfen die direkten Beziehungen Lübecks zu Dorpat nicht unterschätzt werden.

Nachdem somit die Breite der Herkunftsgebiete abgesteckt war, ging Michael Garleff (Bundesinstitut für ostdeutsche Kultur und Geschichte Oldenburg; der Beitrag wurde krankheitshalber verlesen) unter der Fragestellung „Zwischen ‚fremd' und ‚autochthon': die Deutschbalten als Typus der Deutschen im Nordosten?" auf eine Gruppe der kontinuierlich in diesem Raum ansässigen Deutschen ein, wobei er die vorgegebene Dichotomie nicht mit einer Entscheidung oder einem Sowohl-als-auch auflöste, sondern die Begriffe selbst kritisch auf ihre Tauglichkeit als Analysekriterien befragte.

Hermann Beyer-Thoma (Osteuropa-Institut München) verdeutlichte bei seiner Untersuchung „Deutsche Verbindungen nach Finnland und Karelien im Mittelalter", daß die Kristallisierung deutscher Ansiedlung in Wiborg, Porvoo und Turku der Endpunkt einer Entwicklung ist, die Russen in Südwestfinnland, Dänen im finnischen Meerbusen, Schweden im Ladoga-See und einen nicht zu unterschätzenden Direkthandel der Finnen im gesamten ländlichen Gebiet mit nicht städtisch siedelnden Deutschen weit im Hinterland der Küste sah.

Hannes Saarinen (Universität Helsinki) betrachtete die Zeit der Deutschen im Ostseeraum unter dem zeitlichen Rahmen „Gemeinsam im schwedischen Reich" — eine Periode, die genauso oft als episodisch übergangen wie als Ansatz einer echten historischen Alternative idealisiert wird. Indem er auch die Erwerbungen Schwedens in der westlichen Ostsee mit einbezog, wurde ein System verschieden enger Anbindungen und herrschaftlicher Durchdringung sichtbar, das in gewisser Weise auch die spätere Anbindung der westlichen Grenzmarken an das Russische Reich als Vorbild vorwegnahm. Die geringe Integration des Gesamtstaates wurde auch an den verschwindend kleinen Anteilen des „Binnenhandels" dieses Gebiets am Gesamthandelsaufkommen deutlich. Integrative Elemente waren jedoch sicher die deutsche Binnenwanderung sowie die Universitätsgründungen in Lund, Dorpat und Turku.

Den Übergang von schwedischer zu russischer Zeit konnte Dirk-Gerd Erpenbeck (Bochum, Baltische Historische Kommission) dann am Bei-

spiel Narvas konkretisieren. Aus seiner auf der zusammen mit Enn Küng (Tartu) betriebenen Rekonstruktion der Bürgerbücher beruhenden Kenntnis wies er u.a. darauf hin, daß das zahlenmäßig kontinuierliche deutsche Element in der Stadt tatsächlich große Diskontinuitäten aufweist und z.B. nach dem Nordischen Krieg nicht durch Weiterzug im Nordosten, sondern durch Direkteinwanderung aus Mitteleuropa aufgefüllt wurde. Interessant auch, daß noch 1870 die Deutschen, Esten und Russen in Narva im Verhältnis 1:2:6 vertreten waren, die starke russische Präsenz dort also durchaus historische Präzedenzen hat.

Es war sehr zu bedauern, daß Natal'ja Juchnëva (Ethnographisches Museum der Russischen Akademie der Wissenschaften/„Kunstkammer" St. Petersburg) ihr Referat „Die Herkunft der Petersburger Deutschen"[2] aus zwingenden persönlichen Gründen absagen mußte. Eine Überraschung brachten die Ergebnisse von Michail Katin-Jarcev (Moskau) zum Thema „Deutsche Familien in Rußland mit finnischen/baltischen Verbindungen": Er wies anhand Moskauer Prikaz-Akten nach, daß eine ganze Reihe deutschbaltischer Gefangener des Livländischen Krieges die Wegführung überlebten und dann an durchaus wichtigen Stellen in Moskauer Diensten standen. Georg Luther (Finnische Genealogische Gesellschaft Helsinki) breitete eine Palette interessanter Fallstudien zu „Wanderungen deutscher Familien im Ostseeraum" aus, die eine weitgehende Bereitschaft zu Akkulturation, damit aber auch die häufig genutzte Möglichkeit der Rückkehr zur deutschen Sprache und Kultur belegten. Ein Werkstattbericht von Robert Schweitzer (Stadtbibliothek Lübeck/Stiftung zur Förderung deutscher Kultur), der zugleich das von ihm geplante[3] Symposium leitete, über „Petersburger Deutsche und Deutschbalten in Finnland 1918–1940" schloß die Migrationsstudien ab. Neben Zahlenreihen, die das zähe Festhalten an St. Petersburg bis weit in die 1920er Jahre hinein belegen, wurde an Biographien des Komponisten Ernest Pingoud, des Journalisten Carlo von Kügelgen und des Politikers Alexander von Meyendorff die Spannbreite vom „unter Integrationsschwierigkeiten Bleiben", „nach Deutschland Weiterziehen" und „erst später nach Finnland Kommen" abgesteckt.

Als wirkungsvollen Auftakt zum Themenbereich Bildung konnte Arvo Tering (Universitätsbibliothek Tartu) „Die Universität Dorpat in schwedischer Zeit und ihre Ausstrahlung" nicht nur im Hinblick auf Studentenzahlen und Professorenberufungen darstellen, sondern aufgrund sorgfältiger Studien zum Dissertationswesen auch als frühen Kristallisations-

---

2 Dazu jetzt Margarete Busch, Deutsche in St. Petersburg 1865–1914: Identität und Integration. Essen 1995 (Veröffentlichungen des Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. 6.).

3 Bei der wissenschaftlichen Planung wirkte Sirje Kivimäe (Tallinn) mit.

punkt von Neuerungen wie z.B. des Cartesianismus darstellen. Timo Rui (Universität Joensuu) verfolgte diese Entwicklung weiter: „Die deutschsprachige Universität Dorpat im 19. Jahrhundert als Hochschulort für Finnland" verlor diese Bedeutung erst nach der sprachlichen Umstellung des Wiborger deutschen Gymnasiums (1842/45) und der Bindung der Beamtenlaufbahn an ein Examen an der Universität Helsinki. Sirje Kivimäe (Tallinn) zeigte auf, daß „Frauenbildung im Nordosten: von den Anfängen in Wiborg 1788 bis ins 19. Jahrhundert" durch den Impuls der katharineischen Reformen einen bleibenden Vorsprung in Finnland vor den baltischen Ländern behielt. Der diesen Abschnitt abschließende Vortrag von Edgar Hösch (Universität München): „Deutsche Pädagogik zwischen Halle, Dorpat und Wiborg" fand schon in kongenialer Umgebung im Seminarraum des Universitätsmuseums (früher Universitätsbibliothek) in der Domruine von Tartu statt — der Wirkungsstätte Karl Morgensterns, der sich über das deutschsprachige Schulwesen des „Alten Finnland" nach einer Inspektionsreise so positiv geäußert hatte. Es hatte die besten Kräfte von deutschen Reformuniversitäten anziehen können und mit dafür gesorgt, das Wiborger Gebiet vom Schlachtfeld zur Brücke zu machen, stand aber damit auch in latentem Gegensatz zur nationalstaatlichen Entwicklung Finnlands.

Die Exkursion an den Sitz der fast 100 Jahre lang deutschsprachigen Universität bot sich für dieses Symposium geradezu an, wurde aber auch genutzt, um an den guten Demonstrationsgeräten der EDV-Abteilung des Estnischen Historischen Archivs in wichtige personengeschichtliche Datenbanken zum Thema Einblick zu nehmen. Antero Leitzinger (Helsinki), auch ein Kenner der Schweizer Einwanderung nach Finnland, zeigte „Einbürgerungen in Finnland 1832 bis 1917", Hermann Beyer-Thoma demonstrierte „Die maschinenlesbare ‚Kartei Amburger'", die an der Universität München aus dem überreichen Material des großen Prosopographen entsteht. Veiko Berenzen (Historisches Staatsarchiv von Estland, Tartu), Gastgeber dieses Abschnitts der Tagung, erläuterte die vielfältigen sozialgeschichtlichen Fragemöglichkeiten an die zusammen mit Margus Maiste (Tartu) erstellte „PA-Datenbank der Deutschbalten", in die zunächst die Daten des Genealogischen Handbuchs der Baltischen Ritterschaften einfließen. Dirk-Gerd Erpenbeck konnte hier den Stand des maschinenlesbaren „Narvaer Bürgerbuchs" dokumentieren.

Wieder in Tallinn, eröffnete Laurence Kitching (Fraser University Burnaby, Kanada) den Themenkreis Kulturwissenschaften mit dem Referat „Die deutsche Literatur im Nordosten im Überblick". Ol'ga Glazkova (Museum Park Monrepos Wiborg) konkretisierte „Deutsch als Literatursprache des ‚Alten Finnland'" am Beispiel des Monrepos-Gedichts von

Ludwig Nikolay und des metrischen Dialogs „Finnland" von August Thieme. Igor Ljamin (Wiborg), Leiter des im Wiederaufbau befindlichen Komplexes, dem der spätere König Friedrich I. von Württemberg den Namen und der Erzieher Zar Pauls I. die Gestaltung gegeben hatte, erläuterte unter dem Titel „Monrepos — ein Blick in das 21. Jahrhundert — die Rolle der kleinen kulturellen Zentren bei der Herausbildung eines neuen kulturellen Bundes im Ostseeraum" dessen Ziele und Möglichkeiten als einer neuen kulturellen Begegnungsstätte von Ost und West als Partner in einem neuen Europa. Griff dieser Vortrag über den zeitlichen Rahmen des Symposiums hinaus, so ließ er ebenso wie Avo Hirvesoo (Estnischer Rundfunk Tallinn) in seinem Referat „Ein Kulturkontakt in extremen Verhältnissen: Dr. H. Wirth als Musikleiter des Senders Tallinn 1943–44" erkennen, wo und wie der Geist multinationaler Toleranz, zu dem die Deutschen in ihren besseren Zeiten beigetragen hatten, überlebte und wieder aufleben könnte.

Sven Hirn (Helsinki) öffnete den Blick für eine wenig beachtete Dimension des Kulturkontakts, indem er auf „Deutsche Unterhaltungsmusiker in Finnland vor dem Ersten Weltkrieg" einging: Deutsch zu verstehen war nicht nur für die Teilnahme am Wissenschaftsleben von Vorteil, sondern unerläßlich, um den Humor der „Wiener Couplets" zu verstehen. Während in der „E-Musik" die Internationalität russische Tonkunst weitgehend mit einbezog, war auf dieser Ebene die „Westorientierung" eindeutig und bestimmt nicht ohne Auswirkungen auf das Kulturbewußtsein breiter Schichten. Die Realitätsnähe des Tagungsthemas trat schlagartig mit der Beobachtung hervor, daß Finnland auch auf diesem Gebiet in dem Augenblick peripher wurde, als St. Petersburg aufhörte, Metropole zu sein.

Während ein von Eva Raud (Tallinn) angekündigter Beitrag über „Das deutsche Theater in Estland bis zum 1. Weltkrieg" wegen Erkrankung nicht vorgetragen werden konnte, stellte Svetlana Mel'nikova (Akademie der Schauspielkunst St. Petersburg) „Deutschsprachige Bühnen in Petersburg im 17. bis 19. Jahrhundert" als einen weitgehend unerforschten Gegenstand mit einer vielversprechenden Quellenlage vor.

Eine Überraschung war der einleitende Vortrag zum Themenkreis Architektur: Viktor Dmitriev (Abteilungsleiter Wiborg der Denkmalschutzinspektion des Leningrader Bezirks) zeigte Bauwerke des bislang unbekannten Architekten Karl Speckle, der im 18. Jahrhundert in allen westlichen Gebieten des Russischen Reichs den international geprägten aerarischen Stil öffentlichen Bauens in zahlreichen Beispielen gepflegt hatte. Daran schloß sich eine von Kurzreferaten eingeleitete Podiumsdiskussion dreier Vortragender an, die das gleiche Thema in ihrem jeweiligen Land

behandelten: Ljubov Kudrjavceva (Wiborg/Kunstakademie St. Petersburg), Petri Neuvonen (Stiftung für Bauinformation Helsinki) und Mart Siilivask (Staatliche Denkmalpflege Tallinn) näherten sich von verschiedenen Ausgangsbeispielen dem Problem der Uminterpretation einer international ausgerichteten Gegenbewegung gegen historistische Nationalstile, dem Jugendstil, zur Nationalromantik als Nationalstil der jungen Völker — vielleicht nach den nordischen Ausprägungen von Gotik und Klassizismus der dritte gemeinsame Regionalstil des Ostseeraums.

In der abschließenden Vortragsrunde zum Thema Wirtschaft berichtete Thomas Martin (Universität Gießen) über „Deutsche Bankiers in St. Petersburg"; in der Diskussion wies er auf die „Finland connections" dieser Kreise hin, die mit Siemens' (Schein-)Bürgerrechtserwerb in Hamina oder gezielten Wiedergründungen von Banken in Wiborg umrissen sind. Der wegen kurzfristiger Verhinderung ausgefallene Beitrag von Karl-Eric Michelsen („Deutsche Unternehmer in Estland und Finnland") kann hoffentlich im Kongreßband erscheinen, so daß dann z.B. von deutschen Firmen, die von Estland aus mit Petersburger Kapital in den finnischen Holzexport eingriffen, nachgelesen werden kann. Marjatta Hietala (Universität Joensuu) schloß mit ihrem Bericht „Das deutsche Element als Innovationsträger in Finnland" die Vortragsrunde ab. So wesentlich die oft vergessene Vermittlungsfunktion von Stockholm, St. Petersburg und auch Reval war, so darf man nicht von einem einseitigen „Bringen" der Innovation ausgehen: Finnland informierte sich an den Quellen, durch Auslandsreisen wie Abonnements selbst speziellster Literatur — und da hatte Deutschland als das nächstgelegene Stück „Europa pur und live" eine beherrschende Stellung; sie war aber vor allem Ausdruck einer internationalen Orientierung schlechthin, nicht einer nationalen Präferenz.

Die ausführliche Schlußdiskussion erkannte an, daß die sperrige Formulierung des Themas in der Tat den Blick offen gehalten und voreilige Verengungen auf bekannte Perspektiven („Die Baltischen Länder", „St. Petersburg", „Die Deutschen") verhindert habe. Dies bestätigten Jörg Hackmann (Lübeck-Travemünde) und Waltraud Bastman-Bühner (Helsinki) für die beiden Träger als Intention, die nationale Fragestellung zu vermeiden. In der Tat habe die Frage nach den Integrationsfaktoren des Ostseeraums, von denen das deutschsprachige Element unbestritten einer war, weiter gestellt werden müssen — z.B. wurde der Russifizierungsbegriff angesichts der zahlreichen fruchtbaren Kontakte in Frage gestellt. Mentalitätsgeschichte wurde als ein noch zu wenig benutzter Schlüssel zum Verständnis der Vorgänge genannt. Die bürgerliche Migrationsbewegung hatte für die Entwicklung ziviler Werte innerhalb der zunächst militärisch bestimmten Welt der drei Kaiserreiche eine eminente Funktion.

Der Wertewandel zur „civil society" (schlaglichtartig ablesbar, wenn der Sohn eines Kadettenschulkommandeurs die erste anerkannte weibliche Architektin ausbildet) nutzte noch die erstaunliche Freizügigkeit der anationalen Imperien für einen hohen Austausch, bewirkte aber zugleich eine nationale Verengung — man sprach für die Zeit nach 1917 fast von Parochialität, die ihre Leistungen aus dem sich verbrauchenden Kapital der Vorkriegszeit erzielte. Für den Weg zu den Nationalstaaten der kleinen Völker hat das deutsche Element vielleicht objektiv (in der baltischen Autonomie oder der Selbstverwaltung des ‚Alten Finnland') einige Voraussetzungen erhalten — subjektiv waren sie nicht sein Ziel: Der finnische Weg vollzog sich in bewußter Abkehr vom „Wiborger Modell" eines deutschsprachigen regionalen Bewußtseins in internationalen Bezügen, das die nichtslavischen Völker mit einem russischen Reichspatriotismus verbinden sollte.

Der Wille, in Verbindung zu bleiben und gemeinsam „die Stafette Erik Amburgers aufzunehmen", war beim Abschied der Teilnehmenden spürbar. Die Vorträge sollen in der Reihe „Veröffentlichungen der Stiftung zur Förderung deutscher Kultur" publiziert werden.

Robert Schweitzer, Lübeck

Aufbau einer freiheitlich-demokratischen Ordnung in den baltischen Staaten: Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Internationales Symposium vom 1.–3. Oktober 1994 in der Ostsee-Akademie Lübeck-Travemünde

Wie in den vergangenen Jahren, so lud auch 1994 die Studiengruppe für gegenwartsbezogene Baltikumforschung sowie das Institut für Deutschland- und Osteuropaforschung — Göttinger Arbeitskreis e.V. zu einem internationalen Symposium ein — und viele, viele kamen in die Ostsee-Akademie Lübeck-Travemünde, die als Mitveranstalter auftrat. Quasi als Fort- und Weiterführung zur Tagung des vorangegangenen Jahres[1] standen nun prononciert innenpolitische Fragestellungen und Themen auf der Tagesordnung. Angesichts der langen Liste der Einzelbereiche und Referenten — begrüßenswerterweise in der Mehrzahl aus Estland, Lettland und Litauen selbst — sei es dem Berichterstatter verziehen, wenn er nicht jeden Vortrag gebührend würdigen kann.

In den zur Verfügung stehenden zweieinhalb Tagen konnten die ca. 70 Gäste des Symposiums trotz des gedrängten Programms, das 36 Referate vorsah, intensiv und konzentriert den Meinungsaustausch suchen, Diskussionen vor, während und nach den Vorträgen führen und die ausgesprochen gelöste Atmosphäre der Tagung in den Räumen der Ostsee-Akademie genießen, was wohl nicht zuletzt auch der interdisziplinären Zusammensetzung der Teilnehmer zu verdanken war.

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden der Studiengruppe, Boris Meissner (Köln), sowie seinen Stellvertreter Dietrich A. Loeber (Kiel) und den Präsidenten der Ostsee-Akademie, Philipp von Bismarck (Lübeck), galt der erste Vormittag des Symposiums dem Rückblick auf „Die baltischen Staaten zwischen Demokratie und Diktatur". Peeter Järvelaid (Tartu) für Estland, Karlis Kangeris (Stockholm) für Lettland und Linas Janulevičius (Vilnius) für Litauen erörterten die historischen Voraussetzungen für die demokratischen Staatsgründungen im Baltikum des Jahres 1918, wobei besonders Järvelaid die enge geistige Verbindung Estlands mit dem westeuropäischen Kulturkreis betonte und bereits in den Entwicklungen

---

1 Das Symposium vom 20.–22. September 1993 trug den Titel „Die Außenpolitik der baltischen Staaten und die internationalen Beziehungen im Ostseeraum". Die Tagungsbeiträge wurden im gleichnamigen Buch, hrsg. v. Boris Meissner, Dietrich A. Loeber u. Cornelius Hasselblatt, veröffentlicht. S. dazu die Rezension von Michael Garleff im vorliegenden Heft, S. 773-776.

seit dem beginnenden 19. Jahrhundert (Bauernbefreiung, Anfänge bäuerlicher Selbstverwaltung, Ausbildung einer „relativen Autonomie", Steigerung des Bildungsniveaus der Bevölkerung) den Grund für die erste Estnische Republik gelegt sah. Kangeris hob stärker auf die letzten Jahre des Ersten Weltkrieges ab und erläuterte die Ideen von der beginnenden Demokratisierung und den daraus resultierenden Autonomie- sowie Souveränitätsbestrebungen, während Janulevičius den besonderen Charakter litauischen Strebens nach Eigenstaatlichkeit in den Vordergrund stellte, das aufgrund der historischen Erfahrungen schon sehr früh in den Kampf um kulturelle, schließlich auch politische Autonomie und internationale Anerkennung mündete.

Wiederum retrospektiv wurden im Anschluß daran die „Erfahrungen mit parlamentarischer Demokratie und autoritärer Herrschaftsform (1918–1940)" in den einzelnen baltischen Republiken dargestellt. Boris Meissner beschäftigte sich mit der Entwicklung in Estland, Inesis Feldmanis (Riga) ging der Fragestellung in bezug auf Lettland nach, während Joachim Tauber (Lüneburg) Litauen in der Zwischenkriegszeit beleuchtete. Es wurde bei allen drei Referenten deutlich, daß man die Theorie der autoritär-totalitären Herrschaftsform im Baltikum der Jahre 1918–1940 sehr wohl differenzierter zu behandeln habe und z.B. große Unterschiede zwischen Lettland und Estland bzw. Ulmanis und Päts herauszuarbeiten seien, wogegen in Litauen die außenpolitische Problematik von Wilna- und Memelfrage die Entwicklung des Landes für lange Zeit bestimmte. Vor allem die Fragen nach sozio-ökonomischer Entwicklung und einsetzender Weltwirtschaftskrise in ihren Auswirkungen auf die Innenpolitik der baltischen Staaten harren noch einer eingehenderen Untersuchung.

Zum Thema „Die Wiederherstellung der Demokratie in den baltischen Republiken" fand Rein Ruutsoo (Tallinn) kritische Worte, indem er der Entwicklung des demokratischen Staates diejenige einer „civil society" in Estland gegenüberstellte, deren Erreichen er als Aufgabe von Generationen veranschlagte, während die Euphorie nach dem Zusammenbruch des Sowjetsystems und nach der Erringung von Unabhängigkeit und Demokratie keine langfristige Mobilisierung der Bevölkerung mit sich bringen könne. Egil Levits (Wien) referierte den derzeitigen Stand des Demokratisierungsprozesses in Lettland, wobei er einerseits auf bisweilen mangelnde Kenntnis und Kompetenz bei der Umstrukturierung der staatlichen Verwaltung und Rechtsprechung verwies und andererseits eine noch nicht in der Gesellschaft gefestigte demokratische Gesinnung und Identifikation mit dem Staat konstatierte. Er verlieh der Hoffnung Ausdruck, daß durch Modernisierung in Verwaltung und Rechtsprechung diese Probleme dauerhaft beseitigt werden könnten.

Mit einem Überblick über die „Entwicklung eines demokratischen Mehrparteiensystems und die innenpolitischen Zielsetzungen der einzelnen Parteien" von Rein Helme (Tallinn), Andrejs Urdze (Bonn) und Darius Trinkunas (Vilnius) wurde der erste Tag des Symposiums abgeschlossen. Eine Westeuropa vergleichbare Parteienlandschaft mit gefestigten Strukturen und Verankerung in der Gesellschaft läßt sich nach Ansicht der Vortragenden für die baltischen Staaten noch nicht erkennen, doch entwickelten sich erste Blöcke, die — vereinfacht gesprochen — als sozialdemokratisch, nationalkonservativ bzw. bäuerlich und in Ansätzen liberaldemokratisch zu klassifizieren seien.

Der zweite Tag stand ganz im Zeichen von Verfassungs- und Rechtsfragen, Verwaltungsproblemen sowie ökonomischen und sozialen Fragestellungen. Dietrich A. Loeber unterzog die — aus dem Jahre 1922 stammende und wieder in Kraft gesetzte — Verfassung Lettlands und nicht zuletzt das Verhältnis von Parlament, Staatspräsident und Regierung in Theorie und Praxis einer kritischen Würdigung. Nach Andreas Hollsteins (Bonn) Worten könne die verfassungsrechtliche Situation Litauens zwar als relativ stabil angesehen werden, da klare Mehrheitsverhältnisse im Parlament gegeben seien, doch angesichts einer verschwindend geringen Partizipation der Bevölkerung am politischen Leben (Wahlbeteiligung zuletzt ca. 10%) wie auch angesichts der Bestrebungen des Präsidenten, über einen Beraterstab quasi eine „zweite Regierung" zu bilden, fand der Referent eher skeptische Worte für die zukünftige Entwicklung.

Zu Fragen nach den Menschen- und Bürgerrechten sowie den Rechten der nationalen Minderheiten im Baltikum nahmen Rasma Šilde-Karkliņš (Chicago), Mati Hint (Tallinn), Zenonas Namavičius (Bonn) und Sulev Mäeltsemees (Tallinn) Stellung. Nach ihren Aussagen wären die rechtlichen Grundlagen für die Sicherstellung der Menschen- und Bürgerrechte geschaffen; worauf es jetzt ankomme, sei eine stringente, maßvolle, auf den gegebenen Gesetzen fußende Regierungspolitik, gerade im Hinblick auf die nationalen Minderheiten. Diese gelte es in ihrem eigenen Willen nach Integration in die wiederentstandenen Staaten zu befragen und auch nach dem Grad ihrer bereits vollzogenen Integration zu untersuchen. Vor allem von estnischer und litauischer Seite wurden hier Zweifel in bezug auf die russische Minderheit geäußert.

Kalev Kukk (Tallinn) stellte deutlich heraus, daß die unterschiedlichen Erscheinungsformen der Marktwirtschaft im demokratischen Estland aufgrund der entstehenden sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten Anlaß zur Sorge bereiteten. Die unregulierte Möglichkeit zur Bildung von Privatunternehmen habe einen wilden Gründungsboom v.a. auf dem Dienstleistungssektor verursacht, der in keinem Verhältnis zur Marktsi-

tuation stehe. Schwierigkeiten bereite daneben die Privatisierung von Wohnraum; Schlüsselindustrien wie die Energieversorgung blieben noch ausgespart.

Leonidas und Borisas Melnikas (Vilnius) konnten aus Litauen ähnliches berichten. Das Land befinde sich in einer wirtschaftlichen Übergangsperiode, die Einkommensdisparitäten zwischen Arm und Reich würden größer, während eine potente Mittelschicht fehle, eine Schattenwirtschaft sei im Entstehen. Allgemein sei das Fehlen von ausländischen Investitionen zu beklagen.

Über das Gesetz zur Unternehmensprivatisierung vom 13. Dezember 1990 sowie über das Gesetz zu den Grundlagen der Eigentumsreform in Estland vom 13. Juni 1993 informierte Ilmar Selge (Tallinn). Alexis Loeber (Riga) gab einen detail- und äußerst kenntnisreichen Überblick über die Privatisierung in Lettland, die hauptsächlich auf dem Agrarsektor abliefe. Wegen äußerst komplexer Verfahrensvorschriften sei die lettische Privatisierungspolitik bislang wenig erfolgreich gewesen, u.a. auch deshalb, weil staatliche Institutionen direkt an der Privatisierung partizipierten.

Die Dependenz von Marktwirtschaft und Sozialstruktur untersuchten die Brüder Melnikas für Litauen und Marju Lauristin, die zum Zeitpunkt des Symposiums amtierende Sozialministerin Estlands. Das südlichste der baltische Staaten durchlebe derzeit politische, wirtschaftliche und soziale Reformen in unterschiedlichem Tempo, wobei Produktionsrückgang, Inflationsanstieg und Arbeitslosigkeit völlig neue Erfahrungen für die Bevölkerung darstellten. Doch biete das intellektuelle Potential des Landes Anlaß zu begründeter Hoffnung. Auch für Estland seien die auseinanderklaffende Einkommensschere und die Verluste von ökonomischem und sozialem Status — in erster Linie bei kinderreichen Familien und Rentnern — Sozialprobleme, die wie eine „Zeitbombe" für das politische System wirken könnten. Aufgrund der Kostenexplosion im Gesundheits- und Bildungswesen sei der Staat als alleiniger Träger eines Sozialversicherungssystems überfordert; Lauristin rief dazu auf, alle gesellschaftlichen Interessengruppen an einer Lösung dieser brennenden innenpolitischen Fragen zu beteiligen.

Am dritten — und letzten — Tag des Symposiums standen die „Politische Kultur und die geistigen Grundlagen der freiheitlich-demokratischen Ordnung in den baltischen Ländern" im Mittelpunkt. Peter Vihalemm (Tartu) referierte über die politische und soziale Funktion der Massenmedien, machte die bestehenden operativen Mängel deutlich und plädierte für langfristige Programme zur politischen Bildung der Bevölkerung, zur Verankerung demokratischen Gedankengutes.

Cornelius Hasselblatt (Göttingen) — im übrigen auch verantwortlicher Organisator der Tagung — und Detlef Henning (Göttingen) ließen die verschiedenen gesetzlichen Regelungen zur Sprachpolitik und zur Gewährleistung des Bildungswesens nationaler Minderheiten in Estland und Lettland Revue passieren und untersuchten die Praktikabilität der legislativen Vorgaben.

Bei der Frage nach den „Beiträgen von evangelischer und katholischer Kirche zu einem erneuerten Rechts- und Staatsbewußtsein im Baltikum" konstatierte Wilhelm Kahle (Wittlich) sowohl den Verlust der spirituellen Aufbruchstimmung des Jahres 1991 als auch die institutionelle Trägheit der evangelischen Kirche bei der Suche nach religiöser Identität. Demgegenüber sei an der kirchlichen Basis trotz geringer Priesterzahlen und mangelhafter Ausbildung eine geistige Erneuerung im Entstehen. Ernst Benz (Königstein) verwies auf den wachsenden Einfluß der katholischen Kirche auch in Lettland, unterstrich ihre Stellung als „moralische Instanz" Litauens, merkte jedoch an, daß sie in der jüngeren Bevölkerung wenig Rückhalt besitze und in ihren Beziehungen zu den staatlichen Organen Rückschritte festzustellen seien.

Der kritische und selbstkritische Tenor der Vorträge, Diskussionen und Gespräche während der gesamten Tagung machte allen Teilnehmern deutlich, daß mit der Erlangung der staatlichen Souveränität zwar ein „baltisches Wunder" eingetreten war, daß aber nach den ersten Jahren der Euphorie der Sinn für die tagespolitischen Notwendigkeiten in den einzelnen Ländern Einzug gehalten hat und dies noch weiter tun wird. Die Diskussion über (innenpolitischen) Stand und Entwicklung Estlands, Lettlands und Litauens wird — auch dank dieses Symposiums — weitergehen, sich fortsetzen müssen, wofür der in Kürze erscheinende Tagungsband sicherlich die notwendige Grundlage schafft.

Konrad Maier, Lüneburg

„Baltische Studientage“ vom 13.–15. Februar 1995 in Bad Homburg

Vom 13.–15. Februar 1995 versammelten sich 17 Baltikum-Spezialisten der jüngeren Generation aus sieben Ländern in Bad Homburg zu einem Kolloquium über „Die baltischen Staaten in der Zwischenkriegszeit“. Gastgeber war die Werner Reimers-Stiftung, Tagungsstätte die in einem herrlichen Park gelegene, durch Anbauten erweiterte Villa des Stifters, des Bad Homburger Fabrikanten Werner Reimers (1888–1965), in der 50-60 Tagungen mit insgesamt über 1 000 Teilnehmern pro Jahr stattfinden und die, sicher nicht zu Unrecht, als „eine der schönsten Tagungsstätten der Welt“ bezeichnet worden ist.[1]

Diese Tagung hatte einen in Dimension und Ambiente ganz anders gearteten Vorläufer in Bonn und eine längere Vorgeschichte: Die Initiative zu ihr ging ursprünglich von Teilnehmern der im Rahmen des sogenannten „Münsteraner Modells“ seit 1988 in Haus Annaberg in Bonn-Bad Godesberg stattfindenden Sprachkurse für Estnisch, Lettisch und Litauisch aus. Im Rahmen dieser Intensivkurse unter Leitung des Slavisch-Baltischen Seminars der Universität Münster bzw. jetzt des Instituts für Interdisziplinäre Baltische Studien an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster erwerben jährlich 24 Studierende (jeweils acht pro Sprache) verschiedener Fachrichtung die Sprachkenntnisse, die ihnen eine nachfolgende wissenschaftliche Beschäftigung mit baltischen Themen ermöglichen.[2] Da sich diese Nachwuchswissenschaftler/innen an ihrer jeweiligen Universität in aller Regel in einer „Einzelkämpfer-Position“ befinden, hat sich unter ihnen ein starkes Interesse artikuliert, eine Gelegenheit zum interdisziplinären Gedankenaustausch mit anderen Baltikum-Spezialisten zu schaffen, um ihre Forschungsansätze bzw. -ergebnisse in Fachkreisen zur Diskussion stellen zu können.

Auf der Suche nach Partnern, die bei der Organisation einer solchen Tagung behilflich sein könnten, und nach Publikationsmöglichkeiten für diese Nachwuchswissenschaftler hat man sich aufgrund seiner interdiszi-

---

1 Odo Marquard, Stiftungen als Schrittmacher der Wissenschaft — Das Beispiel der Werner Reimers-Stiftung, in: Zum Gedenken an Werner Reimers. Reden und Vorträge zu seinem 100. Geburtstag 1988, hrsg. von der P.I.V. Antrieb Werner Reimers GmbH & Co. KG u. Werner Reimers-Stiftung. Bad Homburg v.d.H. 1988, S. 15-30, hier S. 28.

2 Vgl. Friedrich Scholz, Gründung eines Instituts für Interdisziplinäre Baltische Studien an der Westfälischen Wilhelms-Universität, Münster, in: Nordost-Archiv N.F. II (1993), H. 2, S. 465 ff.

plinären Ausrichtung an das „Institutum Balticum" des Albertus-Magnus-Kolleg Königstein e.V. gewandt. Dort stieß man auf reges Interesse an dieser Idee, befand sich doch das 1960 auf Initiative von Exilbalten im Rahmen des in Königstein beheimateten katholischen Vertriebenenzentrums gegründete und 25 Jahre lang von dem Exilletten Andrivs Namsons geleitete Institut, das seit 1962 das interdisziplinäre Jahrbuch „Acta Baltica" herausgibt, seit dem Dienstantritt des neuen Institutsleiters Ernst Benz (September 1988) und im Zusammenhang mit den grundlegenden politischen Veränderungen in den baltischen Republiken selbst in einer Phase der Um- und Neuorientierung: Der bisherige Mitarbeiter-(Autoren-)Kreis, der fast ausschließlich aus Exilbalten bestanden hatte, wurde zunehmend ergänzt einerseits durch Wissenschaftler in den baltischen Staaten selbst, andererseits durch westeuropäische Nachwuchswissenschaftler ohne biographischen Bezug zum Baltikum.

In zahlreichen Gesprächen entstand in der ersten Hälfte des Jahres 1993 aus diesen Ansätzen die Konzeption der „Baltischen Studientage" und des „Forum Balticum". Es bildete sich eine Projektgruppe heraus, die die ersten „Baltischen Studientage" vom 19.–21. November 1993 in Bonn-Bad Godesberg organisierte, im gleichen Haus Annaberg, in dem auch die Sprachkurse stattfinden. Dieser ohne jegliche öffentliche Geldmittel, aber mit viel persönlichem Engagement, v.a. von Helker Pflug, Köln, unternommene Versuch erwies sich als großer Erfolg. Insgesamt 57 Personen nahmen an der Tagung teil, davon 12 als Referentinnen bzw. Referenten. Die behandelten Themen spiegelten den interdisziplinären Charakter der Tagung wider, Referenten waren Sprach- und Literaturwissenschaftler, Historiker und Geographen, Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaftler.[3]

Die ursprünglich geplante interdisziplinäre wissenschaftliche Reihe („Forum Balticum"), in der die Tagungsbeiträge und eventuell weitere wissenschaftliche Arbeiten von Nachwuchskräften zu baltischen Themen publiziert werden sollten, ließ sich bisher aus finanziellen und sachlichen Gründen noch nicht verwirklichen. Einstweilen erscheint „Forum Balticum" als eine Sektion des Jahrbuchs „Acta Baltica", mit dem für die wichtigsten Tagungsbeiträge ein Publikationsorgan mit gesicherter Finanzierung und internationaler Verbreitung zur Verfügung steht.

Der Grundgedanke, daß vor der Publikation die Möglichkeit angeboten wird, die Forschungsansätze und -ergebnisse vor einem größeren Forum von Baltikum-Spezialisten verschiedener Disziplinen vorzustellen und darüber zu diskutieren, so daß befruchtende oder kritische Anregungen

---

[3] Vgl. den ausführlichen Tagungsbericht von Seraina Gilly in: Acta Baltica XXXII (1994), S. 173-187.

einfließen können, macht eine mehr oder weniger regelmäßige Wiederholung der Tagung erforderlich. Auf der Suche nach einem Partner stießen die Initiatoren auf die Werner Reimers-Stiftung in Bad Homburg, die sich dankenswerterweise zu enger Kooperation bereit erklärte. Zwei der drei „Grundpfeiler" des Projekts — Interdisziplinarität und Nachwuchsförderung — entsprechen ohnehin exakt den von der Stiftung vorgegebenen Kriterien, das dritte — Meinungsaustausch mit jüngeren Kolleg/inn/en aus dem Baltikum — ließ sich mit Hilfe der Stiftung zumindest zum Teil realisieren: Wenigstens für vier jüngere Wissenschaftlerinnen bzw. Wissenschaftler aus den drei baltischen Staaten (zwei aus Litauen und je einer aus Est- und Lettland) konnte die Teilnahme an den zweiten „Baltischen Studientagen" ermöglicht werden. Im Unterschied zu den Bonner „Baltischen Studientagen" 1993 war der Teilnehmerkreis in Bad Homburg von vornherein doppelt eingeschränkt: durch die Kapazität der Tagungsstätte und durch die Vorgabe eines Rahmenthemas, das in diesem Falle naturgemäß ein Übergewicht der Historiker unter den Teilnehmern verursachte. Auch in Zukunft sollen die „Baltischen Studientage" als kleinere Tagungen (Kolloquien), die jeweils ein bestimmtes Thema behandeln, in Zusammenarbeit mit der Werner Reimers-Stiftung in Bad Homburg fortgeführt werden.

Die „Baltischen Studientage" dienen vor allem der Vorstellung und Besprechung von Gedankengängen und Problemstellungen, wie sie sich aus den laufenden Arbeiten ergeben, weniger der Präsentation „fertiger" Forschungsergebnisse.[4] Für die Planung zukünftiger Kolloquien nehmen die Veranstalter gerne Anregungen betr. Rahmenthemen und sonstige Vorschläge entgegen, die entweder an das Institutum Balticum (Dr. Ernst Benz, Bischof-Kindermann-Str. 1, 61462 Königstein, Tel. 06174/299123, Geschäftsstelle und Länderreferat „Lettland") oder an die Länderreferentinnen für Estland (Seraina Gilly, lic. phil., Wettingerwies 7, CH-8001 Zürich, Tel. 0041-1-2626801) bzw. Litauen (Dr. Claudia Sinnig, Scherfweg 6, A-1140 Wien, Tel./Fax 0043-1-9116429) gerichtet werden können.

Das Kolloquium begann am Montag, dem 13. Februar 1995, mit der Eröffnung durch Ernst Benz und einer Vorstellungsrunde der Teilnehmer. Es folgten am ersten Tag drei literaturwissenschaftliche Vorträge:

Cornelius Hasselblatt (Institut für Deutschland- und Osteuropaforschung — Göttinger Arbeitskreis e.V. in Göttingen) referierte über das

---

4 So Rüdiger Ritter und Claudia Sinnig in ihrer Beschreibung der Grundidee der „Baltischen Studientage" in: Acta Baltica XXXII (1994), S. 169-172, hier S. 170.

Thema „Im Angesicht der Katastrophe: Schriftstellervisionen vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs — Orwell und Raudsepp". Die beiden untersuchten Romane „Coming Up for Air" („Auftauchen, um Luft zu holen", 1939) von George Orwell und „Viimne eurooplane" („Der letzte Europäer", 1941) von Hugo Raudsepp bringen vergleichbare Stimmungen und Denkstrukturen zum Ausdruck. Daraus läßt sich möglicherweise schließen, daß diese Katastrophen- und Endzeitstimmung für die Literatur Ende der 30er Jahre überhaupt charakteristisch war. In der anschließenden Diskussion wurde diese These kritisch hinterfragt: Gab es eine solche Katastrophen- und Endzeitstimmung in Europa nicht schon früher, z.B. in Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg? Handelt es sich andererseits nicht vielleicht um eine *Ex-post*-Interpretation?

„Jonas Aistis — ein Repräsentant der litauischen Lyrik des vierten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts", so lautete das folgende Referat von Dr. Rita Tūtlytė (Universität Vilnius, Lehrstuhl für litauische Literatur). Aistis modernisierte das traditionelle Erlebnisgedicht, indem er dem bis dahin naiven lyrischen Subjekt verschiedene Masken aufsetzt und damit eine gewisse (teilweise auch bereits ironische) Distanz zwischen der poetischen und der erlebten Welt schafft. Er schuf damit die Voraussetzungen für die Weiterentwicklung der litauischen Lyrik, die jedoch durch den Epochenbruch des Jahres 1940 verhindert wurde. Aus mangelnder Kenntnis seiner Werke, die 50 Jahre lang in Litauen nicht erscheinen konnten, gilt er dort bis heute fälschlicherweise als „traditioneller Lyriker", da seine gespielte, scheinbare Naivität nicht durchschaut wurde und wird.

Der Vortrag von Claudia Sinnig (Wien) hatte den Dichter „Henrikas Radauskas und die litauische Literatur der Zwischenkriegszeit" zum Gegenstand. Radauskas ist bis heute eine Ausnahmeerscheinung in der litauischen Literaturgeschichte geblieben: Im Gegensatz zu den meisten seiner Dichterkollegen aus der Emigration ist er noch immer nicht Gegenstand des Schulunterrichts in Litauen, noch immer nicht „kanonisiert", andererseits ist er unter Kennern und Liebhabern Gegenstand eines mittlerweile Jahrzehnte anhaltenden „Kults", und sein Status als Klassiker scheint unter Experten seit langem unumstritten. Radauskas' Texte sind bisher nicht ins Deutsche übertragen, obwohl sie eine der größten Leistungen der Kultur seines Landes in unserem Jahrhundert darstellen und „translitauische" (A.J. Greimas), also wirklich weltliterarische Bedeutung haben. Die anschließende Diskussion kreiste vor allem um die Frage, ob und inwieweit das Unpolitische bei ihm eine Art „innere Emigration" gewesen sein könne, wie überhaupt die Situation für Literatur und Kunst im Litauen der 30er Jahre gewesen sei, ob und inwieweit eine Zensur stattgefunden habe usw.

Auch nach dem Abendessen wurden solche Diskussionen im kleineren Kreis fortgesetzt. Vor allem aber trug die entspannte Atmosphäre sehr dazu bei, daß die Kolloquiumsteilnehmer sich und ihre Arbeit besser kennenlernen konnten — ein nicht unwichtiger Aspekt dieses Kolloquiums.

Am Dienstag morgen begann die Vortragsreihe mit einem Referat des Musikwissenschaftlers Ingo Hodick (Duisburg) zum Thema „Gražina, Baņuta und die ‚Wikinger'". In Estland, Lettland und Litauen konnte sich aus historischen und sozialen Gründen bis zum 20. Jahrhundert keine Nationaloper entwickeln. Nach dem Muster und stilistischen Vorbild des russischen Komponisten Michail Glinka und seinen Opern „Ein Leben für den Zaren" (1836) und „Ruslan und Ljudmila" (1842) entstanden Nationalopern in Estland mit „Vikerlased" (1928) von Eevald Aav, in Lettland mit „Baņuta" (1920) von Alfrēds Kalniņš und in Litauen mit „Gražina" (1933) von Jurgis Karnavičius. In der Diskussion gab es kritische Nachfragen vor allem zu letzterer Oper: Eher könnte die bereits 1906 uraufgeführte Oper „Birutė" von Mikas Petrauskas als „Nationaloper" gelten, die sehr viel populärer sei als „Gražina".

Mit dem nächsten Vortrag folgte ein Wechsel von der kulturellen in die politische Sphäre: Eero Medijainen (Universität Tartu, Historische Fakultät) referierte zum Thema „Foreign Ministry of Estonia between the Two World Wars". In den ersten Jahren seiner Unabhängigkeit, 1918–1921, beschränkte sich die Diplomatie des international noch nicht *de jure* anerkannten jungen Staates Estland auf spezielle Missionen, erst in den Jahren 1922–1934 bildete sich ein Netz auswärtiger Vertretungen, seit Mitte der 30er Jahre wurden die „Amateur-Diplomaten" zunehmend durch professionell ausgebildete Diplomaten ersetzt. Als einen der Hauptfehler der estnischen Außenpolitik bezeichnete der Referent die mangelnde Zusammenarbeit mit den baltischen Nachbarn Lettland und Litauen, doch ist es mehr als zweifelhaft — so auch der Tenor der anschließenden Diskussion —, daß auch bei Vermeidung aller Fehler und einer optimalen Außenpolitik die Unabhängigkeit des Landes hätte gewahrt werden können.

Es folgte ein Referat von Detlef Henning (Institut für Deutschland- und Osteuropaforschung — Göttinger Arbeitskreis e.V.) unter dem Titel „Die Minderheitenpolitik in Lettland zwischen 1918 und 1940", das vor allem einen kritischen Überblick über die bisherige Forschung zu diesem Thema bot. Der Referent unterschied mehrere traditionelle Richtungen (eine „lettozentrische", eine „germanozentrische" und eine „andersnationale") sowie eine relativ neue, vor allem von im Westen lebenden Wissenschaftlern lettischer Nationalität (Plakans, Ezergailis, Aizsilnieks, Balabkins) vertretene Richtung, die er als „revisionistisch" bezeichnete. Die „Revisionisten" deuten die Ausrufung der Republik Lettland als Mittel der

Machtergreifung einer kleinen lettischen bürgerlichen Gruppe, das Entstehen einer nationalen Ideologie als späteres Mittel dieser Gruppe, ihren heterogenen Staat ohne historische Überlieferung ideologisch zu stabilisieren, und die zunehmend minderheitenfeindliche Politik als Manöver zur Ablenkung von einer zunehmend etatistischen und verfehlten Wirtschaftspolitik. In der folgenden lebhaften Diskussion wurden Bedenken gegen den von Henning geforderten modernisierungstheoretischen Ansatz (als zu sehr auf die westlichen Staaten ausgerichtet) geäußert, doch die von ihm angesprochenen Defizite innerhalb der lettischen Geschichtsforschung (Mangel an neuen Ideen und methodologischen Ansätzen) wurden von den meisten Diskussionsteilnehmern ebenfalls beklagt, wobei allerdings unterschiedliche Auffassungen darüber zum Ausdruck gebracht wurden, ob die Situation in Litauen diesbezüglich besser sei als in Lettland.

Damit war ein Übergang hergestellt zum Referat von Arūnas Bubnys (Vilnius) über die „Litauische Widerstandsbewegung 1941–1944". Bubnys schilderte die Entstehung der zahlreichen Widerstandsgruppen, die sich während der deutschen Besatzung in Litauen bildeten und auf deren passiven Widerstand letztlich das Scheitern der Aufstellung einer litauischen SS-Legion zurückging: Im Gegensatz zu Estland und Lettland, wo bis zu 85% der Einberufenen zur Musterung erschienen, waren es in Litauen aufgrund der Boykottaufrufe der verschiedenen Widerstandsorganisationen nur etwa 20%. In der Diskussion zu diesem Vortrag wurde kritisch angemerkt, daß es doch sehr fragwürdig sei, eine gerade Linie von der in Berlin mit deutscher Unterstützung gegründeten „Litauischen Aktivistenfront" (LAF) zu den antifaschistischen Widerstandsgruppen in Litauen zu ziehen.

Nach dem Mittagessen wurde das Tagungsprogramm mit einem Referat von Joachim Tauber (Institut Nordostdeutsches Kulturwerk Lüneburg) über „Die deutsch-litauischen Beziehungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts" fortgesetzt. Der Referent gab einen Überblick über die wichtigsten Stationen und Etappen deutsch-litauischer Beziehungen: Besetzung Litauens durch deutsche Truppen im Ersten Weltkrieg, Besetzung des Memelgebiets durch litauische Freischärler 1923, Aufeinanderprallen des deutschen und litauischen Nationalismus dort in den 30er Jahren, erzwungene Abtretung des Memelgebiets 1939 an Deutschland, deutsch-sowjetische Verträge vom August und September 1939, die Litauen als sowjetische „Einflußsphäre" definierten, deutsche Besetzung Litauens im Zweiten Weltkrieg mit der vollständigen Vernichtung der großen und traditionsreichen jüdischen Gemeinde. In der Diskussion wurde u.a. als zusätzliches wichtiges Kapitel deutsch-litauischer Beziehungen in unserem

Jahrhundert die Umsiedlung und Rückumsiedlung der Litauendeutschen erwähnt.

Das Thema des folgenden Referats von Seraina Gilly (Universität Zürich) lautete „Estlands Minderheiten in der Zwischenkriegszeit". Nach einigen einleitenden Angaben über die demographische Situation in Estland 1918–1940 und den Anteil der nationalen Minderheiten nach den Volkszählungen von 1922 bzw. 1934 konzentrierten sich die Ausführungen der Referentin vor allem auf die deutschbaltische Minderheit. Durch die radikale Agrarreform von 1919 auch wirtschaftlich entmachtet, konnten sich die von einer führenden Schicht zu einer nationalen Minderheit herabgesunkenen Deutschen letztlich doch mit dem estnischen Staat aussöhnen, was vor allem durch die vorbildliche Gesetzgebung zur Kulturautonomie erleichtert wurde.

Rudolf Mumenthaler (Universität Zürich) bot mit seinem Referat über „Die Memoiren des deutschbaltischen Barons Arved von Brasch als Quelle zur estnischen Geschichte der Zwischenkriegszeit" eine interessante Illustration und Ergänzung zum vorangegangenen Tagungsbeitrag seiner Kollegin. Er untersuchte und analysierte die 1994 von ihm herausgegebenen Memoiren eines deutschbaltischen Gutsbesitzers vor allem im Hinblick auf die Haltung zur Enteignung, zur Umorientierung des Adels auf andere Tätigkeiten und zur Bewertung der estnischen Unabhängigkeit: Trotz des persönlichen sozialen und wirtschaftlichen Abstiegs werden in diesen Erinnerungen die Erreichung der staatlichen Unabhängigkeit durch die Esten und die Leistungen der jungen Republik im Grunde recht positiv bewertet.

Im letzten Referat dieses Tages ging es schließlich um die nach Deutschland emigrierten Deutschbalten und ihre Haltung zum Staat Lettland. Carla Siegert (Rostock) berichtete auf der Basis des für ihre kurz vor dem Abschluß stehende Dissertation gesammelten Materials über „Die deutschbaltischen Emigrantenorganisationen in Deutschland und ihr Engagement in Lettland 1920–1930". Von etwa 20 000-30 000 Deutschbalten, die in den Kriegs- und Revolutionswirren nach dem Ersten Weltkrieg nach Deutschland geflohen waren, kehrten die meisten bis 1923 wieder in die Heimat zurück; in der Weimarer Republik verblieben ca. 8 000 Deutschbalten. Diese bemühten sich unter dem Motto „Deutscher zu sein und Balte zu bleiben" um einen engen Kontakt und ein möglichst gemeinsames Vorgehen mit den in der Heimat verbliebenen Landsleuten, auch wenn es mitunter zu sehr scharfen Auseinandersetzungen und Meinungsverschiedenheiten kam.

Der dritte und letzte Tag des Kolloquiums begann mit einem Referat von Māris Skujiņš (Riga) über die „Grundzüge des autoritären Regimes

von Kārlis Ulmanis in Lettland, 1934–1940". Am Beispiel Lettlands leistete der Referent einen Beitrag zur allgemeinen Forschung über die Krise des Parlamentarismus und die Hinwendung zum Autoritarismus im Europa der 20er und 30er Jahre unseres Jahrhunderts, indem er anhand der drei Gegensatzpaare „Pluralismus — Totalitarismus", „Apathie — „Mobilisation" und „Mentalität — Ideologie" und der von Juan J. Linz ausgearbeiteten Definition der autoritären Regime die Art der Machtausübung, die staatlichen und politischen Institutionen, die Verbindung der staatlichen Macht mit der Gesellschaft und die Rolle der gesellschaftlichen Gruppen im politischen Prozeß während der Epoche des Ulmanis-Regimes untersuchte.

Es folgte ein Vortrag von John de Jonge (Vlagtwedde, Niederlande) über „Die Handelsbeziehungen zwischen den Niederlanden und den baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen 1920–1940". Grundlage des Vortrags war eine gleichnamige Examensarbeit für die Fachhochschule für Wirtschaft, für die Material im Reichsarchiv in Den Haag ausgewertet wurde. Der niederländisch-baltische Handel in der Zwischenkriegszeit war recht bescheiden; als Handelspartner standen die Niederlande im allgemeinen zwischen Platz 5 und 10 in der Rangfolge der Export- bzw. Importländer Estlands, Lettlands und Litauens, während der baltische Anteil am Außenhandel der Niederlande nur bei rund 0,5% lag. Aus den baltischen Staaten exportiert wurden fast ausschließlich Holz und Holzprodukte, aus den Niederlanden ins Baltikum importiert vor allem Superphosphat, Radios bzw. Radioteile, kunstseidenes Garn, Roheisen und Glühlampen.

Das letzte Referat des Kolloquiums hielt Helker Pflug (Köln). Sein Thema lautete: „Die Darstellung der baltischen Staaten 1918–1945 in heutigen deutschen Reiseführern und ihre Rezeption". Im Zusammenhang mit der Unabhängigkeitsbewegung und -werdung erwachte ein verstärktes Interesse an den baltischen Staaten in Deutschland, dem die Verlage dadurch Rechnung trugen, daß inzwischen über zwei Dutzend Reiseführer neu erschienen und ältere Reiseführer neu aufgelegt wurden. Als Untersuchungsgegenstand sind solche Reiseführer vor allem unter dem Gesichtspunkt interessant, welches Bild hierin von den baltischen Völkern und ihrer Geschichte vermittelt wird. Im Referat und in der anschließenden Diskussion wurden zahlreiche Beispiele dafür vorgebracht, welch falsche, ja absurde Geschichtsbilder bestimmte Reiseführer vermitteln.

In der abschließenden Generaldiskussion unter dem Tagesordnungspunkt „Baltische Studientage — Kritik und Anregungen" wurde die gute Atmosphäre des Kolloquiums hervorgehoben, vor allem als Verdienst der Gastlichkeit der Werner Reimers-Stiftung und ihrer Mitarbeiter. An dem

Kolloquiumskonzept wurde besonders der interdisziplinäre Ansatz als positiv herausgestellt: Wo sonst könne man z.B. auch einen Vortrag zur Musikgeschichte der baltischen Staaten hören? Der einhellige Wunsch nach einer Wiederholung der Veranstaltung im nächsten Jahr wurde auch schon von mehr oder weniger konkreten Themenvorschlägen begleitet: Ein Schwerpunkt sollte auf der Kulturgeschichte liegen, die bei sonstigen Baltikumtagungen immer zu kurz komme (Kibelka); unter dem Rahmenthema „Herrschaftssystem und Literatur" könnte man z.B. den Literaturbetrieb und die Stellung der Schriftsteller in den baltischen Staaten während der sowjetischen Okkupation behandeln (Henning) oder — allgemeiner — das Kulturleben in den baltischen Staaten während der Sowjetperiode (Tauber). Dabei wäre, was sowohl für die Geschichte als auch für die Gegenwart gilt, vor allem auch das Spannungsfeld des Baltikums als Kulturregion (Regionalismusdebatte) und seiner Außenbeziehungen, der vielfältigen Einflüsse auf diese Region von außen, zu problematisieren (Hasselblatt).

Die Ankündigung der Initiatoren bzw. Initiatorinnen der Veranstaltung (Benz, Gilly, Sinnig), wenigstens einen Teil der Tagungsbeiträge in einer eigenen Sektion („Forum Balticum") der „Acta Baltica" zu veröffentlichen und für die Zukunft eventuell eine eigene Publikationsreihe „Forum Balticum" herauszugeben, wurde allgemein begrüßt.

Mit einem Dank der Initiator/inn/en an die Kolloquiumsteilnehmer, vor allem aber an die Werner Reimers-Stiftung, die das Zustandekommen und den guten Verlauf dieses Kolloquiums ermöglichte, wurde die Tagung beendet. Die Veranstalter hoffen, daß im nächsten Jahr eine Fortsetzung in Form des beantragten Kolloquiums mit dem Rahmenthema „Das Baltikum als historische und kulturelle Region zwischen Besinnung auf Identität und Öffnung nach Europa" in Bad Homburg stattfinden kann.[5]

Ernst Benz, Königstein

[5] Nachtrag: Mittlerweile wurde dieses Kolloquium genehmigt und auf den 11.–13. April 1996 terminiert.

Die deutsche Volksgruppe in Estland in der Zwischenkriegszeit und aktuelle Fragen des deutsch-estnischen Verhältnisses

Unter diesem Titel fand in Travemünde das diesjährige internationale Symposium der Studiengruppe für gegenwartsbezogene Baltikumforschung vom 16.–18. September 1995 statt. Traditionell wurde es in Zusammenarbeit mit dem Institut für Deutschland- und Osteuropaforschung des Göttinger Arbeitskreises e.V. und der Ostsee-Akademie in Lübeck-Travemünde veranstaltet.

Nachdem die Tagungen in den vergangenen Jahren allen drei baltischen Staaten gewidmet waren (1991 zur Wirtschaft, 1993 zur Außenpolitik und 1994 zur innenpolitischen Entwicklung), sollte dieses Mal — und auf den folgenden Tagungen — ein einzelnes Land näher unter die Lupe genommen werden. Der Anfang wurde mit Estland gemacht, Litauen und Lettland sollen folgen.

In seiner Eröffnung wies der Präsident des Göttinger Arbeitskreises und Vorsitzende der Studiengruppe für gegenwartsbezogene Baltikumforschung, Boris Meissner, auf die weitere Planung hin, während der stellvertretende Vorsitzende der Studiengruppe, Dietrich A. Loeber, einen weiteren Grund für die diesjährige Konzentration auf den nördlichen der drei baltischen Staaten mitteilte: Schließlich sei es das Herkunftsland von Boris Meissner, der erst kürzlich seinen 80. Geburtstag begangen hatte. Insofern stand die Veranstaltung auch im Zeichen des Jubilars, der in den vergangenen Jahrzehnten durch seine vielfältige Tätigkeit verhindert hatte, daß Estland bzw. das gesamte Baltikum in Vergessenheit gerieten. Als dritter begrüßte Jörg Hackmann von der Ostsee-Akademie die Teilnehmer. Im Anschluß daran konnte mit der wissenschaftlichen Arbeit begonnen werden.

Die ersten anderthalb Tage waren der Zwischenkriegszeit vorbehalten, die in drei große Blöcke — politische Geschichte, Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie Kultur und Bildung — aufgeteilt war. Eine besondere Bereicherung war, daß unter den rund 70 Teilnehmern und Referenten zahlreiche Zeitzeugen vertreten waren, die mit ihren Diskussionsbeiträgen wertvolle Bausteine zum Gesamtbild der 20er und 30er Jahre in Estland erbrachten.

Zunächst referierte Karsten Brüggemann (Hamburg) über die deutsche Minderheit in Estland und die Konstituierung des estnischen Staates; ergänzt wurde dieser Vortrag von Rein Helme (Tallinn), der über die Beteili-

gung der Deutschen am Freiheitskrieg 1918/19 sprach. Über Aspekte der politischen Geschichte sprachen weiterhin Cornelius Hasselblatt (Göttingen) — zur Kulturautonomie — und Michael Garleff (Oldenburg) — zur deutschbaltischen Partei in Estland.

Besondere Aufmerksamkeit galt den Beziehungen zwischen den Deutschbalten und den Esten. Hierzu referierten Heinz von zur Mühlen (Neubiberg) — „Das deutsch-estnische Verhältnis aus deutschbaltischer Sicht" — und Indrek Jürjo (Tallinn), der mit Hilfe von Akten aus dem Archiv der Politischen Polizei die Sicht der „Gegenseite" beleuchtete. Über die besondere Lage der Deutschen nach 1934 trug Bernd Nielsen-Stokkebye (Schlangenbad) vor, während Boris Meissner (Köln), hierbei auf eigene Erlebnisse zurückgreifend, einen umfassenden Einblick in die deutsche Studentenschaft in Dorpat (Tartu) und ihr Verhältnis zu den politischen Gruppierungen der Volksgruppe gab.

Am Nachmittag des ersten Tages folgten drei Vorträge zur Wirtschaftsgeschichte: Tiit Rosenberg (Tartu) sprach über den Anteil der baltischen Deutschen an der Landwirtschaft Estlands und kam zu dem Ergebnis, daß es trotz nahezu vollständiger Enteignung nicht wenigen deutschen Landwirten gelungen sei, überaus effektive Wirtschaften aufrechtzuerhalten und in den Statistiken der estnischen Landwirtschaft weit nach oben zu klettern. Ergänzt wurden diese Angaben durch das Referat von Kirsten Zimmermann (Barsbüttel), die über das Verhältnis zwischen den ehemaligen deutschen Gutsbesitzern und der estnischen Landbevölkerung sprach. Auf besonders lebhaftes Interesse stieß der äußerst kenntnisreiche und auf umfangreichen Archivforschungen basierende Vortrag von Vesa Vasara (Helsinki) über das Bankhaus G. Scheel & Co., Reval. Bekanntlich hatte diese Privatbank weitverzweigte Geschäfte und aufgrund ihrer Wirtschaftskraft auch eine gewisse politische Macht. In der sich anschließenden ausführlichen Diskussion konnten zahlreiche Teilnehmer das ohnehin schon herausragende Referat noch um Erinnerungen aus den 30er Jahren bereichern.

Der zweite Tag stand zunächst im Zeichen von Kultur und Bildung der deutschen Volksgruppe im Estland der 30er Jahre. Hain Tankler (Tartu) erhellte die Lage an der Universität Tartu nach dem Ersten Weltkrieg. Theodor Hasselblatt (Hannover) sprach über den deutschen Anteil am estländischen Kirchenwesen in der Zwischenkriegszeit, und Birgit Fernengel (Karlsruhe) gelang es, das weitgefaßte Thema „Deutsches Presse- und Verlagswesen in den 20er und 30er Jahren in Estland" komprimiert und anschaulich darzustellen. Auch hier fühlten sich viele Diskutanten ermuntert, ihre eigenen Erinnerungen beizutragen, denn schließlich war in diesem Vortrag etwas zum Forschungsobjekt erhoben worden, was sie

selbst als Kinder als Alltäglichkeit gekannt hatten! Abschließend stellte Evald Kampus (Tartu) die Geschichte des deutschen Theaterwesens in Estland dar und rundete somit die Behandlung der Zwischenkriegszeit ab. Auch wenn manche Themen nicht detaillierter behandelt werden konnten (z.B. das Schulwesen, die Außenhandelsbeziehungen o.ä.), war allen Teilnehmern in den ersten anderthalb Tagen doch ein anschauliches Bild vom Estland der Zwischenkriegszeit vermittelt worden. Neben der Präsentation von neuen Forschungsergebnissen bildete die Ergänzung der Referate durch unmittelbare Erinnerungen von Zeitzeugen einen weiteren wesentlichen Aspekt dieser Tagung sowie eine fruchtbare Diskussionsgrundlage.

Am Nachmittag des zweiten Tages führte ein Vortrag von Seppo Myllyniemi (Parola) über die deutsche Besetzung Estlands während des Zweiten Weltkriegs in die aktuelle Situation in Estland ein. Die demographischen Auswirkungen dieser Besetzung und des Krieges sowie der sich anschließenden erneuten sowjetischen Annexion überhaupt wurden aufschlußreich in dem faktenreichen Vortrag von Seraina Gilly (Winterthur) dargelegt. Da sie die weitere Grundlage für viele soziologische und juristische Untersuchungen bildet, war diese Darstellung von besonderem Wert. Die offizielle, sich auf das Völkerrecht berufende Haltung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Estland vor der Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit war das Thema eines weiteren Vortrags von Boris Meissner, der seinerzeit selbst nicht unmaßgeblich an den entsprechenden politischen Prozessen beteiligt gewesen war. Die Frage der Minderheitenrechte, die seit einigen Jahren Estland in den Brennpunkt ausländischen Interesses rücken, wurde von Carmen Schmidt (Köln) untersucht. Sie kam zu dem Schluß, daß es wohl hier und da Kleinigkeiten zu bemängeln gebe, daß im großen und ganzen die Lage aber weitaus besser als gelegentlich befürchtet oder dargestellt sei. Auch Henn-Jüri Uibopuu (Salzburg) kam in seinem anschließenden Vortrag, in dem er die Menschenrechte in den drei estnischen Verfassungen (1919, 1937, 1992) verglich, zu einem recht günstigen Urteil über das estnische Verfassungsrecht.

Den Abschluß des zweiten Tages bildete der Vortrag von Sven Oksaar (Hamburg) über die deutsch-estnischen Wirtschaftsbeziehungen in den 90er Jahren. Das vergleichsweise positive Bild, das er zeichnen konnte, regte desungeachtet viele Teilnehmer zu Diskussionsbeiträgen und Fragen an, so daß im Anschluß an das Referat lange und lebhaft über die wirtschaftlichen Aussichten, den möglichen EU-Beitritt Estlands usw. diskutiert wurde.

Der dritte Tag begann mit einer souveränen Darstellung des derzeitigen Verhältnisses der Bundesrepublik Deutschland zu Estland von Berndt von Staden (Vaihingen). Anders als das relativ eng gefaßte Thema zunächst

vermuten ließ, führte dieser Vortrag zu einer tiefgreifenden sicherheitspolitischen Diskussion, da der Referent gerade die Sicherheit Estlands und der baltischen Staaten ins Zentrum seiner Erörterungen stellte. Auch wenn Tiit Matsulevits, der Botschafter Estlands in Bonn, kurzfristig absagen mußte — ein Grußwort von ihm wurde verlesen —, war dieser Vormittag eine äußerst gelungene Mischung aus Wissenschaft und Politik.

Zum Abschluß der Tagung erfolgten drei Vorträge auf der Metaebene. Gert von Pistohlkors (Göttingen) referierte über die Wissenschaftsbeziehungen zwischen Estland und Deutschland, wobei er vor allem die Verbindungen zwischen den Historikern, die er selbst weitgehend mitgestaltet hatte, behandelte. Indrek Jürjo informierte über relevante Archiv- und Bibliotheksbestände in Deutschland und Estland, und Konrad Maier (Lüneburg) untersuchte die deutsche Baltikumforschung bzw. wie sich in ihr die Geschichte und Gegenwart der Bevölkerungsgruppen Estlands widerspiegeln. Anhand dieses Überblicks wurde deutlich, daß zwar eine breitgefächerte Wissenschaftsliteratur zum Thema vorliegt, gleichwohl aber doch erhebliche Desiderata in einigen Bereichen zu verzeichnen sind. Noch einmal wurde im Anschluß an dieses Referat eifrig und ohne Anzeichen der Ermüdung diskutiert, ehe man die Tagung am Montag mittag abschloß.

In dreierlei Hinsicht war die diesjährige Baltikum-Tagung der Studiengruppe für gegenwartsbezogene Baltikumforschung besonders bemerkenswert: Zum einen war sie nur einem baltischen Staat gewidmet, was sich insofern als fruchtbar erwies, als mehr Zeit für vertiefende Diskussionen zu diesem Staat blieb und der Teilnehmerkreis auch speziell nach seinem Bezug zu Estland ausgewählt werden konnte. Zum zweiten bedeutete die Heranziehung zahlreicher Zeitzeugen ein auflockerndes Element, das sich durchaus als Bereicherung der Wissenschaft erwies. Und schließlich wurde ein Drittel der Referate von einer jüngeren Generation von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern gehalten, was Anlaß zur Hoffnung gibt, daß die Baltikumforschung keineswegs im Aussterben begriffen ist.

Cornelius Hasselblatt, Hamburg

Menschenrechte, Minderheitenschutz und Volksgruppenrechte als Prüfsteine einer neuen Rechtsordnung. Eine internationale Tagung in Lübeck-Travemünde vom 7.–11. November 1994

Anfang November 1994 veranstaltete die Ostsee-Akademie in Lübeck-Travemünde in Zusammenarbeit mit dem Schleswig-Holsteinischen Richterverband eine internationale Tagung, die sich vorrangig mit dem Schutz der Rechte der nationalen Minderheiten auseinandersetzte. Daß das Thema nach dem Ende des Kalten Krieges und nach der Auflösung der Sowjetunion hochaktuell ist und als eine Art Lackmustest für ein auskömmliches Zusammenleben innerhalb der Gesellschaften selbst und zwischen den Staaten und Nationen in Gesamteuropa gelten kann, belegen die grausamen Ereignisse im ehemaligen Jugoslawien, die allerdings nicht Gegenstand der Tagung waren.

Die über 80 Teilnehmer (Staatsrechtler, Politologen, Rechtspraktiker, Vertreter staatlicher Organe und Vertreter der Minderheiten selbst; davon etwa die Hälfte aus Polen und den Baltischen Staaten) befaßten sich neben der Erörterung von allgemeinen rechtstheoretischen Problemen im Zusammenhang mit der Minderheitengesetzgebung in erster Linie mit Erfahrungsberichten zur Situation der Minderheiten in Deutschland, Dänemark, Polen, Litauen, Lettland und Estland.

Schon die Einführungsbeiträge von Dietmar Albrecht (Leiter der Ostsee-Akademie), Geert Wilhelm Mackenroth (Vorsitzender des Schleswig-Holsteinischen Richterverbandes), Ute Erdsiek-Rave (Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtages) und Klaus Klingner (Justizminister des Landes Schleswig-Holstein) unterstrichen die Wichtigkeit der Sicherung von Menschenrechten und auf sie sich gründend den Schutz der Minderheiten und Volksgruppen als Proben aufs Exempel demokratischer und rechtsstaatlicher Praxis.

In grundlegenden Beiträgen referierten Albert von Mutius (Christian-Albrechts-Universität zu Kiel) über „Die Grundrechte in der westlichen Werteordnung" und Jens Meyer-Ladewig (Bundesministerium der Justiz) über „Menschenrechte und Minderheitenschutz in der Wirklichkeit Europas". In ihren Beiträgen kam zum Ausdruck, daß sich eine demokratische Gesellschaftsordnung europäischen Typs auch und gerade an den historisch gewachsenen ethischen und moralischen Maßstäben orientieren muß. Deutlich wurden aber auch die Grenzen einer rechtlichen Regelung

der Belange von Minderheiten angesichts des Fehlens einer allgemeingültigen Definition von Minderheiten und des Eingebundenseins dieser Fragestellungen in jeweils unterschiedliche politische, kulturelle und soziale Rahmenbedingungen.

Weitere rechtstheoretische Beiträge skizzierten die Rechtsentwicklung in der Minderheitenfrage auf der Ebene des Völkerrechts. Der kürzlich verstorbene Felix Ermacora (Institut für Staats- und Verwaltungsrecht der Universität Wien) untersuchte in seinem Referat „Staatsraison contra Raison der Minderheiten und Regionen?" die Möglichkeiten einer „Europäischen Magna Charta Gentium et Regionum". So wünschenswert und notwendig ein Schutz der ethnischen Vielfalt in Europa ist, bleibt doch die oftmals irrationale Angst der Mehrheitsvölker bestehen, die hinter jedem Ansatz von territorialer Autonomie einen Anschlag auf die territoriale Integrität ihres Staatsgebietes vermuten. Zwar hat das Ministerkomitee des Europarats am 24. Juni 1992 zumindest den Entwurf einer Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen verabschiedet, aber er ist noch nicht in Kraft getreten. Hier ist zudem Skepsis angebracht, denn solch eine Charta könnte den negativen Effekt einer Ausschließlichkeit haben, so daß die Entstehung neuer Minderheiten damit verhindert würde. Einen ähnlichen Ansatz verfolgte Christoph Pan (Präsident der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen), der in seinem Beitrag „Eine Konvention für die Grundrechte der europäischen Volksgruppen" die Notwendigkeit unterstrich, daß Minderheiten zur Wahrung ihrer Identität eines besonderen Schutzes bedürfen, der über die Gewährung von Individualrechten hinausgeht. Derzeit wird die Einräumung von Gruppenrechten diskutiert, die in einem Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention verankert werden sollen. Demnach wären die Volksgruppen als Kollektiv Träger der aus dem Minderheitenschutz fließenden Rechte, wobei aber berücksichtigt werden muß, daß eine Volksgruppe eine soziale Gruppe ist, die erst als juristische Person etabliert werden muß. Auch wenn sich die Staaten auf einen Minimalkonsens einigen sollten, bleibt festzuhalten, daß Ausmaß und Durchsetzbarkeit von Minderheitenrechten derzeit v.a. von der historisch und politisch bedingten Situation vor Ort abhängen.

Dies trat in den Erfahrungsberichten aus den jeweiligen Regionen deutlich zu Tage. Simon Brězan aus der Sächsischen Staatskanzlei berichtete über die sorbische Minderheit in Deutschland, die sich schon zu DDR-Zeiten der besonderen Aufmerksamkeit und kulturellen Förderung erfreuen konnte, was wohl zu einem nicht geringen Teil mit der Zugehörigkeit zum slavischen Kulturkreis zusammenhing. Ein weiteres gelungenes Beispiel für das friedliche Zusammenleben von Minderheit und Mehrheit

stellt die deutsch-dänische Grenzregion in Gestalt des alten Herzogtums Schleswig dar, worüber Philip Iwersen vom Bund der deutschen Nordschleswiger referierte, und wovon sich die Teilnehmer im Anschluß an die Tagung im Rahmen einer Exkursion zu den deutschen und dänischen Kultureinrichtungen im Grenzgebiet selbst überzeugen konnten. Die positive Entwicklung nach Jahrzehnten des Krieges und der Feindschaft wurde von einer Reihe von Faktoren begünstigt: Zum einen ist der zahlenmäßige Anteil der Minderheiten an der Gesamtbevölkerung vergleichsweise gering (es gibt kein Gebiet, in dem die Minderheit die örtliche Mehrheit ausmacht) und es sind keine wesentlichen sozialen und religiösen Unterschiede zwischen Deutsch und Dänisch zu verzeichnen, zum anderen existiert auf beiden Seiten der Grenze eine Minderheit, zu deren Schutz sich Dänemark und Deutschland jeweils verpflichtet haben, so wie die Minderheiten selbst ihre Loyalität zum Staat der Mehrheitsbevölkerung bekundet haben. Schließlich gilt es, den Umstand hervorzuheben, daß die Zugehörigkeit zur jeweiligen Minderheit allein von der individuellen Willensbekundung abhängt und behördlich nicht registriert wird, so daß die Minderheiten recht gut vor eventuellen Repressionsmaßnahmen des Staates geschützt sind. Daß die Regelung des deutsch-dänischen Verhältnisses in gewisser Weise einen Vorbildcharakter besitzt, wurde von der Mehrzahl der Tagungsteilnehmer bejaht, auch wenn eine Vergleichbarkeit der Verhältnisse nur bedingt möglich ist. Es soll aber nicht verschwiegen werden, daß es auch in Deutschland eine Reihe ungelöster Probleme gibt, wie die noch fehlende Zuerkennung des Minderheitenstatus für Sinti und Roma oder das am ius sanguinis orientierte Staatsbürgergesetz, welches die ‚neuen' Minderheiten wie z.B. die Türken benachteiligt.

Der regionale und inhaltliche Schwerpunkt der Tagung lag in Ostmitteleuropa. Eingerahmt durch ein Überblicksreferat von Georg Brunner (Institut für Ostrecht an der Universität Köln) über den aktuellen Stand in Sachen „Verfassungsrecht und Minderheitenschutz in Ostmitteleuropa" folgten die Erfahrungsberichte zur Situation in Polen und in den Baltischen Staaten. Für die polnische Seite referierten Adam Gwiazda (Institut für internationale Beziehungen der Universität Danzig) und Henryk Kroll (Abgeordneter für die deutsche Minderheit im Sejm und Vertreter der Deutschen Gesellschaften in Polen). Die Lage der ukrainischen, weißrussischen und litauischen Minderheiten — die zahlenmäßig bedeutendsten nach der deutschen — wurde nur kurz gestreift, wobei erwähnt werden muß, daß hier noch etliches aufzuarbeiten bleibt, zumal es auf dem Territorium der Ukraine, Weißrußlands und Litauens ebenso bedeutende polnische Minderheiten gibt. Was die Situation der lange Zeit von polnischer Seite negierten deutschen Bevölkerung in Polen anbelangt, bestand

bei den polnischen und deutschen Tagungsteilnehmern grundsätzliche Übereinstimmung darin, daß diese Minderheit existiert und daß sie ein Recht auf kulturelle Selbstbestimmung und politische Mitwirkung hat. Dies ist ermutigender Ausdruck einer vor einigen Jahren noch gänzlich unmöglich scheinenden positiven Entwicklung im polnisch-deutschen Verhältnis, die maßgeblich dadurch begünstigt wurde, daß am 16. Januar 1992 der deutsch-polnische Grenzbestätigungsvertrag abgeschlossen wurde.

Trotzdem gab es natürlich unterschiedliche Ansichten zu Detailfragen. Diese bezogen sich zum einen auf Umfang und Qualität der vorgesehenen Berücksichtigung der Minderheitenrechte in der immer noch nicht vorliegenden polnischen Verfassung sowie auf Fragen, die der polnisch-deutsche Nachbarschaftsvertrag vom 16. Januar 1992 offengelassen hat. Obwohl der Vertrag wesentliche Elemente des derzeitigen internationalen Standards bei den Minderheitenrechten beinhaltet, fehlt z.B. eine Regelung zur Einrichtung lokaler und autonomer Verwaltungen, wie sie für das Oppelner Gebiet in Frage kommen könnten. Hier herrschte auf der polnischen Seite sichtlich noch die latente Befürchtung vor, daß die Gewährung von solchen Gruppenrechten doch in Richtung auf eine Veränderung des territorialen Status quo gehen könnte, zumal die Staatsangehörigkeitsfrage der deutschen Minderheit nicht im Nachbarschaftsvertrag geregelt wurde. Als ein weiteres Problem wurde auf der Tagung diskutiert, daß im Vertrag im Sinne des Gegenseitigkeitsprinzips die Rechte von Personen deutscher Staatsangehörigkeit, die polnischer Abstammung sind oder die sich zur polnischen Sprache, Kultur und Tradition bekennen, angesprochen werden, was insofern problematisch ist, weil hier eine Vermengung mit dem Komplex der Wander- und Gastarbeiter vorgenommen wurde, zumal der deutschen Seite aufgrund der Heterogenität und bisher fehlenden Organisation der polnischen Minderheiten vorerst ein Ansprechpartner fehlt. Insgesamt kann man aber mit dem derzeitigen Stand der deutsch-polnischen Beziehungen sehr zufrieden sein, wobei nicht vergessen werden darf, wie viele Jahre hier schon kleine und kleinste Schritte in Richtung auf eine Verständigung unternommen wurden.

Von daher gesehen ist es kein Wunder, daß sich die Situation in den Baltischen Staaten um ein Vielfaches komplizierter gestaltet, denn zu frisch ist die (Wieder-)Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit, als daß man schon von einer konsolidierten Lage ausgehen kann, und zu sehr schmerzen noch die traumatischen Erfahrungen aus sowjetischer Zeit. Hinzu kommt der Umstand, daß hier das Minderheitenproblem eine ganz andere zahlenmäßige Dimension besitzt. Nach der Volkszählung von 1989 leben in Estland nur 61,5% Esten (1934: 88,2%), in Lettland gar nur 52% Letten

(1935: 75,7%), während in Litauen mit 80% litauischer Bevölkerung die Lage als weniger gespannt angesehen werden kann. Darauf ist wohl in erster Linie zurückzuführen, daß die litauische Delegation, für die Bronius Kuzmickas (Akademie der Wissenschaften in Vilnius) berichtete, von sich aus jeweils einen Vertreter der polnischen und der russischen Minderheit für die Tagungsteilnahme vorgeschlagen hatte. Das latente Vorhandensein einiger atmosphärischer Störungen zwischen der polnischen Minderheit, die vorwiegend in und um Vilnius lebt, und der litauischen Mehrheitsbevölkerung erklärt sich einmal aus der jahrhundertelangen gemeinsamen Geschichte, aber auch aus der anfänglich prosowjetischen Einstellung einiger Kreise der polnischen Minderheit angesichts der litauischen Unabhängigkeit. Das Verhältnis zur russischen Bevölkerung kann zwar noch nicht als entspannt angesehen werden, befindet sich aber doch schon im Bereich der konstruktiven Gestaltung, wozu mit Sicherheit die Tatsache beigetragen hat, daß die russische Militärpräsenz relativ früh beendet wurde und daß die Mehrzahl der sowjetischen Einwanderer die litauische Staatsbürgerschaft erwerben konnte. Neben einigen Anmerkungen zu Fragen der politischen Partizipation wurde seitens der russischen Minderheit bemängelt, daß sich die staatliche Förderung der Volksgruppe zu sehr an der bäuerlichen Kultur orientiert, was wegen der sozialen Zusammensetzung und geschichtlich bedingten Verwurzelung in der städtischen Kultur an den Bedürfnissen der russischen Minderheit vorbeigeht. Abseits der Diskussion über das Ausmaß von zu gewährenden oder im Gegenteil — hinsichtlich einer von manchen als Notwendigkeit postulierten Bewahrung des nationalen Charakters — zu verwehrenden Rechten deutete sich eine Entwicklung an, wonach die russischen Minderheiten dabei sind, eine spezifische ‚baltische' Identität zu gewinnen, was nicht nur im Hinblick auf die Überwindung einer seelenlosen sowjetischen Sozialisation zu begrüßen wäre. Die Zeit wird erweisen, inwieweit solche Entwicklungen Zukunft haben.

Vorerst wird die Lage aber mehr durch die gereizten Auseinandersetzungen zwischen Rußland und den Baltischen Staaten — hier vor allem Lettland und Estland — über die Minderheitengesetzgebung geprägt, wie sich auch auf der Tagung zeigte. Deutlich wurde die Empfindlichkeit der Vertreter Estlands und Lettlands angesichts nachhaltiger Einflußnahmen europäischer und internationaler Institutionen zugunsten des Schutzes der Minderheiten in diesen Ländern. Angesichts der leidvollen geschichtlichen Erfahrungen von Okkupation, Deportation und essentieller Bedrohung der nationalen Identität seitens der Sowjetunion wird das unabhängige Eintreten für Rechte der russischen Bevölkerung, die ja von den Baltischen Staaten als der Hauptträger der gerade überwundenen Unter-

drückung angesehen wird, als unverhältnismäßig, anmaßend und ungerecht angesehen.

Für Lettland berichtete der ehemalige Justizminister und derzeitige Botschafter der Republik in Wien, Egil Levits, für Estland Carmen Schmidt (Institut für Ostrecht der Universität Köln) und Ants-Enno Lõhmus (Mitglied des Parlaments und Präsident des Verbandes der Nationalitäten Estlands). Bezüglich Lettlands wurde die Tatsache betont, daß dort trotz der demographisch schwierigen Lage der Titularnation, die z.B. in allen Städten die Minderheit stellt, im Unterschied zu den anderen beiden Baltischen Staaten allen im Lande lebenden Angehörigen nationaler und ethnischer Volksgruppen Individualrechte zuerkannt wurden. Dafür muß aber auch darauf hingewiesen werden, daß über 500000 Einwohner noch nicht die lettische Staatsbürgerschaft besitzen (Estland ca. 400000). Dies hängt damit zusammen, daß Litauen, Lettland und Estland im Zeichen nationalstaatlicher Kontinuität inhaltlich an die Staatsangehörigkeitsgesetze der Zwischenkriegszeit angeknüpft haben, was eine große Anzahl der Immigranten aus sowjetischer Zeit erst einmal zu Staatenlosen gemacht hat, weil die Baltischen Staaten keine doppelte Staatsbürgerschaft einführen wollen, was angesichts der russischen Doktrin des „Nahen Auslands" verständlich scheint. Der Erwerb der Staatsbürgerschaft ist u.a. an eine Mindestaufenthaltsdauer und an Kenntnisse der Landessprache gebunden, also an gewisse Formen der Loyalitätsbezeugung. Die mit diesem Komplex zusammenhängenden Probleme und Konflikte sind vor allem in Lettland und Estland virulent und Gegenstand innenpolitischer und außenpolitischer Kontroversen, die auch auf der Tagung ihren deutlichen Ausdruck fanden.

Ein Manko der Tagung bestand darin, daß an ihr keine Vertreter der russischen Minderheit in Lettland und Estland teilnahmen, was dazu führte, daß die in Lübeck vertretenen Teilnehmer von OSZE-Beobachtermissionen in Lettland und Estland unfreiwillig in die Rolle gedrängt wurden, die russischen Interessen wahrzunehmen, wozu sie naturgemäß wenig geeignet waren, was aber eigentlich auch nicht ihre Aufgabe war. Fazit der teilweise sehr emotionell geführten Diskussion war zum einen, daß sich die Baltischen Staaten ungeachtet der Kritik an ihrer Minderheitenpolitik immer noch im Rahmen der internationalen Rechtsstandards bewegen, zum anderen, daß das eigentliche Problem weniger in Einzelbestimmungen des kodifizierten oder zu kodifizierenden Minderheitenrechts liegt, als in der psychologischen Befindlichkeit der Betroffenen. Hier trifft — vorerst noch unversöhnt — das Trauma der russischen Bevölkerung, die den plötzlichen Wechsel vom privilegierten Volk der Sowjetunion zur Minderheit noch nicht verarbeitet hat, auf das Trauma der litauischen, letti-

schen und estnischen Völker, die von der Sowjetunion nicht nur ihrer eigenstaatlichen Existenz, sondern langfristig auch ihrer Identität beraubt wurden.

Eine substantielle Weiterentwicklung der Schutzmechanismen der Menschen- und Minderheitenrechte kann wirkungsvoll dazu beitragen, daß bestehende Konflikte nicht unkontrolliert eskalieren. Minderheitenrechte allein sind aber kein Garant für eine friedliche Entwicklung. Was not tut, ist ein Dialog, der ungeachtet seines oftmals schmerzhaften Charakters beständig geführt wird. Die Tagung der Ostsee-Akademie war ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Randolf Oberschmidt, Lübeck

Das Deutsche Kulturinstitut in Tartu. Aufbau, Stand und Perspektiven

Vorgeschichte

Daß in Tartu/Dorpat Ende 1992 ein Deutsches Kulturinstitut gegründet worden ist, ist sicher eng verbunden mit den großen Veränderungen im gesellschaftlichen Leben unseres Landes, damals noch ein Teil der großen Sowjetunion.

Vor und um 1990, als die Wiederbelebungstendenzen des nationalen Bewußtseins in der Gesellschaft zum Vorschein kamen, entstanden in ganz Estland verschiedene deutsche Kulturgesellschaften, die es als ihre Aufgabe ansahen, die in den Sowjet-Jahren verschwiegene Rolle der deutschen Kultur bei der Entwicklung unseres Volkes zu Bewußtsein zu bringen. Vor allem wurden solche Gesellschaften im intellektuellen Zentrum des Landes Tartu und in der Hauptstadt Tallinn/Reval gegründet.

Im März 1988 entstand in Tartu die „Estnische Goethe-Gesellschaft" mit dem Hauptziel, das Geistesleben in Estland zu re-europäisieren durch die Aufdeckung der historischen kulturellen Beziehungen zwischen Estland und Europa, und zwar vor allem mit Deutschland als dem eigentlichen Ausgangspunkt der Integration Estlands ins „Spektrum Europas".

Im Januar 1989 wurde die „Akademische Gesellschaft für Deutsche Kultur" ins Leben gerufen. (Eine ähnliche Tallinner Gesellschaft ist nur zwei Monate älter.) Zu dieser Gesellschaft gehören ca. 80 Fachleute mehrerer wissenschaftlicher Disziplinen, neben Philologen und Historikern auch Juristen, Ärzte, Chemiker, Physiker u.a. Das Ziel ihrer Tätigkeit ist es, die Rolle und die kulturellen Leistungen der Deutschbalten in Estland zu würdigen.

Im Dezember 1989 entstand die „Gesellschaft für Deutsche Kultur", die damals 20 aus dem Wolgagebiet vor etwa zehn Jahren zugezogene ethnische Deutsche vereinigte. Nun wurde der Verein in „Verein der Deutschen in Tartu" umbenannt und umfaßt schon 120 Mitglieder in Tartu und in seinen näheren Landkreisen. Diese Menschen, die die Beziehung zu ihrer ursprünglichen Heimat verloren hatten, hatten große Probleme, die sie durch die Gründung der Vereinigung zu lösen versuchten: Sie veranstalteten für ihre Mitglieder Deutschkurse (als Muttersprache sprechen sie meistens Russisch), sie nahmen Kontakt mit deutschen Institutionen auf, die ihnen verschiedenartige Hilfe leisteten (Ausrüstung der Bibliothek, Zeitungen, Zeitschriften und Bücher). Zwei Jahre später entstand schließlich

der „Verein der Deutschen in Estland" als eine Dachorganisation für alle Wolgadeutsche. Ihre Ziele sind identisch mit denen der vorher genannten Vereinigung.

In den Oktober 1990 fällt der Geburtstag der „Estnischen Wagner-Gesellschaft", deren Mitglieder junge Intellektuelle verschiedener Berufe sind und die in vielfältigen Formen das musikalische Erbe von Richard Wagner verbreiten. Im November 1991 entstand in der Universitätsstadt der „Estnische Deutschlehrerverband" mit einer Mitgliederzahl von damals ca. 200 (heute über 300) mit dem Ziel, für Deutschlehrer internationale Kontakte herzustellen, die Teilnahme an verschiedenen Fort- und Weiterbildungsseminaren und -kursen zu ermöglichen, die Kontakte mit Goethe-Instituten (vor allem in Helsinki) zu fördern und für Deutschlehrer ein Informationszentrum mit einer Bibliothek zu gründen.

Damals, als die genannten Kulturverbände ins Leben gerufen wurden, waren viele namhafte Persönlichkeiten der Stadt aktiv daran beteiligt, wie z.B. der Dichter und Zeitschriftenredakteur Ain Kaalep, der Schriftsteller und Wissenschaftler Madis Köiv, der Publizist und Dramaturg Linnar Priimägi, die Universitätsprofessoren Heino Eelsalu und Helmut Piirimäe, der damalige Dozent am Lehrstuhl für Journalistik, der heutige Botschafter der Republik Estland in Bonn, Tiit Matsulevits u.a.

Diese Verbände entwickelten ihre Tätigkeit an der Universität oder in gemieteten Räumen in der Stadt. Die ähnlichen Interessen und gleichen Sorgen (vor allem das Fehlen von Räumen) brachten die Vertreter der Verbände an einen Tisch, und man begann, für alle in Tartu tätigen deutschen Kulturvereine ein gemeinsames Haus zu suchen. Diese Idee fand Unterstützung auch in der Stadtverwaltung. Am günstigsten schien für diesen Zweck das Gebäude in der Kastani-Straße 1 zu sein, ein 1904 von der deutschen Studentenverbindung „Neobaltia" errichtetes Jugendstilhaus. Zwar benutzte eine Fahrschule das Gebäude, aber die Stadt war bereit, für die damaligen Mieter neue Räume zu finden. Das Gebäude war aber leider in einem Zustand, daß es unmöglich gewesen wäre, dort ein Kulturzentrum zu gründen. Man benötigte Geld für die dringenden Renovierungsarbeiten, um dort ein deutsches Kulturzentrum eröffnen zu können.

Im August 1991 wurde die Republik Estland *de facto* anerkannt, und die Situation gegenüber der ganzen Welt veränderte sich grundsätzlich. Im September begann die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Tallinn ihre Tätigkeit. Auch für die entstandene Initiative eröffnete sich eine völlig neue, günstigere Situation. Es begann ein reger Verkehr mit den Mitarbeitern der deutschen Botschaft. Die Vertreter der Vereine und die Stadtverwaltung wandten sich an den Botschafter Henning von Wisting-

hausen mit der Bitte, die Renovierung des Hauses finanziell zu unterstützen.

Im Mai 1992 nahm auch die Organisation der Gesellschaften eine qualitativ neue Form an — man bildete den Vorstand des Deutschen Kulturzentrums, zu dessen Vorsitzenden Viktor Sieben — der Vertreter der „Gesellschaft für Deutsche Kultur" — gewählt wurde. Die Aufgabe des Vorstandes war es, die Kontakte mit der Deutschen Botschaft zu pflegen und die Konzeption des Kulturzentrums auszuarbeiten.

Im Laufe des Sommers stieß die Tartuer Initiative bei staatlichen Institutionen beider Staaten auf so positive Resonanz, daß es im Herbst Anlaß zur festen Hoffnung gab, in Tartu ein Deutsches Kulturinstitut gründen zu können. Sicher spielte dabei der persönliche Einsatz der Botschafter beider Staaten eine große Rolle. In jedem Falle muß man dabei auch die Rolle des damaligen Kulturreferenten der deutschen Botschaft, Nicolaus Graf Lambsdorff, betonen.

Gründung

So wurde das Institut am 26. November 1992 gegründet. Auf derselben Versammlung wurde auch der neue Vorstandsvorsitzende gewählt: Karl Lepa, Lehrstuhlinhaber für deutsche Philologie an der Universität Tartu. Das Kulturinstitut ist eine estnische Institution, wird aber vom deutschen Auswärtigen Amt finanziell unterstützt, so daß es nach dem Etat ein Programm entwickeln und besoldete Arbeitskräfte einsetzen kann. Als ersten Schritt wählte der Vorstand die Autorin zur Leiterin des Instituts (ab 1. März 1993).

Beginn

Die eigentliche inhaltliche Tätigkeit des Instituts begann im September 1993. Für die Sprachkurse in zwölf Gruppen wurden drei Lehrer eingesetzt, die über Kursgebühren finanziert wurden und werden. Um einen Freundeskreis des Hauses zu bilden, widmeten wir im ersten Jahr dem geselligen Leben im Haus viel Aufmerksamkeit, z.B. durch die Veranstaltung von Salon- und Clubabenden. Gäste des Hauses leiteten Gesprächsrunden oder referierten über ein bestimmtes Thema, so auch Claus Sommerhage, Literaturprofessor an der Universität Bonn. Ebenso wurden manche Abende von Christine Rodewald, Sprachlektorin der Robert-Bosch-Stiftung in Tartu, gestaltet. Zu den Salonabenden waren Musiker

des Theaters oder der Musikschule eingeladen, die deutsche Musik vortrugen. Zum Programm des ersten Jahres gehörte auch eine Reihe von Filmabenden mit Verfilmungen deutscher Literaturklassiker.

Das Programm besteht aus zwei Bereichen — Sprach- und Kulturarbeit. Daneben wird zwischen Veranstaltungen für die Öffentlichkeit und für spezielle Zielgruppen (Lehrer, Schüler, Kleinkinder, Pensionierte, Studenten usw.) unterschieden. Unser Ziel ist es, möglichst unterschiedlichen sozialen Gruppen die deutsche Kultur zu vermitteln. Deshalb ist Deutsch nicht immer die Verkehrssprache, ebenso oft werden Vorträge oder Vorlesungen aus dem Deutschen ins Estnische übersetzt. Für Kleinkinder werden vor Weihnachten und Ostern Bastelnachmittage und Puppenspiele durchgeführt, für Schüler finden gemeinsam mit Deutschlehren Sprachwettbewerbe statt, wobei dem Wettbewerb ein kleines Kulturprogramm beigefügt wird. Für die Gymnasialstufe wurde zwei Jahre lang ein sehr beliebter Deutschwettbewerb in ganz Estland organisiert, dessen Sieger als Prämie eine Reise nach Deutschland erhielt. Unsere kunstgeschichtlichen Seminare, die die Lektoren des Waldorfseminars (es arbeitet schon zwei Jahre in Tartu; die meisten Lektoren kommen aus Deutschland) veranstalten, werden meistens von den Studenten der Kunstschule der Universität besucht. Die bisherige Isoliertheit von Europa kommt auch in diesem Kulturbereich deutlich zum Vorschein, und besonders junge Leute sind sehr neugierig auf die Entwicklungen und Tendenzen in der europäischen Kunst.

Deutschlehrer trifft man im Deutschen Kulturinstitut sehr oft. Sie besuchen die Bibliothek, die seit April 1993 geöffnet ist. Es existiert eine kleine Sammlung von klassischer und moderner Literatur und einiges an Nachschlagewerken. Die Bibliothek verfügt auch über methodische und didaktische Literatur, über eine Reihe von Audiokassetten für den Sprachunterricht und über eine Videothek. Ebenso sind einige deutsche Zeitschriften und Zeitungen vorhanden, die wir über die Botschaft erhalten. Für Lehrer Südestlands finden in enger Zusammenarbeit mit dem Schulamt und der Universität, mit der Fachberatung Deutsch in Tallinn sowie dem Goethe-Institut in Helsinki, mit dem Deutschlehrerverband und dem Deutschen Kulturinstitut in Tallinn Seminare und Konferenzen statt. Die Fort- und Weiterbildung der Fremdsprachenlehrer (neben Englisch auch Deutsch und Russisch) ist für das Schulwesen eines kleinen Volkes eine außerordentlich wichtige Aufgabe, denn von den Fremdsprachenkenntnissen der heranwachsenden Generation hängt in hohem Maße die Stellung im europäischen Wirtschaftssystem und im kulturellen Leben in der Zukunft ab.

Die Lehrer an den Schulen sind wichtige Vermittler der deutschen Kultur. Deshalb hält es das Institut für seine Aufgabe, sie gerade auf diesem

Gebiet fortzubilden. Im vergangenen Winter konnte z.B. ein viertägiges Seminar über die deutsche Romantik für Lehrer aus ganz Estland durchgeführt werden (Lektoren: Monique von Wistinghausen und Claus Sommerhage; Konzert mit Liedern der Romantik von Künstlern des Theaters Tartu).

Die Kooperation mit den Goethe-Instituten ist ebenfalls von Bedeutung. Mit dem Goethe-Institut Riga veranstalteten wir in Tartu im November 1994 eine große Grafikausstellung von Michael Morgner. Ebenso fand in Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut Riga, dem Filmclub der Universität und dem Deutschen Kulturinstitut Tartu im Winter ein Festival mit Filmen von Wim Wenders statt.

Perspektive

Sicherlich hat das Deutsche Kulturinstitut Tartu während der drei Jahre seiner Existenz eine wichtige Position im kulturellen Leben der Stadt eingenommen, aber trotzdem sind wir noch im Aufbau — im wörtlichen wie im übertragenen Sinne. Heute kann man ganz sicher behaupten, daß Tartu ein Deutsches Kulturinstitut braucht. Die Arbeitsform des Kulturinstituts erlaubt auch viel Freiheit beim Gestalten des Programms. Wir verbreiten nicht nur deutsche Kultur, sondern fördern, ausgehend von der heutigen Situation in Estland, gegenseitige Kontakte. Sind Sprachkurse gefragt, so werden sie durchgeführt. Brauchen die Lehrer Fort- und Weiterbildungsseminare, so ist es unsere Aufgabe, diese zu veranstalten. Verändert sich die Situation in unserem Land, so muß auch das Institut sich der neuen Lage anpassen. Wohl sehe ich aber die wachsende Rolle unseres Hauses als Begegnungszentrum der deutschen und estnischen Kultur, der Deutschen und der Tartuenser. Das Institut kann diese Aufgabe dann erfolgreich erfüllen, wenn das Gebäude endlich renoviert worden ist. Dies ist unser schwierigstes Problem, das wir in den nächsten Jahren zu lösen versuchen. Wird es aber in einigen Jahren nach den Planungen fertig sein, so ist jeder eingeladen in das nette Haus an der Ecke von Näituse- und Kastani-Straße, in dem neben der Bibliothek ein gemütliches Café liegt, wo immer aktuelle Zeitungen zu lesen sind, wo Deutsche sich wie zu Hause fühlen können und Esten wie in einer schönen Ecke in Deutschland.

Maie Keek, Tartu

Das Deutsche Kulturinstitut Tallinn

Im April 1995 beging das Deutsche Kulturinstitut Tallinn den vierten Jahrestag seines Bestehens. Das Jubiläum wurde nur intern gefeiert, hatte man doch in der Woche davor gerade eine Eröffnungsfeier in großem Rahmen veranstaltet, bei der die neuen Räumlichkeiten in der Tollistraße 2 offiziell eingeweiht worden waren. Zu diesem Empfang waren über 100 in- und ausländische Gäste aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens eingeladen worden: Neben kulturpolitisch Aktiven aus ganz Estland, Vertretern der verschiedenen Botschaften in Tallinn sowie dem Direktor des Goethe-Instituts in Helsinki kamen auch einige Vertreter öffentlicher und privater Einrichtungen aus deutschen Bundesländern, die unterschiedliche Projekte des Kulturinstituts mit unterstützt hatten. Auch der Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen, der sich mit einer Delegation auf einer Besuchsreise durch Lettland und Estland befand, war bei der Eröffnung anwesend.

Zu diesem Anlaß hatte das Kulturinstitut eine kleine Ausstellung organisiert, die über die Entwicklung des Instituts und die Geschichte des Häuserkomplexes, in dem sich die Räumlichkeiten des Kulturinstituts befinden, informierte. Die Chronik der Eigentümer der miteinander verbundenen Häuser Tollistraße 2-6 wies darauf hin, daß der letzte Eigentümer einer dieser Häuser Deutschbalte und russischer Staatsrat, Germanist und Deutschlehrer war.

In den verschiedenen Ansprachen, die der Vorstandsvorsitzende des Kulturinstituts, Urmas Oolup, die Leiterin Anne Lind und auch der deutsche Botschafter Henning von Wistinghausen in Tallinn bei der Eröffnung am 4. April 1995 hielten, wurde wiederholt zum Ausdruck gebracht, wie außergewöhnlich die estnische Idee, ein deutsches Kulturinstitut in Tallinn zu gründen, allen Beteiligten zum damaligen Zeitpunkt, Anfang des Jahres 1991, erschienen war: Es war gerade ein Jahr her, daß Estland seine Unabhängigkeit von der (damaligen) Sowjetunion erklärt hatte, die Moskau jedoch erst im Herbst 1991 offiziell anerkennen sollte. Die deutsche Botschaft in Leningrad unterstützte die estnische Initiative, ein Zentrum für deutsche Kultur und Sprache in Tallinn zu errichten.

Im April 1991 war es dann soweit: Drei Vereine — die „Gesellschaft für deutschbaltische Kultur in Estland" sowie die „Estnische Gesellschaft für Denkmalpflege" und die „Carl-Schirren-Gesellschaft" aus Lüneburg gründeten das Deutsche Kulturinstitut, dessen feierliche Eröffnung am 13. April 1991 stattfand. Das Goethe-Institut diente den Gründern als

Das Deutsche Kulturinstitut in Zahlen: 1991–1995

32 Sprachkurse / 520 Teilnehmer/innen
1993: 43 bestandene Goethe-Institut-Prüfungen
1994: 59 bestandene Goethe-Institut-Prüfungen
1995: 58 bestandene Goethe-Institut-Prüfungen (bis August 1995)

28 Seminare/Fortbildung für Deutschlehrer/innen

4 Tagungen/Konferenzen:
November 1992: „Deutsch-estnische Kulturkontakte"
Januar 1993: „Deutschtag für die Schüler"
September 1994: „Georg von Rauch 90"
September 1994: „Der finnische Meerbusen als Brennpunkt"

2 Deutschwettbewerbe

6 Konzerte und Musikabende

2 Filmwochen

2 Theaterabende

12 Videoabende

17 Ausstellungen

2 Publikationen:
Vier deutschbaltische Künstler: Carl Siegismund Walter (1783–1867), Friedrich Ludwig von Maydell (1795–1846), August Georg Wilhelm Petzold (1794–1859) und Gustav Adolf Hippius (1792–1856). Tallinn 1994
Carl Friedrich Christian Buddeus: Ansichten von Tallinn. Tallinn 1995

Modell, das Kulturinstitut wird jedoch mit örtlichen Kräften betrieben und ist estnischen Verhältnissen angepaßt. Das Tallinner Stadtarchiv hatte einen Raum zur Verfügung gestellt, den das Institut bis zu seinem Umzug innerhalb des Hauses Ende 1994 als Büro und Bibliothek nutzte — heute befindet sich dort, in der Tollistraße 6, nur noch die Bibliothek. Für die Sprachkurse hatte das Kulturinstitut einen weiteren Raum in der Altstadt angemietet.

Die historische Verbindung zwischen Estland und Deutschland ist eng: Bis zu ihrer Umsiedlung im Herbst 1939 bildeten die Deutschen die zweitgrößte nationale Minderheit in Estland. Auch wenn ihre Zahl nur 1% der Gesamtbevölkerung entsprach, spielte die deutsche Sprache und Kultur in vielen Lebensbereichen doch eine wichtige Rolle und beeinflußte die estnische Sprache und Kultur. In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Deutsch als Fremdsprache von Russisch und Englisch verdrängt, kulturelle Kontakte zwischen Estland und der Bundesrepublik Deutschland waren aus politischen und ideologischen Gründen kaum möglich.

Das Interesse an der deutschen Sprache und Kultur ist dennoch nicht erloschen. Der politische Umbruch wurde von der Rückbesinnung auf die eigene nationale Identität getragen. Als ein Teil dieser Identität muß auch der deutschbaltische Einfluß gesehen werden: Der Werdegang der eigenen Nationalkultur ist nach Meinung vieler Esten nur im Zusammenhang mit dem deutschbaltischen Kulturerbe erfaßbar.

Mit der Westöffnung und der Wiederherstellung der estnischen Eigenstaatlichkeit ergaben sich neue Möglichkeiten und auch Notwendigkeiten, fremde Sprachen zu lernen und andere Kulturen zu erkunden. Das Deutsche Kulturinstitut sieht es als seine Aufgabe an, als einen Beitrag zu dieser Entwicklung das Interesse an der deutschen Sprache und Kultur bei den Esten weiter zu fördern. Neben dem Kulturinstitut bemühen sich darum — mit unterschiedlichen Schwerpunkten selbstverständlich — noch andere Institutionen. In dem Bestreben, Vertreter aller Institutionen, Gesellschaften, Vereine und Schulen zusammenzubringen, die sich mit der deutschen Kultur und Sprache beschäftigen, organisierte das Deutsche Kulturinstitut im November 1992 die Tagung „Deutsch-estnische Kulturkontakte". Von allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde dieses erste Zusammentreffen als wichtige Grundlage bewertet, die es ermöglichte, den Kontakt untereinander zu vertiefen und die Zusammenarbeit in Zukunft zu koordinieren.

Laut Satzung ist das Deutsche Kulturinstitut ein gemeinnütziger Verein mit selbständigem Etat. Dem Vorstand, der jeweils auf drei Jahre gewählt wird, gehören 14 Mitglieder an: Neben der Leiterin und einem Vertreter

der Deutschen Botschaft rekrutieren sich die Mitglieder aus den Gründervereinen, dem Tallinner Stadtarchiv, dem estnischen Schriftstellerverband, dem Außen- und dem Kultusministerium. Im ersten Jahr seines Bestehens wurden die Aktivitäten, die das Institut bis dahin organisiert hatte, von den Gründervereinen, in erster Linie von der Gesellschaft für Denkmalpflege, finanziert. Ende 1991 — die Bundesrepublik hatte bereits eine diplomatische Vertretung in der estnischen Hauptstadt eingerichtet — erhielt das Deutsche Kulturinstitut eine finanzielle Zuwendung von der Deutschen Botschaft in Tallinn, die ihm in gewisser Weise einen neuen Anfang ermöglichte; elementares Material wie Büromöbel und technische Ausrüstung konnte jetzt angeschafft werden. Die Deutsche Botschaft fördert seitdem die Arbeit des Instituts durch eine jährliche Zuwendung.

Der Ausbau der Bibliothek war von Beginn an ein besonderes Anliegen des Kulturinstituts. Im Frühsommer 1992 bestand ein erster Grundstock von 600 Büchern. Bis Ende 1994 wuchs der Bestand durch den Ankauf von Belletristik und durch Lehrmittelspenden des Goethe-Instituts und von Inter Nationes auf 3 000 Exemplare an, die einem Kreis von über 100 regelmäßigen Bibliotheksbenutzerinnen und -benutzern zur Ausleihe zur Verfügung stehen. Im Oktober 1993 wurde eine halbe Stelle für eine Bibliothekarin eingerichtet, die seitdem die Bücher mit Hilfe eines Computerprogramms erfaßt. Weitere Buchspenden erhielt das Kulturinstitut Anfang 1995 im Anschluß an eine Ausstellung in Tallinn, die vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels mit Unterstützung des Auswärtigen Amts in verschiedenen Staaten mit jeweils regionaler Akzentuierung organisiert wird. Das Ausstellungsprogramm repräsentierte einen aktuellen Ausschnitt aus den deutschen Verlagsproduktionen. Der nun möglich gewordene Ausbau der Bibliothek stockt bisher bedauerlicherweise aus finanziellen Gründen: Der aus zweckgebundenen Mitteln bestehende Etat erlaubt die Anschaffung von dringend benötigten Bücherregalen momentan nicht.

Die Spracharbeit des Institutes umfaßt drei Schwerpunkte: Fortbildung für estnische Deutschlehrer/innen, Aufbaukurse Deutsch für die Vorbereitung auf die Prüfungen des Goethe-Instituts und allgemeine Sprachkurse.

Die Fortbildungslehrgänge und -seminare für Deutschlehrende aus ganz Estland sollen sowohl methodisch-didaktische als auch inhaltliche Hilfestellungen für den Deutschunterricht geben. Die Seminare der Anfangszeit z.B. boten den Teilnehmer/innen eine erste Gelegenheit, sich mit der Institutsbibliothek und neuen Lehrwerken deutscher Schulbuchverlage vertraut zu machen; die Möglichkeit, Lehrmaterialien und Tonkasset-

ten für den Unterricht zu kopieren, wird seitdem rege genutzt. In der Folgezeit wurden auch mehrere Literatur-Seminare zu zeitgenössischen deutschsprachigen Schriftstellerinnen und Schriftstellern durchgeführt, die sich mit der Auswahl, den Einsatzmöglichkeiten und der möglichen Didaktisierung literarischer Texte für den Deutschunterricht beschäftigen. Des weiteren fanden mehrere Workshops zum Thema Wirtschaft statt, deren Ziel auch darin bestand, Lehrmaterialien für den Unterricht zusammenzustellen. Eine andere Veranstaltungsreihe für Deutschlehrer/innen, die ihre Kenntnisse über die deutsche Geschichte vertiefen wollten, um sie anschließend auch im Unterricht zu vermitteln, beschäftigte sich mit kulturgeschichtlichen, historischen und auch aktuellen politischen Fragestellungen. Das im Januar 1994 stattgefundene Seminar mit dem Titel „Deutsche Nation — Deutsche Kultur — Deutscher Staat" untersuchte u.a. auch den historischen Hintergrund der Ansiedlung von Deutschen im Nordosten Europas, so der Deutschbalten und Deutscher in russischen Städten.

Obwohl die Deutschlehrer/innen in diesen Seminaren auch mit Lehrwerken deutscher Verlage bekannt gemacht werden, soll der Einsatz estnischer Deutschlehrwerke weiterhin Vorrang haben. Zu diesem Zweck organisierte das Deutsche Kulturinstitut im März 1994 ein Seminar zum Thema „Lehrbuchentwicklung und Lehrwerkeinsatz in Estland". Die Veranstaltung wandte sich an estnische Lehrbuchautorinnen und -autoren, die zusammen mit Referentinnen vom Goethe-Institut und dem Bayerischen Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung Konzeptionen für einheimische Lehrwerke erarbeiteten.

Die Sprachkurse Deutsch für Anfänger und Fortgeschrittene geben den Teilnehmerinnen und Teilnehmern im Anschluß an die Kurse die Möglichkeit, das Zertifikat Deutsch als Fremdsprache (ZDaF) zu erwerben bzw. die Zentrale Mittelstufenprüfung (ZMP) des Goethe-Instituts abzulegen. Das Zeugnis der bestandenen ZMP befreit von der sprachlichen Aufnahmeprüfung in ein Studienkolleg und gilt als sprachliche Zulassungsvoraussetzung für ein Studium in Deutschland.

Das Kulturinstitut organisiert des weiteren fachspezifische Sprachkurse für Fortgeschrittene: Im April 1992 beispielsweise fand ein Seminar für Wirtschaftsdeutsch statt, das hauptsächlich für Personen konzipiert war, die mit der Übersetzung von Wirtschaftsverträgen beauftragt waren. Ein Sprachkurs für Historiker/innen und Kunsthistoriker/innen im Herbst des gleichen Jahres vermittelte zum einen die Fachlexik und gab zum anderen auch anhand von Zeitungstexten Einblick in neue Tendenzen der deutschen Gegenwartssprache.

Seit dem Bestehen des Kulturinstituts (bis Ende des Jahres 1994) belegten 520 Teilnehmer/innen 32 Sprachkurse, und über 100 Zertifikate für bestandene Goethe-Instituts-Prüfungen konnten vergeben werden.

Um das Interesse an der deutschen Sprache und Kultur auch schon bei Jugendlichen in Estland zu fördern, organisiert das Kulturinstitut in Tallinn zusammen mit dem in Tartu einmal im Jahr einen Deutschwettbewerb für Schüler/innen der Oberstufe. Ihnen soll damit die Möglichkeit eröffnet werden, ihre Deutschkenntnisse untereinander zu vergleichen sowie Kontakte zu anderen Deutschlernenden aufzubauen. Der Wettbewerb besteht aus zwei Teilen: Zunächst soll zu einem vorgegebenen Thema ein Aufsatz verfaßt werden. Die von einer Jury ausgewählten Autorinnen und Autoren der besten Arbeiten nehmen dann an der zweiten Etappe teil, während der Hörverstehen, Sprechfertigkeit und grammatische Fähigkeiten beurteilt werden. Die fünf Besten des diesjährigen Wettbewerbs erhielten als Auszeichnung die Möglichkeit zu einer Fahrt nach Deutschland, die der Pädagogische Austauschdienst (PAD) finanziert.

Vor zwei Jahren fand für die gleiche Altersgruppe ein „Tag der deutschen Sprache" statt, der das Ziel verfolgte, estnische Schüler/innen über die Möglichkeiten des Deutschstudiums an der Universität Tartu zu informieren. An dieser vom Kulturinstitut organisierten Tagung nahmen über 200 Schüler/innen von ca. 30 Schulen aus ganz Estland teil.

Die kulturellen Aktivitäten, die das Institut in der Anfangszeit organisierte, beinhalteten schwerpunktmäßig deutschbaltische Themen. Dies lag zunächst auch deshalb nahe, weil sich einer der Gründervereine mit deutschbaltischer Kultur befaßt und somit Impulse für Ausstellungen und sonstige Veranstaltungen geben konnte.

Eine der ersten Ausstellungen beschäftigte sich mit der Stadt Tallinn (Reval) zur Zeit der Hanse, eine andere — über den deutschbaltischen Künstler Karl Friedrich Christian Buddeus — zeigte Ansichten des alten Reval. Seit ungefähr einem Jahr finden auch verstärkt zeitgenössische estnische Künstler/innen Beachtung: 1994 wurden Graphiken von Mare Vint und Gemälde von Urmas Nikkel im Kulturinstitut ausgestellt. Auch bei den Musikveranstaltungen standen neben deutschen und deutschbaltischen auch estnische Kompositionen auf dem Programm.

Ein vom Kulturinstitut mitorganisierter Theaterabend im April 1993 zeigte, daß sich der Anspruch des Instituts, deutsche Kultur auch einem größeren Publikum nahezubringen, durchaus realisieren läßt: Der Regisseur Aare Toikka inszenierte das Theaterstück „Die Mordsache von Dr. Winkelmann" von Dietzensmidt in estnischer Sprache in einem Tallinner Theater. In Zusammenarbeit mit einem örtlichen Kino wurden auch bereits zwei deutsche Filmwochen organisiert mit Filmen von Fassbinder,

Herzog, Schlöndorff und Wenders. Im Kulturinstitut selbst ist ein etwa monatlich stattfindender Videoabend für alle Interessenten zur festen Einrichtung geworden.

Langfristig wünschen sich Vorstand und Leiterin des Deutschen Kulturinstituts, daß es ihnen für die Zukunft gelingen möge, ihr Land auch in Deutschland einem größeren Kreis bekanntzumachen. Das im April 1993 zwischen der Republik Estland und der Bundesrepublik Deutschland geschlossene Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit kann sicherlich als ein erster Schritt in diese Richtung gesehen werden. Wie die Teilnehmer der deutsch-estnischen Gemischten Kommission auf ihrer ersten Sitzung im September 1994 betonten, soll die Zusammenarbeit keinesfalls in Form einer Einbahnstraße verlaufen. Auch wenn die deutsche Hochschulrektorenkonferenz die Reform des estnischen Hochschul- und Wissenschaftssystems durch Informations- und Beratungsangebote unterstützt, kann doch auf dem Sektor der Naturwissenschaften, insbesondere über die estnischen Institute für Kybernetik und Physik, bereits auf eine fruchtbare bilaterale Zusammenarbeit zurückgeblickt werden. Auf dem Gebiet der Kunst und Musik sollen die direkten Kontakte zwischen Künstlern, Ensembles und Museumsfachleuten durch Gastspiele, Ausstellungen u.ä. gefördert werden. Im Filmbereich sind deutsch-estnische Veranstaltungen und Koproduktionen geplant. Auch das vor allem von den norddeutschen Bundesländern ins Leben gerufene Praktikantenprogramm in estnischen Institutionen trägt mit dazu bei, daß auf deutscher Seite die Kenntnis über und das Interesse an Estland wächst.

Sowohl estnische Germanisten und Historiker als auch Fachleute aus Deutschland haben die Tätigkeit des Instituts mitgeprägt. Das Goethe-Institut Helsinki hat wertvolle Hilfe, vor allem bei der Gestaltung der Deutschlehrerfortbildung und des Sprachunterrichts, geleistet. Das Deutsche Kulturinstitut Tallinn ist dankbar für jeden Hinweis und jede positive Anregung. Wir begrüßen alle, die zur produktiven und konstruktiven Zusammenarbeit bereit sind. Unsere Adresse:

Deutsches Kulturinstitut
Tollistraße 2
EE-0001 Tallinn

Anne Lind, Tallinn

Baltische Studenten für ihre Kommilitonen in Deutschland

Innerhalb einer von der Friedrich Naumann-Stiftung (FNS) veranstalteten Reihe „Länderseminare" fand vom 3.–5. März 1995 zum ersten Mal ein politisch-kulturelles Wochenende zu den „Baltischen Staaten" in der Theodor Heuss-Akademie in Gummersbach statt. Etwa zwei Drittel der Teilnehmer waren Stipendiaten der FNS, darunter auch ausländische Vertreter wie z.B. aus Griechenland, Afrika, Korea, den Niederlanden und dem Iran. Insgesamt ein (auch nach Studienfächern) sehr gemischtes Publikum — also eher eine themen-atypische Zusammensetzung. Neben Vorträgen und kulturellen Darbietungen sowie einer Podiumsdiskussion mit den Botschaftern Tiit Matsulevits (Estland), Zenonas Namavičius (Litauen) und dem lettischen Botschaftsrat Rolands Lapukke stellten die teilnehmenden baltischen Stipendiaten der FNS — eine Estin, drei Lettinnen und ein Litauer — ihre Heimatländer in Arbeitsgruppen vor, wobei auch genügend Gelegenheit zu Informationen, Nachfragen und Diskussionen gegeben wurde. Einerseits fand der Ansatz, die baltischen Studenten in Eigenregie ihre Länder repräsentieren zu lassen, breiten Anklang und stellte auch für sie selbst eine reizvolle Herausforderung dar, andererseits sollte bedacht werden, daß ein Stipendiat, der schon mehrere Jahre in Deutschland seinem Studium nachgeht, selten detailliert über die aktuellen Geschehnisse in seinem Heimatland berichten kann und sich so eher auf Vermittlung von Basis- und Hintergrundwissen konzentriert.

Höhepunkt der Veranstaltung war zweifelsohne das Podiumsgespräch mit den diplomatischen Vertretern der baltischen Staaten, dessen souveräne und kenntnisreiche Moderation durch Jürgen Wickert ebenfalls von der interessierten und konzentrierten Zuhörerschaft gewürdigt wurde. Das „baltische diplomatische Trio" machte kein Hehl daraus, daß man in dieser Zusammensetzung nicht zum ersten Mal auftrete und genau wisse, in welcher Mischung Informationen und Argumentationen darzubieten seien. So wirkten die Botschafter weder diplomatisch distanziert noch abgehoben — ganz im Gegensatz zum Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Botschafters der Bundesrepublik in Lettland a.D., Graf Lambsdorff von der Wenge, der einen Vortrag zum Thema „Die Rolle Deutschlands und der EG beim Aufbau Osteuropas" hielt, leider ohne konkrete Details.

Weiterhin berichtete Walter Klitz, der noch recht frischgebackene Leiter des Büros „Baltische Staaten" der FNS in Tallinn, mit sichtlichem Enthusiasmus von seiner Arbeit. Abgerundet wurde das gesamte Programm

durch abendliche Veranstaltungen: ein Klavierkonzert mit der lettischen Stipendiatin Tereze Rozenberga und eine Buchlesung mit Ruth Kibelka.

Die Seminarleitung und Vorbereitung lag in den Händen von Volker Frobarth (Kiel), der selbst ein Referat über die Geschichte der baltischen Region sowie eine politische Analyse beitrug.

Alles in allem wurde reichlich Stoff für Diskussionen geboten und die Möglichkeiten von den Teilnehmern auch genutzt. Viele Zuhörer bemängelten, daß sie sich aus der Darstellung der baltisch-russischen Beziehungen (insbesondere in den Arbeitsgruppen) mit ihren unterschiedlichen Aspekten kein Bild machen konnten, da es auf der Tagung keine Vertreter der russischen Minderheiten in Estland oder Lettland gegeben habe und auch keine Statements von Russen bekannt seien.

Insgesamt waren die Teilnehmer — auch die Aktiven — mit dem Inhalt des Seminars, das auch völligen Neulingen auf diesem Feld Streiflichter über die baltische Region hautnah vermittelt hat, gleichfalls aber von kompetenter Seite den aktuellen Stand der Dinge zu vermitteln wußte, zufrieden. Ein Seminarmodell, das sich auch auf anderen Ebenen bewähren könnte.

Ruth Kibelka, Berlin

Die baltische Region im Umbruch. Eine Tagung in Köln vom 30. Januar – 3. Februar 1995

Schon traditionell gehört der baltische Raum zu denjenigen Regionen der ehemaligen Sowjetunion, die regelmäßig mindestens einmal pro Jahr in einem gesonderten Seminar im Ost-West-Kolleg der Bundeszentrale für politische Bildung in Köln behandelt werden. Aufgrund zeitlicher und anderer Begrenzungen kann dies nicht für alle früheren Sowjetrepubliken gleichermaßen gelten. Als günstig erwiesen hat sich bei diesen Seminaren eine Zweiteilung in einen allgemeinen einführenden Teil, in welchem verschiedene Aspekte der gesamten Region behandelt werden, sowie einen anschließenden Regionalblock, in dem jede Teilregion (bzw. Republik) einzeln vorgestellt wird. Im einzelnen wurden in diesem Jahr im ersten Abschnitt folgende Themen behandelt: (Rechts-)Geschichte (Boris Meissner); wirtschaftliche Entwicklungen einschließlich ihrer sozial(politisch)en Implikationen (Heinrich Machowski, Andreas Kranig) sowie sicherheitspolitische Fragestellungen (Peer H. Lange). Für den Regionalteil konnten folgende Referenten verpflichtet werden: Gabriel Hazak (Estland), Elke Knappe (Kaliningrader Gebiet), Peteris Ozolinš (Lettland), Justas Paleckis (Litauen).

Eröffnet wurde das Seminar von Boris Meissner (Köln), der in seinem einführenden Vortrag die wichtigsten politischen und rechtlichen Entwicklungslinien der letzten 100 Jahre in den baltischen Republiken aufzeigte. Die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts sei zwar einerseits durch eine verstärkte Russifizierungspolitik, andererseits aber auch durch ein nationales Erwachen der Völker gekennzeichnet gewesen. Die Möglichkeit, eigenständige Staaten zu bilden, sei jedoch erst durch die Russische Revolution entstanden. Meissner wies darauf hin, daß die Unabhängigkeit Lettlands auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts der Völker zum damaligen Zeitpunkt ein Novum gewesen sei — ein Prinzip, das heute als Teil des allgemeinen Völkerrechts anerkannt werde. Positiv zu vermerken für die Republiken sei in den 20er Jahren die Einhaltung der vom Völkerbund auferlegten Verpflichtungen. Besonders vorbildlich sei die in Estland den Minderheiten gewährte Kulturautonomie gewesen. Auch die Verfassung hätte durchaus parlamentarisch-demokratische Strukturen gezeigt, doch sei das politische System aufgrund des Wahlmodus durch ständige Regierungswechsel sehr instabil gewesen. Meissner führte ferner aus, daß der Hitler-Stalin-Pakt nicht der eigentliche Anlaß für die Annexionen war; er habe aber die Grundvoraussetzungen dafür geschaffen. In sowje-

tischer Zeit seien die drei Republiken zwar nur formal souverän gewesen, hätten aber trotz des zentralistischen (Moskauer) Regimes gewisse Besonderheiten entwickeln können. Hauptproblem sei die starke Russifizierung gewesen, die mit einer sehr schwachen Bereitschaft zur Integration von russischer Seite einherging.

Heinrich Machowski (Berlin) unterstrich in seinen Ausführungen zur wirtschaftlichen Lage, daß die meisten Eckdaten in den baltischen Republiken auch jetzt noch — nach mehreren Jahren der Selbständigkeit — wesentlich durch das sowjetische Erbe bestimmt würden. Estland, Lettland und Litauen seien zu einem extrem hohen Grad in die intrarepublikanischen Handelsbeziehungen der Sowjetunion einbezogen gewesen. Als weiteres Problem nannte Machowski, daß es keine brauchbare Theorie, keine historischen Beispiele für eine wirtschaftliche Transformation gebe, wie sie derzeit erfolgen müsse und solle. Vor dieser Schwierigkeit stünden zwar auch die anderen osteuropäischen Reformstaaten, doch komme bei den ehemaligen Sowjetrepubliken die Notwendigkeit hinzu, gleichzeitig eine eigene Verwaltung, Staatsapparat usw. aufbauen zu müssen. Eine wichtige aktuelle Aufgabe sah Machowski in der Lösung der Eigentumsfrage (Rückgabe versus Entschädigung). Insgesamt sei — so Machowski in seinem Fazit — die wirtschaftliche Entwicklung in den baltischen Republiken trotz aller Probleme positiv zu bewerten; die Talsohle sei in den Jahren 1991–1993 weitgehend durchquert worden. Dennoch sei die Zukunft nicht eindeutig vorhersehbar. Nicht zuletzt aufgrund der starken Auslandsverflechtungen mit Rußland (und den anderen GUS-Staaten) spiele die dortige wirtschaftliche und politische Entwicklung auch für die baltischen Republiken eine große Rolle.

Mit dem Beitrag von Andreas Kranig (St. Augustin) zu Problemen des Aufbaus von Sozialversicherungssystemen wurde ein Bereich thematisiert, der zunehmend in Diskussionen zu Transformationsprozessen in Osteuropa Eingang findet. Auch in der Sowjetunion habe es eine Sozialversicherung gegeben; sie sei jedoch entsprechend dem sozialistischen System weitgehend durch die staatlichen Großbetriebe getragen worden. Dementsprechend müsse jetzt — parallel zur Wirtschaftstransformation — auch dort eine Reform durchgeführt werden; das Tempo bzw. die Art richte sich nach der ökonomischen Umstellung. Kranig führte aus, daß die Lage zur Zeit noch problematisch sei, viele staatliche Strukturen noch erhalten seien, die zwar eine gewisse soziale Sicherheit böten, für den Aufschwung aber hemmend seien. Währenddessen wachse der Privatsektor zwar ständig an; für den Aufbau eines Sozialversicherungssystems sei er aber — u.a. aufgrund der starken Fluktuation (die einen Vergleich mit der „Gründerzeit" nahelege) — noch nicht vorbereitet.

Peer H. Lange (Ebenhausen) befaßte sich in seinem Vortrag mit den Aufgaben einer Neuordnung der Sicherheit im Ostseeraum. Er wies darauf hin, daß sich die Parameter einer Sicherheitsordnung ja nicht nur durch den Zerfall der Sowjetunion, sondern z.B. auch durch den Beitritt Schwedens und Finnlands zur EU verändert hätten. Allgemeiner internationaler Konsens bestehe darin, einen „Rückfall Rußlands" derzeit als einzige Gefahr anzusehen. Lange betonte, daß auch der Westen vor der Aufgabe stehe, seine Interessenlage nach den Umwälzungen selbst neu zu definieren. Im Unterschied zum früheren Warschauer Pakt basiere die NATO nicht auf Befehlsstrukturen (von einer einzigen Zentrale aus), sondern setze für eine Entscheidung immer einen Interessenausgleich voraus.

Der Regionalteil des Seminars wurde eröffnet von Gabriel Hazak (Tallinn). Schwerpunkte seines Vortrags waren das politische System, die wirtschaftliche Entwicklung sowie die estnisch-russischen Beziehungen. Estland sei wie Deutschland eine parlamentarische Demokratie. Es weise ein relativ kompliziertes Wahlsystem auf, das auch eine 5%-Klausel vorsehe. Aus diesem Grund hätten sich für die im März 1995 anstehenden Parlamentswahlen einige Parteien zu Wahlblöcken zusammengeschlossen. Insgesamt sei — so Hazak — mit einem relativ rechts-konservativen Parlament zu rechnen. Die wirtschaftliche Entwicklung seit der Wiedererlangung der Selbständigkeit beurteilte Hazak insgesamt als gut. Probleme bereiteten neben dem Außenhandelsdefizit und der Inflation besonders die Zunahme von Korruption, Kriminalität sowie der Selbstmordrate: Estland nehme inzwischen — zusammen mit Finnland und Ungarn — im Verhältnis zur Bevölkerungszahl weltweit den Spitzenplatz ein! Große Bedeutung maß Hazak dem russisch-estnischen Verhältnis besonders bei der Klärung des Grenzverlaufs bei. Eine Einigung in dieser Frage sei Voraussetzung für eine Aufnahme Estlands in die EU. Wesentlicher als der genaue Grenzverlauf sei für Estland noch die Anerkennung des Friedensvertrages von Tartu (1920) durch Rußland.

Für Litauen sprach Justas Paleckis (Vilnius), der als außenpolitischer Berater des litauischen Präsidenten gewissermaßen aus der „praktischen Politik" berichten konnte. Themen seiner Ausführungen waren u.a. die Hintergründe für das im Vergleich zu Lettland und Estland relativ entspannte Verhältnis zwischen Vilnius und Moskau. Zu nennen sei hier neben der wesentlich günstigeren Bevölkerungsstruktur die Tatsache, daß Litauen als einzige baltische Republik nach dem Zweiten Weltkrieg keine Gebiete verloren, sondern im Gegenteil dazugewonnen habe. Auch sei die Russifizierungspolitik in sowjetischer Zeit schwächer gewesen; in Universitäten und Regierung usw. habe sich fast ausschließlich die litauische Sprache halten können. Hinzu komme noch die wirtschaftliche Entwick-

lung, die in sowjetischer Zeit sehr günstig verlaufen sei. Für die künftige Außenpolitik nannte Paleckis drei Prioritäten: Verbesserung der Zusammenarbeit unter den baltischen Republiken, Integration in westliche wirtschaftliche und politische Strukturen sowie den Aufbau guter Beziehungen zu den direkten Nachbarstaaten. Nur das Verhältnis zu Lettland sei ungetrübt, mit den anderen drei gebe es mehr oder weniger große Probleme und Spannungen.

Einen anderen Zugang verfolgte Elke Knappe (Leipzig) in ihrem Beitrag über das Kaliningrader Gebiet. Unter Hinweis auf die eher ungünstigen naturräumlichen Voraussetzungen wandte sie sich gegen eine „Glorifizierung" der wirtschaftlichen Vergangenheit Ostpreußens. Dennoch resultierten die aktuellen Probleme vor allem aus der jahrzehntelangen Vernachlässigung in sowjetischer Zeit wie auch aus der völligen Konzeptionslosigkeit und somit Ungewißheit über das weitere Schicksal der Region. Die Spannbreite möglicher Entwicklungsszenarien für das Kaliningrader Gebiet umfasse u.a. die Ausweisung eines Naturschutzgebietes, eines Touristenzentrums, einer Handelsmetropole (Freihandelszone) sowie eines Militärstützpunktes. Abgerundet wurde ihr Vortrag durch Dias, die sie während verschiedener Forschungsaufenthalte in der Region aufgenommen hatte.

Zum Abschluß des Seminars referierte Peteris Ozolinš (Riga) über die aktuelle Situation Lettlands. Besonderes Augenmerk richtete er dabei auf die „Parteienlandschaft" sowie vor allem auf das — auch im Westen — vieldiskutierte Staatsbürgergesetz. Deutlich merkte man seinen Ausführungen den Zwiespalt an, in dem er sich diesbezüglich befindet: als gebürtiger Lette einerseits, der jedoch andererseits mit einer Estin verheiratet ist, welche zwar seit Jahrzehnten in Riga lebt, zur Zeit aber aufgrund der Regelungen z.B. keinen eigenen Paß hat.

Zusammenfassend läßt sich die Aufteilung des Seminars in zwei Blöcke wieder als gewinnbringend für die Veranstaltung kennzeichnen: Auf diese Weise konnten die im ersten Abschnitt erhaltenen Informationen anhand der regionalen Beispiele konkretisiert und überprüft werden. Günstig erwies sich dabei, daß aus allen drei baltischen Republiken ein Vertreter während der gesamten Veranstaltung anwesend war und somit befragt werden konnte: Dies war außer durch Gabriel Hazak auch durch die Teilnahme von zwei Studentinnen aus Vilnius bzw. Riga gegeben. Deutlich wurde im Verlauf der Vorträge und Diskussionen, daß es „das Baltikum" nicht gibt, auch wenn es vom Ausland, gerade auch dem westlichen, oft so wahrgenommen wird. Die regionalen Unterschiede und Besonderheiten sind auch zu groß bzw. für die Länder zu wichtig, als daß nach jahrzehntelanger erzwungener Gemeinschaft die Republiken nicht — zunächst —

ihre eigenen Wege suchen müssen und wollen. Vorläufig gilt noch ein Wort, das Gabriel Hazak bei einer früheren Veranstaltung geprägt hatte: „Manchmal muß man sich erst scheiden lassen, bevor man wieder zusammenkommen kann."

Monika Henningsen, Köln

REZENSIONEN

Ethnizität. Wissenschaft und Minderheiten, hrsg. v. Eckhard J. Dittrich u. Frank-Olaf Radtke. Opladen: Westdeutscher Verlag 1990, 368 S.

Wenn der Leser, was der allgemeine Titel des Buches nahelegt, eine universelle, d.h. umfassende Erklärung des Phänomens „Ethnizität" in all seinen Erscheinungsformen einschließlich der Berücksichtigung globaler historischer, geographischer und gesellschaftlicher Konstellationen erwartet, wird er enttäuscht sein. Eine solche Erwartung kann dieser Sammelband nicht erfüllen, er erhebt vermutlich auch gar nicht diesen Anspruch. Natürlich ist es auch vermessen anzunehmen, in einer Publikation könnten zugleich sämtliche Aspekte von Ethnizität angesprochen und in ihrer Gesamtheit hinreichend reflektiert oder sogar erklärt werden. Umso mehr: Ein etwas bescheidenerer bzw. ein treffenderer Titel wäre dem Inhalt des Buches gerechter geworden und hätte der Intention des Sammelbandes nicht geschadet.

Schon dem kurzen Vorwort der Herausgeber läßt sich dann auch entnehmen, daß Anspruch und Geltungsbereich des Buches thematisch weitaus enger gefaßt sind. Es geht primär um einen ganz bestimmten Aspekt des Themenbereiches „Ethnizität", nämlich darum, den Beitrag der Wissenschaften in Hinblick auf die *Konstruktion ethnischer Minderheiten* zu analysieren und zugleich die Wirkungen zu bestimmen, die wissenschaftliche Konstruktionen auf die gesellschaftliche Handlungsebene ausüben. Das Buch stellt folglich wissenschaftskritische Reflexionen über theoretische Erklärungsansätze zum Forschungsbereich „Ethnische Minderheiten" bzw. „Kritik der Wissenschaft" dar. Der Fokus wird dabei zudem auf solche Ethnizitätskonzepte eingeschränkt, die den modernen Wohlfahrtsstaat im Zusammenhang mit Wanderungsbewegungen zur Grundlage haben. Fragen von Ethnizität in den ehemals kolonisierten Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas sind damit ebenso ausgeklammert wie eine unmittelbare Übertragung der geführten Diskussionen auf die Länder des zerfallenen ehemaligen Ostblocks (der sich erst z.Zt. der Drucklegung des Buches abzeichnete), auch wenn ein kurzer Hinweis auf diese Kontexte gegeben wird (S. 35). Entsprechend beziehen sich die in den Einzelbeiträgen vorgestellten Fallbeispiele deshalb auch in erster Linie auf Minderheitenproblematiken in Australien, Frankreich, den Vereinigten Staaten, Deutschland und — ganz zum Schluß — Österreich.

Die in dem Buch zusammengestellten Beiträge wurden auf einer Konferenz im Jahr 1987 vorgetragen und diskutiert. In der von den Herausgebern verfaßten Einleitung wird das oben erwähnte Erkenntnisinteresse: „Der Beitrag der Wissenschaften zur Konstruktion ethnischer Minderheiten" (S. 11), als der alle Beiträge verbindende Zusammenhang herausgestellt, entwickelt und eingehend erörtert. Dabei werden historisch verankerte Kategorien sowie Verbindungen zwischen naturwissenschaftlichen, kulturanthropologischen und sozialwissenschaftlichen Konzepten aufgezeigt, in Beziehung gesetzt und kritisch reflektiert. Die Herausgeber schlagen einen weiten Bogen, beginnend mit rassentheoretischen Kategorisierungen in den Naturwissenschaften, zeichnen deren Vermischungen und Wechselwirkungen mit sozialwissenschaftlichen Konstruktionen nach und beleuchten die Verbindung zwischen der Idee des Nationalstaats mit der Konstruktion ethnischer Minderheiten, um schließlich zur aktuellen Diskussion um das Konzept der multikulturellen Gesellschaft zu gelangen, das mit dem Gleichheitspostulat des Rechtsstaates in Beziehung gesetzt und diskutiert wird. Die in der Einleitung geführte Argumentation mündet in der heute sicherlich weitgehende Zustimmung erfahrenden Aussage, daß die gegenwärtig beobachtbare Re-Ethnisierung keinen Beitrag zur Lösung be- und anstehender Probleme leistet, sondern diese allenfalls verschärft. Der verbreiteten Re-Ethnisierung setzen die Herausgeber die Vision einer kulturell pluralisierten Gesellschaft entgegen, deren Realisierung allerdings zugleich die Lösung der sozialen Frage beinhalten müßte und würde. Dies ist, so scheint es, die vorweggenommene eigentliche Quintessenz des Buches.

In ihrer einleitenden Diskussion gehen die Herausgeber leider nur implizit auf die insgesamt 17 Beiträge des Bandes ein. Explizite Verweise finden sich ausschließlich in Fußnoten, kurze zusammenfassende Hinweise zu den einzelnen Beiträgen oder Abschnitten fehlen. Über die bereits erwähnte, alle Beiträge verbindende Fragestellung hinaus werden keinerlei Aussagen zu der vorgenommenen Struktur oder Konzeption des Buches gemacht. Der Leser kann diese nur am Inhaltsverzeichnis erkennen. Als ein gewisses Defizit kann zudem angesehen werden, daß an keiner Stelle auf einzelne Beiträge Verbindendes oder auf Differenzen in den Positionen eingegangen wird.

Die Sammlung ist nach der Einleitung (I.) in weitere fünf Kapitel bzw. thematische Schwerpunkte untergliedert. Der nach der Einleitung unter II. gefaßte thematische Schwerpunkt beinhaltet die bereits angesprochenen länderbezogenen Analysen. Die hierunter subsumierten vier Beiträge unterstreichen die grundsätzliche Kontextbezogenheit ethnischer Konstruktionen und zeigen den historisch begründeten Umgang mit Eth-

nizität in einzelnen Nationalstaaten auf. In seinem Beitrag über Australien macht Castles diesen Sachverhalt anfangs u.a. am schwierigen Verhältnis der frühen irischen und britischen Einwanderungsgeneration deutlich. Er weist in seiner ausführlichen Analyse des australischen Kontextes auf die enge Verknüpfung zwischen politischer Entwicklung und sozialwissenschaftlichen Diskursen hin, die im einzelnen anschaulich und nachvollziehbar herausgearbeitet werden. — Wie Castles betont auch Verbunt die besondere nationale Geschichte, die die Diskussion in Frankreich und zugleich den Umgang mit Minderheiten dort bestimmt. Nach einer Auseinandersetzung mit verschiedenen theoretischen Ansätzen zeigt er auf, daß und warum Fragen der Assimilation und Immigration im Gegensatz zu früheren Zeiten in Frankreich heute zunehmende Bedeutung erlangen. — Mit einem klassischen Einwanderungsland, den USA, das über viele Jahre eine wesentliche Grundlage für die Untersuchung rassischer und ethnischer Beziehungen bildete, befaßt sich der Beitrag von Feagin. Anhand der Diskussion von Assimilations- und Machtkonflikttheorien, von denen erstere den kulturellen Pluralismus als Adaptionsergebnisse, letztere die substantielle Schichtung betonen, zeigt er auf, daß mit Hilfe beider Perspektiven wichtige Erkenntnisse zu rassischen und ethnischen Fragen in den USA gewonnen werden können. — Der letzte diesem Bereich zugeordnete Beitrag ist der (west-)deutschen Migrationsforschung gewidmet, die sich im Zuge der Anwerbung von Arbeitskräften insbesondere seit den 60er Jahren entwickelte. Berger untersucht im Hinblick darauf den Erklärungswert von drei Paradigmen (imperialismuskritischer Ansatz, Integrationsansatz und Minoritäten-Ansatz), die er unter theoretischer wie politischer Hinsicht kritisch beleuchtet. Er kommt zu dem Schluß, daß sich der Integrationsansatz im Zusammenhang mit der Arbeitsmigrations-Forschung als wenig hilfreich erwiesen hat. Am Minoritäten-Paradigma kritisiert er in erster Linie den Mythos einer zunehmenden multikulturellen Gesellschaft, hält diesen Ansatz aber ebenso wie klassenanalytische bzw. imperialismuskritische Ansätze für geeignet, in Zukunft stärker aktiviert zu werden.

Den ebenfalls vier Beiträgen des III. Abschnitts ist das Interesse an Brüchen und Kontinuitäten in der wissenschaftlichen Konstruktion ethnischer Minderheiten gemeinsam. Sie beziehen sich nicht mehr auf einzelne Nationalstaaten, sondern sind in ihrem Ansatz globaler und damit universeller angelegt. Das trifft besonders auf den Aufsatz von Rex zu, der die Konzepte „Rasse" und „Ethnizität" in ihrer historischen Dimension beleuchtet und die Frage aufwirft, ob und wie eine Koexistenz ethnischer und rassischer Gruppen ohne Konflikt möglich sei. Durch die Einbeziehung sehr unterschiedlicher regionaler Kontexte in seine Argumentation

eröffnet Rex interessante Perspektiven der Diskussion über das Konzept der multikulturellen Gesellschaft. Mit der eingehenden Erörterung situativer (Barth) und primordialer Theorien (u.a. Geertz) geht der Beitrag zudem am weitesten auf eine allgemeine Ebene der Ethnizitätsdiskussion, d.h. auch in Hinblick auf nicht-westliche Gesellschaften, ein. Bemerkenswert ist die von Rex vorgenommene Vermittlung zwischen primordialen und situativen Ansätzen, die im allgemeinen als exklusiv interpretiert und diskutiert werden. — Die Schwierigkeiten der (britisch) marxistischen Theorie mit dem Konzept „Rasse" untersucht Miles ausgehend von den Arbeiten von Cox u.a. Miles zeigt auf, daß eine Hauptursache für die bis heute bestehenden Probleme innerhalb des britischen Marxismus mit dem Konzept darin liegt, daß von Anfang an nicht klar zwischen dem Begriff „Rasse" und dem Konzept Rassismus unterschieden wurde. Die Folge sei, daß der Begriff „Rasse" niemals völlig verworfen wurde und unter den sich verändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (De-Kolonisation, Migration sowie Immigration nach Großbritannien) weiter explizit oder implizit in Analysen benutzt wurde. Miles' Forderung zielt darauf, „Rasse" endgültig als Begriff zu dekonstruieren und Prozesse der, wie er es nennt, „Rassisierung" in den Mittelpunkt der marxistischen Theorie zu stellen. — Brumlik widmet sich in seinem Beitrag dem sozialwissenschaftlichen Diskurs der Begriffe „Rasse", „Kultur" und „Ethnizität" von einer sozialphilosophischen Perspektive aus. Ausgehend von Herder, Hegel, Dilthey u.a. verfolgt er die Entwicklung der Begriffe bis zur gegenwärtigen Diskussion um Ethnizität im Zusammenhang mit der Immigrationsforschung. Er geht im weiteren Verlauf auf die antimetaphysische Revolution (Darwin, Marx, Nietzsche und Freud), die philosophische Anthropologie deutscher (Scheler, Plessner, Gehlen) und angelsächsischer Prägung (Benedict, Cassirer) ein, um sich schließlich, aus gutem Grund, intensiv mit Webers Analyse ethnischer und rassischer Beziehungen auseinanderzusetzen. Brumliks provokante zentrale Frage ist, ob „die Aporien aller Spielarten des Historismus den Rassismus nicht geradezu nahelegen?" (S. 184) — Im Mittelpunkt des anschließenden Beitrags von Lenhardt steht die Kritik des Begriffes „kulturelle Identität", der eine gängige Begründung für Integrationsprobleme der inländischen und ausländischen Wohnbevölkerung darstellt. Der Gehalt des Begriffs wird als Ideologie entlarvt und die gewonnene Erkenntnis sodann mit der gesellschaftlichen Situation von Arbeitsimmigranten in Deutschland in Beziehung gesetzt. Lenhardt zeigt, daß es zwischen bürokratischen Herrschaftsverhältnissen in modernen Gesellschaften einerseits und Theorien kultureller Identität andererseits keine Vereinbarkeit geben kann. Unter den gegebenen Herrschaftsverhältnissen, so Lenhardt, werden wissenschaftliche

Modelle, die auf eine Verbesserung des Zusammenlebens von In- und Ausländern zielen, vielmehr stets als sozialtechnische Integrationsstrategien funktionalisiert. Derart systemkonform statt aufklärend kritisch können wissenschaftliche Modelle keinen Beitrag zur Lösung sozialstruktureller Probleme leisten. Deutlich wird, daß angesichts der Struktur bürokratischer Gesellschaften ein wirklicher Identitätsgewinn sowohl In- als auch Ausländern nur schwerlich gelingen kann.

Der IV. Abschnitt umfaßt drei Beiträge, die die biologischen Grundlagen zum Thema beleuchten. Für die Beibehaltung des Begriffes „Rasse", definiert als Korrelations-Schwerpunkte erblicher Merkmale, spricht sich Vogel in seinem Beitrag über die biologischen Grundlagen von Gruppenunterschieden beim Menschen aus. Die von ihm vorgestellten Erkenntnisse der Populationsgenetik zeigen anhand der Mechanismen Mutation, Isolation und natürliche Selektion biologische Ursachen für beobachtbare Unterschiede zwischen Gruppen auf. Diese so definierten menschlichen Rassen sind nach Ansicht des Verfassers allerdings völlig ungeeignet, „inhumane Praktiken" zu ermutigen (S. 224), können aber, ganz im Gegenteil, gerade genutzt werden, um Vorurteile zu überwinden. Auf dem Hintergrund der Intention dieses Buches stellt sich allerdings die Frage, ob bei wissenschaftlichen Ergebnissen nicht doch eine „falsche Inanspruchnahme" möglich bzw. zu befürchten ist. — Mit einem anders gelagerten Fall beschäftigt sich Tsiakalos in seiner Untersuchung der Bildung gesellschaftsrelevanter Kategorien in der Ethologie und Anthropologie. Er geht der Frage nach, wie derartige Kategorien wissenschaftliche Grundlagen für Diskriminierung liefern (können). In einer „kriminalistisch geführten" kritischen Analyse zeigt er am Beispiel der „Fremdenfurchtthese" Eibl-Eibesfelds auf, wie sich ein gesellschaftliches Phänomen — Ausländerfeindlichkeit — in der aktuellen ethologischen Forschung wiederfindet und als Erklärungsmuster in der öffentlichen bzw. Mediendiskussion Eingang findet. — Der Beitrag von Klingemann über die Wechselwirkungen zwischen Soziologie und Biologie schließt diesen Bereich ab. Der Autor widerspricht der Vorstellung von den biologisierten Sozialwissenschaften und zeigt, daß es umgekehrt vielmehr Begriffe aus den Sozialwissenschaften waren, die in den naturwissenschaftlichen Kontext flossen, dort z.T. modifiziert wurden, um dann in sozialtheoretischen Konzepten wieder aufgegriffen zu werden. Als Fallbeispiel dient dem Autor der NS-Rassismus. Die Frage, ob dieser eine biologisch determinierende Basis besaß, wird nachdrücklich verneint. Stattdessen wird auf allgemeine dominierende gesellschaftspolitische Ordnungsvorstellungen verwiesen, die die Grundlage des Nazi-Rassismus bildeten.

Der V. Abschnitt faßt unter den Stichworten Sprache, Kultur und Kulturkonflikt insgesamt vier Beiträge zusammen, zwischen denen eine Verbindung nicht unmittelbar offenkundig ist. Kummer untersucht den Zusammenhang von Sprache und kultureller Identität im Zusammenhang mit Bi- und Multilingualismus. Er zeigt einen Widerspruch auf zwischen Sprache als einem Schlüsselelement kultureller Identität, wie er oft behauptet und ideologisierend benutzt wird, und der im Gegensatz dazu außerordentlich pragmatischen Einstellung der breiten Bevölkerung zur Sprache. Die Schlußfolgerungen seiner empirisch belegten Studien sind eindeutig: Sprache ist als zentrales Kennzeichen kultureller Identität nicht naturhaft gegeben, sondern eine Konstruktion, die von einer ethnischen Intelligenzija bewußt in ethnisch definierte soziale Auseinandersetzungen eingebracht wird, um die Konfliktsituation (auch) symbolisch zu definieren. — Der folgende Beitrag von Hinnenkamp zur „Gastarbeiterlinguistik" und Ethnisierung der Gastarbeiter basiert ebenfalls auf Sprachstudien, bezieht sich aber ausschließlich auf den bundesdeutschen Kontext. Hier geht es um das Entstehen einer speziellen „Gastarbeiterlinguistik" und um Kategorisierungsprozesse in der Kommunikation zwischen „Deutschen" und „Gastarbeitern" im Zusammenhang mit der Immigration ausländischer Arbeitskräfte nach Deutschland. Dabei wurden Spracherwerb bzw. Beherrschung der deutschen Sprache schon bald mit „Integration in die Gesellschaft" gleichgesetzt, was dazu führte, daß Probleme der Immigration unter den Stichworten: Sprachenvielfalt, Sprachkontakt und Sprachbarrieren insbesondere von der Linguistik behandelt wurden. Der Autor untersucht die daraus entstehende Konstruktionsdynamik in Richtung auf eine Ethnisierung als wissenschaftlicher Diskurs. — Es folgen zwei Beiträge von Frigessi Castelnuova und Hamburger zum Konzept des Kulturbegriffs und seiner pädagogischen Kompensation. Frigessi Castelnuova widmet sich den bis in die 60er Jahre dieses Jahrhunderts vertretenen Theorien, die einen signifikanten Zusammenhang von Migration und Geisteskrankheit, d.h. eine „Naturalisierung des Sozialen" behaupteten. Sie zeigt die von der Kulturschock-These formulierte Kritik an diesen Modellen auf (u.a. Park, Znaniecki) und verfolgt dann die daraus resultierenden Diskussionen u.a. im klinischen und psychiatrischen versus sozialpolitischen Bereich sowie die Einmündung der Debatte in einen neuen Kulturdeterminismus. Dieser gründet sich auf die „ethnische Zugehörigkeit" von Menschen und geht mit einer hierarchischen Aufgliederung der Minderheiten einher. Die Autorin stellt in der Diskussion zusammenfassend fest, daß das an sich brauchbare Konzept des Kulturschocks durch den Rassismus instrumentalisiert worden ist. — Der Aufsatz von Hamburger untersucht, inwieweit die Etablierung von „Auslän-

derpädagogik" und deren Neu-Konzeptionalisierung zur „interkulturellen Pädagogik" als etablierte Disziplin trotz aller Selbstkritik noch eine Reihe von unbeabsichtigten Folgen und kontraproduktiven Effekten fördert. Aufgezeigt werden die Schwierigkeiten einer klaren Begriffsbildung, ethnozentrische Perspektiven, Orientierung und Perpetuierung nationaler Kulturen und daraus resultierender „Selbststigmatisierung mit Subordinationsfolgen" (S. 319) sowie die Notwendigkeit einer Differenzierung des Kulturbegriffs. Gefordert wird die Aufhebung der interkulturellen Pädagogik in der Weise, daß sie als politische Bildung konzipiert wird, „die die Strukturierung der Gesellschaft nach anderen Kriterien als der (National-)Kultur durchsichtig macht" (S. 323).

Die zwei Beiträge des VI. und letzten Abschnitts des Buches werden unter die Frage gestellt, ob Minderheiten eine eigene Wissenschaft brauchen. Skutnabb-Kangas untersucht anhand von skandinavischen Materialien, wem Minderheitenforschung dient und was es bedeutet, ob und inwieweit Angehörige einer Minderheit selbst an einem sie selbst betreffenden Forschungsprojekt beteiligt sind oder nicht. Weiterhin wird die mögliche Verbindung zwischen der Kategorie Ethnizität, Sprache und Kultur mit der Dimension Macht und Klasse untersucht, bevor auf die besondere Bedeutung von Sprache für Minderheiten hingewiesen wird. Der Autor stellt die Frage, ob eine nicht zu einer Minderheit gehörende Person überhaupt in der Lage sei, Aussagen darüber zu treffen, welche Bedeutung die Muttersprache für Angehörige einer Minderheit hat. — Der abschließende Beitrag von Brunner und Gombos untersucht die Rolle der Wissenschaft bei den Auseinandersetzungen um die Rechte der slowenischen Minderheit in Kärnten/Österreich. Über die historischen Hintergründe der Spannungen hinaus wird gezeigt, daß und wie die permanenten politischen Auseinandersetzungen auf die Wissenschaft einwirken: Wissenschaftler werden immer auch als potentielle Politiker verstanden und müssen sich somit der Sensitivität ihrer Arbeit in diesem gesellschaftlichen Raum bewußt sein.

Resümierend kann festgestellt werden, daß sich — trotz einiger eingangs erwähnter Kritikpunkte — die Lektüre dieser Sammlung sowohl im Zusammenhang mit ethnischen als auch mit wissenschaftsreflektierenden Fragestellungen als nützlich und lohnend erweisen kann. Die Berechtigung oder besser die Notwendigkeit zur Veröffentlichung des Buches steht außer Frage, sie läßt sich allein schon an der wachsenden Bedeutung ablesen, die Fragen von Ethnizität und ethnischen Minderheiten seit Drucklegung nicht nur in Deutschland erfahren haben. Die Subsumierung aller Beiträge unter das Oberthema: „Beitrag der Wissenschaft zur Konstruktion ethnischer Minderheiten" kann Unterschiede zwischen den Beiträgen — was Anspruch und auch den jeweiligen theoretischen Gehalt

anbelangt — nicht negieren. Die vielfältigen angesprochenen Aspekte liefern Interessierten in Hinblick auf sehr unterschiedliche Bereiche Hinweise und Anregungen, fordern zur Diskussion heraus und machen die sinnvollerweise interdisziplinär angelegte Behandlung der Fragestellung damit in verschiedenen wissenschaftlichen Kontexten nutzbar. Berücksichtigt werden muß dabei allerdings, daß das Buch den Diskussionsstand der späten 80er Jahre repräsentiert, in der Zwischenzeit aber gerade im Zusammenhang mit der Thematik Ethnizität und ethnischer Minderheiten eine Vielzahl neuerer Arbeiten erschienen ist.

Helmut Buchholt, Bielefeld

Christian Hillgruber, Matthias Jestaedt, Die Europäische Menschenrechtskonvention und der Schutz der nationalen Minderheiten. Bonn: Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen 1993, 134 S. (Forschungsergebnisse der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht. 17.).

Noch vor wenigen Jahren bildete das Thema „nationale Minderheiten" ein Randgebiet, für das sich allenfalls Spezialisten zu interessieren schienen. Internationale Politik und Rechtsprechung schenkten diesem Phänomen wenig Beachtung. Durch den politischen Umbruch in Osteuropa kamen jedoch all die Probleme wieder zu Tage, die unter dem Mantel kommunistischer Herrschaft nicht gelöst, sondern nur verschleiert worden waren. Dies hat auch das Bewußtsein für die Minderheitenproblematik im westlichen Europa wieder geschärft.

Nachdem sich der institutionalisierte Minderheitenschutz im Rahmen des Völkerbundes in der Zwischenkriegszeit nicht bewährt hatte, fand der Schutz nationaler Minderheiten nach dem Zweiten Weltkrieg nur noch auf der Basis von individuellen Rechten statt. Auf der Grundlage der von allen Mitgliedern des Europarates unterzeichneten Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) konnte und kann jeder Betroffene — nach Ausschöpfung des innerstaatlichen Rechtsweges — eine Einzelbeschwerde vor dem Europäischen Gerichtshof führen. Wie sich dieses Petitionsrecht auf den Schutz nationaler Minderheiten auswirkt, damit befaßt sich das hier besprochene Büchlein.

Hillgruber und Jestaedt haben ein rein juristisches Werk verfaßt. Das führt natürlich auch dazu, daß ihr — leider nicht durchgehend druckfehlerfreies — Buch nicht lesbarer ist als ein Nachschlagewerk. Historische

Bezüge, wie vor allem im ersten Abschnitt über die Entstehungsgeschichte der EMRK, sowie Anmerkungen zum politischen Kontext erfolgen nur, soweit sie zur Interpretation des völkerrechtlichen Sachverhalts von Relevanz erscheinen. Das Hauptgewicht der Arbeit liegt im zweiten („Minderheitenschutz durch einzelne Freiheitsgewährleistungen") und dritten Abschnitt („Minderheitenschutz und Rechtsschutzregime nach der EMRK").

Der zweite Abschnitt bespricht die aus der EMRK ableitbaren Minderheitenrechte wie Diskriminierungsverbot, Religions-, Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Schutz vor Ausweisung, Ausreisefreiheit, Wahlrecht und dergleichen mehr. Mit systematischer Gründlichkeit werden alle nur denkbaren Minderheitenschutzrechte aus der EMRK abgeleitet, selbst wenn sie nur rein theoretischer Natur bleiben. So müssen die Autoren zum Thema „Schutz vor Ausweisungen" lapidar feststellen, daß zwar Staatsangehörige vor Einzel- wie auch Kollektivausweisungen geschützt seien (Art. 3 des 4. Zusatzprotokolls zur EMRK); wird der Betroffene jedoch zuvor von seinem Heimatstaat ausgebürgert — was dem allgemeinen Völkerrecht nicht widerspricht -, so fällt er nicht mehr unter den Schutzmechanismus des EMRK und kann ausgewiesen werden (S. 53).

Hillgruber und Jestaedt beschränken sich freilich nicht auf Negativfeststellungen wie die soeben angeführte, sondern führen durchaus auch konkrete Fallbeispiele an, in denen die Rechtsnormen des EMRK zur Wirkung kamen. In diesem Zusammenhang sei hier stellvertretend nur der für den belgischen Sprachenstreit relevante Fall Fouron von 1971 erwähnt (S. 32 f.).

Der dritte Teil „Minderheitenschutz und Rechtsschutzregime nach der EMRK (Art. 25)" behandelt vor allem die prozeßrechtlichen Voraussetzungen, unter denen ein einzelner Petent Beschwerde vor dem Europäischen Gerichtshof führen kann, insbesondere mögliche Zulässigkeit und Begründetheit einer Beschwerde. Zu Recht betonen die Autoren, daß ausschließlich Individualbeschwerden möglich, Gruppenbeschwerden z.B. einer Minderheitenorganisation hingegen nach der EMRK nicht zulässig sind.

Im vorletzten Teil wird schließlich der im Rahmen vorliegender Arbeit geradezu obligatorische Definitionsversuch für den Begriff „nationale Minderheit" gegeben. Dieser Abschnitt ist mit zwei Seiten auf den ersten Blick sehr kurz geraten, was seine Ursache darin hat, daß die EMRK in Art. 14 den Begriff „nationale Minderheit" nicht definiert, ja sogar nur an einer Stelle ohne nähere Begriffsbestimmung erwähnt: „Der Genuß der in der vorliegenden Konvention festgelegten Rechte und Freiheiten muß oh-

ne Unterschied der (...) Zugehörigkeit zu einer *nationalen Minderheit*, (...) gewährleistet werden". Das Nicht-Definieren des Begriffes „nationale Minderheit" bietet andererseits die Möglichkeit, die Frage, wer alles unter eine solche Minderheit fällt, extensiv auszulegen (aus diesem Grund wird auch in der jüngst in Kraft getretenen Europäischen Rahmenkonvention zum Minderheitenschutz der Terminus „nationale Minderheit" nicht näher definiert).

Der Schlußteil ist denjenigen damals noch im Entwurf befindlichen völkerrechtlichen Instrumenten gewidmet, die den europäischen Minderheitenschutz gemäß EMRK erweitern und ergänzen sollen: der Europäischen Konvention für den Schutz von Minderheiten (Rahmenabkommen) sowie dem Zusatzprotokoll zur EMRK zum Schutz von Volksgruppen. Seit Erscheinen des Buches ist die Rahmenkonvention allerdings weit über das Entwurfsstadium hinaus gediehen und — im relativ kurzen Zeitraum von nicht einmal zwei Jahren — bereits von mehr als zwei Dritteln der Mitglieder des Europarates unterzeichnet worden, u.a. auch von der Bundesrepublik Deutschland (11. Mai 1995). Das Zusatzprotokoll zur EMRK befindet sich hingegen immer noch im Entwurf.

Als wesentlicher Inhalt der Entwürfe bleibt festzuhalten, daß auch sie vom Grundsatz der lediglich individuellen Einklagbarkeit von Minderheitenrechten nicht abweichen, wenn auch erweitert um sogenannte „Kulturrechte". Minderheitenangehöriger soll sein dürfen, wer sich zu einer nationalen Minderheit bekennt, ohne daß dies vom Staat anhand sogenannter „objektiver" Merkmale nachzuprüfen ist. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Ablehnung einer Loyalitätspflicht der Minderheiten gegenüber ihrem Heimatstaat: Denn nur zu leicht könnte mit der Begründung, die Minderheiten hätten gegen eine solche Loyalitätspflicht verstoßen, erklärt werden, hierdurch hätte die betreffende Minderheit ihrerseits jegliche „Sonderrechte" verwirkt.

Hillgruber und Jestaedt untersuchen nicht, welches Ausmaß an Minderheitenschutz eigentlich wünschbar oder notwendig wäre; unabhängig von dem, was die europäischen Volksgruppen als ein Minimum eines wirksamen Minderheitenschutzes bezeichnen würden, konzentrieren sie sich auf das ihrer Meinung nach Machbare. Bezeichnend ist etwa das folgende Zitat: „Maßnahmen der sogenannte ‚positiven' Diskriminierung zugunsten der Angehörigen nationaler Minderheiten würden kontraproduktiv wirken und bereits erreichte bzw. erreichbare Fortschritte im Minderheitenschutz wieder in Frage stellen. Sie wären wohl in den meisten multiethnischen Staaten auch nicht durchsetzbar. Wer die Rechtslage der Volksgruppen (...) verbessern will, sollte daher auf strikter Gleichbehandlung (...) bestehen (...)" (S. 102). Wer so argumentiert, redet im Grunde einer langsa-

men, „schmerzlosen" Assimilierung das Wort; denn wie sollen zumal kleine und schwache Minderheiten im heutigen Medienzeitalter ohne gezielte spezielle Förderung bestehen können, die man dann eben nicht jedem Staatsbürger gleichermaßen gewähren kann? Sind nicht nationale Mehrheiten beispielsweise durch den allgegenwärtigen Gebrauch ihrer Muttersprache ihrerseits nicht ohnehin schon „positiv diskriminiert"? Und wie soll man denn mit denjenigen Staaten zusammen ein Minderheitengesetz entwickeln, die doch ihren eigenen Minderheiten mit den größten Vorbehalten gegenüberstehen? Muß das nicht letztendlich zu einem weitgehend wirkungslosen Minderheitenrecht führen? Diese und weitere Fragen werden von den Autoren — wenn überhaupt — bestenfalls in Ansätzen berührt, Alternativen nicht aufgezeigt. Das Beste ist ihrer Meinung nach offenbar immer das, was derzeit machbar ist, auch wenn dadurch ein unbefriedigender Zustand seinen dauerhaften rechtlichen Segen erhalten sollte.

Erwähnt werden soll hier auch der Dokumentenanhang, der den Entwurf der Europäischen Minderheitenschutzkonvention (Rahmenkonvention) sowie den Entwurf des Zusatzprotokolls zur EMRK zum Schutz von Volksgruppen enthält. Den Autoren offenbar unbekannt, jedenfalls nicht von ihnen berücksichtigt blieb der Entwurf eines Zusatzprotokolls zur EMRK seitens der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV), der als ein vom Standpunkt der Volksgruppen verfaßtes Dokument in diesem Rahmen eine wertvolle Ergänzung dargestellt hätte. Neben diesen Dokumenten hätte sich der Leser außerdem eine kurze Auflistung wenigstens derjenigen Artikel der EMRK gewünscht, die im Laufe der Arbeit zitiert wurden. Da dies nicht geschehen ist — wie bei juristischen Werken inzwischen leider meist üblich —, muß der Benutzer eine Ausgabe der EMRK parallel zur Lektüre heranziehen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß das Werk von Hillgruber und Jestaedt sicherlich seinen eigenen spezifischen, wenn auch eng begrenzten Wert hat. Der Versuch, eine Konvention wie die EMRK, die sich nicht speziell mit Minderheiten beschäftigt, ja sie nur an einer Stelle erwähnt, im Hinblick auf die Rechte eben dieser Minderheiten zu durchforschen, führt zu Einschränkungen: Häufig untersuchen die Autoren ein bestimmtes Rechtsgut, nur um zu dem Ergebnis zu kommen, daß dieses Rechtsgut von der EMRK nicht oder kaum geschützt wird. Immerhin: Alles, was die EMRK überhaupt an Möglichkeiten zum Minderheitenschutz bietet, dürfte in diesem Buch aufgeführt worden sein. Eine andere Frage wäre, ob nicht die Ergebnisse der Arbeit durch das noch im Entwurf befindliche Zusatzprotokoll zur EMRK zum Schutz von Volksgruppen in Kürze völlig überholt sein werden. Da sich aber angesichts des Widerstandes einiger Mitgliedsstaaten des Europarates gegen ein weitergehendes Volksgrup-

penrecht bereits eine „entschärfte" Fassung des Zusatzprotokolls abzuzeichnen beginnt und das Zusatzprotokoll demnach materiell wahrscheinlich nicht wesentlich über die Möglichkeiten zum Minderheitenschutz hinausgehen wird, die das EMRK bereits bietet, dürften die Forschungen von Hillgruber und Jestaedt für einen beschränkten Kreis Interessierter weiterhin von Nutzen sein.

Martin Scheuermann, Marburg/Lahn

Minderheiten- und Volksgruppenrechte in Theorie und Praxis, hrsg. v. Dieter Blumenwitz u. Gilbert Gornig. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik 1993, 112 S. (Staats- und völkerrechtliche Abhandlungen der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht. 12.).

Die Studiengruppe für Politik und Völkerrecht bei der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen hat ihre jährlichen Fachtagungen seit 1990 dem beständig aktuellen Themenkreis des Minderheitenschutzes in Osteuropa gewidmet und damit wichtige Beiträge zur wissenschaftlichen Aufarbeitung und Fortentwicklung dieses politisch bedeutsamen Rechtsgebiets geleistet. In dem vorliegenden Band sind die Referate der 12. Fachtagung abgedruckt, die im April 1993 stattfand. Sie behandeln verschiedene Themen, die nicht einem definierbaren Konzept entspringen.

In dem einleitenden Beitrag bietet Ernst-Jörg von Studnitz, Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, inzwischen deutscher Botschafter in Moskau, unter dem etwas mißverständlichen Titel „Politische Vertretung von Minderheiten- und Volksgruppenrechten" einen in seiner Knappheit und Präzision bestechenden Überblick über den völkerrechtlichen Stand des Minderheitenschutzes und die innerstaatlichen Möglichkeiten zur Ausgestaltung einer Minderheitenautonomie. Im ersten Teil werden auch die grundsätzlich lobenswerten, praktisch aber nicht sonderlich erfolgreichen Bemühungen der Bundesregierung zur Verstärkung des völkerrechtlichen Minderheitenschutzes beleuchtet. Im zweiten Teil werden als Lösungsmöglichkeiten die Territorialautonomie, die Personalautonomie und die funktionelle Autonomie in treffsicherer Abwägung der Vor- und Nachteile skizziert. Während die Territorial- und die Personalautonomie bekannte Konzepte sind, ist die „funktionelle Autonomie" eine begriffliche Neuschöpfung. Sie stimmt mit der Personalautonomie darin überein, daß in beiden Fällen die Minderheiten selbst die für die Identitätswahrung we-

sentlichen Aufgaben wahrnehmen, die ihrer Natur nach der gesellschaftlichen Selbstverwaltung oder der mittelbaren Staatsverwaltung zugeordnet werden können. Der Unterschied liegt darin, daß die Minderheit bei der Personalautonomie als öffentlich-rechtlicher Personenverband und bei der funktionellen Autonomie als privatrechtliche Vereinigung verfaßt ist. Es ist das Verdienst des Verfassers, die letztgenannte Möglichkeit, die etwa von den Dänen in Schleswig-Holstein praktiziert wird, als eine eigenständige Erscheinungsform ins Bewußtsein gerückt und begrifflich erfaßt zu haben. Ob der Begriff auch richtig gewählt ist, mag man indes bezweifeln. Denn letztlich stellt auch die Personalautonomie eine funktionelle Autonomie dar, und der Gegensatz zu beiden wäre die Territorialautonomie. Vielleicht wäre es zweckmäßiger, neben der Territorialautonomie die öffentlich-rechtliche und die privatrechtliche Personalautonomie zu unterscheiden.

Die Beiträge des österreichischen Europapolitikers Ludwig Steiner und des Kölner Wissenschaftlers Christian Hillgruber behandeln mit der Entwicklung des Minderheitenschutzes im Rahmen des Europarats verwandte Themen. Beide befürworten die Fortentwicklung in Gestalt eines Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), das den Vorzug hätte, daß der bewährte Rechtsschutz durch die Konventionsorgane bei dieser Lösung auch dem Minderheitenschutz zur Verfügung stünde. Damals bestand auch eine gewisse Hoffnung auf diese Lösung, da die Parlamentarische Versammlung des Europarats am 1. Februar 1993 gerade erst einen entsprechenden Beschluß gefaßt und den Ministerrat aufgefordert hatte, dem verabschiedeten Zusatzprotokoll seine Zustimmung zu geben. Heute wissen wir, daß diese Hoffnung getrogen hat. Auf dem Wiener Treffen der Staats- und Regierungschefs vom 9. Oktober 1993 wurde diese Konzeption bereits verwässert, und die Ende 1994 verabschiedete und zur Unterzeichnung aufgelegte „Rahmenkonvention" begnügt sich mit individualrechtlichen Programmansätzen und einem erfahrungsgemäß wenig wirksamen Berichtssystem. Hillgruber war schon damals skeptisch und meinte, daß die Aussichten auf ein minderheitenrechtliches EMRK-Zusatzprotokoll wachsen würden, wenn man sich auf den individualrechtlichen Ansatz beschränkte. Nunmehr hat es sich herausgestellt, daß den notorischen Gegnern eines Minderheitenschutzes (Frankreich, Großbritannien, Griechenland) auch diese Maßhaltung nicht ausreichte, um sich zur Zustimmung zu einem Zusatzprotokoll durchzuringen. In einem Punkt geht die Rahmenkonvention allerdings etwas weiter als Hillgruber. Sie läßt in Art. 4 eine gewisse „positive Diskriminierung" zu, der Hillgruber unter dem Gesichtspunkt des Gleichheitssatzes ablehnend gegenübersteht (S. 46 f.). Ungeachtet des politisch gewiß nicht

unbegründeten und im jeweiligen Einzelfall auf sein Gewicht zu prüfenden Bedenkens, daß eine Begünstigung der Minderheiten bei der Mehrheit Ressentiments auslösen und folglich kontraproduktiv wirken könnte, ist der Standpunkt Hillgrubers in der Sache nicht zu teilen. Denn es ist die naturgegeben schwächere Position der Minderheit, die nach einem Ausgleich in der Form einer positiven Diskriminierung verlangt und deshalb auch einen sachlich gerechtfertigten Grund für die Ungleichbehandlung darstellt.

Mit der konkreten Lage der Minderheiten in zwei osteuropäischen Ländern, in Ungarn und Polen, beschäftigen sich die beiden folgenden Beiträge. Johann Wolfart, Präsident des Amtes für Nationale und Ethnische Minderheiten in Budapest, kann zu Recht eine positive Bilanz vorlegen. Über das erst im Juli 1993 verabschiedete Minderheitengesetz konnte er damals freilich nur im umstrittenen Entwurfsstadium berichten. Seither ist das behandelte Autonomiekonzept nicht nur geltendes Recht, sondern mit den Kommunalwahlen vom Dezember 1994 und der Gründung minoritärer Landesselbstverwaltungen im Frühjahr 1995 auch in die Tat umgesetzt worden. Daß Polen diesem guten Beispiel jemals folgen würde, ist auch heute nicht erkennbar. Trotzdem klingt der Bericht des deutschen Minderheitenpolitikers Heinrich Kroll, stellvertretender Vorsitzender des Minderheitenausschusses in Sejm, nicht negativ. Und in der Tat sind auch in Polen anerkennenswerte Fortschritte zu registrieren, mögen sie auch hinter manchen Wünschen zurückbleiben. Den moderaten Forderungen, die Kroll an die künftige Gesetzgebung richtet (S. 59), ist durchweg zuzustimmen. Nur scheint er von der innerstaatlichen Transformation des völkerrechtlichen Minderheitenstandards zu viel zu erwarten: Die völkerrechtlichen Vorgaben sind bescheiden, und mit einer Heraufsetzung der Meßlatte ist realistischerweise kaum zu rechnen. Zustimmung verdient die Kritik Krolls an der Gleichsetzung der „Angehörigen der deutschen Minderheit in der Republik Polen" und der „Personen deutscher Staatsangehörigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, die polnischer Abstammung sind oder die sich zur polnischen Sprache, Kultur oder Tradition bekennen," im deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag vom 17. Juni 1991 (S. 59): Das Prinzip der Gegenseitigkeit ist der unterschiedlichen Lage in beiden Ländern in der Tat nicht angemessen.

Dieter Blumenwitz (Universität Würzburg) geht der interessanten und aktuellen Frage nach, wie sich das gegenwärtige Völkerrecht zur Frage der humanitären Intervention bei schweren Verletzungen von Volksgruppenrechten stellt. Er schließt sich nicht der herrschenden deutschen Völkerrechtslehre an, die — im Gegensatz zum vorherrschenden Trend in den führenden Staaten der Welt — an der Demontage dieser völkerrechtlichen

Institution kräftig mitwirkt und im Ergebnis die eigenen Staatsangehörigen Willkürmaßnahmen fremder Staaten schutzlos ausliefert (S. 66 f.), sondern setzt sich vielmehr für die Zulässigkeit der humanitären Intervention und kollektive Mechanismen zum Schutze der Menschen- und Minderheitenrechte ein (S. 68 f.). Der unnötige und unselige Streit über die Zulässigkeit von Bundeswehreinsätzen im Ausland, der zum Zeitpunkt der Fachtagung vor dem Bundesverfassungsgericht ausgetragen wurde, ist inzwischen durch das Urteil vom 12. Juli 1994 gottlob beendet. In ihm ist klargestellt worden, woran die deutsche Staatsrechtslehre niemals gezweifelt, was aber der politische Opportunismus aller Parteien verdunkelt hat: Das Grundgesetz steht einem Einsatz der Bundeswehr im Rahmen eines kollektiven Sicherheitssystems nicht im Wege.

Otto Luchterhandt (Universität Hamburg) setzt sich mit dem wissenschaftlich bislang wenig erforschten, politisch aber zunehmend aktueller werdenden Problem der Loyalitätspflicht von Minderheiten auseinander. Nach einer informativen Bestandsaufnahme, zu der heute noch Art. 20, 21 der Rahmenkonvention des Europarats nachzutragen wäre, wendet er sich den Deutungsmöglichkeiten der vorgefundenen Loyalitätsklauseln zu und erblickt deren Bedeutung in der bloßen Verdeutlichung der Selbstverständlichkeit, daß der Gleichheitssatz für die Minderheiten auch hinsichtlich der Pflichtenseite des allgemeinen Staatsangehörigenstatus gilt. Die Konzeption einer gesteigerten Pflichtenbindung als Ausgleich für minoritäre Vorrechte wird zu Recht strikt abgelehnt, wobei überzeugend darauf hingewiesen wird, daß es sich bei den Minderheitenrechten nicht um Vorrechte, sondern um Sonderrechte handele, die der tatsächlichen Gleichstellung dienten (S. 79 f.). Konzeptionell weiterführend sind die Überlegungen zu den Grenzen der Loyalitätspflicht, die Luchterhandt — teilweise unter Heranziehung der liberalen Rechtstheorie von John Rawls — in Abhängigkeit von dem Stand der Menschen- und der Minderheitenrechte im jeweiligen Staat für fünf idealtypische Konstellationen entwickelt. Der für Osteuropa überwiegend zutreffenden Feststellung, daß bei Gewährleistung der Menschenrechte und des — wenig befriedigenden — internationalen Mindeststandards der Minderheitenrechte eine unverkürzte Loyalitätspflicht gegenüber dem fremdnationalen Heimatstaat bestehe, mit der das Bestreben aber vereinbar sei, mit verfassungsmäßigen Mitteln auf den weiteren Ausbau der Minderheitenrechte hinzuwirken, ist zuzustimmen. Im übrigen wird man sich aufgrund der gewonnenen Anregungen hier noch manches gründlicher durch den Kopf gehen lassen müssen.

Die juristischen Beiträge werden durch ein sozialpsychologisches Schlußreferat abgerundet, in dem Karin Bott-Bodenhausen (Universität

Bielefeld) aufschlußreiches empirisches Material zur Bedeutung der kulturellen Identität von Volksgruppen und zu deren Gefährdung durch den Nationalismus und die Begleiterscheinungen gesellschaftlicher Modernisierung ausbreitet. Dem Plädoyer für eine Förderung minoritärer Kulturidentitäten wird man Beifall zollen können, sofern sich die Abweichungen zwischen Mehrheits- und Minderheitenkultur in einem gewissen Toleranzrahmen bewegen. Interessant wäre es aber auch gewesen, darüber etwas zu hören, was die Sozialpsychologie zum Umgang mit unversöhnlichen Wertkonflikten zwischen verschiedenen Kulturkreisen zu sagen hat, die etwa bei islamischen Minderheiten in Europa durchaus aktuell werden können.

Aus einem zeitlichen Abstand von nur zwei Jahren können bereits Veränderungen des jeweils behandelten Gegenstandes vermerkt werden, die ein generelles Dilemma von Veröffentlichungen der vorliegenden Art anzeigen: Je aktueller ein Thema, desto größer die Gefahr, daß die Darstellung zum Zeitpunkt der Drucklegung veraltet ist. Das Dilemma kann nicht beseitigt, wohl aber gemildert werden, und zwar durch rasche Publikation. Im vorliegenden Fall gebühren den Autoren, den Herausgebern und dem Verlag Dank und Lob dafür, daß der Sammelband noch im Tagungsjahr erschienen ist.

Georg Brunner, Köln

Christian J. Jäggi, Nationalismus und ethnische Minderheiten. Zürich: Orell Füssli Verlag 1993, 281 S.

Die Nationalitätenfrage rangiert nach wie vor hoch auf der Tagesordnung der internationalen Politik. Deshalb hat der Verfasser des hier zu besprechenden Buches seinen Betrachtungen zum gegenwärtigen Stand der Dinge kurze Reportagen über einige aktuelle Konflikte vorangestellt. Die Beispiele reichen von Bombenattentaten im Baskenland zu Demonstrationen von Fischern auf der japanischen Insel Hokkaido gegen die Zerstörung ihrer Wälder und damit ihrer wichtigsten Existenzquelle. Das Buch selber gliedert sich sodann in zwei Hauptabschnitte: einen theoretischen Teil, in dem die geläufigen sozialwissenschaftlichen Theorien zur Nationalitätenfrage erläutert und kritisch analysiert werden, und einen etwa gleich großen empirischen Teil, der über fast alle Konflikte berichtet, die in den ver-

gangenen Jahren Schlagzeilen gemacht haben und irgendwie auf national-ethnische Gegensätze zurückzuführen sind.

Im theoretischen Abschnitt stellt der Verfasser die heutzutage von den Sozialwissenschaften entwickelten und in der Öffentlichkeit meistverbreiteten Erklärungsversuche dar, wobei er nicht von einzelnen Autoren ausgeht, sondern auf die ihnen zugrundeliegenden Definitionen von Staat, Ethnie und Tribalismus sowie deren jeweiligen Einfluß auf die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen abhebt. Auch unterscheidet er einerseits sogenannte objektive Theorien, welche den Ursprung nationaler Konflikte aus vorhandenen, statistisch nachweisbaren Gegensätzen der Sprache, Religion, Hautfarbe, ethnischer Abstammung u.ä. erklären, und andererseits jene, die diese Konflikte in erster Linie subjektiven Faktoren zuschreiben. Letztere Richtung versucht namentlich die Voraussetzungen zu erforschen, unter denen sich bestimmte Gemeinschaften ihrer besonderen Identität bewußt werden und auf diesem Bewußtsein ihr Verhalten anderen Gruppen gegenüber begründen. Dieser erste Teil läßt sich im großen und ganzen als sehr gelungen und aufschlußreich bezeichnen. Alle wichtigen Autoren sind hier vertreten — wie u.a. der vor kurzem verstorbene Ernst Gellner —, aber indem der Verfasser die Hauptkonzepte in den Mittelpunkt seiner Analyse stellt, erfährt der Leser, wie die verschiedenen Theorien zusammenhängen, welche Autoren auf dem Werk anderer aufbauen und welche Ansichten am häufigsten rezipiert worden sind. So kann er sich leicht über den heutigen Forschungsstand informieren und sich das Lesen mehrerer dicker Bücher ersparen. Außerdem geht aus dieser Übersicht klar hervor, daß jeder, der sich heutzutage mit der Erforschung von Nationalitätenproblemen beschäftigen möchte, aus mehreren, manchmal sehr verfeinerten und in mehrere Einzelfragen aufgegliederten Modellen wählen kann.

Der zweite Teil enthält eine breit aufgefächerte Übersicht aller gegenwärtigen national-ethnischen Konflikte. Kaum ein Land wurde ausgespart. Die Darstellung reicht vom ehemaligen Jugoslawien über die inzwischen unabhängig gewordenen Randstaaten der alten Sowjetunion und einige mittelafrikanische Länder bis zu den Aborigines in Australien und den Indianern und Inuit in Kanada und den Vereinigten Staaten Nordamerikas. Der Leser kann sich also reichlich informieren über die Entwicklungen und Verhältnisse in den entlegensten Teilen der Welt. Die einschlägigen Angaben entstammen verstreuten und sonst schwer greifbaren Quellen wie Tageszeitungen — häufig taucht die „Neue Zürcher Zeitung" in den Anmerkungen auf —, Berichten von internationalen Verbänden wie „Amnesty International" oder verschiedenen kirchlichen und privaten Hilfsorganisationen und statistischen Jahrbüchern. Selbstverständlich

konnte sich der Verfasser bei dieser Kompilation auf die Mitarbeiter des von ihm gegründeten Instituts für Kommunikationsforschung in Meggen/Schweiz stützen. Man kann ihm natürlich nicht vorwerfen, daß diese Angaben nicht über den Stand des Jahres 1992, als das Buch gedruckt wurde, hinausgehen. Der Krieg in Bosnien z.B. steckte damals noch in seinen Anfängen, während er jetzt — hoffentlich — bald seinem Ende entgegengeht.

In seinem Streben nach größtmöglicher Vollständigkeit hat der Verfasser aber offensichtlich den Zusammenhang mit dem theoretischen Abschnitt aus dem Auge verloren. Zwischen der Lage in Estland und Lettland etwa und den Verhältnissen in Mittelafrika oder Australien gibt es erhebliche Unterschiede; man kann sich deshalb fragen, inwieweit alle hier beschriebenen Vorgänge als nationale Konflikte im Sinne der theoretischen Einleitung bezeichnet werden können. Theorien dienen ja in erster Linie dazu, Zusammenhänge aufzudecken und bestimmten Gesetzmäßigkeiten auf die Spur zu kommen. Warum hat sich Jäggi nicht auf jene Beispiele beschränkt, die sich aufgrund seiner theoretischen Erörterungen für einen Vergleich eigneten? Wenn er sich schon so viel Mühe gibt, die Lage in so entlegenen Gebieten wie Estland, Tschetschenien, Ruanda und Burundi oder Australien und Nepal darzulegen, so hätte er sich zumindest fragen können, unter welchen Voraussetzungen objektiv wahrnehmbare Unterschiede der Sprache, Hautfarbe oder ethnisch-nationaler Abstammung in politische Aktion umgewandelt werden.

Will eine Theorie ihre Aussagekraft behalten, muß sie regelmäßig mit Hilfe empirischer Forschungen überprüft und korrigiert werden. Der Verfasser überläßt es hier dem Leser, selbst die notwendigen Verbindungen zwischen den beiden Hauptabschnitten seines Buches herzustellen und einschlägige Schlüsse zu ziehen.

Anscheinend hat er auch deshalb auf weiterführende theoretische Betrachtungen verzichtet, weil er sich in erster Linie für die Entwicklung erfolgversprechender Strategien zur Überwindung nationaler Vorurteile interessiert, wie aus dem dritten Abschnitt des vorliegenden Buches klar hervorgeht.

Die Wechselwirkung zwischen objektiven und subjektiven Erklärungsversuchen sollte aber näher untersucht werden. Der Forscher und der praktische Politiker möchten doch in erster Linie wissen, wie nationale Vorurteile erzeugt und soziale Bewegungen ins Leben gerufen und wie solche Vorurteile verbreitet und instand gehalten werden. Ihnen eröffnet dieses Buch kaum neue Gesichtspunkte.

Demgegenüber enthält das Buch eine Menge aufschlußreicher Informationen, die sonst mit größtem Zeitaufwand aus mehreren Quellen gesam-

melt werden müßten. Für Diskussionsgruppen und Anfängerseminare stellt es also eine brauchbare und aktuelle Einleitung dar. Wer sich zunächst noch die erforderlichen Grundkenntnisse erwerben will, findet in diesem Buch viel Wissenswertes. Mit seiner Hilfe kann man dann auch relevante Fragen stellen und weiter vorstoßen.

Bastiaan Schot, Leiden

Volksgruppen in Ostmittel- und Südosteuropa, hrsg. v. Georg Brunner u. Hans Lemberg. Baden-Baden: Nomos Verlags-Gesellschaft 1994, 323 S. (Südosteuropa-Studien. 52.).

Die Herausgeber haben die überwiegend im Frühjahr/Sommer 1992 fertiggestellten Beiträge für ein internationales Symposium weitgehend ohne Aktualisierung veröffentlicht. Der Leser hat es also mit einer überregionalen, interdisziplinären Bestandsaufnahme zu tun, die von der Entwicklung der letzten Jahre zumindest teilweise überholt wurde. Nichtsdestoweniger zeigt der Band sowohl die Grundzüge der Lage der „Volksgruppen" zwischen Ostsee, Schwarzem Meer und Adria als auch die individuell unterschiedlichen Zugänge der Sozial- und Rechtswissenschaften zu diesem Gegenstand. Und obwohl das erste ein bekanntlich hochinteressantes Thema darstellt, bleibt das zweite zumindest ebenso aufschlußreich.

Der erste Teil ist den baltischen Staaten gewidmet. Boris Meissner zeichnet in seiner synthetischen Einführung die Grundlagen des baltisch-sowjetischen (bzw. baltisch-russischen) Verhältnisses nach. Henn-Jüri Uibopuu skizziert das Verhältnis der baltischen Völker zueinander und bleibt dabei ebenfalls auf einer synthetischen Ebene, die sicherlich der Einführung in die eigentliche Problemstellung des Bandes dient, den Leser jedoch etwas ratlos läßt: Welche Rolle nun die nicht-baltischen Nationalitäten in der Geschichte der baltischen Länder im 20. Jahrhundert spielen, wird nämlich in beiden Beiträgen nur am Rande angesprochen. Diese Frage beantwortet ganz eindeutig der lettische Justizminister von 1992, Egil Levits, in einem weit ausholenden Beitrag über „Ausländer- und Minderheitenpolitik der baltischen Staaten". Der Text gibt mehr her, als der Titel verspricht: Mit seltener logischer Konsequenz werden hier Genesis (rechtswidrige sowjetische Annexion- und Kolonisationspolitik), theoretischer Rahmen der Minderheitenpolitik (These vom Fortbestand

der baltischen Staaten 1940–1990, grundsätzliche Freiheit des Staates im Bereich des Staatsangehörigkeits- und Ausländerrechts) und die einzelnen Gesetzesakte der Jahre 1989–1992 in Zusammenhang gebracht. Dieser Beitrag, in dem die nicht zum Staatsvolk gehörende Bevölkerung sozusagen als Verfügungsmasse einer ihrem Selbstverständnis nach aufgeklärten Bürokratie behandelt wird, könnte auch aus der Feder eines preußischen Justizministers von vor 1933 stammen; dem Leser wird sehr wohl verständlich, warum die baltischen Staaten in den vergangenen Jahren um einige Konflikte mit dem Europarat nicht herumgekommen sind.

Während also im „baltischen" Teil des Bandes die Minderheiten als Subjekt nicht existent sind, beginnt der Polen gewidmete Abschnitt umgekehrt mit einer Beleuchtung der Frage aus der Sicht der unmittelbar Betroffenen. Heinrich Mrowka stellt Selbstverständnis und Forderungen der deutschen Minorität so sehr in den Mittelpunkt seiner Darstellung, daß der Wandel der staatlichen Minderheitenpolitik nach 1989 (soweit nicht aus den deutsch-polnischen Verträgen abgeleitet) zu einer irrelevanten Größe zu verkommen droht. Erst der Beitrag von Hans-Jürgen Karp über Litauer, Weißrussen und Ukrainer in Polen geht auf die Wechselbeziehungen zwischen Sozialstruktur, Bewußtseinsentwicklung und politischen Organisationsformen der Minderheiten und den diversen Aspekten staatlicher bzw. gesellschaftlicher Haltungen und Maßnahmen ihnen gegenüber ein. Ergänzt wird dieser Teil durch Andrzej Saksons Anmerkungen zur soziologischen Theorie ethnischer Gruppen in Polen, in denen es hauptsächlich um den Unterschied zwischen „nationalen" und „ethnischen" Minderheiten geht, wobei die fließenden Grenzen des ethnischen Bewußtseins offenbar noch immer als größtes Problem empfunden werden.

Der Beitrag von Hans Lemberg über nationale Minderheiten in der Tschechoslowakei zeigt in historischer Perspektive den Wandel der Lage der Minderheiten, vor allem im heutigen Tschechien. Deutlich wird das Mißtrauen des Historikers gegenüber den als feste Größen anzusetzenden Begriffen; das Bild der Entwicklung der Ethnien in den letzten Jahrzehnten sei „nicht nur dynamisch, flexibel, ja unübersichtlich", es „relativiert vielmehr grundsätzlich das Gewicht der Nationalität als einer Großgruppe von scheinbar einheitlichem Charakter" (S. 108) — eine Wahrnehmung, die in einigen Beiträgen zu Südosteuropa in verschiedener Form und Intensität bestätigt wird.

Frei von ähnlichen Zweifeln bleibt der Aufsatz von Stanislav J. Kirschbaum über das slowakische Problem. Der Tschechoslovakismus als ein von vornherein zum Scheitern verurteiltes Experiment, das legitime Streben der Slowaken, aus dem Status einer de facto-Minderheit zum Rang ei-

nes Staatsvolks aufzusteigen, genügen dem Autor als Erklärungsansatz für die 1992 beschlossene Spaltung der ČSFR. Aus der Perspektive von nur drei Jahren wäre es vermutlich vermessen zu bezweifeln, ob eine solche Zwangsläufigkeit der Entwicklung im Lichte ihrer bisherigen Ergebnisse tatsächlich gegeben war.

Den mit interessantesten Beitrag des Bandes liefert Gerhard Seewann mit seiner Betrachtung der alten und neuen Probleme der Minderheiten in der jungen Demokratie Ungarns. Die relativ hohe Anfälligkeit der Minderheiten für Assimilationsprozesse erklärt der Autor nicht nur mit der sozialistischen Nationalitätenpolitik vor 1989: Zumindest ebenso wichtig seien „historische Traditionen im bisherigen Zusammenleben von Mehrheit und Minderheit, die Folgen gesamtgesellschaftlicher Umwandlungsprozesse und die Auswirkungen der durch das System gezogenen Rahmenbedingungen", insgesamt eine „schwer faßbare Gesamtproblematik, die in der einen oder anderen Form für jede Minderheitenexistenz in der modernen Industriegesellschaft charakteristisch ist" (S. 141). Es ist vermutlich kein Zufall, daß gerade Ungarn mit seiner gesamteuropäisch vorbildlichen Minderheitenpolitik einen überregional relevanten Einblick in die Unzulänglichkeiten beider Seiten, d.h. der Staatsnation wie der Minderheiten gewährt; auch die minderheitenfreundliche Republik Ungarn brachte es drei Jahre lang nicht fertig, ein Nationalitätengesetz zu verabschieden, und auch hier verstehen sich die Minderheiten oft besser auf die Opferrolle als auf den Lernprozeß der Partizipation unter völlig neuen Gegebenheiten. Welche Minoritäten stellen sich schon gerne der Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit — nicht nur der der Staatsnation, sondern der eigenen — und welche verzichten von sich aus auf gesetzliche Sonderregelungen in Form eines einklagbaren Maßnahmenkatalogs, der doch, wie Seewann zu Recht urteilt, „eher dem Stil sozialistischer Nationalitätenpolitik und staatlicher Gängelung entsprechen würde" (S. 158)?

Erwartungsgemäß kommen in dem Beitrag über die ungarischen Minderheiten in den Nachbarländern (Laszlo Szarka) derartig fortgeschrittene Fragestellungen gar nicht vor. Hinter dem Dilemma: Autonomie bzw. Selbstverwaltungsmodell (wie es von den Auslandsungarn angestrebt wird) versus Individualrechte (die die umliegenden Staaten ihnen bestenfalls zu verleihen bereit wären) steht der gewissermaßen noch grundsätzlichere Konflikt: „Wie kann das kulturell fundierte nationale Gemeinschaftsbewußtsein" der Ungarn mit den „offen oder verschleiert nationalstaatlichen Ambitionen der alt-neuen Staatsnationen in Einklang gebracht werden" (S. 166)? Szarka zeigte schon 1992, wohin die Entwicklung der nächsten Jahre vor diesem Hintergrund gehen sollte — gehen mußte? —, daß nämlich die politischen Organisationen der Auslandsungarn „fast ge-

setzmäßig in eine starre und radikale Oppositionsrolle gedrängt werden" (S. 169).

Mehrere Autoren beschäftigen sich mit Südosteuropa. Monika Beckmann-Petey rekonstruiert den komplizierten rechtlichen Rahmen des „gescheiterten Föderalismus in Jugoslawien" (S. 173). Jens Reuter zeichnet die Lage der Kosovo-Albaner im ehemaligen Jugoslawien nach, Marco Dogo den Zusammenhang zwischen Religion und Ethnizität in Albanien, der inzwischen einen beachtlichen Unterschied zwischen der albanischen Staatsnation und ihren Landsleuten in Kosovo hervorgebracht hat. Stefan Troebst behandelt in einem glänzenden Essay den Sonderfall der Entstehung einer „Verwaltungsnation", d.h. der vom jugoslawischen Kommunismus geschaffenen makedonischen Nation. Der Zusammenhang zwischen Modernisierung, Nationsbildungsprozessen und regionaler Konfliktsituation wird wohl selten derart prägnant exemplifiziert.

Wolfgang Höpken charakterisiert die bulgarische Türken- und Pomakenpolitik als Folge einer turkophoben politischen Kultur, die heute hauptsächlich von den Postkommunisten weiterentwickelt und instrumentalisiert wird. Auch er sieht in der Außenpolitik (d.h. in diesem Fall vor allem in den bulgarisch-türkischen Beziehungen) ein potentielles Mittel der Spannungsminderung, läßt jedoch seinen Aufsatz mit einer „Fülle innen- und außenpolitischer Fragezeichen" (S. 234) ausklingen. Anneli Ute Gabanyis Darstellung der Deutschen in Rumänien endet zwar ähnlich, hinterläßt jedoch beim Leser wenig Zweifel daran, daß sich die Geschichte dieser Volksgruppe dem Ende nähert. Ähnliche Ratlosigkeit ist bei Marlis Sewering-Wollanek zu spüren; die Lage der Roma in der ČSFR, Ungarn und Rumänien habe sich nach 1989 deutlich verbessert, trotzdem sei eine befriedigende Lösung der Probleme dieser Bevölkerungsgruppe nicht in Sicht. Frank Golczewski beschäftigt sich hauptsächlich mit der Verdoppelung der Zahl der bekennenden Juden in Polen zwischen 1985 und 1989 (von 1 805 auf 3 650) und deutet dies — wohl zutreffend — als ein im wesentlichen großstädtisches, zum Teil als Modetrend unter jüngeren Menschen jüdischer Herkunft darstellbares Coming-out-Phänomen.

Im letzten Teil werden Territorialkonzepte zur Lösung von Nationalitätenfragen u.a. aus verfassungsrechtlicher und ökonomischer Sicht beleuchtet. Georg Brunner beschäftigt sich mit den gescheiterten Föderalismus- und Regionalismusvarianten im kommunistisch regierten Teil Europas und entwickelt daraus ein Plädoyer für die Personalautonomie — die jedoch in den meisten postkommunistischen Staaten (und bekanntlich nicht nur da) wenig Aussichten auf Akzeptanz hat. Karl von Delhaes untersucht die Perspektive einer Aufteilung traditioneller, staatlich abge-

grenzter Wirtschaftsräume aus ökonomischer Sicht und resümiert Argumente für und gegen diese Lösung. Jerzy Pietrucha verweist in seinem Beitrag über Ober- und Mährisch-Schlesien auf die Möglichkeit, regional und zugleich übernational zu denken und stellt dabei das „Schlesische Consensus Programm" vor, das im Zusammenhang mit der Idee einer schlesischen Euro-Region entwickelt worden ist.

Der Sammelband bietet eine Fülle von Informationen und Anregungen. Besonders in den Beiträgen der Historiker macht sich ein tiefer Pessimismus bemerkbar, der wohl in der Angst vor der Wiederholung der 30er in den 90er Jahren seine Hauptquelle hat. Spürbar scheint ebenfalls eine gewisse Verunsicherung: Die einstige relative Unbekümmertheit der Zunft ist kaum noch gegeben, jeder, der sich mit einer zumindest teilweise kompakt angesiedelten Volksgruppe beschäftigt, weiß, daß er es mit einem potentiellen Kandidaten für den Rang des Staatsvolks zu tun hat — mit allen mittlerweile vorstellbaren Konsequenzen. Bleibt zu fragen, ob dieser pessimistische Grundtenor durch die Ereignisse der letzten drei Jahre bekräftigt wird — die Ereignisse im ehemaligen Jugoslawien tun es sozusagen Tag für Tag — oder ob nicht doch die Entwicklung überall sonst in Mittel- und Südosteuropa einen vorsichtigen Optimismus rechtfertigt?

Włodzimierz Borodziej, Warszawa

Carmen Schmidt, Der Minderheitenschutz in den baltischen Staaten. Dokumentation und Analysen. Estland, Lettland und Litauen. Bonn: Kulturstiftung der Deutschen Vertriebenen 1993, 126 S. (Der Minderheitenschutz im östlichen Europa. 1.).

Eben dem Schicksal, verschwindende Minderheit im riesigen Sowjetreich gewesen zu sein, entronnen, sehen sich Esten, Letten und Litauer als staatstragende Nationen in ihren wieder unabhängigen Staaten selbst erneut in der Rolle, Minderheitenpolitik betreiben zu müssen. Drei Faktoren beeinflussen dabei maßgeblich die Politik der neuen Regierungen in Tallinn, Riga und Vilnius gegenüber vor allem den slavischen Nationalitäten ihrer Länder.

Zum einen ist es der Wunsch nach Bewahrung nationaler Identität und Wiederherstellung der politischen Kontrollfähigkeit im eigenen Land. Zweitens entscheidet das Verhältnis vor allem zur russischen Minderheit über das Verhältnis zu Moskau, welches Menschenrechtsfragen und russi-

sche Bevölkerungsgruppen im „nahen Ausland" seit 1992 unverhohlen für die Ziele einer revisionistischen Außenpolitik instrumentalisiert. Indirekt ist die Minderheitenfrage somit Bestandteil baltischer Sicherheitspolitik. Und drittens verknüpft der Westen, in berechtigter Sorge vor einem möglichen Krisengebiet Baltikum, politische und ökonomische Zusagen mit einer Behandlung der Menschenrechts- und Minderheitenfrage im Sinne international akzeptierter Konventionen.

Von daher wird verständlich, daß es immer wieder die Minderheitenfrage ist, die das öffentliche und wissenschaftliche Interesse an der baltischen Region bestimmt. Die Lücke, sich anhand von Übersetzungen der wichtigsten Quellen authentisch einen Überblick über die Entwicklung der baltischen Staaten auf dem Gebiet des Minderheitenschutzes zwischen 1989 und 1992 zu verschaffen, schließt vorläufig die Publikation von Carmen Schmidt, Ostrechtlerin und selbst eine Zeitlang an der KSZE-Mission in Tallinn tätig.

In drei Kapiteln publiziert die Verfasserin die wichtigsten Verfassungstexte, Gesetze und Entwürfe des Minderheitenschutzes in Estland, Lettland und Litauen zwischen 1989 und 1992 sowie die drei Verträge der baltischen Staaten mit der Russischen Föderation aus dem Jahre 1991 über die Grundlagen zwischenstaatlicher Beziehungen. Ein kurzer Überblick über die Geschichte des Minderheitenschutzes der baltischen Staaten während der Zwischenkriegszeit und die aktuelle Entwicklung seit Ende der 80er Jahre leitet jedes Länderkapitel ein. Wichtig zum Verständnis der Minderheitenpolitik in den baltischen Staaten sind die kurzen Überblicke über die Entwicklung der demographischen Lage in den baltischen Staaten seit 1940, die landesweit Esten und Letten fast zu Minderheiten gerieten ließen und regional starke russischsprachige Mehrheiten schufen (Narva-Gebiet, Lettgallen, Riga). Vor diesem Hintergrund wird verständlich, daß Teile der minderheitenrelevanten Gesetzgebung besonders in Estland und Lettland, wie die Autorin richtig bemerkt (S. 53), paradoxerweise eher den Charakter von Schutzbestimmungen für die Mehrheit annehmen, so z.B. in der Sprachgesetzgebung Lettlands.

Die Verfasserin skizziert im folgenden die Gewährleistung von Minderheitenrechten in den neuen Verfassungen (mit Ausnahme Lettlands, wo die Verfassung von 1922 wieder in Kraft ist), überprüft sie auf den Gebieten des Schul- und Bildungswesens, der Sprachenpolitik, der Kulturautonomie und der staatlichen Förderung und fragt nach Absicherungen in bilateralen Verträgen, hier besonders mit Rußland.

So sehr die interessierte Öffentlichkeit einführend informiert und mit den wichtigsten authentischen Texten bekannt gemacht wird, so bedauer-

lich bleiben für den Wissenschaftler jedoch die Mängel der Veröffentlichung.

Zum einen wurden die Texte auf dem Umweg über das Russische übersetzt. Das führt zu Mißverständnissen. So wurde z.B. lettisch „Latvijas Republika" (dt. „Republik Lettland") über das Russische („Latvijskaja Respublika") mit „Lettische Republik" wiedergegeben (z.B. S. 64). Der Unterschied zwischen einer möglichen national lettischen Republik und einer Republik Lettland, von einer aus unterschiedlichen Nationalitäten gebildeten Staatsnation getragen, ist aber in der Verfassungsdiskussion Lettlands (Art. 2 der Verfassung von 1922) von höchster Relevanz. Da Esten, Letten und Litauer in der Regel sehr sensibel zwischen dem die Nationalität bezeichnenden Attribut und dem Genitiv der Landes- bzw. Staatsbezeichnung unterscheiden, sollte dies auch in einer Publikation über Minderheiten- und Nationalitätenprobleme der baltischen Staaten geschehen — eine Bemerkung, die allerdings für viele westliche Veröffentlichungen zu diesem Thema gilt.

Zweitens wurden die Übersetzungen vielfach nicht sorgfältig ausgeführt. So darf sich z.B. in der Übersetzung des Verfassungsgesetzes Lettlands über Menschen- und Bürgerrechte und -pflichten vom 10. Dezember 1991 nach Art. 14 ein Einwohner des Landes rechtswidriger Gewalt „mit allen in seiner Verfügung befindlichen Mitteln" (S. 65) widersetzen, obwohl im originalsprachigen Gesetzestext und auch der russischen Übersetzung lediglich von „allen in seiner Verfügung befindlichen *gesetzlichen* Mitteln" (Hervorhebung des Rezensenten) die Rede ist. Viele andere Übersetzungsschwächen können hier nicht im einzelnen berücksichtigt werden.

Drittens sind die vielen kleinen Mängel in den Einführungstexten, die sich bei sorgfältiger Redigierung hätten vermeiden lassen, ärgerlich. Der Rezensent unterzog lediglich den Lettland betreffenden Teil einer genaueren Prüfung. Auf S. 53 ist von den „russischen Provinzen Kurland, dem südlichen Teil Livlands und Lettgallen" die Rede, obwohl Kurland und Livland baltische Provinzen Rußlands und Lettgallen keine eigene Provinz, sondern als Landschaft Bestandteil des Gouvernements Vitebsk war. Zum Zeitpunkt der Staatswerdung Lettlands (Winter 1918) bestand die Gesamtbevölkerung keineswegs zu drei Vierteln, sondern etwa nur zu zwei Dritteln aus Letten. Die genannte Zahl stammt aus der ersten (ungenauen) Volkszählung vom 14. Juni 1920, die von der Autorin in das Jahr 1921 (S. 54) verlegt wird. Der Anteil der slavischen Bevölkerung betrug damals 12,2%, nicht 9,8%. Die Nationalversammlung Lettlands vom 17. Dezember 1918 hieß nicht „lettischer Volksrat", sondern „Volksrat Lettlands", ein wichtiger Unterschied für den politischen Anspruch dieses

Gremiums. Die am gleichen Tag verabschiedete Vorverfassung hieß „Politische Plattform des Volks*rates* Lettlands", nicht „des Volks*staates* Lettlands". Im Kapitel über die Gewährleistungen von Minderheitenrechten in der Verfassung fehlt der wichtige Hinweis auf die Art. 2 und 82, die aufgrund eines fehlenden Grundrechtsteils der Verfassung Lettlands für die verfassungsrechtliche Argumentation der Minderheiten während der parlamentarischen Periode von großer Bedeutung waren.

In dem Kapitel über die gegenwärtige demographische Lage (S. 57) hätte man sich die aktuellen Zahlen vom Januar 1993 oder wenigstens 1992 gewünscht, da die Zahlen der letzten sowjetischen Volkszählung von 1989 durch die massiven Emigrationswellen der Russen (1991/92: 84 000 Personen) rasch veraltet sind. So betrug der Prozentsatz der Letten an der Bevölkerung statt 52% 1992 bereits 52,5% und 1993 53,5% — Zahlen, die eine überaus wichtige Tendenz widerspiegeln. Die Zahl der Gesamtbevölkerung Lettlands von 2,8 Millionen für 1989 ist zu hoch gegriffen, sie betrug lediglich 2,667 Millionen. Die Zahl 56,8% bezieht sich auf die Volkszählung von 1970, nicht wie im Text 1979, da waren es 53,7%.

Auch einige Datumsangaben bedürfen der Korrektur. Der „Beschluß über die Wiederherstellung der Rechte der Bürger und die Grundvoraussetzungen der Naturalisierung" stammt vom 15. Oktober, nicht September 1991. Das Staatsangehörigkeitsgesetz Lettlands, das damit wieder in Kraft trat, stammt vom 19. August 1919 und nicht vom 23. August 1940, als Lettland bereits seit 18 Tagen eine der 16 Sowjetrepubliken war.

Viertens bleibt bedauerlich, daß mit der Publikation nicht gewartet wurde, bis die entsprechende Gesetzgebung in den baltischen Staaten einen gewissen vorläufigen Abschluß erfahren hätte. Das Kulturautonomiegesetz Estlands vom 11. November 1993, das Ausländergesetz Estlands vom 8. Juli 1993 (das als Kopie in englischer Übersetzung erst später beigelegt wurde) und das neue Staatsbürgerschaftsgesetz Lettlands vom 22. Juli 1994, deren Beratungen frühzeitig einsetzten, erfuhren so keine Berücksichtigung mehr.

Das Fehlen eines Abkürzungs- und Literaturverzeichnisses unterstreicht die Empfehlung an die Herausgeber, rasch eine zweite, redigierte und vervollständigte Auflage folgen zu lassen. Bedarf besteht, und diesen wenigstens vorläufig und eingeschränkt befriedigt zu haben, bleibt Verdienst der besprochenen Veröffentlichung.

Detlef Henning, Göttingen

William L. Urban, The Baltic Crusade. Second edition, revised and enlarged. Chicago, Ill.: Lithuanian Research and Studies Center, Inc. 1994, V + 366 pp., Maps, Plates, Tables, Selected Bibliography, Index.

The Baltic Crusade forms an important part of general European history, indicative of the general economic, spiritual, military and political renewal of Catholic Christendom between the twelfth and fourteenth centuries. The subject is no more intrinsically 'exotic' (p. IV) than the study of a Wamba, an Aethelburga or Bernard 'Hairy paws'. That said, much of medieval Baltic research is published in German, Polish, Lithuanian and Russian and so the (re-)appearance of a book in English on this subject should be particularly useful, given the monoglot culture of Anglo-American Departments of History. However, the volume under review is seriously flawed and fails to illuminate its subject adequately. Some well-reproduced nineteenth-century plates evoke a sense of romantic decay but they have little bearing on the text, illustrating, as they do without reference, mainly the ruins of post-fourteenth century constructions. The index is competent.

This is the second edition of a work published (elsewhere) in 1975. The writing is admirably fluent and pleasing when it avoids grating slang ("dudes", p. 330) and a learned joke refreshes the jaded palate (p. 263). The text which is structured in what may best be described as extended sound-bites would work well in a student seminar, to provoke, amuse and foster discussion, but in printed form it fails to engage the reader and its inaccuracies do not vanish into the ether.

The general survey attempted by the author (pp. 1-79) is necessary for the tyro student or general reader if he is to understand Baltic history but it is seriously flawed. We expect to be given clear and accurate data rather than a farrago of trite anachronisms, preachifying and factual errors — it is painful to read such assertions as "Moslems, Jews, Orthodox Christians and heretics did not share their (the "westerners"; S.C. R.) emotional and intellectual commitments to (...) universities (...) hospitals and orphanages" (p. 325). The banal reference to 'societal pressure' and the 'need for a woman' not only reads strangely, but also misrepresents the intricacies of noble dynastic and ecclesiastical policy in the Middle Ages (p. 66).

The Italian territories have disappeared from the Holy Roman Empire (pp. 6, 175); Innocent III appears to have directed a crusade against Constantinople as a result of which Christendom was united after 1204 (pp. 71, 103). Tell that in T'rnovo and Vladimir, Nicaea, or even the Holy See. — References to the Latin Empire in Constantinople are confused (p. 226). A

student will be perplexed by the diverse references to Otto the Child of Braunschweig-Lüneburg (pp. 145, 206).

More seriously, the author exhibits scant understanding of Tatar (p. 306), Russian (pp. 190, 217) or Polish history. He misrepresents completely the complex colonisation of South West Rus' (Galich and Volyn'), implying that Polish culture was russified there rather than vice versa, and repeatedly referring to the Uniate Church (created 1596) as a source of conflict and confusion in the 1250s (pp. 212, 226). In Lithuanian matters there are serious mistakes (or are these new theories?; if so, notes and argument are required) and confusion. Edivydas is not the same as Gerdenis (Erdanas) of Nalšia or Erdvilas of Žemaitija, with whom he is confused here almost consistently (pp. 185, 213, 224, 242, 260 f., 263, 267). To complain thus is not pedantry, for such errors pervert our appreciation of the political and dynastic dynamics of the Grand Duchy. The self-contradicting account of the Battle of Saule makes the head spin (pp. 184-187). A careless summary of a derivative article on Vilnius Cathedral misrepresents recent excavations there and their significance (pp. 220, 261 f.). However, not only scholars are sloppily summarised; primary sources are paraphrased in such a way as to provoke misunderstanding (p. 251 of Mindaugas; p. 328 of Algirdas and the Livonian princeling from Segevald). This is a cut-and-paste chronicle rather than an analytical history.

The language is sloppy. Unexplained terms such as "feudal" and "prefeudal" appear to emanate from Soviet officialese; Russian duchies become „states" (p. 293); and Polish dukes, Lithuanian grand dukes are called monarchs — the significance of the division of the Polish kingdom into competing duchies (1138–1320) for policy in the region is thus lost; *Weihbischof* becomes absentee bishop rather than suffragan (p. 132); provost is confused with prior (p. 270); the Teutonic Knights form now a "medical" (p. 182), now a "nursing" order (p. 20), bless their "kitchen smocks" (p. 17); Russian names are transcribed for some reason in an *almost* German way (Polozk, Gynwilowitsche <pp. 28, 354> — "Boris Ginvilovich" <transliterating the name according to the Library of Congress conventions> is a legendary figure, treated here without explanation as a historical one); other idiosyncratic forms are completely invented: Vojsek (Vaišvilkas, Voishelg); if Danilo is too difficult and must be Daniel, why introduce a pseudo-patronymic (Danielovich)?; Uexküll is a confusing hybrid; meanwhile Saint "Jacob" can and *should* be anglicised (p. 151). Novogorodek is an unnecessary confusion of Nowogródek (Polish) and Novgorodok (Russian). The comments on the use of the phrase *Alba Russia* are too brief to be of use (p. 229 f.). Only the initiated, rather than the student, can

decode Urban's text and move from it to other works. It is dishonest to 'simplify' complex matters by introducing further complications.

Roger Bacon, however cantankerous, was not a pacifist, nor was he alone in championing a preached crusade *in addition to* the military option (pp. 253 f., 335). His views were not based on astrology and a belief in magical powers (still apt for the Reagan years) but on his ideas of the power of language and the reasoned conversion of the *Jews*. Bacon is but one example of a powerful dichotomy in medieval Christian thought concerning pagan rights to *dominium*. This controversy, in which the Balts feature as a *locus classicus*, clearly illustrates the integration of the "Baltic Crusade" into western experience and dilute the region's exoticism.

The footnotes are typically sparse and poorly constructed. The works cited often bear no reference to the text or are indicated so far from the relevant sentence that the reader is not assisted by them. Yet space remains to include useless references ("nothing is known about this man's career or origin", p. 302, n. 9) or refer irrelevantly to the derivation of "carouse" (p. 245). As with much in this book, such texts appear to be marginal comments from the author's notes, rather than part of an ordered final version.

The bibliography is poor and includes at least one title which the author cannot have seen, whilst omitting two essential works: W. Paravicini, Die Preussenreisen des europäischen Adels (Sigmaringen 1989) and E. Gudavičius, Kryžiaus karai Pabaltijyje ir Lietuva XIII amžiuje (Lithuania and the Crusades in the Baltic in the thirteenth century) (Vilnius 1989).

In short, this work is of a quality which remains unacceptable in Baltic Studies. It misleads both students and scholars. The lack of organization is redolent of an undergraduate dissertation. It is unworthy of the author's clear talents and well-disguised learning. He has interesting and relevant points to make (especially regarding the parochial mentality of nationalist writing) but he fails to deliver them cogently, consistently or in an appropriate place. The mythical general reader deserves more and Urban could provide better than he has. This book has been written with too little care and printed without intelligent editing by an institution now better known for patriotic than academic publishing. For many years Baltic studies have hidden in the ghetto, appealing mainly to emigrants (in Germany or North America) and abandoned by mainstream academia, for whom the Teutonic Order is a bore and north-eastern and central Europe too complex. We must decide whether requiring the same standards for medieval Baltic history as for Burgundy is too much to expect. If it is, then the 'universities' must change their name.

Stephen C. Rowell, Klaipėda

Die Deutschen im Baltikum. Geschichte und Kultur, hrsg. v. Horst Kühnel. München: Haus des Deutschen Ostens 1991, 112 S. (Veröffentlichungen des Hauses des Deutschen Ostens, München. 3.).

Der 1991 erschienene Band soll, wie der Herausgeber Horst Kühnel in der Einleitung schreibt, die Leistungen und Schicksale der Deutschen im Baltikum dokumentieren, wobei die geschichtlichen und kulturellen Aspekte laut Titel im Mittelpunkt zu stehen hätten. Konkret umfassen zwei der fünf Beitrage (von Heinz von zur Mühlen und Michael Garleff) den gesamten Zeitraum der baltischen Geschichte und beanspruchen eine gewisse Problematisierung der geschichtlichen und kulturellen Entwicklungen im regionalen und überregionalen Kontext. Drei weitere Beiträge sind dagegen auf eine Betrachtung von Einzelthemen — die Grundlagen und Voraussetzungen der Livlandmission (Manfred Hellmann), die Umsiedlung der Deutschbalten aus Estland und Lettland (Gotthold Rhode) und der Wandel in der Sozialstruktur der baltischen Länder (Wilfried Schlau) — gerichtet.

Die Frage nach dem „deutschen Faktor", d.h. nach einem historisch fundierten Orientierungsmuster, ist historiographisch ja nicht neu. Es gab auch vorher in der deutschbaltischen Geschichtsschreibung Versuche, die Geschichte des baltischen Raumes aus der Sicht einer der hier lebenden nationalen Gruppen (z.B. Deutsche, Letten, Esten) zu betrachten. Die Diskussionen um die einzelnen Themen sind zumeist zwischen den Historikern sehr kontrovers geführt. Daher ergibt sich die Frage, welche neue Erkenntnisse oder Interpretationen die vorliegenden Beiträge beleuchten.

Manfred Hellmann stellt in seinem Beitrag einige der zentralen und kontrovers diskutierten Fragen ganz offen zur Diskussion. Es geht hier um die historische Aussagekraft und intentionale Belastung von Begriffen wie dem der „Schwertmission", der „höheren Kultur" der deutschen gegenüber der autochthonen Bevölkerung, der „deutschen Kultur" während des 12./13. Jahrhunderts, aber auch um den Kontext der deutschen Ostsiedlung, der Bedeutung der autochthonen Bevölkerung und um die historiographischen Nachwirkungen der 1869 erschienenen Schirrenschen Kampfschrift „Livländische Antwort an Herrn Jurij Samarin". Die von Hellmann angesprochenen Fragen, die auf die mittelalterliche Geschichte Bezug nehmen, verweisen darüber hinaus auf die Notwendigkeit, auch die gesamte baltische Geschichte von einem kritischeren Ausgangspunkt zu betrachten. Man kann durchaus sehen, daß hier noch ein weitgehend unbetretenes Forschungsfeld vorliegt.

Am Beispiel der deutschen Geistlichen, Ordensritter und Kaufleute unterstreicht Hellmann, daß weder die einen noch die anderen die Aufgabe hatten, eine „Kultur" oder — mehr noch — eine „deutsche Kultur" bei der autochthonen Bevölkerung zu verbreiten. Die Aufgaben der Deutschen waren hingegen, das Evangelium Christi zu predigen, die Pilger, Geistlichen und Christen zu schützen, Handel zu treiben und Geschäfte abzuwickeln. Hellmann übt auch Kritik an der verbreiteten Auffassung, die päpstlichen Legaten, Bischof Wilhelm von Modena und Balduin von Alna, hätten einen „baltischen Kirchenstaat" oder ein „päpstliches Territorium" begründen wollen. Die Absicht beider bestand nach Hellmanns Auffassung lediglich darin, eine stabile kirchliche Organisation zu schaffen und das Land der Neugetauften von weltlichen Herrschaftsansprüchen freizuhalten. Zu den bekannten Fehlinterpretationen hätten der sich nach der Reformation vollzogene Bruch mit der katholisch-römischen Tradition und auch die spätere Aufklärungshistorie beigetragen. Damit versucht Hellmann in seinem Beitrag, Hinweise für eine plausiblere Darstellung der mittelalterlichen Geschichte Livlands zu geben.

Der Autor wirft auch die Frage auf, ob man die Missionsgeschichte des Ostbaltikums im Kontext der gesamteuropäischen Entwicklungen überhaupt noch als Teil der „deutschen Ostsiedlung" ansehen kann. Denn die allgemein-europäischen Zusammenhänge fordern — nach Ansicht Hellmanns — die Lösung von einer rein deutschtumsgeschichtlichen Betrachtung, ohne jedoch die Bedeutung der nach Osten ausgewanderten Deutschen abzuwerten. An die von Hellmann aufgeworfenen Fragestellungen schließen die beiden nächsten Beiträge thematisch an.

Der mit einer persönlichen Erinnerung eingeleitete Beitrag von Heinz von zur Mühlen will skizzenhaft, aber dennoch unter Berücksichtigung der kulturellen und wirtschaftlichen Aspekte, die baltische Geschichte im Zusammenhang mit Entwicklungen in Deutschland und Europa untersuchen. Mit seinen in der traditionellen deutschbaltischen Geschichtsschreibung tief verankerten Überlegungen kommt der Verfasser zu einem unerwartet pessimistisch gefärbten Fazit: „Wir haben ein dreifach abgestuftes Ende gesehen: Staat — Stände — Gesellschaft. 1561 war es der Untergang einer überlebten staatlichen Ordnung: was blieb, war eine ständische Selbstverwaltung. Als diese 1918 ihr Ende fand, blieb eine aus der Masse der Esten und Letten national herausgehobene kopflastige Gesellschaftsschichtung" (S. 41), deren Auflösung vorbestimmt war, wobei das Ende baltischer Geschichte mit den Ereignissen von 1939 dieser Auflösung zuvorkam. Es bleibt leider dem einzelnen Leser überlassen zu entscheiden, ob nun diese Interpretation auf eine Leistung oder Fehlleistung der Deutschen verweisen soll.

Im einzelnen bietet dieser Beitrag einen Überblick über die baltische Geschichte unter Berücksichtigung von Themen wie z.B. die Entstehung des mittelalterlichen Staatengebildes Alt-Livland, das aus vier Faktoren — der Christianisierung, der Besiedlung, des Fernhandels und des Machtstrebens — resultierte; oder die Reformation, deren rasche Durchsetzung ein Zeichen für die „enge geistige Verbundenheit zwischen der Kolonie und dem deutschen Mutterland" gewesen sein soll. Dabei sieht der Verfasser eine „besondere Tragik darin, daß die Macht, die dazu berufen war, dem Reich den östlichen Vorposten zu erhalten, gerade durch die Reformation innerlich ausgehöhlt und geschwächt wurde" (S. 27). Dabei habe die damalige Livländische Verfassung vielen die „Augen vor der aus dem Osten drohenden Gefahr" verschlossen. Das Zeitalter des Absolutismus unter Katharina II. habe in den Ostseeprovinzen politisch einen Bruch mit den zuvor bestätigten Privilegien bewirkt und die deutschbaltische Sonderstellung im Russischen Reich wesentlich bedroht. Als weitere Auswirkung wird die Bauernbefreiung genannt, die sich zunächst am Ende des 18. Jahrhunderts auf die Initiativen einzelner Gutsherren beschränkte, dann aber im 19. Jahrhundert zwei weitere, nunmehr entscheidende Anstöße erhielt. Die Zeit der Russifizierung wird im Kontext des „baltischen Untergangs" als Vorspiel dessen betrachtet, was sich dann nach dem Ersten Weltkrieg und nach einer Phase der Unabhängigkeit der baltischen Staaten vollzogen habe, wobei die Gefahren für die Deutschen sowohl aus politischen als auch aus wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen entstanden seien.

Michael Garleff setzt sich in seinem Beitrag über Leistung und Schicksal der Deutschen im Baltikum einleitend mit der historischen Relevanz der Begriffe „Leistung" und „Schicksal" auseinander und verweist darauf, daß man die Leistungen der Deutschen im historischen Kontext doch differenzierend zu betrachten habe, ohne eine kritische Bewertung von möglichen Versäumnissen zu vergessen. Dies erscheint besonders aktuell im Kontext der deutschen Kulturgeschichte, deren Interpretation von unkritischen Auffassungen beherrscht worden sei. Aus diesen Überlegungen heraus betrachtet der Autor auch die wichtigsten Wendepunkte baltischer Geschichte und stellt dabei mit dem Schicksalsbegriff — womit er das Ausgesetztsein gegenüber den größeren historischen Kräften meint — ihre Verflochtenheit mit den überregionalen geschichtlichen Prozessen heraus. Es wird gezeigt, daß das Schicksalhafte im Gegensatz zu Leistungen oder Versäumnissen immer an solchen tiefgreifenden Wendepunkten — Nordischer Krieg, Reformation oder aber Umsiedlung 1939, um nur einige zu nennen — zu exemplifizieren ist. Die Leistungen sind jedoch bei

einer solchen Interpretationsweise durch die Darstellung von Entwicklungen in größeren Zeitabschnitten namhaft zu machen.

Fragt man nach den „historischen Leistungen" der Deutschen im vielfältigen Beziehungsgeflecht im Baltikum, so nennt Garleff zunächst „die andauernde Einordnung der Region und ihrer Bevölkerung in abendländisch-christliche Zusammenhänge" (S. 46). Einen weiteren Leistungsstrang sieht der Verfasser im erfolgreichen Widerstand der baltischen Pastoren gegen die nach der Reformation von Polen aus betriebene Re-Katholisierung. Die deutschen Pastoren brachen mit alten Vorurteilen und erbrachten durchaus historische Leistungen in der Pflege des lettischen Volkstums, wie z.B. Ernst Glück, Gotthard Friedrich Stender oder August Bielenstein. Betrachtet man das 20. Jahrhundert, so erscheint eine kritische Vergegenwärtigung der Leistungen und des Schicksals im historischen Kontext besonders aktuell. Denn es ist auf die historischen Voraussetzungen zurückzuführen, daß es den deutschbaltischen Politikern in den 20er/30er Jahren gelang, aus einer „Anwaltsposition" für das Grundrecht nationalkultureller Selbstbestimmung Leistungen im staatlichen und auch im europäischen Kontext zu erbringen. Es waren aber auch die gleichen Voraussetzungen, die es entgegen ihrem eigenen Lebensgesetz, erlaubten, der Gleichschaltung, der erzwungenen Heimholung und der Ansiedlung auf fremdem Volksboden und Eigentum zu verfallen.

Einleitend zu einem Wiederabdruck von Exzerpten aus den bekanntesten historischen Zeugnissen, die die Umsiedlung der Deutschen aus Lettland und Estland dokumentieren, schreibt Gotthold Rhode einen kurzen, nur wenige Seiten umfassenden historischen Abriß. In diesem Zusammenhang geht es ihm um die äußeren Voraussetzungen, die das Tragisch-Schicksalhafte determinierten. Dabei verweist Rhode darauf, daß für die Deutschen nur ein Weg möglich gewesen sei, nämlich aus dem alsbald zu erwartenden sowjetischen Machtbereich auszusiedeln, um — wie es sich in der Tat erweisen sollte — zumindest für einige Generationen die Tradition der Gruppe zu erhalten.

Als letzter ist in dem Sammelband der Beitrag von Wilfried Schlau über den Wandel in der Sozialstruktur der baltischen Länder veröffentlicht. Chronologisch setzt die Betrachtung mit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein. Die aktuellsten statistischen Angaben stammen aus dem Jahr 1979. Der Wandel der Sozialstruktur wird vergleichend für alle drei Teile des Baltikums unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Bevölkerung dargestellt. Schlau belegt mit Statistiken, daß sich in dieser Periode mehrere Abschnitte abzeichnen, die eine beachtliche Nachwirkung auf das Schicksal der hier ansässigen Volksgruppen hatten. Zunächst waren es die letzten 50 Jahre des Russischen Reiches, als sich der wirtschaftliche

Wandel, vor allem in Riga, das sich zur Industrie- und Handelsstadt entwickelte, vollzog. Es ist offensichtlich, daß die beiden Weltkriege wiederum einen tiefen, wenn nicht sogar katastrophalen Einschnitt für alle Gruppen bewirkten. Die Untersuchung der sowjetischen Nachkriegszeit ergibt, daß die Sowjetregierung nach dem Zweiten Weltkrieg in den baltischen Ländern praktisch dort ansetzen mußte, „wo die Zarenregierung — durch den Ausbruch des Ersten Weltkrieges gezwungen — im August 1914 hatte aufhören müssen" (S. 99).

Obwohl zwischen 1987, d.h. dem Zeitpunkt, als die hier veröffentlichten Beiträge als Referate während einer im Haus des Deutschen Ostens in Bayern stattfindenden Veranstaltungsreihe gehalten wurden, und dem Zeitpunkt dieser Rezension bereits acht Jahre liegen, stellt dieser Umstand keinen Nachteil für den interessierten Leser dar. Die Relevanz der Broschüre kann sowohl mit ihrer informativen Reichweite, als auch mit anregenden Interpretationsideen der einzelnen Beiträge begründet werden.

Māris Skujiņš, Riga, z. Z. Zürich

Baltische Länder, hrsg. v. Gert v. Pistohlkors. Berlin: Siedler-Verlag 1994, 607 S. (Deutsche Geschichte im Osten Europas.)

Beim rezensierten Werk handelt es sich um eine wissenschaftliche Übersicht über die mehr als 750jährige Geschichte der Deutschbalten, über die Beziehungen zwischen dem Ostbaltikum und Mitteleuropa, an deren Traditionen nun die wiedergeborenen Republiken Estland und Lettland Anschluß zu finden suchen. Als solches beschreibt und analysiert es die Vergangenheit, ist jedoch zugleich auch ein Aufruf, Schlußfolgerungen zu ziehen für Gegenwart und Zukunft.

Estland und Lettland sind Länder, in deren Geschichte sich Interessen vieler Völker und Staaten gekreuzt haben, deren Bewohner lange die Oberherrschaft fremder Eroberer haben ertragen müssen. Daraus resultierten Feindschaft und Bitterkeit im Verhältnis der beteiligten Völker. Auch Historiker haben nicht immer unparteiisch bleiben können, unter dem Einfluß nationaler und ständischer Vorurteile ist die Geschichte des Baltikums sehr unterschiedlich, sogar gegensätzlich behandelt worden. Der Herausgeber und die Autoren des rezensierten Werkes sind einen anderen Weg gegangen. Für ihre Analyse ist eine nachahmenswerte Toleranz charakteristisch, das Bestreben, Verständnis für alle aufzubringen, die bei

der Gestaltung der Geschichte des Baltikums beteiligt waren. Dasselbe Herangehen wird von den Autoren ihren estnischen und lettischen Kollegen nahegelegt, die jetzt in einer neuen Situation ein neues Verständnis und eine neue Interpretation der Geschichte ihrer Länder versuchen. Da die Geschichte dieser Länder nach Gert von Pistohlkors zeigt, „wie schwer es zuweilen ist, sich überhaupt nur zu behaupten" (S. 24), ist das Streben nach Ausgewogenheit und gegenseitiger Toleranz wirklich dringend notwendig, und das nicht nur bei der Analyse der Vergangenheit, sondern auch in der Tagespolitik.

Zwei der vier Hauptteile des Buches — „Livland von der Christianisierung bis zum Ende seiner Selbständigkeit (etwa 1180–1561)" und „Das Ostbaltikum unter Herrschaft und Einfluß der Nachbarmächte (1561–1710/1795)" — stammen aus der Feder Heinz von zur Mühlens; ihr hohes Niveau wird schon durch die Tatsache garantiert, daß der Verfasser viele Einzelfragen selbst gründlich und fruchtbar behandelt hat, vor allem wenn es um die Geschichte Tallinns (Revals) geht. Der Verfasser verbindet ein umfangreiches Faktenmaterial mit generellen Rückschlüssen und Bewertungen. Zu nennen wären z.B. Überlegungen über das Ende des Mittelalters (S. 170 ff.). Der Verfasser verfügt über eine große Menge Quellenmaterial und Literatur, bleibt jedoch in seinen Schlußfolgerungen unabhängig und läßt sich nicht von scheinbar neuen, nicht ausreichend begründeten Ansichten beeinflussen.

Auch wenn das Hauptziel des Buches die Darstellung der Geschichte der Deutschen ist, bedeutet dies nicht, daß das Schicksal der Ureinwohner des Landes zu wenig beachtet wird. So stellt von zur Mühlen relativ umfangreich und vielseitig den Aufstand der St. Georgsnacht dar und bewertet ihn als eine ernstzunehmende politische Willenserklärung des estnischen Volkes, der davon zeugte, daß die Esten „zu konspirativem und politischem Handeln noch fähig waren" (S. 74). In den ausführlichen Teilen zur Geschichte der Kirche wird immer wieder auch auf die Rolle der lutherischen Kirche in der estnischen und lettischen Kulturgeschichte, bei der Herausbildung der muttersprachlichen Literatur und Entwicklung der Volksbildung hingewiesen.

Eine tiefer gehende Analyse hätte man sich bei der Beurteilung des politischen Entwicklungsniveaus der baltischen Völker vor der deutschen Eroberung wünschen können (S. 28). Das Gebiet Estlands stellte zu Beginn des 13. Jahrhunderts doch schon eine genau abgrenzbare Einheit dar. Man kann auch der Auffassung nicht ganz zustimmen, daß der wirtschaftliche Aufstieg Alt-Livlands keinen Einfluß auf die Unfreiheit der Bauern hatte (S. 125 f.). Die Zahl der freien Bauern nahm gerade in der Zeit zu und erreichte in Westestland ein Fünftel der Landbevölkerung. Demographische

Veränderungen infolge der großen Kriege (S. 234 f.) werden wohl zu flüchtig behandelt; die in der estnischsprachigen Literatur veröffentlichten Angaben hätten eine detailliertere Darstellung ermöglicht.

Auch die unter estnischen Forschern gegenwärtig allgemein anerkannte Ansicht, daß es unter den Vasallen Harriens und Wierlands mehr Esten gab als die von Paul Johansen seinerzeit festgestellten 4% (S. 113), hätte Berücksichtigung finden können. Schon Johansen selbst hielt es für möglich, daß noch weitere Vasallen estnischer Herkunft waren. Der Ort des Bündnisschlusses von 1304 könnte Dorpat sein (S. 70), vielleicht jedoch auch Weißenstein. Der Friede von 1313 wurde wahrscheinlich nicht im Dorf Wosel in Harrien (S. 71) sondern im gleichnamigen Dorf im Kirchspiel Hanehl in der Wiek geschlossen. Der Druckfehlerteufel hat den Dominikanerorden um 100 Jahre älter gemacht (S. 31) und den Namen des Autors der jüngeren Reimchronik (S. 74) entstellt.

Der dritte Hauptteil des Werkes, „Die Ostseeprovinzen unter russischer Herrschaft (1710/95–1914)", stammt aus der Feder des Herausgebers Gert von Pistohlkors. Er beginnt mit der Feststellung, „(...) mit Livland und Estland gewann das russische Reich einen sicheren Landweg nach Westeuropa, einen Vorhof, der die neue Hauptstadt enger an Zentraleuropa band" (S. 278). Für die Ostseeprovinzen, zu denen 1795 nach der dritten polnischen Teilung noch Kurland, das seit 1562 als Herzogtum unter polnischer Lehnshoheit gestanden hatte, hinzukam, begann eine Rekonstruktion des Landesstaates. Für die Oberschichten der Ostseeprovinzen war „der Übergang von der schwedischen zur russischen Herrschaft von keinem der Stände in Stadt und Land herbeigesehnt oder herbeigeführt worden und vielmehr nur einzig und allein das Ergebnis des Nordischen Krieges und des Kriegsglücks, das zugunsten von Peter dem Großen ausschlug" (S. 266), damit ein geschenktes Glück. Von Pistohlkors betont den Doppelcharakter dieses für das Schicksal des Landes und der Völker entscheidenden Ereignisses: „Es kann jedoch nicht genug betont werden, daß mit der Generalkonfirmation für Estland vom 1. März 1712 und den livländischen Kapitulationen von 1710 im Zeitalter des absoluten Fürstenstaates noch einmal aus Gründen der Staatsräson ständische Kräfte mit Vorrechten ausgestattet wurden, wie es sie vergleichsweise nirgends sonst in Europa mehr gegeben hat. Die Privilegierten in Stadt und Land sollten für Rußland gewonnen werden und sich ermutigt fühlen, das Land neu aufzubauen. Die erbuntertänigen estnischen und lettischen Bauernwirte und die sonstigen Angehörigen des ländlichen Fronsystems hatten freilich das ganze 18. Jahrhundert eine deutliche Verschlechterung ihrer sozialen Position bis zur völligen Leibeigenschaft hinzunehmen. Auch die städti-

schen Unterschichten estnischer und lettischer Herkunft hatten keinerlei Einfluß auf die politische Gestaltung des Wiederaufbaus." (S. 271)

Von dieser in den ersten Jahren der russischen Herrschaft einsetzenden, außergewöhnlich umfassenden und dem Geist des Jahrhunderts der Aufklärung widersprechenden ständischen Autonomie ging die Hauptlinie der Entwicklung der nächsten Jahrhunderte aus — der immer dramatischer werdende und für die Deutschbalten in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts tragisch endende Kampf um die Erhaltung dieser Privilegien. Wie aus der meisterhaften Darstellung von von Pistohlkors hervorgeht, standen in diesem Kampf der deutschbaltischen Oberschicht drei Kräfte entgegen, aus deren Konstellation und jeweiliger Stärke sich auch die Schlängelpfade der Reformpolitik der Ritterschaften ergaben. Dies waren: 1. der gegen eine ständische Gesellschaftsorganisation gerichtete gesamteuropäische Zeitgeist, der in der öffentlichen Meinung seinen Ausdruck fand, zunächst in Form der aufklärerischen Emanzipationsbestrebungen der deutschbaltischen Literaten und anschließend im liberalen Streben immer breiterer Gesellschaftsschichten nach einer modernen Gesellschaftsordnung; 2. die Zentralisierungspolitik der russischen Zaren und die damit verbundenen, im 19. Jahrhundert immer stärker hervortretenden Russifizierungstendenzen; 3. der soziale Protest von unten, dem sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die estnische und lettische nationale Bewegung mit ihren national-kulturellen und politischen Zielen anschloß. Die Berücksichtigung eines Faktors wie der allgemeinen Wirtschaftskonjunktur wäre an dieser Stelle wünschenswert gewesen.

Sehr gründlich analysiert von Pistohlkors die Reformpolitik der Ritterschaften, ihre liberalen und konservativen Tendenzen. Wegen ihrer zentralen Rolle im Baltikum konzentriert er sich in erster Linie auf livländische Zustände und auch Politiker. Es handelt sich um ein Gebiet, das dank dem Verfasser und seinem Lehrer Reinhard Wittram am besten erforscht ist. Gründlich wird der Kampf um die Lösung der Agrarfrage behandelt, für die sich Ritterschaft und Kirche, Staat und öffentliche Meinung gleichermaßen verantwortlich fühlten. Als Resultat kam es vom Bauernschutz zur Bauernbefreiung mittels der Agrarreformen in Est-, Liv- und Kurland 1816/1819 und danach zu den Agrarreformen der Jahrhundertmitte, mit denen die besondere Entwicklung eingeleitet wurde, die im Grundsatz und in der Praxis die Ostseeprovinzen vom Russischen Reich unterschied. Wie der Autor begründet betont, herrschte in Rußland bis zum Ende des alten Regimes noch immer die Umteilungs- und Haftungsordnung des „mir'" und der „obščina", während in den Ostseeprovinzen die Entwicklung zu einer intensiven Landwirtschaft auf der Basis eines entwickelten Agrarkapitalismus bereits abgeschlossen war (S. 357).

Nach dieser Feststellung hätte man eigentlich eine gründlichere Behandlung der Entwicklung des Agrarwesens in der Zeit nach den Reformen, und das auch differenziert für Est-, Liv- und Kurland, erwartet. Fast unerschlossen bleiben leider auch die Unterschiede zwischen den Provinzen in der sozialen Struktur und in der Mentalität unterschiedlicher sozialer Schichten (vor allem des Adels). Um die Ursachen der Revolution von 1905 aufzudecken, die die deutschbaltische Oberschicht stark erschütterte, wäre eine tiefer gehende Analyse der Lage der Guts- und Bauernwirtschaft, des Verlaufs des Bauernlandverkaufs sicher kein Abweichen vom Thema — der Geschichte der Deutschbalten — gewesen.

Eine für die Unterzeichner erfreulich große Aufmerksamkeit hat die im Jahre 1802 wiedereröffnete Universität Tartu (Dorpat) gefunden. Wie von Pistohlkors mit Recht hervorhebt, spielte die Universität neben der Förderung der Wissenschaft und der Kultur der hiesigen Völker noch eine weitere soziale Rolle: „Dank der Universität sind die drei Provinzen (...) im Bewußtsein der gebildeten deutschen Gruppen schneller zusammengewachsen (...) und (...) mit der Universität verband sich vor allem auch ein tiefer Einbruch in die ständische Ordnung in den Ostseeprovinzen." (S. 345 f.)

Paradoxerweise sind gerade die zweite Hälfte des 19. und der Anfang des 20. Jahrhunderts, als die Esten und Letten im Vergleich zu früheren Jahrhunderten aus einem Objekt der Geschichte immer stärker zu ihrem Subjekt wurden, verhältnismäßig kurz und flüchtig behandelt worden. Bei von Pistohlkors, der sich am Ende seines Kapitels immer mehr der Betrachtung der deutschbaltischen Ideologie des 19. Jahrhunderts widmet, die „die ganze baltische Geschichte unter den Leitgedanken der Abwehr alles Russischen gestellt hat" (S. 359), treten die Esten und Letten nur selten aus dem Schatten hervor. Leser, die mit der baltischen Geschichte weniger vertraut sind, können berechtigterweise fragen, wieso und warum „die Nationalen" plötzlich so weit entwickelt waren. Dieselbe Frage haben sich wohl auch viele Deutschbalten zu Beginn des 20. Jahrhunderts stellen müssen.

Gerade um die Mitte des 19. Jahrhunderts verzweigt sich die Geschichte in den baltischen Provinzen; die Unterschiede in der historischen Entwicklung der Ober- und Unterschicht, der Deutschbalten einerseits und der Esten und Letten andererseits treten immer stärker hervor. Was die Geschichtsauffassung des rezensierten Werkes betrifft, so hat derjenige, der vor allem die bisherigen estnischen und lettischen Geschichtsbücher (auch der sowjetischen Periode) kennt, das Gefühl, als handle es sich um eine Gegendarstellung. Es gibt jedoch einen wichtigen grundsätzlichen Unterschied: In diesem Werk fehlen nationaler Haß und Erbitterung. Sie

sind überwunden. Man spürt jedoch das Bedauern, daß unvernünftiger Standesdünkel und politische Kurzsichtigkeit der deutschbaltischen Führer in den entscheidenden Augenblicken der Geschichte wie 1905 oder 1917/18 die existierende Kluft zwischen den Nationen und Ständen nicht hat überbrücken lassen und daß kein vernünftiger Kompromiß mit den nationalen Bewegungen zustande gekommen ist. Akzeptiert wird dagegen der Vorwurf Jaan Tõnissons, einer der wichtigsten estnischen Politiker des 20. Jahrhunderts, an die Adresse der deutschen Landespolitiker am 23. Oktober 1905, „(...) sie würden immer alles von der Gnade erwarten (...,) immer nachhinken und zu spät kommen (...,) sie glaubten nur, es genüge, den Esten eine Brosame hinzuwerfen, um sie ganz glücklich zu machen" (S. 438).

Die Rezensenten möchten noch auf eine umstrittene These hinweisen, die von russischen, deutschen und sowjetischen Historikern in seltener Einmütigkeit vertreten wird. Sie betrifft die Behauptung von einer 200jährigen Friedenszeit, die die russische Oberherrschaft der Region gebracht hat. Die estnischen Historiker, und das schon seit Villem Reiman und Hindrik Prants am Anfang dieses Jahrhunderts, können sie nicht völlig akzeptieren. Während sich für die deutschbaltischen Oberschichten im riesigen Russischen Reich in Militärdienst und Verwaltung außerordentliche Möglichkeiten eröffneten, mußten die estnischen und lettischen Unterschichten wegen der seit 1796 auf dieses Gebiet ausgeweiteten allgemeinen Dienstpflicht in allen Kriegen, darunter auch in Kolonialkriegen, in die Rußland verwickelt war, ihren blutigen Tribut zahlen. Besonders schwer und opferreich waren der russisch-japanische Krieg und der Erste Weltkrieg. Die neuesten, bislang noch wenig publizierten Forschungsergebnisse estnischer Historiker (Tõnu Tannberg) scheinen die oben erwähnte These der Friedenszeit zu widerlegen.

Auch in diesem Teil des Werkes sind einige kleinere Fehler, Ungenauigkeiten oder Druckfehler zu verzeichnen. So sind z.B. die sozialen Zustände im estnischen Dorf in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts von Juhan Kahk und Halliki Uibo nicht auf drei Gütern, sondern in drei Kirchspielen untersucht worden, dabei nicht in Torgel (Tori), sondern in Turgel (Türi) (S. 320). Bei der Behandlung des durch das Agrargesetz von 1849 vom Bauernland zugunsten des Gutes abgetrennten Teils ist irrtümlicherweise die livländische Quote (Fünftel) mit dem estländischen Sechstel gleichgesetzt worden (S. 354). Alexander Graf Keyserling wurde nicht 1867, sondern 1857 zum Ritterschaftshauptmann gewählt (S. 377), die 1869 erschienene „Livländische Antwort" Carl Schirrens wird versehentlich als eine anonyme Veröffentlichung bezeichnet. Genauer hätte man die Zeit des Gegensatzes zwischen den estnischen Politikern Jaan Tõnisson

und Konstantin Päts datieren können (1905–1941 pro 1901–1940); wenig begründet ist auch die Angabe des Jahres 1953 (zwar mit einem Fragezeichen versehen; S. 394) als Todesjahr von Tõnisson. Sehr wahrscheinlich starb Tõnisson zehn Jahre früher. Ungenauigkeiten gibt es bei der Behandlung des Sieges der Esten bei den Stadtverordnetenwahlen: Unerwähnt geblieben ist der Sieg in Walk (1901) und Hapsal (1909), eine falsche Angabe finden wir bei Wesenberg (1902 pro 1914; S. 404). Die Zahl der Opfer des Blutbades auf dem Neuen Markt am 16. Oktober 1905 in Tallinn ist verringert auf 28 Tote (S. 436); Friedrich Bienemann in seiner „Baltischen Revolutionschronik" erwähnt „nach den Angaben des Gouverneurs 30 Tote und 100 Verwundete, von denen 26 starben".

Der Verfasser des letzten Teils „Die Deutschbalten als nationale Minderheit in den unabhängigen Staaten Estland und Lettland" (S. 451-550) ist Michael Garleff. Er schreibt über eine ereignisreiche und komplizierte Zeit, in der sich der letzte Akt der Geschichte der Deutschbalten abspielte: Erster Weltkrieg, deutsche Besatzung, Russische Revolution und Bürgerkrieg, der schwierige Weg der baltischen Völker von den baltischen Provinzen durch den Freiheitskrieg zum Aufbau selbständiger Republiken, in denen die Deutschbalten einen neuen Sinn und neue Formen ihrer Existenz in der erneuerten alten Heimat finden mußten. Garleffs tiefgehende vergleichende Analyse der Lage der Deutschbalten als nationale Minderheit in Lettland und Estland und ihrer Haltungen im Spannungsfeld zwischen den baltischen Staaten und der Weimarer Republik und danach zwischen den totalitären Regimen im Dritten Reich und in der Sowjetunion findet beim Leser Verständnis und Mitleid. Durch äußere, für alle Völker der baltischen Staaten feindliche Kräfte wurde die jahrhundertelange Geschichte der Deutschbalten bis zu ihrem auch in den Augen der baltischen Völker bedauerlichen Ende geführt — zur Umsiedlung als „diktierte Option" 1939/40.

Tief, genau und lakonisch sind die Urteile Garleffs über Ereignisse, Politiker, Menschen, Zustände. Gelegentlich wirken sie zu knapp und können den Leser als übertrieben allgemeine Definitionen sogar irreführen, so z.B. bei der Bestimmung des Freiheitskrieges der baltischen Völker: „Zugleich handelte es sich um einen Bürgerkrieg zwischen roten und bürgerlichen Esten und mehr noch zwischen (bürgerlichen?; S. V./T. R.) Esten und (roten?; S. V./T. R.) Letten" (S. 471). Auch die Darstellung des komplizierten Jahres 1917 hätte man sich klarer gewünscht.

Für das gesamte Werk ist charakteristisch, daß die vergangenen Zeiten dem Leser durch eine gelungene personifizierte Darlegung nähergebracht und verständlich gemacht werden. Dank zahlreicher Erinnerungen und dem brieflichen Nachlaß tritt eine Reihe hervorragender Persönlichkeiten

plastisch hervor, wie Hamilcar Baron Fölkersahm (1811–1854), Alexander Graf Keyserling (1815–1891), Carl Schirren (1826–1910), Paul Schiemann (1876–1944) u.a.

Eine gelungene Auswahl bieten Illustrationen (6 Karten, mehr als 100 Bildtafeln), wobei der Anteil Estlands über Erwarten groß ist. Besonders gelungen sind die Texte zu den Illustrationen, die unseres Wissens von Heinz von zur Mühlen stammen.

Die Verfasser haben alle, zumindest alle in Deutschland erschienenen neueren einschlägigen Arbeiten verwertet. Von den Historikern anderer Länder scheinen der Schweden-Este Aleksander Loit und der Däne Niels Skyum-Nielsen unberücksichtigt geblieben zu sein, auch von den Arbeiten der estnischen Autoren aus den letzten Jahrzehnten fehlt einiges, was man vielleicht doch hätte verwenden können.

Es sei erwähnt, daß in diesem Band sehr klar die Kontinuität der baltischen Geschichtsforschung repräsentiert ist. Heinz von zur Mühlen als der engste Mitarbeiter von Paul Johansen (1901–1965) und Gert von Pistohlkors, Schüler von Reinhard Wittram (1902–1973), sowie Michael Garleff als Schüler von Georg von Rauch (1904–1991) sind die Nachfolger von den drei bedeutendsten deutschen Historikern der baltischen Geschichte der vorigen Generation. Deswegen ist es nicht erstaunlich, daß Wittram wie auch Johansen und von Rauch in diesem Buch die Autoren sind, auf die am häufigsten hingewiesen wird. Das vorliegende Buch stellt eine neue Qualität in der baltischen Geschichtsschreibung dar. Wir möchten sehr hoffen, daß diesem auch drucktechnisch gelungenen Band ein breites Leserinteresse zuteil wird.

Sulev Vahtre/Tiit Rosenberg, Tartu

Der große Exodus. Die russische Emigration und ihre Zentren 1917 bis 1941, hrsg. v. Karl Schlögel. München: Beck 1994, 448 S., 29 Abbildungen auf 16 Tafeln.

„Eine friedliche Eroberung!"[1] So umschrieb der russische Maler S. Segal im März 1923 die Welle der russischen Emigranten, die sich nach der Revolution und den Bürgerkriegswirren aus Rußland nach Europa ergoß.

[1] Zit. nach Russen in Berlin. Literatur, Malerei, Theater, Film 1918–1933, hrsg. v. Fritz Mierau. Leipzig 1991, S. 259.

Von diesen bis zu 2 Millionen Menschen hielten sich damals allein in Berlin ca. 360000 Russen auf, um kurz darauf von der Spree an die Seine umzuziehen. Doch waren Berlin und Paris nur die bekanntesten Zentren, die in den 20er Jahren für die Emigration der Aristokratie sowie der politischen und kulturellen Elite des Russischen Reiches erster Fluchtpunkt, Durchgangsstation oder neue Heimat wurden. Oft genug jedoch wurde, wie der Herausgeber in seiner Einleitung (S. 9-20) betont, „aus der vorübergehenden Flüchtlingsexistenz ‚auf dem Koffer' eine Emigrantenexistenz in Permanenz" (S. 12).

Der anzuzeigende Sammelband stellt eine Koproduktion internationaler Spezialisten dar, die nicht nur der Historikerzunft entstammen. So tasten sich neben Historikern auch Politologen, Sprach- und Literaturwissenschaftler — unter ihnen auch Zeitzeugen — an die Spuren des Flüchtlingszuges heran. Insgesamt 15 Beiträge befassen sich jeweils mit einem Land und dessen russischen Zentren, so daß anhand dieser „Topographie der Flucht" (S. 14) der internationale Bezugsrahmen deutlich wird, der die gesamte hier behandelte Emigrationswelle bis zum deutschen Angriff auf die Sowjetunion 1941 auszeichnete.[2] So erhält der Leser einen Eindruck von der Vielfalt der Lebensbedingungen der Emigranten in den verschiedenen europäischen und außereuropäischen Ländern,[3] doch leidet der Gesamteindruck des Bandes unter den divergierenden Ansätzen der jeweiligen Autoren. Schon eine Auswahl weniger zentraler Fragestellungen hätte Vergleiche ermöglicht, doch vergibt die an sich begrüßenswerte interdisziplinäre Konzeption hier ihre komparatistischen Möglichkeiten. In dieser Hinsicht gibt Schlögel zu Recht zu bedenken, daß „Der große Exodus" „dezidiert als Eröffnung" (S. 14) der Beschäftigung mit der russischen Emigration zu verstehen sei. Andererseits verweisen die Anmerkungen und die Literaturhinweise am Schluß des Bandes darauf, daß bereits seit den 20er Jahren über die Emigration gearbeitet worden ist, allerdings zumeist unter regionalen Gesichtspunkten.[4]

---

2 Ein für die historische Forschung wichtiger Beitrag von Mark Kulikowski über „Eine vernachlässigte Quelle: Bibliographien russischer Emigrantenveröffentlichungen seit 1917" (S. 373-385), der den Band abrundet, sei zumindest kurz genannt.

3 Behandelt werden neben den hier besprochenen Beiträgen über Tallinn, Riga und Helsinki Gallipoli (Aleksandr Ušakov), Istanbul (Nur Bilge Criss), Sofia (Dončo Daskalov), Belgrad (Vladimir A. Tesemnikov), Warschau (Andrzej Stanisław Kowalczyk), Prag (Zdeněk Sládek), Berlin (Karl Schlögel), Paris (Robert Harold Johnston), Rom (Claudia Scandura), Charbin (Olga Bakich), Schanghai (Marcia R. Ristaino) und New York (Thomas R. Beyer Jr.).

4 Ausnahmen bestätigen die Regel: Marc Raeff, Russia Abroad. A Cultural History of the Russian Emigration 1919–39. New York 1990, sowie Leonid K. Škarenkov, Agonija beloj ėmigracii (Die Agonie der weißen Emigration). Moskva 1981.

Zu danken ist Schlögel im Zusammenhang mit dem Thema des vorliegenden Bandes des „Nordost-Archivs" für die Berücksichtigung der Russen in Estland, Lettland und Finnland, die somit erstmalig in den breiteren Kontext der Emigration aus Rußland mit einbezogen werden. Zu Recht hebt er allerdings hervor (S. 16), daß man die russische Bevölkerung dieser Staaten nur sehr schwer als ‚Emigranten' bezeichnen könne, da sie zum größten Teil Menschen umfaßte, die bereits vor 1917 in den ehemaligen Gouvernements des Russischen Reichs lebten. Und doch erscheint ihre Behandlung lohnenswert: Die westlichen Randgebiete des Imperiums, die in den Jahren 1917–1920 zu selbständigen Nationalstaaten wurden, waren erste Anlaufstationen vor allem für diejenigen ehemaligen Untertanen des Zaren, die sich noch nicht mit dem dauerhaften Bestand Sowjet-Rußlands zufriedengeben wollten. Schon vor der Revolution hatte die St. Petersburger und Moskauer Oberschicht ihre Sommerhäuser am Ostseeufer, und es erschien naheliegend, dort den Sturz Lenins abzuwarten oder ihn gar von dort aus aktiv zu betreiben. Allerdings wurden die Russen nun gleichsam über Nacht zu Ausländern in ihrer alten Heimat. Politisch entstand vor diesem Hintergrund ein Faktum, das den neuen Staaten Sorgen bereitete und die zugereisten — aber auch die alteingesessenen — Russen schnell zu lästigen Gästen werden ließ: Waren nicht all diese Aristokraten, Politiker und Industriellen des Ancien régime als Anhänger des „einen und unteilbaren Rußland" eo ipso potentielle Gegner der neuen Grenzen? Eine Untersuchung dieser Zusammenhänge wäre ein Beitrag sowohl zur Geschichte der russischen Emigration als auch zum Selbstverständnis der jungen Staaten, der vor der aktuellen Parallele der russischen Minoritäten in den ehemaligen baltischen Sowjetrepubliken nötiger denn je erscheint.

Allerdings sollte neben diesem eher die politischen Wechselwirkungen zwischen dem jeweiligen Gastland und seinen Immigranten bzw. Minderheiten betreffenden Moment nicht übersehen werden, daß die baltischen Republiken und Finnland für die russische Emigration seit 1917 in einer anderen Hinsicht von besonderer Bedeutung waren. Ohne Zweifel boten die ehemaligen Randgebiete Rußlands den Flüchtlingen etwas, womit weder Berlin und Paris noch Sofia, Prag oder New York aufwarten konnten: ein Stück „Quasi-Heimat", wie Schlögel es nennt (S. 16), ein kulturell reiches Umfeld mit russischen Zeitungen, Clubs und Theatern, das in der Zwischenkriegszeit gern von Russen aus westeuropäischen Ländern aufgesucht worden ist. Es ist dies das Kuriosum der russischen Emigration in den ehemaligen russischen Gouvernements, in einer vertrauten Umgebung gelebt zu haben, gleichzeitig jedoch von den Regierungsorganen mit besonderem Mißtrauen beobachtet worden zu sein.

Die in Estland gebürtige, heute in den USA lehrende Slavistin Temira Pachmuss (Tallinn; „Die russische Emigration in Estland", S. 141-164) ist bereits mit zwei Monographien über die russische Kultur im Baltikum und in Finnland hervorgetreten.[5] Dementsprechend liegt der Schwerpunkt ihrer Darstellung auf den kulturellen Leistungen der Russen Estlands, die nach den Ergebnissen der ersten Volkszählung (1922) des jungen Staates mit gut 91 000 Personen (8,2%) die größte nationale Minderheit des Landes bildeten.[6] Angesichts des oben angedeuteten Dilemmas, ob diese Minorität als Emigranten aufzufassen sei, verwundert es, daß Pachmuss diesem Problem keinerlei Rechnung trägt. Sie behauptet einfach, daß 73 000 Alteingesessene[7] sich unter Bewahrung ihrer kulturellen Unabhängigkeit vollständig integriert hätten (S. 143). Weder erläutert Pachmuss diese Quadratur des Kreises, noch differenziert sie im folgenden die Zusammensetzung der russischen Minderheit Estlands, sondern konzentriert sich auf deren literarische Aktivitäten. Die Voraussetzung der kulturellen Selbständigkeit des russischen Bevölkerungsteils Estlands in der Zwischenkriegszeit — die staatliche Minderheitenpolitik — kommt ebensowenig zur Sprache wie russische Identitätsprobleme in dem ehemaligen Gouvernement, geschweige denn das Verhältnis der Russen zu den anderen nationalen Minderheiten des Landes. Daß einige der von Pachmuss genannten russischen Literaten deutsche Namen trugen (Karl Karlovič von Hoerschelmann <sic>, Freiherr von Brenndorff, Meta Al'fredovna Roos) — und somit der deutschbaltischen Minderheit entstammen dürften —, wird nicht thematisiert. Am auffälligsten erscheint jedoch der Umstand, daß Pachmuss' Beschränkung auf die literarisch tätigen Russen die estnische Bevölkerungsmehrheit, ja selbst deren Schriftsteller ausschließt. Wechselbeziehungen mit der estnischen Kultur werden zwar angedeutet — so übersetzte der russische Dichter Jurij Dmitrievič Šumakov Gedichte von Marie Under —, doch scheinen sie Randerscheinungen geblieben zu sein. War dies die Folge selbstgewählter Isolation oder staatlicher Aus-

---

5 Temira Pachmuss, Russian Literature in the Baltic between the World Wars. Columbus 1988, sowie dies., A Moving River of Tears. Russia's Experience in Finland. New York (u.a.) 1992 (American University Studies. Series XII: Slavic Languages and Literature. 15.).

6 Georg von Rauch, Geschichte der baltischen Staaten. München 1990, S. 86.

7 Pachmuss nennt die Quelle ihrer Zahlen nicht. Daß die von ihr postulierte Zahl von 18 000 ‚neuen' Russen Estlands verblüffenderweise mit der Kampfstärke der Nordwest-Armee General Judeničs im Herbst 1919 übereinstimmt (vgl. Aleksandr P. Rodzjanko, Vospominanija o severo-zapadnoj armii <Erinnerungen an die Nordwest-Armee>. Berlin 1921, S. 94-97), wird mit keinem Wort erwähnt. Die Flüchtlinge aus russischen Gebieten, die sich dem Rückzug der Nordwest-Armee anschlossen, bleiben in dieser Rechnung offenbar unberücksichtigt.

grenzungspolitik? Nach der Lektüre dieses Artikels scheint es, als ob das russische Kulturleben im Estland der Zwischenkriegszeit vollständig ohne estnische Beteiligung stattgefunden habe — es sei die Frage gestattet, wie es sich dann mit der erwähnten Feststellung Pachmuss' verhält, die Russen seien vollständig integriert gewesen?

Angesichts der erklärten Absicht von Pachmuss, die „Charakteristika des russischen Lebens in Estland" (S. 141) aufzuzeigen, fällt das Ausklammern der sozialen Lage der Flüchtlinge besonders ins Gewicht. Neben den Mannschaften der ehemaligen Nordwest-Armee General Nikolaj N. Judeničs, die nach ihrem gescheiterten Angriff auf Petrograd und ihrer Entwaffnung durch die Esten im November 1919 in den estnischen Torfgruben eingesetzt wurden, müssen auch Tausende ziviler Flüchtlinge aus dem Petrograder und Pskover Gebiet, die sich vor der Roten Armee nach Estland gerettet hatten, große Not gelitten haben — falls sie die Typhusepidemie, die sich im russisch-estnischen Grenzgebiet angesichts der unzureichenden hygienischen Verhältnisse in den Lazaretten und den Flüchtlingslagern ausgebreitet hatte, überlebt hatten. Ein Bericht des „Komitees der russischen Emigranten in Estland" ging zum 1. Juli 1921 von 12 167 Flüchtlingen und ca. 2 000 ehemaligen Soldaten der Nordwest-Armee aus.[8]

Nur allzuoft scheint Pachmuss in erster Linie von eigenen Erinnerungen zu zehren. So ist sie nicht davor gefeit, das russische Leben in Estland zu beschönigen. Schlögel hat in seiner Einleitung darauf hingewiesen, daß die Emigration „hervorgegangen (sei) aus der Spaltung der alten Reichsgesellschaft und aus den Frontbildungen des Bürgerkriegs" (S. 11), und vor ihrer Verklärung bzw. Verharmlosung gewarnt. Doch scheint es nach Pachmuss' Darstellung nicht einmal innerhalb der Minderheit ernsthaft Dissens gegeben zu haben. Und wenn sie Konflikte andeutet, bleiben bei ihr viele Fragen offen. So berichtet sie z.B. über die Zeitung „Vesti dnja" („Nachrichten des Tages"), die „nur den estnischen Standpunkt und Artikel über das estnische Leben (Zensur?; K. B.)" veröffentlicht habe. „Populär (bei wem?; K. B.) und informativ (?)" sei sie zwar gewesen, doch habe ihr Herausgeber, ein ehemaliger Armeeoffizier mit Namen Aleksandr Eduardovič Schulz, „seine Mitarbeiter nicht ihren eigenen Standpunkt vertreten" lassen (S. 152). Der Leser erfährt lediglich, daß diese ein kurzlebiges Konkurrenzblatt („Tallinskij russkij golos" <„Die Tallinner russische Stimme">) zu veröffentlichen begannen, doch bleibt beispielsweise offen, welche Motivation Schulz für seine auf die Esten kon-

8 Eesti Riigiarhiiv (Tallinn), Bestand 1, Findbuch 9, Akte 439, Blatt 3.

zentrierte Berichterstattung hatte. Pachmuss weiß weder zu berichten, wann sich dieser Skandal ereignete, noch wie sich die Tallinner Behörden dazu stellten bzw. welches Echo er unter der russischen Minderheit auslöste. Eine Durchsicht der im Tallinner Staatsarchiv vorhandenen Materialien der Politischen Polizei könnte hier Klarheit schaffen.

Glücklicherweise finden sich in den Beiträgen des Übersetzers und profunden Kenners des russischen Pressewesens in Lettland, Jurij I. Abyzov (Riga; „Der lettische Zweig der russischen Emigration", S. 112-140), und der finnischen Sprachwissenschaftlerin Marja Leinonen (Helsinki; „Die russische Emigration in Finnland", S. 165-193) reichhaltige Informationen über die Lage der Russen in diesen ehemaligen russischen Gouvernements. Abyzov problematisiert zunächst den juristischen Rahmen des russischen Lebens in Lettland. Da es nach fünf Jahren Aufenthalt möglich war, Staatsbürger zu werden, seien allerdings differenzierte Angaben über die Größe der russischen Kolonie zu Beginn der 20er Jahre nur schwer zu ermitteln. Abyzov meint jedoch, von ca. 200 000 Russen in Lettland ausgehen zu können, von denen die Mehrheit allerdings bereits vor 1917 dort gelebt habe (S. 115). Er differenziert im folgenden zwischen Alteingesessenen und Zugereisten und bekommt so das Problem der ‚Emigration' der Russen in Lettland besser in den Griff. Behandelt wird v.a. die mentale Seite des russischen Lebens dort. Nach den Worten der von Abyzov zitierten Irina Saburova befand sich die russische Bevölkerung „im Westen, in der ‚Emigration', und lebte trotzdem weiter in ihrer Heimat" (S. 139). Sie seien „keine ausländische Kolonie" gewesen, wie die Russen in Paris oder Berlin, „sondern eine nationale Minderheit mit kultureller Autonomie" (ebd.). Neben den juristischen Rahmenbedingungen wäre Abyzovs Behauptung für Estland zu überprüfen, daß die russischsprachige Gemeinschaft von Präsident Kārlis Ulmanis unter der Parole „Lettland den Letten" seit Mitte der 30er Jahre an den Rand gedrängt worden ist (S. 139). War dies auch unter dem autoritären Regime von Konstantin Päts der Fall? Leider bleibt der Beitrag von Pachmuss auch hier eine Antwort schuldig.

Dem Artikel von Marja Leinonen über die Russen in Finnland merkt man die wissenschaftliche Auseinandersetzung der Verfasserin mit dem Thema an.[9] Ihr Hauptaugenmerk liegt auf dem Verhältnis des finnischen

[9] Vgl. Natalia Baschmakoff, Marja Leinonen, Iz istorii i byta russkich v Finljandii 1917–1939. Po pečatnym materialam, vospominanijam i rasskazam samich russkich (Aus der Geschichte und dem Alltag der Russen in Finnland 1917–1939. Aufgrund von gedruckten Materialien, Erinnerungen und Erzählungen der Russen selbst). Tl. 1, in: Studia Slavica Finlandensia VII. Helsinki 1990, S. 1-100.

Staates zu seiner verhältnismäßig kleinen russischen Bevölkerungsgruppe. Sie umfaßte auf dem Höhepunkt der Emigrationswelle 1921/22 nur 19000 Personen und nahm in der Folge wieder ab (S. 183). Anhand der Akten der Zentralen Finnischen Geheimpolizei gelingt es Leinonen, einen Einblick in die Organisationsvielfalt der zumeist monarchistisch orientierten Russen in Finnland zu geben. Die Grenze war nah, und man träumte in diesen Kreisen von einer militärischen Intervention. Dankenswerterweise geht Leinonen detailliert auf den seit Ende 1918 in Helsinki lebenden General Judenič ein (S. 170-176), der im Juli 1919 in Estland das Kommando über die Nordwest-Armee übernahm, um im Oktober/November einen letztlich gescheiterten Angriff auf Petrograd zu unternehmen. Dadurch erhält der Leser so ganz nebenbei, auf dem Umweg über Finnland, die für das Verständnis des Flüchtlingselends in Estland notwendigen Hintergrundinformationen. Leinonens Beitrag liefert damit eine ausgewogene Studie sämtlicher Bereiche des russischen Lebens in Finnland und läßt um so mehr erkennen, wie wenig Fakten im Vergleich der Artikel von Pachmuss zu bieten hat.

Karsten Brüggemann, Hamburg

Magnus Ilmjärv, Nõukogude Liidu ja Saksamaa vahel. Balti riigid ja Soome 1934–1940 (Zwischen der Sowjetunion und Deutschland. Die baltischen Staaten und Finnland 1934–1940). Tallinn: Eesti Teaduste Akadeemia 1993, 173 S. (Summary: The Baltic States and Finland 1934–1940, S. 139-145) (Academia. 3.).

Die Zwischenkriegszeit als Gegenstand der Geschichtsforschung in Osteuropa kann man in den letzten 50 Jahren vielleicht am besten als *terra non grata* bezeichnen: Vor allem in der Sowjetunion, die sich 1940/1945 Gebiete einverleibt hatte, die in den 20er und 30er Jahren eine grundlegend andere Entwicklung genommen hatten als Rußland, waren bestimmte Bereiche aus dem öffentlichen Bewußtsein nahezu völlig ausgeklammert.

In Estland wie im Baltikum überhaupt mußte nach der sowjetischen Annexion die Geschichte neu geschrieben werden, während die alten Geschichtsbücher z.T. physisch vernichtet wurden. Kaum weniger zimperlich ging man mit deren Verfassern um. Da zu jenem Zeitpunkt, wie sollte es anders sein, noch *nicht* reihenweise Monographien über die 20er und 30er Jahre vorlagen, konnten die Moskauer Ideologen das so entstandene

Vakuum mit Geschichtsversionen ihrer Prägung füllen, und so entstand bezüglich Estland ein verzerrtes Bild von der „Cliquen-Zeit", einer „faschistischen Diktatur", einem „bürgerlichen Joch" etc. Im Gegenzug führte die inoffizielle, mündlich überlieferte Geschichte zu einer Idealisierung und Mythologisierung jener 20 Jahre, was im Kontrast zur Sowjetrealität auch nicht sonderlich schwer fiel. Zwischen diesen beiden Extremen hatte nüchterne Wissenschaft keinen Platz mehr, und es ist verständlich, daß man sich nun, nach dem Fortfall der ideologischen Fesseln, verstärkt jenem Zeitraum zuwendet, denn hier gibt es in der Tat einiges nachzuholen.

Eines der brennendsten Probleme, das aus verständlichen Gründen bisher überhaupt nicht untersucht werden konnte, ist die Frage nach den Ereignissen von 1940: Wie ist eigentlich alles gekommen? Und mußte es so kommen? Die aberwitzige Sowjetthese von der „sozialistischen Revolution" von 1940 war schon immer im Handumdrehen widerlegbar, da die Fakten der Ultimaten, Militärbasen etc. sattsam bekannt sind. Entgegengesetzt wurde dem seit langem die plausible Position von der Übermacht der bösen Großmächte und der Chancenlosigkeit des dazwischengepreßten Kleinstaates. Dies ist größtenteils gewiß auch wahr, denn an der perversen kriminellen Energie von Hitler und Stalin gibt es nicht viel herumzudeuteln, aber es bleibt eine unbefriedigende Antwort, weil sie für einen Staat wie Estland somit hilflose Handlungsunfähigkeit und schutzloses Ausgeliefertsein geradezu als Geburtsfehler des Staates implizieren würde. Und das wiederum würde bald die estnische Staatlichkeit als solche in Frage stellen, woran niemandem in Estland gelegen ist.

Auch Magnus Ilmjärv wollte sich nicht mit dieser vielleicht als „Schlachtbank-Theorie" zu bezeichnenden Version der Geschichte abfinden und das Spannungsfeld, in dem sich die zwischen Hitler-Deutschland und Stalins Sowjetunion befindlichen Nationen befanden, näher beleuchten. Ermöglicht wurde dies durch die veränderte politische Situation, die nun auch die Archive in Osteuropa der Forschung geöffnet hatte. Abgesehen davon, daß viele Archivalien zum ersten Mal eingesehen werden konnten, ist jetzt auch eine parallele Untersuchung östlicher und westlicher Quellen möglich geworden. Die vorliegende Studie basiert demzufolge vorwiegend auf Material, das der Autor aus den Archiven in Tallinn (Estnisches Staatsarchiv, Polizeiarchiv), Riga (Zentrales Staatliches Geschichtsarchiv), Helsinki (Archiv des Außenministeriums, Staatsarchiv, Militärarchiv, Archiv der Finnischen Literatur-Gesellschaft), London (Public Record Office, Foreign Office), Bonn (Politisches Archiv des Auswärtigen Amts), Moskau (Archiv für Außenpolitik der UdSSR) und

Stockholm (Archiv des Außenministeriums im Schwedischen Staatsarchiv, Baltisches Archiv) zusammengetragen hat.

Der Schwerpunkt der Arbeit liegt auf einer Betrachtung und bisweilen minutiösen Nachzeichnung der außenpolitischen Entwicklung — mit einem leichten Übergewicht bei Estland und Finnland. Vor allem sind es die entsprechenden Botschafterberichte, mit deren Hilfe Licht in das diplomatische Dunkel gebracht werden soll. Hauptanliegen des Autors ist, den Nachweis einer Deutschland-Orientierung bei Estland (und in den anderen baltischen Staaten) zu führen, die sich für die Staaten als schicksalhaft erwiesen habe. Da alle drei zusätzlich keine „offenen" Gesellschaften gewesen seien, sondern in mehr oder weniger autoritären Verhältnissen lebten, in denen es — mit deutlicher Abstufung zwischen den drei Ländern — gewisse Beschränkungen des öffentlichen Lebens und ja auch eine Pressezensur gab, haben die Staaten — im Gegensatz zu Finnland, wo die Verhältnisse ja ganz anders waren — ihre Unabhängigkeit nicht bewahren können. Gerade die parallele Beleuchtung der Entwicklung in Finnland macht dies in der Tat sehr deutlich.

Den Beginn der Deutschland-Orientierung Estlands setzt Ilmjärv auf den Mai 1936 an, als der estnische Außenminister Julius Seljamaa von Friedrich Akel abgelöst wurde. Bereits am 16. Mai 1936 berichtete dann der Britische Botschafter in Riga, Edmund Monson, seinem Foreign Office, er befürchte, daß Estland unter den Einfluß Deutschlands gerate (S. 29). Es werden in der Folge noch eine ganze Menge Fakten und Details zusammengetragen, die diese verhängnisvolle Orientierung der estnischen Außenpolitik plausibel erscheinen lassen, wenngleich fraglich ist, ob der „Beweis" letztendlich erbracht werden konnte: Bei einigen Quellen hätte man etwas kritischer sein können (z.B. wenn Verhörprotokolle herangezogen werden, S. 30 u. 65; s. unten), und auch Memoiren (S. 38) sind nur begrenzt nutzbar.

Man würde dem Autor indes nicht gerecht, wenn man den Wert der Arbeit am gelungenen oder mißglückten Nachweis der „Deutschland-Orientierung" messen würde. Mit dem reichhaltig herangezogenen und ausgewerteten Quellenmaterial wird ein Teil der Diplomatie der 30er Jahre vor unseren Augen ausgebreitet, der bisher so nicht bekannt war. Auch muß man sich allmählich vom schicksalhaften Gedanken der „Überfallartigkeit" des Hitler-Stalin-Paktes verabschieden, wenn man erfährt, daß der finnische Vertreter beim Völkerbund, Rudolf Holsti, bereits am 2. Juli 1939 sein Außenministerium darüber informiert hat, daß Deutschland der Sowjetunion neben einem großen Kredit auch politische Zusammenarbeit auf Kosten der Unabhängigkeit Polens, Litauens, Lettlands und Estlands angeboten habe, und zwar dergestalt, daß Polen zwischen Rußland und

Deutschland aufgeteilt werde, während Rußland im Gegenzug Estland, Lettland und Litauen vollständig annektieren dürfe (S. 64). Am Ende kommt mindestens soviel heraus: Manche haben mehr gewußt, als sie zugegeben haben, und manche haben womöglich weniger getan, als sie hätten tun können.

Ein solches Bild paßt aber nicht in die „Schlachtbank-Theorie", und wohl deswegen sieht sich Ilmjärv derzeit heftigen Angriffen ausgesetzt; man kann fast von einem schwelenden „Historiker-Streit" estnischer Machart sprechen. Die Vorwürfe lauten auf kritiklose Übernahme sowjetischer Quellen und Verwertung von KGB-Materialien auf der Suche nach Wahrheit. Gewiß, der Umgang mit unter Druck zustandegekommenen Texten ist problematisch, aber darauf weist der Autor auch in seiner Einleitung hin. Und solange man sich dessen bewußt ist, ist ihre Heranziehung nicht nur legitim, sondern höchst notwendig. Nur muß man von Fall zu Fall überlegen, was man beweisen kann und was nicht. Beispielsweise macht Konstantin Päts in seinem Verhör (August 1941) die folgende Aussage: „(...) in dem Moment, als der Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und Deutschland (...) geschlossen war, war mir nicht klar, was im Vertrag über die Frage der baltischen Staaten und besonders Estlands stand (...) Dann, im Gespräch mit dem Oberbefehlshaber der estnischen Armee, General Laidoner, bat ich ihn, diese Frage mit Hilfe des ihm unterstehenden Apparats zu klären (...) ich dachte, daß der Apparat des Oberbefehlshabers in jedem Fall über große Möglichkeiten zur Lösung dieser Frage verfügte (...) Im Gespräch mit mir sagte Laidoner in dieser Frage, daß er über seinen Apparat, und so wie ich ihn verstand, meinte er Spionage, kontrolliert — wie die tatsächlichen Pläne der Sowjetunion und Deutschlands hinsichtlich der baltischen Staaten aussehen" (S. 65). Es besteht in diesem Falle kein Grund, daran zu zweifeln, daß sich der Präsident erstens über den genauen Inhalt des Vertrages nicht im klaren war und zweitens höchst besorgt war. Man darf also die Schlußfolgerung ziehen, daß er um die Bedeutung des Vertrages wußte. Der zweite Teil der Aussage über die Spionage ist möglicherweise weniger brauchbar, weil man hier in die Nähe des Lieblingsvorwurfs des stalinistischen Terrorapparats kommt. Aber der erste Teil der Aussage ist meiner Meinung nach im erwähnten begrenzten Ausmaße durchaus verwertbar — und nicht zuletzt waren ja genau deswegen, weil sie der Wahrheit eben doch relativ nahe kamen, alle Archivalien jahrzehntelang so streng unter Verschluß.

Der Wunsch, die letzten 50 Jahre zuzuschütten und durch eine a priori Disqualifizierung der Quellen für die Geschichtsforschung unzugänglich zu machen, ist jedoch bei einigen Vertretern der Zunft erkennbar. Wenn dann noch zwei „schwere Vergehen" hinzukommen, hat ein Historiker,

hat Magnus Ilmjärv, eine schweren Stand: Zum einen wagt er es — wie es ihm seine Quellen halt diktieren —, den geliebten letzten „freien" Präsidenten, Konstantin Päts, zu kritisieren, zum anderen erlaubt er sich, Anfang der 90er Jahre, als ganz Estland eigentlich jauchzen sollte, weil es das russische Joch abgeschüttelt hat, das ja ohne Wenn und Aber das größte Übel der Welt gewesen sei, darauf hinzuweisen, daß die Deutschen keine geringeren Verbrecher waren und ebenso schuldig am Untergang Estlands gewesen sind.

Bei der neuen Deutschland-Orientierung Estlands und auch Teilen der estnischen Geschichtswissenschaft sorgt das bisweilen für Unruhe und Anfeindungen. Magnus Ilmjärv schwimmt auf der Suche nach der Wahrheit gegen den Strom — aber stromaufwärts liegen die Quellen.

Cornelius Hasselblatt, Hamburg

Die Außenpolitik der baltischen Staaten und die internationalen Beziehungen im Ostseeraum, hrsg. v. Boris Meissner, Dietrich A. Loeber u. Cornelius Hasselblatt. Hamburg: Bibliotheca Baltica 1994, 506 S., Skizzen u. Tabellen.

Die innere und äußere Konsolidierungsphase der baltischen Staaten ist nicht zuletzt dadurch gekennzeichnet, daß die notwendigen Wirtschaftsreformen bereits gegen Ende der 80er Jahre einsetzten, während die Wiederaufnahme einer selbständigen Außen- und Sicherheitspolitik effektiv erst mit der allgemeinen Anerkennung der Unabhängigkeit Ende 1991 möglich wurde. Seitdem haben sich die baltischen Staaten kontinuierlich und intensiv um einen Neuaufbau ihrer Beziehungen zur Außenwelt bemüht — mit dem Ziel, einen anerkannten Platz in der internationalen Völkergemeinschaft zu finden.

Sowohl die sich in dieser Situation ergebenden vielfältigen innen- als auch die außenpolitischen Problemfelder sind seit Jahren Gegenstand der Tagungen, die von der Studiengruppe für gegenwartsbezogene Baltikumforschung — meist in Zusammenarbeit mit dem Göttinger Arbeitskreis e.V. — veranstaltet werden. Diese Symposien zeichnen sich dadurch aus, daß auf ihnen Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen mit Politikern und Diplomaten aus mehreren betroffenen Ländern ausgiebig die Vielfalt der Themen und Aspekte behandeln und diskutieren können. Auf

diese Weise erhalten die Ergebnisse einen ebenso aktuellen wie fundierten wissenschaftlichen Charakter.

Ihren Niederschlag finden die Tagungsbeiträge regelmäßig in anerkannten Publikationen (wie kürzlich in dem Sammelband „Die Wirtschaft der baltischen Staaten im Umbruch", hrsg. v. Boris Meissner, Dietrich A. Loeber u. Egil Levits. Köln 1993). Auch der jüngste Band über die Außenpolitik und internationalen Beziehungen ist das Ergebnis eines vom 20.–22. September 1993 in der Ostsee-Akademie in Lübeck-Travemünde abgehaltenen internationalen Symposiums. Von den 40 dort präsentierten Referaten wurden 29 in die vorliegende Publikation aufgenommen, einige erfreulicherweise bis ins Jahr 1994 aktualisiert. Naturgemäß unterscheiden sie sich zum Teil erheblich in Umfang, Darstellungsweise und wissenschaftlicher Durchdringung des Stoffes.

Der Sammelband gliedert das umfassende Thema in neun Abschnitte, die ein sehr breites Spektrum behandeln. Zunächst werden die Grundlagen baltischer Außenpolitik und die internationale Stellung der baltischen Staaten von Kārlis Kangeris, Berndt von Staden und Friedrich Frhr. Waitz von Eschen behandelt, wobei Kangeris anfangs umfassend die historischen Voraussetzungen und geopolitischen Bedingungen baltischer Außenpolitik unter Einschluß auch der neueren Regionalismusdebatte darstellt (S. 11-35). Während sich von Staden kurz dem Verhältnis der baltischen Staaten zu europäischen Institutionen zuwendet, behandelt Frhr. Waitz von Eschen ausführlich deren Stellung in internationalen Organisationen, vor allem in den Vereinten Nationen (S. 44-66).

Fragen der Menschenrechte in Außenpolitik und Gesetzgebung gilt der zweite Abschnitt mit Beiträgen zur Sprachenpolitik in Estland (Mart Rannut, S. 67-86), über die Menschenrechtspolitik in Lettland (Juris Bojars, S. 87-145) und in Litauen (Zenonas Namavičius/Andreas Hollstein, S. 146-160). Probleme der Zusammenarbeit im gesamten Ostseeraum mit besonderer Betonung des Gebietes Kaliningrad/Königsberg werden im dritten Teil von Māris Riekstiņš, Arturs Puga und Hubertus Neuschäffer behandelt, während Fragen der militärischen Sicherheit in dieser Region von Hain Rebas, Bernd Weber, Rein Helme und Peer Lange diskutiert werden. In einem eigenen Abschnitt über verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen wendet sich Henn-Jüri Uibopuu dem estnischen Gesetz über die auswärtigen Beziehungen von 1993 zu, bevor die außenwirtschaftlichen Beziehungen zwischen Estland und Deutschland von Sven I. Oksaar, zwischen Litauen und Deutschland von Zenonas Namavičius und die litauische Wirtschaftsreform von Jonas Rudalevičius thematisiert werden.

Im siebten Abschnitt tritt das Verhältnis der westlichen Anrainerstaaten zur baltischen Region in den Mittelpunkt. Nacheinander werden Finnland von Antti Karppinen, Schweden von Lars Fredén, Polen von Adam Gwiazda und Deutschland von Nortwin Graf Leutrum behandelt.

Die beiden letzten Abschnitte sind dem umfassenden Aspekt Rußland gewidmet. Unter der übergreifenden Formulierung der außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Beziehungen der baltischen Staaten mit der Rußländischen Föderation kommen folgende Einzelaspekte zur Sprache: das Problem des Truppenrückzugs (Gerhard Wettig), die estnisch-russischen Verhandlungen (Rein Helme), die wirtschaftlichen Auswirkungen der Lostrennung Estlands (Kalev Kukk) und Litauens (Johann Butting) von der Sowjetunion sowie die Freie Wirtschaftszone an der Daugava (Alexandr Krassilnikow).

Abschließend wird in drei Beiträgen das Verhältnis Rußlands zur baltischen Region behandelt, einmal am Fallbeispiel Lettlands nach dem Putsch (von Lubova Zile), zum anderen überblicksartig die Hauptrichtungen der russischen Politik in Geschichte und Gegenwart von Heinrihs Strods. Der Sammelband wird abgerundet durch den die einschlägige Literatur souverän einbeziehenden und aktualisierten Beitrag des Vorsitzenden der Studiengruppe, Boris Meissner, über die russische Politik gegenüber der baltischen Region als Prüfstein für das Verhältnis Rußlands zu Europa (S. 466-504).

Die Gesamtheit der Beiträge, von denen vier in englischer Sprache verfaßt sind, zeigt in thematischer und methodischer Hinsicht unterschiedliche Möglichkeiten, einzelne Aspekte des Generalthemas zu behandeln. Abhängig ebenso von den jeweiligen Fragestellungen wie nicht zuletzt von der Quellenlage, reicht die Spannbreite von der eindringenden, die Fachliteratur verarbeitenden Darstellung wie besonders bei den einführenden und abschließenden Beiträgen von Kangeris und Meissner bis zur knappen punktuellen Analyse gegenwärtiger Vorgänge bei Riekstiņš, Rebas und Helme. Dieser unterschiedliche methodische Ansatz, die Verbindung von Gegenwartsanalyse mit historischer Tiefenschärfe im Zusammenwirken von Juristen, Wirtschaftswissenschaftlern, Politologen, Historikern und Politikern oder Diplomaten zeichnet auch den vorliegenden Band aus. Was nicht nur für den außenpolitischen Themenbereich gilt, wird hier wieder in vorbildlicher Weise geleistet: die notwendige Einbettung der vielfältigen Probleme der baltischen Staaten in größere Zusammenhänge. Mit dieser Publikation beweist die Studiengruppe nicht nur erneut ihren fachlichen Rang, sondern zeigt darüber hinaus, wie notwendig es ist, gerade auch in Deutschland kontinuierlich eine interdiszi-

plinäre und internationale gegenwartsbezogene Baltikumforschung zu betreiben.

Michael Garleff, Oldenburg

Anatol Lieven, The Baltic Revolution. Estonia, Latvia, Lithuania and the Path to Independence. 2. Aufl., New Haven/London: Yale University Press 1994, XLVII, 454 S., Illustrationen.

Mit dem Beginn der Reformen Gorbačëvs begannen die baltischen Republiken Estland, Lettland und Litauen zunehmend das Interesse der internationalen Öffentlichkeit und der westlichen Medien auf sich zu ziehen. Die nationalen Eliten und die Bevölkerung der drei Ostseerepubliken leisteten Schrittmacherdienste in dem Prozeß, der unter der Bezeichnung „Perestrojka" in die Weltgeschichte eingegangen ist und das Ende der kommunistischen Herrschaft im Osten des europäischen Kontinents einläutete. Die weitgehend gewaltfreie Wiederherstellung der Unabhängigkeit der drei baltischen Staaten darf als Beispiel für die Möglichkeiten passiven Widerstandes gegen eine Okkupationsmacht gelten und war unzweifelhaft Ausdruck des Willens der baltischen Völker, eine freie und demokratische Gesellschaft aufzubauen.

Im deutschsprachigen Raum wurde das Schicksal des Baltikums nach 1945 durch die deutschbaltische Geschichtsschreibung und Literatur im Bewußtsein von Fachleuten, interessierten Laien und der politischen Öffentlichkeit wachgehalten. Hingegen fristete die Publizistik, Historiographie und Literatur zu den und über die baltischen Staaten im englischsprachigen Teil der Welt, und besonders in Großbritannien, ihr Dasein am Rande des öffentlichen Lebens. Die Auszeichnung eines Buches über die Geschichte und Politik der baltischen Staaten mit dem prestigeträchtigen „George Orwell Prize" und die Kür zum „Notable Book of the Year 1993" durch die „New York Times Book Review" mutet daher, selbst nach den aufsehenerregenden Ereignissen Anfang der 90er Jahre, um so erstaunlicher an.

„The Baltic Revolution" ist das Werk eines Weltbürgers und Journalisten mit schriftstellerischem Talent, welches jedem Leser mit einer Vorliebe für eine Mischung aus treffender Wertung, romanhaftem Stil und englischem Witz großes Vergnügen bereiten wird. Nur derjenige wird enttäuscht sein, der ein Handbuch im Stile des von Boris Meissner edierten

und 1991 in 2. Auflage im Markus-Verlag Köln erschienenen Werkes „Die Baltischen Nationen. Estland — Lettland — Litauen" erwartet hätte. Lieven offeriert zwar eine detaillierte historische, kulturgeschichtliche und politische Analyse des baltischen Raumes, doch er setzt Schwerpunkte, die sich nur aus seinen persönlichen Erfahrungen während des Aufenthaltes dort ergeben und dem Charakter eines Handbuches widersprechen.

Anatol Lieven, der Abkömmling eines deutschbaltischen Vaters und einer irischen Mutter, welcher im multikulturellen London erzogen und im renommierten Cambridge ausgebildet wurde, ist sich dieser Probleme seines Buches durchaus bewußt. Bereits im Vorwort verweist er z.B. auf das Übergewicht litauischer Fragestellungen, die er diskutiert. Seine Selbstkritik geht weiter, wenn er bewußt auf die außerordentliche Breite verweist, die er den litauisch-jüdischen und litauisch-polnischen Problemen widmet. Ebenso empfindet er seine Beschreibungen „nationaler Mentalitäten" häufig als zu drastisch, ohne im Buch diesem Umstand Rechnung zu tragen und Korrekturen vorzunehmen. Seine kritische Haltung gegenüber Auswüchsen des baltischen Nationalismus ist wahrscheinlich für die Mehrzahl der westlichen Leser zu akzeptieren, denn er unterstreicht, er kritisiere von einer Position genereller Sympathie für die Balten, was im Buch auch deutlich zum Ausdruck kommt. Die Beschreibung seiner Gefühle beim Besuch des früheren Familienbesitzes in Lettland macht diese Einschätzung noch glaubwürdiger. Der Autor gewinnt sicherlich ebenfalls die Sympathie jedes Lesers, wenn er sich mit typisch britischem Humor über seine eigenen Vorurteile lustig macht, die er als „Kosmopolit ohne Wurzeln" gegenüber Symbolen der nationalen Identität der Balten hegt. Zudem erkennt er, daß der baltische Nationalismus den Esten, Letten und Litauern sowohl die Kraft zum nationalen Überleben in den letzten 50 Jahren als auch die Stärke für ihren Freiheitskampf gegeben hat.

Ansonsten sind bereits sein Vorwort zur zweiten Auflage und seine Einführung in das Thema exakte Untersuchungen aktueller baltischer Politik, der Reaktionen des Westens und des großen östlichen Nachbarn, die man in dieser Qualität nur selten so komprimiert finden kann. Er stellt nicht nur richtig fest, daß kein einziger Soldat aus Westeuropa für die Unabhängigkeit der baltischen Staaten in den Tod geschickt würde, sondern auch, daß das westliche Verständnis des Baltikums zum großen Teil durch Unkenntnis, Ignoranz und einer falschen Perzeption eines „baltischen Raumes" unter Vernachlässigung der nicht unerheblichen Unterschiede zwischen den dortigen Völkern geprägt wird. Gleichfalls trifft er des Pudels Kern, wenn er auf das administrative Chaos und die Gegensätze zwischen z.B. Außen- und Verteidigungsministerium verweist, welche die russische Politik gegenüber dem Baltikum prägen. Allerdings ist seine Einschätzung

der russischen Außenpolitik wohl doch etwas optimistisch, wenn er unter Verweis auf chauvinistischere Kräfte bestreitet, daß Jelzins Regierung eine Tendenz zum imperialen Gebaren zeigt. Auch im Bereich der Innenpolitik der baltischen Staaten erweist er sich als Kenner der Materie, der u.a. auf das Fehlen genauer Kenntnisse über die inneren Verhältnisse und Strukturen der Immigrantengemeinschaften und die im Unterschied zu Estland existierende Gefahr der Machtübernahme durch „radikale Nationalisten" in Lettland verweist. Diese Gefahr begründet er mit seiner richtigen Beobachtung einer Spaltung zwischen politischer Elite (gebildet durch Letten) und wirtschaftlicher Elite (häufig russischsprachig), die zwar z.T. auch in Estland existiert, aber durch die demographische Lage in Lettland brisanter ist. Ob man jedoch seiner Einschätzung völlig zustimmen kann, daß Estlands Haltung zu Europa eher nordisch-demokratisch sei, während Lettland und Litauen sich in das osteuropäisch-nationalistische Muster einordnen lassen, ist zumindest fraglich.

Im ersten Kapitel stellt Lieven seine allgemeinen Eindrücke aus den drei baltischen Ländern dar, die jeder aufmerksame westeuropäische Beobachter teilen wird, die aber nicht unbedingt spezifisch baltisch, sondern eher typisch für Osteuropa in unseren Tagen sind. Im gesamten Kapitel überbetont er leider die bereits erwähnten Stereotypen der „nationalen Mentalitäten" der Balten im allgemeinen und der Esten, Letten und Litauer im besonderen. Er versucht gleichzeitig, und nicht zu Unrecht, dieses Verhalten zu erklären, indem er auf die Balten verweist, die diese Stereotypen ebenfalls zur Beschreibung des eigenen nationalen Charakters und des Charakters der Nachbarvölker verwenden. Ihm ist beizupflichten, wenn er den kosmopolitischen Charakter Rigas durch die Geschichte betont und erwähnt, daß das Flair eines „kleineren St. Petersburg" der Stadt selbst nach Jahrzehnten sowjetischer Herrschaft noch anhaftet (S. 15). In brillanter Weise stellt er die häufig unter Esten, Letten und Litauern anzutreffende Ignoranz für die baltischen Nachbarn, die von Zeit zu Zeit die Form von Verachtung annimmt, als eines der Haupthindernisse für eine engere baltische Kooperation heraus. Manche seiner Wertungen in diesem Kapitel sind allerdings überspitzt oder ganz einfach falsch, so etwa die Bemerkung zur fehlenden Gastfreundschaft in den traditionell bäuerlichen Gesellschaften (S. 19) oder über die litauische Literatursprache (S. 25).

Während der Autor im zweiten Kapitel einen Abriß der Geschichte des baltischen Raumes bis zum Ersten Weltkrieg bietet, konzentriert er sich im dritten Abschnitt auf die Jahre der ersten Unabhängigkeit Estlands, Lettlands und Litauens in der Zwischenkriegszeit. Der Versuch, die aktuellen Entwicklungen in der Innen- und Außenpolitik der baltischen Republiken mit Ereignissen in der Periode von 1918–1940 zu vergleichen,

scheint für den Historiker ein fragwürdiges Unterfangen zu sein, doch die Identifikation der wiedererrichteten Republiken mit den Zwischenkriegsstaaten sowie die sich daraus ergebende Legitimation legt diesen Ansatz nahe. Der Vergleich der autoritären Regierungen (seit 1926 in Litauen, seit 1934 in Est- und Lettland) mit radikal-nationalistischen Strömungen in der sich entwickelnden Parteienlandschaft setzt ein „Wehret den Anfängen"-Zeichen für die sich auf das parlamentarisch-demokratische Europa orientierenden baltischen Republiken. Lieven begreift die identitätsstiftende Wirkung der baltischen Geschichte zwischen 1918 und 1940 für die jungen Demokratien auch als Problem, welches sich langfristig zu einer Belastung für diese Länder entwickeln könnte. Die Erfahrungen der Exil-Esten, -Letten und -Litauer, die mit dem Image der Vorkriegsrepubliken im Herzen in den postsowjetischen baltischen Staaten eintreffen und mit völlig anderen Realitäten konfrontiert werden, illustriert diese Fragestellung in den Augen des Autors.

Die folgenden Kapitel zur Sowjetherrschaft in den baltischen Republiken und zur Rolle der Kultur im Prozeß der Nationsbildung bestechen durch die Breite der Darstellung, die der Autor durch unzählige Interviews mit Akteuren untermauert. Lieven erarbeitet hier die Ansätze für eine Sozialgeschichte des Baltikums. Dabei umfaßt seine Betrachtung die Sowjetisierung, den Widerstand und die Dissidentenbewegung sowie das Verhältnis zwischen den einheimischen Eliten und moskautreuen Balten, welches besonders in Lettland eine nicht unerhebliche Rolle spielte. Der Autor verweist auch auf den kommunistischen Nachlaß im Denken und Fühlen der baltischen Völker nach 1989 und berührt damit das sensible Feld der Identitätsstiftung und Geschichtsaufarbeitung, dessen Brisanz jedem Beobachter des deutschen Einigungsprozesses nur allzu bewußt sein muß. Die Rolle, die Folklore, Religion, Sprache und Literatur für die Bildung und Erhaltung spezifischer estnischer, lettischer und litauischer Identitäten gespielt haben, beschreibt er im fünften Kapitel, das in der nicht unbegründeten Frage gipfelt, ob der Einfluß der westlichen Massenkultur nicht das Ende besonderer baltischer Kulturen bedeuten könnte.

Die im Kapitel über Nationalitäten und Minderheiten gebotene Argumentation für ein multikulturelles Baltikum, welches Lieven als eine wirkliche Verpflichtung aus der Geschichte betrachtet, ist ob der Ereignisse auf dem Balkan eine abermalige Warnung an alle, ethnische Konflikte mit Waffengewalt zu lösen. Besonders interessant und informativ sind für den deutschen Leser wahrscheinlich die Teile des Kapitels, die er den Juden und Polen, insbesondere in Litauen, widmet. In diesem Zusammenhang wagt er sich wiederum an eine sensible Frage baltischer Geschichte, den Antisemitismus im allgemeinen und die Beteiligung von Litauern und

Letten, in geringerem Maße von Esten, am nationalsozialistischen Holocaust.

Dem wohl umstrittensten Thema in seinem Buch wendet sich Lieven im siebten Kapitel zu: den Russen im Baltikum. Er bestreitet weder die Rechtmäßigkeit der Forderung nach Abzug des sowjetischen oder russischen Militärs noch die Verständlichkeit des Wunsches, die als russische „fünfte Kolonne" verstandenen Immigranten umzusiedeln. Man kann Lieven nicht vorwerfen, er würde den Zweck dieser von Moskau initiierten Ansiedlung, die soziale Zusammensetzung der russischsprachigen Bevölkerungsgruppe und die Auswirkungen ihrer Existenz auf das gesellschaftliche Leben in den baltischen Staaten vor und nach 1991 nicht begreifen. In seiner Darstellung dieser Umstände stimmt er weitgehend mit der Mehrzahl baltischer Autoren überein, welche diese russischsprachige Bevölkerung als Gefahr für die Eigenständigkeit Est- und Lettlands ansehen. Hingegen appelliert er an den Realitätssinn der Esten und Letten, denen er zu verstehen gibt, daß sie in großem Maße im (Völker-)Recht sind, sie sich jedoch der Gewalt des Faktischen werden beugen müssen. Er warnt vor der Gefahr, die in der Kombination einer nichtassimilierten russischsprachigen Minderheit mit einer unberechenbaren außenpolitischen Führung in Moskau liegt. Gleichzeitig kritisiert er die Führung der russischsprachigen Bevölkerung ob ihres Versagens, sich von der in der Vergangenheit zu beobachtenden Kongruenz zwischen russischem Nationalismus und sowjetischem Imperialismus loszusagen und damit ihre Loyalität zu ihren heutigen Aufenthaltsländern zu beweisen. Obwohl Anatol Lieven den Umstand erwähnt, daß selbst das multikulturelle Riga seiner traditionell dort siedelnden russischen Intelligenzschicht spätestens nach 1945 verlustig gegangen ist, scheint er zu übersehen, daß den Immigranten eine demokratisch denkende Elite, die sie vertreten könnte, weitgehend fehlt. Damit ist der Weg frei für postkommunistische und chauvinistische Führer, denen nicht an einem Ausgleich mit den Regierungen in Tallinn und Riga gelegen ist, sondern die auf Moskauer Beistand hoffen. Trotzdem bleibt Lievens Rat an die baltischen Adressaten klar und deutlich, wenn er an ihre europäischen Traditionen erinnert und ihre Kompromißfähigkeit einfordert.

Im folgenden Kapitel zu den Unabhängigkeitsbewegungen und ihren Nachfolgern ab 1987 besticht Lievens Kenntnis der innenpolitischen Entwicklungen insbesondere in Litauen, aber auch in Est- und Lettland. Im Falle Litauens weist er nicht nur seine Fähigkeit zur genauen Beobachtung der Ereignisse und seine Insiderkenntnisse nach, sondern auch sein über journalistisches Interesse hinausgehendes analytisches Vermögen, wenn er u.a. eine brillante Studie der Hauptakteure zeichnet. Seine Ablehnung des

vom Westen importierten Rechts-Links-Schemas zur Beschreibung der baltischen Parteienlandschaften zeugt ebenfalls von seinem Einblick. Völlig zu Recht unterstreicht er die Bedeutung, die das Beispiel des in Lettland und Litauen zwischen Herbst 1990 und August 1991 gezeigten Mutes zum passiven Widerstand für die gesamte UdSSR hatte. Im abschließenden Kapitel geht er auf die Wiederherstellung der baltischen Staatlichkeit in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ein, und er spannt seine Darstellung von Landwirtschaft und Industrie bis zu Religion, Rechts- und Bankwesen.

Lieven verweist zu Recht in seinen zusammenfassenden Bemerkungen darauf, daß die Balten lernen müssen, mit einer Großmacht Rußland an ihrer Ostgrenze zu leben, und sie keine umfangreiche westliche materielle Unterstützung im Falle von Komplikationen im Verhältnis zu Moskau zu erwarten hätten. Dies mag ungerecht sein, aber die Geschichte der Diplomatie beweist, daß sich jede auf anderen Annahmen fußende Konzeption in den Außenministerien in Vilnius, Riga oder Tallinn als unrealistisch erweisen würde. Die Esten, Letten und Litauer wissen, daß sie einer russischen Aggression nur wenige Minuten widerstehen könnten, und viele unter ihnen befürchten, daß sich die Unterstützung des Westens in verbalen Protesten oder bestenfalls Sanktionen erschöpfen würde. Zudem warnt er vor einer inneren Destabilisierung der baltischen Staaten durch die Einführung eines „Freibeuter"-Kapitalismus, der zur Verarmung großer Teile der estnischen, lettischen und litauischen Bevölkerung führen und damit die noch zerbrechlichen Fundamente demokratischer Gesellschaften zerstören könnte. Dieser Prozeß würde natürlich auch die russischsprachigen Bevölkerungsgruppen anfälliger für eine aggressive und russisch-imperiale Propaganda machen. Lieven schließt mit dem Hinweis, daß die baltischen Republiken so lange ein umstrittenes Gebiet bleiben, bis die Russen gelernt haben, mit den Balten zu leben, und die Balten gelernt haben, mit den Russen zu leben.

Im Gegensatz zu vielen anderen englischsprachigen Werken wird in Lievens Buch sehr sensibel mit Eigennamen und geographischen Bezeichnungen des osteuropäischen Raumes umgegangen. Er widmet mehrere Seiten am Anfang der Erklärung des Systems, dessen er sich bedient hat. Nur selten treten Fehler in der Rechtschreibung auf (so heißt die Professorin für baltische Sprache an der Universität Stockholm nicht Daiba, sondern Baiba Metuzale-Kangere; S. 395, Anm. 14), und zumindest in der Übersetzung des Namens der lettischen Stadt Daugavpils wagt er sich etwas weit vor, wenn er sie als „Stadt am Fluß Daugava" übersetzt und nicht den lettischen Namen von der deutschen Bezeichnung „Dünaburg" herleitet. Dem Autor ist aber zu bescheinigen, daß er eine für ein nicht

akademisches Werk ungewöhnlich ausführliche Literaturrecherche betrieben hat, die durch einen ausführlichen Apparat am Ende des Buches, bestehend aus Chronologien, ökonomischen, demographischen und biographischen Daten, ergänzt wird.

Anatol Lieven ist es gelungen, mit seinem Werk die Brücke zwischen Publizistik und wissenschaftlicher Analyse in einer Weise zu schlagen, wie wir es in Deutschland nur sehr selten erleben und wie es selbst in der englischsprachigen Literatur nicht alltäglich ist. Sein informatives und spannendes Buch voller Brillanz und Humor, welcher jedoch nie die Ernsthaftigkeit des behandelten Gegenstandes beeinträchtigt, sollte nicht nur von Historikern und Politologen beachtet werden, sondern stellt ein Lesevergnügen für jeden literarisch Interessierten dar.

Falk Lange, London

Lauri Vahtre, Eesti kultuuri ajalogu. Lühiülevaade (Estnische Kulturgeschichte. Kurzer Überblick). Tallinn: Jaan Tõnissoni Instituudi Kirjastus 1993, 182 S., Illustrationen.

Eine estnische Kulturgeschichte, die auch im sowjetisch okkupierten Estland tabuisierte Themen wie die Religion und eine nichtideologisch orientierte historische Behandlung der Zeit der Estnischen Republik bietet, ist ein dringendes Desiderat der estnischen Kulturwissenschaft. Einen ersten Versuch, hier wenigstens vorläufig eine Lücke zu füllen, unternimmt die vorliegende Publikation von Lauri Vahtre in der Form eines als Lehrbuch konzipierten kurzen Überblicks. Manche Bereiche wie die Rechtsgeschichte und die Geschichte verschiedener materieller Kulturgüter wie der Trachten und der Kleidung, der Nahrungsmittel u.a. hat der Verfasser nicht in sein Buch aufgenommen. Für vieles fehlen noch eingehende Untersuchungen, und manche Publikation war dem Verfasser auch nicht zugänglich, so daß, wie er in seinem Vorwort auf S. 7 schreibt, „für künftig zu schreibende estnische Kulturgeschichten noch ein weites Feld bleibt". Durch die Form des Lehrbuchs fühlt er sich auch von der Pflicht entbunden, bei seiner Darstellung die von ihm benutzte Literatur zu zitieren oder bestimmte Positionen zu diskutieren. Die von ihm herangezogenen Veröffentlichungen — insgesamt 16, darunter zwei aus der Literatur der estnischen Emigration (zur Geschichte der Estnischen Republik und zur estnischen Kirchengeschichte) — werden im Rahmen des Vorworts aufgeführt.

In einer kurzen Einleitung (S. 9 f.) diskutiert der Verfasser, wie man bei der Darstellung von Kulturgeschichte vorgehen kann und welchen Weg er einschlagen will. Er möchte die Methode des Archäologen, der alle erhaltenen und von ihm ausgegrabenen Spuren einer vergangenen Kultur als Ganzes beschreibt, und die des Historikers, der aus seinem Archivmaterial auswählen muß und einzelne Bereiche mehr oder weniger unabhängig voneinander darstellen kann, miteinander verbinden. Eine besondere Schwierigkeit ergibt sich im Fall der estnischen Kulturgeschichte daraus, daß in Estland jahrhundertelang zwei Kulturen nebeneinander existierten, die der Esten und die der Deutschbalten, die zwar nicht voneinander zu trennen sind, die aber weithin selbständig und weitgehend isoliert nebeneinander bestanden. Weil aber z.B. in der eigenständigen estnischen Literatur und Kunst, die sich um die Mitte des 19. Jahrhunderts aus der deutschbaltischen entwickelten, ein Rückgriff auf die Traditionen der estnischen Volksdichtung und Volkskunst unverkennbar ist, möchte der Verfasser beide Standpunkte, den der rein estnischen und den der rein deutschbaltischen Kulturgeschichte miteinander vereinen und „sowohl von den gotischen Kirchen wie von den namenlosen Volkssängern sprechen" (S. 10).

Dazu wäre zu bemerken, daß ja auch die Erbauer der meisten gotischen Kathedralen des Mittelalters nicht namentlich bekannt sind, und daß am Bau der estnischen gotischen Kirchen natürlich auch estnische Handwerker beteiligt waren. Hinzu kommt, daß es sich ja gerade beim gotischen Baustil um eine mittelalterliche Kunstform handelt, die von Nordfrankreich seit der Mitte des 12. Jahrhunderts in alle dem europäischen Kulturkreis zugehörigen Länder eindrang und hier nationale Besonderheiten hervorbrachte. Der gotische Baustil wurde zwar nach Estland durch die deutschbaltischen Eroberer importiert, aber er war kein eigentlich deutscher Baustil, sondern ein europäischer der damaligen Zeit, und wenn Estland damals ein selbständiger Staat gewesen wäre, hätte man dort sicher auch gotische Kirchen gebaut und unter Umständen fremde Baumeister ins Land geholt, wie dies auch in Deutschland und anderen Ländern der Fall war. Eine Zuweisung bestimmter Kulturerscheinungen zu einer Nationalität gab es bekanntlich im Mittelalter überhaupt noch nicht. Die andere Nationalität wurde vor allem als sprachlich verschieden von der eigenen wahrgenommen. So bezieht sich z.B. die von den Deutschbalten geprägte, uns heute so nationalistisch erscheinende Bezeichnung der Esten und Letten als „Undeutsche" in erster Linie auf deren Sprache. So nannten die Griechen alle nicht Griechisch sprechenden Nachbarvölker „Barbaren", ein Wort, das ursprünglich lediglich „Völkerschaften, die eine unverständliche Sprache sprechen" bedeutete und das später eine ganz ande-

re Bedeutung angenommen hat. Als in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts im Zuge der Aufklärung und der Frühromantik allmählich der Begriff „Nation" im heutigen Sinne und damit auch ein Nationalbewußtsein der einzelnen Völker entstand, wurde das Wort „undeutsch" für die Esten und Letten auch von den Deutschbalten nicht mehr verwendet. Daß die estnischen Stämme sich offenbar schon im Mittelalter als ein zusammengehöriges Ganzes betrachteten und auch von den deutschen Eroberern als Einheit angesehen wurden, worauf der Verfasser unter Bezug auf die Chronik von Heinrich dem Letten verweist (S. 15), zeugt vor allem davon, daß sie sich bewußt waren, eine gemeinsame Sprache zu sprechen. So ist ein ebendort benutzter Vergleich mit der Situation im Jahre 1917, als die Esten eine Einheit über die damaligen russischen Gouvernementsgrenzen hinaus anstrebten, unangebracht. Denn die Beweggründe waren bei einem voll ausgeprägten Nationalbewußtsein im Jahre 1917 völlig andere, und die daraus gezogene Schlußfolgerung, die den Begriff „Nation" in das Mittelalter projiziert, entspringt ganz dem heutigen Bewußtsein und ist damit unhistorisch: „Das Wissen um sich selbst als einer Nation (rahvus) und um das eigene Land als Ganzes ist einer der kennzeichnendsten Züge der Nationalkultur der Esten, über dessen Zähigkeit man nur staunen kann" (S. 15).

Das Buch gliedert sich in neun chronologisch angeordnete Kapitel: I. Die Frühzeit, II. Die katholische Zeit, III. Die Reformation und die Gegenreformation, IV. Die schwedische Zeit, V. Das erste Jahrhundert der russischen Zeit, VI. Die Freilassung (d.h. die Befreiung von der Leibeigenschaft) und die Zeit des (nationalen) Erwachens, VII. Nach dem (d.h. nationalen) Erwachen und vor der Selbständigkeit, VIII. Die Zeit der Selbständigkeit und der Zweite Weltkrieg, IX. Nach dem Zweiten Weltkrieg.

Das erste Kapitel umfaßt nur zehn Seiten, da, wie der Verfasser verschiedentlich betont, über die Esten der Frühzeit nur wenig überliefert ist. Die folgenden acht Kapitel nehmen etwa 160 Seiten ein.

Über Zeiträume, aus denen wenig bekannt ist, wird viel spekuliert. So ist die Identifizierung der Kammkeramiker, die im 3. Jahrtausend v.Chr. im baltischen Raum die dort vom 8.–4. Jahrtausend v.Chr. ansässige Kundakultur ablösten, mit den Finnougriern und die der Schnurkeramiker mit der gegen Ende des 3. Jahrtausends in das Baltikum einströmenden neuen Einwanderungswelle mit den baltischen Stämmen (Letten und Litauer — die Prussen werden nicht erwähnt) rein spekulativ — die Prähistoriker sind heute weitaus vorsichtiger bei der Zuweisung solcher Kulturen, als das vor einigen Jahrzehnten der Fall war —, und die Abbildungen von rekonstruierten Köpfen, die bei den Kammkeramikern, also den Finnougriern, mongoloide und bei den Schnurkeramikern, also den Balten, „eu-

ropäische" Züge erkennen lassen, könnten heute belustigend wirken, wenn sie nicht auf eine Zeit der Rassentheorie zurückverwiesen, die alles andere als belustigende Wirkungen gezeitigt hat. Auch die Erörterungen über die heidnische Religion der Esten der Frühzeit, über die wir aus der Chronik nur spärliche Nachrichten haben, die zudem natürlich durch die christlich-antike Sehweise der „Missionare" bzw. der Ordensritter geprägt sind, sind größtenteils spekulativ. So bleiben als einzig einigermaßen sichere Grundlage dieses Abschnitts die historischen Vorgänge der Zeit, wie sie in der Chronik und anderen historischen Quellen bezeugt sind, und die Annahme, daß die Esten schon in dieser Zeit über einen großen Schatz an Volksdichtung der verschiedenen Gattungen verfügten.

Auf sichererem Boden befinden wir uns schon im Zeitraum vom 13. Jahrhundert bis zum Jahre 1520, der im zweiten Kapitel behandelt wird. Hier entwirft der Verfasser ein lebendiges Bild des kulturellen Lebens Estlands während der „katholischen Zeit" vor dem Hintergrund der „künftigen Deutschbalten" (S. 21 ff.). Das nazistische Schlagwort vom „Drang nach Osten", das hier im Zusammenhang mit der Eroberung des Baltikums durch den Deutschen Orden auftaucht (S. 21) — der deutsche Ausdruck wird in Klammern hinter der estnischen Entsprechung (ittatung) angegeben —, sollte aber in einer seriösen historischen Darstellung heute doch wohl vermieden werden, denn dazu waren die Motive der Kreuzritter und der Nationalsozialisten zu verschieden. Zustimmen kann man dem Verfasser, wenn er meint, daß in der katholischen Zeit neben der lateinischen Sprache als gesamteuropäischer *lingua franca* sowohl das Niederdeutsche als auch das Estnische (und natürlich auch das Lettische) im Baltikum „zweitrangige Sprachen" waren, daß also damals ein Gegensatz zwischen Esten und Deutsch(balt)en zumindest im sprachlichen Bereich noch nicht so ausgeprägt wie in der nachreformatorischen Zeit war (S. 24). Das trifft auch für ihre Bekleidung zu, die sich zu dieser Zeit nicht in dem Maße voneinander unterschied wie etwa zu Beginn des 19. Jahrhunderts (S. 36). Sehr überzeugend wird in diesem Abschnitt auch die besondere Ausprägung des gotischen Kirchenbaustils wie überhaupt der Architektur im Estland dieser Jahrhunderte dargestellt, die sich als ein Teil des gesamteuropäischen präsentieren.

Im dritten Kapitel werden die Reformation und die Gegenreformation ausführlich behandelt, die den Anstoß für die Entstehung eines Schrifttums und die Gründung von Schulen verschiedenen Niveaus im Baltikum gegeben haben. In Dorpat entstand dann in der schwedischen Zeit 1632 als Krönung dieser Bestrebungen die von Gustav Adolf II. gegründete Universität, die Academia Gustaviana, die sich aus einem 1630 geschaffenen Gymnasium entwickelte, das im Gebäude eines schon 1585 von den Jesui-

ten im Zuge der Gegenreformation eingerichteten Gymnasiums untergebracht wurde, das inzwischen ein wechselhaftes Schicksal gehabt hatte. In diesem wie in den folgenden Kapiteln werden in einzelnen Abschnitten zunächst ausführlich die historischen Ereignisse, einschließlich der kirchengeschichtlichen, dargestellt, im Anschluß daran Bildung, Literatur, Kunst, Theater, Musik und abschließend die estnische „Volkskultur" und „Volkskunst". In späteren Kapiteln kommen weitere Abschnitte über den „Volksglauben", die „Bildung des Bauernvolkes", die „Volksliteratur" und seit dem Ende des 19. Jahrhunderts über den „Sport" hinzu.

Allerdings werden die genannten Bereiche nicht in allen Kapiteln in gleicher Ausführlichkeit behandelt. Bisweilen fehlt ein Bereich auch ganz. So wird die Kirchengeschichte im Mittelalter und zur Zeit der Reformation in ihren Grundzügen an entsprechender Stelle recht eingehend dargestellt, und auch von der Zerschlagung der Kirche während der sowjetischen Okkupation ist auf S. 154 ff. die Rede, aber in den Kapiteln VI-VIII, die das 19. und 20. Jahrhundert bis zum Zweiten Weltkrieg zum Inhalt haben, fehlen, wie in den Ausführungen über das kulturelle Leben in der estnischen Emigration, Angaben zur Kirchengeschichte völlig. Dabei war die Entstehung einer estnisch-orthodoxen Kirche im Zuge der Russifizierungspolitik im 19. Jahrhundert doch sicher von Bedeutung für die estnische Kultur. Denn 1922 gründeten die estnischen orthodoxen Gemeinden eine selbständige „Estnische Apostolisch-Orthodoxe Kirche", die ein Erzbischof leitete, der 1923 vom Patriarchen von Konstantinopel zum Metropoliten ernannt wurde, während die russisch-orthodoxen Gemeinden ein eigenes Bistum bildeten. Auch die grundlegende Umstrukturierung der lutherischen Kirche im Jahre 1919, die enge Bindungen zu den lutherischen Kirchen Schwedens und Finnlands mit sich brachte, wäre einer Erwähnung wert gewesen.

Interessant — und während der Zeit der sowjetischen Okkupation natürlich totgeschwiegen — ist die Tatsache, daß die Russifizierung der Schulen in Estland, die gegen Ende des 19. Jahrhunderts in zunehmendem Maße auch die estnischen Grundschulen betraf, verheerende Folgen für die Bildung des einfachen Volkes hatte (S. 108). Während die Zahl der Analphabeten unter den estnischen Rekruten 1886 nur 2% betrug, war sie bis zum Jahre 1901 auf 20% angestiegen.

Hin und wieder kann der in seiner Darstellung der historischen Ereignisse sonst stets auf eine größtmögliche Objektivität bedachte Verfasser die traditionelle und aufgrund der historischen Erfahrungen der Esten mit den deutschen Eroberern und der späteren adligen Herrenschicht durchaus verständliche Antipathie gegen die deutschbaltischen Gutsbesitzer doch nicht ganz unterdrücken. So rechnet er ihnen die Bauernbefreiung,

die im Baltikum ja schon 1816 durch die Estländische Ritterschaft und 1819 durch den Livländischen Landtag, also mehr als 40 Jahre vor der Bauernbefreiung im übrigen zaristischen Imperium (1861), verkündet wurde, nicht als Verdienst an, sondern meint: „(...) die Esten befreite die Geschichte (d.h. aufgrund der ökonomischen Veränderungen der Zeit in Europa), nicht die Gutsbesitzer, aber die Baltendeutschen verfügten über ein hinreichendes Maß an nüchternem Verstand, etwas Unabwendbares nicht endlos zu bekämpfen." Daß neben allen möglichen wirtschaftlichen und politischen Interessen, die bei diesen Entscheidungen natürlich auch eine Rolle spielten, auch die Gedanken der Aufklärung und das Bestreben, der nun als unmenschlich empfundenen Sklaverei im Baltikum endlich ein Ende zu setzen, die Garlieb Merkel u.a. in Publikationen öffentlich gebrandmarkt hatten, mitgewirkt und auch manche der deutschbaltischen Entscheidungsträger beeinflußt haben, daß diese sich zumindest als sehr weitsichtig erwiesen und mit ihrer Entscheidung ein Zeichen für das ganze Russische Reich gesetzt haben, sollte aber doch wohl nicht unerwähnt bleiben. Nicht nur wirtschaftliche und machtpolitische, auch Veränderungen im geistigen Bereich, im Bewußtsein der Menschen, sind Triebkräfte der Geschichte.

Naturgemäß werden die Abschnitte über die kulturellen Bereiche, an denen Esten Anteil hatten, ständig umfangreicher. Schon seit der Mitte des 19. Jahrhunderts hatte sich ja eine eigenständige Schöne Literatur in estnischer Sprache entwickelt, nachdem in den vorhergehenden Jahrhunderten die Voraussetzungen dafür durch die Schaffung einer Literatursprache im Rahmen des in erster Linie religiösen estnischsprachigen Schrifttums geschaffen worden waren. Und diese estnische Schöne Literatur erreichte bereits um die Jahrhundertwende das gemeineuropäische Niveau und nahm seitdem aktiv an den modernistischen europäischen Strömungen teil. Das gleiche gilt auch für die Bildende Kunst und die Musik. All das wird lebendig und anschaulich, unterstützt durch Abbildungen von Persönlichkeiten, Gebäuden, Gemälden und Buchtiteln in Kleinformat von leider recht schlechter Qualität, dargestellt und diskutiert. Bei der ständig wachsenden Fülle des Materials ließen sich Ungleichheiten bei der Behandlung der einzelnen Themen natürlich nicht vermeiden. So kommt die deutschbaltische Literatur des 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts mit elf Zeilen auf S. 73 und die des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts mit 15 Zeilen auf S. 85 sicher etwas zu kurz, besonders wenn man deren damalige, weit über die Grenzen des Baltikums hinausgehende Bedeutung in Betracht zieht. Aber natürlich erwartet der Leser mit Recht von einer Kulturgeschichte Estlands für diesen Zeitraum vor allem Informationen über die estnische Literatur. Über kurze Informationen, die Aufzählung

von Namen und hin und wieder Werken, die bisweilen durch kurze Inhaltsangaben oder politische Tendenzen charakterisiert werden, kommt auch die Darstellung der estnischen Literatur nicht hinaus. Dabei wäre eine nicht viel Platz einnehmende Einordnung in die zeitgenössischen europäischen Strömungen und Schulen für den Leser sicher hilfreich gewesen. Nur ganz exzeptionell wird das bei der Charakterisierung des Schaffens des estnischen Dichters der Emigration Ilmar Laaban mit Erfolg versucht (S. 178).

Ein großes Verdienst des Buches und für den heutigen estnischen Leser außerordentlich nützlich und wichtig ist eine verhältnismäßig ausführliche Darstellung des kulturellen Lebens der estnischen Emigration (S. 173-180), die ja mit ihren etwa 70 000 im Westen lebenden Mitgliedern zunächst, während der Stalinära, die estnische Kultur allein am Leben erhalten und weiterentwickelt hat, bis nach dem Einsetzen der sogenannten Tauwetterperiode seit dem Beginn der 60er Jahre auch im sowjetisch okkupierten Estland allmählich wieder eine selbständige, wenn auch in mancher Hinsicht eingeschränkte Kultur und Literatur wiedererstand, die dann bald wieder ein hohes, dem anderer europäischer Länder in nichts nachstehendes Niveau erreichte. Der Verfasser vergleicht die estnische Nachkriegsliteratur mit zwei Zweigen eines Baumes, die sich nun in den 90er Jahren einander zu nähern begonnen haben (S. 180). Der Beginn dieses Annäherungsprozesses ist wohl schon früher anzusetzen, mindestens seit der Mitte oder vielleicht schon seit dem Beginn der 80er Jahre. Der ebenda geäußerten Feststellung, daß „die Emigrationsliteratur nur mit Unterstützung des Heimatlandes weiter Bestand haben können werde, daß aber auf der anderen Seite der Literatur und den Lesern im heimatlichen Estland ein gründliches Kennenlernen des in der Fremde Geschaffenen erst noch bevorstehe", ist sicherlich zuzustimmen, und es ist zu hoffen, daß das in dem abschließenden Satz des Abschnittes Ausgesagte bald eintreffen möge: „Wenn die Politik sich nicht einmischt, müßte sich der Abstand zwischen dem in der Fremde und zu Hause Geschriebenen in Zukunft verringern und die estnische Literatur wieder zu einer verschmelzen."

Bei der Besprechung der Schwierigkeiten, die auf die estnische Kultur bei ihrer weiteren Entwicklung zukommen werden und von deren Lösung ihre Zukunft abhängen wird, nennt der Verfasser am Schluß des Buches (S. 182) neben der Schwierigkeit eines Anknüpfens an die estnische Kultur der Vergangenheit, insbesondere der Republikzeit zwischen den beiden Weltkriegen, die viel von ihrer Lebenskraft verloren habe, da sie jahrzehntelang ideologisch geächtet war, und neben den Gefahren, die ihr aus einer nur oberflächlichen und unvollständigen Übernahme der mo-

dernen westlichen Kultur drohe, an dritter Stelle als ernsteste Schwierigkeit das Vorhandensein von 600 000 Immigranten im Lande. Ihre riesige Anzahl bringe es mit sich, daß ihr Verschmelzen mit der estnischen Gesellschaft die Grenzen deren kultureller Aufnahmefähigkeit überschreiten und für die ursprünglichen Einwohner wie für das Volk unheilvoll sein werde. Daß diese riesige, in ihren Ausmaßen die kulturelle Existenz eines Volkes von einer knappen Million bedrohende „Minorität" im Lauf eines halben Jahrhunderts künstlich von den sowjetischen Okkupanten mit dem Ziel geschaffen wurde, die Esten wie die Letten, in deren Land das Zahlenverhältnis zwischen einheimischer Bevölkerung und immigrierter „Minorität" noch ungünstiger ist, in ihren eigenen Ländern zu Minderheiten zu machen, um die Länder des Baltikums endgültig als Bestandteile Rußlands erklären zu können, verschweigt der Verfasser in vornehmer Zurückhaltung. Aber diese im westlichen Ausland nur allzu häufig übersehene Tatsache ist in Estland ja ohnehin bekannt.

Das Erscheinen des vorliegenden Buches ist als erster, wichtiger Schritt in Richtung auf eine zeitgemäße Aufarbeitung der Kulturgeschichte Estlands wärmstens zu begrüßen. Das kritisch geschriebene, informations- und gedankenreiche kleine Werk vermittelt dem Leser ein lebendiges und farbiges Bild der kulturellen Entwicklung dieses Landes, in dem jahrhundertelang Esten und Deutsche nebeneinander gelebt und in vielen Bereichen eine gemeinsame Kultur geschaffen haben und in dem sich dann eine eigenständige estnische Kultur in einem erstaunlich kurzen Zeitraum trotz vieler Behinderungen von außen zu großer Blüte entfaltet hat.

Friedrich Scholz, Münster

Juhan Kahk, Talude päriseksostmise aegu (In der Zeit des Bauernlandverkaufs). Tallinn: Eesti Teaduste Akadeemia 1993, 153 S.

Zweifellos ist Juhan Kahk einer der bekanntesten Forscher zur Agrargeschichte des Baltikums im 18. und 19. Jahrhundert. Es würde den Rahmen dieser Rezension sprengen, seine zahlreichen, in mehreren Sprachen erschienenen Werke aufzuzählen. In seiner neuen Studie behandelt Kahk den jahrzehntelang andauernden und oft qualvollen Prozeß des Bauernlandverkaufs in Estland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, womit das freie bäuerliche Grundeigentum geschaffen wurde. Räumlich erfaßt die Studie das Territorium der jetzigen Republik Estland, d.h. die ehema-

ligen Provinzen Estland und Nord-Livland mit der Insel Oesel (Saaremaa).

Ganz logisch beginnt Kahk sein Buch mit der agrarhistorischen Vorgeschichte des Bauernlandverkaufs. Leider widmet er der Behandlung der Aufhebung der Leibeigenschaft in Est- und Livland 1816–1819 und der folgenden agrargeschichtlichen Entwicklungen, die eigentlich nur die Einführung darstellen sollte, die Hälfte seines Buches und verschiebt so die Komposition des ganzen Werkes.

Im ersten Kapitel betrachtet er die sozialpolitischen und ideellen Triebkräfte der Befreiungsgesetze und beschreibt auf der Basis der Archivquellen die enttäuschten und erbitterten Reaktionen der Bauern auf die nur formelle Befreiung, die ihnen in wirtschaftlicher Hinsicht keine Erleichterung brachte. Nach einem interessanten Vergleich zwischen der Gedankenwelt der Gutsbesitzer und der Bauern kommt Kahk zu der Schlußfolgerung, daß beide in unterschiedlichen Zeitebenen lebten: Die Gutsbesitzer dachten schon in den wirtschaftlichen Kategorien des Kapitalismus, die Bauern ersehnten traditionell nur die genaue Festlegung ihrer Fronpacht.

Im zweiten längeren Kapitel behandelt Kahk das Verhältnis zwischen dem Guts- und Bauernhof in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In der Tat hielten sich auch in dieser Zeit die alten, wie Kahk sie nennt, „feudalen" Pachtverhältnisse, aber im allgemeinen Leben festigten sich die Elemente der Warenwirtschaft und des Kapitalismus. Unternehmerische Initiative zeigten vor allem die ehemaligen privilegierten Schichten in der ländlichen Gesellschaft wie Krüger und Müller; auch einige aktivere Gesindewirte versuchten die Produktion des Bauernhofs zu erweitern. Auch vergrößerte sich in dieser Zeit die soziale Differenzierung im Dorf. Im Abschnitt über die Häusler bringt Kahk drastische Beispiele über die verzweifelte Lage der ärmeren Schicht der Bauern.

Im folgenden Kapitel beschreibt Kahk die Bauernunruhen und die Konversionsbewegung in Livland in den 1840er Jahren und die Bauernunruhen in Estland 1858, die in unterschiedlicher Härte 73 Gutshöfe trafen. Besonders die Konversionsbewegung erschütterte die livländische, bisher fast einheitlich evangelische Gesellschaft tief und hatte umwälzende Agrarreformen, die für die Nachwelt mit dem Namen Hamilcar von Fölkersahms verbunden sind, zur Folge. Einige wichtige Triebkräfte der Agrargesetze in Livland 1849 und in Estland 1856 wie die Angst der Ritterschaften vor der Intervenierung der zaristischen Zentralregierung und die sozialethischen Motive der führenden liberalen Adelspolitiker läßt Kahk aber unberücksichtigt.

Erst im letzten Kapitel kommt Kahk zum eigentlichen Thema des Buches. Auf Grundlage der früheren deutschbaltischen Abhandlungen und seiner eigenen Archivforschungen bringt er mehrere statistische Tabellen, Schemata und Karten über die Dynamik des Bauernlandverkaufs. Da Livland in der Agrargesetzgebung einen Vorsprung besaß, begann und verlief der ganze Prozeß des Bauernlandverkaufs in Livland zehn Jahre früher als in Estland; daneben kann man keine prinzipiellen Unterschiede zwischen den zwei Provinzen feststellen. Der intensiveren Etappe des Bauernlandverkaufs ging noch die zehnjährige Periode des Zögerns der Bauern voran, die jeder Initiative der Gutsbesitzer immer äußerst mißtrauisch gegenüberstanden.

Mit seiner Statistik beweist Kahk entgegen der Behauptung der früheren sowjetestnischen Geschichtsschreibung, daß nicht die Großbauern, sondern die Bauern in den Höfen mittlerer Größe (15-45 ha) in den ersten Jahrzehnten die aktivsten Erwerber von Grundeigentum waren. Nach den Gemeinde- und Kreisgerichtsakten schildert Kahk den Kampf zwischen den Gutsbesitzern und Bauern, der den Bauernlandverkauf begleitete. Viele Bauern wurden aus eigenen Bauernhöfen verjagt, die Zahl der landlosen Bauern nahm schnell zu. Diese benutzten die größere Freizügigkeit und gingen als Arbeiter in die Städte oder wanderten ins Innere Rußlands ab.

Die Zusammenhänge zwischen dem Bauernlandverkauf und der in den 1860er Jahren beginnenden Nationalbewegung streift Kahk nur, behandelt aber gründlicher den Mentalitätswandel der estnischen Bauern in diesem Zeitalter der vielen Veränderungen und Reformen. Stark veränderten sich auch die rechtlichen Anschauungen der Bauern. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts hatten die Bauern überhaupt keine Vorstellung von den Eigentumsrechten an Land, für die Bauern besaß das Land Wert, aber keinen Preis. Im Übergang zur Marktwirtschaft lernten die Bauern, die jetzt selbständige Unternehmer wurden, umzudenken. Nach Meinung Kahks illustriert das estnische, schwer übersetzbare Wort „päriseksostmine" am besten das neue Eigentumsverständnis der Bauern. Sie kauften sich ihr eigenes Land, von anderen Land zu kaufen wurde für moralisch nicht rechtens gehalten, obwohl es in dieser Zeit schon oft vorkam. Den ganzen, sehr komplizierten sozialpsychologischen Umbruch, den der Bauernlandverkauf mit sich brachte, illustriert Kahk mit interessanten Beispielen.

Den großen Wert des Buches macht die sehr umfangreiche Benutzung von Archivquellen aus. Leider ist aber das wissenschaftliche Niveau des Buches sehr uneinheitlich. Neben gedankenvollen und analytischen Teilen trifft man viele „positivistische" Abschnitte, wo seitenlang nur Kurzbeispiele aufgehäuft werden. Im wissenschaftlichen Apparat des Werkes

ist die Sekundärliteratur sehr mangelhaft vertreten, z.B. fehlen da in bezug auf die ritterschaftliche Agrarpolitik wichtige deutschbaltische Autoren wie Reinhard Wittram und Gert von Pistohlkors.

Nach der „Wende" ist es spannend, die ideelle Entwicklung des Historikers Kahk, der an einer Stelle (S. 13 f.) auch selbst seine früheren stereotypen Vorstellungen kritisiert, zu beobachten. Im Buch vermischen sich die Ansichten sowohl des sowjetischen als auch des postsowjetischen Kahk. Das äußert sich in gewisser Überbetonung des Kampfes der Bauern gegen die Gutsbesitzer, der Begriff „Klassenkampf" wird aber sorgfältig vermieden. Andererseits schätzt Kahk schon Privateigentum und kapitalistische Marktwirtschaft als die Grundlagen der demokratischen Gesellschaft sehr hoch ein. In der Zusammenfassung betont Kahk auch den nationalpsychologischen Aspekt: Obwohl seiner Meinung nach die rechtliche Lage der russischen Bauern viel günstiger war als die der Bauern in den baltischen Provinzen, erreichten die estnischen Bauern in der Landwirtschaft viel bessere Resultate, weil sie einfach fleißiger und arbeitsamer als die Russen gewesen seien.

Mit der englischsprachigen Zusammenfassung „When the Farms were Founded (1820–1890)" (S. 122-134) macht Juhan Kahk seine Forschungsergebnisse auch dem internationalen Leserpublikum zugänglich.

Indrek Jürjo, Tallinn

Mati Graf, Eesti Rahvusriik. Ideed ja lahendused: Ärkamisajast eesti vabariigi sünnini (Der estnische Nationalstaat. Ideen und Lösungen: Von der Zeit des nationalen Erwachens bis zur Geburt der Republik Estland). Tallinn 1993, 334 S., zahlr. Abbildungen u. Tabellen.

So man davon ausgehen kann, daß Abbildungen einen Text nicht nur illustrieren, sondern durch ihre z.T. suggestive Ausstrahlung wesentliche Gewichtungen zu unterstreichen bzw. erst zu setzen vermögen, die der rein schriftlichen Aussage nicht zugemutet werden sollen, so verwundert es nicht wenig, wenn der erste Blick, der auf dieses 1993 erschienene Buch über die Entstehung des estnischen Nationalstaates fällt, unwillkürlich von einer Abbildung Peters I. angezogen wird: Auf dem lesepsychologisch geschicktesten Platz in der linken oberen Umschlagecke plaziert, scheint sie von dort aus, gleichsam als Keimzelle alles Folgenden, das gesamte Buch zu beherrschen, selbst der Titel findet nur mit Mühe neben ihr

Platz. Nun soll man sich ja nicht von Äußerlichkeiten irritieren lassen, auch wenn es wiederum erstaunt, daß unter besagter Komposition auf ganzer Breite eine Photographie der am 24. Februar 1919 begangenen Feier zum Jahrestag der Unabhängigkeit Estlands wiedergegeben wurde, welche die Regierung, den Stab der Armee, Diplomaten und ausländische Gäste in Tallinn auf dem Petersplatz, dem heutigen Freiheitsplatz, um das Monument eben jenes russischen Zaren versammelt zeigt, unter dem die sogenannten Ostseeprovinzen dem Russischen Reich eingegliedert worden sind; all dies umweht und umflattert von estnischen Fahnen. Bedauerlicherweise bleibt diese nicht mehr ganz anachronistische, sondern vielmehr wackelige ideologische Ausrichtung nicht auf den Umschlag beschränkt, sondern erstreckt sich auch auf den Inhalt des Buches.

Als Ausgangspunkt der folgenden Betrachtung dient nicht etwa, wie es zu erwarten und sicher auch inhaltlich höchst sinnvoll gewesen wäre, ein Überblick über die Grundlagen des nationalen Erwachens der Esten, welche wohl auch ein objektiveres Licht auf die Rolle der Deutschbalten an den folgenden Ereignissen geworfen hätte, sondern das Russische Reich. So liegt der Hauptakzent auf der Aufzeigung der Vernetzung, der Gleichzeitigkeit, Bedingtheit und letztendlichen Abgrenzung der revolutionären russischen, v.a. kommunistischen, und der aufstrebenden estnischen nationalen Kräfte von- und zueinander. Der deutschbaltische Faktor muß bei einer solchen Sicht der Dinge beinahe zwangsläufig in eine ideologisch nicht mehr gerechtfertigte, negativ besetzte Außenposition gedrängt werden. Von den ersten radikalen Äußerungen C.R. Jakobsons in bezug auf die Aufhebung der Gouvernementsgrenzen und eine Neuordnung nach ethnischen Gesichtspunkten bis hin zur Deklaration der Republik Estland wird der ideelle und realpolitische Schlingerkurs der estnischen „Nationalen" zwischen Russifizierung und Germanisierung, reichlich mit Photos aus estnischen Archivbeständen versehen, in erster Linie aus parteipolitischer Perspektive nachgezeichnet. Hier zeigt sich denn auch die Stärke des Buches, dessen Schwerpunkt auf der Darstellung der vielfältigen Strömungen in der estnischen Nationalbewegung liegt, die bisher zu sehr als einheitlicher Block gesehen wurde. Chronologisch genau werden die einzelnen Parteien nach ihrer politischen Ausrichtung, persönlichen Zusammensetzung, Kontakten zu anderen Parteien oder Organisationen beschrieben. Jede einzelne Etappe auf dem Weg hin zur Unabhängigkeit findet dabei Erwähnung, Zusammensetzung und Ergebnisse der Landtage werden verfolgt und ihre Wiedergabe in den estnischen Zeitungen besprochen.

Die Wichtigkeit der Parteien wird durch die Hervorhebung der politischen Konzeption von Einzelpersonen relativiert. Die estnische National-

bewegung war schnell zu einer politischen Bewegung mit immer weitreichenderen Forderungen geworden, als deren Träger beinahe ausnahmslos die neuentstandene Intelligenz fungierte. Der Grad der Politisierung, der in den ersten zwei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts erreicht war, läßt sich erahnen, wenn neben Schriftstellern und Dichtern — man denke etwa an G. Suits — auch Wissenschaftler wie der bekannte Sprachreformer J. Aavik und der spätere Archäologe H. Moora unter den Pseudonymen M. Amjärv und J. Sanglep Schriften über den Sozialismus und die nationale Frage verfaßten. Unter diesem Gesichtspunkt könnten sowohl in der Geschichts- als auch in der Literaturwissenschaft neue Aspekte in der Beurteilung des geistigen Wirkens Estlands hinzugewonnen werden. Wenn auch nur kurz, werden auch tragende Persönlichkeiten wie K. Päts, J. Laidoner, A. Janson etc. in ihrem persönlichen Schwanken und in ihren Entscheidungen dargestellt. Von großem Interesse sind die mitunter anklingenden Verweise auf die Nationalbewegung Lettlands, die z.T. als Vorbild für die estnische diente. Die Betrachtung endet nicht wie das abschließende Bild des Rückumschlages mit der Unabhängigkeitsdeklaration, sondern führt in ein abschließendes Kapitel über „Die eigentliche Geburt der Republik Estland, Fortbestehen und Anerkennung" („Eesti Vabariigi tegelik sünd, püsimajäämine ja tunnustamine"), in dem ausführlich die innen- und außenpolitischen sowie juristischen Schwierigkeiten und Feinheiten nach der vollzogenen Trennung aufgezeigt werden.

Mati Graf, der sich bereits 1984 in seiner Dissertation über „Die politischen Parteien Estlands in den Jahren 1917–1920" („Poliitilised parteid Eestis aastail 1917–1920") und seit 1990 als Professor für Geschichte an der Pädagogischen Hochschule in Tallinn mit dem Thema auseinandersetzt, hat sich mit seinen Forschungen in ein bisher wenig bearbeitetes Gebiet der estnischen Geschichte vorgewagt. Die deutschbaltische Geschichtswissenschaft hat sich bisher der genaueren Betrachtung der Parteien des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts entzogen, und erst in letzter Zeit hat sich das Augenmerk der Historiker diesem interessanten und vielversprechenden Bereich zugewandt. In der sowjetestnischen Zeit stellte die Parteienbewegung Estlands selbstredend einen der ideologisch wichtigsten Teile der Geschichte dar, und so ist es ebenfalls erklärbar, daß dem Autor des vorliegenden Bandes mitunter klare Spuren der alten Schule anzumerken sind. Zweifelsohne ist er aber im Besitz fundierten Wissens und reichhaltigen Materials, und es ist ihm zu danken, daß er beides dem Leser nun zur Verfügung gestellt hat. Gerade die große Anzahl an Zitaten aus Parteiprogrammen, Zeitungen, Reden und sonstigen politischen Meinungsäußerungen stellt einen Fundus dar, aus dem reichlich Eindrücke und Einblicke geschöpft werden können. Doch mangelt es bei der ge-

nauen Darstellung des Stoffes und der Vielfalt der Zitate an stellungnehmenden Zusammenfassungen, ein Mangel, der auch durch Zitate aus anderen Darstellungen nur um so deutlicher zutage tritt.

Das vorliegende Buch ist nicht für schnelle Über- und Einblicke geeignet und wohl auch nicht dafür konzipiert. Doch können auch eine Fülle von Abbildungen, noch dazu von z.T. so zweifelhafter Färbung wie die oben angesprochenen, nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich hinter dem sicherlich gewichtigen und reichlichen Material Schwierigkeiten im Umgang mit ihm bzw. seiner ideologischen Vergangenheit abzeichnen. So läßt sich zusammenfassend nur sagen, daß die rechte Zeit für die Neubehandlung und -aufarbeitung dieses gewichtigen Themas 1993 wohl noch nicht gekommen ist, und es sollte Vorsicht darin geübt werden, politisch belastete Bereiche zu schnell unter neuem Vorzeichen in eine veränderte Welt zu entlassen. Die Gefahr, vom charybdischen Tanz ideologisierter Vergangenheitsdarstellung noch torkelnd, von der Scylla kritischer Stimmen zerrissen zu werden, ist zu groß.

Ulrike Plath, Hamburg

Arved von Brasch, „Frei wie nirgendwo in der Welt!" Leben im alten Baltikum, hrsg. v. Rudolf Mumenthaler. [Basel:] Schweizerische Gesellschaft für Volkskunde 1994, 318 S. (Das volkskundliche Taschenbuch. 5.).

Autobiographien und Memoiren sind immer eine interessante Lektüre, vor allem, wenn sie so amüsant erzählt sind wie im vorliegenden Fall. Es handelt sich allerdings eher um Betrachtungen als um eine stringent geschriebene Autobiographie; der Untertitel des Originalmanuskripts bringt das deutlich zum Ausdruck: „Erinnerungen, Erfahrungen, allerhand Gedanken und Betrachtungen. — Plauderstunden am Kamin. Den Kindern und Enkeln vorgetragen." So sind in die Lebensbeschreibung immer wieder eher allgemeine Gedanken eingeschaltet, die oft vom Thema abweichen. Rudolf Mumenthaler hat die Kapitel geordnet und auch notwendige Kürzungen behutsam vorgenommen, so daß der Leser dem beschriebenen Lebenslauf ohne große Mühe folgen kann. Der Herausgeber hat zudem eine Einführung vorangestellt, in der auch der biographische Hintergrund dargestellt ist.

Arved von Brasch hat ein bewegtes, ja umtriebiges Leben geführt. Geboren im estländischen Kerro am 14. Juli 1881, verbrachte er seine Jugend zunächst auf estländischen Gütern (Zöggis) und besuchte dann das Gymnasium in Reval, wo er 1900 die Reifeprüfung ablegte. Er studierte in Dorpat, Göttingen und München, war anschließend Landwirtschaftseleve in Livland und auf der Krim, bis er — inzwischen verheiratet — 1906 das Gut Friedrichshof, Kreis Dorpat, erwarb. Hier scheiterte er als Gutsherr mit der Bewirtschaftung; er verkaufte und versuchte sich nach Zwischenstationen in Zürich und Dorpat 1912 als Gutsbesitzer in Schwarzhof, Kreis Fellin, das er mit Erfolg leiten konnte. 1918/19 sehen wir ihn als aktiven Teilnehmer im Baltenregiment, dann erzwangen die politischen Verhältnisse die Emigration nach Deutschland. In München gelang es ihm, durch Bankspekulationen zu Wohlstand zu gelangen — er war eine Art Glücksritter. Noch einmal zog es ihn für kurze Zeit wieder nach Dorpat, 1933 siedelte er dann nach Kitzbühel in Tirol über, wo er unter anderem biologischen Gartenanbau betrieb. Dort ist er auch am 8. Januar 1953 gestorben.

Die einzelnen Stationen dieses farbigen Lebens hat der Autor lebendig und nicht ohne Humor nachgezeichnet. Am besten sind dabei — man könnte sagen: natürlich — die Partien gelungen, in denen die Zeit im alten Estland geradezu nostalgisch beschworen wird. Aus dem Blickwinkel eines verwöhnten adeligen Gutsherrn werden Landschaft, Land und Leute und allerlei Erlebnisse höchst anschaulich geschildert. Die Landschaft mit ihren Seen und Wäldern, die ein hervorragendes Jagdrevier darstellten, und die Küste zur Ostsee, an der die Sommermonate verbracht wurden (Hapsal, S. 57-80), treten dem Leser deutlich vor Augen. Die Beschreibung der deutschbaltischen Bewohner läßt noch einmal die Lebensart in der Vorkriegszeit erstehen; auffallend ist hier auch die allgemein übliche weitgespannte Verwandtschaft, die schon für den jungen von Brasch ein wichtiges soziales Gerüst darstellte.

Die Schilderung der Studentenzeit in Dorpat ist deshalb interessant, weil von Brasch, obwohl Korpsstudent, das Duell ablehnte, und zwar in jeder Form. Als „Antiduellant" hatte er es daher nicht leicht, und gleich nach dem ersten Semester ging er daher zur Fortsetzung seines Studiums nach Deutschland.

Die im Studium und später erworbenen Kenntnisse hat von Brasch später bei der Bewirtschaftung seiner Güter mit Erfolg angewandt; denn natürlich bestand das Leben auf dem Gut nicht nur aus Jagdvergnügen und Repräsentation, sondern, zumal in den Sommermonaten, aus harter und vielseitiger Arbeit: „Man war Architekt, Zoologe, Botaniker, Volkswirtschaftler, Forstmann, Gärtner, Tierarzt und Tierzüchter usw." (S. 186). Den Ausgleich brachten dann die langen Winterabende, da „hatte man

doch immer Zeit genug, um sich weiterzubilden und viel zu lesen und zu studieren. Und war frei! Wirklich, so frei, wie kaum irgendwo in der Welt!" (ebenda).

Die Kapitel, die der späteren Zeit des Lebens gewidmet sind, sind unterschiedlich geraten. Der Abschnitt über die Zeit beim Baltenregiment ist wenig ergiebig, und auch die Schilderung der letzten Jahre in Kitzbühel vermag den Leser nicht so zu fesseln wie die Partien über das Leben im alten Estland.

Von den eingestreuten Betrachtungen mögen die „Bunten Bilder aus Rußland" (S. 117-137) erwähnt sein, die eine schöne Beschreibung St. Petersburgs enthalten, sonst aber auch völkerpsychologische Fehlurteile aufweisen, die über den Verfasser weit mehr aussagen als über den behandelten Gegenstand. Hier tritt noch einmal der adelige Gutsbesitzer hervor, dessen Beobachtungen stets in den Grenzen seines Standes befangen bleiben. Für die Nöte der russischen Bauern hatte von Brasch keinen Blick.

Im ganzen handelt es sich um ein lesenswertes Büchlein, das unsere Kenntnis deutschbaltischen Lebens der Vorkriegszeit durch ein anschauliches Beispiel ergänzt, einer Zeit, die nie wiederkehren wird. Von Brasch hat das selbst erkannt: Er schreibt an einer Stelle, wo er sich über die Esten und deren Agrarmaßnahmen nach 1919 äußert: „Rückschauend auf diese letzten 30 Jahre und alles, was sie (die Esten) über unsere liebe Heimat gebracht haben, wird mir unmißverständlich klar, daß unsere Zeit abgelaufen war, mit oder ohne Zutun der Esten (...)" (S. 200). So kann man dem Verfasser auch die weise Einsicht in die Zeichen der Zeit nicht absprechen.

Klaus Meyer, Berlin

Eduard von Dellingshausen, Kodumaa teenistuses. Eesti Rüütelkonna peamehe mälestused (Im Dienste der Heimat. Erinnerungen des Ritterschaftshauptmannes von Estland). Tallinn: Olion 1994, 253 S.

Während sich bislang in Estland die Kenntnisse über die Deutschbalten weitgehend auf ihre Rolle zur Zeit der Aufklärung und ihre Bedeutung auf Gebieten wie Kunst, Wissenschaft etc. beschränkten, ansonsten das Wissen um die einstigen Herren im Baltikum eher dürftig und dazu noch stark von Vorurteilen belastet war, dehnt sich nunmehr das seit Wiedererlangung der Unabhängigkeit stets wachsende Interesse an der Geschichte

Estlands auch verstärkt auf bis vor wenigen Jahren tabuisierte Themen und damit auch auf die Deutschbalten aus. Von den Memoiren der Emigranten und von den Ergebnissen der sehr fruchtbaren baltischen Geschichtsschreibung in Westeuropa ist in Estland bislang nur weniges bekannt, in estnischer Sprache nur weniges publiziert, so daß auf diesem Gebiete ein großer Nachholbedarf existiert. So betont die Historikerin Ea Jansen gleich zu Anfang ihrer Einleitung in den vorliegenden Band die Bedeutung von objektiver Erforschung der Geschichte des Deutschtums im Baltikum: Man müsse diese Volksgruppe erst kennenlernen, ihr Handeln und die Motive dafür müßten verstanden werden, erst dann könne man sich an Einschätzungen, Bewertungen, Neubewertungen machen. Selbst nur an der Geschichte des estnischen Volkes Interessierte kämen nicht umhin, sich näher mit den Deutschbalten zu beschäftigen, denn diese hätten das Leben der Esten und ihrer Kultur viele Jahrhunderte hindurch tief beeinflußt (S. 9).

Vor diesem Hintergrund ist es sehr zu begrüßen, daß mit dem vorliegenden Werk die estnische Übersetzung der bedeutenden Lebenserinnerungen des Freiherrn Eduard von Dellingshausen (*19.03.1863, † 09.07.1939) herausgegeben wurde.[1]

Dem Werk vorangestellt wurde oben erwähnte Einleitung von Ea Jansen (S. 9-15), in der die Historikerin neben den Angaben zu Sinn und Zweck der Übersetzung (s. oben) den Freiherrn Eduard von Dellingshausen und seinen politischen Werdegang kurz vorstellt, dann aber vor allem einen kurzen Überblick über die Geschichte der Deutschen im Baltikum vom 13. Jahrhundert an und insonderheit über die Entstehung und Entwicklung der estländischen Ritterschaft gibt. Besonders wichtig sind diese Hintergrundinformationen für den nicht-spezialisierten Leser, dem es ohne sie mitunter schwerfallen dürfte, den Ausführungen Dellingshausens zu folgen, besonders wenn es um die Privilegien, Rechte und Pflichten, um das Selbstverständnis des Adels geht.

Der Freiherr selbst gibt in seinem Vorwort (S. 16) einige Gründe für die Publikation seines Werkes an. Er weist darauf hin, daß es sich mit Ausnahme des die Jahre 1917/18 behandelnden sechsten Kapitels nicht um eine lückenlose Beschreibung der Ereignisse in Estland handelt, sondern um eine Folge von persönlichen Erinnerungen und Eindrücken, die vor allem dazu dienen sollen, dem Leser die Motive für das politische Handeln der

---

1 Das Original erschien 1930 in den Schriften des Deutschen Ausland-Instituts Stuttgart, Reihe D: Biographien und Denkwürdigkeiten, Bd. 3, unter dem Titel: Im Dienste der Heimat! Erinnerungen des Freiherrn Eduard von Dellingshausen ehem. Ritterschaftshauptmanns von Estland.

deutschbaltischen Landesvertretung zu verdeutlichen, der die Pflicht oblag, ehrenamtlich für alle Schichten der Bevölkerung zu arbeiten. Die Tatsache, daß in diesem Werk die Gründe für das Handeln der Ritterschaft, überhaupt die Denkweise der deutschbaltischen Adeligen recht deutlich wird, hat Übersetzer und Herausgeber wohl dazu veranlaßt, es auch dem estnischen Leserpublikum der 90er Jahre zugänglich zu machen.

Der Hauptteil der Arbeit gliedert sich in sechs chronologisch angeordnete Kapitel: Das erste Kapitel (S. 17-41) behandelt Kindheit und Jugendjahre des Autors (1863–1887), das zweite Kapitel (S. 42-64) seine Zeit als Landwirt und Landesbeamter (1887–1901), das dritte Kapitel (S. 65-103) die ersten zwei Amtsperioden als Ritterschaftshauptmann (1902–1907), das vierte Kapitel (S. 104-131) die Jahre 1907–1912, als er neben dem Amt des Ritterschaftshauptmanns auch das des Vertreters Estlands im Reichsrat von St. Petersburg innehatte, das fünfte Kapitel (S. 132-156) behandelt die Zeit des Weltkrieges (1913–1916) und das sechste Kapitel (S. 157-217) schließlich die Jahre 1917/18, in denen sich Liv- und Estland von Rußland lösten. Den Schluß des Bandes bilden ein Anhang mit 34 zusätzlichen Texten (S. 218-241), v.a. Dokumenten wie Sitzungsprotokollen, Briefen, Reden etc. aus den Jahren 1917/18, und ein Personenregister (S. 243-253).

Sofern der Name des Freiherrn von Dellingshausen den Esten heute ein Begriff ist, dürfte er vor allen Dingen im Zusammenhang mit dem Streben um die estnische Unabhängigkeit genannt werden, in dem er eine nicht gerade rühmliche Rolle spielte, da er als Repräsentant der Gegenseite galt, die die Unabhängigkeit Estlands nicht anerkennen, sondern aus den ehemaligen russischen Ostseeprovinzen einen an Deutschland in welcher Form auch immer angegliederten Einheitsstaat schaffen wollte. Um so wichtiger ist nun, von seinen vielfältigen anderen Aktivitäten zu erfahren und vor allen Dingen eine Vorstellung davon zu bekommen, von welchen Grundsätzen er sich hat leiten lassen. Vom ersten Kapitel an wird das Besondere der Gesellschaft deutlich, in die er hineinwuchs. So lassen sich bereits in der frühesten Jugend Dellingshausens Gründe für sein späteres Handeln als hochrangiger Politiker finden, denn durch den Hausunterricht, die Erziehung in der Domschule und besonders durch das Studium in Dorpat, dann aber auch noch durch die bedeutende Vorbildfunktion der älteren Generation wurde er als Heranwachsender intensiv auf den künftigen Landesdienst im Interesse der deutschbaltischen Körperschaften vorbereitet. Dabei mißt er den vier Jahren in Dorpat, in denen er weniger studierte als mehr das kameradschaftliche Leben pflegte und in denen die ihm übertragenen Ämter nahezu seine ganze Zeit beanspruchten, hohe Bedeutung bei (S. 37), denn hier wurden Pflichtgefühl und Verantwortungsbewußtsein gestärkt. Das Interesse der Korporation habe stets im

Vordergrund gestanden, das Ich mußte zurücktreten. Auf diese Weise wurden das Gemeinschaftsgefühl einerseits, Selbstbeherrschung und Selbstzucht andererseits geübt, die die jungen Leute dazu befähigen sollten, in jeder Situation des Lebens ihren Mann zu stehen. Bei der Lektüre dieses Buches ist es in der Tat frappant, welcher Wert auf das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen im Baltikum gelegt wird. Wenn in den ersten beiden Kapiteln mehrfach Beispiele dafür geboten werden, was es bedeutete, daß der Gutsbesitzer im Landesinteresse dienstpflichtig war (S. 52), daß auch das Interesse der nicht auf den Landtagen vertretenen Stände im Auge behalten wurde (S. 76), so zeigt sich bei Beschreibung der Revolutionen, Kriege und Notzeiten, wie sehr die Deutschbalten zusammengehalten haben (S. 87, 90, 94, 130, 136 u.ö.). Dabei ging es natürlich nicht nur um die Verwirklichung rein selbstloser Ziele, sondern um die Erhaltung des Deutschtums im Baltikum vor allem den Russen gegenüber (S. 94 f.), um den Erhalt der wirtschaftlich führenden Stellung der Deutschen (S. 129), kurz um die Verwirklichung der Vorstellung, daß die zahlenmäßig kleine Gruppe der Deutschen nur durch eine außergewöhnliche Stellung überlebensfähig sei (S. 130). So ist das Deutschtum neben dem Wunsch, seinem Heimatland zu dienen, und der Vorstellung der rechtlichen Beständigkeit der adeligen Macht immer ein Hauptmotiv des Handelns für Dellingshausen gewesen (vgl. S. 10).

Wie ein roter Faden zieht sich durch das ganze Werk der Kampf der Deutschbalten gegen die seit der Machtübernahme Alexanders III. immer stärker werdenden russisch-nationalistischen Agitationen, gegen die Russifizierungsbestrebungen. Bereits im ersten Kapitel bedauert der Autor, daß zu seiner Studienzeit kein Schulterschluß mit den jungen Esten und Letten gegen die drohende Gefahr von seiten der Russen stattgefunden habe (S. 37). Mit wechselndem Erfolg kämpfte er als Ritterschaftshauptmann und auch im Reichsrat gegen die Russifizierungspolitik der Regierung, von dem nicht nur das Deutschtum bedroht war, sondern auch das Estentum: Nachdem beispielsweise in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts der Schulunterricht in der Muttersprache verboten worden war, gelang es erst 1905, diesen Beschluß rückgängig zu machen (S. 80), was in der Bevölkerung mit allgemeinem Jubel begrüßt wurde. In diesen ständigen Auseinandersetzungen mit dem vordringenden Russentum hat es sich als vorteilhaft erwiesen, daß die Deutschbalten über das oben erwähnte, seit Generationen weitervererbte Zusammengehörigkeitsgefühl verfügten, das auch ihrem Ritterschaftshauptmann die nötige Rückendeckung gab, um eindeutige Standpunkte in den Auseinandersetzungen mit der Regierung beziehen zu können.

Im Zusammenhang mit der Russifizierung steht ein weiterer, die Aufmerksamkeit auf sich ziehender Punkt. An vielen Stellen des Textes finden sich Klagen des Autors über unfähige Männer an wichtigen Positionen. So wurden ab 1887 zuverlässige Lehrer durch russisch sprechende, ansonsten aber völlig unfähige ersetzt (S. 47). Besonders groß sind seine Klagen über die St. Petersburger Regierungskreise im Zusammenhang mit der Revolution von 1905 und dem Ersten Weltkrieg sowie der Revolution von 1917: Die Unfähigkeit der höheren Beamten einerseits und die Schwäche des Zaren andererseits werden vielfach angeprangert (S. 82 f., 85, 87, 93, 95, 100, 132, 141, 155 u.ö.). Auch die Volksvertreter in Rußland waren ihren Aufgaben nicht gewachsen (S. 95), erst recht nicht die Bauernvertreter im 1906 in Tallinn zusammengekommenen Provinzialrat, die z.T. so wenig Sachkenntnis besaßen, daß sie gegen ihre eigenen Interessen stimmten (S. 99).

Die Erinnerungen des Freiherrn von Dellingshausen kreisen nicht nur um historisch wichtige Ereignisse, sondern es werden in den Text ständig Erinnerungen aus der Privatsphäre und auch eine ganze Reihe von Anekdoten eingeflochten. So lernt der Leser das Gut derer von Dellingshausen kennen (S. 23 ff.), erfährt von einer Elchjagd (S. 31 f.), von Bällen in der adeligen Gesellschaft (S. 33 f.), von den Festen am Zarenhofe (S. 69 f.), von den Feierlichkeiten zur 300-Jahrfeier des Hauses Romanov (S. 132 f.) und vieles andere. Er schmunzelt bei der Anekdote über Alexander III., der die Balten wie eine Semmel zerdrücken wollte, dies an einem solchen Gebäck demonstrierte, dann aber angesichts der Tatsache, daß es hernach seine ursprüngliche Form wieder annahm, doch etwas nachdenklich wurde (S. 49). Er erlebt mit, wie Zar Nikolaus II. seinen Sektpokal in einem Zug leert (S. 113), welches Aufsehen es machte, daß der französische Präsident Fallières der Zarin nicht die Hand küßte (S. 114), wie Politik auch im Badehause gemacht werden konnte (S. 118) und vieles andere mehr. So bietet dieses Buch interessante Fakten selbst für nicht speziell an der Politik Interessierte.

Die Übersetzung des Werkes wurde von Virve Tamm (Vorw., Kap. 1-4) und Koidu Uustalu (Kap. 5-6, Anh.) recht gründlich angefertigt, so daß ein gut lesbarer Text entstand, in dem auch die im deutschen Original altertümlichen und schwierigen Formulierungen in der Regel treffend wiedergegeben werden. Dennoch haben sich einige Ungenauigkeiten und Fehler eingeschlichen. Weniger erwähnenswert sind Auslassungen in der Übersetzung, wie z.B. auf S. 34, 42, 168 und 182, wo jeweils eine Fußnote nicht übernommen wurde, oder auf S. 20, wo am Ende des ersten Absatzes ein ganzer Satz ausgelassen wurde. Gewichtiger sind Übersetzungsfehler, die aufgrund von Verständnisschwierigkeiten in bezug auf einzelne deut-

sche Ausdrücke bzw. Phraseologismen entstanden sein dürften. Mißverstanden wurde S. 21 die deutsche Konstruktion „zu + Inf." in dem Satz „Da (...) die meisten Gebäude (...) aus Holz gebaut wurden, war ein großer Teil des Materials auch beim Neubau zu verwenden." Sie wurde mit „oli vajalik, et", „es war notwendig, daß", wiedergegeben. Auf S. 66 ist der Phraseologismus „d(a)ran glauben müssen" fälschlich mit „ma pidavat uskuma, et", „ich müsse glauben, daß", übersetzt. Ähnlich wurde der veraltete Phraseologismus „Haus machen" (S. 102) nicht erkannt und als „nagu kord ja kohus sisse seada", „sich einrichten, wie es sich gehört", wiedergegeben. Wie sehr die Vertauschung eines Buchstabens den Sinn entstellen kann, zeigt ein Beispiel, wo statt „pahempoolseid vaateid", „linke Anschauungen", genau das Gegenteil, nämlich „parempoolseid vaateid", „rechte Anschauungen", geschrieben steht (S. 155). Solche Ungenauigkeiten wie „võõrandamine", „Enteignung", für dt. „Veräußerung" (S. 21), „ümbernimetaja", „Umbenenner", für dt. „Wiedertäufer" (S. 50), „lõvipoja uhkus", „Stolz des Löwenjungen", für dt. „Welfenstolz" (S. 199) u.a. finden sich noch an weiteren Stellen, mindern aber deshalb den Wert der Übersetzungen nicht in nennenswerter Weise.

Die vielen deutschen Orts- und Güterbezeichnungen sind von den Übersetzern ins Estnische übertragen worden, damit der Leser, dem die alten deutschen Namen nicht mehr geläufig sind, sich zurechtfinde und wisse, um welches Gebiet, welchen Ort, welches Gut es sich handelt.

Schwierigkeiten scheinen mit der im deutschen Original verwendeten Frakturschrift besonders im Zusammenhang mit Eigennamen bestanden zu haben. So wird aus der Korporation „Curonia" „Euronia" (S. 35), aus dem Familiennamen „Cette" wird „Gotte" (S. 194), aus „Nipenin" wird „Ripenin" (S. 160), und der bekannte Name „Nostiz" wird zu „Rostig" (S. 198) und zu „Rostiz" (S. 235).

Als gut gelungen kann man die 24 Seiten starke Bildbeilage bezeichnen — gegenüber der des Originals ist sie bedeutend erweitert —, in der Abbildungen von Gütern, Gebäuden und häufig erwähnten Personen sowie einige Momentaufnahmen aus dem damaligen öffentlichen Leben von Tallinn geboten werden. Die Fotos wurden aus Materialien des Eesti Ajalooarhiiv (Estnisches Historisches Archiv), des Eesti Ajaloomuuseum (Estnisches Museum für Geschichte) und des Familienarchivs derer von Dellingshausen zusammengestellt.

Alles in allem haben wir mit der Übersetzung der Lebenserinnerungen des Freiherrn Eduard von Dellingshausen, deren Bedeutung als zeitgeschichtliches Dokument allein daraus ersehen werden kann, wie häufig sie in dem grundlegenden Werk von Eduard Laaman: „Eesti iseseisvuse sünd" („Die Geburt der Selbständigkeit Estlands", seit 1990 in Estland

wieder nachgedruckt) zitiert werden, ein sehr begrüßenswertes Werk vor uns, das allen, die sich für die Geschichte Estlands am Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts interessieren, auf kurzweilige Art und Weise eine Fülle von Informationen bietet, die weit über das Maß dessen, was ein Geschichtsbuch gemeinhin bietet, hinausgeht. Besonders wichtig ist es deswegen, weil es die Ereignisse aus dem Blickwinkel eines in politischer Hinsicht sicherlich mit herausragenden Fähigkeiten begabten deutschbaltischen Adeligen beleuchtet. Wenn man auch dieses Buch wie alle historischen Werke nicht ganz unkritisch lesen darf, so vermag es aber vielleicht dennoch, ein Teil der beim Leser eventuell vorhandenen Vorurteile den Deutschbalten gegenüber abzubauen.

Wolfgang Tenhagen, Münster/Westf.

Vähemusrahvuste kultuurielu Eesti Vabariigis 1918–1940. Dokumente ja materjale (Das kulturelle Leben der nationalen Minderheiten in der Republik Estland 1918–1940. Dokumente und Materialien), hrsg. v. Anni Matsulevitš. Tallinn: Olion 1993, 222 S., Illustrationen.

Seit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1991 ist die Minderheitenfrage eines der wohl meistdiskutierten politischen Themen in Estland. Aber auch außerhalb der Grenzen Estlands gab und gibt dieses Thema Anlaß zu Diskussionen: Der Westen beobachtet argwöhnisch und meist ohne das nötige Verständnis für historischen Hintergrund und demographische Situation die Schritte der estnischen Regierung zur Regelung der Minderheitenfrage. Die russische Regierung mischt sich immer wieder in die Debatte ein und gibt vor, sich für die Russen in Estland einzusetzen, war und ist aber wohl eigentlich eher daran interessiert, daß diese Minderheit in Estland ein Faktor der Instabilität bleibt. Ob aus West oder Ost, lassen ausländische Kommentare eine sorgfältige Analyse der durchaus fortschrittlichen estnischen Politik zur Regelung der Minoritätenfrage vermissen. Da kommt dieses Buch sehr gelegen.

Daß im Estland der Zwischenkriegszeit die Minderheitenfrage vorbildlich gelöst war und immer wieder als beispielhaft zitiert wird, ist zumindest unter Fachleuten hinlänglich bekannt. Die nun zugänglich gemachten Materialien aus dem Eesti Riigiarhiiv (Estnisches Staatsarchiv) illustrieren das kulturelle Leben der nationalen Minderheiten in der Republik Estland (1918–1940). Die meisten der aufgeführten Dokumente stammen aus dem

Archiv des Ministeriums für Bildungswesen. Ergänzend werden entsprechende Regierungsbeschlüsse und Verordnungen aus dem „Riigi Teataja" („Staatsanzeiger") zitiert.

Im einleitenden Teil skizziert der estnische Soziologe Rein Ruutsoo die Geschichte der nationalen Minderheiten in Estland während der Zwischenkriegszeit (S. 5-24). Er weist darauf hin, daß der Begriff „nationale Minderheiten" während der sowjetischen Okkupationszeit äußerst einseitig behandelt oder einfach ignoriert wurde, daß aber außerhalb der Grenzen Estlands auf diesem Gebiet, nicht zuletzt von Exilesten, eine beachtliche Forschungsarbeit geleistet worden ist. Vom 1925 verabschiedeten Gesetz über die Kulturautonomie konnten jene Minderheiten profitieren, welche über 3 000 Personen umfaßten, also die Russen, die Deutschen, die Schweden, die Juden und die Letten, wobei allerdings nur die Deutschen und die Juden eine Kulturautonomie errichteten. Im Buch ist aber auch von den Ingriern die Rede, obwohl deren Zahl weit unter 3 000 lag. Das spezielle Interesse an dieser noch wenig erforschten Minderheit hängt wohl mit ihrer stammesverwandtschaftlichen Beziehung zu den Esten zusammen. Ruutsoo zeigt auf, wann diese ethnischen Gruppen auf das Gebiet der 1918 gegründeten Republik Estland gekommen sind und wo sie siedelten. Er stellt dar, mit welchen Schritten die Republik Estland die Probleme der nationalen Minderheiten löste und Grundlagen für die Kulturautonomie schuf. Er stellt die ökonomischen Grundlagen der einzelnen Volksgruppen dar und zeigt ihre Beziehungen zum Mutterland auf. Auch die Beziehung Estlands zu diesen Staaten wird thematisiert. Diese Aspekte spielen nämlich bei der Realisierung der Kulturautonomie eine nicht unwesentliche Rolle. Damit greift Ruutsoo eine bisher in der Minoritäten-Forschung weitgehend marginal oder gar nicht behandelte Perspektive auf, die dem Aufsatz einen besonderen Wert verleiht.

Im letzten Teil seiner Abhandlung geht Ruutsoo auf das Schicksal der nationalen Minderheiten nach der sowjetischen Besetzung Estlands ein. Mit propagandistischen Floskeln beteuerte die erste von den Sowjets eingesetzte Regierung in Estland, daß sie bemüht sei, die Rechte der in Estland lebenden Volksgruppen zu sichern und die Mißtöne zwischen ihnen zu beseitigen, indem im Lande die wahre Völkerfreundschaft angestrebt werde (S. 23). Unter dem Deckmantel dieses zynischen Programms wurde nicht nur an den Esten ein Genozid verübt, sondern alle in Estland lebenden Minderheiten waren den Feindseligkeiten der Sowjets ausgeliefert (S. 22). Als Folge des Krieges wurde ihre Existenzberechtigung in Estland zerstört und damit auch das kulturelle Leben und das Zusammenleben der einzelnen Gruppen, welches in der unabhängigen Republik Estland eine so vielversprechende Entwicklung genommen hatte.

Ruutsoo schreibt seinen informativen und differenzierten Aufsatz aus estnischer Perspektive, was jedoch keinesfalls störend ist. Im Gegenteil: In seinen engagierten Ausführungen gelingt es ihm vortrefflich, aus der Geschichte eine Verbindung zur Aktualität herzustellen, ohne explizit auf diese einzugehen.

Nach dieser Einführung folgt im zweiten Kapitel (S. 25-56) eine Sammlung von Quellen, welche die Grundlage der Minderheitenpolitik bilden, so z.B. die Bestimmungen des Landrates über die Staatsbürgerschaft der demokratischen Republik Estland aus dem Jahre 1918 (S. 29 f.) oder Auszüge aus dem Grundgesetz über die Grundrechte der Staatsbürger der Republik Estland von 1920 (S. 39). Vor allem aber sind Quellen aufgeführt, welche für den kulturellen Bereich wichtig sind: Auszüge aus dem Gesetz über die Staatssprache vom 19. Februar 1918 (S. 29), das Sprachgesetz aus dem Jahre 1934 (S. 48 ff.), das Gesetz der kulturellen Selbstverwaltung der nationalen Minderheiten vom 15. Februar 1918 (S. 40 ff.) sowie verschiedene Verordnungen und Informationen, welche den Schulbetrieb betreffen. Angaben über die Auflagenhöhe der verschiedenen, 1939 in Estland erschienenen Zeitungen (S. 53 ff.) vervollständigen das Bild.

Dann wird auf die einzelnen nationalen Minderheiten in Estland eingegangen und zwar sowohl auf jene, die eine Kulturautonomie errichteten, also die Deutschen (S. 56-93) und die Juden (S. 94-122), als auch auf jene, welche keine eigene Kulturautonomie besaßen, nämlich die Russen als größte nationale Minderheit in Estland (S. 123-159), die Schweden (S. 160-190), die Letten (S. 191-201) und die Ingrier (S. 202-218).

Im Rahmen dieser Einteilung findet man den einzelnen Minoritäten zugehörige Quellen, wobei hier das Spektrum von grundlegend wichtigen kulturpolitischen Dokumenten bis hin zu rein illustrativen Quellen aus dem kulturellen Leben der einzelnen nationalen Minderheiten reichen. So findet man beispielsweise die Rede des in der Minderheitenfrage engagierten Deutschbalten Werner Hasselblatt anläßlich der ersten Zusammenkunft des deutschen Kulturrates am 1. November 1925 (S. 61 f.) oder ein kurzes Dokument vom 1. Juli 1940 über die Liquidierung der jüdischen Kulturselbstverwaltung (S. 122). Eine ganze Reihe von Quellen illustriert das Vereins-, Schul- und das religiöse Leben der Minderheiten: etwa das Programm über einen estnisch-ingrischen Kulturtag im Jahre 1936 (S. 216), ein Dokument über die russische Pfadfinderorganisation in Estland oder ein Brief des Sekretärs der schwedischen Minderheit an das estnische Bildungsministerium mit der Bitte, eine Unterstützung für die Restaurierung der 1644 auf der Insel Ruhnu erbauten Holzkirche festzulegen.

Zusätzlich veranschaulichen zahlreiche Bilder von Menschen, Menschengruppen, Gebäuden und Anzeigen für Veranstaltungen das kulturel-

le Leben der einzelnen ethnischen Gruppen. Das Alter der Originale sowie das nicht sonderlich gute Papier des Buches haben jedoch zur Folge, daß die Bilder qualitativ nicht besonders deutlich reproduziert werden konnten. Das ist vor allem dann bedauerlich, wenn man nicht mehr lesen kann, was auf der Abbildung geschrieben steht, wie z.B. auf der Skizze (S. 60), auf der die Struktur der Kulturselbstverwaltung dargestellt ist, einzelne Vokabeln aber nicht lesbar sind.

Am Schluß des Buches wird in deutscher Sprache zusammengefaßt, was im Beitrag von Rein Ruutsoo einführend dargelegt worden ist. Schreibstil und Wortwahl sind zwar nicht immer geglückt, doch leidet die Verständlichkeit nicht wesentlich darunter.

Angesichts der großen russischen Minderheit, die heute in Estland lebt, und der damit verbundenen Probleme wäre gerade in diesem Buch auch eine russischsprachige Zusammenfassung sehr wünschenswert gewesen. Damit hätten die Herausgeber ihren Willen bekunden können, den Russen Einblick in ein Stück estnische Geschichte zu gewähren, welches sie selbst betrifft und welches von den Sowjetideologen verzerrt oder gar nicht thematisiert worden ist. Ganz richtig wird nämlich in der deutschen Zusammenfassung darauf hingewiesen, daß die gegenwärtige Minoritätenpolitik in Estland auf einer gewissen Tradition basiere, welche Vertrauen in die zukünftigen Beziehungen der dort lebenden Nationen schaffen will, wobei den Esten die Vergangenheit auch als großes, verpflichtendes Beispiel diene (S. 222). In diesem Sinne ist das Fehlen der russischsprachigen Zusammenfassung ein bedauerliches Manko des Buches.

Die Sammlung der vorliegenden Quellen soll, so die Intention der Herausgeberinnen und Herausgeber, einen kurzen und zusammenfassenden Überblick über das kulturelle Zusammenleben der nationalen Minderheiten während der ersten Unabhängigkeitszeit Estlands 1918–1940 geben (S. 5). Diesem Anspruch wird das Buch durchaus gerecht, auch wenn nicht zu erfahren ist, nach welchen Kriterien und Materialien ausgewählt worden ist. Etwas störend ist allenfalls die mangelhafte Erschließung des Buches. Wer eine bestimmte Quelle sucht, muß den ganzen Band durchblättern — was sich für Interessierte aber auf alle Fälle lohnt —, fehlt doch sowohl ein Stichwortverzeichnis als auch eine chronologische oder alphabetische Auflistung der Quellen. Trotzdem liegt hier eine solide und wertvolle Grundlage für Forschende vor, die sich mit den nationalen Minderheiten im Estland der Zwischenkriegszeit beschäftigen.

Seraina Gilly, Winterthur

Rein Taagepera, Estonia. Return to Independence. Boulder u.a.: Westview Press 1993, 268 S., Illustrationen.

Für jeden Zeitzeugen zählt es zu den schwierigsten Aufgaben, seine persönlichen Erfahrungen mit dem geschichtlichen Geschehen in Einklang zu bringen und die eigene Voreingenommenheit in eine kritische historische Würdigung einfließen zu lassen. Auch Rein Taagepera sah sich mit diesem Problem konfrontiert: 1933 in Estland geboren, emigrierte seine Familie 1944 zunächst nach Marokko, dann in die USA. Taagepera, inzwischen Professor der Soziologie, kehrte in den aufregenden Jahren des Kampfes um die Unabhängigkeit in seine Heimat zurück, er wurde nicht nur Zeuge der Ereignisse, sondern war auch Mitglied der estnischen Nationalversammlung und Kandidat bei den estnischen Präsidentschaftswahlen.

Der Schwerpunkt des Buches liegt daher auf den Jahren 1987–1991, als Estland, Lettland und Litauen um die Wiedererlangung ihrer Unabhängigkeit kämpften. Für den mit der Thematik und den Hintergründen nicht vertrauten Leser ist wichtig, daß Taagepera einen längeren historischen Abriß der Geschichte Estlands an den Anfang seiner Ausführungen stellt. Bereits hier zeigt sich, daß der Autor, fußend auf dem historischen Sachverhalt, die Fähigkeit besitzt, Schwerpunkte der Entwicklung pointiert darzustellen und zu interpretieren.

Die in der deutschen Geschichtsschreibung weiterhin dominierende Fixierung auf die deutschbaltische Minderheit durchbricht Taagepera durch seine andere, eben estnische Perspektive, wobei anzumerken ist, daß seine Beurteilung der Deutschbalten (S. 16 ff., S. 26 ff. u. S. 31 ff.) vielleicht etwas zu dunkel ausfällt. Die deutschbaltische Minderheit, die in der Zwischenkriegszeit etwa 1,5% der Bevölkerung der Republik Estland ausmachte, sich bis 1918/19 nicht — wie etwa die schwedische Oberschicht in Finnland — assimilierte, hatte ihre Zukunft verspielt: „The Baltic Germans had reached a dead end." (S. 35).

Die Darstellung der ersten Republik Estland und ihrer Annexion durch die Sowjetunion 1939/40 (S. 41 ff.) umfaßt die zentralen Ereignisse, wobei Taagepera zu Recht das autoritäre Regime Päts und die vorsichtige ‚Redemokratisierung' 1938 als zukünftige Forschungsaufgaben bezeichnet. Interessant ist die Überlegung, was geschehen wäre, wenn Stalin 1940 die baltischen Staaten nicht annektiert, sondern ihnen den Status von Satellitenstaaten zugebilligt hätte (S. 64 ff.).

Die sowjetische und deutsche Besatzung 1940–1944 schildert Taagepera in klaren Worten. Bei seiner Darstellung der sowjetischen Phase von

1945–1980 greift Taagepera auf ein Kapitel aus seinem 1980 zusammen mit Romuald Misiunas geschriebenen Buch „The Baltic States: Years of dependence 1940–1980" zurück (S. 77 ff.). Obwohl also älteren Datums, handelt es sich um einen luciden und gelungenen Überblick, wozu vor allem die klare Periodisierung (Years of Genocide 1944–1953, S. 76 ff.; Years of Hope 1953–1968, S. 89 ff.; Years of suffocation 1968–1980, S. 97 ff.) beiträgt.

Für Taagepera stellt das Jahr 1980 die erste Zäsur auf dem Weg zur Unabhängigkeit dar. „History starts to move" lautet seine prägnante Kapitelüberschrift (S. 111 ff.). Die Unzufriedenheit und die Zahl der Dissidenten steigerten sich langsam, aber stetig. Die Verhängung des Kriegsrechtes in Polen und das Verbot der Solidarność habe dann nochmals zu einer Stagnation bis etwa 1986 geführt. Überraschenderweise spielt der Gipfel von Helsinki 1975, dessen Menschenrechtsdeklaration im Korb 3 starke Rückwirkungen auf die Dissidentenbewegung in Osteuropa hatte, für Taagepera keine besondere Rolle. 1987 begann in Estland dann eine ursprünglich ökologisch orientierte Protestbewegung, die spätestens im August durch den Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes politisiert wurde.

Der Pakt der Diktatoren spielte auch weiterhin eine zentrale Rolle in der Unabhängigkeitsbewegung der baltischen Staaten. Am 23. August 1989 bildeten Hunderttausende eine Menschenkette von Tallinn über Riga nach Vilnius, um gegen die Annexion ihrer Länder durch die Sowjetunion zu protestieren. Taagepera schildert seine persönlichen Eindrücke über diesen Tag, den er in Estland erlebte (S. 155 ff.). Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die politische Lage in den baltischen Staaten schon entscheidend verändert. Die Volksfronten waren bereits zu etablierten Vertretern einer baltischen Autonomie innerhalb der UdSSR geworden. Der Autor analysiert die Entwicklung und die jeweiligen Zielsetzungen in trefflicher Weise, insbesondere zeigt er die verschiedenen Ansätze innerhalb der estnischen Volksfront und der estnischen KP auf (S. 127 ff.). Er vergißt dabei auch nicht, die Politik der Moskauer Zentrale vor dem Leser auszubreiten. Seine Kritik an Michail Gorbačëv gehört zu den Höhepunkten des Buches und verdeutlicht, weswegen der letzte Generalsekretär der KPdSU bis auf den heutigen Tag ein derart schlechtes Image in allen drei baltischen Staaten besitzt.

Die letzten Stationen zur Unabhängigkeit stehen im Mittelpunkt der folgenden Kapitel des Buches. Neben dem Ablauf der Ereignisse umfassen sie eine interessante Darstellung der estnischen Innenpolitik und des sich entwickelnden Parteienwesens (S. 169 ff.). Hierbei geht der Autor auch immer wieder auf den russischen Bevölkerungsteil Estlands und des-

sen Verhalten in der Phase des Umbruchs ein, so daß ein umfassendes Bild des politischen Spektrums entsteht.

„Independence in an interdependent world" lautet der Titel des letzten Kapitels, das einen Ausblick auf die zukünftigen Chancen und Gefährdungen der Republik Estland bietet. Auch hierbei läßt es der Autor an einem klaren Urteil nicht fehlen: „I do not think Estonia can survive as a nation with its own language and culture if it is drawn back into an eastern confederation (under whatever label); its population is too small. Within the European Community, it can survive, given the EC's record of respect for small nations" (S. 210). Ein Appendix, der wichtige Daten zur Chronologie enthält, und eine Bibliographie, deren Schwerpunkt auf angloamerikanischen Veröffentlichungen liegt, runden das Buch ab.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß Taagepera eine äußerst gelungene Arbeit vorgelegt hat, was nicht zuletzt auch das Verdienst des flüssigen Stils des Autors ist. Damit liegt nun für Estland eine Arbeit vor, die getrost mit dem Standardwerk „Lithuania awakening" von Alfred Erich Senn zu den jüngsten Ereignissen in Litauen[1] in einem Atemzug genannt werden kann.

Joachim Tauber, Lüneburg

Die Deutschbalten, hrsg. v. Wilfried Schlau. Mit Beiträgen von Bastian Filaretow, Michael Garleff, Sirje Kivimäe, Jānis Stradiņš, Arved Freiherr von Taube †, Erik Thomson †, Wilhelm Wöhlke. München: Langen Müller 1995, 176 S., Abbildungen, Tabellen u. Karten (Studienbuchreihe der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat. 6.).

Es sei bereits sehr viel über den Gegenstand des vorliegenden Bandes geschrieben worden, hebt der Herausgeber in seiner Einleitung hervor: „Abträgliches und Anerkennendes, aber selten Langweiliges" (S. 9). Warum dem noch ein weiteres Buch hinzufügen, zumal bekanntermaßen gerade kurz zuvor in der Reihe „Deutsche Geschichte im Osten Europas" des Siedler-Verlages ein nicht zu übersehendes voluminöses Werk über die Deutschen in den baltischen Ländern erschienen ist, das den aktuellen

[1] Vgl. meine Besprechung in: Nordost-Archiv II (1993), H. 2, S. 532 ff.

Forschungsstand widerspiegelt?[1] Sicher, die „Studienbuchreihe" des Verlages Langen Müller, als deren Herausgeber Wilfried Schlau auch insgesamt fungiert, richtet sich in erster Linie an Gymnasiasten und Studenten aller Fachbereiche, an deren schmales Budget der Preis des vorliegenden Bandes erfreulicherweise angepaßt werden konnte. Schon aus diesem Grunde erübrigt sich denn auch der direkte Vergleich mit dem genannten Buch von Gert v. Pistohlkors, doch muß sich auch ein für den „Normalverbraucher" (S. 11) verfaßtes Werk der fachlichen Kritik stellen.

Nach einem kurzen, aber informativen Artikel von Wilhelm Wöhlke über „Die natürlichen Gegebenheiten des baltischen Raumes" (S. 13-30) folgen historische Beiträge, die die Zeit von der sogenannten Aufsegelung des Baltikums durch deutsche Kaufleute am Ende des 12. Jahrhunderts bis zur Wiedererlangung der Unabhängigkeit Estlands und Lettlands am Ende des 20. Jahrhunderts umfassen. Einleitend äußert sich der Herausgeber zusammenfassend „Zur Wanderungs- und Sozialgeschichte der baltischen Deutschen" (S. 32-50), wobei leider nicht darauf hingewiesen wird, daß dieser Beitrag bereits 1991 unter einem anderen Titel erschienen ist.[2] Den größten Raum des historischen Teils beansprucht ein Text von Arved v. Taube und Erik Thomson, der ebenfalls älteren Datums ist und bereits 1973 unter dem gleichen Titel — „Die Deutschbalten — Schicksal und Erbe einer eigenständigen Gemeinschaft" (S. 51-114) — veröffentlicht wurde.[3] Leider verzichtet Schlau in seinem Vorwort auf eine Erklärung dafür, warum dieser von der Carl-Schirren-Gesellschaft in Lüneburg kürzlich in dritter Auflage vorgelegte Artikel in seinem Buch eine erneute Publikation erfährt. Immerhin hat sich Michael Garleff der Mühe einer Überarbeitung unterzogen, so daß zum einen die Abschnitte über die Deutschbalten in der Bundesrepublik und die deutschbaltische Kultur aktualisiert und ein umfangreiches Literaturverzeichnis (S. 106-114) beigefügt worden sind. Allerdings fehlen bedauerlicherweise diesem Kernstück des Bandes im Gegensatz zu den restlichen Beiträgen Anmerkungen, die man sich zumindest bei den wörtlichen Zitaten gewünscht hätte. Inhaltlich wird die traditionelle, auf den Adel konzentrierte deutschbaltische Sichtweise mit ihrem charakteristischen Vokabular präsentiert: die „zivilisatorische Aufgabe" (S. 69) der Deutschen im Osten und ihr „Abwehrkampf gegen den

---

1 Baltische Länder, hrsg. v. Gert v. Pistohlkors. Berlin 1994 (Deutsche Geschichte im Osten Europas.).

2 Wilfried Schlau, Die Deutschbalten im 20. Jahrhundert, in: Deutsche im Nordosten Europas, hrsg. v. Hans Rothe. Köln/Wien 1991, S. 213-235.

3 Arved Freiherr v. Taube, Erik Thomson, Die Deutschbalten. Schicksal und Erbe einer eigenständigen Gemeinschaft. Lüneburg 1973; 3. Aufl. 1991.

Nationalismus in zwei Richtungen (gemeint sind russische bzw. lettische/estnische nationale Positionen; K. B.)" (S. 78) werden genauso bemüht wie das „Ende der geschichtlichen Stellung des baltischen Deutschtums" (S. 84 f.) nach 1918/19 beklagt wird. Kein Wort verlieren die Autoren über das Mißverhältnis zwischen ihrer Aussage, die Agrarreformen zu Beginn der 20er Jahre seien das „Mittel (gewesen), um die wirtschaftliche und politische Macht des deutschbaltischen Adels für immer zu brechen" (S. 87), und den unverhältnismäßig hohen Vermögenswerten der Deutschbalten vor der Umsiedlung in Estland und — trotz der „Lettisierung der Wirtschaft" (S. 88) — in Lettland im Vergleich zu dem jeweiligen deutschen Bevölkerungsanteil. Ein großer Teil des Adels war bereits Anfang der 20er Jahre emigriert, so daß die starke ökonomische Position der deutschen Minderheit Ende der 30er Jahre auf die schon vor 1918/19 aktive deutsche Mittelschicht zurückzuführen ist — über die die Autoren leider nur wenig zu sagen haben.

Im Jahre 1995 hätte man sich eigentlich wünschen können, daß die Abschnitte, die die Deutschbalten und den Nationalsozialismus behandeln, von unbeteiligten Historikern der jüngeren Generation verfaßt würden. Die Lektüre des Artikels von v. Taube/Thomson erhellt einzig den Umstand, daß höchstens ein Teil der jüngeren Deutschbalten in den 30er Jahren „unter den Einfluß des Nationalsozialismus" (S. 90) geraten sei, und man gewinnt aus den Ausführungen unwillkürlich den Eindruck, daß die Mehrheit der Deutschbalten eigentlich aktive Widerstandskämpfer gewesen sein müssen. In diesem Teil reflektieren die Autoren nicht einmal die — freilich immer noch apologetischen — selbstkritischen Ausführungen Reinhard Wittrams aus den 60er Jahren,[4] ganz zu schweigen von den späteren bekannten Arbeiten von Dietrich A. Loeber und Jürgen v. Hehn; hier hat der für den Schulunterricht konzipierte Band leichtfertig eine Chance verspielt.

Bleibt nur, dem Herausgeber zu danken für die Aufnahme der letzten drei Aufsätze in die Publikation. Bastian Filaretow beschäftigt sich erfreulich nüchtern mit „Um- und Ansiedlung — Die Deutschbalten zwischen 1939 und 1944/45" (S. 116-134). Für die Zeit seit 1939 wird hier das Bild des vorhergehenden Beitrages geradegerückt und die Umsiedlung sowie die Ansiedlung im Warthegau in den Kontext nationalsozialistischer „ideologisch-rassenbiologischer Konzeptionen" (S. 118) einbezogen. Be-

---

4 Reinhard Wittram, Rückblick auf den Strukturwandel der deutschbaltischen Volksgruppe im letzten Jahrzehnt vor der Umsiedlung, in: Festschrift für Percy Ernst Schramm zu seinem siebzigsten Geburtstag von Freunden und Schülern zugeeignet, hrsg. v. Peter Classen u. Peter Scheibert. Bd. 2, Wiesbaden 1964, S. 231-250.

denkenswert ist Filaretows abschließende Vermutung, nicht 1939, sondern die Jahre nach 1918 seien als die entscheidende Zäsur anzusehen, da diese „die Deutschbalten zu ungewohnter innergesellschaftlicher Mobilität" gezwungen hätten, womit „eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Eingliederung in die bundesdeutsche Nachkriegsgesellschaft" geschaffen worden sei (S. 128).

Abschließend reflektieren die estnische Historikerin Sirje Kivimäe („Estland ohne die Deutschbalten", S. 136-153) und ihr lettischer Kollege Jānis Stradiņš („Lettland ohne die Deutschbalten", S. 154-171) die Zeit der kurzen deutschen und der zweimaligen sowjetischen Okkupation ihrer Heimatländer und die Renaissance, die deutschbaltische Geschichte und Kultur heute in Estland und Lettland erfahren. Unverkennbar ist damit, wie Kivimäe feststellt, das Stereotyp des „Baltischen Barons" aus den Geschichtsbüchern verschwunden (S. 150). Andererseits fördert diese Entwicklung heute eine einseitige unreflektierte Russophobie zutage, die vor allem den Text von Stradiņš durchzieht. Kollaboration mit Hitlers Wehrmacht wird von beiden mit dem Wunsch nach Vergeltung an den Sowjets legitimiert, Zusammenarbeit mit dem sowjetischen Regime sei charakteristisch gewesen für aus Rußland stammende Esten bzw. Letten — „denen das Schicksal Lettlands und des lettischen Volkes wenig Sorgen machte" (S. 159). Für die durch die planmäßige Bevölkerungsverschiebung ins Baltikum eingewanderten Russen — von Kivimäe als „Russendruck" (S. 145), bei Stradiņš durch den den Sachverhalt verfehlenden Begriff „Immigranten" bezeichnet (S. 163) — wird wenig Verständnis aufgebracht. In formaler Hinsicht ist leider zu bemängeln, daß der Herausgeber offenbar auf eine Überarbeitung der Übersetzungen der Texte von Kivimäe und Stradiņš verzichtet hat, was leider zu nicht wenigen sprachlichen Mängeln führt, doch bieten diese letzten zwei Beiträge insgesamt einen begrüßenswerten „Blick von der anderen Seite", der sicherlich für die Konzeption der Gesamtreihe nachahmenswert ist.

Karsten Brüggemann, Hamburg

Alvydas Nikžentaitis: Rezension zu: Das Königsberger Gebiet im Schnittpunkt deutscher Geschichte und in seinen europäischen Bezügen, hrsg. v. Bernhart Jähnig u. Silke Spieler. Bonn: Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen 1993, 211 S., Abbildungen u. Karten, in: Nordost-Archiv N.F. III (1994), H. 2, S. 653-658.

Erwiderung

In Band III (N.F.), Heft 2 dieser Zeitschrift hat Herr Dr. Alvydas Nikžentaitis aus Klaipėda den Band „Das Königsberger Gebiet im Schnittpunkt deutscher Geschichte und in seinen europäischen Bezügen", hrsg. v. Dr. Silke Spieler und Dr. Bernhart Jähnig (im Auftrage der „Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen") besprochen und dabei auf fünf Seiten unter den 13 Beiträgen meinem Aufsatz (S. 31-44) allein eine gute Seite gewidmet. Dieser Teil seiner Besprechung ist kein Beitrag zu wissenschaftlicher Auseinandersetzung. Herr Nikžentaitis zitiert falsch, referiert falsch, unterstellt. Er macht sich so einen Gegner zurecht, der nicht existiert. Er hat die Grundlage wissenschaftlicher Diskussion damit verlassen. Ich erwidere darauf, um ihm Gelegenheit zu geben, sie wieder zu betreten.

Es beginnt damit, daß Herr Nikžentaitis die Beiträge des Bandes „in zwei Gruppen" gliedert: in „historische Überblicke" und in „Vorträge, die in unterschiedlicher Weise auf Gegenwart und Zukunft des Kaliningrader Gebiets eingehen", und daß er sagt (S. 654), mein Beitrag gehöre „zur zweiten Gruppe" (S. 655). Das ist nicht der Fall: Ich setze mich mit historischer Literatur auseinander (S. 32) und gebe vor allem einen Vergleich der historischen Entwicklung von Preußen bzw. Deutschland mit Polen „seit dem Mittelalter bis in unsre Tage" (S. 34-42, Zitat S. 35). Das kann der Leser vielleicht auch aus der Besprechung erkennen, denn Herr Nikžentaitis erwähnt es, setzt aber hinzu, ich „suggeriere" es nur (S. 655). Den Vergleich mit Heinrich Treitschke meint er abwertend. Warum tut er das? Mit Treitschke als Historiker — nicht seinen „Thesen" — sollte er es vielleicht erst einmal versuchen.

Wieso „suggerieren" (9 von 14 Seiten)? Die Ausgangshypothese ist, daß seit dem Mittelalter „fünf Völker ihr Schicksal in einer Ausdehnung nach Osten gesucht und gefunden haben: Deutschland, Polen, Ungarn, Italien (Venedig) und Schweden" (S. 35). Ich darf mich hier korrigieren: Es waren jedenfalls sechs: Litauen gehörte im Mittelalter auch dazu. Meine Überlegungen beschränken sich dann auf den Vergleich von deutscher und polnischer Ostbewegung. Statt darüber zunächst zu referieren, legt Herr Nikžentaitis sogleich mit Hammerschlägen los: „Das Ergebnis fällt dement-

sprechend (!) aus: Selbstverständlich habe Polen dem ‚wilden Osten' nichts gegeben" (S. 655). Einen Maßstab zu dem „dementsprechend" nennt er nicht (es sei denn, er habe Treitschke gemeint), und der zitierte Ausdruck wird von mir nirgendwo, weder in diesem Aufsatz noch je in einer anderen schriftlichen oder mündlichen Äußerung gebraucht. Herr Nikžentaitis möge sich die Mühe machen, andere Arbeiten von mir dazu nachzulesen.[1] Es geht in diesem Stil weiter: „allein Ostpreußen habe eine Rolle als richtiger Kulturträger erfüllt"; „als Eroberer sans phrase" (beide S. 655); der so schreibt, sei „polenfeindlich, (...) auch nationalistisch"; rufe das „sattsam bekannte Feindbild Polen wieder ins Leben". Die Ausdrücke ‚Kulturträger', ‚Aggression/Aggressor' entstammen dem Vokabular des Kalten Krieges auf der sowjetischen Seite; ich habe sie niemals gebraucht, und polenfeindliche, Feindbild-Gedanken wird man in meinen Arbeiten zu Polen vergeblich suchen. Warum schreibt Herr Nikžentaitis so? Was würde er sagen, wenn ich ihm unterstellte, daß er sans phrase wie ein Ideologe des sowjetischen Imperialismus die Wahrheit verbiege, obwohl ich wissen kann, daß er schon vor 1989 anders geschrieben hat? Ja, vorher.

Er ist sogar als Historiker ungenau: Er führt mich mit der Wendung „Polen in Alt-Rußland" (S. 655) an; den Ausdruck habe ich nicht gebraucht, würde so verschwommen auch nie reden. — Ich schreibe, ein Rechtshistoriker habe gesagt, „das Magdeburger Recht (...) dürfe nicht mit den Deutschen in Zusammenhang gesehen werden, denn es habe keinen deutschen Inhalt" (S. 32). Natürlich hat Recht nie einen materialen ethnischen Inhalt; deswegen erheben sich meine Bedenken nicht. Aber daß das Magdeburger Recht aus Magdeburg stammte und daher mit Deutschen zusammenhängt, ist trivial. Herr Nikžentaitis „referiert" das: „Völlig unverständlich (!) für Rothe ist die Aussage (...), daß die Verleihung deutschen Rechts an Städte in Osteuropa (...) ohne direkte deutsche Beteiligung vor sich gegangen sei" (S. 655). Die emotionale Aufputzung hätte er nicht bringen können, wenn er meinen Gedanken richtig wiedergegeben hätte.

An der Sache vorbei, und zwar wieder infam, geht der Bericht über meine Erwähnung von Mickiewicz. Herr Nikžentaitis unterstellt mir, ich wolle „Verdienste der eigenen Nation (...) vergrößern" (S. 656), weil ich in Kürze darauf hinwies, daß der polnische Hauptdichter „unter deutschem Einfluß stand, weil einer seiner Hochschullehrer für deutsche (aber auch

---

[1] Über die Stellung Polens in der europäischen Kultur des 16. Jahrhunderts. Gießen 1980, S. 323-344; Die Stellung Polen-Litauens in der Kulturgeschichte Europas zwischen Ost und West. Bonn 1991, S. 9-23; Polnische Literatur bei den Ostslaven im 17. Jahrhundert, in: WdSb 24 (1989), S. 89-100; ferner: Barock. Krakau 1992, S. 173-177.

klassische) Literatur ein Deutscher war" (S. 656). Hier hat er mal nicht ganz falsch berichtet. Aber von „Verdienst" für irgendeine Nation ist natürlich wieder weder Rede noch Gedanke.[2] Er hat das nicht getan; das ist seine Sache. Aber dann den, der die Wege kultureller Beziehungen sichtbar machen will, einen Nationalisten zu nennen, ist vor Lesern, die nicht verpflichtet sind, mehr von dem so Behandelten zu wissen, nicht nur eine Denunziation, sondern auch enthüllend: Was, meint Herr Nikžentaitis denn, ist sonst die Aufgabe des Historikers, wenn nicht Strukturen der Entwicklung, auch solche, die in Kulturwegen liegen, anschaulich zu machen?

Ich kann verstehen, daß ihm mein Schlußsatz, den er ganz zitiert, nicht gefällt. Ich hätte es begrüßt, darüber mit ihm zu reden. Mit Falschmeldungen wird er das aber nicht erreichen, und wir werden dem Ziel nicht näherkommen, das uns vorgesetzt ist, uns in der Wissenschaft über gemeinsame Aufgaben zu verständigen. Möchte er darüber nachdenken, ob die Geschicke der Litauer und der Deutschen in Ostpreußen so verschieden waren und wohin es führt, die Gedanken in der 1990 neu gewonnenen Freiheit in die Bahnen des Nationalismus von 1918 laufen zu lassen, dem er ja nicht folgen will.

Hans Rothe, Bonn

---

2 Ausführlicher dazu hätte er mich nachlesen können in: Jahrbuch für Internationale Germanistik. Reihe A, Bd. 22, 1988, S. 262-282; Festschrift für A. Rammelmeyer. Köln 1988, S. 243-257 (dass. polnisch in: Ruch literacki <1988>, H. 1/2, S. 15-25); Festschrift für R. Olesch. Köln 1990, S. 481-486, und in: Mitteldeutsche Forschungen. Bd. 100, Köln 1990, S. 337-373.

Die Autoren der Abhandlungen und Forschungsberichte

Karsten Brüggemann M.A., Chemnitzstr. 17, 22767 Hamburg.
Studium der Geschichtswissenschaften (Schwerpunkt Osteuropäische Geschichte) und Slavistik an der Universität Hamburg. 1988 und 1990 jeweils mehrmonatige Sprachaufenthalte in Leningrad. 1993 nach Archivstudien in Tallinn Magisterarbeit über: „General Judenič und der Angriff der weißen russischen Nordwest-Armee auf Petrograd im Oktober 1919"; derzeit Ausbau der Magisterarbeit zu einer Dissertation über das Verhältnis von Esten und Russen vor dem Hintergrund der Kriegshandlungen 1918–1920. Seit 1993 Mitarbeiter am Seminar für Geschichtswissenschaft der Universität der Bundeswehr Hamburg. Veröffentlichungen u.a. zur Geschichte Estlands im 20. Jahrhundert. 1995 DAAD-Stipendiat in Moskau. 1996 Lehrtätigkeit am Finnisch-ugrischen Seminar der Universität Hamburg.

Dr. Abram D. Dridzo, Muzej Antropologii i Ėtnografii, Universitetskaja nab. 3, GUS-199034 St. Peterburg, Rußland.
Geboren 1925 in Leningrad. Studium der Geschichts- und Sprachwissenschaften an der Universität Leningrad. Seit 1952 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Anthropologischen und Ethnographischen Museum der Akademie der Wissenschaften in Leningrad/St. Petersburg.

Lic.phil. Seraina Gilly, Schaffhauserstr. 12, CH-8400 Winterthur, Schweiz.
Studium der Allgemeinen, der Osteuropäischen und der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Einjähriger Studienaufenthalt in Tartu. Assistentin am Seminar für Osteuropäische Geschichte der Universität Zürich. Derzeit Arbeit an einer Dissertation zur Geschichte des Baltikums im 20. Jahrhundert.

Dr. Cornelius Hasselblatt, Rissener Dorfstr. 31, 22559 Hamburg.
Geboren 1960. Studium der Finnougristik und Geschichte in Hamburg und Helsinki. 1992–1995 Estland-Referent am Institut für Deutschland- und Osteuropaforschung in Göttingen (Untersuchungen zur Minderheitenpolitik Estlands). Seit 1995 Assistent am Finnisch-ugrischen Seminar der Universität Hamburg. Forschungsschwerpunkte: vergleichende finnougrische Sprachwissenschaft, estnische Literaturgeschichte.

Die Autoren der Abhandlungen und Forschungsberichte

Karsten Brüggemann M.A., Chemnitzstr. 17, 22767 Hamburg.
Studium der Geschichtswissenschaften (Schwerpunkt Osteuropäische Geschichte) und Slavistik an der Universität Hamburg. 1988 und 1990 jeweils mehrmonatige Sprachaufenthalte in Leningrad. 1993 nach Archivstudien in Tallinn Magisterarbeit über: „General Judenič und der Angriff der weißen russischen Nordwest-Armee auf Petrograd im Oktober 1919"; derzeit Ausbau der Magisterarbeit zu einer Dissertation über das Verhältnis von Esten und Russen vor dem Hintergrund der Kriegshandlungen 1918–1920. Seit 1993 Mitarbeiter am Seminar für Geschichtswissenschaft der Universität der Bundeswehr Hamburg. Veröffentlichungen u.a. zur Geschichte Estlands im 20. Jahrhundert. 1995 DAAD-Stipendiat in Moskau. 1996 Lehrtätigkeit am Finnisch-ugrischen Seminar der Universität Hamburg.

Dr. Abram D. Dridzo, Muzej Antropologii i Ėtnografii, Universitetskaja nab. 3, GUS-199034 St. Peterburg, Rußland.
Geboren 1925 in Leningrad. Studium der Geschichts- und Sprachwissenschaften an der Universität Leningrad. Seit 1952 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Anthropologischen und Ethnographischen Museum der Akademie der Wissenschaften in Leningrad/St. Petersburg.

Lic.phil. Seraina Gilly, Schaffhauserstr. 12, CH-8400 Winterthur, Schweiz.
Studium der Allgemeinen, der Osteuropäischen und der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Einjähriger Studienaufenthalt in Tartu. Assistentin am Seminar für Osteuropäische Geschichte der Universität Zürich. Derzeit Arbeit an einer Dissertation zur Geschichte des Baltikums im 20. Jahrhundert.

Dr. Cornelius Hasselblatt, Rissener Dorfstr. 31, 22559 Hamburg.
Geboren 1960. Studium der Finnougristik und Geschichte in Hamburg und Helsinki. 1992–1995 Estland-Referent am Institut für Deutschland- und Osteuropaforschung in Göttingen (Untersuchungen zur Minderheitenpolitik Estlands). Seit 1995 Assistent am Finnisch-ugrischen Seminar der Universität Hamburg. Forschungsschwerpunkte: vergleichende finnougrische Sprachwissenschaft, estnische Literaturgeschichte.

Prof. Dr. Mati Hint, Trummi 23A-21, EE-0026 Tallinn, Estland.
Studium u.a. der estnischen Philologie und finnisch-ugrischen Sprachwissenschaft an der Universität Tartu. 1966–1975 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sprache und Literatur der Estnischen Akademie der Wissenschaften in Tallinn. 1971 Dissertation über estnische Prosodie. 1975–1992 Dozent an der Pädagogischen Hochschule Tallinn. 1988–1992 Mitglied der Leitung der Estnischen Volksfront; 1992–1995 Abgeordneter des Parlaments und Mitglied der estnischen Delegation beim Europarat. Seit 1995 Professor für estnische Sprache an der Pädagogischen Universität Tallinn. Wissenschaftliche Schwerpunkte u.a.: Phonetik, Prosodie, Morphologie des Estnischen, Verbindungen zwischen Sprachwissenschaften und Geschichte, seit 1987: Sprachenpolitik. Zahlreiche Veröffentlichungen (u.a. acht Monographien). Verschiedene Kulturpreise in Estland und im Ausland. Mitglied wissenschaftlicher Gesellschaften in Finnland und Deutschland.

Indrek Jürjo, Eesti Arhiiviamet, Maneeži 4, EE-0100 Tallinn, Estland.
Geboren 1953. 1983 Absolvent der Universität Tartu im Fachbereich Geschichtswissenschaften. Forschungsschwerpunkte: Deutschbaltische Kulturgeschichte vor allem im Zeitalter der Aufklärung; Archivalien des KGB als Quelle zur Zeitgeschichte Estlands.

Andres Kärssin, Asunduse 2-50, EE-0014 Tallinn, Estland.
Geboren 1971 in Tallinn. 1989–1995 Studium der deutschen Sprache und Literatur an der Universität Tartu. 1995 Staatsexamen mit einer Arbeit über: „Der Politiker Carl Schirren und seine ‚Livländische Antwort'"; Erlangung des Baccalaureus artium im Fachgebiet deutsche Sprache und Literatur. Seit Herbst 1995 Magister-Student an der Universität Tartu; Schwerpunkt der Magisterarbeit: Die deutschen/deutschbaltischen Auffassungen über Estland/die Esten vom Ende des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts.

Dr. Toomas Karjahärm, Lastekodu 16-120, EE-0001 Tallinn, Estland.
Geboren 1944 in Tallinn. Nach Geschichtsstudium an der Universität Tartu 1970–1975 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der ESSR in Tallinn. 1974 Promotion mit dem Thema: „Der politische Kampf in Estland am Beginn des 20. Jahrhunderts (bis 1907)". 1975–1990 Dozent, seit 1984 Professor im Tallinner Staatlichen Konservatorium. 1983 Habilitation: „Das estnische Bürgertum und die Selbstherrschaft 1905–1917". Seit 1990 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften

der Republik Estland. 1992/93 Professor am Institut für Gesellschaftswissenschaften, 1994/95 außerordentlicher Professor an der Universität Tartu.

Prof. Dr. Jüri Kivimäe, Paiste 2-1, EE-0016 Tallinn, Estland.
Geboren 1947 in Pärnu. Nach Geschichtsstudium an der Universität Tartu 1970–1975 Lektor für Geschichte und Philosophie beim Verlag „Estnische Enzyklopädie". 1975–1990 Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der ESSR. 1981 Promotion zum Thema „Die Narva-Frage in den Jahren 1494–1558". 1982/83 Forschungsstipendiat des Schwedischen Instituts in Stockholm; 1987/88 Stipendiat der Alexander von Humboldt-Stiftung in Köln. 1990–1996 Leiter des Stadtarchivs Tallinn. Seit 1992 Lehrtätigkeit an der Universität Tartu, seit 1996 Professor für allgemeine Geschichte ebendort. Wissenschaftliche Schwerpunkte: Hansegeschichte, livländische Kulturgeschichte des 16. Jahrhunderts, estnische Geschichtsschreibung im 20. Jahrhundert.

Dr. Sirje Kivimäe, Paiste 2-1, EE-0016 Tallinn, Estland.
Geboren 1947 in Tallinn: Nach Studium der Geschichtswissenschaften und Germanistik an der Universität Tartu 1970–1993 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der ESSR bzw. der Republik Estland. 1981 Promotion zum Thema „Die Agrarreform Stolypins im Baltikum". 1990/91 Tätigkeit an der Forschungsstelle Osteuropa der Universität Bremen. Seit 1993 Forschungsstipendium des Estnischen Wissenschaftsfonds (Thema: Historische Frauenforschung); 1994 DAAD-Stipendiatin. Vorsitzende der Gesellschaft für deutschbaltische Kultur in Estland. Mutter von vier Kindern.

Dr. Jørgen Kühl, Museet ved Danevirke, Danevirkegården, Ochsenweg 5, 24867 Dannewerk.
Geboren 1965, Studium der Geschichte, Deutsche Studien und Philosophie an der Universität Aarhus, Dänemark; Promotion. Seit 1990 Direktor des Museums am Danewerk - Danevirkegården bei Schleswig, dem Museum der dänischen Minderheit in Deutschland. Zahlreiche Veröffentlichungen zu Minderheitenproblemen insbesondere in der ehemaligen Sowjetunion und in Osteuropa. Mitglied der Arbeitsgruppe für Minoritätenprobleme im Dänischen Außenpolitischen Institut (DUPI).

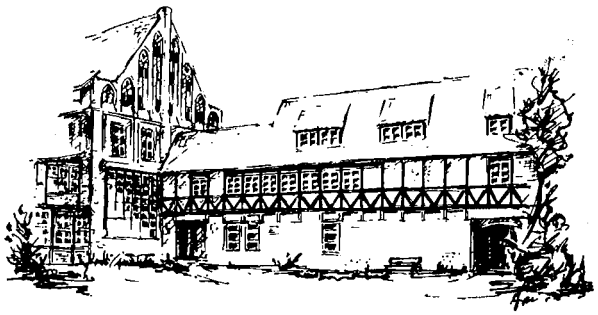
Dr. Rein Ruutsoo, Väike-Ameerika 28, EE-0007 Tallinn, Estland.
Geboren 1947. Nach Studium der Geschichtswissenschaften und der Geschichte der Philosophie an der Universität Tartu 1971–1983 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der ESSR. 1978 Promotion: „Alfred Koort und die bürgerliche Philosophie in der Republik Estland". 1983–1988 wegen Unterschrift unter den „Brief der 40" Berufsverbot. Seit 1988 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Philosophie, Soziologie und Recht (seit 1994: Institut für Sozialforschungen) der Akademie der Wissenschaften.

Malle Salupere, Põhja pst. 8-35, EE-2400 Tartu, Estland.
Studium der Russistik und Soziologie an der Universität Tartu, danach Mitarbeiterin des Estnischen Historischen Archivs und des Instituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der ESSR, jetzt pensioniert. Wissenschaftliche Schwerpunkte: Kulturgeschichte seit dem 16. Jahrhundert, vornehmlich der deutschbaltisch-russischen bzw. deutschbaltisch-estnischen Wechselbeziehungen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Vesa Vasara M.A., Kaikukuja 1 D 58, FIN-00530 Helsinki, Finnland.
Geboren 1963 in Helsinki. 1991 Magisterexamen an der Universität Helsinki. 1993/94 Studium an der Universität Göttingen. Derzeit Arbeit an einer Dissertation zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der deutschbaltischen Minderheit in Estland 1918–1940 unter besonderer Berücksichtigung des Bankhauses G. Scheel & Co. 1884–1940 in Reval/Tallinn. Zur Zeit tätig im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten; ab 1. Juni 1996 in Moskau auf Posten.

Charles du Vinage M.A., Wiesenweg 21, 35037 Marburg.
Derzeit Arbeit an einer Dissertation zu den Baltischen Konstitutionellen Mittelparteien.

Marina L. Zaseckaja, Rossijskij Ėtnografičeskij Muzej, Injenernaja 4/1, GUS-191011 St. Peterburg, Rußland.
Geboren 1957. Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Russischen Ethnographischen Museum St. Petersburg, Abteilung Nord-West-Rußland und Wolga-Region.



Nordost-Archiv

Zeitschrift für Regionalgeschichte
Neue Folge

Bisher erschienene Hefte:

Die Deutschen in der Geschichte des nördlichen Ostmitteleuropa. Bestandsaufnahmen	(Bd. I/1992, H. 1)
Bildung und Nationalismus. Die Schule in ethnischen Mischgebieten (19. und 20. Jahrhundert)	(Bd. I/1992, H. 2)
Wendepunkte der deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert: 1918 – 1939 – 1945 – 1990	(Bd. II/1993, H. 1)
Zwischen Staatsnation und Minderheit. Litauen, das Memelland und das Wilnagebiet in der Zwischenkriegszeit	(Bd. II/1993, H. 2)
Deutsche in St. Petersburg und Moskau vom 18. Jahrhundert bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges	(Bd. III/1994, H. 1)
Königsberg und seine Universität. Eine Stätte ostmitteleuropäischen Geisteslebens	(Bd. III/1994, H. 2)
Das deutsche Buch in Ostmitteleuropa. Bestände und Rezeption	(Bd. IV/1995, H. 1)
Estland und seine Minderheiten. Esten, Deutsche und Russen im 19. und 20. Jahrhundert	(Bd. IV/1995, H. 2)

Institut Nordostdeutsches Kulturwerk
D-21335 Lüneburg, Conventstr. 1, Tel. (04131) 37097/Fax (04131) 391143

Nordost-Archiv

Zeitschrift für Regionalgeschichte

Jahresregister

Neue Folge Band IV/1995

Institut Nordostdeutsches Kulturwerk
Conventstr. 1, D-21335 Lüneburg, Postfach 2323, D-21313 Lüneburg
Telefon (04131) 37097, Telefax (04131) 391143

Abhandlungen und Forschungsberichte

Karsten Brüggemann (Hamburg): Von der führenden Schicht zur nationalen Minderheit. Zur Klärung der Rolle der estländischen deutschen Minderheit bei der Begründung der Republik Estland 1918–1919 453-478
Jan Chłosta (Olsztyn): Die Rezeption Ernst Wiecherts in Polen nach 1945 125-141
Abram D. Dridzo (St. Petersburg): Die estnische Bevölkerung St. Petersburgs in der Historiographie von den 60er bis zu den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts 521-532
Klaus Garber (Osnabrück): Königsberger Bücher in Polen, Litauen und Rußland . . . 29-61
Seraina Gilly (Winterthur): Estlands Minderheitenpolitik seit der Wiederherstellung der staatlichen Souveränität 601-625
Cornelius Hasselblatt (Hamburg): Erinnerungssuche. Befragungsprojekt über die interethnischen Beziehungen im Baltikum — hier: Estland und Lettland — in der Zwischenkriegszeit 635-642
Marlene P. Hiller (Bremen): Bücher als Beute — Das Schicksal sowjetischer und deutscher Bibliotheken als Folge des Zweiten Weltkrieges 9-27
Mati Hint (Tallinn): Das Problem von Mehrheit und Minderheit im estnischen Kontext 627-633
Linda Jahilo (Tartu): Die Privatbibliothek Robert Becks in der Oskar-Luts-Stadtbibliothek Tartu 241-247
Artur Jazdon (Poznań): Die deutschsprachigen Bestände der Universitätsbibliothek und anderer wissenschaftlicher Bibliotheken in Posen/Poznań 101-116
Indrek Jürjo (Tallinn): Das nationale Erwachen der Esten im 19. Jahrhundert — ein Verdienst der deutschbaltischen Aufklärung? 409-430
Andres Kärssin (Tartu): Der Konflikt Schirren — Samarin. Deutschbalten zwischen Esten und Russen vom Beginn der Russifizierung bis in die 1860er Jahre 643-652
Toomas Karjahärm (Tallinn): Das estnisch-deutsche Verhältnis und die Russische Revolution von 1905 431-451
Jüri Kivimäe (Tallinn): „Aus der Heimat ins Vaterland". Die Umsiedlung der Deutschbalten aus dem Blickwinkel estnischer nationaler Gruppierungen 501-520
Sirje Kivimäe (Tallinn): Estland unter der Sowjetherrschaft 1941/44–1954 577-599
Jørgen Kühl (Dannewerk): Minderheitenforschung zum nördlichen Ostmitteleuropa in der Bundesrepublik Deutschland 383-408
Rudolf Lenz (Marburg): Sicherungsverfilmung ausgewählter deutschsprachiger Altbestände in der Universitätsbibliothek Breslau 117-123
Anke Lindemann-Stark/Werner Stark (Marburg): Beobachtungen und Funde zu Königsberger Beständen des 18. Jahrhunderts 63-100
Ingė Lukšaitė (Vilnius): Das deutsche protestantische Buch des 16. und 17. Jahrhunderts im Großfürstentum Litauen 143-154
Vytautas Rimša (Vilnius): Das Leseverhalten der litauischen Bevölkerung und die deutsche Literatur: Aspekte der Leseforschung aus den Jahren 1918–1994 167-196
Rein Ruutsoo (Tallinn): Die Herausbildung einer russischen Minderheit in der Republik Estland 1918–1940 551-575
Malle Salupere (Tartu): Zwei hochgestellte Estländer in ihrer Haltung zu Samarin und Schirren 653-657
Ojar Sander (Riga): „Bibliotheca Rigensis" und ihre Bücher 15. bis 18. Jahrhundert 203-211
Regina Sinkevičienė (Vilnius): Die Rezeption von Johannes Bobrowski in Litauen . . 155-166
Hain Tankler (Tartu): Privatbibliotheken an der Universität Tartu/Dorpat im 19. Jahrhundert 213-239
Vesa Vasara (Helsinki): Das estnische Parlament und die Deutschbalten. Zu den Debatten bis zur Verabschiedung der Kulturautonomie 1925 479-500
Charles du Vinage (Marburg): Die Baltischen Konstitutionellen Mittelparteien von 1905–1909 — ein Dissertationsprojekt 659-664
Viesturs Zanders (Riga): Das deutsche Buch in der Nationalbibliothek Lettlands . . . 197-202
Marina L. Zaseckaja (St. Petersburg): Estnische Übersiedler im Gouvernement St. Petersburg von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts 533-549

Mitteilungen

„Baltische Studientage" vom 13.–15. Februar 1995 in Bad Homburg (Ernst Benz) . . . 683-691
Die Sammlung Loeber in der Nordost-Bibliothek Lüneburg (Sonja Birli) 264-265
Engagement für das Buch und für die Menschen: Die Aktivitäten der Ausstellungs- und Messe GmbH des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels in Mittel- und Osteuropa (Holger Ehling) 266-270
Geschichte Deutschlands, Polens und der deutsch-polnischen Beziehungen — Stand und Aufgaben der Forschung. Versuch einer Bilanz. Eine Konferenz in Posen am 10. und 11. Oktober 1994 (Horst-Dieter von Enzberg) 292-296
Deutsche Lesesäle in Polen (Angela Grees) 285-288
"The Baltic. Languages and Cultures in Interaction" (Cornelius Hasselblatt) 665-668
Die deutsche Volksgruppe in Estland in der Zwischenkriegszeit und aktuelle Fragen des deutsch-estnischen Verhältnisses (Cornelius Hasselblatt) 692-695

Die baltische Region im Umbruch. Eine Tagung in Köln vom 30. Januar – 3. Februar 1995 (Monika Henningsen) 717-721
Das Deutsche Kulturinstitut in Tartu. Aufbau, Stand und Perspektiven (Maie Keek) 703-707
„Deutsche Geschichte und Kultur im heutigen Polen. Fragen der Gegenstandsbestimmung und Methodologie". Eine Tagung des Herder-Instituts e.V. (Marburg) und des Instytut Zachodni (Poznań) vom 28.–30. November 1994 in Marburg (Sophia Kemlein/ Sabine Bamberger-Stemmann) 297-300
Baltische Studenten für ihre Kommilitonen in Deutschland (Ruth Kibelka) 715-716
Projektbericht: Handbuch deutscher historischer Buchbestände in europäischen Bibliotheken des nicht-deutschsprachigen Bereiches, hrsg. von Bernhard Fabian (Karen Kloth) 257-263
Königsberger Bücher und mehr. Bericht über das interdisziplinäre Kolloquium in Svetlogorsk/Rauschen vom 18.–25. September 1994 (Esther-Beate Körber) 279-284
Deutschsprachige Drucke Moskauer und Petersburger Verlage 1731–1991. Aus den Beständen der Universitäts- und Landesbibliothek Münster (Gottfried Kratz) . . . 271-273
Internationales Arbeitstreffen „Kriegsbedingt verlagerte Kulturgüter als kulturelles Erbe des Zweiten Weltkrieges — Dokumentation und Recherche der Verluste" in Bremen vom 30.11.–2.12.1994 (Doris Lemmermeier) 277-278
Die Koordinierungsstelle der Länder für die Rückführung von Kulturgütern in Bremen (Doris Lemmermeier) 274-276
Das Deutsche Kulturinstitut Tallinn (Anne Lind) 708-714
Aufbau einer freiheitlich-demokratischen Ordnung in den baltischen Staaten: Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Internationales Symposium vom 1.–3. Oktober 1994 in der Ostsee-Akademie Lübeck-Travemünde (Konrad Maier) 678-682
Menschenrechte, Minderheitenschutz und Volksgruppenrechte als Prüfsteine einer neuen Rechtsordnung. Eine internationale Tagung in Lübeck-Travemünde vom 7.–11. November 1994 (Randolf Oberschmidt) 696-702
2. Symposium der „Bibliotheca Baltica". Die Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Zusammenarbeit der Bibliotheken im Ostseeraum tagte vom 11. bis 15. Mai 1994 in Tartu (Ulrich Ribbert) 254-256
23. Fortbildungs- und Informationstagung der Arbeitsgemeinschaft der Bibliotheken und Dokumentationsstellen der Ost-, Ostmittel- und Südosteuropaforschung (ABDOS) vom 9.–12. Mai 1994 in der Estnischen Nationalbibliothek Tallinn (Horst Röhling) 249-253
Deutsche im Nordosten. Bericht über ein Internationales Symposium in Tallinn/Reval (Estland) vom 6.–10. September 1995 (Robert Schweitzer) 669-677
Der deutsche Lesesaal an der Bibliothek „Książnica Pomorska" in Szczecin/Stettin (Barbara Sztark) 289-291

Rezensionen

Aleksejs Apīnis. Grāmata un latviešu sabiedrība līdz 19. gadsimta vidum (Das Buch und die lettische Gesellschaft bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts). (Friedrich Scholz) . . 344-349
Die Außenpolitik der baltischen Staaten und die internationalen Beziehungen im Ostseeraum, hrsg. v. Boris Meissner, Dietrich A. Loeber u. Cornelius Hasselblatt. (Michael Garleff) 773-776
Baltische Länder, hrsg. v. Gert v. Pistohlkors. (Sulev Vahtre/Tiit Rosenberg) 756-763
Iosif Barenbaum, Geschichte des Buchhandels in Rußland und der Sowjetunion, aus d. Russ. übers. v. Josef Hahn u. nach d. russ. Orig. rev. v. Gesinde Frunder. (Reimar Riese) 358-362
Bibliotheca Baltica. Symposium vom 15. bis 17. Juni 1992 in der Bibliothek der Hansestadt Lübeck im Rahmen der Initiative ARS BALTICA, hrsg. v. Jörg Fligge u. Robert Schweitzer. (Dieter Lohmeier) 325-327
Barbara Bieńkowska, Halina Chamerska, Books in Poland. Past and Present; Barbara Bieńkowska, Halina Chamerska, Tysiąc lat książki i bibliotek w Polsce (Tausend Jahre Bücher und Bibliotheken in Polen). (Hans-Jürgen Bömelburg) 311-314
Books in Russia and the Soviet Union. Past and Present, hrsg. v. Miranda Beaven Remnek. (Horst Röhling) 363-365
Arved von Brasch, „Frei wie nirgendwo in der Welt!" Leben im alten Baltikum, hrsg. v. Rudolf Mumenthaler. (Klaus Meyer) 795-797
Eduard von Dellingshausen, Kodumaa teenistuses. Eesti Rüütelkonna peamehe mälestused (Im Dienste der Heimat. Erinnerungen des Ritterschaftshauptmannes von Estland). (Wolfgang Tenhagen) 797-803
Die Deutschbalten, hrsg. v. Wilfried Schlau. Mit Beiträgen von Bastian Filaretow, Michael Garleff, Sirje Kivimäe, Jānis Stradiņš, Arved Freiherr von Taube †, Erik Thomson †, Wilhelm Wöhlke. (Karsten Brüggemann) 809-812
Die Deutschen im Baltikum. Geschichte und Kultur, hrsg. v. Horst Kühnel. (Māris Skujiņš) 752-756
Eesti Rahvusraamatukogu ja tema raamatud / National Library of Estonia and its Books / Estnische Nationalbibliothek und ihre Bücher, zusammengest. v. Anne Ainz u. Ene Kenkmaa. (Konrad Maier) 350-352

Eestis ilmunud saksa-, vene- ja muukeelne perioodika, 1675–1904 (Deutsch-, russisch- und anderssprachige periodische Schriften in Estland. 1675–1904), red. v. E. Annus. (Tibor Kesztyüs) 353-355
Ernst Wiechert heute, hrsg. v. Guido Reiner u. Klaus Weigelt. (Grzegorz Jasiński) . . 318-321
Ethnizität. Wissenschaft und Minderheiten, hrsg. v. Eckhard J. Dittrich u. Frank-Olaf Radtke. (Helmut Buchholt) 723-730
Mati Graf, Eesti Rahvusriik. Ideed ja lahendused: Ärkamisajast eesti vabariigi sünnini (Der estnische Nationalstaat. Ideen und Lösungen: Von der Zeit des nationalen Erwachens bis zur Geburt der Republik Estland). (Ulrike Plath) 792-795
Der große Exodus. Die russische Emigration und ihre Zentren 1917 bis 1941, hrsg. v. Karl Schlögel. (Karsten Brüggemann) 763-769
Christian Hillgruber, Matthias Jestaedt, Die Europäische Menschenrechtskonvention und der Schutz der nationalen Minderheiten. (Martin Scheuermann) 730-734
Die historischen Reichsgebiete und die Siedlungsgebiete der Deutschen in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa in Bibliotheken der Bundesrepublik Deutschland, bearb. von Horst von Chmielewski, hrsg. v. Bundesministerium des Innern. (Ulrich Ribbert) 365-367
Magnus Ilmjärv, Nõukogude Liidu ja Saksamaa vahel. Balti riigid ja Soome 1934–1940 (Zwischen der Sowjetunion und Deutschland. Die baltischen Staaten und Finnland 1934–1940). (Cornelius Hasselblatt) 769-773
Incunabula Bibliothecae Rigensis. Katalogs (Die Inkunabeln der Bibliotheca Rigensis. Katalog), bearb. v. Rūta Astra Jēkabsone. (Reinhard Feldmann) 339-344
Christian J. Jäggi, Nationalismus und ethnische Minderheiten. (Bastiaan Schot) 738-741
Juhan Kahk, Talude päriseksostmise aegu (In der Zeit des Bauernlandverkaufs). (Indrek Jürjo) 789-792
Ortrud Kape, Die Geschichte der wissenschaftlichen Bibliotheken in Breslau in der Zeit von 1945 bis 1955. Unter besonderer Berücksichtigung der Universitätsbibliothek. (Eva-Maria Dickhaut) 307-310
Andrzej Kłossowski, Biblioteka Narodowa w Warszawie. Zbiory i działalność (Die Nationalbibliothek in Warschau. Sammlungen und Tätigkeit). Beilage: Biblioteka Narodowa w Warszawie. Ważniejsze informacje praktyczne (Die Nationalbibliothek in Warschau. Wichtigste praktische Informationen). (Horst-Dieter von Enzberg) . . 314-317
Anatol Lieven, The Baltic Revolution. Estonia, Latvia, Lithuania and the Path to Independence. (Falk Lange) 776-782
Mare Lott, Aile Möldre, A Brief History of Estonian Book. (Cornelius Hasselblatt) 355-358
Vytautas Merkys, Draudžiamosios lietuviškos spaudos kelias 1864–1904 (Der Weg des verbotenen litauischen Schrifttums 1864–1904). (Arthur Hermann) 331-334
Minderheiten- und Volksgruppenrechte in Theorie und Praxis, hrsg. v. Dieter Blumenwitz u. Gilbert Gornig. (Georg Brunner) 734-738
Restitution von Bibliotheksgut. Runder Tisch deutscher und russischer Bibliothekare in Moskau am 11. und 12. Dezember 1992, hrsg. v. Klaus-Dieter Lehmann u. Ingo Kolasa. (Paul Kaegbein) 301-304
Carmen Schmidt, Der Minderheitenschutz in den baltischen Staaten. Dokumentation und Analysen. Estland, Lettland und Litauen, hrsg. v. Institut für Ostrecht der Universität Köln in Verbindung mit der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen. (Detlef Henning) 745-748
Rein Taagepera, Estonia. Return to Independence. (Joachim Tauber) 807-809
Janusz Tondel, Biblioteka zamkowa (1529–1568) księcia Albrechta Pruskiego w Królewcu (Die Schloßbibliothek <1529–1568> des Herzogs Albrecht von Preußen in Königsberg); Janusz Tondel, Srebrna Biblioteka księcia Albrechta Pruskiego i jego żony Anny Marii (Die Silberbibliothek Herzog Albrechts von Preußen und seiner Frau Anna Maria). (Wolfgang Kessler) 305-307
Towards a Civic Society. The Baltic Media's Long Road to Freedom. Perspectives on History, Ethnicity and Journalism, hrsg. v. Svennik Høyer, Epp Lauk (u.a.). (Joachim Tauber) 328-330
William L. Urban, The Baltic Crusade. (Stephen C. Rowell) 749-751
Vähemusrahvuste kultuurielu Eesti Vabariigis 1918–1940. Dokumente ja materjale (Das kulturelle Leben der Minderheiten in der Republik Estland 1918–1940. Dokumente und Materialien), hrsg. v. Anni Matsulevitš. (Seraina Gilly) 803-806
Lauri Vahtre, Eesti kultuuri ajalugu. Lühiülevaade (Estnische Kulturgeschichte. Kurzer Überblick). (Friedrich Scholz) 782-789
Volksgruppen in Ostmittel- und Südosteuropa, hrsg. v. Georg Brunner u. Hans Lemberg. (Włodzimierz Borodziej) 741-745
Zapad Rossii. Literaturno-chudožestvennyj i publicističeskij žurnal kaliningradskich pisatelej (Der Westen Rußlands. Zeitschrift für Literatur, Kunst und Publizistik der Kaliningrader Schriftsteller). (Michael Hagemeister) 321-325
Vladas Žukas, Lietuvių knygotyros bruožai (Grundzüge der litauischen Buchforschung). (Arthur Hermann) 335-338